

JAN ZOFKA

Postsowjetischer Separatismus

*Die pro-russländischen Bewegungen im moldauischen
Dnjestr-Tal und auf der Krim | 1989–1995*



Wallstein

Jan Zofka
Postsowjetischer Separatismus

Moderne europäische Geschichte

Herausgegeben von Hannes Siegrist und Stefan Troebst

Band 10

Jan Zofka

Postsowjetischer Separatismus

Die pro-russländischen Bewegungen
im moldauischen Dnjestr-Tal und auf der Krim
1989–1995

WALLSTEIN VERLAG

Gedruckt mit Unterstützung der Deutsche Forschungsgemeinschaft - DFG
Projekt TR 606/16-2 »Akteure (post-)sowjetischer Territorialkonflikte:
Die separatistischen Bewegungen in Transnistrien und auf der Krim
1989 bis 1995 im Vergleich«

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Wallstein Verlag, Göttingen 2015

www.wallstein-verlag.de

Vom Verlag gesetzt aus der Adobe Garamond und Frutiger

Umschlaggestaltung: Susanne Gerhards, Düsseldorf

Umschlagbild: Demonstration gegen moldauische Sprachgesetze im Sommer 1989
in Tiraspol'. Foto: RIA Novosti Image. Rückseite: Leninstatue, Fahne der Krim und
Fahne Russlands vor dem Gebäude des Ministerrats in Simferopol', Ukraine, am
1. März 2014. Fotograf: Maxim Shipenkov, Quelle: EPA, © picture alliance/dpa.
Druck und Verarbeitung: Hubert & Co, Göttingen

ISBN (Print) 978-3-8353-1634-8

ISBN (E-Book, pdf) 978-3-8353-2735-1

Inhalt

Vorwort	9
I. Einleitung.	11
1. Ethnische Konflikte? Die Debatte um innerstaatliche Kriege nach 1989	12
2. Separatistische Bewegungen? Forschungsgegenstand, Begriffe und theoretische Zugänge	22
3. Forschungsstand.	32
4. Quellen, Auswertung, Darstellung.	47
II. Politischer und ökonomischer Kontext	59
1. Soviet Legacies – Sowjetische Verwaltungs- und Wirtschaftsstrukturen als Voraussetzungen des Separatismus . .	59
2. Ökonomische Bedingungen: Wirtschaftsstrukturen und postsozialistische Transformation in den Regionen	74
3. Geschichte als Voraussetzung, Geschichte als Argument: Regionalismus, Geschichtspolitik und konkurrierende Nationalismen	85
4. Die Politik der neuen Zentren: Nationalismus und Sprachpolitik in Moldova und Ukraine . . .	98
5. Input aus dem Homeland? Unterstützung aus Russland.	111
6. Zusammenfassung.	137
III. Die Bewegung im Dnjestr-Tal als konservativer Betriebskorporatismus	139
1. Territorialisierung eines politischen Konflikts – das moldauische Dnjestr-Tal 1989-1992	139
2. Die Grundzüge der Bewegung: Mobilisierungseignisse und Organisationen	146
3. Nationalismus oder konservativer Internationalismus? Politische Ziele und Mobilisierungsdiskurse zwischen Sprachpolitik, Wir-Gruppe und Separatismus	156
4. Industriestädte als Hochburgen des Dnjestr-Separatismus: Rybnica und Tiraspol'	168
5. Umkämpfte Räume: Kleinstädte, Dörfer und die Industriestadt Bendery	182

6.	Die Fabrik als Raum der Mobilisierung: die Bewegung in den Betrieben	199
7.	Zwischen Verflechtung, Bündnis und Rivalität: Die separatistische Bewegung und die Kommunistische Partei. . .	219
8.	Kollektivbiographie des Dnjestr-Separatismus: Bewegungseliten aus Industriebetrieben und Staatsapparat . . .	229
9.	Massenbasis aus den Betrieben: die Kriegsteilnehmer als Gefolgschaft	259
10.	Zusammenfassung.	278
IV.	Der pro-russländische Separatismus auf der Krim: Netzwerke einer politischen Bewegung	281
1.	Vom Oblast zur Autonomen Republik: Aufstieg und Niedergang der pro-russländischen Bewegung . . .	281
2.	Mobilisierungsereignisse und Bewegungsorganisationen: von der Unterschriftensammlung zum Wahlsieg.	294
3.	Ideologie und politische Ziele der Bewegung: zwischen großrussischem Nationalismus und »Krim-Zentrismus«.	302
4.	Die Bewegung auf lokaler Ebene: Fehlende Verankerung in den Machtstrukturen in Stadt, Land und Betrieb	316
5.	Sonderfall Sevastopol': Elitenarrangement in der »Stadt des russischen Ruhms«.	337
6.	Die Chemie-Industrieregion Krasnoperekopsk als »Dnjestr-Tal« der Krim.	353
7.	Kollektivbiographie der Bewegungseliten: Netzwerke einer politischen Bewegung	362
8.	Zusammenfassung.	396
V.	Fazit.	398
1.	Ähnlichkeiten in Ideologie und regionalem Kontext.	398
2.	Soziale Zusammensetzung, Rekrutierungsorte und Funktionsweise: Ungleiche Akteure . . .	400
3.	Geographie der Bewegungen: Fragmentierte Konfliktlinien und Territorialisierung als Prozess .	405
4.	Plädoyer für eine akteurszentrierte Perspektive auf die innerstaatlichen Territorialkonflikte nach 1989	408

Dank	412
Abkürzungen.	414
Quellen- und Literaturverzeichnis.	415
Archivmaterial.	415
Internetquellen	417
Interviews	418
Zeitungen	419
Literatur.	421

Vorwort

Als ich im Januar 2013 meine Doktorarbeit einreichte, gehörte die Krim noch unzweifelhaft zur Ukraine. Zwischen der Abgabe und dem Abschluss der Überarbeitung für dieses Buch im Frühjahr 2015 hat sich die Situation plötzlich und unerwartet geändert. Mit einigen militärischen und politischen Manövern von eher kleinerem Maßstab übernahm die Russländische Föderation die Kontrolle der Halbinsel Krim. Das politische Ziel der hier untersuchten Bewegung war wahr geworden. Für mich stellte sich unabdingbar die Frage: Muss ich alles neu schreiben? Die Krim diente immerhin in dieser Arbeit (wie in einigen anderen Studien auch) als das Fallbeispiel, in dem die prorussländischen »Separatisten« *nicht* erfolgreich für ihr politisches Projekt mobilisieren konnten. Hat die Realität meine Thesen überholt? Die relativ lose Gruppe von Akademikern, Kleinunternehmern und Afghanistan-Veteranen, die ich als chancenlose Akteure des Krim-Separatismus der frühen 1990er Jahre ausgemacht hatte, und die zum Zeitpunkt meines zweimonatigen Forschungsaufenthaltes im Sommer 2008 im politischen Leben der Krim als politisch weitgehend marginalisiert erschien, sie hatte ihr Ziel nun eben doch erreicht. Eine meiner Interpretationen musste also falsch sein: Entweder war die Bewegung nicht so schwach, wie ich das herausgefunden zu haben glaubte, oder die Konstitution von lokalen Akteuren und Strukturen vor Ort sind eben doch relativ bedeutungslos gegenüber dem Willen großer Männer in den Zentren der Macht, die den Lauf der Geschichte bestimmen.

Bei näherer Betrachtung haben dieses Buch und seine Thesen ihre Berechtigung trotz dieser Entwicklung nicht verloren. Zum einen habe ich in der Arbeit ja eine historische Perspektive eingenommen – was hier betrachtet wird sind Mobilisierungen während des Zerfalls der Sowjetunion. Der heutige Kontext, 20 bis 25 Jahre später, ist – bei allem Fortdauern postsozialistischer gesellschaftlicher Muster – anders. Im Kontext des Staatszerfalls der Sowjetunion gab es keine vergleichbare Politik Russlands, ja nicht einmal ein vergleichbares Russland. Die Russländische Föderation befand sich selbst im Aufbau und zahlreiche konkurrierende Institutionen und politische Kräfte verfolgten unterschiedliche Ziele. Eine einheitliche Moskauer Regierungspolitik, die auf eine Zugehörigkeit der Krim zu Russland hinarbeitete, lässt sich für die frühen 1990er Jahre nicht feststellen. So könnte man argumentieren, es handle sich bei dem militärischen Manöver russländischer Truppen auf der Krim 2014 um ein grundsätzlich anderes Phänomen als bei den spät- und postsowjetischen separatistischen Bewegungen und den innerstaatlichen Konflikten von Transnistrien bis Tadschikistan, auch wenn es grundsätzlich schwierig ist, eine Grenze zwischen Bürgerkrieg und militärischer »Intervention« von außen zu ziehen.

Zum anderen hat aber auch in der heutigen Situation mit mehr oder weniger stabilisierter Staatlichkeit trotzdem weiterhin das Handeln lokaler Akteure eine Bedeutung. Die Macht der Zentren ist nicht unbegrenzt. Putin hat sich die Region, die die Russländische Föderation nun in ihr Staatsgebiet integrierte, ja nicht frei ausgesucht. Ohne die Gegebenheiten vor Ort wäre diese Art einer militärischen Aneignung von Territorium ohne Auseinandersetzung nicht möglich gewesen. Zu den notwendigen Voraussetzungen gehören nicht nur die Stationierung der Schwarzmeerflotte, sondern in verschiedener Art und Weise auch die Aktivitäten der pro-russländischen Aktivisten auf der Krim seit 1991. Diese arbeiteten beständig an einer regionalen Hegemonie politischer Ideen, die eine (meta-)historische Zugehörigkeit der Krim zu Russland beinhalteten. Zudem ging aus den Restbeständen der pro-russländischen Organisationen der 1990er Jahre die Partei »*Russkoe Edinstvo Kryma*« (Russische Einheit der Krim) hervor, die bei der politisch-rechtlichen Legitimierung des Transfers der Krim die tragende Rolle übernahm. Schließlich gehören einige der Aktivisten der 1990er Jahre zum politischen Personal, welches die neu formierten oder umkodierten Institutionen bestückt. Die in diesem Buch beschriebenen Prozesse der Formierung postsowjetischer separatistischer Bewegungen sind also auch für die heutigen Ereignisse durchaus relevant. Keineswegs war die Übernahme der Krim durch Russland aber direkte Folge der pro-russländischen Bewegung der 1990er Jahre. Diese zerlegte sich auf ihrem Mobilisierungshöhepunkt 1995 selbst und lag bis vor kurzem in weitgehender Bedeutungslosigkeit darnieder. Wie dieser schnelle Aufstieg und Niedergang der pro-russländischen Bewegung auf der Krim zustande kam, darum geht es im folgenden Vergleich der Krim-Bewegung mit dem Separatismus im moldauischen Dnjestr-Tal.

I. Einleitung

Zum ersten Präsidenten der »Moldauischen Dnjestr-Republik« (Pridnestrovskaja Moldavskaja Respublika) wurde im Dezember 1991 Igor' Smirnov gewählt. In die Region am Dnjestr war Smirnov erst kurz zuvor gekommen. Das Ministerium für Elektrotechnische Industrie der UdSSR hatte ihn 1987 als Direktor eines Elektromaschinenbaubetriebs nach Tiraspol' entsandt. Bis dahin hatte ihn sein Lebensweg quer durch die gesamte Sowjetunion geführt: Geboren im Osten Sibiriens, begann er seine Ausbildung in der Ukraine und arbeitete in der Ural-Region, bevor er in einer südukrainischen Elektromotorenfabrik in Novo-Kachovka zum stellvertretenden Direktor aufstieg. Dann delegierte ihn das Ministerium nach Tiraspol' und gerade einmal vier Jahre nach seiner Ankunft wurde er Staatschef der neu entstandenen Republik im Osten Moldovas.

Einen ganz anderen biographischen Hintergrund hatte der erste und einzige Präsident der Autonomen Republik Krim, Jurij Meškov. 1994 wurde er als Kandidat der pro-russländischen Kräfte in das Amt gewählt. Meškov war Jurist aus Simferopol' und hatte zeitlebens – mit Ausnahme des Militärdienstes – in der Stadt gelebt. Während der Perestrojka engagierte er sich bei der geschichtspolitischen Vereinigung Memorial', bevor er als Vorsitzender der »Republikanischen Bewegung der Krim« das Präsidentenamt übernehmen konnte, welches er nach einigen Monaten aufgrund von innerparteilichen Konflikten wieder aufgeben musste.

Die Biographien der Anführer der separatistischen, pro-russländischen Separatismen auf der Krim und im Dnjestr-Tal stehen paradigmatisch für die Unterschiedlichkeit der beiden Bewegungen, die von Ideologie und Voraussetzungen so ähnlich erscheinen. Dem mit Industrie und sowjetischen Machtapparaten eng verzahnten Dnjestr-Separatismus steht die auf politischen, während der Perestrojka gebildeten Netzwerken beruhende pro-russländische Bewegung auf der Krim gegenüber. Entsprechend dieser Unterschiede führten die Mobilisierungen zu verschiedenen Resultaten: Am Dnjestr spaltete sich die »Moldauische Dnjestr-Republik« nach einem Kurzkrieg im Sommer 1992 von dem gleichzeitig aus der vorherigen Sowjetrepublik entstandenen Staat Moldova ab. Die Krim dagegen blieb – bis zu den Umwälzungen des Jahres 2014 – (als Autonome Republik) Teil der Ukraine, ohne dass es darüber zu gewalttätigen Auseinandersetzungen gekommen wäre. Die pro-russländische Bewegung konnte zwar durch einen überwältigenden Wahlsieg 1994 kurzzeitig die Macht auf der Halbinsel übernehmen, sie zerstritt sich aber binnen weniger Monate derart, dass die Institutionen der Autonomen Republik lahmgelegt wurden. Die Organisationen der pro-russländischen Bewegung spalteten sich oder lösten sich auf und blieben in

der Folgezeit politisch marginal, während sich Kiew und die neue Führung der Krim friedlich auf einen Autonomiestatus einigten.

Um sich einem Verständnis der postsozialistischen innerstaatlichen Kriege und Territorialkonflikte anzunähern, vergleicht die vorliegende Arbeit zwei »pro-russländischen separatistischen Bewegungen« auf der Krim und im Dnjestr-Tal in Moldova. Wie funktionierten diese Kollektivakteure? Um dieser Frage auf den Grund zu gehen, untersucht die Arbeit, aus welchen sozialen Gruppen die Beteiligten kamen, an welchen sozialen Orten die Bewegungen Anhänger mobilisierten und rekrutierten, welche politischen Ideen/Ideologien das kollektive Handeln ermöglichten, und in welchem sozialen und ökonomischen Kontext die Akteure jeweils agierten. Eine solche Perspektive dient dazu, hinter den Narrativen von »Nation«, »ethnischen Gruppen« und »Gemeinschaften« – in diesem Fall hinter der Rede über »Russen«, »Ostslawen« oder »Russischsprachige« – politische Koalitionen sichtbar zu machen.

Der Vergleich der beiden Koalitionen zeigt, dass die von den Beteiligten eingebrachten Ressourcen die Reichweite des politischen Projekts bestimmen. Zudem standen die Konfliktlinien keineswegs von vorne herein fest, sondern waren Gegenstand eines Aushandlungsprozesses, der von kleinteiligen institutionellen und sozialen Arrangements kanalisiert wurde und nicht etwa von der angenommenen Zugehörigkeit zu Nationalitäten und deren historischen Feindschaften. Die handelnden Koalitionen waren fragil und von sozialen Hierarchien durchzogen. Diese Eckpunkte zum Verständnis der Kollektivakteure der Konflikte sollen einen Beitrag zur Forschungsdebatte über die postsozialistischen innerstaatlichen Kriege und nationalistischen Mobilisierungen nach 1989 leisten.

1. Ethnische Konflikte? Die Debatte um innerstaatliche Kriege nach 1989

»Ethnische Konflikte« gibt es nicht.«¹ Zu diesem kategorischen Schluss kommt der Politikwissenschaftler Carsten Wieland bei seinem Vergleich von innerstaatlichen Konflikten in Bosnien, Pakistan und Indien. In dieser Eindeutigkeit ist andernorts selten formuliert worden, dass eine moderne Version des Begriffs des Stammes für eine Erklärung, Beschreibung oder Einordnung der innerstaatlichen Kriege am Ende des 20. Jahrhunderts nicht adäquat ist. Nachdem die Konflikte während des Untergangs des Realsozialismus in Öffentlichkeit, Presse und Wissenschaft in den 1990er Jah-

1 Wieland, Carsten: Nationalstaat wider Willen. Politisierung von Ethnien und Ethnisierung der Politik: Bosnien, Indien, Pakistan, Frankfurt a. M. 2000, S. 366.

ren zunächst unter dem Paradigma der »Ethnizität« diskutiert wurden, haben inzwischen zahlreiche Studien gezeigt, dass im Bosnien-Krieg und in den innerstaatlichen Konflikten während des Zerfalls der Sowjetunion keineswegs hasserfüllte Nationalitäten übereinander herfielen. Aus der irrationalen emotionsgeleiteten Gewalt sind Gewaltmärkte geworden, in denen Akteure zweckrational das Ziel materiellen Gewinns verfolgten. Die Gewalttäter haben sich von Dorfbewohnern, die spontan ihre Nachbarn anderer Nationalität attackierten, zu Gewaltexperten mit strategischen Handlungsmaximen gewandelt. Hinter den Narrativen von jahrhundertlang kollektiv durchlebter Geschichte und Gewalterfahrung sind Interessen politischer und ökonomischer Eliten zum Vorschein gekommen. Diese Erkenntnisfortschritte in der Forschungsdebatte sind der Ausgangspunkt dieses Buches.

Mit der Richtung, die die Forschungsdebatte genommen hat, ist die Arbeit aber noch nicht getan. Zum einen sind die handelnden Koalitionen, Bewegungen und Gruppierungen bisher nur punktuell beschrieben und ihre sozialen Zusammensetzungen und Reproduktionsmechanismen nicht umfassend identifiziert worden. Zum anderen füllt die im Alltagsbewusstsein vorherrschende Vorstellung, dass die Welt aus voneinander abgrenzbaren Gruppen besteht, immer wieder die Lücken, die empirische Erforschung und Theoretisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse nicht schließen konnten. Anders gesagt: In wissenschaftlichen Studien figurieren Ethnien, Nationen oder Nationalitäten als Entitäten und handelnde Gruppen; »Multiethnizität« und angenommene kulturelle Differenz werden implizit als Konfliktpotential angenommen. Hinter der Sprache der Ethnizität und Kultur verschwinden die konkreten Akteure mit ihren sozialen Kontexten und ihren politischen und ökonomischen Ambitionen. Es ist die Aufgabe der (historischen) Sozialwissenschaft, sie wieder hervorzuholen. Dazu möchte dieses Buch beitragen.

Im Mittelpunkt der Debatte um Ursachen und Charakterisierung der innerstaatlichen Konflikte im Zuge des Zerfalls der realsozialistischen Staaten 1989/1991 stehen vor allem die jugoslawischen Zerfallskriege. Insbesondere der Bosnien-Krieg wird dabei häufig als »ethnischer Konflikt« beschrieben und die damit einhergehende Gewalt auf alte Feindschaften zwischen »Völkern« und »Kulturen« sowie auf eine strukturell und kulturell verankerte Gewaltaffinität »des Balkan« zurückgeführt. Besonders stark ist dieser primordialistische Ansatz, der a priori angenommene »ethnische« Gegensätze zur zentralen Konflikterklärung erhebt, in einem populärwissenschaftlichen Bereich.²

2 Für die Sowjetunion aus diesem Genre beispielsweise: Beckherra, Eberhard: Pulverfass Sowjetunion. Der Nationalitätenkonflikt und seine Ursachen, München 1990.

Ein bedeutender Teil der wissenschaftlichen Forschung widerspricht dagegen der These, dass ein Faktor »Ethnizität« grundlegender Charakterzug und Ursache der Konflikte sei. So wird darauf hingewiesen, dass die Auseinandersetzungen keineswegs entlang klarer »ethnischer« Grenzen verliefen. Vielmehr stellen viele Studien fest, dass die Grenzziehungen Ziel und Ergebnis von politischer Mobilisierung und Gewalt waren, nicht deren Ausgangspunkt. Der Begriff der »Ethnizität« beschreibt nicht etwa Ursache und Inhalt der Konflikte, sondern bezeichnet das Schema, in dem die ethnonationalistischen Akteure die (Gewalt-)Handlungen kodierten. Die primordialistische Perspektive reproduziert also die Botschaften der Ethnonationalisten. Forschungen mit alternativen Perspektiven schreiben nicht vermeintlich historisch tradierten Feindseligkeiten, sondern gesellschaftlichen Eliten und deren Interessen eine zentrale Rolle in den nationalistischen Mobilisierungen zu. Der »Dampfkesseltheorie«, die »ethnische« Antagonismen zum Ausbruch kommen sieht, die bis dahin durch die Repressionsapparate der realsozialistischen Staaten gedeckelt worden seien, halten Studien entgegen, dass die ethnisierenden Diskurse nicht zuletzt von den Bürokratien der realsozialistischen Staaten formuliert wurden. Auch die Gewalttätigkeit der Konflikte entsprang der Forschung zufolge nicht der Emotionalität »ethnischer« Gegensätze, sondern der (Binnen-)Rationalität der Akteure zwischen materiellem Gewinn und nationalistischer Ideologie. Das Konzept der »Gewaltmärkte« beschreibt die ökonomische Logik hinter dem gewalttätigen Agieren der Bürgerkriegsakteure, die neben dem klassischen Raub über die Frontlinien hinweg und auch entgegen der Logik militärischen Erfolgs Handel trieben, kooperierten und (Gewalt-)Dienstleistungen austauschten. Grundsätzlich ist die Existenz gewaltfähiger Netzwerke und Strukturen kollektiven Handelns Voraussetzung der Gewalt. Die bedeutendsten davon waren in den postsozialistischen Zerfallskriegen (ehemalige) Einheiten staatlicher Sicherheitsorgane, neofaschistische Organisationen, »kriminelle« Gruppierungen mit extra-legalen Geschäftsmodellen und Vereinigungen von Fußball-Hooligans. Keineswegs »brach« die Gewalt »aus«, sondern sie wurde von diesen Gewaltexperten, Anhängern nationalistischer Ideologien und interessierten Eliten betrieben.³

Sehr bekannt wurde Robert Kaplan mit einem emotionsgeladenen Bericht von einer Reise durch Jugoslawien: Kaplan, Robert D.: *Balkan Ghosts. A Journey Through History*, New York 1993. Ein jüngeres Werk aus der wissenschaftlichen Forschung mit ähnlichem Tenor: Mojzes, Paul: *Balkan Genocides. Holocaust and Ethnic Cleansing in the Twentieth Century*, Lanham 2011.

3 Dazu z. B.: Bougarel, Xavier: Zur Ökonomie des Bosnien-Konflikts. Zwischen Raub und Produktion, in: Jean, François; Rufin, Jean-Christophe (Hg.), *Ökonomie der Bürgerkriege*, Hamburg 1999, S. 191-218; Brubaker, Rogers; Laitin, David: *Ethnic*

Der Politikwissenschaftler Carsten Wieland, der ethnonationalistische Gewaltmobilisierungen in Bosnien, Indien und Pakistan verglichen hat, konstatiert eine »strukturelle Kluft zwischen Handlungsgruppe und postulierter Großkategorie«⁴, also zwischen tatsächlichen Akteuren und den gedachten Grenzen ethnischer Gruppen. Ausgehend von dieser Feststellung fordert er eine analytische Unterscheidung zwischen den ethno-nationalistischen Aktivisten einerseits und den vielen anderen Menschen, die einer der angeblich im Konflikt stehenden Großgruppen zugerechnet werden, andererseits. Die von den nationalen Fürsprechern eröffneten Kategorien – klassische »Gruppenmerkmale« wie Religion, gemeinsame Sprache oder gemeinsame Abstammung – sind bei den angenommenen Mitgliedern in sehr unterschiedlichem Ausmaß oder auch gar nicht vorhanden. Die primordialen Merkmale, die das Konzept der »Ethnie« beinhaltet, sind nach Wieland diffus, ergeben bestenfalls fließende Grenzen und laufen somit der Vorstellung von homogenen ethno-nationalen Staaten, die die Akteure anstreben, entgegen. Sobald zu den Merkmalen der »Ethnie« politische, ökonomische oder soziale Ambitionen hinzutreten, verliert der Begriff der »Ethnie« seine Analysekapazitäten – also in jedem Konfliktfall. Die benannten Topoi der

and Nationalist Violence, in: *Annual Review of Sociology* 24 (1998), S. 423-452; Calic, Marie-Janine: *Der Krieg in Bosnien-Herzegowina. Ursachen – Konfliktstrukturen – Internationale Lösungsversuche*, Frankfurt a. M. 1996; Calic, Marie-Janine: *Der Jugoslawienkrieg der 1990er Jahre. Theorie des ethnonationalistischen Krieges*, in: Jäger, Thomas; Beckmann, Rasmus (Hg.), *Handbuch Kriegstheorien*, Wiesbaden 2012, S. 448-457; Elwert, Georg: *Gewaltmärkte. Beobachtungen zur Zweckrationalität von Gewalt*, in: Trotha, Trutz von (Hg.), *Soziologie der Gewalt*, Opladen 1997, S. 86-102; Gagnon, Valère P.: *The Myth of Ethnic War. Serbia and Croatia in the 1990s*, Ithaca 2004; Höpken, Wolfgang: *Das Dickicht der Kriege. Ethnischer Konflikt und militärische Gewalt im früheren Jugoslawien 1991-1995*, in: Wegner, Bernd (Hg.), *Wie Kriege entstehen. Zum historischen Hintergrund von Staatenkonflikten*, Paderborn 2000, S. 319-367; Kaldor, Mary: *New and Old Wars. Organized Violence in a Global Era*, Stanford, Calif. 1999; Kılavuz, İdil Tunçer: *The Role of Networks in Tajikistan's Civil War: Network Activation and Violence Specialists*, in: *Nationalities Papers* 37 (2009), Nr. 5, S. 693-717; Martin, Terry: *The Affirmative Action Empire. Nations and Nationalism in the Soviet Union, 1923-1939*, Ithaca; London 2001; Oswald, Ingrid: *Die Nachfahren des »Homo Sovieticus«*. Ethnische Orientierung nach dem Zerfall der Sowjetunion, Münster u. a. 2000; Ramet, Sabrina P.: *Thinking about Yugoslavia. Scholarly Debates about the Yugoslav Breakup and the Wars in Bosnia and Kosovo*, Cambridge 2005; Stefanov, Nenad; Werz, Michael: *Bosnien und Europa. Die Ethnisierung der Gesellschaft*, Frankfurt a. M. 1994; Tiškov, Valerij: *Nationalities and conflicting ethnicity in post-communist Russia*, Cambridge 1993; Ders.: *Ethnicity, nationalism and conflict in and after the Soviet Union. The mind aflame*, London 1997.

4 Wieland, *Nationalstaat wider Willen*, S. 366.

nationalistischen Diskurse sind nicht der Konfliktgegenstand, also nicht die Sache, um die gestritten wird, sondern vielmehr »Andockstellen für eine beschleunigte Mobilisierung«. ⁵ So kommt Wieland zu dem eingangs zitierten kategorischen Schluss, dass der Begriff des »ethnischen Konflikts« grundsätzlich unbrauchbar sei. ⁶

Die von Wieland konstatierte strukturelle Kluft zwischen Handlungsgruppe und imaginierter Großgruppe wird in erheblichen Teilen der Forschung zu den innerstaatlichen Konflikten um 1989 nicht konsequent ausbuchstabiert oder findet gar keinen Niederschlag. In vielen Studien bleiben Versatzstücke eines Primordialismus erhalten. Zwar wird Ethnizität darin nicht als *Konfliktursache* angenommen, aber »ethnische Gruppen« figurieren dennoch häufig als zentrale Akteure, als Konfliktpartei. So bringen beispielsweise Studien politikwissenschaftliche Theoreme zur Anwendung, etwa das *security dilemma* oder Kooperations- und *commitment*-Modelle, und rekurren dabei – in Analogie zur Sichtweise auf den Staat als *einen* geschlossenen Akteur – auf »ethnische Gruppen« als Entitäten. ⁷ Auch zahlreiche instrumentalistische Ansätze, die ökonomische und politische Eliteinteressen als zentralen Konfliktfaktor verstehen und darin dem Primordialismus eigentlich entgegenstehen, erklären die Mobilisierbarkeit der Anhängerschaft oft mit primordialistischen Argumenten. Den interessierten Eliten steht hier »ihre« Gruppe als quasi willfähige Mobilisierungsmasse zur Verfügung. ⁸ In der Typologisierung in Donald Horowitz' Klassiker *Ethnic Groups in Con-*

5 Ebd. Dieses Argument findet sich auch in allgemeinen Konflikttheorien. Diese gehen davon aus, dass nicht nur »die Ursachen und die Kontextbedingungen sozialer Konflikte mit dem Konflikt selbst nicht identisch sind« (S. 3), sondern dass auch die kommunizierten Streitpunkte nicht mit dem Konfliktinhalt übereinstimmen müssen. (Messmer, Heinz: *Der soziale Konflikt. Kommunikative Emergenz und systemische Reproduktion*, Stuttgart 2003)

6 Wieland, *Nationalstaat wider Willen*, S. 366.

7 Z. B. Fearon, James; Laitin, David: *Explaining Interethnic Cooperation*, in: *American Political Science Review* 90 (1996), Nr. 4, S. 715-735; Laitin, David D.: *Secessionist Rebellion in the Former Soviet Union*, in: *Comparative Political Studies* 34 (2001), S. 839-861; Lake, David A.; Rothchild, Donald S.: *Spreading Fear: The Genesis of Transnational Ethnic Conflict*, in: dies. (Hg.), *The International Spread of Ethnic Conflict. Fear, Diffusion, and Escalation*, Princeton, N. J. 1998, S. 3-23; Saide-man, Stephen M.: *Is Pandora's Box Half Empty or Half Full? The Limited Virulence of Secessionism and the Domestic Sources of Disintegration*, in: Lake u. Rothchild, *International Spread of Ethnic Conflict*, S. 127-150, S. 134-138.

8 Z. B. bei Meyer, David J.: *Why Have Donbass Russians not Ethnically Mobilized like Crimeans Have? An Institutional Demographic Approach*, in: Micgiel, John S. (Hg.), *State and nation building in East Central Europe. Contemporary perspectives*, New York 1996, S. 317-331.

*flict*⁹ sind die »ethnischen Gruppen« ebenfalls Dreh- und Angelpunkt. Horowitz macht vier Grundkonstellationen von Separatismus aus: *Backward groups in backward regions*, *backward groups in advanced regions*, *advanced groups in backward regions*, oder *advanced groups in advanced regions* können ihm zufolge jeweils Träger einer Separationsbewegung sein. Diese Typologisierung von Separationskonflikten nimmt sinnvollerweise den ökonomischen Kontext in den Blick. Als Grundeinheit allen sozialen Seins figuriert jedoch die »(ethnische) Gruppe«. Als geschlossenes Objekt erfährt sie kollektiv ökonomische Benachteiligung (oder Privilegierung) und sie ist es, die als Akteur darauf reagiert. Damit wird die Unterschiedlichkeit individuellen Handelns, politischer Einstellungen, sozialer Positionen respektive Klassenzugehörigkeiten sowie die Hybridität von Selbstidentifizierungen eingegeben. Den Blick auf die Handelnden und ihre Motive verstellt die kollektivierende Sichtweise weitgehend – zu Recht haben die Sozialwissenschaftler Rogers Brubaker und David D. Laitin konstatiert, die Forschung sei »not blind to, but blinded by ethnicity«.¹⁰ Nach wie vor bleibt die von Carsten Wieland geforderte Unterscheidung zwischen konkreten Akteuren und abstrakter Großgruppe eine wichtige Aufgabe.

Jenseits von Kausalmodellen – Wie statt Warum

Jenseits der Debatte darüber, ob die postsozialistischen Zerfallskonflikte mit dem Adjektiv »ethnisch« richtig eingeordnet worden sind, gilt die Frage ihrer Theoretisierung weiterhin als ungeklärt. Brubaker und Laitin sind sogar der Meinung, dass das nicht zu ändern sei: »there is no reason to believe that [...] ethnic violence can be understood or explained through a single theoretical lense.«¹¹ Tatsächlich ist ein eindeutiges Kausalmodell, das sich auf alle Fälle anwenden lässt, nicht zu erwarten.

Viele Studien haben den Versuch gewagt, über Vergleiche oder großangelegte Datensammlungen Bedingungsvariablen herauszuarbeiten, deren An- oder Abwesenheit über das Ausbrechen eines Konflikts entscheiden. Die dabei entstandenen Modelle sind jedoch meist derart abstrakt und weisen eine solche Vielzahl an Erklärungsvariablen auf, »dass selbst der *Intelligence Service* der *U. S. Army* Probleme mit der Operationalisierung haben dürfte«, wie der Berliner Sozialwissenschaftler Peter Hägel unkt.¹² Realistische Theorien

9 Horowitz, Donald L.: *Ethnic Groups in Conflict*, Berkeley 1985.

10 Brubaker u. Laitin, *Ethnic and Nationalist Violence*, S. 428.

11 Ebd., S. 447.

12 Hägel, Peter: »Methoden im Wahnsinn?« Sozialwissenschaftliche Erklärungsansätze zu Nationalitätenkonflikten, in: Ther, Philipp; Sundhaussen, Holm (Hg.), *Natio-*

der Internationalen Beziehungen, *Rational-Choice*-Ansätze und Spieltheorien bilden die Grundlage vieler solcher Erklärungsversuche, die mit grundsätzlichen Problemen behaftet sind. So sind die Faktoren und Variablen, die diese Studien zur Berechnung von Konfliktwahrscheinlichkeiten nutzen, an sich bereits komplexe Phänomene, die einer analytischen Beschreibung bedürften. Sie sind im Normalfall weder eindeutig vorhanden oder abwesend (sondern in verschiedenen Graustufen präsent), noch lassen sie sich in Zahlen auszudrücken. Ted Robert Gurr und Barbara Harff fixieren beispielsweise in ihrer Monumentalstudie *Ethnic Conflict in World Politics* Faktoren wie »Diskriminierungsgrad«, »Stärke der Gruppenidentität« und »Grad der ethnischen Gruppenkohäsion«, nach denen das »Ausmaß ethnopolitischer Gewalt« zu berechnen sein soll.¹³ Ist es schon zweifelhaft, ob diese Begriffe überhaupt fassbare bzw. messbare Phänomene bezeichnen, so erscheint es noch weniger plausibel, dass diese »Faktoren« in unterschiedlichen Kontexten eine berechenbare, gleichgerichtete Wirkung haben. Letztgenanntes Problem spitzt sich in dem für die politik- und wirtschaftswissenschaftliche Diskussion über innerstaatliche Kriege paradigmatischen Aufsatz *Greed and Grievance in Civil War* von Paul Collier und Anke Hoeffler zu. Die Autoren haben unter anderem die Bedeutung der Abhängigkeit eines Landes von Rohstoffexporten, insbesondere Öl, für die Entstehung eines Bürgerkriegs herausgearbeitet: Staaten, bei denen die Rohstoffexporte 33 Prozent des Bruttosozialprodukts ausmachen, haben demzufolge eine Bürgerkriegswahrscheinlichkeit von 22 Prozent.¹⁴ So plausibel auch erscheint, dass Ölquellen – und mit Abstrichen auch andere von Collier und Hoeffler ausgemachte Faktoren wie soziale Kohäsion oder bergiges Terrain – eine ganz zentrale Rolle für Konfliktparteien in Bürgerkriegen spielen, so wenig ist mit der Quantifizierung gewonnen. In der Studie verweisen die Autoren selbst darauf, dass die Finanzierung einer starken Armee aus Öl-Renten der Regierung in vielen Fällen das Entstehen einer Rebellion erschwert.¹⁵

nalitätenkonflikte im 20. Jahrhundert. Ursachen von inter-ethnischer Gewalt im Vergleich, Wiesbaden 2001, S. 247-264, S. 258.

13 Gurr, Ted Robert; Harff, Barbara: *Ethnic Conflict in World Politics*, Boulder 1994, S. 86-92.

14 Collier, Paul; Hoeffler, Anke: *Greed and Grievance in Civil War*, in: Ganguly, Rajat (Hg.), *Ethnic Conflict*. Vol. 2: *Causes of Ethnic Conflict*, 1-31, London 2009, S. 16.

15 Collier u. Hoeffler, *Greed and Grievance*, S. 5. Alternativ dazu, den Rohstoffexport als außerhalb des Konflikts stehenden Faktor zu quantifizieren, lässt sich der Zusammenhang zwischen Ölvorkommen und Krieg vielversprechender mit der Betrachtung von Einzelfällen als Prozess – beispielsweise vom Zerfall staatlicher Ölgesellschaften, über Versuche von Konfliktparteien Öl-Vorkommen und Raffinerien zu erobern, bis hin zum Weg, den das Öl im Handel zwischen Bürgerkriegsgebiet und

Beim Versuch der Erstellung eines Kausalmodells stellen nicht nur die Komplexität der Phänomene, die als Ursachen oder Faktoren identifiziert werden, und deren Wechselwirkungen ein Problem dar, sondern auch der Umstand, dass es sich bei dem Konflikt um einen Prozess handelt. Abhängig davon, was genau erklärt werden soll – die Konfliktsituation, der Beginn der Gewalt, die Eskalation, die jahre-/jahrzehntelange Kontinuität des Kriegs, oder das Resultat der Separationsbestrebungen – eröffnen sich zahlreiche Ebenen für eine Identifizierung von Ursachen.¹⁶ Eine Unterteilung in »Fälle« – mit Konflikt und ohne Konflikt respektive mit Konflikt mit friedlichem Verlauf und gewalttätiger Eskalation – ist nicht immer eindeutig möglich und sinnvoll. So ist beispielsweise das Nicht-Vorhandensein eines relevanten Separationskonflikts ganz und gar nicht gleichbedeutend mit der Abwesenheit von nationalistischer Gewalt.¹⁷ Ein gutes Beispiel ist natürlich auch die Krim: Sie galt lange als Fall, an dem studiert werden konnte, warum Konflikt und Separation in scheinbar schwierigen Konstellationen *nicht* stattfinden.¹⁸ Jetzt ist es nach zwanzig Jahren doch passiert. »Faktoren« die vorher zu Frieden und zur territorialen Integrität der Ukraine beigetragen haben, namentlich die Autonomie, erleichterten jetzt Separation und Übergang zu Russland. Vielleicht haben diese Faktoren aber auch wiederum eine gewaltförmige Austragung des Konflikts verhindert.

Aufgrund dieser Überlegungen hält es diese Arbeit mit Trutz von Trothas Forderung nach einer »Soziologie der Gewalt«. Statt nach Ursachen zu suchen, regt von Trotha an, die Gewalt selbst als Prozess in den Blick zu nehmen. Die an bestimmenden Faktoren oder Multikausalität orientierte Forschung sieht der Soziologe in einer Sackgasse, in der immer wieder aufs Neue die allgemeinen gesellschaftlichen Missstände als der Gewalt äußerliche Ur-

Weltmarkt nimmt – beschreiben. Siehe z. B.: Jean, François; Rufin, Jean-Christophe (Hg.): *Ökonomie der Bürgerkriege*, Hamburg 1999.

- 16 Wolfgang Höpken sieht genau an dieser Prozesshaftigkeit das entscheidende Forschungsdesiderat für den Krieg in Bosnien: »Über das eigentliche Hinübergleiten von staatlichem Zerfall in einen Krieg, über das unmittelbare Entstehen der Gewalt, ihren Verlauf und ihre Dynamik, oftmals auch über ihre wirklichen Ausmaße, sind wir denn auch immer noch ungleich schlechter informiert als über die politischen Hintergründe des Kriegsausbruchs.« (Höpken, *Dickicht der Kriege*, S. 324)
- 17 Man denke nur an die Pogrome in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen im wiedervereinigten Deutschland zu Beginn der 1990er Jahre.
- 18 Z. B. Armandon, Emmanuelle: *La Crimée entre Russie et Ukraine. Un conflit qui n'a pas eu lieu*, Brüssel 2013; Stewart, Susan: *Autonomy as a Mechanism for Conflict Regulation: The Case of Crimea*, in: *Nationalism and Ethnic Politics* 7 (2001), Nr. 4, S. 113-141.

sachen konstatiert werden. Alternativ schlägt von Trotha vor, nicht nach dem »Warum«, sondern nach dem »Wie« zu fragen.¹⁹

Diesem Appell sind in den letzten Jahren einige Studien gefolgt und haben sich mit der Mikroebene von Akteuren und Gewalt in den postsozialistischen Konflikten beschäftigt.²⁰ Auf die interne Dynamik, Reproduktion und Formierung der Akteure hat beispielsweise die Nachwuchsforschergruppe »Mikropolitik bewaffneter Gruppen« an der Berliner Humboldt-Universität ihren Blick gerichtet. Im Wesentlichen haben die in diesem Rahmen entstandenen Arbeiten die untersuchten Kriege als Perioden schnellen sozialen und institutionellen Wandels beschrieben und betont, dass die Legitimierung des eigenen Handelns nach innen und außen ein zentrales Problem für die Gewaltakteure darstellt. Nicht zuletzt musste die eigene Definition des Forschungsgegenstandes als »nicht-staatliche« Kriegaakteure in Frage gestellt werden, da sich gezeigt hat, dass die bewaffneten Gruppen in vielfacher Weise mit den vor, während und nach dem Krieg existierenden Staatsapparaten oder auch externen Staaten verbunden waren. Das von der Berliner Forschergruppe um Klaus Schlichte aufgestellte Postulat, dass »eine Soziologie des Krieges möglich und nötig«²¹ sei, soll für die vorliegende Arbeit auf Territorialkonflikte ohne dauerhafte kriegerische Auseinandersetzungen erweitert werden (ohne dass damit qualitative Unterschiede zwischen Krieg und Nicht-Krieg geleugnet werden sollen).

Auf dem Weg zu dieser Soziologie haben sich Theorien, die nicht Konflikte oder Gewalt als Ganzes, sondern lediglich einzelne Mechanismen erklären wollen, als fruchtbar erwiesen. Auf der Grundlage der Feststellung zahlreicher Studien, dass die nationalistischen Mobilisierungen von gesellschaftlichen Eliten und deren Interessen dominiert waren, sind Theoriefiguren mit einiger Erklärungskraft entstanden. So beschreibt die Figur des

19 Trotha, Trutz von: Zur Soziologie der Gewalt, in: ders. (Hg.), *Soziologie der Gewalt*, Opladen 1997, S. 9-56, hier S. 16-23.

20 Z. B. Bašić, Natalija: *Krieg als Abenteuer. Feindbilder und Gewalt aus der Perspektive ex-jugoslawischer Soldaten 1991-1995*, Giessen 2004; Elwert, *Gewaltmärkte*; Koehler, Jan: *Die Zeit der Jungs. Zur Organisation von Gewalt und der Austragung von Konflikten in Georgien*, Münster 2000. In seinem Artikel über die Aktivierung von Netzwerken durch Eliten im tadschikischen Bürgerkrieg macht es der Politologe İdil Tuncer Kılavuz noch einmal explizit: »This article is not about the causes of the civil war. Its aim is not to answer the question why, but the question of how ...« (Kılavuz, *Role of Networks*, S. 693)

21 Schlichte, Klaus: *Schlussbericht über die Forschung der Nachwuchsforschergruppe »Mikropolitik bewaffneter Gruppen« an die Volkswagen-Stiftung*, unter: http://www.ipw.ovgu.de/inipw_media/schlichte/mikropolitik/NWGSchlussbericht.pdf [nicht mehr verfügbar, Kopie beim Autor].

*ethnic entrepreneur*²² treffend die politischen Machthaber, Wirtschaftsunternehmer und sozialen Aufsteiger, die aus nationalistischer Mobilisierung und Konflikt Kapital schlagen konnten und so ein persönliches ökonomisches Interesse an der Aufrechterhaltung einer Mobilisierung oder eines Kriegszustandes hatten. Der Begriff des *ethnic outbidding*²³ wiederum beschreibt die Radikalisierung nationalistischer Diskurse im Zuge der Elitenkonkurrenz um Macht. Teilnehmer öffentlicher Debatten fordern sich gegenseitig ein Bekenntnis zur Nation und zu deren Rettung vor der von den »Anderen« ausgehenden Gefahr ab. Wer sich am deutlichsten gegen das »Andere« und für die eigene Gruppe einsetzt, verschafft sich einen Legitimationsvorsprung – der nationalistische Diskurs erscheint hier treffend als Kommunikationsmodus, der Ressourcenverteilung organisiert.

Insgesamt sind die Erkenntnisse über die Akteure der Konflikte während des Zerfalls der realsozialistischen Staaten jedoch bisher tendenziell oberflächlich oder schemenhaft geblieben. Das gilt insbesondere für die Konflikte in der Sowjetunion. Aber auch für die Kriege im ehemaligen Jugoslawien konstatiert Wolfgang Höpken eine Lücke, »die aus der mangelnden Vermittlung der ›großen‹ politischen Ereignisse, Akteure und ›makropolitischen‹ Handlungsabläufe mit der Alltagswelt des Konfliktes und der ›Mikrowelt‹ der Gewalterzeugung entspringt«. ²⁴ Höpken erläutert dieses Forschungsdesiderat näher:

Politische Trägergruppen und militärische Aktivisten, Führer und Anhänger sind jenseits der Spitzenakteure allenfalls punktuell in den Blick geraten. Es fehlt daher noch an der sozialen Verortung derjenigen, welche die Gewalt im elementarsten Sinne des Wortes getragen haben.²⁵

22 Z. B. bei Höpken, *Dickicht der Kriege*, S. 354. Dittmar Schorkowitz führt das Konzept auf Joseph Rothschild (Rothschild, Joseph: *Ethnopolitics. A conceptual framework*, New York 1981) zurück. (Schorkowitz, Dittmar: *Postkommunismus und verordneter Nationalismus. Gedächtnis, Gewalt und Geschichtspolitik im nördlichen Schwarzmeergebiet*, Frankfurt a. M. 2008, S. 54)

23 Z. B. bei Kaufman, Stuart J.: *Spiraling to Ethnic War: Elites, Masses, and Moscow in Moldova's Civil War*, in: *International Security* 21 (1996), Nr. 2, S. 108-138. Valère Gagnon argumentiert allerdings für den Zerfall Jugoslawiens, dass die serbischen Eliten im Vorfeld des Krieges eher versuchten, sich als möglichst moderat darzustellen und sich von einer nationalistischen Opposition abzugrenzen. (Gagnon, *Myth of Ethnic War* S. 31-47)

24 Höpken, *Dickicht der Kriege*, S. 324.

25 Ebd., S. 342.

An dieser Stelle setzt die vorliegende Arbeit an und nimmt die Konstituierung der handelnden Koalitionen als Prozess in den Blick.²⁶

2. Separatistische Bewegungen? Forschungsgegenstand, Begriffe und theoretische Zugänge

Um sich einem Verständnis der Zerfallskonflikte in der UdSSR anzunähern, werden hier die beiden stärksten pro-russländischen Separatismen verglichen: jener im Dnjestr-Tal im Osten Moldovas und jener auf der Krim. Die Ergebnisse dieser Bestrebungen waren sehr unterschiedlich: Der Dnjestr-Separatismus mündete in der Gründung einer eigenständigen staatlichen Formation. Nach einer Protestwelle gegen die Sprachpolitik der moldauischen Regierung 1989, in mehreren Städten abgehaltenen Referenda für eine Autonomie und der Autonomieerklärung der Region im September 1990 eskalierte der Konflikt mit der Zentralregierung in einer mehrmonatigen militärischen Auseinandersetzung im Frühjahr/Sommer 1992, in der die transnistrischen Kräfte von russländischem Militär unterstützt wurden. Letztendlich spaltete sich die »Moldauische Dnjestr-Republik« von Moldova ab und existiert bis heute. Dagegen verblieb die Krim (vor 2014) ohne gewalttätige Auseinandersetzung als Autonome Republik in der Ukraine. Zwar gewann der Kandidat der pro-russländischen Bewegung 1994 mit großer Mehrheit die Präsidentschaftswahl, musste aber aufgrund interner Auseinandersetzungen in seinem politischen Block nach nur wenigen Monaten wieder abtreten. Der interne Konflikt führte zu einer politischen Marginalisierung der Bewegung. Die neue politische Führung der Krim handelte mit Kiew in der umstrittenen Verfassungsfrage einen Kompromiss aus.

Diese Ergebnisse waren den Erwartungen von westlichen Beobachtern und Forschern diametral entgegengesetzt. Niemand hatte mit einem Unabhängigkeitskrieg der unbekanntenen Region Transnistrien gerechnet. Dagegen war die Krim als Gebiet »ethnischer Spannungen«, als »next Bosnia«²⁷, ausgemacht. Die Dominanz der russischen Sprache und Erinnerungskultur auf der Halbinsel und die langjährige Zugehörigkeit zu Russland bzw.

26 Zwar ist es in den untersuchten Fällen in weitaus geringerem Maße zu Gewalt gekommen ist als in Bosnien-Herzegowina und es handelt sich hier vorrangig um die Träger politischer und nicht in jedem Fall gewalttätiger Mobilisierungen, aber die untersuchten Akteure sind ein Teil des Kontinuums zwischen nationalistischer Mobilisierung, Neustrukturierung von Staatlichkeit und Bürgerkrieg in den Zerfallsprozessen der realsozialistischen Staaten.

27 Sneider, Daniel; Torbakov, Igor: Crimea – the Next Bosnia? In: National Review 45 (1993), Nr. 15, S. 26-28.

zur RSFSR schienen nach der Unabhängigkeit der Ukraine von der UdSSR einen Konflikt nahezulegen. Immerhin war die Halbinsel, die als Geschichtsregion fest in den Köpfen auch der Beobachter verankert war (und ist), erst 1954 per Federstrich der sowjetischen Führung von der RSFSR an die Ukrainische Sowjetrepublik transferiert worden. Zudem kehrten zahlreiche krimtatarische Betroffene der Deportationen von 1944 und ihre Nachkommen seit Ende der 1980er Jahre auf die Krim zurück. Die Forscher hielten diese Migration oder wenigstens daraus resultierende konkurrierende Ansprüche auf die Deutungshoheit auf der Halbinsel für konfliktträchtig. Diese Sichtweise wurde noch dadurch verstärkt, dass der Krim eine jahrhundertealte Bedeutung als strategisch wichtige und geschichtlich umkämpfte Region zugeschrieben wurde (und wird). Besonders bei russischen Nationalisten besitzt sie eine Art »Kult«-Status.²⁸ Die Benennung »Pridnestrov'e« und die Konturen des damit bezeichneten Territoriums dagegen mussten als distinkte Einheit in der politischen Sphäre erst etabliert werden.²⁹ Nicht die Geschichtsregion Krim also, sondern einige institutionell nicht miteinander verbundene Industriestädte im Dnjestr-Tal in Moldova formierten eine neue territoriale Einheit.

Jenseits der genannten Unterschiede in der Historizität, die nach den Annahmen der Forschung eher für einen Konflikt auf der Krim sprachen, bestanden auch zahlreiche Parallelen zwischen beiden Regionen. Die (post-)sowjetischen Verhältnisse spiegelten sich hier wie dort in besonderer Weise wider. Beide waren von der immensen wirtschaftlichen Bedeutung großer Industriekomplexe, die in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg angesiedelt worden waren, geprägt. Das brachte neben einer Migration aus anderen Teilen der UdSSR, insbesondere aus Russland, eine starke Einbindung in den sowjetischen Wirtschaftskreislauf mit sich. So bedeutete der Niedergang der Wirtschaft der UdSSR sowohl für die Krim als auch für das Dnjestr-Tal eine schwere ökonomische Krise. Auf der Grundlage dieser soziostrukturellen Bedingungen hatten sich in beiden Regionen Milieus mit tendenziell sowjet- (oder Russland-)freundlichen Interessen und Einstellungen entwickelt. Stationierungen sowjetischen (später russländischen) Mi-

28 Zur russischen Sicht auf die Krim in der Geschichte: Jobst, Kerstin: Die Perle des Imperiums. Der russische Krim-Diskurs im Zarenreich vom Ende des 18. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg, Konstanz 2007. Zur aktuellen Sichtweise: Šeršněv, L. I. (Hg.): Krym – Sevastopol' – Rossija. Istorija, Geopolitika, Buduščee, Moskau 2006.

29 Büscher, Klemens: Die »Staatlichkeit« Transnistriens – ein Unfall der Geschichte? In: Jahn, Egbert (Hg.), Nationalismus im spät- und postkommunistischen Europa. Bd. 3 – Nationalismus in den nationalen Gebietseinheiten, Baden-Baden 2008, S. 227-252, S. 227.

litärs trugen zur Stärkung dieses Milieus bei, das neben einem sowjetisch geprägten Industrieproletariat und sowjetkonservativen Wirtschafts- und Parteikadern, nicht zuletzt Pensionäre der sowjetischen Armee umfasste.³⁰ Parallelen in der sozioökonomischen Struktur der Regionen, Militärstationierungen und der institutionelle wie historisch-kulturelle Vorlauf hätten also, wenn schon nicht einen ähnlichen Konfliktverlauf, so doch wenigstens das Entstehen einer ähnlichen sowjetkonservativen, pro-russländischen Bewegung erwarten lassen. Der tatsächliche Ereignisverlauf in den 1990er deutet darauf hin, dass die als zentral angenommenen – kulturellen, historischen und institutionellen – Faktoren nicht die Bedeutung hatten, die ihnen beigemessen wurde.

Der Mehrwert des hier unternommenen Vergleichs liegt aber eben nicht in der Identifizierung einer Variablen, die für die unterschiedlichen Verläufe verantwortlich zu machen ist. Vielmehr zeigt der Vergleich der Separatismen auf der Krim und im Dnjestr-Tal, dass der Versuch einer Festschreibung von Bedingungsfaktoren für einen Konflikt weniger ertragreich ist als der Blick auf kleinteiligere Ebenen der Formierung von Konfliktparteien. Die konkreten Akteure in ihren Sozialisationen, Machthierarchien und Netzwerken reagierten auf ähnliche Voraussetzungen unterschiedlich. Während im Dnjestr-Tal die Generaldirektoren der großen Industriekombinate, die Moskauer Ministerien unterstanden, ein Autonomie- und dann ein Staatsgründungsprojekt auflegten, arrangierten sich vergleichbare Akteure in Sevastopol' und im Norden der Krim mit der neuen ukrainischen Regierung. Es sind nicht die Regionen und genau genommen auch nicht die Konflikte,

30 Zu den ökonomischen Strukturen der Regionen u. a.: Drzymalla, Jürgen: Die Krim zwischen der Ukraine und Russland. Politische und wirtschaftliche Bestandsaufnahme, München 1996, S. 20-30; Gudym, Anatolij: Evolution of the Transnistrian Economy: Critical Appraisal, unter: <http://www.cisr-md.org/reports/cont-transn.html> [zuletzt geprüft am 25.2.2015]; Saburov, Jevgenij: The Socioeconomic Situation in Crimea, in: Drohobycy, Maria (Hg.), Crimea. Dynamics, Challenges, and Prospects, Lanham 1995, S. 15-37; Sasse, Gwendolyn: The Crimea Question. Identity, Transition and Conflict, Cambridge 2007, S. 132; Troebst, Stefan: Separatistischer Regionalismus als Besitzstandswahrungsstrategie (post-)sowjetischer Eliten. Transnistrien 1989-2002, in: Ther, Philipp; Sundhaussen, Holm (Hg.), Regionale Bewegungen und Regionalismen in europäischen Zwischenräumen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Marburg 2003, S. 185-214. Zur Rolle des russländischen Militärs z. B.: Chinn, Jeff; Roper, Steven D.: Ethnic Mobilization and Reactive Nationalism: The Case of Moldova, in: Nationalities Papers 23 (1995), Nr. 2, S. 291-325, S. 307-310; Simonsen, Gunnar: »You take your oath only once«. Crimea, the Black Sea Fleet, and National Identity Among Russian Officers, in: Nationalities Papers 28 (2000), Nr. 2, S. 289-316; Dailey, Erika: Human Rights in Moldova. The Turbulent Dniester, New York 1993.

die hier verglichen werden, sondern es sind zwei kollektive Konfliktakteure (noch genauer gesagt deren soziale Konfiguration). Diese versucht die vorliegende Arbeit als *politische Bewegungen* zu fassen.

Soziologische Bewegungsforschung

Politische Bewegungen unterscheiden sich von Organisationen dadurch, dass sie nicht in einem fest strukturierten Rahmen existieren. Es gibt weder eine fixierte Mitgliedschaft, noch in einem Regelwerk niedergelegte Statuten, noch regelmäßige Zusammenkünfte. Vielmehr manifestieren sich Bewegungen in Aktionen, Versammlungen und Projekten, an denen Personen und Gruppierungen teilnehmen. Die Mobilisierungsereignisse der Bewegung sind gleichzeitig Teil des Konflikts.

Bewegung und Organisation sind nicht ein- und dasselbe, zwischen ihnen besteht jedoch ein sehr enger Zusammenhang: In einer regelmäßigen Struktur existierende Personenverbände organisieren die Mobilisierungsereignisse, aus denen die Bewegung besteht. In den »Bewegungsorganisationen« werden die Ideen produziert und reproduziert, die es möglich machen, unterschiedliche Mobilisierungsereignisse sinnhaft aufeinander zu beziehen und als Teil einer Bewegung zu begreifen. Gleichzeitig reproduzieren sich diese Organisationen durch die Mobilisierungen. Sie rekrutieren Nachwuchs auf Demonstrationen oder bei Streiks, manche Bewegungsorganisationen entstehen in der Vorbereitung von Mobilisierungsereignissen.

Die soziologische Bewegungsforschung bietet wertvolle Ansätze, um die Akteure der postsowjetischen innerstaatlichen Kriege zu analysieren.³¹ Insbesondere weist diese Forschungsrichtung darauf hin, dass es sich bei der Herstellung kollektiven Handelns um einen vielschichtigen Prozess handelt. In ähnlicher Weise wie in der Nationalismustheorie werden die Ideenapparate rund um Nation, Ethnie, Volk, Kultur(kreis) und Rasse auch hier als Mobilisierungsressource verstanden. Kollektives Handeln ist auf die Herstellung gemeinsamer Symbole und Deutungsmuster angewiesen. Diese »*master frames*« stellen eine Art gefärbter Brille dar, durch die die Ereignisse wahrgenommen und kodiert werden. Diese Deutungen und Überzeugungen er-

31 So schlagen z. B. Brubaker und Laitin Kategorien wie »*ethnic frame*« (S. 428) und »Kodierung« für die Analyse ethnonationalistischer Mobilisierungen vor. Diese bezeichnen Handlungen, die die Gewalt erst zu »ethnischer Gewalt« machen. (Brubaker u. Laitin, *Ethnic and Nationalist Violence*) Auch andere Studien untersuchen ethnopolitische Konflikte mit den Ansätzen der Bewegungsforschung, z. B. Smith, Graham; Wilson, Andrew: *Rethinking Russia's Post-Soviet Diaspora: The Potential for Mobilisation in Eastern Ukraine and North-East Estonia*, in: *Europe-Asia Studies* 49 (1997), Nr. 5, S. 845-864.

möglichen es Beteiligten und Beobachtern, einzelne Mobilisierungsereignisse aufeinander zu beziehen, sie als eine Bewegung zu denken und dem kollektiven Handeln Orientierung zu geben.³² Diesen zentralen Interpretationsrahmen bietet gegebenenfalls die Idee einer gemeinsamen Zugehörigkeit zu einer »Wir-Gruppe« – sprich der Nationalismus.

Ähnlich wie in der Gewaltforschung ist auch in der Bewegungssoziologie die Fokussierung auf die Frage nach den Ursachen von gesellschaftlichen Mobilisierungen in Frage gestellt worden. Gründe für Protest gibt es in einer von sozialer Ungleichheit geprägten Gesellschaft immer. Gleichzeitig können scheinbare Ursachen widersprüchliche Auswirkungen auf kollektives Handeln haben. So kann beispielsweise ökonomische Marginalisierung in einem Fall als Ursache einer Mobilisierung interpretiert werden, in einem anderen Fall kann sie aber auch die Betroffenen von den Möglichkeiten und Ressourcen abschneiden, die für die politische kollektive Formulierung von Interessen notwendig sind. Deswegen richtet die Bewegungsforschung ihren Blick auf die Möglichkeiten, kollektives Handeln »herzustellen«. Die Theoreme der Bewegungsforschung, wie Ressourcenmobilisierung und vor allem die »politischen Gelegenheitsstrukturen« (*political opportunity structures*), sind in einigen Studien auf die postsozialistischen Territorialkonflikte und die damit zusammenhängenden Bewegungen übertragen worden.³³ So sehr diese sich etwa von den neuen sozialen Bewegungen der BRD in den 1970er und 1980er Jahren unterscheiden, so gibt es bei der grundsätzlichen Problematik der Herstellung kollektiven Handelns doch Parallelen, die den Transfer dieser Ansätze fruchtbar machen. Die separatistischen Bewegungen des untergehenden Realsozialismus können durchaus verstanden werden als ein

32 Della Porta, Donatella u. a.: *Social Movements in a Globalizing World*, New York 1999; Hellmann, Kai-Uwe: Paradigmen der Bewegungsforschung. Forschungs- und Erklärungsansätze – ein Überblick, in: ders. (Hg.), *Paradigmen der Bewegungsforschung. Entstehung und Entwicklung von neuen sozialen Bewegungen und Rechts-extremismus*, Opladen 1998, S. 9-32, S. 20-32; McAdam, Doug u. a.: Introduction: Opportunities, Mobilizing Structures, and Framing Processes. Towards a Synthetic, Comparative Perspective on Social Movements, in: McAdam, Doug (Hg.), *Comparative Perspectives on Social Movements. Political Opportunities, Mobilizing Structures, and Cultural Framings*, Cambridge 1996; Snow, David A. u. a.: Frame Alignment Processes, Micromobilization and Movements Participation, in: *American Sociological Review* 51 (1986), S. 464-481.

33 Zu Gelegenheitsstrukturen und Ressourcenmobilisierung generell: Hellmann, Paradigmen der Bewegungsforschung, S. 22-25; McAdam u. a., Introduction, S. 10-15; McCarthy, John D.; Zald, Mayer N.: Resource Mobilization and Social Movement. A Partial Theory, in: *American Journal of Sociology* 82 (1977), Nr. 6, S. 1212-1241.

kollektiver mobilisierender Akteur, der mit einer gewissen Kontinuität auf der Grundlage hoher symbolischer Integration und geringer Rollenspezifikation mittels variabler Organisations- und Aktionsformen das Ziel verfolgt, grundlegenden sozialen Wandel herbeizuführen, zu verhindern oder rückgängig zu machen.³⁴

Sie sind, um noch einmal mit dem Bewegungsforscher Joachim Raschke zu sprechen, »weder ein amorphes ad hoc-Kollektiv noch eine hochformalisierte, weitgehend berechenbare Organisation«³⁵. Der primordialistischen Vorstellung einer emotionsgesteuerten, spontanen Masse, die »die Anderen« gewalttätig angreift, setzen die Bewegungstheorien eine differenziertere Sicht von Netzwerken entgegen, die wiederum ihrerseits Netzwerke mobilisieren, und von darin agierenden Organisationen (*Social Movement Organizations*), innerhalb derer die Ressourcen für das kollektive Handeln erzeugt bzw. beschafft werden. Das kollektive Handeln basiert den Theorien der sozialen Bewegung zu Folge also auf vorab bestehenden Netzwerken und Strukturen kollektiven Handelns.³⁶

Das Konzept vorab bestehender Netzwerke kollektiven Handelns hat auch in der Konfliktforschung Niederschlag gefunden. Sicherlich fallen die konkreten Ausprägungen sehr unterschiedlich aus: Für die »Neuen Sozialen Bewegungen« der 1970er und 1980er Jahre haben die Soziologen das Bild von Personengruppen herausgearbeitet, die in verschiedenen Polit-Gruppen engagiert sind, sich in Szene-Kneipen und -Veranstaltungen treffen und gemeinsam in Wohngemeinschaften wohnen. Auf diesen *Face-to-Face*-Kommunikationsplattformen stellen sie die Übereinstimmung in Werten und *frames* her, die Voraussetzung des kollektiven Handelns ist. Die vorab bestehenden Netzwerke der innerstaatlichen Kriege und nationalistischen Mobilisierungen um 1989 sahen anders aus. An den bewaffneten Auseinandersetzungen beteiligten sich beispielsweise vorab bestehende Gruppen von Gewaltexperten vielerlei Art: Der Fußballfanklub *Delije* von Roter Stern Belgrad zog beinahe geschlossen als »Arkans Tiger« in den Bosnien-Krieg, kriminelle Banden wurden ebenso zu Freischärler-Verbänden wie Militär-

34 Raschke, Joachim: Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß, Frankfurt a. M. 1985, S. 77.

35 Ebd., S. 17.

36 Della Porta, Donatella; Diani, Mario: Social Movements. An Introduction, Oxford 1999, S. 16-30; McCarthy u. Zald, Ressource Mobilization and Social Movement, S. 1218-1220; Hellmann, Paradigmen der Bewegungsforschung, S. 18; Tarrow, Sidney: Power in Movement. Social Movements and Contentious Politics, Cambridge 1998.

und Polizeieinheiten und Betriebsbelegschaften verwandelten sich in Privatarmeen.³⁷

Trotz dieser Unterschiedlichkeit funktionierte die Rekrutierung in die soziale Bewegung wie in die Konfliktpartei über vorher bestehende Strukturen. Keineswegs fanden sich unbedarfte Einzelpersonen für das (Gewalt-)Handeln zusammen. Hasserfüllte Dorfbewohner, die spontan ihre Nachbarn überfallen, sind Teil der Balkan/Afrika/Kaukasus-Mythologie des Westens. Grundlage kollektiven Handelns sind vorab bestehende Handlungsstrukturen und -netzwerke. Diese versucht die vorliegende Arbeit für die Vergleichsfälle zu identifizieren.

Nationalismustheorien

Grundlegend für ein Verständnis der innerstaatlichen Territorialkonflikte im Zerfall der realsozialistischen Staaten sind die konstruktivistischen Nationalismustheorien. Sie erlauben die Unterscheidung zwischen den konkreten Handlungsgruppen und den abstrakten Großgruppen, deren kollektive Teilnahme der Begriff des »ethnischen Konflikts« fälschlicherweise suggeriert. Auf diese Weise wird eine Dekodierung und Einordnung der nationalistischen Botschaften der Akteure möglich. Die Klassiker der modernen Nationalismustheorien, vor allem die viel zitierten Autoren Benedict Anderson, Eric Hobsbawm und Ernest Gellner, lassen die Nation als Produkt nationalistischer Bewegungen und staatlicher Politik erscheinen.³⁸ Diese produzieren »den Glauben an etwas, das offensichtlich in dieser Form nicht existiert.«³⁹

Rogers Brubaker versteht Nation als »institutionalized form, practical category [im Gegensatz zur analytischen Kategorie], contingent event«⁴⁰ und arbeitet am Beispiel der Sowjetunion die Rolle staatlicher Institutionen bei

37 Čolović, Ivan: Fußball, Hooligans und Krieg, in: Bremer, Thomas u. a. (Hg.), Serbiens Weg in den Krieg. Kollektive Erinnerung, nationale Formierung und ideologische Aufrüstung, Berlin 1998, S. 261-276; Čolović, Ivan: Bordell der Krieger. Folklore, Politik und Krieg, Osnabrück 1994. Für das Baskenland macht David Laitin beispielsweise ein dichtes Netz an Bergsteiger-Klubs, in denen Werte (nicht zuletzt Männlichkeit) reproduziert werden, als soziale Basis gewalttätiger separatistischer Mobilisierungen aus. (Laitin, David D.: National Revivals and Violence, in: Archives européennes de sociologie 36 (1995), S. 3-43, S. 19)

38 Anderson, Benedict: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts, Frankfurt a. M. 1996; Gellner, Ernest: Nationalismus. Kultur und Macht, Berlin 1999; Hobsbawm, Eric: Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780, Frankfurt a. M. 1990.

39 Hobsbawm, Nationen und Nationalismus, S. 24.

40 Brubaker, Rogers: Nationalism Reframed. Nationhood and the National Question in the New Europe, Cambridge 1996, S. 13.

der Produktion (oder mit Brubaker: »Induktion«⁴¹) kollektiver Zuschreibungen heraus. Ihm zufolge prägte und strukturierte das Nationalitätenregime der Sowjetunion die post-sowjetischen Nationalismen. Die post-sowjetischen Territorialkonflikte waren in dieser Lesart »not the struggles of nations, but the struggles of institutionally constituted national elites«.⁴²

In seinem Grundlagenwerk *Ethnicity without Groups* blickt Brubaker auf »ethnicity, race, and nation [...] as perspectives on the world rather than entities in the world«⁴³. Er schlägt vor, diese Phänomene nicht als kollektive Entitäten, Identitäten und Kultur(kreise) zu untersuchen, sondern stattdessen Systeme, Prozesse und Projekte der Identifizierung und Kategorisierung in den Blick zu nehmen.⁴⁴ Nation, Ethnie und Rasse sind bei Brubaker nicht mehr als Formen der Interpretation und Repräsentation der sozialen Verhältnisse. Sie sind Kategorien der Praxis und nicht der Analyse. Die in der Sozialwissenschaft oft reproduzierte Vorstellung von Ethnizität als abgrenzbaren Gruppen bezeichnet er als »groupism« und fordert eine Analyse jenseits davon.

Michael Billig's Figur des *banal nationalism* betont die alltägliche und allgegenwärtige Reproduktion des Wissens um die Nation am Beispiel der unbewusst wahrgenommenen Flagge am öffentlichen Gebäude, des Sportteils in der Zeitung oder des ebenso unbewusst ausgesprochenen »wir« oder »hier«, das eine abstrakte kollektive und territoriale Entität in die Alltagskommunikation transferiert. Diese alltägliche Erinnerung an die Nation bildet die Grundlage für Mobilisierungsphasen, was Billig in einem Bild des Wechsels von »waved and unwaved flag«⁴⁵ ausdrückt. Der banale (»not benign«⁴⁶) Alltagsnationalismus, der bis in die letzten Winkel des individuellen Bewusstseins vordringt, ohne dort wahrgenommen zu werden, wird zu einer (Mobilisierungs-)Ressource, auf die in der Krisensituation zurückgegriffen werden kann.⁴⁷

Nationalismustheorien wie die vorgenannten unterscheiden also zwischen der tatsächlich agierenden politischen Koalition, der nationalistischen Bewegung, und der von ihr postulierten abstrakten Großgruppe, der Nation. Sie ermöglichen damit bei der Analyse der Territorialkonflikte am Ende des Realsozialismus den Blick auf die Hintergründe der Akteure zu lenken und

41 Ebd., S. 17.

42 Ebd., S. 25.

43 Brubaker, Rogers: *Ethnicity without Groups*, Cambridge 2004, S. 4.

44 Ebd., S. 41.

45 Billig, Michael: *Banal Nationalism*, London 1995, S. 10.

46 Ebd., S. 6.

47 Ebd., S. 7-10; S. 174-175.

die von diesen im Rahmen des Konflikts vorgetragenen Ideen als Mobilisierungsdiskurse einzuordnen.

Ohne Zweifel bemühten die in dieser Arbeit untersuchten Bewegungen die Ideenapparate rund um Nation, Staat und Nationalität. Sie stellten aber nicht zu jedem Zeitpunkt eine von ihnen postulierte Wir-Gruppe ins Zentrum ihrer Mobilisierungen. Während sich in Bezug auf die Bewegung auf der Krim von einem russischen Nationalismus sprechen lässt, vereinte die transnistrische Bewegung großrussische Nationalisten und Sowjetkonservative zu einem politischen Projekt, das sich selbst nicht zuletzt mit dem Begriff des »Internationalismus« zu legitimieren versuchte. Deshalb werden sie hier als »separatistische« Bewegungen gefasst, als Akteure, die sich eine wie auch immer geartete territoriale Neuordnung zum Ziel setzten.

Separatismus?

Auch wenn die untersuchten Bewegungen hier letztendlich als Separatismus bezeichnet werden, liegt der Begriff weniger auf der Hand, als es auf den ersten Blick scheint. Grundsätzlich hat die Forschung festgestellt, dass der Begriff eine geringe Trennschärfe aufweist. Autonomiebewegungen, regionalistische Bestrebungen und Separatismen lassen sich schwerlich unterscheiden, da die Akteure je nach Gelegenheit die Reichweite ihrer Ziele verändern – die Konjunktur ihrer Möglichkeiten bestimmt die Forderung der Bewegung. Ebenso schwer sind die separatistischen Bestrebungen im Normalfall von den Begriffen des Nationalismus oder der Ethnizität zu trennen, da sich die Akteure betreffender Diskurse bedienen.⁴⁸ Auch in den hier untersuchten Fällen stand nicht zu jedem Zeitpunkt die Forderung nach einer Abspaltung der beanspruchten Region von der übergeordneten Republik auf der Agenda der untersuchten Akteure. So entwickelten sich die territoria-

48 Herrera, Yoshiko M.: *Imagined Economies. The Sources of Russian Regionalism*, Cambridge 2005, S. 29. Herrera verwendet in ihrer Studie jedoch den Begriff Regionalismus. Viele Studien, die von Separatismus sprechen, entwickeln keinen eigenen Begriff davon (z. B. Gohr, *Antonia: Die Lega Nord – eine Herausforderung für Italien. Zwischen Föderalismus und Separatismus*, Frankfurt a. M. 2001; Gräber, Gerhard; Spindler, Matthias: *Die Pfalzbefreier. Volkes Zorn und Staatsgewalt im bewaffneten Kampf gegen den pfälzischen Separatismus 1923/24*, Ludwigshafen 2005), oder kombinieren ihn mit den Begriffen des Regionalismus, des Nationalismus oder der Ethnizität. (Z. B. Eichhorst, Kristina: *Ethnisch-separatistische Konflikte in Kanada, Spanien und Sri Lanka. Möglichkeiten und Grenzen institutioneller Konfliktregelungen*, Frankfurt a. M. 2005; Troebst, *Separatistischer Regionalismus*; Visser, Reidar: *Basra, the Failed Gulf State: Separatism and Nationalism in Southern Iraq*, Münster 2005).

len Ansprüche, die der Begriff impliziert, zumindest bei der Bewegung im Dnjestr-Tal erst im Laufe der Mobilisierungen. Zudem lehn(t)en beide Bewegungen »Separatismus« als Bezeichnung für sich ab. Nicht ganz zu Unrecht verweisen die Protagonisten darauf, dass die Bewegungen sich zunächst für den Erhalt des sowjetischen/Moskauer Staates einsetzten. Abspaltung und Unabhängigkeit waren hingegen bis zum Sommer 1991 das Ziel derjenigen politischen Kräfte, die später den neuen »Zentralstaat« Ukraine bzw. Moldova gegen die pro-russländischen Separatisten vertraten. Infolgedessen bezeichneten sich im Konflikt um die staatliche Hoheit im Dnjestr-Tal die Konfliktparteien gegenseitig als »Separatisten«.

Die stark negative normative Aufladung mindert den analytischen Wert des Begriffs enorm. So soll der Separatismus-Begriff hier eine »weiche« Verwendung finden – nicht als zentrale Analysekategorie, um die sich das Erkenntnisinteresse dreht, sondern als allgemein verständlicher Behelf, der signalisiert, dass die Bewegungen auf eine territoriale Neuordnung zielten. »Separatistische« Bewegungen werden hier verstanden als nicht-staatliche⁴⁹ Kollektivakteure in einem Territorialkonflikt, deren Projekt die Formierung eines staatlichen Gebildes auf einem Territorium, das von einem existierenden Staat beansprucht wird, ist.

Dass hier trotz der zahlreichen Einwände der Begriff des »Separatismus« für die Bewegungen auf der Krim und im Dnjestr-Tal verwendet wird, liegt neben seiner relativen Allgemeinverständlichkeit auch daran, dass der Begriff des »Nationalismus« zur Charakterisierung der konkreten Akteure nur begrenzt anwendbar ist.

Zudem ermöglicht es die Benennung der Akteure als Separatismus, die Differenz zwischen Handlungsgruppe und imaginiertes Großgruppe festzuhalten. Es ist nicht eine russische oder russophone Diaspora, die diese Arbeit in den Blick nimmt. Vielmehr ist das Objekt der Beobachtung eine politische Bewegung, deren Entstehung ein nachvollziehbarer Prozess ist und die einen Anspruch auf Macht und Territorium formuliert. So erlaubt der Begriff in gewissem Maße, die Akteure mit ihren Ambitionen und den (macht-)politisch-territorialen Charakter des Konfliktgegenstands sichtbar zu machen.

49 Auch die Einordnung als »nicht-staatlich« bringt Probleme mit sich: Wie bewaffnete Gruppen sind auch separatistische Bewegungen im Normalfall mit Institutionen des Zentralstaates oder mit Organen auswärtiger Staaten verflochten (siehe S. 22).

3. Forschungsstand

Der Kenntnisstand über die Akteure der innerstaatlichen Territorialkonflikte in der zerfallenden Sowjetunion ist weiterhin nicht umfassend und wenig systematisch. Theorien von Elitenetzwerken und vorab bestehenden Strukturen kollektiven Handelns sind für die sowjetischen Fälle nur in geringem Maße mit Empirie gesättigt. Das Gros der Forschung stellt vor allem Fragen nach historischem Hintergrund, »ethnischer« Demographie, Konfliktlösungsmechanismen sowie der Rolle äußerer Staaten, oder versucht die Konflikte in ein erklärendes Modell zu bringen – auf Kosten der Möglichkeit, die agierenden Koalitionen näher zu beleuchten. Die folgende Zusammenfassung des Stands der Forschung fokussiert auf vier Bereiche: erstens die Forschung zur russophonen Diaspora, zweitens Studien, die die Frage nach den Akteuren in den postsowjetischen Bürgerkriegen allgemein gestellt haben, sowie drittens und viertens die Forschungen zu den Konflikten bzw. separatistischen Bewegungen auf der Krim und im Dnjestr-Tal.

Die Forschung zur russophonen »Diaspora«

Mit der Unabhängigkeit der ehemaligen Sowjetrepubliken wurde ein Teil der ehemaligen Sowjetbürger zu »Russians beyond Russia«. ⁵⁰ Auch in den 14 Nachfolgestaaten der Sowjetunion jenseits der Russländischen Föderation lebten und leben zahlreiche Menschen, die russischer Nationalität sind (nach Pässeintrag oder Selbstidentifizierung) bzw. deren Erstsprache Russisch ist. Diese angenommene Großgruppe macht die Diasporaforschung zu ihrem Gegenstand. Zu der in den Blick genommenen abstrakten Gemeinschaft gehören auch große Teile der Bevölkerung der Krim und des Dnjestr-Tals. Die Diasporaforschung untersucht in erster Linie Fragen der Identitätsbildung, der politisch-legalen Situation im Residenzstaat, des Einflusses des *homelands* ⁵¹ Russland und politische Akteure, die sich als Vertreter der »Russischsprachigen« gerieren. Die zentralen Ergebnisse zeigen letztendlich die Brüchigkeit des national-kulturellen Bezugsrahmens dieses Forschungsfeldes: Die Diaspora-Forscher konstatieren, dass sich eine kol-

⁵⁰ Melvin, Neil J.: *Russians beyond Russia. The Politics of National Identity*, London 1995.

⁵¹ Der Begriff des *homelands* entstammt dem »Brubakerschen Dreieck«, das in Konflikten zwischen Minderheiten und Zentralstaat den Faktor eines weiteren Staates, mit dem sich die separationsbestrebte Gruppe identifiziert, betont. Ob es die Interessenvertreter der Minderheit auf eine Eskalation mit der Hauptstadt ankommen lassen, wird diesem Theorem zufolge stark von den Signalen aus diesem *homeland* beeinflusst. (Brubaker, *Nationalism Reframed*, S. 60-76)

lektive (Diaspora-)Identität nicht nachweisen lässt und dass die Identifikation mit dem angenommenen Referenzstaat sehr unterschiedlich ausgeprägt ist. Eindeutige Kriterien dafür, wer zur Titularnation, zu einer russischen Nationalität oder zu den vielen russischsprachigen Dritten gehört, lassen sich nicht finden.⁵² Für konkretere Aussagen sind die Untersuchungsgebiete oft zu groß: Manche der Monographien untersuchen die gesamte Diaspora, andere vergleichen ganze Staaten. Nur einige Artikel wagen den Vergleich zwischen Regionen, ohne aber genauer auf den Charakter der mobilisierenden Akteure eingehen zu können.⁵³ Ebenso wie David Meyer, der Donbass und Krim gegenüberstellt, kommt auch Klemens Büscher in seinem Ukraine-Moldova-Vergleich geographisch den Untersuchungsgebieten dieser Arbeit nahe. Büschers breit angelegter Vergleich beleuchtet vorrangig die widersprüchliche Wirkung der Einflussnahme aus Russland durch Staat und nationalistische Opposition, während das Innenleben der Akteure vor Ort nicht umfassend bearbeitet wird.⁵⁴ Der geographische Zuschnitt von David Meyers Studie ist im Lichte der Ereignisse des Jahres 2014 besonders interessant geworden. Seine Fragestellung (»Why have Donbass Russians not ethnically mobilized like Crimeans have?«) bleibt aber in der Umsetzung relativ abstrakt. Der als Ausgangspunkt zugrunde gelegte Unterschied zwischen einer »ethnischen« (Krim) und einer multinational-regionalistisch, industrieorientierten »linken« (Donbass) Selbstkodierung erweist sich für die Betrachtung der Zerfallsprozesse der Sowjetunion als wenig trennscharf – wie auch in dem Vergleich der Ideologien der beiden Bewegungen in dieser Arbeit deutlich wird.

Den Fragen wie auch den Untersuchungsräumen dieses Buches nähert sich eine Aufsatzsammlung des Osloer Osteuropawissenschaftlers Pål Kolstø an, die die Konflikte in Moldova und Estland vergleicht. Kolstø argumentiert, dass sich zwischen der Radikalität ethnopolitischer Maßnahmen des

52 Büscher, Klemens: Transnationale Beziehungen der Russen in Moldova und der Ukraine. *Ethnische Diaspora zwischen Residenz- und Referenzstaat*, Frankfurt a. M. 2004; Chinn, Jeff; Kaiser, Robert J.: *Russians as the New Minority. Ethnicity and Nationalism in the Soviet Successor States*, Boulder 1996; Kolstø, Pål: *Russians in the Former Soviet Republics*, London 1995; Laitin, David D.: *Identity in Formation. The Russian-Speaking Populations in the Near Abroad*, London 1998; Melvin, *Russians Beyond Russia*; Smith u. Wilson, *Rethinking Russia's Diaspora*; Wilson, Andrew: *Redefining Ethnic and Linguistic Boundaries in Ukraine: Indigenes, Settlers and Russophone Ukrainians*, in: Smith, Graham u. a. (Hg.), *Nation-Building in the Post-Soviet Borderlands. The Politics of National Identities*, Cambridge 1998, S. 119-138.

53 Meyer, *Donbass Russians*; Smith u. Wilson, *Post-Soviet Diaspora*.

54 Büscher, *Transnationale Beziehungen*; Meyer, *Donbass Russians*.

Residenzstaates und Mobilisierungserfolgen russischer Nationalisten kein Kausalzusammenhang herstellen lässt.⁵⁵ Die Sprachpolitik der moldauischen Regierung, die der *Anlass* für die ersten Mobilisierungen im Dnjestr-Tal war, ist aus dieser Perspektive also nicht die *Ursache* des Separatismus. Ebenso wenig wie eine Diskriminierung durch den neu nationalisierenden Staat lässt sich den Autoren zufolge der Grad kultureller Differenz als Ursache festschreiben. Dagegen werden die Spaltung innerhalb der Eliten Moldovas, der geringere »Respekt« der Russophonen für die moldauische im Gegensatz zur estnischen Kultur sowie die Stationierung der 14. Armee als Hauptargumente für die unterschiedliche Entwicklung in Moldova und Estland angeführt.

Insgesamt laboriert die Diasporaforschung daran, dass die Aussagekraft einer kollektiven Kategorisierung als »Russen/Russischsprachige« gering ist – der Nationalitätseintrag im sowjetischen Pass, Sprachkenntnisse und -gewohnheiten sagen über die politischen Orientierungen oder soziales Handeln wenig aus. Neuere Forschungen verweisen darauf, dass die Praxis der Sprachauswahl nicht an eine angenommene Gruppenzugehörigkeit gebunden ist, sondern sich vielmehr nach den sozialen Räumen richtet, in denen die Kommunikation stattfindet.⁵⁶ Um Erkenntnisse über Kollektivakteure, die Diaspora »machen« (im Sinne der Brubaker'schen »group-making projects«) oder separatistische Projekte verfolgen, zu gewinnen, ist eine Fragestellung, die sich auf die Akteure, und nicht auf die von diesen imaginierten abstrakten Großgruppen bezieht, vielversprechender.

Akteure postsowjetischer Territorialkonflikte

Die Erkenntnisse über die Akteure der innerstaatlichen Territorialkonflikte der zerfallenen Sowjetunion sind bisher anekdotisch geblieben. Ein Vorbild

55 Kolstø, Pål (Hg.): *National Integration and Violent Conflict in Post-Soviet Societies. The Cases of Estonia and Moldova*, Lanham; Boulder 2002.

56 Tofan, Alina: Mehrsprachigkeit im großstädtischen Handel in der Republik Moldova aus autobiographischer Perspektive. Subjektive Theorien über soziolinguistische Individuation, Leipzig 2011; Tofan, Alina: Sprachbiographien im beruflichen Kontext. Zum Spracherwerb und Sprachgebrauch im Handel, in: Bochmann, Klaus; Dumbrava, Vasile (Hg.), *Sprachliche Individuation in mehrsprachigen Regionen Osteuropas*. Bd. 1 Republik Moldova, Leipzig 2007, S. 213-250; Weirich, Anna-Christine: Ausbau Events and the Linguist's Role in the Dynamics of Minorization in Northern Moldova, in: *Slovo* 25 (2013), Nr. 1, S. 65-82; Weirich, Anna-Christine: Majorized Linguistic Repertoires in a Nationalizing State, in: Horner, Kristine u. a. (Hg.), *Multilingualism and Mobility in Europe. Policies and Practices*, Frankfurt 2014, S. 149-170.

kann sicherlich die Forschung zu den jugoslawischen Zerfallskriegen sein: Hier sind einige der Milieus der Erzeugung kollektiven (Gewalt-)Handelns beschrieben, Teile der Ökonomie des Krieges rekonstruiert und die Bedeutung der Eigenwilligkeit mancher lokaler Akteure herausgearbeitet worden.⁵⁷ Das Gros der Forschungsarbeiten zu den postsowjetischen Bürgerkriegen beschreibt dagegen angenommene kulturelle und historische Hintergründe, beschäftigt sich mit der Beschaffenheit der hervorgegangenen staatlichen Formationen, fragt danach, welchen Einfluss die geopolitischen Interessen mächtiger äußerer Staaten haben oder sucht nach Möglichkeiten einer (internationalen) Konfliktlösung.⁵⁸ Die an den Konflikten tatsächlich beteiligten Akteure bleiben meist eher schemenhaft.

- 57 Die Beschreibung des Stadtviertels Zemun in Neu-Belgrad als zentralen Ort der Rekrutierung von Kriegsteilnehmern, des Roter-Stern-Belgrad-Fanklubs »Delije« als Kern der paramilitärischen »Serbischen Freiwilligengarde«, der besonderen Formen der Marktwirtschaft unter den Bedingungen des Krieges und der Geschäfte politischer Unternehmer, darunter nicht zuletzt der Privatarmee und -Republik des Lebensmittelfabrikanten Fikret Abdić oder auch der Renitenz nicht-nationalistischer »sozialdemokratischer« Milieus in Tuzla, deuten die Möglichkeit eines »Verstehens« wenigstens einiger Aspekte des Geschehenen an. (Bougarel, Xavier: *Twenty Years Later: Was Ethnic War Just a Myth?*, in: *Südosteuropa* 61 (2013), Nr. 4, S. 568-577; Bougarel, *Ökonomie des Bosnien-Konflikts*; Grandits, Hannes: *Wie die Gewalt der Jugoslawienkriege konzeptionalisieren? Wissenschaftliche Ansätze seit den 1990er Jahren*, in: *Südosteuropa* 61 (2013), Nr. 4, S. 578-594; Kaldor, *New and Old Wars*; Mulaosmanović, Admir: *The Identity Factory. Agrokomerc and the Population of the Bihacka Krajina*, in: Brunnbauer, Ulf; Grandits, Hannes (Hg.), *The Ambiguous Nation. Case Studies from Southeastern Europe in the 20th century*, München 2013, S. 77-102)
- 58 Eine Auswahl bedeutenderer neuerer Literatur zu den postsowjetischen innerstaatlichen Territorialkonflikten (unter Auslassung der Kriege in Tadschikistan und Tschetschenien), die diese Hauptrichtung des Forschungsstands widerspiegelt: Ciobanu, Ceslav: *Frozen and Forgotten Conflicts in the Post-Soviet States. Genesis, Political Economy, and Prospects for Solution*, New York 2009; Cheterian, Vicken: *War and Peace in the Caucasus. Ethnic Conflict and the New Geopolitics*, New York 2008; Cornell, Svante E.: *The Nagorno-Karabakh Conflict*, Uppsala 1999; Geukjian, Ohannes: *Negotiating Armenian-Azerbaijani Peace. Opportunities, Obstacles, Prospects*, Farnham 2014; Geukjian, Ohannes: *Ethnicity, Nationalism and Conflict in the South Caucasus. Nagorno-Karabakh and the Legacy of Soviet Nationalities Policy*, Ashgate 2012; Kipke, Rüdiger: *Das armenisch-aserbaidschanische Verhältnis und der Konflikt um Berg-Karabach*, Wiesbaden 2012; Murinson, Alexander: *The Secessions of Abkhazia and Nagorny Karabagh. The Roots and Patterns of Development of Post-Soviet Micro-Secessions in Transcaucasia*, in: *Central Asian Survey* 23 (2004), Nr. 1, S. 5-26; Popescu, Nicu: *EU Foreign Policy and Post-Soviet Conflicts. Stealth Intervention*, London, New York 2011; Smith, Graham (Hg.): *The Nationalities Question in the Post-Soviet States*, London 1996; Toft, Monica

Einige Studien liefern aber durchaus Erkenntnisse über die handelnden Koalitionen. Davon hat ein Teil vor allem eine führende Rolle von politischen und wirtschaftlichen Eliten und deren ökonomische Interessen hervorgehoben, allerdings ohne eine Soziologie dieser zentralen Akteure zu erarbeiten.⁵⁹ So betont Charles King in seinem Aufsatz »Benefits of Ethnic War« die Bedeutung der Interessen einer regionalen Elite für Separatismus und den Aufbau der nicht-anerkannten staatlichen Formationen. Er beschreibt diese Eliten allerdings nicht eingehend und kann nicht die Frage klären, wie diese Gefolgschaft organisieren und mobilisieren konnten.⁶⁰ Christoph Zürcher beschränkt sich bei der Charakterisierung der Anführer der Bürgerkriegsparteien in Georgien und Nagornyj-Karabach auf einzelne Führungspersönlichkeiten. Die Beispiele sind durchaus vielsagend: in Aserbaidschan agierte der Direktor einer Wollfabrik, Surat Husseinov, als »Warlord« und kämpfte mit einer Art Privatarmee sowohl in Baku gegen konkurrierende Fraktionen um die Macht als auch in Nagornyj-Karabach gegen bewaffnete Gruppen der armenischen Seite. Die Anführer der georgischen Bürgerkriegsparteien rekrutierten sich aus einem Milieu von Hochschulabgängern, Intellektuellen und Künstlern: vom ersten (extrem nationalistischen) Präsidenten Georgiens Zviad Gamsachurdija, seines Zeichens Philologe und Übersetzer englischsprachiger Literatur, über den Altertumshistoriker und ersten »Präsidenten« der Republik Abchasien Vladislav Ardzinba, den Thea-

Duffy: *The Geography of Ethnic Violence. Identity, Interests and the Indivisibility of Territory*, Princeton 2003; Steinsdorff, Silvia von (Hg.): *In Search of Legitimacy: Post-Soviet de-facto States between Institutional Stabilization and Political Transformation*. Themenheft der Zeitschrift *Communist and Post-Communist Studies* 45 (2012), Nr. 1-2.

- 59 Z. B. Baev, Pavel K.: *Civil Wars in Georgia. Corruption Breeds Violence*, in: Koehler, Jan; Zürcher, Christoph (Hg.), *Potentials of Disorder. Explaining Conflict and Stability in the Caucasus and in the Former Yugoslavia*, Manchester 2003, S. 127-144; Kaufman, Stuart J.: *Modern Hatreds. The Symbolic Politics of Ethnic War*, Ithaca, NY, London 2001; Kemp, Walter A.: *The Business of Ethnic Conflict*, in: *Security Dialogue* 35 (2004), Nr. 1, S. 43-59; King, Charles: *The Benefits of Ethnic War. Understanding Eurasia's Unrecognized States*, in: *World Politics* 53 (2001), Nr. 4, S. 524-552; Laitin, *Secessionist Rebellion*; Schorkowitz, *Postkommunismus*; Souleimanov, Emil: *Understanding Ethnopolitical Conflict. Karabakh, South Ossetia, and Abkhazia Wars Reconsidered*, New York [u. a.] 2013; Treisman, Daniel S.: *Russia's »Ethnic Revival«. The Separatist Activism of Regional Leaders in a Post-Communist Order*, in: *World Politics* 49 (1997), Nr. 1, S. 212-249; Zürcher, Christoph: *The Post-Soviet Wars. Rebellion, Ethnic Conflict, and Nationhood in the Caucasus*, New York 2007.
- 60 King, *Benefits of Ethnic War*; ähnlich auch in: King, Charles: *Extreme Politics. Nationalism, Violence, and the End of Eastern Europe*, New York 2010.

terwissenschaftler, Autor und Kriminellen Džaba Iosseliani bis hin zum Bildhauer Tengis Kitovani, der die georgische »Nationalgarde« anführte.⁶¹ Diese Zusammenballung von Akademikern in den Führungspositionen gewaltvoller Unternehmungen interpretiert Klaus Schlichte als Folge davon, dass die Universitäten Ort der Reproduktion von büro- und technokratischen Staatsklassen und in politischen Krisenzeiten gleichzeitig oft Zentren von Opposition waren, an denen Bekanntschaften und Netzwerke geknüpft wurden. Schlichte konstatiert eine Verschmelzung von Netzwerken von Intellektuellen mit Gewaltunternehmern in den Zerfallsjahren der Sowjetunion.⁶²

Diese Netzwerke und die zerfallenden sowjetischen Sicherheitsorgane sorgten für Überschneidungen zwischen den Konflikten – zahlreiche Gewaltexperten nahmen an mehreren der postsowjetischen Bürgerkriege teil. Zwei der spektakulärsten Beispiele sind das kurzzeitige Wiederauftauchen des Ende 2011 geschassten PMR-Sicherheitsministers als Sicherheitschef der »Volksrepublik Donezk« im Sommer 2014 oder die Karriere des tschetschenisch-nationalistischen, später religiös-fundamentalistisch eingestellten Gewaltunternehmers Šamil Bassajev, der vor dem Tschetschenien-Krieg in Abchasien auf einer Seite mit Einheiten der russländischen Armee kämpfte, welcher er in folgenden Konflikten als Feind gegenüberstand.⁶³

Einige Studien, die Bürgerkrieg bzw. gewalttätige nationalistische Bewegungen in zentralasiatischen Sowjetrepubliken behandeln, heben die Bedeutung von Landwirtschaftsbetrieben als Ort der Rekrutierung und Ressourcenmobilisierung hervor.⁶⁴ Die Frage nach der Gefolgschaft (und der »Belegschaft«) der Kollektivakteure in den post-sowjetischen Territorialkonflikten wird aber nur vereinzelt untersucht. Auf die »Mikro-Ebene der Gewalterzeugung«, in die Lebenswelten der (nicht-Eliten-)Akteure dringen nur die allerwenigsten Arbeiten vor. Jürgen Koehlers »Zeit der Jungs« gibt mit

61 Zürcher, *Post-Soviet Wars*; u. a. S. 137-139, 171. Auch bei: Schlichte, Klaus: *In the Shadow of Violence. The Politics of Armed Groups*, Frankfurt a. M.; New York 2009, S. 47-48. Mit einer gewissen Verwunderung über dessen Bourdieux-Affinität widmet Derlugian sein Buch einem Warlord im Nordkaukasus: Derlugian, Georgi M.: *Bourdieu's Secret Admirer in the Caucasus*, New York 2004.

62 Schlichte, *Shadow of Violence*, S. 47-48.

63 Byvšij šef gozbesopasnosti Pridnestro'v'ja stal vice-prem'erom DNR. Meldung d. Online-Nachrichtenportals Lenta.ru, 10. Juli 2014, unter: <http://lenta.ru/news/2014/07/10/antufeev/> [zuletzt geprüft am 25.2.2015]. Zur Karriere des »Ministers für Staatssicherheit« der PMR Vladimir Antjufeev, siehe Kapitel III. 8: Vertreter staatlicher Sicherheitsorgane. Zu Basajev: Zürcher, *Post-Soviet Wars*, S. 84-85.

64 Kilavuz, *Role of Networks*; Tiškov, Valerij: »Don't Kill Me, I'm a Kyrgyz!« An Anthropological Analysis of Violence in the Osh Ethnic Conflict, in: *Journal of Peace Research* 32 (1995), Nr. 2, S. 133-149.

sozialanthropologischen Methoden einen tiefen Einblick in unterschiedliche Gruppierungen und Rekrutierungsformen der georgischen Bürgerkriege. Die bedeutendsten bewaffneten Gruppen der *Mchedrioni* unter Džaba Ioseliani und der Nationalgarde unter Tengis Kitovani interpretiert Koehler als Hybride aus Bürgerkriegsverband, Diebesorganisation und staatlicher Formation. Das Prestige des Anführers im Stadtviertel bzw. im kriminellen Milieu und das Vertrauen in dessen Fähigkeit, als politischer Unternehmer Kapital zu akkumulieren und zu verteilen, war für die Rekrutierung in die von Koehler untersuchten Verbände bedeutender als die ethnonationalistische Ideologie. Entschiedener Nationalisten und Rekrutierungswillige mit professioneller militärischer Ausbildung, nicht zuletzt Afghanistan-Veteranen, suchten sich angesichts der geringen Ausrichtung auf Funktionalität und Disziplin nach Koehlers Beobachtung andere Verbände.⁶⁵

Insgesamt bestehen in der Forschung aber weiterhin nur geringe Kenntnisse über Gefolgschaft und Belegschaft der Bürgerkriegsparteien und nationalistischen Bewegungen. Netzwerk-, Elite- und Handlungstheorien und die Beschreibung einzelner Biographien von Führungspersönlichkeiten stehen noch weitgehend unvermittelt nebeneinander. Es lässt sich also festhalten, dass eine Soziologie der postsowjetischen Territorialkonflikte weiterhin aussteht.

Studien zum Separatismus auf der Krim

Die in dieser Arbeit betrachteten Separatismen sind in Bezug auf die Akteure und deren soziale Basis nach wie vor nicht umfassend untersucht worden. Das gilt besonders für die Krim. Der überwiegende Teil der Arbeiten über den Separatismus und die politische Geschichte der Krim der 1990er Jahre in der »westlichen« Forschung konzentriert sich auf andere Themen als die innere Dynamik und Konfiguration der Kollektivakteure. Institutionen, Ethnizität/Ethnopolitik, internationale Konfliktschlichtung, die Rolle von externen (staatlichen) Akteuren und dazugehörige »geopolitische« Konstellationen stehen meist im Vordergrund. Ein Großteil der Arbeiten behandeln mehrere oder alle diese Themen als Bedingungsfaktoren des Konflikts auf der und um die Krim.⁶⁶

65 Koehler, *Zeit der Jungs*.

66 Armandon, *Crimée*; Belitser, Natalia; Bodruk, Oleg: *Conflicting Loyalties in the Crimea*, in: Waller, Michael u. a. (Hg.), *Conflicting Loyalties and the State in Post-Soviet Russia and Eurasia*, London, Portland 1998, S. 53-79; Chase, Phillip: *Conflict in the Crimea: An Examination of Ethnic Conflict under the Contemporary Model of Sovereignty*, in: *Columbia Journal of Transnational Law* 34 (1995), Nr. 1, S. 219-225; Dawson, Jane I.: *Ethnicity, Ideology and Geopolitics in Crimea*, in: *Communi-*

Institutionentheoretisch orientierte Studien der Politik- und Rechtswissenschaft stellen den Autonomie-Status der Krim in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen. Sie erklären die Autonomie nicht pauschal zum entscheidenden Faktor für die friedliche Beilegung des politischen Konflikts zwischen Krim-Eliten und der ukrainischen Regierung in den 1990er Jahren, sondern analysieren die konkrete Ausgestaltung der Autonomie. Unzulänglichkeiten wie eine unzureichende Berücksichtigung von Minderheiten oder die starken Eingriffsmöglichkeiten des Zentrums kommen dabei zur Sprache. Als wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung der ukrainischen Staatlichkeit in den 1990er Jahren gerät hier auch der Verhandlungsprozess über die Krim-Autonomie (statt des letztendlichen institutionellen Arrangements) in den Blick.⁶⁷

Als wichtiger Faktor tritt in fast allen Studien die Außenpolitik der Russischen Föderation auf – insbesondere die Verhandlungen und Auseinandersetzungen um die Schwarzmeerflotte erscheinen als eine Art Herzschrittmacher des Konflikts zwischen Krim-Führung und Regierung in Kiew.⁶⁸ Insgesamt hat die Forschung – nicht zuletzt wegen der Konzentra-

nist and Post-Communist Studies 30 (1998), Nr. 4, S. 427-444; Drohobycky, Maria (Hg.): *Crimea. Dynamics, Challenges, and Prospects*, Lanham 1995; Kohlschütter, Andreas: *Möglichkeiten und Grenzen der Präventivdiplomatie. Das Beispiel der OSZE-Mission in der Ukraine*, in: *Theorie und Praxis ziviler Konfliktbearbeitung. 1. Jahrbuch für Konfliktlösung. Ergebnisse der Internationalen State-of-Peace-Konferenz 1995*, Chur; Zürich 1996, S. 125-149; Pikhovshek, Viacheslav: *Will the Crimean Crisis Explode?* in: Drohobycky, Crimea, S. 39-65; Sasse, Gwendolyn: *The »New« Ukraine: A State of Regions*, in: Hughes, James; Sasse, Gwendolyn (Hg.), *Ethnicity and Territory in the Former Soviet Union. Regions in Conflict*, London; Portland 2002, S. 69-100; Sasse, Gwendolyn: *Die Autonome Republik Krim zwischen Separatismus und Einheitsstaat*, in: Simon, Gerhard (Hg.), *Die neue Ukraine. Gesellschaft – Wirtschaft – Politik (1991-2001)*, Köln 2002, S. 127-147; Sasse, *Crimea Question*; Stewart, Susan: *Explaining the Low Intensity of Ethnopolitical Conflict in Ukraine*, Münster 2005; Strazzari, Francesco: *The Powder-Keg that Never Went up. The Parable of the Autonomous Crimean Republic*, in: Bianchini, Stefano (Hg.), *From the Adriatic to the Caucasus. The Dynamics of (De)Stabilization*, Ravenna 2001, S. 63-85.

67 Sasse, Gwendolyn: *Conflict-Prevention in a Transition State. The Crimean Issue in Post-Soviet Ukraine*, in: *Nationalism and Ethnic Politics* 8 (2002), Nr. 2, S. 1-26; Stewart, *Autonomy as a Mechanism*; Wydra, Doris: *The Crimea Conundrum. The Tug of War Between Russia and Ukraine on the Questions of Autonomy and Self-Determination*, in: *International Journal on Minority and Group Rights* 10 (2004), S. 111-130; Wydra, Doris: *Autonomie auf der Halbinsel Krim: Eine völker- und verfassungsrechtliche Analyse*, Wien 2008.

68 Belitsker u. Bodruk, *Conflicting Loyalties*; Kuzio, Taras: *Russia, Crimea, Ukraine. Triangle of Conflict*, London 1994; Simonsen, *Black Sea Fleet*.

tion auf die oben genannten Themenblöcke – die informellen Akteure und außerinstitutionellen Konfliktaustragungsmodi (wie Mobilisierungen auf der Straße) nicht unter die Lupe genommen. Das Phänomen des »Separatismus« wird meist nicht als politische Bewegung wahrgenommen.

Ein größerer Bestand an Studien untersucht Regionalismus und Föderalismus in der gesamten Ukraine. Auch in dieser Sparte markieren einige Forscher regionale Eliten als treibende Kraft zentrifugaler Bewegungen und verwerfen die Annahme einer herausragenden Rolle »ethnischer« Grenzen zwischen ganzen Bevölkerungsgruppen. Diese Thesen werden aber für die Krim nicht auf konkreterer Ebene ausgeführt.⁶⁹ Weitere häufig untersuchte Themen, die zum erweiterten Kontext der in diesem Buch verfolgten Fragestellung gehören, sind die Fragen nach nationaler Identität, Geschichtspolitik, Staatsbildung und der Sprachpolitik in der Ukraine.⁷⁰ Die später erfolgte Annexion der Krim durch die Russländische Föderation und die Kämpfe um Donezk und Lugansk seit 2014 sind aus diesen Studien noch nicht abzulesen – auch wenn die Besonderheiten der Krim mit starken nach Russland orientierten politischen Kräften und Diskursen sowie die Unterschiede zur Donbass-Region herausgearbeitet wurden.⁷¹ Insgesamt bleiben in dieser auf die gesamte Ukraine gerichteten Perspektive die Erörterungen zu den Sezessionsbestrebungen auf der Krim eher allgemein und ein näherer Blick auf die Zusammensetzung und Funktionsweise der Akteure wird nicht unternommen.

Die Rolle der Ökonomie ist nur in wenigen Studien zentraler Fokus. Die betreffenden Autoren haben auf eine umfassende Einbindung der Wirtschaft der Halbinsel in den gesamt-sowjetischen Kreislauf, den starken Rüstungssektor und den wirtschaftlichen Niedergang der Krim im Zuge des Zerfalls der Sowjetunion verwiesen, ohne daraus ein Kausalargument für die Separationsbestrebungen oder die relativ friedliche Beilegung des Konflikts

69 Z. B. Kuzio, *Triangle of Conflict*; Kuzio, Taras: *Contemporary Ukraine: Dynamics of Post-Soviet Transformation*, London 1998; Kuzio, Taras: *Centre-Periphery Relations in Ukraine: Regionalism, Federalism and National Integration*, in: Rose, Jürgen; Traut, Jürgen (Hg.), *Federalism and Decentralization in Eastern and Central Europe*, Münster u. a. 2001, S. 329-348; Wilson, *Redefining Ethnic Boundaries*.

70 Fournier, Anna: *Mapping Identities. Russian Resistance to Linguistic Ukrainisation in Central and Eastern Ukraine*, in: *Europe-Asia Studies* 54 (2002), Nr. 3, S. 415-433; Arel, Dominique: *Language Politics in Independent Ukraine: Towards One or Two State Languages?* In: *Nationalities Papers* 23 (1995), Nr. 3, S. 599-615; Kuzio, Taras: *Ukraine: State and Nation-Building*, London 1998; Malanchuk, Oksana: *Social Identification vs. Regionalism in Contemporary Ukraine*, in: *Nationalities Papers* 33 (2005), Nr. 3, S. 345-368; Sasse, *New Ukraine*; Wittkowsky, Andreas: *Fünf Jahre ohne Plan: Die Ukraine 1991-1996. Nationalstaatsbildung, Wirtschaft und Eliten*, Hamburg 1998.

71 Z. B. Kuzio, *Ukraine*, S. 69-74.

abzuleiten. In den Mittelpunkt umfassender Studien ist der sozioökonomische Kontext des Separatismus nicht gestellt worden.⁷²

Die wenigen Gesamtdarstellungen der Geschichte der Krim bleiben auf der deskriptiven Ebene, arbeiten nicht auf eine Thesenbildung in Bezug auf den Konflikt der 1990er Jahre hin. Zudem beschreiben die Autoren dieser Überblickswerke die post-sowjetische Phase nur in groben Zügen.⁷³

Das wichtigste Werk zum Krim-Separatismus aus der Region ist die Monographie *Krymskij Uzel* des Historikers Andrej Mal'gin. Der Direktor des landesgeschichtlichen Museums in Simferopol' liefert eine detaillierte Übersicht über den Konfliktverlauf, über Mobilisierungen und Organisationen der Separatisten sowie über die ökonomischen Strukturen der Halbinsel als Vorbedingung der Geschehnisse. Einen ausgiebigen Blick in das Innenleben der Akteure wirft Mal'gin jedoch nicht.⁷⁴ Hinweise in diese Richtung finden sich in einem Konferenz-Sammelband, in dem politische Akteure und Wissenschaftler der Region unter anderem die Rolle der regionalen Kommunistischen Partei beim Erreichen der Krim-Autonomie und regionale Besonderheiten der Ergebnisse von Wahlen und Abstimmungen diskutieren.⁷⁵ Eine Studie des Politikwissenschaftlers Oleg Gabrieljan aus Simferopol' zur politischen Entwicklung der 1990er Jahre, betrachtet vorrangig Institutionen, Sprachpolitik und regionale Identitäten.⁷⁶ Zudem haben beteiligte aus

72 V. a. Drzymalla, Krim; Malyarenko, Tetyana; Galbreath, David J.: *Crimea: Competing Self-Determination Movements and the Politics at the Centre*, in: *Europe-Asia Studies* 65 (2013), Nr. 5, S. 912-928; Ametov, Rustam: *Regional'nye osobennosti razvitiya chozjajstvennogo kompleksa Kryma, Doneck* 2001.

73 Burov, G. M. u. a.: *Istorija Kryma. S drevnejšich vreměn do našich dneĭ*, Simferopol' 2007. Ein 2014 erschienenes Buch von Paul Robert Magocsi gleicht eher einem Bildband denn einer historischen Monographie, enthält aber durchaus eine Fülle wissenschaftlicher Informationen. (Magocsi, Paul R.: *This blessed land Crimea and the Crimean Tatars*, Toronto 2014)

74 Mal'gin, Andrej: *Krymskij uzel. Očerki političeskoj istorii Krymskogo poluostrova*, Simferopol' 2000.

75 Gržibovskaja, Galina N. (Hg.): *Avtonomnaja Respublika Krym v XXI veke: Opyt', problemy, razvitie. Materialy naučno-praktičeskoj konferencii*, Simferopol' 2006. Zu den Abstimmungen darin: Efimov, S. A.: *Regional'nye osobennosti golosovanija Krymčan na referendumach 1991 goda i sbor podpisov za provedenie obščekrymskogo referendumu v 1992 godu*, in: Gržibovskaja, Avtonomnaja Respublika Krym, S. 232-248. Eine weitere kurze Wahlstudie erschien im Sammelband *Drohobyckys: Wilson, Andrew: Presidential and Parliamentary Elections in Ukraine. The Issue of Crimea*, in: *Drohobycky, Maria (Hg.), Crimea. Dynamics, Challenges, and Prospects*, Lanham 1995, S. 107-131.

76 Gabrieljan, Oleg A.: *Političeskie processy v Krymu. Poslednee desjatiletie XX veka*, Simferopol' 2000.

der Region einige Autobiographien, Erinnerungen oder auch Sachbücher beige-steuert, die aber mehr als Zeugnisse denn als Forschungsliteratur anzusehen sind.⁷⁷

Auch wenn die soziale Zusammensetzung der Krim-Bewegung nicht systematisch auseinandergenommen worden ist, schreibt doch ein Teil der Forschung den »Eliten« der Krim eine führende Rolle zu. Der Moskauer Politikwissenschaftler Boris Zažigaev konstatiert eine bedeutende Rolle der alten Nomenklatura beim Aufbau der pro-russländischen Bewegung – ein Befund, der sich in der hier unternommenen Untersuchung erheblich relativiert.⁷⁸ Ohne auf den von Zažigaev aufgemachten Gegensatz zwischen neuen und alten Eliten einzugehen, kommt die Londoner Politikwissenschaftlerin Gwendolyn Sasse zu dem Ergebnis, dass die von neuen »russischen« Eliten geführte separatistische Bewegung an der Unfähigkeit gescheitert sei, die »ethnopolitische Rhetorik mit einer effektiven Sozial- und Wirtschaftspolitik zu verbinden.«⁷⁹ In ihrem grundlegenden Buch über die »Krim-Frage« resümiert Sasse die Motive der zentralen Akteure des Separatismus wie folgt:

The Crimean elite saw the movement for regional autonomy not only as a demand for special political recognition but also – and equally important – as a way to secure their special economic benefits.⁸⁰

Eine detaillierte Skizzierung dieser Elite bleibt jedoch auch in der Monographie Sasses aus. An diesem Punkt setzt die hier vorgelegte Arbeit an und analysiert soziale Herkunft und Rekrutierungsmuster der »Separatisten«.

Die Forschung zum Konflikt im Dnjestr-Tal

Die Erforschung der Akteure, Ursachen und grundlegenden Charakteristika des Transnistrien-Konflikts hat eine größere Tiefe erreicht als diejenige

77 U. a. Bagrov, Nikolaj V.: Krym. Vremja nadežd i trevog; Bagrov, Nikolaj V.: Krym. Vremja osmyslenija proždennogo, Simferopol' 2003; Formančuk, Aleksandr: Mify sovetskoj epochy. Bd. 2, Simferopol' 2002; Suprunjuk, Evgenij: Chronika drejfjuščego poluostrova i istorija moego pochiščenija, Simferopol' 1998.

78 Zažigaev, Boris: Ėvoljucija političeskogo ustrojstva v Respublike Krym v period 1989-1998, Moskau 2003, S. 61-62, 84.

79 Sasse, Autonome Republik Krim, S. 135. Weitere Studien nehmen Unzulänglichkeiten interessierter Eliten als Grundlage des Verlaufs der Ereignisse an, nehmen aber nicht die Akteure unter die Lupe, sondern den Kontext ihres Handelns, wie bspw. angenommene soziale »cleavages«. (Dawson, Ethnicity; Malyarenko u. Galbreath, Crimea)

80 Sasse, Crimea Question, S. 167.

des Krim-Separatismus. In einer ganzen Reihe von Aufsätzen ist der grundlegende Charakter der Auseinandersetzungen im östlichen Teil Moldovas diskutiert worden. Hier stehen sich unterschiedliche Interpretationen des Konflikts gegenüber: ein geringerer Teil der Studien sieht den Charakter des Konflikts durch »ethnische« und kulturelle Faktoren bestimmt,⁸¹ während zahlreiche weitere mit einer ökonomischen Auseinanderentwicklung der Regionen argumentieren.⁸² Dritte machen ein Zusammenspiel dieser und weiterer Faktoren⁸³ für den Konflikt verantwortlich. Der überwiegende Teil der Arbeiten fokussiert aber auf die führenden Akteure und deren ökonomische und machtpolitische Interessen als treibende Kraft der Separation.⁸⁴

Über den engeren Blick auf Konflikt und Separatismus hinaus beschäftigen sich einige Arbeiten mit dem Staatsaufbau in Transnistrien und der Identitäts- und Geschichtspolitik der entstehenden Republik. Während die überraschende Stabilität der transnistrischen »Staatlichkeit« als Erfolg für die Legitimierungsstrategien der Eliten gewertet wird, bleibt eine genauere Bemessung und Bewertung der Etablierung einer transnistrischen »Identität« naturgemäß schwierig. Weiterhin besteht Uneinigkeit darüber, ob es der transnistrischen Führung gelungen ist, den Anspruch der Republik auf Staatlichkeit auch im Bewusstsein ihrer Bewohner durchzusetzen.⁸⁵ Jenseits

- 81 Kaufman, Stuart J.; Bowers, Stephen R.: Transnational Dimensions of the Transnistrian Conflict, in: Nationalities Papers 26 (1998), Nr. 1, S. 129-146; Kolstø, Pål; Mal'gin, Andrej: The Transnistrian Republic: A Case of Politicized Regionalism, in: Nationalities Papers 26 (1998), Nr. 1, S. 103-127.
- 82 Moşneaga, Valeriu; Tulbure, Alexei: Some Aspects of the Trans-Dniestrian Problem, in: Erhart, Hans-Georg; Oliver Thränert (Hg.), European Conflicts and International Institutions: Cooperating with Ukraine, Baden-Baden 1998, S. 135-144.
- 83 Büscher, Staatlichkeit Transnistriens; Hanne, Gottfried: Der Transnistrien-Konflikt. Ursachen, Entwicklungsbedingungen und Perspektiven einer Regulierung, Köln 1998; Kolstø, National Integration and Violent Conflict in Post-Soviet Societies; Grosul, V. Ja; Guzenkova, T. S.: Pridnestrov'e, in: Kozokina, E. M. (Hg.), Moldavija: sovremennye tendecii razvitija, Moskau 2004, S. 365-448.
- 84 Büscher, Staatlichkeit Transnistriens; Graf, Kilian: Der Transnistrien-Konflikt. Produkt spätsowjetischer Verteilungskämpfe und Zerfallskonflikt der implodierten Sowjetunion, Hamburg 2010; Kaufman, Spiraling to Ethnic War; King, Benefits of Ethnic War; Troebst, Separatistischer Regionalismus.
- 85 Chamberlain-Creangă, Rebecca: The Transnistrian People? Citizenship and Imaginings of The State in an Unrecognised Country, in: Heintz, Monica (Hg.), Weak State, Uncertain Citizenship: Moldova, Frankfurt a. M. 2008, S. 103-124; Cojocaru, Natalia; Suhan, Stela: Transnistria. The Socio-Ideological Context of Invented Identities, in: Transitions: Ex-Revue des Pays de l'Est 45 (2006), Nr. 2, S. 153-170; Kolossov, Vladimir: A Small State vs. a Self-Proclaimed Republic: Nation-Building, Territorial Identities and Prospects of Conflict Resolution (The Case of Moldova-Transdnistria), in: Bianchini, Stefano (Hg.), From the Adriatic to the Caucasus.

der Debatte um die Wirksamkeit analysieren einige Arbeiten die Inhalte der transnistrischen Selbst-Identifizierung und unterstreichen die immense Bedeutung der offiziellen sowjetischen Geschichtskultur für die Regime-Legitimation.⁸⁶ Neuere Studien haben herausgearbeitet, dass verschiedene geschichtspolitische Narrative miteinander konkurrieren. Die verschiedenen Fraktionen streiten sich nicht zuletzt um die »Moldauizität« der PMR. Die »Falken« unter den transnistrischen Geschichtspolitikern plädieren für eine Streichung des Adjektivs »Moldauisch« aus dem Staatsnamen und entwerfen eine transnistrische Identität ohne die multinationalen Elemente der bisherigen Staatsdoktrin.⁸⁷

Um die Dauerhaftigkeit der PMR zu erklären, beleuchten zahlreiche Studien auch die politische Ökonomie der nun schon mehr als zwei Jahrzehnte existierenden staatlichen Formation. Sie beschreiben eine Dnjestr-Republik, deren politische Führungskräfte die bedeutenden ökonomischen Sektoren kontrollieren, und die von unbezahlten Rohstofflieferungen aus der Russländischen Föderation abhängig ist. Die Wirtschaftskraft der Region konzentriert sich auf einige wenige Betriebe der Schwerindustrie (das Metallwerk in Rybnica, das zeitweise die Hälfte des Staatshaushaltes finanzierte) und des Dienstleistungssektors (vor allem den Konzern *Šerif* [Scheriff] der vom Lebensmitteleinzelhandel über Tankstellen bis zum Mobilfunk in mehreren Branchen führend oder beteiligt ist).⁸⁸ Mit Blick auf die Reproduktion

The Dynamics of (De)Stabilization, Ravenna 2001, S. 87-114; Schorkowitz, Postkommunismus; Solonari, Vladimir: Creating »a People«: A Case Study in Post-Soviet History-Writing, in: Kritika. Explorations in Russian and Eurasian History 4 (2003), Nr. 2, S. 411-448; Troebst, Stefan: Staatlichkeitskult im Pseudo-Staat. Identitätsmanagement in Transnistrien, in: Osteuropa 53 (2003), Nr. 7, S. 963-983; Troebst, Stefan: »Wir sind Transnistrier!« Geschichtspolitik im Ostteil Moldovas, in: Altrichter, Helmut (Hg.), GegenErinnerung. Geschichte als politisches Argument im Transformationsprozeß Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas, München 2006, S. 277-302.

86 Sveř, Ala: Staging the Transnistrian Identity within the Heritage of Soviet Holidays, in: History and Anthropology 24 (2013), Nr. 1, S. 98-116; Troebst, Wir sind Transnistrier.

87 Dembinska, M.; Danero Iglesias, J.: The Making of an Empty Moldovan Category within a Multiethnic Transnistrian Nation, in: East European Politics & Societies 27 (2013), Nr. 3, S. 413-428; Matsuzato, Kimitaka: Mežpravoslavnye otnošenija i transgraničnye narodnosti vokrug nepriznannyh gosudarstv. Svravnenie Pridnestrov'ja i Abchazii, in: ders. (Hg.), Pridnestrov'e v makroregional'nom kontekste černomorskogo poberež'ja. Sbornik statej, Sapporo 2008, S. 192-224, S. 221-222; Zabarah, Dareg: Nation- and Statehood in Moldova. Ideological and Political Dynamics since the 1980s, Wiesbaden 2011.

88 Blakkisrud, Helge; Kolstø, Pål: From Secessionist Conflict toward a Functioning

politischer und sozialer Machtverhältnisse in der transnistrischen Wirtschaft unter besonderer Beachtung des größten Metallwerks der Region kommt Ala Şveţ zu dem Schluss: »In Transnistria, the economy functions as a permanently mobilizing force for the achievement of unity among Transnistrian citizens.«⁸⁹ Ein zentraler Dissens ist der Grad an politischer und ökonomischer Abhängigkeit der Region von Russland. Während Lyndon Allin und Rebecca Chamberlain-Creangă mit Direktinvestitionen, Staatsbürgerschaften und Militärpräsenz die Methoden russischer Einflussnahme betonen, stellt beispielsweise die Berliner Politikwissenschaftlerin Daria Isachenko in ihrem Vergleich von PMR und nicht anerkannter Republik Nord-Zypern auch eigenständige Interessen der lokalen Akteure heraus.⁹⁰ Seit der Abwahl Smirnovs 2011 stellen Forschungsarbeiten die Frage, wie der Elitenwechsel von der alten Garde zur jüngeren Generation um Evgenij Ševčuk zustande gekommen ist. Diese neuere Forschung wirft neue Schlaglichter auf die Grenzen des Autoritarismus des politischen Systems und auch der von Moskau ausgeübten Macht.⁹¹

In diesen Studien zur politischen Ökonomie der PMR unterbleibt aber eine systematische Untersuchung der sozialen Konfiguration der separatistischen Bewegung, die die Gründung der PMR initiierte. Die Forschungsarbeiten, die sich tatsächlich auf die soziale Zusammensetzung der sezessionistischen Bewegung konzentrieren, sind weiterhin rar. Um die Gefolgschaft (im Unterschied zur Elite/den Anführern) der transnistrischen Bewegung zu analysieren, hat Pål Kolstø biographische Informationen über die im

State: Processes of State- and Nation-Building in Transnistria, in: *Post-Soviet Affairs* 27 (2011), Nr. 2, S. 178-210; Chamberlain-Creangă, Rebecca; Allin, Lyndon, K.: *Acquiring Assets, Debts and Citizens. Russia and the Micro-Foundations of Transnistria's Stalemated Conflict*, in: *Demokratizatsiya* 18 (2010), Nr. 4, S. 329-356; Ciobanu, *Frozen and Forgotten Conflicts*, S. 57-93; Isachenko, Daria: *The Making of Informal States. Statebuilding in Northern Cyprus and Transdniestria*, Basingstoke [u. a.] 2012; Popescu, Nicu: *Democracy in Secessionism: Transnistria and Abkhazia's Domestic Policies*. Research Paper CEU – Center for Policy Studies, Budapest 2006; Şveţ, Ala: *Explaining Economy in the Transnistrian Regional Identity Project. A Case Study*, in: Brunnbauer, Ulf; Grandits, Hannes (Hg.), *The Ambiguous Nation. Case Studies from Southeastern Europe in the 20th century*, München 2013, S. 103-130.

89 Şveţ, *Explaining Economy in the Transnistrian Regional Identity Project*, S. 126.

90 Isachenko, *Making of Informal States*.

91 Balmaceda, Margarita M.: *Privatization and Elite Defection in De Facto States: The Case of Transnistria, 1991-2012*, in: *Communist and Post-Communist Studies* 46 (2013), Nr. 4, S. 445-454; Protsyk, Oleh: *Secession and Hybrid Regime Politics in Transnistria*, in: *Communist and Post-Communist Studies* 45 (2012), Nr. 1-2, S. 175-182.

Kurzkrieg Getöteten ausgewertet und hat eine Überrepräsentation junger männlicher Stadtbewohner russischer Nationalität festgestellt. Für eine tiefergehende Analyse ist die verwendete Datenbasis zu gering.⁹² Auch der Historiker John Alan Mason hat versucht die soziale Zusammensetzung der *Anhängerschaft* der transnistrischen Bewegung zu ergründen. Über eine Analyse der Ergebnisse der Wahlen zu lokalen und republikweiten Sowjets im Frühjahr 1990 kommt er zu dem Ergebnis, dass Stadt-Land-Gefälle und Industrialisierungsgrad die signifikanten Variablen darstellen, mit denen die Wahlentscheidungen für die »konservativen Internationalisten« bzw. die moldauischen Nationalisten erklärt werden können. Region und »ethnische Zugehörigkeit« haben demnach bei der Wahl eine untergeordnete Rolle gespielt.⁹³

Deutlich mehr Arbeiten haben die Anführer der separatistischen Bewegung bzw. die gesellschaftlichen Eliten in der PMR/Ost-Moldova in den Blick genommen. Dareg Zabarah beschreibt die zentrale Organisation des Dnjestr-Separatismus (den »Vereinigten Rat der Arbeitskollektive«) als stark strukturierte Organisation, in der sich die betrieblichen Machtverhältnisse widerspiegeln.⁹⁴ Eine Stütze für die Erforschung der Eliten im Dnjestr-Tal stellt die eher zufällig in Tiraspol¹ angesiedelte Lokalstudie von Ronald J. Hill aus den 1970er Jahren dar.⁹⁵ Hill beschreibt ein Rotationsmuster, nach dem die Nomenklatura die leitenden Positionen in Partei, Staatsverwaltung und Betrieb über die Bereiche hinweg oft und schnell wechselte. Bedingung für eine Karriere im Nomenklatura-System war unter anderem ein zeitweiser Aufenthalt im Zentrum. Diese Analyse der sowjetischen Elitenrekrutierung hilft, die Herausbildung einer postsowjetischen Moskau-orientierten Regionalelite zu erklären. Stefan Troebst baut unter anderem auf diesem Werk auf, hat die separatistische Bewegung auf die »Besitzstandswahrungsinter-

92 Kolstø, Conclusion, in: ders., National Integration, S. 249-273. Siehe dazu Kapitel III. 9 »Massenbasis aus den Betrieben: die Kriegsteilnehmer«.

93 Mason, John A.: Internationalist Mobilization during the Collapse of the Soviet Union: The Moldovan Elections of 1990, in: Nationalities Papers 37 (2009), Nr. 2, S. 159-176.

94 Zabarah, Dareg A.: Opportunity Structures and Group Building Processes: An Institutional Analysis of the Secession Processes in Pridnestrovie and Gagauzia between 1989 and 1991, in: Communist and Post-Communist Studies 45 (2012), Nr. 1-2, S. 183-192.

95 Hill, Ronald J.: Soviet Political Elites. The Case of Tiraspol, London 1977. Auf den Wert dieser Studie hat Stefan Troebst hingewiesen. (Troebst, Stefan: The »Transdnestrian Moldovan Republic«. From Conflict-driven State-Building to State-driven Nation Building, in: European Yearbook of Minority Issues 2 (2002-2003), S. 5-30, S. 23.

essen« der Eliten zurückgeführt und die »All-Unionsbiographien« der führenden Akteure – Betriebsdirektoren, ehemalige Mitarbeiter sowjetischer Sicherheitsapparate und Parteifunktionäre – hervorgehoben.⁹⁶ Den bisherigen Stand der Untersuchung der führenden Trägergruppen der transnistrischen Bewegung bringt auch Klemens Büscher auf den Punkt:

Initiiert und kontrolliert wurde der Abspaltungsprozess von lokalen Funktionsträgern aus Wirtschaft und Politik. Ähnlich wie in anderen Gebieten der Sowjetunion waren in Transnistrien im Umfeld der strategisch bedeutsamen Schwer- und Rüstungsindustrie mächtige Klanstrukturen aus miteinander verfilzten Partei-, Sowjet-, Verwaltungs- und Betriebsführungen entstanden.⁹⁷

An diesem Stand der Untersuchung knüpft dieses Buch an und versucht die Einzelteile dieser »Klanstrukturen« aufzudröseln.

4. Quellen, Auswertung, Darstellung

Die Arbeit stützt sich auf vier verschiedene Quellentypen: regionale/lokale Zeitungen, Publikationen der Akteure, Interviews mit Aktivisten der Bewegungen und Protokolle von Versammlungen der untersuchten Organisationen. Die Benutzung einer solchen Vielfalt an Quellentypen ist zwei grundsätzlichen Problemen bei der Quellenlage geschuldet: Erstens sind die untersuchten Ereignisse nach wie vor von politischer Brisanz, sodass der Zugang insbesondere zu offiziellen Dokumenten erschwert ist. Die PMR ist weiterhin ein international nicht anerkanntes staatsähnliches Gebilde und ist geprägt von einem starken Sicherheitsapparat, der kein Interesse an einer unkontrollierten Verbreitung detaillierter Informationen über den Staatsformierungsprozess hat. Die politischen Aktivisten auf der Krim wiederum sind in der Ukraine des Jahres 2008, zu dem Zeitpunkt, als der Hauptteil der Forschungsarbeit durchgeführt worden ist, Oppositionelle, die einem gewissen Repressionsdruck ausgesetzt sind, oder das zumindest so wahrnehmen. Auch hier werden Informationen über einzelne Akteure, die erstens noch leben und zweitens oft noch politisch aktiv sind, als sensibel eingeschätzt und nicht immer bereitwillig weitergegeben. Das grundsätzliche Problem, dass vor allem Dokumente nicht systematisch und umfassend zugänglich sind, soll durch das Heranziehen möglichst vielfältiger Quellenarten zumindest ein Stück weit ausgeglichen werden.

⁹⁶ Troebst, Separatistischer Regionalismus.

⁹⁷ Büscher, Staatlichkeit Transnistriens, S. 239.

Zweitens waren die Bewegungen von ihrer Struktur unterschiedlich, institutionalisierten sich im Verlauf der Mobilisierung unterschiedlich stark und hatten ihre Mobilisierungshöhepunkte zu unterschiedlichen Zeiten. Das sorgt für Probleme bei der Vergleichbarkeit der Quellen. Zwischen den beiden Mobilisierungshöhepunkten liegt der Zusammenbruch der Sowjetunion. So veränderten beispielsweise Zeitungen vor dem Hintergrund des sozialen Wandels die Art ihrer Berichterstattung fundamental oder wurden eingestellt. Zudem entwickelte sich die Bewegung im Dnjestr-Tal zu einer staatstragenden Organisation und hat im Zuge einer dementsprechend institutionalisierten Geschichtspolitik einen relevanten veröffentlichten Quellenkorpus produziert – anders als die pro-russländische Bewegung auf der Krim. So ist für die Krim die Bedeutung der Interviews und eines unsystematischen Bestands an Dokumenten, der in einem informellen Archiv eingesehen werden konnte, größer als bei der Bewegung im Dnjestr-Tal, wo die Analyse von Zeitungen und Publikationen der Akteure im Vordergrund steht. Letztendlich sind diese Schwierigkeiten aber auch erste Hinweise auf die grundsätzliche Verschiedenheit der beiden Bewegungen. Die Unterschiede zwischen dem sowjetkonservativen Betriebskorporatismus und der informellen Intellektuellen-Bewegung finden ihren Niederschlag eben auch in den schriftlichen Hinterlassenschaften und deren Verwaltung.

Zeitungen

Ausgewertet wurden neben zwei überregionalen Zeitungen einige lokale und regionale Tageszeitungen, Zeitungen aus dem direkten sozialen Umfeld der Bewegungen, vor allem Betriebszeitungen, und Periodika der Akteure selbst (Publikationen der Akteure).⁹⁸ Die Zeitungen der beiden Regionen sind nicht komplett synchron zueinander ausgewertet worden, da die Bewegung auf der Krim ihren Mobilisierungshöhepunkt später erreichte als der Dnjestr-Separatismus. Für die Halbinsel sind nach Möglichkeit die Jahrgänge 1989 bzw. 1992 (je nach Ersterscheinen der Zeitung) bis 1995 analysiert

98 Für die Krim wurden die regionalen Zeitungen *Krymskaja Pravda* und *Krymskie Izvestija* (nur Jahrgang 1995) und die Lokalzeitungen von Sevastopol' (*Slava Sevastopolja*), Simferopol' (*Južnaja Stolica*) und Krasnoperekopsk (*Frunzevec/Perekop*) herangezogen. Aus dem Umfeld der Bewegung wurde die Zeitung der Schwarzmeerflotte *Flag Rodiny* und die autonomistische Zeitung *Tavričeskie Vedomosti* ausgewertet. Für das Dnjestr-Tal wurden die Stadtzeitungen von Tiraspol' (*Dnestrovskaja Pravda*) und Rybnica (*Leninskoe Znamja*, ab 1991 *Novosti*) analysiert. Aus dem direkten sozialen Umfeld des Dnjestr-Separatismus wurden die Zeitungen der Gussmaschinenfabrik Kirov in Tiraspol' (*Kirovec*) und des Metallwerks in Rybnica (*Rybnickij Metallurg*) ausgewertet.

worden; für das Dnjestr-Tal die Jahrgänge 1989 bis 1992. Die Zeitungen sind nach Berichten über Mobilisierungsereignisse, politische Erklärungen der Akteure und politischer Rivalen, Verzeichnissen der Angehörigen von politischen Organen, Lebensläufen von Protagonisten, Berichten über Konflikte innerhalb der Klientel der Bewegung und Auflistungen von Wahlergebnissen durchsucht worden. Nicht die Produkte der journalistischen Arbeit sind hier von Interesse, sondern die Zeitung als Ausdruck einer Öffentlichkeit, in der sich Organisationen, Machtinstitutionen und einzelne Vertreter der politischen und sozialen Elite zur Frage des territorialen Status positionieren. Die gegensätzlichen Parteinahmen von Stadtverwaltungen, Betriebsleitungen und unterschiedlichen Parteigremien im Hinblick auf die Autonomiebestrebungen konnten so herausgearbeitet werden. Diese Daten bilden das Fundament der »Geographie« der Bewegungen, die die Rolle und Stärke der Bewegungen in lokalen Machtkonflikten in den Städten, in sozialen Räumen (Betriebe) und Institutionen (Kommunistische Partei) beschreibt.

Grundsätzlich sind die Zeitungen in der Sowjetunion der Perestrojka als Quelle durchaus wertvoll. Die zunehmenden politischen Konflikte in- und außerhalb der Machtapparate ließen sich zu diesem Zeitpunkt nicht mehr aus der gedruckten Öffentlichkeit heraushalten. Der starke dokumentarische Anspruch aus sowjetischen Zeiten, den viele Zeitungen in den Jahren der Perestrojka noch beibehielten, erhöht den Quellenwert enorm. Der Abdruck seitenlanger Reden von Lokalpolitikern, von Erklärungen politischer Gremien oder von Stenogrammen von Stadtratssitzungen mag für den zeitgenössischen Leser eher eine Qual gewesen sein – für den analytischen Gebrauch zur Bestimmung der Positionen politischer Kräfte ist diese direkte Wiedergabe politischer Verlautbarungen äußerst hilfreich. Die Zeitungen sind dabei selbst Teil der lokalen Konflikte: Sie lassen sich jeweils einer der im Konflikt stehenden Institutionen oder Organisationen zuordnen oder sind umkämpfter Gegenstand der Machtrivalität in den jeweiligen Städten.⁹⁹ Insbesondere die Analyse von Zeitungen verschiedener Seiten haben die lokalen Machtkämpfe transparent werden lassen.

Das Problem der Asynchronität des Vergleichs und der daraus resultierenden Unterschiedlichkeit der Quellen macht sich auch hier bemerkbar: Der Stil der postsowjetischen Zeitungen auf der Krim unterscheidet sich deutlich von den noch sowjetischen Blättern im Dnjestr-Tal. Das Material ist in weitaus größerem Maße journalistisch verarbeitet – die schlichte Dokumen-

99 Besonders im Dnjestr-Tal stritten sich die Stadtsowjets und die Stadtparteiorganisationen, die bis 1990 die Zeitungen gemeinsam verwalteten, intensiv um die Kontrolle der zentralen lokalen Presseorgane. (Siehe Kapitel zu den lokalen Entwicklungen in Tiraspol', Rybnica und Bendery III. 4 u. 5)

tation von Stellungnahmen politischer Akteure begriffen die Redaktionen in abnehmendem Maße als ihre Aufgabe. Die Zeitungslandschaft strukturierte sich auf der Krim im Zuge der Perestrojka schnell neu. Zeitungen der Partei- und Massenorganisationen und die Betriebszeitungen wechselten ihren Besitzer, veränderten ihre Funktion oder stellten ihr Erscheinen gänzlich ein. Die Konflikte auf lokaler Ebene und in den Betrieben konnten so für die Krim an einigen Stellen nicht mit der gleichen Detailliertheit rekonstruiert werden wie für das Dnjestr-Tal.

Publikationen der Akteure

Die Publikationen der Akteure – Periodika, Erinnerungsbände, (Auto-)Biographien – helfen bei der Erschließung von Lebensläufen der Bewegungseliten, von internen Konflikten sowie von Parteinahmen der Autonomiebewegung in den jeweiligen lokalen Machtkonflikten. Die von den Akteuren herausgegebenen Periodika sind wie die anderen Zeitungen ausgewertet worden und die gewonnenen Daten fließen in die »Geographie der Bewegungen« ein. Der lokale politische Konflikt wird auch in der Presse der Akteure fortgesetzt – dort werden Freund und Feind benannt, die dem Separatismus nahestehenden Protagonisten bekommen Applaus, Lokalpolitiker, die sich dem separatistischen Projekt entziehen, werden angefeindet. Das aus den lokalen Zeitungen gewonnene Bild einer zerklüfteten Konfliktlandschaft bestätigt sich auch in diesen Periodika.¹⁰⁰

Auch auf den Quellentypus *Publikationen der Akteure* wirkt sich der unterschiedliche Grad an Institutionalisierung und Ressourcenmobilisierung der beiden Bewegungen stark aus. Der organisatorische Kern des Dnjestr-Separatismus (genau genommen die Organisation »Vereinigter Sowjet der Arbeitskollektive« – OSTK) war in der Lage, kontinuierlich über mehrere Jahre hinweg eine Zeitung herauszugeben. Die Zeitung der pro-russländischen Bewegung der Krim erschien dagegen nur sporadisch für ein paar Monate in den Jahren 1992 und 1995. Die Akteure der PMR-Staatsgründung haben einen ganzen Apparat von Erinnerungsbänden herausgegeben, in denen die Verdienste Einzelner um die Schaffung der neuen Republik herausgestellt werden. Die pro-russländische Bewegung hatte sich dagegen nach 1994 schnell zerstreut, keinen Erinnerungsapparat ausgebildet und ihre Aktivis-

100 Für die Dnjestr-Region wurden die Streikzeitungen *Bastujuščij Tiraspol'* (ab 1990 *Trudovoj Tiraspol'*), *Rybnickij Vestnik* aus Rybnica und Einzelausgaben der *Izvestija Rabočego Komiteta* aus Bendery ausgewertet. Für die Krim wurde die Zeitung der Organisation RDK *Svobodnyj Krym*, die allerdings nicht durchgängig erschien, und einige weitere Einzelausgaben der »Russländischen Gemeinde von Sevastopol'« *Rossijskaja Obščina Sevastopolja* analysiert.

ten sahen sich in geringerem Maße als Personen öffentlichen Interesses, sodass zum Zeitpunkt der Forschung nur eine Autobiographie vorlag.¹⁰¹ Nicht nur die zeitgenössischen Publikationen der pro-russländischen Organisationen auf der Krim waren weniger umfassend, auch die Erinnerung an die Mobilisierungen im Jahrzehnt danach ist deutlich weniger institutionalisiert. Diese Ungleichheit der hinterlassenen Quellen macht für einzelne Facetten den Vergleich zwischen den Bewegungen problematisch.

In dem umfangreichen Bestand an Erinnerungsliteratur und Autobiographien aus dem Dnjestr-Tal finden sich Erzählungen über Entscheidungsprozesse in den Bewegungsorganisationen, Sympathie- bzw. Antipathiebekundungen gegenüber anderen Beteiligten oder Gegnern sowie Hinweise auf die Wege der Schreibenden in die Bewegung. Besonders aufschlussreich ist das Gedenkbuch für die Toten der transnistrischen Seite im Kurzkrieg.¹⁰² Darin werden alle Toten des Kriegs am Dnjestr der PMR-Seite mit Lebensdaten aufgeführt. In Kombination mit anderen Quellen konnte daraus ein Bild von der sozialen Zusammensetzung der Anhängerschaft des Dnjestr-Separatismus respektive der Beteiligten an den bewaffneten Kämpfen gewonnen werden. Diese Daten geben auch Aufschluss über die Rekrutierungsmechanismen.¹⁰³ An diesem Gedenkbuch zeigt sich die Unterschiedlichkeit der beiden Bewegungen noch einmal in besonde-

101 Für das Dnjestr-Tal: Alfer'eva, L. (Hg.): Slavy ne iskali. Sbornik vospominanij učastnikov sozdanija i stanovlenija PMR, Bendery 2000; Alfer'eva, L. (Hg.): On žizn' respublike ordal. Sbornik statej D.F. Kondratoviča i vospominanij o nēm, Bendery 2003; Andreeva, Galina: Ženščiny Pridnestrov'ja, Tiraspol' 2000; Bogovid, A. S.: Černomorskoe kazač'e vojsko (1991-2001 gody), Tiraspol' 2002; Djukarev, V.: Dubossary 1989-1992 gg. Za kulisami politiki, Tiraspol' 2000; Komarnickij, Georgij B.: Mina zamedlennogo dejstvija. Rumynskij nacionalizm: včera, segodnja ...zavtra? Zаметki neravnodušnogo, Tiraspol' 2006; Rudenko, N. P.: Dubossary – gorod zaščitnikov PMR, Dubossary 1995; Safonov, Andrej V.: V parlamente Moldovy i za ego stenami (1988-1992). Zapiski deputata, Bendery 2010; Smirnov, Igor': Žit' na našej zemle, Moskau 2001; Volovoj, Grigorij P.: Krovavoe leto v Benderach. Chronika pridnestrovskoj tragedii, Bendery 1993; Volkova, Anna Z.: Lider, Tiraspol' 2001; Volkova, Anna Z.: Gorjačee leto 1989, Tiraspol' 2004; Žitarenko, Vladimir: Podvig i Podlost', Moskau 1993. An Memoiren von pro-russländischen Aktivisten auf der Krim sind dem Autor nur die Erinnerungen des russischen Nationalisten Aleksandr Kruglov aus Sevastopol' bekannt: Aleksandr: Kljanus'! O. O., o. J. Relevante autobiographische Werke haben vor allem die Nomenklatura-Spitzenpolitiker der Halbinsel veröffentlicht: Bagrov, Vremja nadežd i trevog; Bagrov, Vremja osmyslenija projděnnogo; Formančuk, Mify sovetsoj epochy; Suprunjuk, Chronika drefujuščego poluostrova.

102 Kniga pamjati zaščitnikov Pridnestrov'ja, Tiraspol' 1995.

103 Die Ergebnisse und eine genauere Darstellung der Methoden der Auswertung des Gedenkbuchs in Kapitel III. 9: Massenbasis aus den Betrieben.

Einleitung

rem Maße: Der Krim-Bewegung fehlt hier nicht nur die Erinnerungsliteratur, sondern es hatte gar keine vergleichbare Mobilisierung stattgefunden. Die Anhängerschaft der pro-russländischen Bewegung auf der Krim wählte RPK, unterschrieb Bürgerbegehren für ein Referendum und ging auf Demonstrationen – aber eine Mobilisierung und Organisation der Anhängerschaft für ein dauerhaft-strategisches kollektives Handeln wie Kriegsgewalt gab es nicht.

Interviews

In den Interviews mit Aktivisten der mittleren Ebene der Bewegungshierarchie wurde angestrebt, eine Erzählung über den Weg der Gesprächspartner in die Bewegung zu stimulieren. Im Zentrum stand der Versuch, das persönliche Erleben der Befragten bei den Mobilisierungen und bei der Rekrutierung in die Bewegung zum Thema zu machen, um Motivationen und den Lebenskontext, aus dem heraus die Beteiligten aktiv wurden, zu ergründen. Die Gesprächstexte beziehen sich also auf Teile oder bestimmte Punkte der Biographien der Befragten und orientieren sich an der Form problemzentriert-narrativer Interviews.¹⁰⁴ Innerhalb der Thematik des eigenen Erlebens rund um die Ereignisse sollte die Erzählung der Befragten möglichst wenig durch Nachfragen gestört und gelenkt werden, um die Prioritätensetzungen der Beteiligten nachvollziehen zu können.¹⁰⁵ Die Interviews sind nicht

104 Zum »problemzentrierten Interview«: Witzel, Andreas: Das problemzentrierte Interview, unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs0001228> [zuletzt geprüft am 25.2.2015]. Zur Narration im Interview und dem Verhältnis mündlicher biographischer Erzählungen zum tatsächlichen Ablauf vergangener Ereignisse: Flick, Uwe: Qualitative Forschung. Theorie, Methoden, Anwendung in Psychologie und Sozialwissenschaften, Hamburg 1999, S. 115-124; Wohlrab-Sahr, Monika: Prozessstrukturen, Lebenskonstruktionen, biographische Diskurse. Positionen im Feld soziologischer Biographieforschung und mögliche Anschlüsse nach außen, in: BIOS. Zeitschrift für Biographieforschung, Oral History und Lebensverlaufsanalysen (2002), Nr. 1, S. 3-23.

105 Die Interviews wurden auf Russisch wörtlich transkribiert. In einigen Interviews wurden längere Passagen, in denen sich die Interviewten zu allgemeineren Themen und häufigen Fragen der russischen Geschichte äußerten, ausgelassen. Für die Auswertung wurden Textteile nach den angesprochenen Themenkreisen kodiert und sortiert. Die in den Interviews von den Befragten geäußerten Motivationen für das politische Handeln wurden mit den Mobilisierungsdiskursen der Bewegung in Beziehung gesetzt, und die Äußerungen über die Gelegenheitsstrukturen der konkreten Rekrutierung in Hinblick auf die Funktionsweise vorab bestehender Netzwerke interpretiert. Dabei haben sich verschiedene Ebenen des Rekrutierungsvorgangs identifizieren lassen. Die Namen der Interviewten sind aus Gründen des

Grundlage einer repräsentativen Sozialstudie, in der alle Teile der Bewegung nach sozialen Kategorisierungen proportional berücksichtigt werden, sondern sie dienen vielmehr dazu, bei der Frage nach den Rekrutierungsmechanismen und dem konkreten Zusammenhang zwischen sozialer (Ausgangs-) Position einerseits und dem politischem Handeln andererseits exemplarisch in die Tiefe zu gehen.

Die Erinnerungen an den betreffenden Lebensabschnitt – den Beginn der politischen Aktivität in der Phase des Zerfalls der Sowjetunion – mögen mental mehrfach überschrieben und umgeschrieben worden sein, exaktere Informationsquellen sind für diese Betrachtungsebene aber schwer zu finden. Zudem lässt sich mit der Soziologin Monika Wohlrab-Sahr sagen,

dass vergangene Ereignisverkettungen der [mit Interviews arbeitenden] Biographieforschung immer nur als gegenwärtig produzierte biographische ›Texte‹ vorliegen, dennoch haben aber die in diesen Texten geschilderten Prozesse und die Art und Weise, wie die Person in sie involviert ist, dazu beigetragen, dass dieser biographische Text heute so und nicht anders ausfällt.¹⁰⁶

In der Gesprächsrealität erwies es sich häufig als schwierig, Interviewte dazu zu bringen, die Ebene der Metaperspektive und Kommentierung zu verlassen und stattdessen persönliches Erleben zu schildern. Die in den Gesprächen entstandenen Erzählungen über Mobilisierung, Aufbau von Organisationen und Rekrutierung in die pro-russländische Bewegung enthalten aber dennoch interpretationsfähige Aussagen über den Weg der einzelnen Beteiligten in die Bewegung. Die Einzelgeschichten wiederum geben Hinweise auf die Funktionsweise und Rekrutierungsmechanismen der pro-russländischen Bewegung im Allgemeinen.

Bei den Interviewten handelt es sich um Mitglieder der (unteren) Führungsebene sowie um Aktivisten unterhalb der Führung, also um eine Art »Mittelbau«. Im Dnjestr-Tal gehören die Interviewten beinahe ausschließlich zur Gruppe der Aktivisten der mittleren Hierarchieebene, weil bei diesem Staat-gewordenen Separatismus die Grenze zu den tatsächlichen Führungsfiguren der Bewegung eindeutiger ist. Zum Zeitpunkt der Erhebung (2008) besetzten die ehemaligen Bewegungseliten die höchsten

Datenschutzes unkenntlich gemacht. Nur die Aussagen einiger in der Öffentlichkeit stehender Personen werden punktuell, dort wo es zum Erkenntnisgewinn beiträgt, personalisiert.

106 Wohlrab-Sahr, Prozessstrukturen, Lebenskonstruktionen, biographische Diskurse, S. 12.

Staatsämter.¹⁰⁷ Bei der Bewegung auf der Krim dagegen gibt es eine solche Trennung nicht. Vom gesellschaftlichen Status heben sich die ehemaligen Spitzenfunktionäre kaum von ihren damaligen Gefolgsleuten ab. So kamen die Vorsitzenden von Bewegungsorganisationen bei der Empfehlung weiterer Gesprächspartner durch die Aktivisten in gleichem Maße in Betracht wie Vertreter des aktiven Kerns unterhalb der Führung. In beiden Regionen sehr ähnlich ist der Umstand, dass sich nur diejenigen Beteiligten als Akteure der damaligen Mobilisierung verstehen, die Führungspositionen oder wichtige Funktionen eingenommen hatten oder über einen gehobenen Bildungsstand verfügen. Einfache Aktivisten oder Anhänger sehen sich nicht als berechtigt an, über sich selbst als Akteure in der Bewegung zu sprechen. Versuche, über persönliche Beziehungen einfache Beteiligte, *followers*, als Gesprächspartner zu gewinnen, schlugen aus diesem Grund weitgehend fehl.¹⁰⁸

Die Interviewpartner sollten nach jeweiligen Anfangskontakten durch Weiterempfehlung der Befragten gewonnen werden. Auf der Krim hat sich durch die Bezugnahmen und die Hinweise der Interviewten auf andere Beteiligte, auf Gleichgesinnte oder Gegner aus einer anderen Fraktion, ein umfassendes Bild eines bestimmten Segments politischer Aktivisten auf der Halbinsel ergeben. In der PMR dagegen wurde die Kette mehrfach unterbrochen, in einigen Fällen aus zeitlichen Gründen, in anderen Fällen weil keine geeigneten Empfehlungen für weitere Gesprächspartner ausgesprochen wurden. Nach einer Kontaktaufnahme mit der wichtigsten Organisation des Dnjestr-Separatismus war die Empfehlung für weitere Gesprächspartner einer tendenziellen Monopolisierung durch den stellvertretenden Vorsitzenden dieser Organisation unterworfen.

Dokumente der Organisationen

Für diese Arbeit sind Dokumente aus drei Archiven ausgewertet worden. Erstens konnte ein wenn auch beschränkter Zugang zum informellen »Archiv RDK« erreicht werden. In den Räumen der Kulturorganisation »Russische Gemeinde der Krim« lagern Schreiben, Protokolle und Mitgliederlisten der Republikanischen Bewegung der Krim, der zentralen pro-russländischen Organisation der Krim im Untersuchungszeitraum. Dort konnten

107 Die Lebenswege der Staatseliten und zum Teil auch ihre Rekrutierungsgeschichte lassen sich auch in veröffentlichten schriftlichen Quellen nachvollziehen.

108 Eine genaue Erkundung der Basis der Bewegungen erfordert einen anderen Zugang. Vorstellbar sind Mikrostudien in den Lebenswelten der Mobilisierten, beispielsweise als betriebsanthropologische Geschichtsschreibung in einer Werkabteilung oder in einer lokalen Ortsgruppe einer Organisation.

unsystematisch und unter Anleitung eines Mitarbeiters Dokumente eingesehen werden. Einige der Protokolle enthalten für sich genommen aber schon interessante Einblicke in die Funktionsweise der Bewegung. Teilnehmerlisten von Versammlungen haben zur Rekonstruktion der Zusammensetzung der Führungsgremien der Bewegung beigetragen. Sitzungsprotokolle von RDK-Ortsorganisationen geben Aufschluss über die Stärke der lokalen Ableger und über interne Konflikte.

Zweitens sind im Staatsarchiv der Russischen Föderation (*Gosudarstvennyj Archiv Rossijskoj Federacii* – GARF) die Bestände des Obersten Sowjets (ab 1993 der Staatsduma der RF) eingesehen worden. Vor allem Korrespondenzen mit Akteuren der pro-russländischen Bewegungen und Bittgesuche, Situationsbeschreibungen und Erklärungen, die aus den Regionen nach Moskau geschickt worden waren, haben einzelne Erkenntnisse zum Gesamtbild beigetragen. Drittens konnte im Staatsarchiv beim Ministerrat der Autonomen Republik Krim (*Gosudarstvennyj Archiv pri Sovete Ministrov Avtonomnoj Respubliki Krym* – GA ARK) anhand der Bestände zur Präsidentschaft von Jurij Meškov dessen anfängliche Regierungstätigkeit nachvollzogen werden. Zudem sind in der Frühphase der Forschung vereinzelte Ausgaben der oben genannten Periodika im Archiv der Forschungsstelle Osteuropa in Bremen eingesehen worden.

Verarbeitung der Daten: Geographie und Kollektivbiographie

Die aus den Quellen gewonnene Datenbasis fließt in zwei große Erkenntnisschritte ein: zum einen in eine »Geographie« der Bewegungen, zum anderen in eine »Kollektivbiographie« der führenden Beteiligten. »Geographie« ist hier nicht als Wissenschaftsdisziplin, sondern als Darstellungsweise zu verstehen, die die Schauplätze der Auseinandersetzung um eine territoriale Neuordnung in den Mittelpunkt rückt. Wo befanden sich die unumstrittenen Hochburgen der Bewegung? Welche (sozialen) Räume waren umkämpft, wo waren die Separatisten nicht in der Lage, sich durchzusetzen? Wo fand die Mobilisierung statt? Eine solche Perspektive erlaubt es, die regionalen (Makro-)Strukturen zu verlassen und den Blick auf verschiedene kleinräumigere Ebenen zu werfen – auf Mobilisierung und Machtkonflikt in Städten und Dörfern vor Ort, in den Betrieben und in gesellschaftlichen Institutionen. Das Nachzeichnen von Mobilisierungsereignissen, Debatten und von Machtverhältnissen auf lokaler Ebene und in sozialen Räumen gibt Aufschluss über die (Nicht-)Beteiligung sozialer Gruppen, Organisationen und Institutionen. Dadurch werden hinter der Erzählung vom großen Konflikt zwischen zwei großen Gruppen, Regionen oder Parteien zahlreiche lokale Machtkämpfe mit unterschiedlichen Frontlinien sichtbar. Die Kontra-

henten verorten sich zwar rhetorisch in den übergeordneten Konflikt- und Mobilisierungszusammenhängen, die konkreten lokalen Spaltungslinien lassen sich aber an vielen Stellen nicht einfach in die Erzählung von dem einen großen Konflikt einpassen. Die »Geographie« basiert hauptsächlich auf der Analyse der lokalen und betrieblichen Zeitungen sowie auf den Periodika der Akteure, in denen sich die lokalen Konflikte und Parteinahmen verschiedener Gruppen, Institutionen und Einzelakteure widerspiegeln.

Die »Kollektivbiographie« gibt Aufschluss über den sozialen Hintergrund der Führungsmitglieder und deren Wege in die Bewegung. Aus veröffentlichten Verzeichnissen von Regierungen, Parlamenten und Führungsorganen der betreffenden Organisationen, Teilnehmerlisten von Versammlungen sowie Presseberichten von Mobilisierungsereignissen ist ein aktiver Kern der Bewegungen rekonstruiert worden. Die biographischen Daten der betreffenden Protagonisten sind aus Zeitungsberichten, Internetquellen, Erinnerungsbänden, Personenlexika, (auto-)biographischen Publikationen und Interviews gewonnen worden. Mithilfe dieser Datenbasis sind die soziale Position, sowie die berufliche, räumliche und politische Sozialisation der Akteure herausgearbeitet und die Beteiligten nach den sozialen Kontexten, aus denen heraus sie aktiv wurden, in Gruppen eingeteilt worden. Dem Zusammenhang von sozialer Position/Sozialisation und Beteiligung am separatistischen Projekt wird anhand beispielhafter Lebensläufe und der Interviewanalyse nachgegangen. So kann die Bandbreite an Rekrutierungswegen in die Bewegung rekonstruiert werden.

Anhängerschaft, Parteimitglieder und Führungseliten in Prozentzahlen bestimmten sozialen Gruppen zuzuordnen – im Sinne einer »Sozialstruktur« oder einer »Social-Background«-Studie –, vermag diese Arbeit nicht zu leisten. Zum einen liegt das an der Quellenlage: Dokumente wie Mitgliederlisten der Organisationen oder Inscriptionslisten der bewaffneten Verbände sind nicht systematisch verfügbar. Zum anderen richtet sich das Hauptaugenmerk hier mit Bedacht nicht auf eine quantifizierende Einteilung der Mitglieder anhand abstrakter Kategorien (»Arbeiterschaft«, »Mittelstand«, »neue/alte Mittelschicht« o. ä.). Anstatt eine abstrakte Kausalbeziehung zwischen statistischen Werten anzunehmen, wird die Geschichte von Einzelnen exemplarisch in den Blick genommen.¹⁰⁹ Das Nachzeich-

109 Auf die Defizite von »Social-Background«-Analysen in der Frage einer tatsächlichen Rekonstruktion des Zusammenhangs zwischen sozialer Herkunft und politischem Handeln haben beispielsweise sozialhistorische Forschungen zur Arbeiterbewegung in Deutschland, die sich der Methode der Kollektivbiographie bedienen, hingewiesen. Heinz Wilhelm Schröder betont, dass in den quantitativen Studien »oft eine systematische und stringente Verknüpfung von »social-background« und politischer Karriere« fehle und nicht hinreichend geklärt werde, »in-

nen von Lebenswegen und Teilbiographien ermöglicht eine differenziertere Sichtweise auf den Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Sozialisation einerseits und dem politischen Handeln andererseits: *Inwiefern* kommen die Akteure aus bestimmten sozialen Gruppen? *Inwiefern* nehmen sie an der Bewegung teil, welche Positionen oder Funktionen nehmen sie ein? Welcher Zusammenhang besteht zwischen Sozialisation und Rekrutierungsprozess im Einzelfall? Aus der Sozialstruktur wird eine Kollektivbiographie, die jedoch die soziale Position der Handelnden nicht aus dem Blick verliert.

Gliederung der Arbeit

Die Arbeit ist, neben Einleitung und Fazit, in drei große Teile gegliedert. Teil II vergleicht die strukturellen Voraussetzungen für das politische Handeln der Akteure: die aus der Sowjetunion tradierten politischen und sozialen Strukturen, die ökonomischen Vorbedingungen in den Regionen, die den Bewegungen als diskursives Material zur Verfügung stehenden regionalen Geschichtsbilder, die Politik der neuen Zentren Kiew und Chişinău (darunter vor allem deren Sprachpolitik), sowie die Unterstützung aus der Russländischen Föderation. Die Teile III und IV beschreiben und interpretieren die beiden Vergleichsgegenstände – die soziale Zusammensetzung und die Funktionsweise der beiden Bewegungen. Die Erkenntnisse der »Kollektivbiographie«, also soziale Zusammensetzung und Rekrutierungsmechanismen, sind im jeweils zentralen Kapitel dieser Teile (III.8. bzw. IV.7.) dargestellt. Die »Geographie« fließt in die Betrachtungen der lokalen Konflikte in einzelnen Räumen – Städten, Dörfern oder Betrieben – ein (Kapitel III.4., 5. und 6. sowie IV.4., 5. und 6.) Die jeweils einleitenden Unterkapitel beschreiben Konflikt und Entwicklung im Dnjestr-Tal bzw. auf der Krim allgemein. Die jeweils anschließenden Kapitel beschreiben das Innenleben der

wieweit ein signifikanter Zusammenhang zwischen beiden besteht und ob dieser Zusammenhang zur Erklärung von politischem Verhalten und politischer Karriere beitragen kann«. Schröder, Wilhelm H. (Hg.): *Lebenslauf und Gesellschaft. Zum Einsatz von kollektiven Biographien in der historischen Sozialforschung*, Stuttgart 1985, S. 34; siehe dazu auch Roß, Sabine: *Politische Partizipation und nationaler Räteparlamentarismus. Determinanten des politischen Handelns der Delegierten zu den Reichsrätekongressen 1918/1919 – eine Kollektivbiographie*, Köln 1999, S. 33-36; Schröder, Wilhelm Heinz: *Kollektivbiographie als interdisziplinäre Methode in der historischen Sozialforschung. Eine persönliche Retrospektive*, Köln 2011.

Einleitung

Bewegung: Mobilisierungsereignisse und Organisationen (III.2., IV.2.) sowie Ideologie und politische Ziele (III.3., IV.3.).¹¹⁰

110 Zur sprachlichen Vereinfachung werden in der Arbeit durchgehend die männlichen Pluralformen benutzt, außer für Frauen-dominierte Gruppen. Die Namen von Beteiligten aus den Untersuchungsregionen sind in ihrer russischen Schreibweise aus dem kyrillischen ins lateinische Alphabet transkribiert worden, also aus der Sprache der hier genutzten Quellen (so beispielsweise auch die Namen von PMR-Politikern moldauischer Nationalität: Grigorij Marakuca und Ștefan Kicak statt Grigore Maracuța und Ștefan Chițak). Von vielen genannten Personen ist die (im sowjetischen Pass vermerkte) Nationalität gar nicht bekannt. Auch die Ortsbezeichnungen in den Regionen sind aus dem Russischen transkribiert (z. B. Rybnica statt Râbnîța oder Dubossary statt Dubăsari). Außer den Hauptstädten, für die es im Deutschen eigene gängige Bezeichnungen gibt (Moskau, Kiew), werden alle restlichen Städte in der jeweiligen Staatssprache genannt.

II. Politischer und ökonomischer Kontext

Im folgenden Teil werden die strukturellen Voraussetzungen der separatistischen Bewegungen am Dnjestr und auf der Krim beschrieben. Wirtschaftliche Krise und Transformation, Militärstationierungen und Unterstützung aus Russland, regionalistische Geschichtsdiskurse und strukturelle Hinterlassenschaften der Sowjetunion prägten das Umfeld, in dem sich die separatistischen Bewegungen herausbildeten. Diese sozialen Bedingungen werden hier nicht als »Faktoren«, »Ursachen« oder »Antriebskräfte« des Konflikts angenommen, sondern als Antwort auf die Frage beschrieben, unter welchen Umständen sich die kollektiven Akteure formiert haben. Die Formierung der Akteure ist ohne die Voraussetzungen nicht zu verstehen. Deshalb wird in diesem Kapitel untersucht, wie strukturelle Voraussetzungen und äußere Einflüsse zum Prozess der Herstellung kollektiven Handelns und zur Konstituierung der Akteure beigetragen haben.

1. Soviet Legacies – Sowjetische Verwaltungs- und Wirtschaftsstrukturen als Voraussetzungen des Separatismus

Die Öffnung des politischen und wirtschaftlichen Systems im Rahmen der Perestrojka löste in der territorialen Verwaltungsstruktur der UdSSR eine »Parade der Souveränitäten«¹ aus. Republiken, autonome Republiken, autonome Regionen, Provinzen, Bezirke und sogar Städte forderten ab 1988 einen verbesserten Status, mehr Autonomie oder gar die Unabhängigkeit von der Union, bzw. von den ihnen übergeordneten Verwaltungseinheiten. Einige dieser Bestrebungen führten zu Sezessionskriegen und zur Gründung neuer Staaten.

Diese Konflikte um Veränderung von Territorien und deren Verwaltungsstatus war in den Strukturen des Sowjetsystems bereits angelegt. Die Nationalitätenpolitik und die territoriale Verwaltungsstruktur verknüpften die Ressourcenverteilung mit ethnisierenden Zuschreibungen, der widersprüchliche Aufbau der Machtapparate schuf konkurrierende Netzwerke innerhalb der führenden Schicht und personalisierte Machtstrukturen verliehen Bürokraten und Betriebsdirektoren eine außerordentliche Machtfülle. Im folgenden Kapitel werden diese Voraussetzungen der (post-)sowjetischen Territorialkonflikte, die die Formierung und das Handeln der Kollektivakteure kanalisiert, dargelegt.

1 Herrera, *Imagined Economies*, S. 27.

Ethnoföderalismus und Nationalitätenpolitik

Die Sowjetunion wird häufig als Staat beschrieben, in dem die nicht-russischen Nationalitäten *als solche* unterdrückt, verfolgt und »russifiziert« wurden. Diese Lesart ist mit der Annahme verbunden, dass Völker, Nationalitäten, Ethnien außerhalb sozialer Prozesse a priori existieren.² Studien, die diese Grundannahme in Frage stellen, haben ein anderes Bild von der Nationalitätenpolitik der Sowjetunion gezeichnet – aus dem »Vielvölkerstaat« wurde ein »Affirmative Action Empire«.³ Yuri Slezkine attestiert der Sowjetunion gar eine »chronische Ethnophilie« (*chronic ethnophilia*)⁴. Gegen die Vorstellung von einer Unterdrückung von *nationhood* und *nationality* durch den sowjetischen Staat stellt Rogers Brubaker eine Betrachtung der institutionellen Praxis in der UdSSR:

Quite the contrary: in fact the regime went to remarkable lengths [...] to institutionalize both territorial nationhood and ethnocultural nationality as basic cognitive and social categories.⁵ Far from ruthlessly suppressing nationhood, the Soviet regime pervasively institutionalized it.⁶

Der sowjetische Staat arbeitete aktiv an der Vorstellung von der Existenz von Großgruppen – »seiner« Völker und Nationalitäten. Herrschaft in der Sowjetunion funktionierte nicht durch Ent-Nationalisierung, Assimilierungspolitik oder »Russifizierung«, sondern durch eine Politik der *Ethnisierung* der Untertanen und der Verwaltungseinheiten. Die Arrangements und Strukturen der UdSSR machten »Nationalität« zu einer allgegenwärtigen Kategorie. So stand diese den nationalistischen Bewegungen während des Zerfallsprozesses der UdSSR als Mobilisierungsressource zur Verfügung.

Die »ethnophile« Prägung der Sowjetunion geht auf ihre Anfänge zurück. In ihren ersten Jahrzehnten an der Macht verfolgten die *Bol'seviki* das Projekt einer *Korenizacija* (Indigenisierung – wörtl. Verwurzelung): Die »Nationalitäten« und »Nationen« der Sowjetunion sollten alle *ihr* Territorium, *ihre* Sprache, *ihre* Kultur und *ihre* Kader bekommen. Diese Politik entsprang zum einen den Debatten innerhalb der kommunistischen Arbeiterbewegung: Während eine Fraktion der Meinung war, mit Revolution und

2 Zur Debatte um »Russifizierung« und Denationalisierung mit Beiträgen gegensätzlicher Position: Gasimov, Zaur (Hg.): Kampf um Wort und Schrift. Russifizierung in Osteuropa im 19.-20. Jahrhundert, Göttingen 2012.

3 Martin, Affirmative Action Empire.

4 Slezkine, Yuri: The USSR as a Communal Apartment. Or How a Socialist State Promoted Ethnic Particularism, in: Slavic Review 53 (1994), Nr. 2, S. 414-452, S. 415.

5 Brubaker, Nationalism Reframed, S. 8.

6 Ebd., S. 17.

Sozialismus sei die Spaltung der Menschheit in Nationen überwunden, setzten sich Lenin und seine Anhänger mit ihrem Standpunkt durch, dass »unterdrückte Völker« sich zunächst national befreien müssten, bevor der Weg in Richtung Kommunismus eingeschlagen werden könne. Die neue Macht nach der Revolution legitimierte sich als Repräsentanz der Unterdrückten und dazu gehörte eine Ablehnung des großrussischen Nationalismus und des russischen (zaristischen) Zentralstaats mit seiner imperialen Politik in den Peripherien. Zum anderen schien den neuen Machthabern eine Kampagne zur »nationalen Selbstbestimmung« das vielversprechendere Mittel zu sein als der Marxismus, um in den peripheren Regionen des alten Staates Unterstützung für den Aufbau des sowjetischen Staates zu organisieren. Deshalb wurde versucht, Verwaltungsstrukturen zu schaffen, in denen jede Nationalität ihr *homeland* haben würde – je nach Bedeutung, Größe und Konzentration eine Republik, eine autonome Republik, ein autonomes Gebiet oder auch nur einen Gemeinderat. Ethnographen arbeiteten an einer klaren Kategorisierung der Nationalitäten und suchten nach möglichen weiteren festzuschreibenden Gruppen. In den größeren Verwaltungseinheiten wurde die Sprache der »Titularnation« zur Amtssprache. Die Unterrichtssprache in den Schulen sollte sich nach der festgestellten Gruppenzugehörigkeit der Schüler richten. Die Nomenklatura reservierte lokale Spitzenpositionen für Kader aus der jeweiligen Titularnation. Der Regierungsapparat schuf Dutzende neuer Schriftsprachen, finanzierte folkloristische Traditionspflege und in allen Titularsprachen wurden Zeitungen und Bücher gedruckt und Filme gedreht. Jede Republik bekam einen eigenen Schriftstellerverband, eine Nationalliteratur und Nationalliteraten – Propagandaveranstaltungen ließen in der Ukraine Taras Ševčenko und in Usbekistan Alisher Navoiy hochleben.⁷

Diese Politik der gezielten Förderung von Nationalbewusstsein beinhaltete eine beständige Thematisierung von Nationalität. Der sowjetische Staat »*constantly asked its citizens for their nationality*«. ⁸ Über die ethno-territoriale Verwaltung und damit zusammenhängende Ressourcenverteilung und die ethnisierte Kaderpolitik verankerte die Sowjetunion quasi eine Konkurrenz zwischen Nationalitäten in ihren Strukturen. Terry Martin beschreibt die Politik der *Korenizacija* und den sowjetischen Verwaltungsaufbau als institutionalisierten Nationalitätenkonflikt:

The Soviet Union literally drew tens of thousands of national borders. As a result, every village, indeed every individual, had to declare an ethnic allegiance and fight to remain a national majority rather than a minority. It

7 Slezkine, *USSR as Communal Apartment*, S. 445-448.

8 Martin, *Affirmative Action Empire*, S. 449.

is difficult to conceive of any measure more likely to increase ethnic mobilization and ethnic conflict.⁹

Ab den 30er Jahren wurde die Politik der *Korenizacija* gebremst, reformiert und zum Teil rückgängig gemacht. Stalin rehabilitierte die russische Kultur und den russischen Nationalismus und wendete die Nationalitätenpolitik gegen bestimmte Nationalitäten, die in derselben ethnisierenden Kollektivlogik als Feinde verfolgt und deportiert wurden. Der Begriff der »Völkerfreundschaft« löste die *Korenizacija* ab. Auch in den Jahrzehnten nach Stalins Tod sorgte die Sowjetführung mit zahlreichen kleineren Änderungen für eine höhere Präsenz des Russischen. So wurde in der Bildungspolitik der Zusammenhang zwischen Nationalität und Unterrichtssprache gelockert, sodass viele Eltern ihre Kinder auf russische Schulen schickten, weil Russischkenntnisse einen höheren Grad an sozialer Mobilität versprachen.¹⁰

Die grundlegende Disposition der sowjetischen Nationalitätenpolitik blieb aber bestehen. Bis zu ihrem Untergang stempelte die Sowjetunion ihren Bürgerinnen und Bürgern die Nationalität (genau genommen die der Eltern) in den Pass. Der territoriale Aufbau blieb an die Vorstellung von nationalen Kollektiven gebunden. Fast alle bedeutenden Verwaltungseinheiten von der Unionsrepublik bis zum autonomen Oblast waren nach einer Titularnation benannt. Diese galt als »angestammte Nation« (*korennaja nacija*) Damit verband sich die Vorstellung, deren Angehörige seien bevorrechtete Bewohner des Territoriums.¹¹ Auch die Elitenrekrutierung funktionierte weiter in den ethnisierenden Kategorien.

Die offizielle sowjetische Kultur war getränkt mit nationaler Folklore der »Völker der Sowjetunion«: Tanzensembles, regionale Küche und die genannten Nationalliteraten spielten bei politischen Ritualen eine große Rolle. Daneben diente auch eine ethnisierende Geschichtsschreibung dazu, den Verwaltungseinheiten eine tiefere Legitimation zu verleihen. Regionale und all-sowjetische Historikerinnen und Historiker schrieben jeder Nation eine

9 Ebd., S. 73.

10 Simon, Gerhard: Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion. Von der totalitären Diktatur zur nachstalinischen Gesellschaft, Baden-Baden 1986, S. 385-392.

11 Als in der Endphase der Sowjetunion die Macht des Zentrums nachließ, sah sich der Oberste Sowjet sogar veranlasst ein Gesetz zugunsten der Sowjetbürger, »die außerhalb ihrer nationalen-staatlichen Formation leben oder keine auf dem Territorium der UdSSR haben«, zu verabschieden. (»Materialy po podgotovke Zakona SSSR ›O svobodnom nacional'nom razvitii graždan SSSR, proživajuščich za predelami svoich nacional'no-gosudarstvennych obrazovanij ili ne imejuščich ich na territorii SSSR. Proekty zakona i postanovlenija, sravnitel'nye tablicy, prinjat na 3. sessii VS SSSR 15. Mai 1990g.« GA RF, f. R-9654, op. 7, d. 57)

lange in die Vergangenheit zurückreichende, kollektive »ethnische« Geschichte. Diese wurde in Schulbüchern erzählt, in Form von Monumenten bildhaft dargestellt und in Nationalmuseen, die mit den typischen Artefakten ausgestattet wurden, aufbereitet.¹²

Die institutionalisierten nationalen Kategorien strukturierten das Bewusstsein, informierten die Rhetorik und kanalisiert das politische Handeln, als durch die Perestrojka das System der Machtverteilung aus der alten Ordnung gebracht wurde. Weil sie allgegenwärtig und stark institutionalisiert waren, drängten sie sich als Mittel der Austragung von Machtkonflikten geradezu auf, schreibt Brubaker: »They [die institutionell verankerten nationalen Kategorien] made claims to national autonomy, sovereignty, and secession conceivable, plausible, and ultimately compelling.«¹³ Yuri Slezkine konstatiert, dass nach der Diskreditierung des Marxismus »the only language that remained was the well honed and long practiced language of nationalism.«¹⁴

Entlang der Grenzen der Verwaltungseinheiten (und nicht entlang von durch Pass oder Sprache festgelegten »ethnischen« Linien) zerfiel schließlich der sowjetische Staat.¹⁵ Die Grenzen blieben im Ergebnis trotz zahlreicher Konflikte zum großen Teil genau so, wie sie die sowjetische Administration gezogen hatte. Die neu entstandenen Staaten und parastaatlichen Formationen basieren fast ohne Ausnahme auf vorherigen Verwaltungseinheiten der Sowjetunion. In der »Parade der Souveränitäten« versuchten diese ihren Status zu verbessern: Oblaste wollten autonom (Sverdlovsk) werden oder sich gar zu autonomen Republiken (Krim) machen, zwei autonome Oblaste machten sich zur unabhängigen Republik und sind heute nicht-erkannte Staaten (Südossetien und Nagornyj-Karabach), autonome Republiken er-

12 Neben Martin, Slezkine und Brubaker zur ethnisierenden Funktionsweise der sowjetischen Nationalitätenpolitik auch: Hirsch, Francine: *Empire of Nations. Ethnographic Knowledge and the Making of the Soviet Union*, Ithaca 2005; Oswald, Nachfahren des Homo Sovieticus; Suny, Ronald Grigor: *The Revenge of the Past. Nationalism, Revolution, and the Collapse of the Soviet Union*, Stanford 1995; Suny, Ronald Grigor; Martin, Terry: *A State of Nations. Empire and Nation-Making in the Age of Lenin and Stalin*, Oxford; New York 2001.

13 Brubaker, *Nationalism Reframed*, S. 8.

14 Slezkine, *USSR as Communal Apartment*, S. 451.

15 Benedict Anderson stellte im Nachwort zu einer nach dem Zerfall der realsozialistischen Staaten erschienenen Auflage seines Klassikers »Imagined Communities« fest, dass »die Bruchlinien bemerkenswerterweise eher den von Lenin, Stalin und Chruschtschow geschaffenen territorial-administrativen Strukturen folgen als entlang konkurrierender Ethnien verlaufen« (Anderson, *Die Erfindung der Nation*, S. 214) und sieht seine zentrale These eines staatsgemachten Nationalismus darin bestätigt.

klärten sich für souverän (Tatarstan) und eine für unabhängig (Abchasien). Die Unionsrepubliken wurden zu den 15 anerkannten Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Die in diesen Institutionen national definierten Eliten nutzten die von der Sowjetunion bereitgestellte Mobilisierungsressource Nationalismus um die politisch-soziale Neuordnung durchzusetzen und um ihre Macht unter neuer Flagge zu erhalten.

Die einzige größere Ausnahme, in der eine neue (para-)staatliche Formation ohne vorhergehende Institutionen aus sowjetischer Zeit entstand, ist das Dnjestr-Tal.¹⁶ Die PMR-Gründung basierte nicht auf einer vorhergehenden sowjetischen Verwaltungseinheit. Dennoch hatten Ethnoföderalismus und Nationalitätenpolitik der UdSSR einen Einfluss auf die Separationsbewegung – sie war von einer besonderen Ausnahme in der sowjetischen Nationalitätenpolitik geprägt: dem Status des Russisch-Seins.

Russisch-Sein war anders, weil es implizit die Norm in der Sowjetunion war. Objekt der Nationalitätenpolitik waren diejenigen, die von dieser Norm abwichen – die »Anderen« – und nicht die Russen. So war auch die Russländische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik (*Rossijskaja Sovetskaja Federativnaja Socialističeskaja Respublika* – RSFSR) nicht die Heimat einer Titularnation (der Russen), sondern sie bestand vielmehr aus einer Vielzahl von autonomen Republiken und Gebieten nationaler Minderheiten und einem großen unmarkierten Rest.

Das »russische Element« war quasi überrepublikanisch, imperial,

because what was ›Russian‹ about the Soviet Union was diffused throughout its entire territory and (to a certain extent) its entire population. ›Russianness‹ could not be adequately expressed in or contained by a delimited national territory or a distinct personal nationality. ›Russianness‹ suffused the entire state; it was too big, too general to be encoded in the system of institutionalized nationality as one among many. Russianness, like ›whiteness‹ in the US, was in a sense invisible; it was experienced not as a particular nationality but as the general norm, the zero-value, the universal

16 Die Ausnahmen, an der neue Bürokratien nicht alte Sowjetbürokratien, neue Grenzen nicht alte innersowjetische Verwaltungsgrenzen sind, sind an einer Hand abzuzählen: Transnistrien erklärte sich zum unabhängigen Staat, ohne auf einer Verwaltungseinheit in der SU zu basieren. Die Tschetschenisch-Inguschetische ASSR spaltete sich in zwei Teile, sodass in der neuen autonomen Inguschetischen Republik eine neue Elite installiert werden musste. Die nicht anerkannte Republik Berg-Karabach (vormals autonome Republik in der Aserbaidschanischen SSR) hält einen schmalen Streifen ihrer vormaligen Mutterrepublik besetzt. Der Krieg zwischen Russland und Georgien 2008 hat auch die Territorien Südossetiens und Abchasiens in weitgehendem Einklang mit denen der vorherigen Autonomen Republik bzw. Autonomem Gebiet gebracht.

condition against which other nationalities existed as particular, and particularist, ›deviations‹.¹⁷

So blieben die folkloristisch-symbolische und auch die politische Ausstattung der RSFSR begrenzt. Für das Alltagsbewusstsein in der Sowjetunion (ganz zu schweigen vom »Russland«-Diskurs im »Westen«) war die RSFSR nur schwer von der UdSSR zu unterscheiden. Schon bei der Gründung der Sowjetunion 1922 machte die Moskauer Führung kurzer Hand einige der RSFSR-Institutionen zu Institutionen der UdSSR. Erst nach und nach wurden diese Organe für die RSFSR geschaffen – eine eigene Parteistruktur mit eigenem Zentralkomitee bekam sie gar nicht. Implizit waren also einige (Partei-)Organe der UdSSR auch die Organe der RSFSR.¹⁸

Der Anti-Nationalismus und der Anti-Imperialismus der *Bol'seviki* standen in einem strukturellen Widerspruch dazu, dass sie vom Zaren den Staat mit seinen »Verdrahtungen« (Benedict Anderson), Symboliken, Geschichtsbildern und seinem Territorium übernommen hatten.¹⁹ Uneingestanden war

17 Brubaker, *Nationalism Reframed*, S. 48 f. Diese Zuspitzung ist nicht als vollständige Entsprechung von *Russianness* und *Whiteness* misszuverstehen. Die Sowjetunion hatte niemals Rassensegregationsgesetze, wie sie in den USA bis in die 1960er Jahre existierten, und »Russianness« war in geringerem Maße an körperlichen Merkmalen oder qua Geburt festgeschrieben. Sie ließ sich in gewissem Maße auch erarbeiten. Dennoch gab es auch in der Sowjetunion ohne Zweifel eine Norm des Weiß-Seins und eine Diskriminierung aufgrund augenscheinlicher körperlicher Merkmale.

18 Hildermeier, Manfred: *Geschichte der Sowjetunion, 1917-1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates*, München 1998, S. 200-206; Oswald, Nachfahren des Homo Sovieticus, S. 33. Der praktische Grund für die Machthaber, keine parallelen republikanischen Parteistrukturen in Moskau aufzubauen, war, dass dem zentralen ZK der KPdSU dadurch ein mächtiger Konkurrent entstanden wäre. Vor allem waren die *Bol'seviki* aber grundsätzliche Gegner des zaristischen Kolonialismus und des »großrussischen Chauvinismus«. Deshalb machten sie nach der Revolution keine russisch-nationale Kulturpolitik und bauten keine russische Nationalrepublik, sondern nur eine schwache russländische Föderation innerhalb der Sowjetunion auf. Die *Bol'seviki* nahmen den großrussischen Nationalismus nicht nur als vom zaristischen Staat betriebene Politik, sondern auch als gesellschaftliches Problem wahr, das sich auch in den eigenen Reihen widerspiegelte. Martin zitiert Lenin dazu: »Scratch any Communist and you find a Great Russian chauvinist. [...] He sits in many of us and we must fight him.« (Martin, *Affirmative Action Empire*, S. 3)

19 Benedict Anderson macht darauf aufmerksam, dass das Territorium der Sowjetunion »eigenartig an das Zarenreich erinnerte« (zitiert aus der dt. Ausgabe: Anderson, *Die Erfindung der Nation*, S. 112). Die Grenzen der Sowjetunion waren fast die gleichen wie die des untergegangenen Imperiums, die alte Zarenmetropole Moskau wurde zur Hauptstadt der UdSSR und die KPdSU-Führung zog in die ehemalige Zarenfestung, den Kreml'. Die Revolutionäre erbten den Staatsapparat mit all

die gesamte Sowjetunion der »russländische Staat«: Nachfolger des Zarenreiches, mit Russisch als dominanter Sprache und Moskau als Zentrum. An diese »imperiale« und »unsichtbare« *Russianness* knüpften politische Bewegungen im Zerfall der Sowjetunion an und verbanden die sowjetische Rhetorik von Völkerfreundschaft und Internationalismus mit der Idee einer Verteidigung der russischen Sprache – so auch die pro-russländischen Separatismen auf der Krim und im Dnjestr-Tal.

Die Nomenklatura: Sowjetische Elitenrotation und -konkurrenz

Die zentrifugalen Bewegungen im Zerfall der Sowjetunion wurden von Akteuren angeführt, die bereits vor dem Wandel zu den gesellschaftlichen Eliten gehört hatten. Die nationalistischen Kampagnen von Führungskadern gegen die ehemaligen Kollegen stehen im Widerspruch zu einem häufig gezeichneten Bild vom sowjetischen Führungspersonal: ein einförmiger Personenkreis mit kommunistischen Überzeugungen in einer monolithischen Struktur.²⁰ Tatsächlich hatten Spezialisierungen zu unterschiedlichen Interessen, institutionelle Arrangements zu Widersprüchen und Karriere-seilschaften zu Gruppenbildungen in der Sowjetelite geführt. Neben diesen Gegensätzen waren die entstandenen Netzwerke und personalisierte Machtstrukturen wichtige Voraussetzungen für die Territorialkonflikte am Ende der UdSSR. Ohne das sowjetische Elitenrekrutierungs- und Gefolgschaftsmodell sind die nationalistischen Mobilisierungen von 1989/91 in dieser Form nicht vorstellbar.

Die Elitenrekrutierung in der Sowjetunion funktionierte nach einem streng hierarchischen *top-down*-System. Die oberen Parteistrukturen entschieden über die Besetzungen in untergeordneten Parteistrukturen ebenso wie über die Führungspositionen in wichtigen Betrieben und Ministerien.

seinen »Verdrahtungen« (»the wiring of the old state«, Anderson, Benedict: *Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*, London; New York 1991, S. 160): Funktionäre, Akten, Archive, Gesetze, Statistiken, Karten, Verträge usw. Durch dieses Erbe tradierten sich zahlreiche Verwaltungspraktiken, Ideen und institutionelle Diskurse des Zarenreiches, sprich Russlands, in die Sowjetunion – darunter nicht zuletzt der offizielle russländisch-russische Nationalismus, gegen den die Bol'seviki eigentlich zu Felde gezogen waren.

20 »The Soviet elite was monolithic in nature«, schreiben Stephen White und Olga Krishtanovskaia. Sie verweisen darauf, dass die Ernennungen auf Spitzenpositionen von der Partei abgeseget werden mussten – die Funktionsträger hätten deshalb die Ideen des »Kommunismus« und des »Marxismus-Leninismus« internalisiert. White, Stephen; Krishtanovskaia, Olga: *From Nomenklatura to New Elite*, in: Slapentokh, Vladimir (Hg.), *The New Elite in Post-Communist Europe*, College Station, Texas 1999, S. 27-52, S. 30.

Als »Nomenklatura« wurde eine Liste derjenigen Positionen in der Hierarchie bezeichnet, deren Neubesetzung durch ein höherstehendes Parteiorgan »bestätigt« – de facto entschieden – werden musste.²¹ Auf der Nomenklatura des zentralen Politbüros standen Positionen wie die Ersten Sekretäre der ZKs der Republiken und Gebiete, die All-Unionsminister oder die Direktoren der wichtigsten Industriebetriebe. Die Sekretariate des ZK, die parallel zu den Ministerien in Ressorts aufgeteilt waren, beaufsichtigten die Postenvergabe in ihrem jeweiligen Bereich, unter anderem in den jeweiligen Betrieben. Diese Nomenklaturen gingen hinunter bis zu den primären lokalen Parteiorganisationen, die die Postenvergabe im kommunalen Bereich und bei lokalen Betrieben bestätigten.²²

Auf jeder Verwaltungsebene (Union, Republik, Oblast bzw. Gebiet, Stadt, Rayon bzw. Bezirk) gab es eine dreiteilige Struktur bestehend aus dem Sowjet mit einem Exekutivkomitee, der Parteiorganisation mit einem Parteikomitee (ZK in Union und Republiken, auf städtischer Ebene das *gorkom*, auf Bezirksebene Rayon – Stadtbezirk bzw. Landkreis – *rajkom*), und den Wirtschaftsbetrieben und Organisationen. Die Funktionsträger in diesen Institutionen wechselten schnell ihre Posten zwischen Partei, Staat und Wirtschaft. Dieses Rotationsmuster schuf auf lokaler Ebene ein dichtes Eliten-Netzwerk. Einige der hohen Positionen waren mit anderen Ämtern verknüpft. So saß der Chef des Exekutivkomitees des Sowjets (also der Chef der Stadtverwaltung) im städtischen Komitee der Partei. Im städtischen Sowjet, sozusagen dem Stadtrat, waren die führenden Direktoren aus der Wirtschaft vertreten. In landwirtschaftlich geprägten Regionen hatten Kolchosvorsitzende, in industriell geprägten Städten Industriebetriebsdirektoren gewichtigen Einfluss auf politische Entscheidungen. Karrieren, die über die lokale Ebene hinausgingen, führten zwischenzeitlich nach Moskau oder andere Teile der Sowjetunion, und hohe Positionen in Politik und Industrie der Provinz konnten auch von außen besetzt werden.²³

Die aus der Rotation entstehende elitäre Geschlossenheit verhinderte aber nicht, dass verschiedene Spaltungslinien entstanden. Innerhalb des Nomenklatura-Verfahrens konnten sich beispielsweise die für Personalpolitik zuständigen ZK-Sekretäre Seilschaften aufbauen, die mit anderen Netzwerken um Posten und Einfluss konkurrierten. Das System der Ämtervergabe

21 Bei dem regionalen Parteimeeting musste ein Vertreter des höherstehenden ZKs anwesend sein, auf die Einhaltung der Regeln achten und sicherstellen, dass die richtige Person zum 1. Sekretär gewählt wird. (Hill, *Soviet Political Elites*, S. 23-25)

22 White u. Krishtanovskaja, *From Nomenklatura to New Elite*, S. 31.

23 Hill, *Soviet Political Elites*, S. 72-83; Hough, Jerry: *Soviet Leadership in Transition*, Washington DC 1980, S. 76-77.

trennte zwar kaum zwischen Politik und Wirtschaft, dafür aber stark nach Wirtschaftszweigen. Die Sekretariate der Parteikomitees und die Posten in den Branchenministerien gingen an Personen, die in dem jeweiligen Bereich Berufserfahrung hatten. Ministerrotationen wie in den repräsentativ-demokratischen westlichen Staaten mit einer Ressortvergabe völlig ungeachtet der beruflichen Qualifizierung waren in der Sowjetunion nicht üblich. In Regionen mit dominanten Industrien stiegen vorrangig Spezialisten dieser Branche auf – auch in politische Ämter. So konnten Machtgruppen entstehen, die sich auf politisch-industrielle Komplexe stützten und auf Unionsebene eng vernetzt waren, aber andererseits auch territoriale, politisch definierte Hochburgen hatten.²⁴

Ein zentraler Gegensatz, den auch die sowjetische Forschung bereits ausgemacht hatte, ist der einer »vertikalen und horizontalen« Einbindung von Funktionären der Wirtschaftsbürokratie. Die wichtigen Industriebetriebe unterstanden einem der All-Unionsbranchenministerien in Moskau. Betriebsdirektoren der Großbetriebe hatten also Angestellte von Moskauer Ministerien zu Vorgesetzten und standen so in der vertikalen Machthierarchie der Wirtschaftsbürokratie. Gleichzeitig hatte aber die lokale Parteiführung auch grundsätzlich eine Verantwortung für die Performanz der Wirtschaft in ihrem Territorium. Dem Ersten Sekretär des ZK des Gebiets oblag es, sich in die Politik des Unternehmens einzumischen, um die Planerfüllung sicherzustellen und bei sich abzeichnenden Misserfolgen einzugreifen. Der Parteisekretär hatte »progressiv« zu agieren und versuchte es zu vermeiden, sich den Vorwurf der Tatenlosigkeit einzuhandeln. Die Einmischung durch Parteistrukturen bezeichneten die sowjetischen Experten als »vertikale Ebene« der Wirtschaftsführung, die Parteiorganisation war für alle Betriebe in ihrem Gebiet mitverantwortlich.²⁵

Konnte die Einflussnahme, wenn das Unternehmen reibungslos funktionierte, begrenzt bleiben, so reichte sie unter Umständen bis zur Übernahme produktionsnaher Aufgaben wie der Materialbeschaffung. Dabei half der Parteiführung ihre Vernetzung in der Parteihierarchie. Die Macht

24 Gregory, Paul R.: *Restructuring the Soviet Economic Bureaucracy*, Cambridge 1990, S. 50; Hough, *Soviet Leadership*, S. 67, 76-77; Hough, Jerry: *Democratization and Revolution in the USSR 1985-1991*, Washington DC 1997, S. 86-94.

25 Grossman, Gregory: *The Party as Manager and Entrepreneur*, in: Guroff, Gregory; Carstensen, Fred V. (Hg.), *Entrepreneurship in Imperial Russia and the Soviet Union*, Princeton 1983, S. 284-305; Lewikow, Alexander: *Wer leitet den Betrieb in der UdSSR?* Moskau 1981; Rüesch, Andreas: *Staatsbetrieb, Wirtschaftsreform, Kampf der Interessen. Die Bedeutung der Unternehmensdirektoren und der »Industrielobby« in der Sowjetunion und in Russland nach der Wende*, Sinsheim 1996, S. 46-47.

höherer Parteikader war die Grundlage der parteilichen Einmischung in die Unternehmenspolitik, rechtlich-institutionell waren die Parteisekretäre der Betriebsleitung keineswegs übergeordnet. In der Kommunikation nach außen wurde das Bild einer konfliktfreien gemeinsamen Führung der Wirtschaft durch Partei, Betriebsleitungen, Ministerien und Planungskomitees gezeichnet.²⁶

Tatsächlich gab es zahlreiche widerstreitende Interessen. Gegenüber der Planungsbehörde verheimlichte der Betriebsdirektor nach Möglichkeit Produktionskapazitäten, um eine leichter erfüllbare Norm verordnet zu bekommen. Parteistrukturen arbeiteten beständig an einer Ausweitung ihres Einflusses auf die betrieblichen Abläufe, für deren Resultate sie zur Rechenschaft gezogen wurden, ohne dass sie einen geregelten Zugriff darauf gehabt hätten. Bei der Postenvergabe versuchte die örtliche Parteiführung »ihre« Kandidaten durchzubringen, um mehr Kontrolle zu haben, wohingegen die Wirtschaftsbürokratie aus Ministerien und Betriebsleitungen eine Personalpolitik nach Brancheninteressen bevorzugte.

Im Verlauf der Perestrojka wurde für den einzelnen Funktionär die Frage, in welcher Machtsäule – Partei, Wirtschaft oder Staat – er stand, zentral, da die Reformen das überkommene System der Elitenrotation in Frage stellten. Durch den Machtverlust der Partei verloren vor allem die vormaligen absoluten Spitzenpositionen (z. B. Erster Sekretär des Parteikomitees) rapide an Bedeutung. Die höchsten Parteifunktionäre versuchten also mit den Wahlen zu den Republik- und lokalen Sowjets Staatsämter (vor allem: Vorsitzender des Obersten Sowjets)²⁷, die einen erheblichen Machtzuwachs erfuhren, zu bekommen. Zahlreiche Spaltungslinien trugen also zu Gruppenbildungen

26 Gregory, *Restructuring the Soviet Economic Bureaucracy*, S. 142.

27 Mehrere (Erste) Sekretäre von Zentralkomitees der KP auf Republikebene machten um 1990 herum den Schritt vom Partei- zum Staatsamt. Sie wurden meist zunächst Vorsitzende des Obersten Sowjets der Republik, um dann zum Präsidenten des neu gegründeten Staates aufzusteigen: Nursultan Nazarbaev in Kasachstan, Saparmyrat Nyýazow in Turkmenistan, Islam Karimov in Usbekistan, Édouard Šewardnadze in Georgien, Algirdas Brazauskas in Litauen. Auch Gorbačëv machte diese Karriere vom Generalsekretär der Partei über den Sowjetvorsitz zur Präsidentschaft, aber das von ihm zu regierende Land ging dabei verloren. Mit Leonid Kravčuk wurde in der Ukraine der Zweite Sekretär des ZK Parlamentsvorsitzender und dann Präsident. (Motyl, Alexander J.: *The Conceptual President: Leonid Kravchuk and the Politics of Surrealism*, in: Colton, Timothy J.; Tucker, Robert C. (Hg.), *Patterns in Post-Soviet Leadership*, Boulder 1995, S. 103-121, S. 108-110; Senn, Alfred Erich: *Post-Soviet Political Leadership in Lithuania*, in: Colton u. Tucker, *Patterns in Post-Soviet Leadership*, S. 123-140; Suny, Ronald Grigor: *Elite Transformation in Late-Soviet and Post-Soviet Transcaucasia, or What Happens When the Ruling Class Can't Rule?* In: Colton u. Tucker, *Patterns in Post-Soviet Leadership*, S. 141-167)

innerhalb der Sowjetelite bei, die dann beim Zusammenbruch des Systems in offene Konflikte mündeten. Innerbetrieblich jedoch sollte der Betriebsdirektor nach sowjetischen Vorstellungen durchaus ein Alleinherrscher sein.

Machtverhältnisse im Betrieb: Patron und Klient

Einige der führenden Figuren in einigen der Zerfallskonflikte der Sowjetunion waren (ehemalige) Betriebsdirektoren. Wie war es möglich, dass Wirtschaftsmanager ihre Macht in neue Positionen als Staatspräsidenten oder Warlords umwandelten? Dieser Transfer war in den sowjetischen Betriebsstrukturen angelegt. Die Norm der »Ein-→Mann-→Führung« (*Edinonačalie*) und die allumfassende Rolle von Betrieben für die Versorgung ihrer Angestellten begründeten ein klientelistisches Verhältnis zwischen Betriebsleitern und Arbeitern. Betriebe nahmen in der Sowjetunion als »teil-autarke Minigesellschaften« eine »gebietsbildende Funktion«²⁸ ein. Diese politisch-ökonomischen Strukturen lagen einigen der separatistischen Bewegungen 1989/91 zugrunde.²⁹

Der sowjetische Betriebsdirektor sollte vor allem eins sein:

[T]he one-man boss of the enterprise. The edinonačal'nik manager is supposed to be a strong, independent figure who makes the enterprise decisions.³⁰

So beschreibt Paul R. Gregory die mächtige Position des Betriebsleiters im sowjetischen Unternehmen. Das Normensystem der Sowjetunion schrieb die »Ein-Mann-Führung« in der Wirtschaft als Leitungsmodell fest. Die jeweiligen Leiter von Betrieben und Betriebsabteilungen waren nur gegenüber ihrem Vorgesetzten rechenschaftspflichtig, nicht gegenüber Gleichgestellten aus anderen Bereichen oder gar gegenüber Untergebenen. Die General-

28 Aigner, Josef Dietmar: Reformbestrebungen und Zerfall des sozio-ökonomischen Systems der Sowjetunion (1980 bis 1994). Analyse und Kritik des Transformationsprozesses unter besonderer Berücksichtigung des Sektors der Eisen- und Stahlindustrie, Linz 1999, S. 68.

29 Igor' Smirnov wurde Präsident der neu gegründeten PMR, in Azerbaijan war der Textilfabrikdirektor Surat Husseinov einer der wichtigsten Feldkommandeure, der kurzzeitig die Macht an sich reißen konnte. Die eindrucklichste Geschichte stammt nicht aus der Sowjetunion, sondern aus Ex-Jugoslawien. Fikret Abdić, Vorsteher eines Konzerngeflechts namens *Agrokomerc*, rekrutierte Teile seiner Belegschaft für eine Art Privatarmee. Mit Hilfe dieser Machtbasis rief er die »Autonome Provinz Westbosnien« aus und kämpfte gegen die reguläre bosnische Armee. (Bougarel, Ökonomie des Bosnien-Konflikts, S. 205-206; O'Shea, Brendan: Crisis at Bihać: Bosnia's Bloody Battlefield, Stroud 1998, S. 15-32)

30 Gregory, Restructuring the Soviet Economic Bureaucracy, S. 129.

direktoren wichtiger Betriebe unterstanden den Branchenministerien auf Unions- oder Republikenebene. In einigen Wirtschaftszweigen waren die einzelnen Unternehmen zu industriellen »Vereinigungen« (*ob'edinenie*) zusammengefasst. In diesem Fall stand zwischen dem Betriebsleiter und der Ministerialbürokratie noch der Chef der Vereinigung als direkter Vorgesetzter.

Die Betriebe wiederum waren unterteilt in drei Ebenen von Produktionseinheiten: Fabrik/Werk (*zavod*), die »Zeche«/Werksabteilung (*cech*) und auf unterster Ebene »Brigaden«. Auf jeder Ebene gab es einen Leiter oder eine Leiterin (*načal'nik*), der/die nach dem Prinzip der Ein-Personen-Führung weisungsbefugt war. Im Austausch gegen Gehorsam setzte sich der unmittelbare Vorgesetzte für seine Untergebenen gegenüber höheren Instanzen ein. Untergebene und der Chef der einzelnen Produktionseinheit bildeten einen Bund der Gegenseitigkeit, eine verschworene Gemeinschaft, eine Wir-Gruppe. Das Verhältnis zum Vorgesetzten konnte kumpelhaft sein, ein lockerer Umgangston und Kameraderie waren üblich, ohne dass die Hierarchien in Frage gestellt wurden. Das zentrale Sanktionsinstrument waren nicht Rauswurf oder Lohnkürzung, sondern der »Rüffel«. ³¹ Für Untergebene war es unüblich, am direkten Vorgesetzten vorbei zu agieren. Das sowjetische Unternehmen bestand also aus vielen kleinen Einheiten, informell eng zusammengeschweißten Gruppen, die voll auf ihren Vorsteher konzentriert waren und nur in geringem Maße horizontal integriert waren. Der gängige Weg der Interessensartikulation eines Arbeitskollektivs lief also über den Leiter des Kollektivs. ³²

Die zentrale Figur in dieser Machthierarchie war der Direktor des Betriebs. Ein »guter« sowjetischer Generaldirektor kombinierte ein Regiment eiserner Disziplin mit dem Image eines allseits präsenten und ansprechbaren Chefs. Er war ein »walk-around, a face-to-face manager« ³³, der sich um die Belange der Arbeiter in seiner Fabrik kümmerte. Gegenüber höheren Instanzen, von denen er Direktiven empfing, bestand das gemeinsame Interesse von Betriebsleiter und Arbeitern, die Planvorgaben maßvoll zu halten, und Bonuszahlungen für Planüberfüllung zu erreichen.

31 Ebd., S. 63.

32 Lawrence, Paul R.; Vlachoutsicos, Charalambos A.: Behind the Factory Walls. Decision Making in Soviet and US Enterprises, Boston 1990, S. 65-80. Lawrence und Vlachoutsicos schrieben ihr Buch in der Umbruchphase, um potentiellen US-Investoren die innere Funktionsweise der sowjetischen Unternehmen näherzubringen. Dabei ist eine Betriebsanthropologie entstanden, die die Modi von Herrschaft und Gefolgschaft in den Betrieben der SU nachvollziehbar macht.

33 Ebd., S. 78.

Die unumschränkte Macht des Direktors gegenüber der Belegschaft wurde durch das Prinzip der »kollektiven Führung«³⁴ gleichzeitig beschränkt und untermauert. Parteistrukturen außerhalb und innerhalb des Betriebs kontrollierten die Aufgabenerfüllung durch den Leiter, fungierten aber auch als Antreiber der Arbeiter zu Produktivitätssteigerungen und höheren Arbeitsleistungen. Innerhalb des Betriebs übte auch die Gewerkschaftsorganisation eine kontrollierende Funktion gegenüber dem Leiter aus, das tat sie jedoch ebenfalls gegenüber den Beschäftigten. Sie handelte den Kollektivvertrag für die Belegschaft mit der Betriebsleitung aus, während sie gleichzeitig unter den Arbeitern *commitment* für die von oben gestellten Aufgaben herzustellen und Betriebsdisziplin durchzusetzen hatte. Die kollektiven Führungen aus örtlichem Parteisekretär, Ministeriumsfunktionären und Betriebsleiter, ebenso wie das innerbetriebliche Triumvirat aus Direktor, (betrieblichem) Partei- und Gewerkschaftssekretär waren zusätzliche Transmissionsriemen der Herrschaft der Betriebsleitung, auch wenn ihre Kompetenzen gleichzeitig in begrenztem Maß eine Konkurrenz zur Alleinherrschaft des Direktors bedeuteten.³⁵

Die zentralen Reformen der Perestrojka stärkten nun die Eigenständigkeit der Betriebe, schwächten damit die Macht der KP und öffneten Wege zur Desintegration der Staatswirtschaft. Die Perestrojka-Politiker versuchten, die in der Theorie sowjetischer Wirtschaftslenkung eigentlich vorgesehene, aber tatsächlich kaum existente betriebliche Demokratie zu stärken. Der Entscheidungsprozess im sowjetischen Betrieb bestand aus verschiedenen Phasen. Nachdem der Direktor die Ziele definiert hatte, gab es eine Phase der offenen Diskussion auf allen Hierarchieebenen, auch unter den Arbeitern, und im Anschluss die Möglichkeit, Vorschläge einzureichen – von ganz unten nach ganz oben. Die Entscheidung traf dann jedoch wiederum der Betriebsleiter und die Untergebenen implementierten mit gewachsenem *commitment* die scheinbar kollektiv erarbeitete Entscheidung.³⁶

Konsequente Fortführung dieses inkorporierenden Gefolgschaftsmodells war die gesetzliche Einführung der Wahl von Kollektivleitern auf allen Ebenen mit dem neuen (Staats-)Unternehmensgesetz im Jahre 1987. Vom Brigadeleiter bis zum Generaldirektor sollten alle Funktionsträger per Wahl bestimmt werden. Zudem wählten die Angehörigen jeder Produktionseinheit einen »Rat des Arbeitskollektivs« (*Sovet trudovogo kollektiva* – STK). Jedoch

34 Ebd., S. 67.

35 Godson, Joseph: The Role of the Trade Unions, in: Schapiro, Leonard; Godson, Joseph (Hg.), *The Soviet Worker. From Lenin to Andropov*, New York 1984, S. 108-134; Grossman, *Party as Manager*.

36 Lawrence u. Vlachoutsicos, *Behind the Factory Walls*, S. 77-80.

mussten die Neubesetzungen weiterhin von den höheren Instanzen abgesegnet werden. Je nach Bedeutung und konkreter Situation wurden die Kandidaten oft direkt von oben ausgewählt. Die »Räte des Arbeitskollektivs« standen in den meisten Fällen unter dem direkten Einfluss des Betriebsdirektors, der in vielen Fällen auch Vorsitzender des Rates war. Die Implementierung des Gesetzes ging noch dazu langsam vonstatten, und 1989 war in vielen Betrieben der Direktor noch nicht per Wahl legitimiert worden. Dass die STK tatsächlich zu einem eigenständigen Machtfaktor wurden und die innerbetriebliche Demokratie und die Position der Arbeiter stärkten, blieb die Ausnahme. Im Normalfall verlieh der Rat der Autorität des Direktors eine neue pseudo-demokratische Legitimität, die sich nicht auf die zu dieser Zeit abnehmende Autorität der Partei stützte, sondern von den Betriebsangehörigen kam. Die Neuregelung stärkte somit in den meisten Fällen die Alleinherrschaft des Direktors über den Betrieb und nicht die innerbetriebliche Demokratie.³⁷

Die Autorität des Direktors gegenüber den Arbeitern basierte auch auf materiellen Grundlagen. Zwar war der Lohn vergleichsweise geringfügig und »Arbeitslosigkeit« stellte ein Szenario mit begrenztem Drohpotential dar, aber der Betrieb bestimmte trotzdem weitgehend den Lebensstandard seiner Angehörigen. Die Betriebsorganisation der Gewerkschaft verwaltete das Urlaubsressort, größere Betriebe versorgten die Arbeiter mit Wohnungen. 50 Prozent des Wohnungsbestands der RSFSR 1977 waren in Hand von Betrieben.³⁸ Viele Großbetriebe hatten eigene Landwirtschaftseinheiten und produzierten selbst Lebensmittel zur Versorgung der eigenen Angestellten.

Der Betrieb war die

oberste Versorgungsinstanz, über dessen Grenze die Mitglieder, nicht zuletzt wegen der Größe und auch der politischen Macht der über die jeweiligen Produktionsmittel verfügenden Betriebe kaum hinaus blickten.³⁹

Diese Konstellation war die Grundlage dafür, dass Betriebsleitungen in der Phase des Zerfalls des sowjetischen Staates Belegschaften für ihre politischen Projekte mobilisieren konnten.

37 Christensen, Paul Thomas: *Russia's Workers in Transition. Labor, Management, and the State under Gorbachev and Yeltsin*, Dekalb 1999, S. 37-54.

38 Aigner, *Reformbestrebungen*, S. 79.

39 Ebd., S. 80.

2. Ökonomische Bedingungen: Wirtschaftsstrukturen und postsozialistische Transformation in den Regionen

Dass die Ökonomie eine zentrale Rolle für das Entstehen und Andauern interner Territorialkonflikte spielt, ist unbestritten. Was für eine Rolle das ist und welche Aspekte aus welcher Perspektive dabei zu betrachten sind, diese Fragen finden in der Forschung vielfältige Antworten. Forscher mit makroökonomischer Perspektive haben versucht zu messen, ob sich eher reiche Landesteile von ärmeren Staaten oder eher ärmere Landesteile von im Durchschnitt reicheren Staaten abspalten. Manche Studien haben eine »ethnische« Arbeitsteilung zur Grundlage von internen Bürgerkriegen erklärt.⁴⁰ Ökonomen haben ausgerechnet, wie sich die Abhängigkeit von Staaten vom Ölexport auf die Wahrscheinlichkeit eines Bürgerkriegs auswirkt.⁴¹ Andere Arbeiten betonen die Rolle wirtschaftlicher Krisen bei der Entstehung bzw. der Eskalation von Separatismus, nationalistischer Gewalt und Bürgerkrieg.⁴² Stärker auf die Akteure fokussierte Forschungsarbeiten machen die Wirtschaftsinteressen einer Elite als zentrale Triebkraft von Konflikten aus.⁴³ Ansätze, die den Blick eher auf die Mikrostrukturen richten, fragen weniger nach den Ursachen der Konflikte als nach ihren Entstehungs- und Existenzbedingungen: Beispielsweise werden dort die ökonomischen Reproduktionsbedingungen einzelner Kollektivakteure (bewaffneter Gruppen) betrachtet.⁴⁴ Die vorliegende Arbeit untersucht, unter anderem, betriebliche Machtverhältnisse als Grundlage einer separatistischen Mobilisierung. Das folgende Teilkapitel wendet sich jedoch zunächst der regionalen (Makro-) Ebene zu und rekonstruiert die regionale Gesamtlage. Was für eine Ökonomie hatten also die Krim und das Dnjestr-Tal, in welchem Maße waren sie in die Sowjetwirtschaft eingebunden und von deren Krise betroffen? Was waren die Folgen für den Lebensstandard der Bevölkerung?

40 Z. B. Horowitz, *Ethnic Groups in Conflict*.

41 Collier u. Hoeffler, *Greed and Grievance*, S. 16.

42 Z. B. Baev, *Civil Wars*, S. 129-130.

43 Z. B. Troebst, *Separatistischer Regionalismus*.

44 Z. B. Schlichte, *Shadow of Violence*. Viele Arbeiten kombinieren die verschiedenen Perspektiven, z. B.: Zürcher, *Post-Soviet Wars*, S. 4-5. Eine Zusammenfassung von Kriegstheorien, die die Ökonomie ins Zentrum ihrer Überlegungen stellen, bei: Brzoska, Michael: *Ökonomische Kriegstheorien*, in: Jäger, Thomas; Beckmann, Rasmus (Hg.), *Handbuch Kriegstheorien*, Wiesbaden 2012, S. 96-104.

Dnjestr-Tal

Die Städte des Dnjestr-Tals waren zum Zeitpunkt der separatistischen Mobilisierungen geprägt von einer starken Industrie. Die sowjetische Wirtschaftspolitik konzentrierte in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die 1980er Jahre ihre Investitionen in der Moldauischen SSR auf Tiraspol', Rybnica und Bendery. In den Industriestädten am Dnjestr entstanden Betriebe der Schwarzmetallurgie, des Maschinenbaus, des Werkzeugbaus, der Herstellung von Baumaterialien und von Gütern des Industriebedarfs. Daneben waren aber auch Betriebe der Leichtindustrie aus den Branchen der Lebensmittelherstellung, der Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Produkte und der Textilindustrie von großer Bedeutung. Die Betriebe der Region des Dnjestr-Tals erwirtschafteten 40 Prozent des Bruttosozialprodukts und produzierten ein Drittel des Industrieausstoßes der MSSR, während die Region nur ca. 16 Prozent der Einwohner zählte und 12 Prozent der Fläche ausmachte.⁴⁵

Die Region am Dnjestr war jedoch nicht nur der wirtschaftlich stärkste Teil innerhalb der Moldauischen Sozialistischen Sowjetrepublik (MSSR), sondern sie war auch in besonderer Weise in die SU-weiten Produktions- und Distributionsprozesse eingebunden. Gussstahl, Werkzeugmaschinen und Baustoffe, aber auch Bekleidungsstücke stellten die Betriebe in Tiraspol', Rybnica und Bendery für die gesamte Sowjetunion her. Für Rohstoffe, Energie und Maschinen waren die Betriebe von Zulieferungen aus der restlichen Sowjetunion abhängig. Die Schwerindustriebetriebe waren, anders als die Fabriken der Leichtindustrie, innerhalb der Wirtschaftsbürokratie direkt Moskauer Ministerien unterstellt. Diese entschieden auch über die Besetzung des Managements. Zusätzlich sorgten die massiven Industriensiedlungen zwischen den 1950er und 1980er Jahren für eine starke Arbeitsmigration aus anderen Teilen der Sowjetunion, sodass sich in den Städten eine vorrangig russischsprachige Industriearbeiterschaft herausbildete. Der restliche Teil der MSSR dagegen blieb von der Landwirtschaft und der damit zusammenhängenden weiterverarbeitenden Industrie dominiert. Diese ökonomisch unterschiedlichen Entwicklungen zwischen den beiden Teilen der MSSR und die Einbindung der Industrie der Städte des Dnjestr-Tals in die sowjetische Wirtschaft(sbürokratie) sehen einige Forscher als eine der zentralen Ursachen des Dnjestr-Separatismus an.⁴⁶

45 Troebst, Separatistischer Regionalismus, S. 186.

46 Büscher, Staatlichkeit Transnistriens, S. 233; Dumbrava, Vasile; Cașu, Igor: Die Moldauische Sozialistische Sowjetrepublik (1944-1991), in: Bochmann, Klaus u. a. (Hg.), Die Republik Moldau – Republica Moldova. Ein Handbuch, Leipzig 2012,

Zweifellos gehören die industriellen Strukturen zu den zentralen Voraussetzungen des Dnjestr-Separatismus, direkt ableiten lässt sich das politische Handeln aus diesen Voraussetzungen jedoch nicht. Je nach Betrachtungsweise lassen sich die genannten Ursachen des Separatismus am Dnjestr relativieren: Die größten Industriezentren der MSSR waren nicht Tiraspol' oder Rybnica, sondern die westlich des Dnjestr gelegenen Chişinău und Bălţi. Die größten Betriebe der Rüstungs- und Schwerindustrie der MSSR lagen in diesen Städten und auch sie unterstanden direkt Moskauer Ministerien. Auf Zulieferer und Abnehmer in der restlichen Sowjetunion waren sie ebenfalls angewiesen. Russisch war auch in diesen Städten die dominante Sprache im Allgemeinen und die Sprache der industriellen Produktion im Besonderen. Im Sommer 1989 waren zahlreiche Betriebe in diesen Städten an den Streikmobilisierungen beteiligt. Andersherum unterschieden sich die Dörfer und Kleinstädte auf dem heutigen Gebiet der PMR in ihrer Wirtschaftsstruktur kaum von den ländlichen Gebieten auf der anderen Seite des Dnjestr. In der Landwirtschaft hatte wegen des relativ milden Klimas am südwestlichen Ende der Sowjetunion auch im östlichen Dnjestr-Tal der Obst- und Gemüseanbau eine überdurchschnittliche Bedeutung. In den Kleinstädten verarbeiteten Betriebe die landwirtschaftlichen Rohprodukte weiter und konservierten sie oder produzierten die letztendlichen Konsumgüter.⁴⁷ Aus den wirtschaftlichen Strukturen wie aus den Zahlen des Bruttosozialprodukts lassen sich also Entstehen und Verlaufsform des Dnjestr-Separatismus nicht unbedingt ablesen, auch wenn sie den Kontext oder die soziale »Basis« dieser Mobilisierungen bildeten.

Zu den durch die sowjetische Wirtschaftspolitik entstandenen Spezifika in der Industrialisierung kamen weitere entscheidende Voraussetzungen hinzu: Die ökonomischen Folgen der Perestrojka und des Zerfalls der Sowjetunion – die Transformationskrise – prägten jegliches politische Handeln in beiden Regionen. War bereits die Liberalisierungspolitik Gorbačëvs eine Reaktion auf die wirtschaftliche Stagnation in der UdSSR gewesen, so eskalierte die Krise mit dem Zerfall der UdSSR umso mehr. Bis zu diesem wirtschaftlichen Einbruch ab 1992 hielten die Betriebe ihre Arbeitskräfte weitgehend, der Staat kam für die überschuldeten Betriebe auf, fungierte als zentraler Produktabnehmer und hielt so die Nachfrage aufrecht. Die Refor-

S. 98-108, S. 101-102; Hanne, Transnistrien-Konflikt, S. 10-11; Troebst, Separatistischer Regionalismus, S. 186.

47 Zur Wirtschaft der MSSR: Hill, Ronald J.: The Moldovan Economy. From »Model« to »Crash«, in: Haynes, Rebecca (Hg.), Moldova, Bessarabia, Transnistria, London 2003, S. 163-181, S. 163-165; Prohniţchi, Valeriu: Wirtschaft – Industrie, in: Bochmann, Klaus u. a. (Hg.), Die Republik Moldau – Republica Moldova. Ein Handbuch, Leipzig 2012, S. 437-442.

men von 1987 und 1990 hatten aber die Voraussetzungen des Wirtschaftens verändert. Die Einführung der »eigenständigen Rechnungsführung« der Betriebe, die dadurch zu Unternehmen wurden, die Umstellung vom Plan zur »staatlichen Nachfrage« und die Neubestimmung, dass einzelne Betriebe über die Staatsbestellung hinaus produzierte Güter gegen Devisen auf dem Weltmarkt absetzen durften, änderte die Logik des Verhältnisses zwischen den Betriebsleitern und der Arbeitskraft.⁴⁸ Die Betriebsleiter hatten nun ein Interesse daran, Kosten zu sparen und damit auch die Löhne zu drücken. Die Möglichkeit, Devisen zu erwirtschaften, schwächte gleichzeitig die Produktion für den staatlich organisierten Konsumgütermarkt, da die dort erzielten Gegenleistungen in sowjetischen Rubel einen geringen Wert hatten. Folge all dessen war, dass das Lebensniveau der Arbeiter erheblich sank und sie von Arbeitslosigkeit bedroht waren. Ab 1990 wurde in den Betrieben öffentlich über anstehende Massenentlassungen diskutiert. Die Zeitgenossen hatten also durchaus eine Ahnung, was sie bei weiteren Liberalisierungsschritten erwarten würde.⁴⁹

Gegenüber anderen Regionen in der Sowjetunion und insbesondere im Vergleich mit der restlichen MSSR kam der wirtschaftliche Einbruch in den Industriestädten am Dnjestr etwas verzögert. Vor der Mitte der 1990er Jahre setzte aber auch hier eine massive Rezession ein. Dass die ökonomischen Verbindungen innerhalb der Sowjetunion durch neue Staatsgrenzen unterbrochen wurden und dass der große Markt RSFSR sich durch die Krise ebenfalls drastisch verkleinerte, traf die Betriebe in der Dnjestr-Region hart. Der Kurzkrieg im Frühsommer 1992 zerstörte Produktionsanlagen und Infrastruktur und außerdem band die Kriegsmobilisierung wichtige Investitionsressourcen. Zusätzlich erlebte die Region ab 1991 einen drastischen Mangel in der Geldversorgung. Die neue Regierung war gezwungen, die Rubelzone zu verlassen. Zunächst wurden alte sowjetische Scheine mit einem Stempel versehen, ab 1994 gab die Regierung eine eigene Währung namens *Suworovka*⁵⁰ heraus. Der Wert dieser Coupons sank bis 1995 drastisch. Massenarbeitslosigkeit, Inflation und die Entwertung der Währung sorgten für einen dramatischen Kaufkraftverlust der Lohnabhängigen. Betrag der Durchschnittslohn bereits 1994 nur noch umgerechnet 23 US-Dol-

48 Zum Gesetz »Über den Staatsbetrieb«: Vneshtorgizdat Moskau: Wirtschaftshandbuch der UdSSR, Moskau 1989, S. 8-10.

49 Zu den Folgen der Wirtschaftskrise in den Betrieben und zu den Diskussionen in den Betrieben darüber, siehe Kapitel III.6.: Die Fabrik als Raum der Mobilisierung.

50 Benannt nach dem General Aleksandr Suworov, der Ende des 18. Jahrhunderts die Armee des Zarenreiches führte, die das Gebiet des heutigen Moldova eroberte.

lar, so sank er im Jahre 1995 auf 7 bis 10 Dollar – die Hälfte des offiziellen Existenzminimums.⁵¹

Die Wirtschaftspolitik der PMR-Regierung in den 1990er Jahren privatisierte und liberalisierte die Wirtschaft vergleichsweise langsam. Das tat sie aber keineswegs, weil sie der sowjetischen Ideologie verpflichtet gewesen wäre, wie die Politikwissenschaftler Pål Kolstø und Andrej Mal'gin festhalten:

The economic policy of the PMR leadership has been dictated not so much by strong-felt communist principles as by the need to hold on to the support of the workers' organizations. A reform policy that would lead to the closure of unprofitable enterprises and mass lay-offs has not been one of the options available.⁵²

In der PMR-Führung gab es durchaus Fürsprecher schneller Marktreformenten und letztendlich verzögerten die Besonderheiten der sozialen Konfiguration des PMR-Regimes den Prozess der Anpassung an die dominanten Regulationsmodi des primären Weltmarkts nur. Im Laufe der 1990er Jahre wurden Landwirtschaftsbetriebe und beginnend mit dem Jahr 2000 große Industriebetriebe privatisiert.⁵³

Der Prozess einer wilden Privatisierung hatte aber bereits während der Perestrojka begonnen: Betriebsleiter gliederten profitable Teile der sogenannten Produktionsvereinigungen aus, brachten diese in Joint Ventures mit ausländischen Unternehmen ein und profitierten persönlich davon.⁵⁴ Auf der Ebene kleiner Unternehmen gab es die Privatwirtschaft längst. In Bezug auf die Einkommens- und Vermögensverteilung unterschied und unterscheidet sich die PMR bis heute nicht wesentlich von anderen postsozialistischen Regionen – wenigen sehr Reichen steht eine große Zahl an Nicht-Besitzenden gegenüber. Diese können auch mit regelmäßiger Lohnarbeit kein weltmarktfähiges Einkommen erwirtschaften und bestreiten einen Teil ihres Konsums über lokale Märkte oder durch Eigenanbau in stadtnahen Kleingärten.⁵⁵

51 Gudym, *Transnistrian Economy*, S. 2-5; Kolstø u. Mal'gin, *The Transnistrian Republic*, S. 112-113.

52 Kolstø u. Mal'gin, *The Transnistrian Republic*, S. 113.

53 Jomir, Eugen: *Implicații economice în Transnistria*, in: *Constelații ieșene* 2 (2007), Nr. 6, S. 12-13; Prohnițchi, Valeriu: *Wirtschaft in Transnistrien*, in: Bochmann, Klaus u. a. (Hg.), *Die Republik Moldau – Republica Moldova. Ein Handbuch*, Leipzig 2012, S. 509-513, S. 513.

54 Eine solche frühe Privatisierung gab es in der gesamten Sowjetunion, Beispiele aus der Dnjestr-Region werden in Kapitel III.6. (Fabrik als Raum der Mobilisierung) beschrieben.

55 Prohnițchi beziffert den Durchschnittslohn in der PMR 2008 auf 236 US-Dollar,

Krim

Aufgrund des für die Sowjetunion herausragend warmen Klimas verfügte die Krim-Wirtschaft über zwei Zweige von besonderer Stärke: den Tourismus und die Landwirtschaft mit andernorts nicht anzubauenden Gemüse- und Obstsorten sowie die dazugehörige Produktion von weinhaltigen Alkoholika. Einen viel größeren Teil der Investitionen und des Produktionsausstoßes machte aber auch auf der Krim eine diversifizierte Industrie aus. Die Halbinsel war wie das Dnjestr-Tal geprägt von einer starken zentralstaatlichen Förderung der Schwerindustrie nach dem Zweiten Weltkrieg. In den Hafestädten Sevastopol' und Kerč' siedelte die Staatsführung Werften und Zulieferindustrien für die Schifffahrt an. In Sevastopol' entstanden im Umfeld der Schwarzmeerflotte zahlreiche Betriebe des militärisch-industriellen Bereichs. Auch in den Mittelstädten Feodosija und Evpatorija arbeiteten 1989 einige Betriebe der Schwer- und Produktionsgüterindustrie. Im »Chemieknoten« Krasnoperekopsk im Norden der Krim konzentrierten sich aufgrund von Rohstoffvorkommen bereits in der Frühphase der Sowjetunion einige Chemiebetriebe. Auch langlebige Konsumgüter wurden auf der Krim produziert, wie in der Fernsehfabrik in Simferopol'. Ansonsten hatte die Lebensmittelindustrie eine starke Stellung: In Kerč' und Sevastopol' verarbeiteten mehrere Fabriken den von industriellen Fangflotten gefangenen Fisch. Neben den allgemein üblichen Nahrungsmittelherstellern produzierten einige Betriebe Wein und Sekt.⁵⁶

Die Wirtschaft der Krim war stark in den sowjetischen Wirtschaftskreislauf eingebunden. Die meisten der Schwerindustriebetriebe waren Abteilungen Moskauer Industrieministerien zugeordnet und unterstanden somit der unionsweiten Wirtschaftsbürokratie. Diese war auch Abnehmer der dort produzierten Produktions- und Rüstungsgüter. Aber auch die Produkte kleinerer Betriebe der Leicht- und Nahrungsmittelindustrie, die der ukrainischen bzw. lokalen Verwaltung unterlagen, fanden ihren Absatz hauptsächlich in der restlichen Sowjetunion und damit vorrangig in Russland. Das gilt nicht zuletzt auch für die Tourismusbranche: Das Gros der Ferienanlagen und Sanatorien gehörte Betrieben bzw. deren Gewerkschaftsorganisationen, Parteilgliederungen der KP oder anderen Verbänden aus anderen Teilen der

die durchschnittliche Rente auf 53,3 US-Dollar. (Prohniŭchi, Wirtschaft in Transnistrien, S. 513) Zur ungleichen Reichumsverteilung: Gudym, Transnistrian Economy, S. 8-9.

⁵⁶ Zur Krim-Wirtschaft und den Betrieben auf der Krim allgemein: Ametov, Regional'nye osobennosti; Drzymalla, Krim; Socialističeskoe narodnoe chozjajstvo Krymskoj oblasti (1945-1970 gg). Sbornik dokumentov i materialov, Simferopol' 1980.

UdSSR, vor allem der RSFSR, die ihren Belegschaften oder Mitgliedern einen Urlaub auf der Krim ermöglichten.⁵⁷

Mit dem Aufbrechen des sowjetischen Wirtschaftskreislaufs durch Reformen, Krise und neue Grenzziehungen zwischen den Republiken brach der Absatz der Krim-Wirtschaft nach 1991 in allen Sektoren zusammen. Betriebe schickten keine Urlauber mehr in ihre Einrichtungen, für die abhängig Beschäftigten selbst waren Aufenthalte in den Einrichtungen zu teuer geworden und die wenigen schnell zu Reichtum gekommenen Ex-Sowjetbürger bevorzugten Orte mit größerer Attraktivität im Ausland. Inflation und Arbeitslosigkeit zerstörten auch die Kaufkraft der Lohnabhängigen auf der Krim, sodass die regionale Konsumgüterindustrie zu leiden hatte. Die Chemieindustrie hatte ihre Produkte an Industriebetriebe in der ganzen Sowjetunion geliefert, was durch die neu eingeführten Ausfuhrzölle der Ukraine nahezu zum Erliegen kam. Für die Rüstungs- und Schwerindustrie war mit dem Wegfall der festen Staatsnachfrage der Absatz komplett eingebrochen. In diesen Betrieben wurde die Produktion umgestellt auf (langlebige) Konsumgüter, die zum Teil in den Export gehen sollten. Das Programm der Konversion der Rüstungsindustrie hatte in der von der Rüstungs- und der Zulieferungsindustrie für die Schwarzmeerflotte geprägten Stadt Sevastopol' eine hohe politische Priorität für die Lokalregierung und die ukrainische Regierung. Um die Produktion der Betriebe exportfähig zu machen, bedurfte es aber einer intensiven Modernisierung und damit Investitionen. Diese wurden gleichzeitig durch die extreme Inflation, die Überschuldung von Betrieben, Banken und Staat und die daraus resultierende Unmöglichkeit, schnell ein finanzkräftiges Kreditwesen aufzubauen, verhindert. Die Industrieproduktion der Krim halbierte sich so zwischen 1990 und 1995, in den Bereichen Maschinenbau, Schiffsbau und Schwarzmetallurgie betrug sie 1995 gar nur noch 40 Prozent des Wertes von 1990.⁵⁸

Die Transformationskrise im Zerfall der Sowjetunion nahm auf der Krim also ein katastrophenartiges Ausmaß an. Im Vergleich zu anderen Regionen der Ukrainischen SSR hatte die Halbinsel bis 1989/91 in Bezug auf Produktionsausstoß und Bruttoregionaleinkommen zu den wohlhabenderen Regionen gehört, mit der Krise wurde sie zum absoluten Armenhaus des neuen

57 Ametov, *Regional'nye osobennosti*, S. 59; Drzymalla, *Krim*, S. 20-23.

58 Ametov, *Regional'nye osobennosti*, S. 91; Belitser u. Bodruk, *Conflicting Loyalties*, S. 68-70. Zur Verringerung der Industrieproduktion auf der Krim auch: Babenko, G.: *Transformacija promyšlennosti Kryma*, in: *Èkonomika Ukrainy* (2001), Nr. 5, S. 39-43. Zu den finanzpolitischen Problemen in der Ukraine: Kubicek, Paul: *Unbroken Ties. The State, Interest Associations, and Corporatism in Post-Soviet Ukraine*, Ann Arbor 2000, S. 35-37. Zur Konversion in Sevastopol' Kapitel IV.5.: *Sonderfall Sevastopol'*.

Staates Ukraine.⁵⁹ Ihren Höhepunkt erreichte die Malaise 1994: Die Trockenheit dieses Sommers führte zu Wassermangel, die Ernte fiel schlecht aus und der Brotpreis explodierte nach einer partiellen Liberalisierung. Im Hochsommer traten sogar einige Fälle von Cholera auf.⁶⁰ Die attraktiven Betriebe, Grundstücke und touristischen Anlagen wurden in den Jahren 1994-1995 zum Gegenstand gewalttätiger Auseinandersetzungen zwischen unterschiedlichen nicht-legalisierten Korporationen (»Mafia«-Clans), denen mehrere Hundert Menschen zum Opfer fielen. Diese Gruppen gewannen auch großen Einfluss auf die politischen Institutionen der Krim – auf Parlament und Ministerrat.⁶¹

Die Krise eskalierte also, nachdem die pro-russländische Bewegung die Macht übernommen hatte. Sie war sicherlich eines der größten Probleme, vor der Meškov und seine Regierung standen und damit auch einer der wichtigsten Gründe ihres Scheiterns. Die ökonomische Krise war somit nicht nur Hintergrund des Aufstiegs des pro-russländischen Separatismus, sondern auch seines schnellen Abstiegs.

Der *Blok Rossija* hatte die Wahlen 1994 jedoch keineswegs durch ein überzeugendes wirtschaftspolitisches Programm gewonnen. Dieses spielte im Wahlkampf eine untergeordnete Rolle und die darin enthaltenen wirtschaftsliberalen Standpunkte waren einer breiten Bevölkerung vermutlich eher nicht vermittelbar. Das Privatisierungsprogramm der von Meškov ernannten Regierung um Evgenij Saburov, einem liberalen Moskauer Ökonomen mit monetaristischen Tendenzen, erwies sich dann auch als akademisch abgehoben und politisch nicht realisierbar⁶² (ganz abgesehen davon, dass eine Umsetzung der Vorhaben womöglich für die Lebensbedingungen des Großteils der Krim-Bewohner keine Verbesserung mit sich gebracht hätte). Vielmehr basierte der Wahlsieg Meškovs und der RDK auf dem Versprechen, dass eine Annäherung an Russland und ein Zuwachs an wirtschaftlicher Souveränität den Lebensstandard auf der Krim verbessern und sichern würden. Die pro-russländischen Separatisten argumentierten, die RF habe die Transformationskrise wesentlich besser überstanden als die Ukraine und die Wirtschaftspolitik der Regierung in Kiew beschädige die Lebensbedingungen der Menschen auf der Krim zusätzlich. Das zentrale wirtschafts-

59 So sank beispielsweise der Anteil der Krim an der Industrieproduktion der Ukraine von 1990 bis 1999 von 3,3 Prozent auf 1,6 Prozent. (Babenko, Transformacija promyšlennosti Kryma, S. 39)

60 Zasucha, cholera, perevorot, in: Tavričeskie Vedomosti, 16.9.1994, S. 1.

61 Černevcov, Konstantin: Krym banditskij. Krymskaja bratva v bor'be za sfery vlijanja, Moskau 1998.

62 Evgenij Saburov: »Vremja v Krymu ne sčitaju poterjannym«. Interview mit Saburov, in: Krymskaja Pravda, 11.1.1995, S. 2.

politische Wahlversprechen Meškova war dementsprechend die Rückkehr der Krim in die Rubelzone, also in einen gemeinsamen Währungsraum mit Russland.⁶³

Über das wirtschaftliche Entwicklungsmodell der Krim gab es schon in den 1980er Jahren scharfe Diskussionen. Hinter den unterschiedlichen Konzepten steckte eine Konkurrenz zwischen den Sektoren Tourismus/Landwirtschaft, die auf einen Naturschutz angewiesen waren, und der Schwer- und Chemieindustrie, die zu möglichst geringen Kosten Rohstoffe und Umwelt nutzen wollte. Dieser Gegensatz spitzte sich in dem Vorschlag zu, die Krim zum All-Unions-Sanatorium zu ernennen. Dieses Konzept beinhaltete einen Investitionsstopp für die Industrie und einen Ausbau der touristischen Infrastruktur. Ende 1989 versuchte sich im Zuge dieser Debatte die KP des Oblast in der Öffentlichkeit als Umweltpartei zu verkaufen. Der Erste Sekretär Nikolaj Bagrov trat für mehr Umweltschutz ein und verkündete einen Ministerratsbeschluss, der einen Baustopp für die Industrie und eine Verringerung umweltschädlicher Chemie-Industrie beinhaltete.⁶⁴ Gegen das Konzept des All-Unions-Sanatoriums traten Politiker und Industrielle auf, die eine weitere Förderung der Chemie- und anderer Industrie wollten.

Der Konflikt zwischen den Befürwortern einer Konzentration auf den Tourismus und den Anhängern einer Industrieförderung eskalierte in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre auch in einer weiteren Frage: Die Staats- und Parteiführung hatte den Bau eines Atomkraftwerkes im Nordosten der Halbinsel beschlossen. Ein solches Kraftwerk hätte die Energieengpässe auf der Krim beendet und die Stromversorgung für eine Ausweitung der Industrieproduktion sichergestellt. Aufgrund der hohen Risiken und der negativen ökologischen Folgen eines solchen Projekts entstand eine starke Protestbewegung. Naturwissenschaftler formulierten eine starke Kritik an dem Bauprojekt und zahlreiche Intellektuelle beteiligten sich an Kongressen. Zunehmend regte sich auch innerhalb der KP auf der Krim Widerspruch zu dem Vorhaben. Letztendlich ließ die sowjetische Staatsführung das Vorhaben fallen.⁶⁵

63 Mal'gin, Krymskij uzel, S. 78-84; Progolosuem za sojuz s Rossiej! Zajavlenie kandidata v prezidenty Kryma ot bloka ›Rossija‹ Ju. A. Meškova, in: Krymskaja Pravda, 25.1.1994, S. 1.

64 Efremenko, A.: I sochranit', i priumnožit' prirodnye bogatstva Kryma, ispol'zuja ich dlja razvitija vsesojuznoj zdravnicy, in: Krymskaja Pravda, 23.11.1989, S. 3.

65 Dawson, Jane I.: Eco-Nationalism. Anti-Nuclear Activism and National Identity in Russia, Lithuania, and Ukraine, Durham 1996, S. 156-158; Sasse, Crimea Question, S. 131-132.

Der Gegensatz zwischen den Anhängern eines auf die Industrie gerichteten Entwicklungswegs für die Krim und den Befürwortern einer Konzentration auf Tourismus und Landwirtschaft bzw. einer dem Umweltschutz verpflichteten Wirtschaftspolitik setzte sich auch im Umfeld der pro-russländischen Bewegung fort. Es waren nicht die Vertreter der Schwerindustrie, sondern der ökologisch orientierten Wissenschaftler und Kleinunternehmer, die die Bewegung trugen.

Für die Industrievertreter dagegen war ein Punkt zentral, der mit der Frage nach Ökologie und Industrie verbunden war: die Energieversorgung. Zentrales Argument der Gegner der Unabhängigkeitsbestrebungen war, dass die Krim den Löwenanteil ihrer Energieversorgung (Brennstoffe wie Öl und Gas, Benzin sowie Strom) über die Ukraine deckte. Für die Probleme einer Umstellung der Infrastruktur auf eine Versorgung direkt aus Russland hatten die pro-russländischen Politiker keine adäquate Lösung zu bieten.⁶⁶

Auch finanziell war die Krim abhängig von Mitteln aus dem Zentrum – mit dem Ende der Sowjetunion vom Staatshaushalt der Ukraine. Der Zentralstaat trieb die Steuern ein und verteilte sie im Nachhinein an die Regionen und Kommunen. Dabei war die Krim an vielen Stellen auf Sonderzuweisungen angewiesen. Kiew versorgte insbesondere das symbolisch umkämpfte Sevastopol' mit Finanzspritzen, Sozialfonds und Konjunkturmaßnahmen. Aus Sicht der pro-russländischen Bewegung stellte sich die Situation anders dar: Die Separatisten sahen einen Mittelabfluss in Richtung Kiew und vertraten die Meinung, dass die Krim reich an Ressourcen und wirtschaftlichen Potentialen sei, die aufgrund der Wirtschaftskrise in der unabhängigen Ukraine nicht zur Geltung kämen. Ihnen schwebte eine sich selbst versorgende Krim vor und sie forderten, dass die auf der Halbinsel erhobenen Steuermittel komplett dort verbleiben. Gleichzeitig traten sie für eine Einbindung der Krim in den Wirtschaftsraum der RF ein.⁶⁷

Die Richtigkeit der Annahmen der pro-russländischen Organisationen über eine Lebensstandardverbesserung durch eine Annäherung der Krim an Russland und eine Separation von der Ukraine ist zu bezweifeln. Ob Russland insgesamt in den 1990ern einen höheren Lebensstandard als die Ukraine hatte und ob die Betriebe und die Beschäftigten auf der Krim davon unmittelbar profitiert hätten, ist fraglich. Der größere Binnenmarkt und die

66 Z. B. Lochov, B.: Bol'she vnimanija ekonomike, in: Svobodnyj Krym, März 1992, S. 8.

67 Dazu die Diskussion über Separation und Wirtschaft(spolitik) in der Zeitung der RDK *Svobodnyj Krym*, z. B.: Èl'jašev, Ju.: Čto dal'se? In: Krymskaja Pravda, 12.1.1993, S. 3.; Filippenko, V.: Krymčane sposobny prokormit' sebja sami. S točki zrenija ekonomiki, in: Svobodnyj Krym, Februar 1992, Nr. 1, S. 3.; Šaromuch, K.: Bednyj li rodstvennik? In: Svobodnyj Krym, Mai 1992, Nr. 11, S. 3.

etwas stabilere – wenngleich ebenfalls inflationäre – Währung der RF erschienen auf der Krim vielen attraktiv, aber damit war nicht unbedingt eine Entscheidung für das separatistische Projekt verbunden. Bedeutende Teile der Eliten suchten sich andere politische Projekte um ihre Interessen zu realisieren: So stellten sich beispielsweise die Vertreter der Chemieindustrie im Norden der Krim gegen den pro-russländischen Separatismus und handelten mit der ukrainischen Regierung Sonderbedingungen, die den Export erleichterten, für sich aus.⁶⁸

Vergleich

Im Vergleich lässt sich sagen, dass beide Regionen stark in die sowjetische Wirtschaftsgeographie eingebunden waren, sodass die Auflösung des ökonomischen Kreislaufs der UdSSR das regionale Sozialgefüge schwer beschädigte. Die Krim und das Dnjestr-Tal steckten wie die gesamte Sowjetunion Ende der 1980er Jahre und in den 1990er Jahren in einer schweren wirtschaftlichen und sozialen Krise. Transformation und Krise schufen neue soziale Milieus und Gruppen und schwächten bestehende: Die Arbeiterschaft wurde durch die Krise (nicht durch die Perestrojka) handlungsunfähig, viele Betriebsdirektoren und ZK-Sekretäre konnten ihre Macht erhalten, während Kleinunternehmer, häufig vormalige Komsomol-Funktionäre und Afghanistan-Veteranen, eine neue *Business*-Klasse formierten. Das war der ökonomische Kontext in dem die pro-russländischen Bewegungen im Dnjestr-Tal und auf der Krim Ende der 1980er Jahre entstanden.

Die regionalen ökonomischen Entwicklungsmodelle, die wirtschaftlichen Entwicklungen in der Endphase der Existenz der UdSSR und die Transformationskrise in beiden Regionen waren aber nicht so unterschiedlich, dass sich daraus eine Kausalbeziehung zur unterschiedlichen Stärke der separatistischen Bewegungen, bzw. zur Frage nach dem Ausbruch eines Bürgerkriegs, ableiten ließe. In entscheidenden Punkten ähneln sich die beiden Regionen eher, als dass sie sich unterscheiden: die Konzentration von Industrie in bestimmten Städten bzw. Bezirken, die hohe Abhängigkeit vom sowjetischen Wirtschaftskreislauf, die schwere Krise ab Ende der 1980er, die Mitte der 1990er Jahre zu einem Höhepunkt kam. Die Transformationskrise und die durch das Ende des sowjetischen Regulationsmodells anstehende Neuverteilung des Kapitals führte auf der Krim zu gewalttätigen Auseinandersetzungen – diese wurden aber nicht Teil einer pro-russländischen separatistischen Mobilisierung, oder Teil einer Auseinandersetzung zwischen pro-russländischen und anderen Kräften. Die Akteure dieser Gewalt gaben sich keine

68 Siehe Kapitel IV.6.: Die Chemie-Region Krasnoperekopsk.

politischen Programme und forderten keine Separationen oder sonstige Territorialveränderungen und stellten nicht den Anspruch auf die höchsten Posten in der Staatsmacht. Die Gewalt verblieb sozusagen in der kriminellen Sphäre. Deren Akteure deuteten ihr Interesse an Profit und Eigentum nicht in ein politisches (separatistisches) Programm um.

Der territoriale Blick auf die Ökonomie, bei den Separatisten zum politischen Programm geronnen, aber auch in wissenschaftlichen Studien oft als Argumentationsgrundlage genutzt, differenziert nicht stark genug. Der Blick auf den Reichtum der *Regionen* (oder deren Armut) als Ursache von Separatismus verschleiert, dass die potentiellen Akteure davon in unterschiedlichem Ausmaß profitieren. Für die Krim und das Dnjestr-Tal lässt sich sagen, dass einzelne Industriebranchen, bestimmte Betriebe, unterschiedliche soziale Gruppen und verschiedene Segmente dieser Gruppen in unterschiedlichem Ausmaß von der Krise betroffen waren und sowohl den wirtschaftlichen Einbruch als auch die politischen Möglichkeiten einer Abhilfe unterschiedlich wahrnahmen. Um das Entstehen der separatistischen Bewegungen zu analysieren, muss der Blick auf den sozialen Kontext der Territorialkonflikte über die Akteure gehen. *Deren* sozialer Kontext, *deren* wirtschaftliche Möglichkeiten und *deren* Reaktionen sind die Entstehungsbedingungen des Separatismus. Diese werden hier in den zentralen Kapiteln in den Blick genommen.

3. Geschichte als Voraussetzung, Geschichte als Argument: Regionalismus, Geschichtspolitik und konkurrierende Nationalismen

Mit dem *ethnic turn* in der Forschung zu politischer Gewalt, den Rogers Brubaker und David Laitin 1998 konstatierten,⁶⁹ sind Kultur(en), Geschichte, kollektive Erinnerung und regionale Identitäten zu zentralen Interpretationsrahmen für innerstaatliche Konflikte geworden. Dabei werden Geschichte und Kultur oftmals als eigenständige »Faktoren« gehandelt, losgelöst von den Akteuren, die die mit diesen Begriffen verbundenen abstrakten Vorstellungen als Argument und das ethnisierte Wissen als Mobilisierungsressource nutzen. Folgt man den »kulturalistischen« Argumentationen, ginge es nach dem vor den Ereignissen vorhandenen Regionalbewusstsein, nach dem »geschichtspolitischen Material«, wäre es ohne Zweifel die Krim gewesen, die Schauplatz eines Bürgerkriegs um die Neuziehung von Grenzen geworden wäre. Das Bild von der Halbinsel als jahrhundertalte Ge-

69 Brubaker u. Laitin, *Ethnic and Nationalist Violence*, S. 426.

schichtsregion war in das Bewusstsein von Akteuren, Bewohnern und Beobachtern eingeschrieben.

Der Begriff »Pridnestrov'e« bezeichnet dagegen erst seit dem Zerfall der Sowjetunion, oder, genauer gesagt, seit dem Zerfall der Moldauischen Sowjetrepublik, eine politische und administrative Region. Sowohl in den eigenen Reihen als auch bei beobachtenden Dritten musste die Vorstellung von der Dnjestr-Region als Territorium erst verankert werden. Aber auch die Geschichtspolitiker am Dnjestr haben es verstanden, eine Version der Geschichte zu schreiben, die die Gründung der PMR legitimiert und die sich die Aktivisten angeeignet haben.

Die Krim als Geschichtsregion

Die Schwarzmeerhalbinsel Krim war als abgegrenzte Region längst markiert, als die post-sowjetische pro-russländische Bewegung entstand. Die Krim war durch die gesamte Geschichte der Sowjetunion hindurch eine Verwaltungseinheit mit politischen Institutionen gewesen. Weithin bekannte historische Narrative schrieben und schreiben ihr eine Rolle als eigenständiger Geschichtsregion über die Jahrhunderte zu. Kunst und Kultur reproduzieren die lange eingeübten Mythen von der Krim als einzigartiger Halbinsel. Russische nationalistische und geopolitische Diskurse schreiben der Region eine besondere strategische Rolle in Geschichte und Gegenwart zu. Was Regionalismus und Geschichtsdiskurse betrifft, fanden die pro-russländischen Separatisten also beste Voraussetzungen vor. Den mehrfach gewechselten Status als Verwaltungseinheit im Rahmen der Sowjetunion nutzten die Propagandisten der pro-russländischen Bewegung zum Aufbau eines ganzen Sets an Erzählungen, die eine Abspaltung der Krim von der Ukraine begründen sollten.

Das zentrale Datum war aus Sicht der Aktivisten das Jahr 1954. Damals beschloss die sowjetische Parteiführung die Übergabe des Oblast Krim von der RSFSR an die Ukrainische Sowjetrepublik. Der Transfer wurde als Geschenk im Zeichen der Freundschaft der »slawischen Brüdervölker« inszeniert und im Rahmen der aufwändig begangenen 300-Jahrfeier des Vertrags von Perejaslaw zwischen dem Kosakenhetman Bohdan Chmel'nyc'kyj und dem russischen Zaren bekannt gegeben. Die politischen und ökonomischen Hintergründe der Entscheidung jenseits der geschichtspolitischen Inszenierung sind bisher weitgehend im Dunkeln geblieben.⁷⁰

⁷⁰ Gwendolyn Sasse beschreibt einen extrem schnellen Entscheidungsprozess, der weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand. Die Initiative ging vom Präsidium des ZK der KPdSU aus, binnen weniger Wochen fasste das Präsidium des

Aus Sicht der Krim-Separatisten der 1990er Jahre hatte dieser Transfer keine rechtliche Gültigkeit. Dafür führten sie verschiedene Argumente an: In der Sowjetunion hätten die Grenzen zwischen den Republiken keine bedeutende Rolle gespielt, mit dem Zerfall hätten die territorialen Grenzen überprüft werden müssen, da sich die Krim-Bewohner quasi überraschend in dem neuen Staat Ukraine wiederfanden. Zudem führten die Aktivisten der pro-russländischen Bewegung an, der Beschluss habe seine Gültigkeit mit dem Autonomiereferendum von 1991 verloren. Dort hätten nämlich die Bewohner der Krim eine Autonomie »innerhalb der UdSSR« beschlossen, und nicht eine Autonomie innerhalb der Ukrainischen SSR. Zudem beharrten die pro-russländischen Gruppen in Sevastopol' darauf, ihre Stadt sei 1954 gar nicht an die Ukraine transferiert worden und sei rechtlich seit jeher Moskau unterstellt. Vor der Übergabe der Krim an die Ukraine hatte nämlich der Oberste Sowjet in einem Beschluss von 1948 die Garnisonsstadt am Südwestzipfel der Krim direkt unter die Verwaltung des Politbüros in Moskau gestellt. Tatsächlich gehörte Sevastopol' bis 2014 nicht zur Autonomen Republik Krim, sondern stand unter direkter Verwaltung des ukrainischen Präsidenten. Auf der Grundlage dieser Argumentation beschloss auch der Oberste Sowjet der RSFSR im Sommer 1993 eine Resolution, die die Zugehörigkeit von Sevastopol' zur Ukraine in Frage stellte. Diese Argumentationslinie gefiel vielen Anhängern der russländischen Sache in Simferopol' weniger, da dort die administrative Zugehörigkeit Sevastopols zur Krim das vorrangige realpolitische Ziel war.⁷¹

Auch die Herleitung einer Eigenständigkeit der Krim aus der Autonomie der Halbinsel in der frühen Sowjetunion von 1921 bis 1945 hatte für den pro-russländischen Krim-Separatismus seine Tücken. Die Autonome Sowjetrepublik Krim entstand im Gefolge des Bürgerkriegs, in dem die Halbinsel lange zwischen der »weißen« Armee General Wrangels und den Bol'sheviki sowie den tatarischen Nationalisten umkämpft war. Anders als bei der gro-

Obersten Sowjets der RSFSR (nicht das Plenum) den Beschluss, bevor der Vorgang in den Obersten Sowjets der Ukraine und der UdSSR jeweils ohne Debatte abgesehen wurde. Parteichef Nikita Chruščëv wird meist als Urheber der Entscheidung gesehen, allerdings war seine Machtposition in Moskau zu diesem Zeitpunkt noch nicht gesichert. Der Konkurrenzkampf im Kreml' nach Stalins Tod war noch nicht entschieden. Chruščëvs Netzwerke als ehemaliger KP-Chef in der Ukraine könnten aber wohl ein wichtiger Faktor für den Transfer gewesen sein. Die offiziellen Verlautbarungen gaben neben der »Freundschaft der slawischen Brüdervölker« die geographische Nähe und die ökonomischen Beziehungen der Krim zur Ukraine als Begründung an. (Sasse, *Crimea Question*, S. 95-121)

⁷¹ Zum Sonderstatus der Hafenstadt Sevastopol' und der Diskussion darüber in der pro-russländischen Bewegung siehe Kapitel IV.5.: Sonderfall Sevastopol'.

ßen Mehrzahl der sowjetischen Verwaltungseinheiten schrieb die Staatsführung die Autonome Krim-Republik nicht auf eine Titularnation fest, sondern begründete deren Autonomiestatus territorial. Dennoch verankerten die *Bolševiki* in den 1920er Jahren eine *Korenizacija*-Politik zugunsten der Krimtataren, die unter dem stalinistischen Regime dann in ihr Gegenteil verkehrt wurde.⁷² Diese historische Bezugslinie war außer für die krimtatarische Bewegung vor allem für die liberalen, autonomistischen Gruppierungen interessant, die die Krim als multinationale Region konzipierten. Diese Gruppierungen hatten personelle und stellenweise inhaltliche Überschneidungen mit der pro-russländischen Bewegung, auch wenn sie mit der zunehmenden Hegemonie nationalistischer Positionen tendenziell marginalisiert wurden. So waren Ideen, die sich auf die erste Autonome Sowjetrepublik als auch auf eine multinationale Krim bezogen, im Krim-Separatismus durchaus präsent.⁷³

Bedeutender für die pro-russländische Bewegung war aber der Rückbezug auf die Zeit des Zarenreiches und dessen Herrschaft über die Krim. Katharina die Große als Befreierin der Krim von den Osmanen, die Verteidigung der Stadt Sevastopol' im Krim-Krieg, die Geschichte der Krim als strategisch bedeutsamer Außenposten des russländischen Imperiums und als Standort der Schwarzmeerflotte – das waren die zentralen Pfeiler, an denen entlang die pro-russländischen Separatisten eine kontinuierliche, zwei Jahrhunderte lange russländische Krim-Geschichte erzählten. Mit diesen Narrativen standen die Führung der Republikanischen Bewegung der Krim und ihr Anhang auf der Krim nicht alleine da, sie konnten an weitverbreitete Geschichtsbilder anknüpfen. Die historische Bedeutung der Krim im Streit der Imperien

72 Marples, David R.; Duke, David F.: Ukraine, Russia, and the Question of Crimea, in: Nationalities Papers 23 (1995), Nr. 2, S. 261-289, S. 261-271; Stewart, Autonomy as a Mechanism, S. 116-118. Nach der Deportation der Krimtataren geriet die Krim in das Blickfeld von Aktivisten des Jüdischen Antifaschistischen Komitees, die die Halbinsel gerne zur Heimstatt der sowjetischen Juden gemacht hätten. Das lag in der Logik des sowjetischen Systems administrativer Gliederung, das einen Anspruch aller Nationalitäten der Sowjetunion auf ein Territorium implizierte (während den Deportierten der Status als Nationalität aberkannt wurde). Die Staatsführung um Stalin setzte den »Jüdischen Autonomen Oblast Birobidžan« im Osten der Sowjetunion als für die Juden vorgesehenes Territorium durch. (Grüner, Frank: Der jüdische Traum von einer Republik auf der Krim. Juden und jüdisches Selbstbewusstsein in der spätstalinistischen Sowjetunion, in: Gassenschmidt, Christoph u. a. (Hg.), Ethnische und soziale Konflikte im neuzeitlichen Osteuropa, Hamburg 2004, S. 61-112)

73 Siehe Kapitel IV.3.: Ideologie und politische Ziele der Bewegung.

und der russische Charakter der Krim waren (und sind) wichtige Bestandteile der Historiographie und des nicht nur regionalen Allgemeinwissens.⁷⁴

Zudem war und ist die Krim auch Gegenstand geopolitischer Imaginationen russischer Nationalisten in der RF. In diesem Weltbild ist die Halbinsel im Schwarzen Meer ein wichtiger Vorposten des russländischen Imperiums gegen das Osmanische Reich bzw. »die Türken« und als Stützpunkt der Seemacht unablässig. Besonders Sevastopol' als Hafen der Schwarzmeerflotte ist Gegenstand der nationalistischen Vorstellungen von einem großen und starken Russland. Neben den geopolitischen Zuschreibungen ist auch das Bild von der Schwarzmeerhalbinsel als Urlaubsparadies ein wichtiger Teil der russländischen (und sowjetischen) Vorstellungen von der Krim.⁷⁵

Auch Kunst und Literatur markierten immer wieder die Besonderheit der Halbinsel, auch als politischer Region. Prägend für viele der politischen Aktivisten auf der Krim in der Zeit war Vasilij Aksënovs Roman »*Ostrov Krym*« (»Insel Krim«) von 1981. Dort wird fiktiv eine Krim der 1980er Jahre entworfen, die eine Insel und nicht durch einen Isthmus mit dem Festland verbunden ist, und auf der die »Weißen« im Bürgerkrieg gegen die *Bol'seviki* gewonnen haben. Aksënov stellt sich also eine russische Krim als einzigen kleinen Fleck Kapitalismus am Rande des von der Sowjetmacht beherrschten russischen Imperiums vor und konstruiert dabei eine Situation, die an Taiwan erinnert. Der Roman wurde Ende der 1980er Jahre auf der Krim nicht zuletzt im autonomistisch gesinnten Protestmilieu, aus dem sich später die pro-russländischen Bewegung rekrutierte, stark rezipiert.⁷⁶ Zahlreiche nichtzeitgenössische Literaten und Künstler hatten der Krim aber auch schon in den Jahrzehnten und Jahrhunderten zuvor einen besonderen Charakter zugeschrieben. Diese beständigen Markierungen verankerten die Halbinsel als Region im Bewusstsein der Aktivisten der separatistischen Bewegung, anderer Bewohner der Region oder von auswärtigen Beobachtern.

In Konkurrenz zu den pro-russländischen Bestrebungen erhob auch die krimtatarische Bewegung Ansprüche auf eine Deutungshoheit über Geschichte und Territorium der Krim. Dabei rekurriert sie ebenfalls nicht zuletzt auf die Geschichte. Im Mai 1944 deportierte das stalinistische Regime knapp 200 000 Krimtataren von der Krim nach Zentralasien unter dem Kollektiv-Vorwurf, mit der nationalsozialistischen Besatzungsmacht kollabo-

74 Sasse, *Crimea Question*, S. 69-74.

75 Zur Krim als Sehnsuchtsort in Russland: Jobst, *Die Perle des Imperiums*; Mal'gin, Andrej: *Russkaja Riv'era. Kurorty, turizm i otdych v Krymu v epochu Imperii; konec XVIII – načalo XX v., Simferopol' 2006.*

76 Aksënov, Vasilij: *Ostrov Krym*, Ann Arbor 1981. Zur Bedeutung des Romans für die informelle Bewegung auf der Krim sowie zur Exotisierung der Krim in der russischen Literatur: Mal'gin, *Krymskij uzel*, S. 61; Sasse, *Crimea Question*, S. 56-58.

riert zu haben. Mehrere Zehntausend der Deportierten starben. Die sowjetischen Behörden versuchten die Erinnerung an die krimtatarische Geschichte der Krim aus der symbolischen Landschaft zu tilgen und benannten zahlreiche Städte, Straßen und Orte um. Die Nationalität »Krimtataren« strich die Obrigkeit von der Liste der offiziellen Kategorien und ordnete sie den »Tataren« zu.⁷⁷

Erst 1967 wurden die Krimtataren vom Vorwurf der kollektiven Kollaboration mit den Deutschen freigesprochen und rehabilitiert. In den 1960er bis 1980er Jahren entstand eine Protestbewegung, die ein Recht auf Rückkehr auf die Krim forderte. Mit Rehabilitierung und dem Ende der Ansiedlungssondergesetze stand es den Krimtataren zwar theoretisch offen, den Wohnort in der Sowjetunion frei zu wählen, aber das Passregime und die Notwendigkeit einer (an Bedingungen wie Arbeitsplatz geknüpften) Registrierung am Wohnort verhinderten in der Praxis, dass sich die vormals deportierten Personen und deren Nachkommen wieder auf der Halbinsel niederlassen konnten. Der informelle Rück- und Zuzug von Krimtataren auf die Krim erreichte erst mit der Liberalisierung in der Perestrojka eine relevante Größe. 1988 garantierte das Zentralkomitee der KPdSU in Moskau den Krimtataren das Rückkehrrecht und versprach für die entstehenden Kosten eines massenweisen Umzugs aufzukommen. Davon konnte in der Praxis aber keine Rede sein: Ohne soziale Hilfeleistungen, Arbeitserlaubnis und Wohnsitz-Registrierung durch die lokalen Behörden und bei einer weitverbreiteten ablehnenden Haltung unter den aktuellen Krim-Bewohnern blieben viele Krimtataren sozial marginalisiert. Da sie keinen Zugang zu Wohnraum hatten, besetzten einige der Rückkehrer Land, um darauf zu bauen. Die repressiven Maßnahmen lokaler Polizeieinheiten führten zu ebenso massiven Gegenprotesten durch die Organisationen der krimtatarischen Bewegung und deren Anhängern. Diese wehrten sich beispielsweise militant gegen die Räumung von besetztem Land oder trugen den Protest in die Hauptstädte Simferopol' und Kiew, belagerten die dortigen Parlamente und gerieten in Auseinandersetzungen mit der Polizei. Bis 2003 waren ca. 250 000 Krimtataren auf die Krim zurückgekehrt.⁷⁸

77 Marples u. Duke, *Ukraine*, S. 261-271; Sasse, *Crimea Question*, S. 45. Schon die Administration des Zarenreiches hatte nach der Eroberung der Krim 1783 zahlreiche tatarische Städte- und Ortsnamen vor allem durch griechische Benennungen (daher Simferopol', Sevastopol' u. ä.) ersetzt. Einerseits sollte dadurch eine hellenische Geschichte und damit eine Europäizität der Krim unterstrichen werden, andererseits wollte das russländische Imperium damit seinen Anspruch unterstreichen, Nachfolger des byzantinischen Reiches zu sein. Das vermutlich vom tatarischen Wort für Festung (*Qırım*) stammende Krim, wurde durch Tavrija/Tavričeskaja Gubernija ersetzt. (Ebd., S. 43-44)

78 Bekirova, Gul'nara: *Krymskotatarskaja Problema v SSSR (1944-1991)*, Simferopol'

Krimtataren wurden zu Opfern der massivsten nationalistischen Gewalt auf der Krim während des Zerfalls der Sowjetunion. Im Oktober 1990 griffen die Arbeiter einer Tabakpflanze-Kolchose das Lager einiger Krimtataren an, die ein Feld der Kolchose besetzt hatten. Lokale Eliten lieferten die propagandistische Begleitmusik zu diesem ethnisierten Gewaltakt, und die Miliz schützte die Angegriffenen nicht adäquat.⁷⁹ Es gab weitere Fälle repressiver Gewalt gegen Landbesetzungen, bei denen sich eine Zusammenarbeit der lokalen Polizei mit nicht-staatlichen Milizen oder »Bürgerwehren« rekonstruieren lässt.⁸⁰ Diese Gewalt gegen Krimtataren verband sich aber nicht mit dem pro-russländischen Separatismus zu dauerhaften Aktionen und Strukturen ethnonationalistischer Gewalt.

Die Rückkehr der Krimtataren formte die Debatten um den territorialen Status mit, in denen Regional-Politiker und (häufig pro-russländisch gesinnte) Intellektuelle Ende der 1980er Jahre versuchten mit geschichtlichen Argumenten eine Autonomie zu begründen.⁸¹ Für einen pro-russländischen Separatismus gab es günstige diskursive Voraussetzungen – die Idee, dass die Krim nicht zur Ukraine gehöre und russischen Charakters sei, war auf der Halbinsel weitverbreitet.

Dnjestr-Tal: Podnestrov'e, Pridnestrov'e, Transnistria

Im Vergleich mit der Krim war es in der Region am Dnjestr deutlich schwieriger, eine klare Vorstellung vom Territorium des neuen Staates zu etablieren. Das Territorium der heutigen PMR hat keine langjährige Geschichte als diskursiv markierte Geschichtsregion. Von einer Dnjestr-Region existierte nur

2004, S. 257-269; Korostelina, Carina: The Multiethnic State-Building Dilemma: National and Ethnic Minorities' Identities in the Crimea, in: *National Identities* 5 (2003), Nr. 2, S. 141-159; Marples u. Duke, *Ukraine*, S. 261-271; Stewart, *Autonomy as a Mechanism*, S. 116-118; S. 128; Stewart, *Explaining Low Intensity*, S. 62-65; Strazzari, *Powder-Keg*, S. 72-75; Uehling, Greta: *Squatting, Self-Immolation, and the Repatriation of Crimean Tatars*, in: *Nationalities Papers* 28 (2000), Nr. 2, S. 317-341, S. 320-321.

- 79 Zu dem Pogrom: *Ėkstreml'naja situacija*, in: *Krymskaja Pravda*, 02.10.1990, S. 1-2; Suchanova, S.: *Ne poddalis' na provokaciju*, in: *Krymskaja Pravda*, 04.10.1990, S. 1; Suchanova, S.: *Barrikada na tabačnom pole*, in: *Krymskaja Pravda*, 05.10.1990, S. 1; *Deputat obraččaetsja k izbirateljam*. Interview mit dem Deputierten des Obersten Sowjets der UdSSR aus Jalta Ju. S. Cavo, in: *Krymskaja Pravda*, 07.10.1990, S. 1; Potanenko, G.: *Razgrom na tabačnom pole*, in: *Krymskaja Pravda*, 18.10.1990, S. 1; Laskin, Viktor; Krasovskij, Igor: *Genocid v kurortnoj zone*, in: *Jaltinskij Golos*, Nr. 4/1990, S. 3.

80 Strazzari, *Powder-Keg*, S. 72-73; Kuzio, *Triangle of Conflict*, S. 25-27.

81 Zu der Debatte siehe Kapitel IV.1.: Vom Oblast zur Autonomen Republik.

ein vages Bild, als Verwaltungs- oder politische Einheit existierte sie nicht. Die Gründung einer Dnjestr-Republik unter dem Namen »Pridnestrov'e« lag ganz und gar nicht auf der Hand. Der Begriff *Pridnestrov'e* bezeichnete erst ab 1989 ein politisches Projekt und ab 1990 eine real existierende politische Einheit. Die ersten Autonomieforderungen der Streikbewegung bezogen sich auf die Industriestädte am Dnjestr und nicht auf ein zusammengefasstes Territorium der Region.

Vor 1989 wurde in der Sowjetliteratur unter dem Begriff »Pridnestrov'e« nur über die klimatischen Bedingungen des Gemüseanbaus am Dnjestr räsoniert.⁸² In der 1968 herausgegebenen »Geschichte der MSSR« hieß das Dnjestr-Tal noch »Podnestrov'e«.⁸³ In diese diskursive Lücke stießen dann westliche, rumänische oder Chişinăuer Rezipienten und drückten der nicht-erkannten Republik mit der Fremdzuschreibung »Transnistria« (Transnistrien) ihren Stempel auf.⁸⁴ Nichtsdestotrotz gelang es den Geschichtspolitikern der PMR, eine mehr oder weniger kohärente Geschichte des

82 In den großen Staatsbibliotheken in St. Petersburg und Moskau findet man unter »Pridnestrov'e«, für die Zeit vor 1989 nur wenige Titel, die sich vorrangig mit Fragen von Klima und Landwirtschaft beschäftigen – beispielsweise mit den »biologischen Besonderheiten der Formierung der Knoblauchernte im Zusammenhang mit der Anwendung von Mineraldünger in der südlichen Dnjestr-Region« (Gradinar, Nikolaj G.: *Biologičeskie osobennosti formirovanija urožaja česnoka v svjazj s primeneniem mineral'nych udobrenij v Južnom Pridnestrov'e*, Moskau 1988). In den wenigen Werken mit politischem Bezug bezeichnet der Begriff Pridnestrov'e nicht dasselbe Gebiet wie heute. Zwei lokale Parteizeitungen regionaler Untergliederungen der KP der Ukraine im nach 1940/44 der Ukrainischen SSR zugeschlagenen südlichen Bessarabien trugen den Begriff als Namen. (Pridnestrov'e. *Gazeta Odesskogo obkoma KP Ukrainy i obl. Soveta deputatov trudjaščichsja po Belgorod-Dnestrovskoj territorii; Sovietskoe Pridnestrov'e. Organ Starokazackogo RK KP(b)U i Rajsoveta deputatov trudjaščichsja*) Eine Publikation aus dem 19. Jahrhundert beschreibt unter dem Titel »Dnestr i Pridnestrov'e« die Gouvernements Podolien, Bessarabien und Wolhynien – aus heutiger Sicht also eine transnationale Meta-Region, die mit dem heutigen »Pridnestrov'e« nur begrenzt übereinstimmt. (Dnestr i Pridnestrov'e. *Opisanie gubernij: Podol'skij, Bessarabkij i Volynskoj*, St.-Petersburg, 1878)

83 *Istorija MSSR*, Bd. I, Chişinău 1965, z. B. S. 647.

84 »Transnistrien« basiert auf der Lateinischen Bezeichnung für die Gegend »jenseits des Dnjestr« und ist somit per definitionem eine Fremdzuschreibung. Der Begriff knüpft an die Benennung der rumänisch-deutschen Besatzungszone »Transnistria« im Zweiten Weltkrieg an, die vom Dnjestr bis nach Odessa reichte. Dort wurden in Ghettos und Tötungslagern mehrere Hunderttausend Juden und Roma ermordet. (Deletant, Dennis: *The Holocaust in Transnistria. An Overview in the Light of Recent Research*, in: Haynes, Rebecca (Hg.), *Moldova, Bessarabia, Transnistria*, London 2003, S. 143-161)

Staates bzw. der Region zu schreiben und diese im Bewusstsein der Bewohner der PMR zu verankern.⁸⁵

Als staatlichen Vorläufer ihrer Republik identifizierten die transnistrischen Geschichtspolitiker die Moldauische Autonome Sozialistische Sowjetrepublik (MASSR). Diese von 1924 bis 1941 bestehende Verwaltungseinheit innerhalb der Ukrainischen SSR sieht die PMR-Geschichtsschreibung als »erste Staatlichkeit in Pridnestrov'e«⁸⁶. Das Territorium der MASSR umfasste das Gebiet der heutigen PMR östlich des Dnjestr, aber auch einige Teile der heutigen Ukraine. Westliche Historiker sehen in der MASSR-Gründung ein taktisches Manöver der sowjetischen Führung mit dem Ziel, Bessarabien zu annektieren. Dagegen betonen die Historiker aus der Region die Rolle lokaler Akteure bei der MASSR-Gründung und deren eigenständige Existenz.⁸⁷

Die Sowjetführung betrieb durchaus eine Politik, die Ansprüche auf das westlich des Dnjestr gelegene »Bessarabien« implizierte. Diese Gegend zwischen Prut und Dnjestr (ungefähr das Territorium des heutigen Moldova ohne die Dnjestr-Republik) gehörte seit 1918 zu Rumänien, hatte aber von 1812 bis zur Revolution zum russischen Zarenreich gehört. Im Zusammenhang mit ihren Ansprüchen richtete die sowjetische Führung 1926 das »Moldauische Wissenschaftskomitee« ein, das Kultur und Sprache der Moldauer erforschen sollte. Als solche begriffen die in dem Komitee beschäftigten Ethnologen und Linguisten die moldauisch- respektive rumänischsprachigen Bewohner sowohl der MASSR als auch Bessarabiens. So untermauerten sie den expansiven Anspruch der sowjetischen Außenpolitik.⁸⁸

Aus Sicht der heutigen PMR-Historiker und -Geschichtspolitiker war die MASSR aber weit mehr als ein Instrument Moskaus zum Zwecke der außenpolitischen Expansion. Für die historisierende Begründung der heuti-

85 Troebst, Staatlichkeitskult im Pseudo-Staat.

86 Babilunga, Nikolaj V. u.a.: *Istorija Pridnestrovskoj Moldavskoj Respubliki*. Bd. 2, Erster Teil, Tiraspol' 2001, S. 83.

87 Eine partiell einleuchtende Mittelposition vertritt dagegen Charles King – die Gründung der MASSR gehe nicht nur auf den sowjetischen Expansionismus zurück, sondern auch auf eine »indigene Identität« und Projekte von Eliten aus der Region. (King, Charles: *The Moldovans. Romania, Russia, and the Politics of Culture*, Stanford 2000, S. 63; King, Charles: *The Ambivalence of Authenticity, or How the Moldovan Language Was Made*, in: *Slavic Review* 58 (1999), Nr. 1, S. 117-142, S. 121) Petru Negură bezeichnet die Kulturpolitik der SU-Führung in der MASSR als fragmentarisch und bezweifelt, dass sie ein kohärentes Ziel verfolgt habe. (Negură, Petru: *Die Moldauische Autonome Sozialistische Sowjetrepublik (1924-1945)*, in: Bochmann, Klaus u. a. (Hg.), *Die Republik Moldau – Republica Moldova*. Ein Handbuch, Leipzig 2012, S. 78-86)

88 King, *Ambivalence of Authenticity*, S. 126; King, *Moldovans*, S. 63-74.

gen Eigenstaatlichkeit der PMR ist die Selbstständigkeit der MASSR von enormer Bedeutung. So stellt die PMR-Historiographie die Bedeutung lokaler Akteure heraus. Dabei konnte sie auf die Vorarbeit der sowjetischen Geschichtsschreibung aufbauen. Insbesondere der Personenkult um den »Robin Hood« und Bürgerkriegsheld der südwestlichen UdSSR Grigorij Kotovskij wurde fortgeführt. Dieser sowjetisch-regionalen Heldenfigur schreibt die PMR-Geschichtsschreibung eine federführende Rolle bei der Gründung der MASSR zu.⁸⁹

Nachdem die Sowjetunion mit dem Segen des »geheimen Zusatzprotokolls« des Hitler-Stalin-Paktes⁹⁰ Bessarabien im Juni 1940 annektiert hatte, vereinigte Moskau dieses neu gewonnene Gebiet im August 1940 mit einem Teil der MASSR zur Moldauischen Sozialistischen Sowjetrepublik (MSSR). Nur die unmittelbar an den Dnjestr angrenzenden Bezirke der MASSR gingen in die neue moldauische Unionsrepublik ein. Dieses in die neue Republik eingebrachte MASSR-Gebiet entspricht ziemlich exakt dem heutigen Territorium der Dnjestr-Republik.⁹¹

Die Zusammenlegung des Großteils der MASSR mit dem landwirtschaftlich geprägten Bessarabien (während der andere Teil bei der Ukrainischen SSR verblieb) interpretiert das PMR-Geschichtsbild als Zerschlagung der ersten (blühenden) Staatlichkeit am Dnjestr. Die Bewohner des Dnjestr-Tals werden in dieser Perspektive zu den ersten Opfern des Hitler-

89 In Tiraspol' erzählt das 1991 eingerichtete Kotovskij-Museum die Geschichte des sowjetischen Regionalhelden aus Sicht der PMR-Geschichtspolitik. Das Grundlagenwerk der PMR-Geschichte von den Nationalgeschichtsschreibern um Nikolaj Babilunga streicht Kotovskijs Rolle bei der MASSR-Gründung heraus. (Babilunga u. a., *Istoriija Pridnestrovskoj Moldavskoj Respubliki*, S. 86; 92-93) Die moldauische Historiographie dagegen ist gespalten über den Sowjetheld, dessen Mausoleum in der nach ihm benannten südwestukrainischen Stadt Kotovsk steht. Für die rumänienorientierte Öffentlichkeit ist er ein Feindbild, während die moldovenistische Strömung in der Geschichtsschreibung den aus der Nähe von Chişinău stammenden Kotovskij in ihre Narrative einbaut. Das Kotovskij-Denkmal steht somit weiterhin vor dem Hotel Kosmos im Stadtzentrum von Chişinău, obwohl es mehrfach beschädigt wurde.

90 Dort heißt es wörtlich: »Hinsichtlich des Südosten Europas wird von sowjetischer Seite das Interesse an Bessarabien betont. Von deutscher Seite wird das völlige politische Desinteressement an diesen Gebieten erklärt.« (»Geheimes Zusatzprotokoll«, abgedruckt in: Kaminsky, Anna; Müller, Dietmar; Troebst, Stefan (Hg.): *Der Hitler-Stalin-Pakt 1939 in den Erinnerungskulturen der Europäer*, Göttingen 2011, S. 261)

91 Aus dem bessarabischen Teil der MSSR gingen nur die Stadt Bendery und einige Dörfer in deren Umland in die PMR ein.

Stalin-Pakts.⁹² Den Beschluss des moldauischen Parlaments vom Juni 1990, der die Abmachungen des Paktes und des »geheimen Zusatzprotokolls« für ungültig erklärte, werten die PMR-Historiker als rechtliche Absicherung ihrer Unabhängigkeit von Moldova – schließlich hätten die an den Dnjestr angrenzenden Rayons der MASSR (also das heutige Pridnestrov'e) ohne die Abmachung zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und der Sowjetunion nicht mit Bessarabien vereinigt werden können.⁹³

Die historischen Narrative zur Legitimierung der Eigenstaatlichkeit der PMR wurden erst nach deren Gründung ausgearbeitet. Zu diesem Zwecke richtete die neue Staatsführung eigens ein »Wissenschaftliches Forschungslabor der Geschichte von Pridnestrov'e« (*Naučno-issledovatel'skaja laboratorija istorii Pridnestrov'ja*) ein. Dieses sollte die Aufgaben erfüllen, die sich aus dem Beschluss des Parlaments der PMR im März 1991 »über die Maßnahmen zur Bewahrung der Selbstständigkeit des moldauischen [sic!] Volkes, seiner Sprache und Kultur«⁹⁴ ergaben. Zentraler Angestellter dieser Forschergruppe war der Historiker Nikolaj Babilunga. Dieser hatte an der Akademie der Wissenschaften in Chişinău das Handtuch geworfen, da seine

92 Im Gegensatz zu *Pridnestrov'e* habe beispielsweise Litauen durch den Pakt gewonnen, schließlich habe es Gebiete mitsamt der neuen Hauptstadt Vilnius hinzugewonnen und innerhalb der Sowjetunion den Republikstatus erhalten, argumentiert Babilunga in einer kuriosen Umdrehung der gängigen Sichtweise. (Babilunga, Nikolaj V.: *Istorija PMR. V kratkom izloženíi*, in: Matsuzato, Kimitaka (Hg.), *Pridnestrov'e v makroregional'nom kontekste černomorskogo poberež'ja*. Sbornik statej, Sapporo 2008, S. 22-61, S. 22)

93 Ebd. Für die Politiker und Geschichtspolitiker in Moldova stellte der Hitler-Stalin-Pakt dagegen ein großes Problem dar, da der Vorläufer der Republik Moldova, die MSSR, erst im Gefolge der dortigen territorialen Festlegungen entstand. Bessarabien hatte bis dahin zu Rumänien und das Gebiet der heutigen PMR zur Ukraine gehört. Für die rumänienorientierten moldauischen Nationalisten war das kein Problem – sie wollten sowieso die Wiedervereinigung mit Rumänien, ob mit oder ohne Transnistrien. Zusätzlich ermöglichte eine solche Perspektive, das südliche Bessarabien zwischen Dnjestr, Schwarzem Meer und rumänischer Grenze zurückzufordern, das die Stalin-Administration der Ukraine als Kompensation für das verlorene Dnjestr-Tal zugeschlagen hatte. Die Verfechter einer Eigenstaatlichkeit Moldovas, die die territoriale Integrität der MSSR/RM verteidigen wollten, konnten dagegen zum Hitler-Stalin-Pakt keine vergleichbar eindeutige Position entwickeln. (Sato, Keiji: *Die Molotow-Ribbentrop-Kommission 1989 und die Souveränitätsansprüche post-sowjetischer sezessionistischer Territorien*, in: Kaminsky, Anna u. a. (Hg.), *Der Hitler-Stalin-Pakt 1939 in den Erinnerungskulturen der Europäer*, Göttingen 2011, S. 199-215, S. 211-214)

94 »O pervoočerednych merach po sochraneniju samobytnosti moldavskogo naroda, ego jazyka i kul'tury«, zitiert nach: Babilunga, Nikolaj V. u. a.: *Istorija Pridnestrovs'koj Moldavskoj Respubliki*. Bd. 1, Tiraspol' 2000, S. 8.

pro-sowjetischen Positionen dort nicht mehr gelitten waren. Die Historiker des »Labors« um Babilunga erarbeiteten für die junge Republik eine weit in die Vergangenheit zurückreichende historische Meistererzählung. Das zwei-bändige Grundlagenwerk »Geschichte der PMR« beginnt in der Altsteinzeit und erzählt eine Geschichte von der Eigentümlichkeit des Dnjestr-Tals, das sich immer durch Wanderungsbewegungen und eine multikulturelle Gesellschaft ausgezeichnet habe. Die Dnjestr-Region sei immer ein Grenzraum zwischen verschiedenen Imperien und Kulturen gewesen.⁹⁵

Vor der Staatsgründung betonten die Verlautbarungen und Debatten (in) der transnistrischen Bewegung noch nicht so sehr die Legitimität einer Eigenstaatlichkeit, sondern wandten sich vielmehr vorrangig gegen die Trennung von der UdSSR und gegen eine Vereinigung mit Rumänien. Im Zentrum dieser Argumentationen stand die historische Anbindung an Russland. Seit den Eroberungen Katharinas der Großen und ihres Feldherrn Aleksandr Suworov zwischen 1790 und 1812 im Krieg gegen das Osmanische Reich war die Region ein Teil Russlands. Tiraspol' wurde in dieser Zeit als Hauptstadt des neuen Verwaltungsbezirks des Zarenreichs gegründet. Einzige Unterbrechung der jahrhundertelangen Zugehörigkeit zu Russland war die rumänische Besetzung im Zweiten Weltkrieg. Diese beschreibt nicht erst die PMR-(Staats-)Historiographie als Schreckenszeit, sondern sie gehörte bereits zu den zentralen Themen des Separatismus in der Bewegungsphase (und natürlich zum regionalen Geschichtsnarrativ in der UdSSR). Artikel in den Zeitungen der separatistischen Bewegung entwarfen immer wieder ein (nicht unbedingt falsches) Bild von einer Besetzung, unter der sämtliche Bewohner der Region (auch die Moldauer) extrem litten und die demzufolge auch von allen älteren Personen als solche erinnert werde.⁹⁶ Besonders die Einführung der rumänischen Trikolore bekämpfte die Bewegung im Dnjestr-Tal mit dem Argument, dass diese »im Volksgedächtnis mit der faschistischen Besetzung, Terror und Unterdrückung des Menschen der Arbeit assoziiert wird.«⁹⁷

Anders als auf der Krim gab es im Dnjestr-Tal außer dem neuen Zentrumsstaat Moldova keinen konkurrierenden Nationalismus. Die Autonomie-

95 Babilunga, Nikolaj V. u. a.: Istorija Pridnestrovskoj Moldavskoj Respubliki. Bd. 1, Tiraspol' 2000; Bd. 2, 1. und 2. Teil, Tiraspol' 2001. Gründung des Geschichtslaboratoriums und Inhalte des Bandes auch nach Troebst, Separatistischer Regionalismus, S. 209-210.

96 Z. B. Renica, A.: Slobozija, 20 Maja ..., in: Dnestrovskaja Pravda, 23.5.1990, S. 2; Schod v Slobozii, in: Dnestrovskaja Pravda, 30.5.1990, S. 1.

97 »[V] pamjati narodnoj asociiruetsja s fašistskoj okkupaciej, terrorom i ugneteniem čeloveka truda.« Potašëv, V.: Govorjat deputaty gorsoveta – na aktual'nye temy, in: Dnestrovskaja Pravda, 9.5.1990, S. 1.

bestrebungen der gagausischen Bewegung im Süden Moldovas waren vielmehr ein Bündnispartner der Separatisten in Pridnestrov'e. Einige Betriebe in den Städten im Süden Moldovas beteiligten sich im August 1989 an dem Streik gegen die Sprachgesetze aus Chişinău und bei den späteren Schritten für einen Staatsaufbau unterstützten sich die beiden Autonomiebewegungen gegenseitig.⁹⁸

Der Dnjestr als natürliche Grenze zwischen Kulturen und Zivilisationen war ein älterer bestehender Topos bei Historikern und Geopolitikern in der Sowjetunion, im zaristischen Russland und anderswo. Die Idee, dass das heutige *Pridnestrov'e* eine politische Einheit sein könnte, entstand aber erst mit der separatistischen Bewegung. Das Territorium formte sich erst im Rahmen des Konflikts und das zugehörige Bewusstsein musste erst noch verankert werden. Auch die Aktivisten der Bewegung gegen die moldauischen Sprachgesetze hatten am Beginn der Mobilisierungen die spätere Geographie der PMR noch nicht im Kopf.⁹⁹

Vergleichendes Resümee

Verfügbare und allseits bekannte Regionaldiskurse sind für das Projekt einer Abspaltung und des Aufbaus eines neuen Staates sicherlich hilfreich – aber nicht unbedingt ausschlaggebend. Auf der Krim als Geschichtsregion par excellence, deren Auftauchen im Staatsbestand der Ukraine 1991 bei den Bewohnern geradezu Erstaunen hervorrief, scheiterten die Separatisten trotz großer Zustimmung zu ihren Ansichten. Die PMR-Gründer bauten ihre Republik in regionalgeschichtlicher Hinsicht praktisch aus dem Nichts. Der territoriale Bezugspunkt musste erst im Laufe der Mobilisierungen geschaffen werden und die legitimierende Geschichtserzählung dafür nach der Staatsgründung nachgeliefert werden. Zu Beginn waren die Ziele der Mobilisierungen noch nicht auf das Territorium ausgerichtet, sondern definierten sich in Gegnerschaft zu den Projekten der Republikführung. Ein wichtiger Unterschied fand sich aber in diesen Projekten, bzw. der Vorstellung, die die Separatisten davon verbreiteten: In Moldova brachten immer wieder politische Akteure eine Vereinigung mit Rumänien ins Spiel. Die Abgrenzung gegen dieses Szenario gehörte zu den entscheidenden Bestandteilen der

98 Zur Zusammenarbeit zwischen den Autonomiebewegungen in Gausien und im Dnjestr-Tal siehe Kapitel III.1.: Territorialisierung. Zur gagausischen Bewegung allgemein: King, Charles: Minorities Policy in the Post-Soviet Republics: the Case of the Gagauzi, in: *Ethnic and Racial Studies* 20 (1997), Nr. 4, S. 738-756; Troebst, Stefan: Von »Gagauz Halkı« zu »Gagauz Yeri«. Die Autonomiebewegung der Gausen in Moldova von 1988 bis 1998, in: *Ethnos-Nation* 7 (1999), S. 41-54.

99 Siehe Kapitel III.1.: Territorialisierung.

Ideologie der transnistrischen Bewegung. Auf der Krim stand keine Vereinigung mit einem außer-sowjetischen Drittstaat als Möglichkeit im Raum. In Abgrenzung zu welchen Regierungspolitiken und Nationalismen in Kiew und Chişinău sich die separatistischen Bewegungen formierten, zeigt das folgende Kapitel.

4. Die Politik der neuen Zentren:

Nationalismus und Sprachpolitik in Moldova und Ukraine

Am 31. August 1989 beschloss der Oberste Sowjet in Chişinău die lange umstrittene Gesetzesvorlage, die Moldauisch zur alleinigen Staatssprache der moldauischen Sowjetrepublik machte. Die Funktionsträger in der Republik wurden verpflichtet, neben dem für viele gewohnten Russisch die neue Staatssprache binnen fünf Jahren zu lernen. Das kyrillische Alphabet des Moldauischen ersetzte die neue Gesetzgebung durch die lateinische Schrift. Nicht nur östlich des Dnjestr, sondern in allen Industriestädten der MSSR brach daraufhin ein Proteststurm los. Über hundert Industriebetriebe und andere Einrichtungen wurden über einen Monat bestreikt, die Parlamentarier aus dem Ostteil der Republik zogen sich aus dem moldauischen Obersten Sowjet zurück und am Ende der Auseinandersetzung stand die Gründung einer dreisprachigen Autonomen Sowjetrepublik am Dnjestr. Die Sprachgesetze waren fraglos der Auslöser der separatistischen Bewegung in der Region am Dnjestr. Nationalistische Mobilisierungen in Chişinău und pro-rumänische Politik der Republikführung führten immer wieder zu Gegenmobilisierungen, die in den Industriestädten im Osten Moldovas eine besondere Stärke hatten. So ist der PMR-Separatismus in der Forschung als »reaktiver Nationalismus«¹⁰⁰ bezeichnet worden.

Anders stellt sich die Situation auf der Krim dar. Die Sprachgesetze Kiews im Herbst 1989 lösten unter anderem auf der Krim zwar Missstimmung aus, führten aber nicht zu einer relevanten Gegenmobilisierung. Die Märsche ukrainischer Nationalisten in Sevastopol' und Simferopol' wurden von der pro-russländischen Bewegung mit Protesten beantwortet, welche aber zahlenmäßig klein ausfielen. Eine mit der transnistrischen vergleichbare umfassende Mobilisierung gegen den ukrainischen Nationalismus und Maßnahmen der ukrainischen Regierung fand auf der Krim nicht statt.

Sind also strikte Sprachgesetze, ausgrenzende Politik und der Nationalismus der Nachfolgestaaten der Sowjetunion als Ursache, ausschlaggebender Faktor, Hauptantriebskraft der Territorialkonflikte zu identifi-

100 Chinn u. Roper, *Ethnic Mobilization*.

zieren? Bei einem Blick auf andere Fälle lässt sich auch das Gegenteil behaupten. Der norwegische Politikwissenschaftler Pål Kolstø beispielsweise hat den Fall Moldovas mit Estland verglichen. Die baltische Republik führte rigorose Sprachgesetze ein und machte exklusive Staatsbürgerschaftsrechte, die einem Drittel der Bevölkerung den estnischen Pass verweigerten. Dar- aus, dass in dem Nachfolgestaat der Sowjetunion mit den am stärksten aus- grenzenden Gesetzen die russophone Minderheit keinen bewaffneten Kon- flikt anzettelte, schließt Kolstø, dass sich gewalttätige Konflikte nicht aus dem Diskriminierungsgrad erklären lassen: »Levels of discrimination against the nontitulars are irrelevant to explaining variations in the dependent variable [Variable: ob es zu einem gewalttätigen Konflikt kommt, oder nicht].«¹⁰¹

Derartige Argumentationen, in denen die Politik des Zentrumsstaates, Nationalismus und Diskriminierung entweder den Gewaltkonflikt rundum erklärt oder aber irrelevant ist, sind etwas holzschnittartig. Das Ergebnis hängt stark von der Auswahl der Fälle und vom Design des Vergleichs ab. Der weite Weg vom »Faktor« Sprachgesetz zum (eventuell gewalttätigen) kollektiven Handeln wird weitgehend ausgeblendet. Der gesamte Prozess der Konstituierung von Akteuren als Konfliktpartei wird ersetzt durch die Annahme einer handlungsfähigen Gruppe »der Russophonen«, der »Russen« oder der »Ostslawen«, die auf eine Politik des Staates reagieren können. Welche Akteure unter welchen Umständen fähig sind, überhaupt erst einmal eine Wahrnehmung der Regierungspolitik als diskriminierend zu produzieren, um dann kollektives Handeln zu organisieren, wird nicht diskutiert.

Genau dorthin soll in diesem Buch der Blick gelenkt werden. Inwiefern tragen Nationalismus und Sprachgesetze der neuen Zentrumsstaaten zur Formierung der separatistischen Bewegungen bei? Im Folgenden wird dar- gelegt, dass die Politiken der neu nationalisierenden Staaten für die Kon- stituierung der separatistischen Bewegungen durchaus relevant sind, auch wenn sie keine Ursache, aus der sich der Konflikt per se ergibt, darstellen. Vielmehr müssen sich kollektive Akteure formieren und die Konfliktsitua- tion herstellen.

Moldova

In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre erstarkte in der MSSR ein pro-rumä- nischer Nationalismus, dessen Mobilisierungen 1989/90 ihren Höhepunkt fanden. In diesem Nationalismus verbanden sich ein rumänischer Ethno-

101 Kolstø, Pål: Conclusion, in: ders. (Hg.), National Integration and Violent Con- flict in Post-Soviet Societies. The Cases of Estonia and Moldova, Lanham; Boul- der 2002, S. 249-273, S. 270.

nationalismus, der sich gegen das sowjetische Nationskonzept »Moldawien/Moldova« richtete, und Unabhängigkeitsbestrebungen, die sich gegen die UdSSR, Moskau und die Kommunistische Partei wandten. Dieser Nationalismus fand einen Widerhall in der Regierungspolitik in Chişinău. Nationalistische Demonstrationen und Regierungspolitik wurden Auslöser der Gegenmobilisierungen einer politischen Bewegung, die für den Erhalt der Sowjetunion und für die Interessen der »Russischsprachigen« eintrat.

Im Um- und Aufbruch der Perestrojka postulierten nationalistische Intellektuelle, dass die Moldauer Teil der rumänischen Nation seien. Diese Akteure betrachteten das Konzept einer moldauischen Nation als Erfindung des Nationalitätenkommissars der UdSSR und stellten dem eine echte, urwüchsige rumänische Nation als »angestammte« und deshalb bevorrechtigte Nationalität gegenüber. Schriftsteller, Historiker und andere Intellektuelle entwarfen in der Zeitung des Autorenverbands *Literatura și Artă* eine Erzählung von einer Einheit von Moldova mit Rumänien und von nationaler Unterdrückung durch den sowjetischen Staat und die »russische Kultur«. Der Intellektuellen-Zirkel *Alexei Mateevici*, die anfangs noch auf Perestrojka-Linie befindliche Demokratische Bewegung zur Unterstützung des Umbaus (*Mișcarea Democrată pentru Sprijinul Reformelor*) und weitere im akademischen Milieu verankerte Vereinigungen schlossen sich im Mai 1989 zur »Volksfront von Moldova« (*Frontul Popular din Moldova*) zusammen, in der (rumänisch-)nationalistische Ideen dominierten und die zur stärksten Kraft dieser politischen Ausrichtung avancierte.¹⁰²

Auf Großdemonstrationen in Chişinău forderten die Volksfront und ihre Anhänger eine neue Sprachpolitik, die Moldauisch privilegieren und mit dem Rumänischen für identisch erklären sollte. Ein größeres Maß an Unabhängigkeit von der Sowjetunion und eine Verurteilung des Hitler-Stalin-Pakts (Molotov-Ribbentrop-Pakt) gehörte ebenfalls zu den Forderungen dieser Demonstrationen. Höhepunkt der Mobilisierungen des Jahres war die Großkundgebung am 27. August 1989 zu Beginn der entscheidenden Parlamentssitzung über die Sprachgesetze. Mehrere Hunderttausend Teilnehmer demonstrierten für die Annahme der bereits auf den Weg gebrachten Gesetzesvorlagen. Die Kundgebung firmierte unter dem historisierenden Titel »Große Nationalversammlung« (*Marea Adunare Națională*), womit die Ver-

102 Cașu, Igor: Die Republik Moldau 1985-1991 – von der Perestrojka bis zur Unabhängigkeit, in: Bochmann, Klaus u. a. (Hg.), Die Republik Moldau – Republica Moldova. Ein Handbuch, Leipzig 2012, S. 109-118, S. 111-113; King, Moldovans, S. 128, 138; Zgureanu-Guragata, Catalina: What Kind of Nationalism for the Republic of Moldova? In: Heintz, Monica (Hg.), Weak State, Uncertain Citizenship: Moldova, Frankfurt a. M. 2008, S. 35-56, S. 48.

anstalter auf gleichnamige Versammlungen der rumänischen Nationalbewegung im Habsburgerreich verwiesen.¹⁰³ Die veranstaltende Organisation, die moldauische Volksfront, rief das Parlament dazu auf, »den historischen Namen unseres Volkes, den es Jahrhunderte lang getragen hat [...] den Namen Rumänisch, und den Namen seiner Sprache, die rumänische Sprache«¹⁰⁴ wieder herzustellen. Mit (auf Russisch vorgebrachten) Losungen wie »Koffer – Bahnhof – Russland« (*»Čemodan – Vokzal – Rossija«*) wurden auf der Kundgebung Russen und russischsprachige Nicht-Rumänen verbal angegriffen. Am selben Tag protestierten in Chişinău Anhänger der sowjetkonservativen Vereinigung *Interduviženie-Edinstvo* gegen diesen Nationalismus, für eine gesetzliche Gleichberechtigung von Russisch und Moldauisch und für den Erhalt der Sowjetunion.¹⁰⁵

Die politische Führung der MSSR, darunter Teile des ZK der KP Moldovas und die Mehrheit des Obersten Sowjets, griff die Forderungen der Nationalisten auf. Die vom Obersten Sowjet der MSSR verabschiedeten neuen Sprachgesetze erklärten Moldauisch zur alleinigen Staatssprache. Diese war nun nicht mehr in kyrillischen, sondern in lateinischen Lettern zu schreiben. »Moldauisch« blieb die offizielle Bezeichnung, aber in der Präambel postulierte der Gesetzgeber die Identität der Staatssprache mit der rumänischen Sprache. Der Paragraph »Über das Funktionieren der Sprachen in der MSSR« machte Russisch zur »Sprache der inter-ethnischen Kommunikation« – eine Kompromissformel, denn die Hardliner hatten in der langen Diskussion um die Vorlage gefordert, *Rumänisch* zur Sprache der interkulturellen Verständigung zu machen. Außerdem verpflichtete das Gesetz Funktionsträger in Staat und Wirtschaft, sich binnen 5 Jahren die neue Staatssprache anzueignen und etablierte Sprachkurse und -tests.¹⁰⁶

Keineswegs bestand die nationalistische Bewegung ausschließlich aus oppositionellen Dissidenten. Mit dem Schriftstellerverband, der Universität und der Akademie der Wissenschaften fungierten auch systemnahe Institutionen und Organisationen als Orte der nationalistischen Ideenbildung Ende der 1980er Jahre, und zahlreiche Beteiligte waren Mitglieder der KPM. Politisch einflussreich wurde diese Strömung dadurch, dass jüngere Parteifunktionäre, deren Karrieren mit dem Landwirtschaftssektor der MSSR verbunden waren, die nationalen Anliegen zu ihrer Sache machten.

103 Dima, Nicholas: *From Moldavia to Moldova. The Soviet-Romanian Territorial Dispute*, Boulder 1991; S. 144; King, *Moldovans*, S. 129.

104 »[T]he historic name of our people, which it has carried for centuries [...] the name Romanian, and the name of its language, the Romanian language«, zitiert nach ebd., S. 120.

105 Ebd., S. 130; Kaufman, *Spiraling to Ethnic War*, S. 122-123.

106 King, *Moldovans*, S. 130-131.

Diese Kohorte um den Parlamentsvorsitzenden und späteren Präsidenten der Republik Moldova, Mircea Snegur, war in den 1940er Jahren geboren, war am Institut für Landwirtschaft in Chişinău (oder an der Staatlichen Universität) ausgebildet worden, dann über Positionen als Ingenieur, Agronom und Direktor in Landwirtschaftsbetrieben aufgestiegen und in eine (zunächst lokale) politische Karriere in der KPM eingestiegen.¹⁰⁷ So war Snegur beispielsweise zum Sekretär des Zentralkomitees der KPM für Landwirtschaftsfragen aufgestiegen, bevor er im Juli 1989 Parlamentsvorsitzender wurde. Diese Parteifunktionäre sahen in der Sprachpolitik die Chance, Konkurrenten um politische Ämter aus den industriellen Sektoren, die oft kein Moldauisch sprachen, weil sie aus anderen Teilen der Sowjetunion gekommen waren und/oder weil in ihren urbanen Lebenskontexten Russisch die dominante Sprache war, von zentralen Positionen zu verdrängen.¹⁰⁸

Die die nationalistische Bewegung führende Koalition aus Akademikern und Parteifunktionären fand eine Massenbasis in städtischen Milieus, die in den 1970er Jahren innerhalb der MSSR vom Land in die Stadt gezogen waren. Mit ihren moldauischen Sprachkompetenzen konnten sie sich von den Sprachgesetzen Vorteile bzw. den Abbau von Nachteilen in beruflichen Karrieren erhoffen. King macht auch politische Einstellungen, die mit einem romantisierenden Blick auf »ländliches Leben« und nationale Authentizität verbunden waren, als weiteres Motiv aus.¹⁰⁹

Mit der zunehmenden Massenbeteiligung an Demonstrationen und der Kooptation von Parteifunktionären wuchs der Einfluss der nationalistischen Bewegung auf die Politik und die personelle Zusammensetzung der Führung der MSSR. Aufgrund des anhaltenden Drucks der Nationalisten musste der Erste Sekretär des ZK der KPM Simon Grossu, der bis zuletzt an der Zweisprachigkeit des Staatswesens und der Eigenständigkeit der moldauischen Sprache festgehalten hatte, seinen Posten räumen. Mit Petru Lucinschi wurde im November 1989 ein erfahrener Politiker Parteichef in Moldova, dem die Moskauer KPdSU-Führung den Spagat zwischen einer Politik für den Erhalt der Sowjetunion und einer Integration der Volksfront in die offizielle Politik zutraute. In zunehmendem Maße verlagerte sich jedoch die Macht aus der Parteizentrale, die in der von nationalen Themen dominierten politischen Debatte längst die Initiative verloren hatte, zum Obersten

107 Dabei profitierten sie von der Eliten-Rekrutierungspolitik der KPM-Führung in den 1960ern, die im Bestreben einer »Indigenisierung« der Partei bevorzugt Kader aus der MSSR in der Parteihierarchie beförderte. 1989 waren die Moldauer innerhalb der Parteiführung relativ zum Bevölkerungsanteil überrepräsentiert. (Ebd., S. 135)

108 Ebd., S. 134-136.

109 Ebd., S. 139-140.

Sowjet und dessen Präsidium unter Mircea Snegur. Mit der ersten freien Parlamentswahl kamen 1990 die Rumänien-orientierten Nationalisten dort an die Macht. Die Moldauische Volksfront gewann fast ein Drittel der Sitze und bestimmte gemeinsam mit verbündeten national-reformerisch gestimmten Parteifunktionären über die neue Regierungszusammensetzung. Mit dem neuen Premierminister Mircea Druc und dem Innenminister Ion Costaş nahmen dezidierte Nationalisten die höchsten politischen Ämter neben Mircea Snegur und Parteichef Lucinschi ein.¹¹⁰

Mit dem Eintritt der Volksfront-Anhänger in die Regierung erreichten die nationalistischen Bestrebungen einen neuen Höhepunkt. In den ersten Wochen ihrer Amtszeit glich die Regierung die Staatssymbolik der Sowjetrepublik Moldova den Insignien Rumäniens an. Die blau-gelb-rote Trikolore wurde mit leichten Veränderungen zur Staatsfahne. Auch die Hymne des Nachbarstaates – mit dem Titel »Erwache, Rumäne!« (*»Deşteaptă-te, române!«*) – wurde übernommen.¹¹¹ Den Jahrestag der Verabschiedung der Sprachgesetze erklärte die Republikführung zum Feiertag »Unsere Rumänische Sprache« (*»limba noastră română«*). Kommentare in der Zeitung der Volksfront *Țara* kritisierten ihre Organisation dafür, dass man es ausgerechnet dem ZK der KPM (gemeint war, der politischen Führung Moldovas um Mircea Snegur) erlaube, sich als Speerspitze des nationalen Selbstbewusstseins zu inszenieren.¹¹² Im Dezember 1990 rief der Vorsitzende des Obersten Sowjets Mircea Snegur zu einer weiteren »nationalen Versammlung« auf, an der abermals mehrere Hunderttausend Menschen teilnahmen. Die Veranstalter inszenierten die Großkundgebung als eine Art Volksentscheid gegen den neuen Unionsvertrag Gorbacëvs und für eine Selbstständigkeit Moldovas. Gleichzeitig zeigte das Sprachgesetz Wirkung – zahlreiche russischsprachige, oppositionelle oder pro-sowjetische Wissenschaftler, Juristen oder Beamte verloren ihre Positionen durch den politischen Druck der Nationalisten.¹¹³

110 Kaufman, *Spiraling to Ethnic War*, S. 122-125.

111 Troebst, *Transnistrian Moldovan Republic*, S. 199. 1994 ersetzte das nun von den Agrardemokraten dominierte Parlament die rumänische Nationalhymne durch eine eigene. Zum Text der neuen Hymne wurde das Gedicht »Unsere Sprache« (*Limba noastră*) von Alexei Mateevici, das nicht darauf eingeht, ob diese Sprache moldauisch oder rumänisch zu nennen ist. Somit integriert dieser Liedtext die »moldovenistische« Perspektive. (King, *Moldovans*, S. 159)

112 Čiobanu, I.: »Naš rumynskij jazyk« ne može byt' prazdnikom kommunistov, in: *Țara*, 23.8.90, S. 1. Um mit den Gegnern Moskaus in anderen Teilen der Sowjetunion kommunizieren zu können, gaben die moldauisch-rumänischen Nationalisten ihre Zeitung auch auf Russisch heraus.

113 Die Sicht eines der in Chişinău in Ungnade gefallenen Historiker bei: Šornikov,

Den erweiterten Spielraum nutzten nationalistische Gruppierungen, um mit Gewalt gegen Nicht-Rumänen und gegen ihre politischen Gegner vorzugehen. Im Mai 1990 wurde ein russischsprechender Student in Chişinău zu Tode geprügelt. Abgeordnete des Obersten Sowjets, die mit der *Interdvizenie* sympathisierten oder auf andere Weise mit der russischsprachigen Bevölkerung in Verbindung zu bringen waren, wurden in der Hauptstadt gewalttätig bedroht und angegriffen. Im Sommer 1990 ließ Premier Druc offiziell nationalistische Freiwilligenverbände staatlich registrieren, welche wenige Monate später erstmals in Aktion traten. Zur Verhinderung eines Autonomiereferendums in Gagausien im November 1990 rückten neben Sonderpolizeitruppen auch diese paramilitärischen Trupps aus. Nachdem sie von Einheiten des Moskauer Innenministeriums (die Sowjetunion bestand noch fast ein Jahr) gestoppt worden waren, besetzten sie Grenzposten zu Rumänien und öffneten sie symbolisch, um die Einheit Moldovas mit dem Nachbarland zu signalisieren. Später beteiligten sich diese paramilitärischen Verbände am Kurzkrieg am Dnjestr.¹¹⁴

Die Hochphase des Nationalismus war allerdings nach 1990/1991 vorbei. Die starken Gemeinsamkeiten von rumänisch-nationalistischen Intellektuellen und den machtorientierten ehemaligen Parteifunktionären hatten sich in der Sprach- und Symbolpolitik weitgehend erschöpft. Die politische Elite um den nach der Unabhängigkeit zum ersten Präsidenten gewordenen Mircea Snegur hatte sich bis 1991 auf einen Kurs der Eigenstaatlichkeit festgelegt. Die stärksten politischen Fraktionen wollten eine Unabhängigkeit von der Sowjetunion, aber keine Vereinigung mit Rumänien.¹¹⁵ Der nationalistische Premier Mircea Druc verlor bereits nach einem Jahr im Amt eine Vertrauensabstimmung und musste im Mai 1991 zurücktreten. 1994 zementierte eine Volksabstimmung die Eigenstaatlichkeit – eine große Mehrheit der Wahlberechtigten stimmte gegen eine Vereinigung mit Rumänien. Die vom Sprachgesetz vorgesehenen Sprachtests für Staatsangestellte wurden eingestellt und die vorher für die Kontrolle der Sprachkompetenzen zuständige Verwaltungsabteilung wurde praktisch geschlossen.¹¹⁶ Zum Zeitpunkt des Abflauens der nationalistischen Mobilisierung standen die politischen Signale im Dnjestr-Tal aber längst auf Separation – politische Organisationen hatten sich formiert, Autonomiereferenda hatten stattgefunden, die Sowjet-Republik am Dnjestr war im September 1990 ausgerufen worden.

Pětr: Pokušenie na status. Ĕtnopolitičeskie processy v Moldavii v gody krizisa 1988-1996, Chişinău 1997.

114 Kaufman, *Spiraling to Ethnic War*, S. 124-125.

115 King, *Moldovans*, S. 150.

116 Ebd., S. 159-160.

Die nationalistischen Mobilisierungen und die Maßnahmen der Regierung hinterließen bei russischsprachigen Industriearbeitern und moskauorientierten Fabrikdirektoren eine gewaltige Wirkung und sie trugen durchaus zum Entstehen der separatistischen Bewegung im Dnjestr-Tal bei. Die zentralen Mobilisierungsereignisse auf dem Weg zur Gründung der PMR waren Reaktionen auf die rumänienorientierte Politik in Chişinău. Das Urmobilisierungsereignis der separatistischen Bewegung war ein direkter Protest gegen die Sprachgesetze: der Streik im August und September 1989. Die Stadtsovjets von Rybnica, Bendery und Tiraspol' fällten Beschlüsse, die Gültigkeit der Sprachgesetze in ihren Verwaltungsgebieten nicht anzuerkennen, und begaben sich somit erstmals in eine Gegenposition zu Chişinău.

Dass die Sprachgesetze überhaupt zu Protest führten, ist keine Selbstverständlichkeit. Die erste Reaktion der Arbeitskollektive auf den zunächst vorgelegten Vorschlag des Obersten Sowjet war nicht Protest, sondern die Einrichtung von Moldauisch-Sprachkursen. Zunächst mussten politische Aktivisten die Inhalte der Gesetzesvorlage als skandalisierbare Benachteiligungen ausformulieren. Im Frühjahr 1989 hatten sich einige kleine Diskussionszirkel zusammengefunden, die die Folgen der Sprachgesetze diskutierten. Die lokalen Zeitungen im Dnjestr-Tal griffen das Thema zunehmend auf. In dieser öffentlichen Debatte ging es nicht nur um die Sprachgesetze, sondern auch um grundsätzlichere Fragen nach dem Fortbestehen der Sowjetunion und dem Nationalismus in der MSSR. Die regionale Presse zeichnete bereits 1989 starke Bilder von gefährlichen Nationalisten und einer versagenden Parteiführung in Chişinău. Mögliche Auswirkungen der Sprachgesetze wurden hier skandalisiert – so veröffentlichte die Organisation *Edinstvo* beispielsweise in mehreren lokalen und betrieblichen Blättern eine Liste aus Lettland mit Ämtern und Positionen, deren Inhaber nach den neuen dortigen Gesetzen einen Nachweis über die Kenntnisse in der neuen Staatssprache bringen mussten.¹¹⁷

In diesen Debatten stellten die Beteiligten gemeinsame Überzeugungen und Deutungsmuster für die gesellschaftliche Situation her, die über das Thema der eigentlichen Sprachgesetze hinausgingen. Wie der genaue Wortlaut der Sprachgesetze lautete und ob sich daraus tatsächlich schwere Nachteile für die Einzelpersonen ergeben würden, war nicht der entscheidende

117 Oni objazany znat' gosjazyk, in: Rybnickij Metallurg, 17.3.1990, S. 2. Zu den ersten Zusammenkünften und Diskussionen über die Sprachgesetze z. B.: Semenjuk, V.A.: »Dima byl neordinarnoj ličnost'ju«, in: Alfer'eva, L. (Hg.), On žizn' respubliky otdal. Sbornik statej D. F. Kondratoviča i vospominanij o nĕm, Bendery 2003, S. 558-559; Potašĕv, V. Ja: Ostalsja čistym, čestnym, in: Alfer'eva, L. (Hg.), On žizn' respubliky otdal. Sbornik statej D. F. Kondratoviča i vospominanij o nĕm, Bendery 2003, S. 555-558.

Punkt für das Zustandekommen der Mobilisierung. Erst dass die Akteure Deutungsmuster anboten und darauf basierend eine Konfliktpartei formierten, machte die Sprachgesetze zum Anlass des Konflikts. Dessen Eskalation wiederum ist aber auch nicht ohne die Formierung einer (rumänisch-)nationalistischen Bewegung und der zwischenzeitlich mit deren Standpunkten konvergierenden Politik der moldauischen Regierung zu verstehen.

Ukraine

Von den Voraussetzungen her hätte auf der Krim dieselbe Mobilisierung wie im Dnestr-Tal stattfinden können. Auch in der Ukraine verabschiedete der Oberste Sowjet ein Sprachgesetz, das Ukrainisch zur alleinigen Staatssprache machte und das den Anspruch hatte, die russische Sprache zurückzudrängen. Die neue Staatssymbolik, die die Kiewer Regierung einführte, schloss Russischsprachige virtuell aus dem neuen Nationalprojekt aus. In Kiew und anderen ukrainischen Städten mobilisierten Nationalisten des neuen Staates zu Demonstrationen. Dass die Politik Kiews und die nationalistische Mobilisierung nicht zu einer Separation der Krim führten, lässt sich nicht aus dem Vergleich der jeweiligen Regierungspolitik und den Nationalismen der neuen Zentren allein erklären – auch wenn sich in der Kiewer Politik graduelle Unterschiede gegenüber Moldova ausmachen lassen.

Im Oktober 1989 erhob der Kiewer Oberste Sowjet mit dem »Akt über die Sprache der Ukrainischen SSR« Ukrainisch zur alleinigen Staatssprache. Fast zeitgleich mit der moldauischen Regierung – »during the wave of national-democratic revival in many former Soviet republics«¹¹⁸, wie Stepanenko die Stimmung der Zeit beschreibt – formulierte Kiew damit grundsätzlich einen Anspruch auf einen ukrainischsprachigen Staat. Russisch war nach dem neuen Gesetz die Sprache einer Minderheit und wurde mit anderen Minderheitensprachen auf eine Stufe gestellt. Wie diese bekam das Russische auch einen Status als Sprache »interethnischer Kommunikation« zugestanden. Auch wenn vorher keine gesetzliche Ordnung des Status von Sprachen existierte, stellte diese Einordnung aus der Sicht vieler Russischsprachiger ohne Zweifel eine Degradierung des Russischen dar. Gleichzeitig war das Gesetz ein normativer Akt gegen die linguistischen Realitäten der (post-)sowjetischen Ukraine, wo ein Großteil der Alltagskommunikation vor allem in den urbanen Räumen in russischer Sprache vonstatten ging,

118 Stepanenko, Viktor: Identities and Language Politics in Ukraine: The Challenges of Nation-State Building, in: Daftary, Farimah; Grin, François (Hg.), Nation-building, Ethnicity and Language Politics in Transition Countries, Budapest 2003, S. 107-135, S. 116.

und auch unter denjenigen, die sich anderen Minderheiten oder der ukrainischen Titularnation zuordneten, ein relevanter Anteil (ca. 25 Prozent) Russisch als ihre Erstsprache ansahen.¹¹⁹

In dem Gesetz lassen sich aber mehrere Schlupflöcher und Details ausmachen, die womöglich den Akteuren auf der Krim in geringerem Maße eine Dringlichkeit zu reagieren suggerierten als die moldauischen Sprachgesetze den Akteuren im Dnjestr-Tal. Zum einen sah das Gesetz die Möglichkeit einer räumlich beschränkten Zweisprachigkeit bei einer regionalen Mehrheit einer Minderheit vor – das war auf der Krim (und nur auf der Krim) der Fall. Außerdem kamen aus Kiew Signale, dass die Umsetzung nicht in voller Geschwindigkeit und Härte durchgezogen werden würde. Die Intensität der konkreten Umsetzung der Sprachpolitik, die Umstellung auf das Ukrainische inklusive der Durchsetzung des Ukrainischen als vorherrschende Unterrichtssprache an den Schulen, fiel und fällt denn auch je nach Region und Regierungsära sehr unterschiedlich aus.¹²⁰ Des Weiteren ließe sich auch mutmaßen, dass die Ähnlichkeit der neuen Staatssprache mit dem Russischen potentiellen Akteuren die Barriere eines Spracherwerbs niedrig erscheinen ließ, wodurch in größerem Maße als im Dnjestr-Tal die individuelle Anpassung als Alternative zum kollektiven Protest zur Verfügung gestanden haben mag.

Der zentrale Punkt des Gesetzes war aber der Status des Ukrainischen als alleiniger Staatssprache, und das war auch das, was in der Öffentlichkeit vorrangig verhandelt wurde. Die Akteure auf der Krim sahen sich durch das Gesetz durchaus zum Protest herausgefordert. Dieser beschränkte sich aber auf Petitionen an Parteiführungen, zahlreiche Zeitungsartikel und nur verzelte Mobilisierungsergebnisse.¹²¹

Der zentrale Tenor der Sprachgesetze entsprach der Agenda des ersten Präsidenten der Ukraine nach der Unabhängigkeit. Leonid Kravčuk forcierte einen ukrainischen Einheitsstaat und wandte sich gegen Ideen eines staatsbürgerlichen oder multikulturellen *Nation-Buildings*. Zu diesem Pro-

119 Ebd., S. 113-117. Eine noch deutlichere Diskrepanz zwischen den Sprachrealitäten im Alltag und der Einsprachigkeit des Staates zeigen Studien auf, die nicht nach Muttersprache, sondern nach Alltagskommunikation fragen – zahlreiche Menschen in der Ukraine leben zweisprachig und wählen die Sprache situativ. (Ebd., S. 114-115)

120 Arel, *Language Politics*, S. 599-600; Fournier, *Mapping Identities*, S. 418.

121 Z. B. Brief des Arbeitskollektivs des Betriebs ATP-14365 in Simferopol' an den Obersten Sowjet der RSFSR und der UkrSSR, sowie den Oblast-Sowjet der Krim (14.8.1990). GA RF, Nr. f. 10026, op. 4, d. 758, l. 144-145; Erochina, N.: Uroki Ukrainського, Slava Sevastopolja, 20.1.1993, S. 3. Zu Demonstrationen in Sevastopol' bspw.: Ščitat'sja s volej naroda, in: Slava Sevastopolja, 1. 10.1989, S. 3.

gramm gehörte auch die stark umstrittene Symbolpolitik des neuen Staates. Die neue blau-gelbe Staatsflagge und das neue Staatswappen des Dreizacks (*Tryzub*) knüpfte aus Regierungssicht an die Symbolik der ukrainischen Republik nach dem Ersten Weltkrieg und die Tradition der Kiewer Rus' an – große Teile der Bevölkerung vor allem im Süden und Osten der Krim fühlten sich aber an die Symbolik der ukrainischen Nationalisten in Zwischenkriegszeit und Zweitem Weltkrieg erinnert. Die Organisation Ukrainischer Nationalisten (*Organizacija ukraïns'kych nacionalistiv* – OUN) und ihre paramilitärischen Verbände hatten unter dem *Tryzub* in blau und gelb nicht nur die Rote Armee bekämpft, sondern sich anfangs auch mit der deutschen Besatzungsmacht verbündet und Gewalttaten auf der Grundlage ihrer nationalistischen Ideologie verübt. Nicht nur wegen der Rolle als Feindbild, die die ukrainischen Nationalisten in der sowjetischen Geschichtsschreibung einnahmen, bedeutete die neue Staatssymbolik für Viele einen Affront.¹²² Für die pro-russländischen Organisationen auf der Krim stellte die Politik der Regierung in Kiew eine »Ukrainisierung der Krim«¹²³ dar. Dem ukrainischen Präsidenten warfen sie vor, die alte Nomenklatura und die nationalistische *Ruch* zu unterstützen und damit ein Programm des »National-Kommunismus«¹²⁴ zu betreiben.

122 Tatsächlich vertraten die OUN in der Zwischenkriegszeit und ihre paramilitärischen Formationen im Zweiten Weltkrieg eine »integral«-nationalistische, antisemitische, polen- und russenfeindliche Ideologie. Auf Grundlage ihrer rassistischen Ideologie ermordeten die ukrainischen Nationalisten Tausende polnische und jüdische Zivilisten. Auch wenn das anfängliche Bündnis mit der deutschen Wehrmacht zerfiel, da sich das Ziel eines eigenen Staates in dieser Kooperation nicht realisieren ließ, lässt sich das Unbehagen, das Gegner der neuen ukrainischen Staatssymbolik hatten, nicht allein darauf reduzieren, ein Ausfluss sowjetischer Staatspropaganda zu sein. Der OUN-Flügel unter Stepan Bandera und die von diesem dominierte »Ukrainische Aufstandsarmee« verwendete den Dreizack vorrangig in Verbindung mit einer rot-schwarzen Flagge, deren augenfällige Präsenz in der Majdan-Bewegung 2014 eine positive Bezugnahme auf den ukrainischen Nationalismus während des Zweiten Weltkriegs beinhalten. Zur Geschichte der OUN und dem Konflikt um die ukrainischen Nationalsymbole ab 1989: Jilge, Wilfried: Staatssymbolik und Nationsbildung in der Ukraine (1991-2001), in: Ost-West. Europäische Perspektiven (2001), Nr. 2; Jilge, Wilfried: The Politics of History and the Second World War in Post-Communist Ukraine (1986/91-2004/05), in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 54 (2006), Nr. 1, S. 50-81, S. 55-63; Wilson, Andrew: Ukrainian Nationalism in the 1990s. A Minority Faith, Cambridge 1997, S. 47-52. Zu den Nationalsymbolen Bürgers, Jana: Kosakenmythos und Nationsbildung in der postsowjetischen Ukraine, Konstanz 2006, S. 209-214.

123 »Ukrainizacija Kryma«; Demčenko, A.: »Daë referendum!«, in: Svobodnyj Krym, Februar 1992, S. 2.

124 »Nacional-kommunizm«, ebd.

Die nationalistischen Gruppierungen konnten in der Ukraine nicht die Macht erobern – auch nicht die anfangs demokratieorientierte, dann nationalistische Massenbewegung *Ruch*, die womöglich mit der moldauischen Volksfront vergleichbar ist. Durchaus führten sie aber große Mobilisierungsveranstaltungen durch und hatten Einfluss auf das gesellschaftliche Klima und politische Entscheidungen im Land. In der West-Ukraine hatten die ukrainischen Nationalisten ihre Hochburgen, aber im Süden und Osten der Ukraine und auf der Krim blieben sie schwach.¹²⁵

Die besonders »radikalen« nationalistischen Gruppierungen versuchten auch auf der Krim Mobilisierungsveranstaltungen durchzuführen. Dafür organisierten die Aktivisten um den Nationalisten-Führer Stepan Chmara einen Sonderzug, den sie selbst »Zug der Freundschaft« taufen und mit dem sie auf die Halbinsel reisten. In Sevastopol' gelang es, eine Kundgebung mit mehreren Hundert Beteiligten abzuhalten. Die Zahl der Demonstranten war zwar begrenzt, aber für die pro-russländischen Aktivisten auf der Krim stellten die Aufmärsche der Chmara-Anhänger in Sevastopol' dennoch eine krasse Provokation dar – sie waren Anlass für eine Reaktion in Form einer Gegenmobilisierung. Gemeinsam mit den Kommunisten mobilisierten die pro-russländischen Gruppen mehrere Tausend Anhänger in Sevastopol', um gegen den Aufzug zu protestieren. Sie konnten den Aufmarsch der ukrainischen Nationalisten zwar nicht verhindern, aber immerhin blieb eine solche Demonstration ein Einzelfall.¹²⁶

Ein wichtiges Ereignis auf ukrainischer Ebene, nicht für die Entstehung der pro-russländischen Bewegung, sondern für ihren schnellen Niedergang war die Wahl Leonid Kučmas zum ukrainischen Präsidenten im Juni 1994. Sein Wahlprogramm gefiel den pro-russländischen Aktivisten auf der Krim: Die Einführung des Russischen als zweite Staatssprache, die Stärkung der Regionen und eine Annäherung an Russland gehörten zu den Eckpunkten. Jurij Meškov und weitere *Blok Rossija*-Vertreter riefen die Wahlberechtigten der Krim dazu auf, für Kučma zu stimmen. Damit riefen sie zur Beteiligung an ukrainischen Wahlen auf, nachdem sie bei den Parlamentswahlen zuvor noch den Boykott erklärt hatten. Im zweiten Durchgang stimmten 90 % der Wähler auf der Krim für Kučma. Seine Wahl veränderte die Beziehungen zwischen Kiew und Simferopol' und nahm dem Konflikt an Schärfe. In den folgenden Monaten konnte sich Kučma gegenüber den in internen Auseinandersetzungen zerstrittenen Fraktionen der pro-russländischen Kräfte auf

125 Kuzio, *Triangle of Conflict*, S. 29; Wilson, *Redefining Ethnic Boundaries*, S. 136.

126 U. a. Formančuk, *Mify sovetskoj épochy*, S. 520; Kruglov, *Kljanus'*, S. 8-10; Sergeev, A.: *Vlast'...na 24 časa*, in: *Svobodnyj Krym*, März 1992, Nr. 4, S. 1.

der Krim quasi als Schiedsrichter etablieren und so letztendlich den Konflikt mit Simferopol' zugunsten Kiews beenden.¹²⁷

Die Entwicklung der pro-russländischen Bewegung auf der Krim war also mit den politischen Geschehnissen in Kiew durchaus verbunden. Während des Zerfalls der UdSSR boten Sprachgesetz und Nationalismus auch in der Ukraine Anlass für Gegenmobilisierungen. Tatsächlich reagierten die pro-russländischen Kräfte auf die Nationalisierungspolitik der Regierung und auf ukrainisch-nationalistische Demonstrationen auf der Krim. Die Gegenmobilisierungen und -debatten gegen diese Ereignisse prägten das Entstehen der pro-russländischen Bewegung. Die Stärke dieser Gegenmobilisierungen hielt sich aber in engen Grenzen.

Vergleichendes Resümee

Nationalistische Regierungspolitik und Mobilisierungen aus den Republikhauptstädten waren für Entstehen und Entwicklung der separatistischen Bewegungen überaus bedeutsam. Ein großer Teil der Mobilisierungsereignisse der Sezessionisten waren Reaktionen auf die Politik aus den neuen Zentren Kiew und Chişinău. Ohne den jeweiligen Widerpart ist die Konstituierung der Akteure nicht zu verstehen.

Eine direkte Kausalbeziehung zwischen Sprachgesetzen oder irgendeiner Form der Diskriminierung und separatistischer Aktivität lässt sich aber nicht herstellen. Alleine die Bemessung davon, wo nationalistische Mobilisierungen am meisten Besorgnis auslösen oder welche Sprachgesetze die größten Nachteile bringen, ist schwierig. In den vorliegenden Fällen waren die Sprachgesetze durchaus ähnlich, wurden aber in der politischen Debatte der Ukraine nicht im gleichen Maße als Angriff auf bestehende Verteilungsmechanismen aufgefasst wie im Ostteil Moldovas. Womöglich signalisierten Gesetzgeber und Regierung in größerem Maße, dass Schlupflöcher bestehen bleiben würden und womöglich war die Notwendigkeit von Protest auf der Krim etwas geringer. In der Grundidee und im zentralen Punkt – der Einsprachigkeit des Staates – entsprach aber das ukrainische Sprachgesetz dem moldauischen. Die Krim-Aktivisten sprachen über die Sprachgesetze und auch über die neuen staatlichen Symbole in ganz ähnlicher Weise wie die

127 Armandon, *Crimée*, S. 226-231. 20 Jahre später gab es den umgekehrten Effekt: Teile des Staatsapparats auf der Krim und in der Ostukraine akzeptierten die im Februar 2014 neu installierte Regierung in Kiew nicht. Das war eine der Voraussetzungen für die folgenden Entwicklungen: Besetzungen von Regierungsgebäuden in ostukrainischen Städten und Simferopol', kampflose Übernahme der Krim durch russisches Militär und die Formierung von gegen die Kiewer Regierung gerichteten militärischen Einheiten in Donezk und Lugansk.

Separatisten am Dnjestr – es standen aber nicht die gleichen Mittel zur Verfügung, um diese Deutungen zu verbreiten.

Grund für die größere Stärke des Dnjestr-Separatismus könnte auch sein, dass die Moldauische Volksfront der Macht näherkam (und sie 1990 schließlich übernahm) als die nationalistischen Gruppierungen in der Ukraine. Die Regierung in der Ukraine blieb im Großen und Ganzen in den Händen der alten Nomenklatura. Somit stellten *Ruch* und UNA-UNSO für potentielle Gegner auf der Krim eine weniger imminente Bedrohung dar als die Chişinăuer Nationalisten für die Eliten des Dnjestr-Tals. Auf der anderen Seite setzte Präsident Kravčuk die symbolische Politik der Nationalisten um. In der Einführung von Nationalsymboliken, die nach sowjetischer und dann separatistischer Lesart mit der Seite des Faschismus im Zweiten Weltkrieg zu identifizieren waren, glichen sich die beiden Zentrumspolitiken. Außerdem waren es die ukrainisch-nationalistischen Gruppierungen, die provokativ in der Hochburg der pro-russländischen Kräfte demonstrierten. Die rumänisch-moldauischen Nationalisten waren weit davon entfernt Mobilisierungsveranstaltungen in den Hochburgen der Separatisten des Dnjestr-Tals durchführen zu können.¹²⁸ Das Ausmaß der Reaktion – zwischen einfachen Protestschreibern oder massivem bewaffnetem Widerstand – lässt sich nicht einfach durch die jeweiligen Auslöser erklären. Sie hängt nicht zuletzt von der Handlungsfähigkeit und den Möglichkeiten der potentiell reagierenden Akteure ab.

5. Input aus dem Homeland? Unterstützung aus Russland

In vielfältiger Weise unterstützten russländische Strukturen und Akteure die Separatismen in Transnistrien und auf der Krim. In der MSSR stationierte Teile der sowjetischen, später russländischen, 14. Armee halfen den Separatisten im Krieg am Dnjestr, Moskauer Politiker propagierten die Zuständigkeit Russlands für beide Regionen und der Streit um die in Sevastopol' stationierte Schwarzmeerflotte befeuerte die pro-russländischen Bestrebungen auf der Krim. Umstritten sind in der wissenschaftlichen Debatte jedoch Bedeutung und Ausmaß der Unterstützung durch den russländischen Staat bzw. anfangs durch das sowjetische Zentrum. Die »unionistische« (auf eine Wiedervereinigung mit Rumänien orientierte) Geschichtsschreibung in

128 Bereits eine Kundgebung in den Vororten von Bendery führte beinahe zu gewalttätigen Auseinandersetzungen und musste auf das Dorf Varnica beschränkt bleiben – in Tiraspol' oder Rybnica wäre eine solche Veranstaltung nicht denkbar gewesen.

Moldova¹²⁹ stellt sich auf den Standpunkt, der Konflikt sei »von Moskau dirigiert und manipuliert«¹³⁰ worden. Andere Untersuchungen haben das Bild vom allmächtigen Russland in Frage gestellt, Widersprüche in der russländischen Politik aufgezeigt und die Separatismen als eigenständige Akteure untersucht.¹³¹ Inwieweit haben also russländische politische Strukturen zum Entstehen und Wirken der Separationsbestrebungen auf der Krim und in Transnistrien beigetragen?

Hier wird ausgeführt, dass beide Bewegungen keine Marionetten eines Moskauer Monoliths waren. Beide betrieben zwar eine Annäherung ihrer Regionen an die RF und wurden von Strukturen in Russland unterstützt, es handelte sich aber um eigenständige Akteure. Das Verhältnis zwischen den verschiedenen Moskauer Führungen und den Separatisten war häufig von Spannungen und Interessengegensätzen geprägt. Die separatistischen Mobilisierungen wären zwar ohne die Unterstützung aus der RF bzw. der RSFSR in dieser Form nicht denkbar gewesen, die Hilfe aber wiederum auch nicht ohne die Mobilisierungen und deren organisatorischen Unterbau. Zudem kam die Unterstützung nicht von einem zentral gelenkten Akteur, sondern von unterschiedlichen Strukturen, die keinem Masterplan folgten. Die bedeutende Unterstützung für den Aufbau der PMR entsprang weniger einer klaren Politik der russländischen Regierung als den unklaren Strukturen der zerfallenden Sowjetunion.

Sind Staaten schon im Allgemeinen keine Akteure, die aus einem Guss agieren, sondern vielmehr Handlungssysteme, in denen die Interessen verschiedener Parteien, Institutionen und Klassen ausgehandelt werden, so waren die neuen und alten Staatsapparate im Zerfall der Sowjetunion in be-

129 Der Chişinăuer Historiker Pëtr Šornikov teilt die moldauische Historiographie zur Abspaltung der PMR in zwei große Gruppen ein: die angeführte »unionistische«, deren zentrale Philosophie die Identität von moldauischer und rumänischer Kultur ist, und eine moldovenistische, die die Eigenständigkeit Moldovas betont und für den Konflikt am Dnjestr den rumänienorientierten Nationalismus und die Politik der Regierung in Chişinău verantwortlich macht. (Šornikov, Pëtr: *Dnestrovskaja vojna v istoriografii Respubliki Moldova*, in: Matsuzato, Kimitaka (Hg.), *Pridnestrov'e v makroregional'nom kontekste černomorskogo poberež'ja*. Sbornik statej, Sapporo 2008, S. 62-78)

130 Pântea, Iurie: *Aspectul militar în soluţionarea conflictului din zona de est a republicii Moldova*, in: *Aspecte ale conflictului transnistrean*, Chişinău 2001, S. 94-122, S. 97. Der rumänisch-nationalistischen Geschichtsschreibung erscheint der Kurzkrieg am Dnjestr gar als »moldauisch-russischer Krieg für die Unabhängigkeit [Moldovas von Russland]«. (*»Războiul Moldo-Rus pentru Independență«*, Muntean, Anatolie; Ciubotaru, Nicolae: *România de la Est. Războiul de pe Nistru (1990-1992)*, Bukarest 2004, Vorwort)

131 Z. B. Büscher, *Transnationale Beziehungen*.

sonderem Maße vielschichtig und widersprüchlich. Um dieser Komplexität gerecht zu werden, hat Stefan Troebst die Notwendigkeit einer

detailed and multilayered study of the policies of the various political actors in the Russian Federation regarding the Transdnestrian issue, i. e. the state Duma, president, ministries of foreign affairs, of defence, and of the interior, command of the armed forces, various political parties, the City of Moscow, patriotic associations, Cossack leadership, media etc.¹³²

konstatiert.

Im Folgenden wird der Beitrag der in den Regionen stationierten (russländischen) Streitkräfte und verschiedener politischer Moskauer Akteure (Präsident/Regierung, Duma, nationalistische Organisationen) zu den separatistischen Mobilisierungen aufgezeigt.

Dnjestr-Tal

Politische Unterstützung aus Russland

Von offizieller staatlicher Seite erhielt der Dnjestr-Separatismus nicht die Unterstützung durch die RF, die RSFSR bzw. die Sowjetführung in Moskau, die sich die Aktivisten erwartet hatten. In einigen Statements unterstrichen zwar führende Politiker, darunter auch Präsident El'cin, ihre Sympathien für die PMR, aber praktische diplomatische oder politische Schritte, wie nicht zuletzt eine Anerkennung als Staat, unterblieben. Insbesondere in der Gründungsphase der RF war die Moskauer Politik zum Thema Dnjestr-Republik und dem nötigen Vorgehen zum Schutz der »Russischsprachigen im Nahen Ausland« nicht einheitlich. Ein sich formierendes heterogenes Bündnis von konservativen, nationalistischen und neo-stalinistischen Organisationen schrieb sich die transnistrische Sache auf die Fahnen, während sich die El'cin-Administration, die noch dazu in erster Linie mit dem Aufbau des eigenen neuen Staates beschäftigt war, zwischen diesem Druck und außenpolitischen Zwängen eingeklemmt sah. Die PMR-Führung stand also in einem politischen Bündnis mit der rechten Opposition in Russland und damit auch in einem Konfliktverhältnis zur Regierung und zur Präsidentschaft El'cins.

Vor dem Ende der Sowjetunion richtete sich ein großer Teil der Forderungen der Bewegung im Dnjestr-Tal an die Regierung der UdSSR. Schon während des Streiks 1989 forderten sie mehrfach ein politisches Eingreifen Moskaus im Konflikt mit der moldauischen Republikführung. Führungskader und Aktivisten der separatistischen Bewegung kontaktierten mehrfach

132 Troebst, Transdnestrian Moldovan Republic, S. 22.

direkt die Staats- und Parteispitze und telefonierten und verhandelten mit Gorbačëv. Delegationen von OSTK oder Frauenstreikkomitees fuhren in die Hauptstadt, um dort auf Plätzen zu protestieren, Petitionen einzureichen und der Sowjetführung Forderungen zu überbringen. Die Protestierenden bezogen sich positiv auf die vom ZK der KPdSU verabschiedete »Plattform zur Nationalitätenpolitik« und forderten die Einführung des Russischen als unionsweite Staatssprache. Das Zentrum ergriff aber keine konkreten offiziellen Maßnahmen um die Forderungen zu erfüllen. Das schlug sich bei der transnistrischen Bewegung in einer zunehmend ablehnenden Haltung gegenüber den zentralen Machtorganen in Moskau nieder, und insbesondere die Person Gorbačëvs wurde zu einer Hassfigur in den Verlautbarungen des OSTK.¹³³

Die Parteispitze der KPdSU hatte ein Interesse an der Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung und am Erhalt ihrer Parteistrukturen. So vertraten die Repräsentanten Moskaus eine Politik der Einheit der Kommunistischen Partei der MSSR, und diese Position hatte Priorität gegenüber dem Wohlwollen für die Forderungen von Industriearbeitern und deren Betriebsleitungen. Die Parteiführung um Gorbačëv drang im Sommer 1989 auf eine Beendigung des Streiks und vertrat den Standpunkt, dass die Wahrung der Interessen der Bevölkerung Aufgabe von Partei und Staat sei, und nicht die einer Protest- und Streikbewegung.¹³⁴

Unterstützung auf Unionsebene fand die Dnjestr-Autonomiebewegung vor allem im Obersten Sowjet der UdSSR. An diesen wandte sie sich mit zahlreichen Forderungen und mehrfach trafen sich Vertreter der Bewegung mit dem Sowjetvorsitzenden Anatolij Luk'janov – qua Amt zwischen März 1990 und September 1991 der zweitmächtigste Mann in der Sowjetunion. Dem Sowjetvorsitzenden Luk'janov sagen vor allem rumänisch-moldauisch orientierte Studien eine tragende Rolle bei der PMR-Gründung nach.¹³⁵ Öff-

133 Andreeva, *Žeňščiny Pridnestrov'ja*, S. 25, S. 200; Volkova, *Gorjačee leto 1989*, S. 193-195; *Beseda s M. S. Gorbačëvym*, in: *Bastujuščij Tiraspol'*, 14.09.1989, S. 1.

134 *Beseda s M. S. Gorbačëvym*, in: *Bastujuščij Tiraspol'*, 14.9.1989.

135 *Einige Studien, Kommentatoren und zeitgenössische Akteure bezeichnen Luk'janov als Organisator einer allsowjetischen Strategie gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen der Republiken und als Vermittler zwischen konservativen Politikern in Moskau, dem Militärisch-industriellen Komplex und den Direktoren im Dnjestr-Tal.* (Chirtoagă, Ion; Dragnev, Demir: *O istorie a regiunii transnistrene din cele mai vechi timpuri până în prezent. Compendiu*, Chișinău 2007, S. 357; Costăș, Ion: *Transnistria 1989-1992. Cronica unui război »nedeclarat«*, Bukarest 2012, S. 251-262; Kodrjanu, Gennadij: *Dnestrovskij razlom. Pridnestrovskij krizis i roždenie PMR: rol' i mesto speclužb, Tiraspol' 2002*, S. 109-110; Muntean u. Ciubotaru, *Româniile de la Est*, S. 75) Anatolie Muntean behauptet gar paramilitäri-

fentliche Erklärungen und veröffentlichte Äußerungen der Führung der Dnjestr-Separatisten bestätigen Luk'janovs Rolle als Ansprechpartner, aber die Kontakte ordnen sich hier eher in die allgemeinen Unterstützungsaufforderungen an die Oberste Staatsführung in Moskau ein. Über die (fehlenden) Reaktionen aus Moskau äußerte sich die PMR-Führung immer wieder unzufrieden – auch in Bezug auf Luk'janov.¹³⁶

Immerhin war es der Oberste Sowjet der UdSSR, der eine der großen Forderungen der Streikbewegung im Sommer 1989 erfüllte: die Entsendung einer Delegation zur Beobachtung des Konflikts in der MSSR. Die Delegation des Sowjets unter ihrem Vorsitzenden Erkin Auël'bekov vertrat zwar inhaltlich einen sowjetischen Patriotismus, wie ihn auch die Protestierenden favorisierten, sie leitete aber keine konkreten Veränderungen der Politik Moskaus oder Chişinău in die Wege. Nicht zuletzt drang sie, wie die Parteispitze, auf eine Beendigung des Streiks und enttäuschte damit die OSTK-Aktivisten.¹³⁷

Enge Beziehungen unterhielt die Führung der Autonomie-Bewegung am Dnjestr im Obersten Sowjet der UdSSR mit der sowjetkonservativen Deputierten-Gruppe *Sojuz*. Diese formierte sich im Laufe des Jahres 1990 mit dem Ziel, den Unionsstaat zu erhalten. In dieser Fraktion waren auch Abgeordnete aus dem Dnjestr-Tal Mitglied. Hier knüpften sie Kontakte zu sow-

sche Verbände im Dnjestr-Tal seien »auf Anweisung von Luk'janov« (»prin directiva lui Luchianov«, ebd.) gegründet worden. Anatolij Luk'janov kam im Gefolge von Gorbacëv in höchste Staatsämter und rückte nach der Übernahme des Präsidentenamts durch den Parteichef, der auch Sowjetvorsitzender gewesen war, in den Vorsitz des Obersten Sowjets (März 1990). Im September 1991 wurde der Sowjet aufgelöst und Luk'janov wegen Beteiligung am August-Putsch verurteilt. Zur Biographie Luk'janovs: Ob izbranii pervogo zamestitelja Predsedatelja Verchnogo Soveta SSSR, Pravda, 30.5.89, S. 1.

- 136 Igor' Smirnov beklagt sich beispielsweise darüber, dass Luk'janov gemeinsam mit Gorbacëv im Dezember 1990 eine Anerkennung der PMSSR durch den Obersten Sowjet der UdSSR verhindert habe. (Smirnov, *Žit' na našej zemle*, S. 48-50) Ansonsten zu Kontakten der Dnjestr-Separatisten mit Luk'janov: Dobrov, Dmitrij F.: ›Cek byla odna – zaščitit' svoj dom', in: Alfer'eva, L. (Hg.), *Slavy ne iskali. Sbornik vospominanij učastnikov sozdanija i stanovlenija PMR*, Bendery 2000, S. 51-59, S. 53-54; Emel'janov, V.: *Prezidentu SSR tov. Gorbacëvu M. S., Predsedatelju Verchnogo Soveta SSSR tov. Luk'janovu A. I., General'nomu Prokuroru SSSR tov. Trubinu N. S., Ministru Vnutrennych del SSSR tov. Pugo B. K.*, in: *Trudovoj Tiraspol'*, 15.5.1991, S. 1; Kolossov, Vladimir: *SSSR, Rossijskaja Federacija i pridnestrovskij konflikt. Avtoreferat Dissertacii*, Rostov-na-Donu 2007, S. 64-65; Volkova, *Gorjačee leto 1989*, S. 128.
- 137 Mason, *Internationalist Mobilization*; Volkova, A.: *Zametki s sessii*, in: *Bastujuščij Tiraspol'*, 7.9.1989, S. 1.

jetkonservativen Spitzenpolitikern aus anderen Gegenden der UdSSR. Diese Kontakte ermöglichten später die Rekrutierung auswärtiger Experten für den Aufbau des Staatsapparates.¹³⁸

Aus dem Parlament der UdSSR kam also Unterstützung für den Dnjestr-Separatismus, Initiator und Machtzentrale der PMR-Gründung war der Oberste Sowjet der UdSSR aber nicht. Mit dem Ende der Sowjetunion hörte auch ihr Parlament auf zu existieren und die Deputiertengruppe *Sojuz* stellte ebenfalls ihre Aktivitäten ein. Einige ihrer Akteure wirkten politisch fortan im neuen russländischen Staat, gründeten großrussisch-nationalistische Organisationen und bildeten im Parlament der RF eine einflussreiche Gruppe. Die Staatsgewalt in Moskau kontrollierten diese nationalistischen Oppositionellen aber nicht, und so blieb auch ihre Macht begrenzt, an der Peripherie der ehemaligen Sowjetunion politische Neuordnungen durchzusetzen. Sie waren Unterstützer, aber nicht Drahtzieher der PMR-Gründung.

Anders als die sowjetkonservativen und nationalistischen Politiker und Organisationen, die aus der Deputiertengruppe *Sojuz* hervorgegangen waren, unterstützte die russländische Regierung die Autonomiebewegung bzw. die PMR-Gründung nicht zu jedem Zeitpunkt. In den letzten Monaten der Sowjetunion stand die neue RSFSR-Verwaltung um Boris El'cin in scharfer Konkurrenz zur sowjetischen Führung um Gorbatschow. Dieser Machtkampf hatte für die russländische Führung Priorität. Um die Institutionen der Unionsebene zu schwächen und diejenigen der RSFSR zu stärken, traten El'cin und die RSFSR-Führung gemeinsam mit den anderen Republiken für eine größere Eigenständigkeit der Unionssubjekte ein. So nahm El'cin auch gegenüber Moldova eine wohlwollende Haltung ein und stellte sich gegen die Bewegung im Dnjestr-Tal.¹³⁹

Erst nach der Etablierung des russländischen Staates wandelten sich die Interessen der nun zur Regierung gewordenen El'cin-Administration. Dem frischgebackenen Staatschef der unabhängigen RF wuchs eine neue Rolle zu: Der Moskauer Staat hatte die Einflussphären in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion zu wahren – die Präsidialadministration El'cins erbte gewissermaßen die Interessen der verschwundenen sowjetischen Staatsführung. Außerdem war die Situation in der jungen RF geprägt von der Auseinandersetzung zwischen der neuen Staatsführung um El'cin und deren nationalistischen Gegnern, die eine Politik des Interventionismus in den ehemaligen Sowjetrepubliken vertraten. In diesem Klima gab die Regierung 1992 eine neue Maßgabe aus: Die »Kozyrev-Doktrin« erklärte den Schutz

138 Safonov, V parlamente Moldovy, S. 70.

139 Kaufman u. Bowers, Transnational Dimensions of the Transnistrian Conflict, S. 130-133.

der im »Nahen Ausland« lebenden Russen zur Aufgabe der RF. Auf diese Doktrin folgten aber keine praktischen außenpolitischen Schritte in Richtung Anerkennung der PMR. Insbesondere der für die Doktrin namensgebende Minister Andrej Kozyrev galt den führenden Politikern der PMR als pro-amerikanisch und gegen die Dnjestr-Republik eingestellt, obwohl er die Region im Frühjahr 1992 besuchte und die militärische Absicherung einer Pufferzone versprach.¹⁴⁰

Tatkräftige Unterstützer fanden die Dnjestr-Separatisten in den innenpolitischen Gegnern El'cins. In Moskau war mit dem Zerfall der Sowjetunion ein politisches Milieu entstanden, in dem sich konservative, nationalistische und neo-stalinistische Organisationen trafen. An der Spitze standen die großrussischen Nationalisten um Parlamentschef Ruslan Chasbulatov und Vizepräsident Alexander Ruckoj. Diese Fraktion hatte starken Einfluss im Parlament und mit Abstrichen in der Regierung, und rang mit der Präsidialadministration um Boris El'cin um die Macht. Dabei spielten die Nationalisten auch die Karte der »Landsleute im Nahen Ausland«. Ruckoj drängte in der Öffentlichkeit auf ein offenes Eingreifen für eine Souveränität der PMR und besuchte mehrfach Tiraspol'. Das machte ihn in der PMR zum Volkshelden – die Besuche des damaligen Vizepräsidenten Ruckoj wurden mit großen Kundgebungen wie ein Feiertag begangen.¹⁴¹

Unterstützung bekam der Dnjestr-Separatismus auch von der Basis der nationalistischen Bewegung in Russland. Mehrere Tausend Freiwillige verschiedener »Kosaken«-Verbände aus Russland reisten im Frühjahr 1992 bewaffnet in die PMR und kämpften gegen die Polizeitruppen der Republik Moldova.¹⁴² Kleinere Organisationen wie die national-»kommunistische« *Trudovaja Rossija* unter Viktor Anpilov schickten ebenfalls Freiwillige in den Krieg am Dnjestr.¹⁴³

Die Unterstützung lief jedoch nicht nur in eine Richtung: Die Dnjestr-Separatisten sahen ihre Region als Teil des politischen Raums Russland und

140 Andreeva, *Ženščiny Pridnestrov'ja*, S. 89-90; Smirnov, *Žit' na našej zemle*, S. 81; Frunze, S.: A. Kozyrev v Tiraspole, in: *Trudovoj Tiraspol'*, 15.4.1992, S. 1.

141 Vera Kuznecova: *Otčet Vice-Prem'era*, in: *Nezavisimaja Gazeta*, 7.4.1992, S. 3; Frunze, S.: *Rossija – naša nadežda*, in: *Trudovoj Tiraspol'*, 8.4.1992, S. 1.

142 Presseberichten aus Russland zufolge finanzierte das russländische Verteidigungsministerium den Sold dieser irregulären Einheiten. (Minasjan, L.: *Kažetsja, bez »našich« ne obchoditsja ni odna vojna. Rossijsko-Moldavskaja družba spotknulas' o Pridnestrov'e*, in: *Nezavisimaja Gazeta*, 13.3.1992, S. 3) Inwieweit der »tiefe Staat« im Zerfall der Sowjetunion, also Seilschaften zwischen Geheimdienst, Armee, Innenministerium, und nationalistischen Paramilitärs, der transnistrischen Bewegung im Geheimen half, lässt sich jedoch schwer nachprüfen.

143 Rotar', Igor': *Kazaki na Dnestre*, in: *Nezavisimaja Gazeta*, 24.3.1992, S. 3.

so mischten sie sich auch in die Machtkämpfe in Moskau ein. Sie unterstützten die nationalistisch-autoritäre Opposition um Chasbulatov und Ruckoj. Der Konflikt in Russland eskalierte im Oktober 1993: Panzer beschossen auf Geheiß El'cins das Parlament. Dieses wurde aufgelöst und in einer neuen Verfassung wurde ein Präsidialsystem mit minimalen Kompetenzen für das Parlament etabliert. Nach diesem Sturm des Obersten Sowjets wurde der Dnjestr-Garde vorgeworfen, sie habe sich an den Auseinandersetzungen in Moskau auf Seiten der Nationalisten beteiligt.¹⁴⁴

Nach der Zerschlagung der Strukturen um Ruckoj und Chasbulatov im Herbst 1993 etablierte sich eine neue Generation nationalistischer Politiker in der Duma der RF. Als neuer Hauptvertreter der Interessen der »Russen im Nahen Ausland« inszenierte sich Vladimir Žirinovskij, dessen Liberaldemokratische Partei (LDPR) im Dnjestr-Tal auch eine Sektion gründete. Diese politischen Kräfte blieben aber trotz bedeutender Sitzanteile in der Duma im Präsidialsystem der RF abseits der Machtpositionen. Ein ähnliches Aufsehen wie die Interventionen Alexander Ruckojs, der als Vizepräsident Vertreter des Staatsapparates der RF war, konnte diese neue Generation nicht mehr erzeugen.¹⁴⁵

Mit der Konsolidierung der Staatlichkeit der PMR hatten sich jedoch auch die Beziehungen zu Regierung und staatlichen Institutionen in der RF konsolidiert. So stark die internen Auseinandersetzungen zwischen unterschiedlichen Fraktionen, in Russland wie in der PMR, waren – die RF übernahm eine Patronage-Funktion für die PMR. In verschiedenen Bereichen sichert die RF die Existenz der PMR: Sie unterstützt die nicht anerkannte Republik materiell mit Geld und Gas, welches das russländische Staatsunternehmen *Gazprom* trotz auflaufenden Schuldenstands weiter liefert. Die russländische Regierung trat als Garant der PMR in den langjährigen Verhandlungen zur Konfliktlösung auf. Nicht zuletzt sichert die dauerhafte Stationierung russländischen Militärs die Existenz der PMR.¹⁴⁶

144 Prichodko, Natal'ja: Byli li v Moskve pridnestrovskie boeviki? In: Nezavisimaja Gazeta, 22.10.93, S. 3. In öffentlichen Debatten war es mit Lebed' der Kommandant der 14. Armee, der diesen Punkt am schärfsten in der Öffentlichkeit formulierte. (Cholodjuk, Anatolij: O generale Aleksandre Lebede i o zabytoj vojne. Zapiski politëmigranta, München 2005, S. 61)

145 Zu Žirinovskijs Besuchen in der PMR z. B.: Žirinovskij, V.: »Ja vseгда budu na vašej storone ...«, in: Dnestrovskaja Pravda, 15.5.1991, S. 1; Dmitriev, L.: Vladimir Žirinovskij v Tiraspol'e, in: Sovetskaja Moldavija, 2.8.1991, S. 2; Pridnestrov'e – Rossijskaja zemlja, in: Trudovoj Tiraspol', 21.II.1991, S. 1.

146 Büscher, Transnationale Beziehungen, S. 200-208; Devjatkov, Andrej: Politika Rossii v otnošenii Pridnestrovskoj Moldavskoj Respubliki (1992-2009). Avtoreferat Dissertacii, Nižnij Novgorod 2010; Gribnicea, Mihai: Die russische Militär-

Die 14. Armee in Moldova

Dass die in der Dnjestr-Region stationierte 14. Armee der Sowjetunion im Kurzkrieg am Dnjestr die Separatisten unterstützt hat, ist unbestritten. Neben Ausbildung und Personal stellte die Armee den sich formierenden PMR-Verbänden auch Waffen zur Verfügung. Ein Teil der Truppe beteiligte sich direkt an den Kampfhandlungen von März bis Juni 1992, im Besonderen am Kampf um die Stadt Bendery. Ein Befehl der Moskauer Regierung, sich an dem Konflikt zu beteiligen, ist allerdings nicht bekannt. Die 14. Armee griff nicht offiziell und nicht als Gesamtverband ein, und es ist unklar, an welchen Stellen die Soldaten auf eigene Rechnung oder auf Befehl aus Moskau handelten. Die Armee war in der Region am Dnjestr stark verankert und hatte damit angesichts der temporären Ungewissheit in den Kommandostrukturen im Zerfall des sowjetischen Staates eine relative Handlungsautonomie gegenüber den übergeordneten Instanzen in Moskau. Die Kommandeure der Truppe standen phasenweise im Konflikt mit den Vorgesetzten in Moskau. Gleichzeitig lagen sie auch meist mit der PMR-Führung und deren Anhängern überkreuz – die hochgesteckten Erwartungen der Separatisten an die Armee und den russländischen Staat auf offizielle Unterstützung, Anerkennung oder gar Eingliederung wurden enttäuscht.

Die 14. Armee der sowjetischen Streitkräfte, die im Falle eines globalen Konflikts die Aufgabe hatte, auf die Balkanhalbinsel vorzustoßen und die türkischen Meerengen einzunehmen, war im Militärdistrikt Odessa im Südwesten der UdSSR stationiert. Ein Großteil der Truppen stand auf dem Gebiet der heutigen PMR, ein Teil westlich des Dnjestr im zu jedem Zeitpunkt von Chişinău kontrollierten Territorium und einige Einheiten auf dem Gebiet der Ukrainischen SSR.¹⁴⁷ Im Dezember 1991 löste sich die Sowjetunion auf und ihre 14. Armee stand auf einmal in verschiedenen Staaten. Die in der Befehlskette direkt übergeordnete Direktion des Militärdistrikts in Odessa befand sich aus Sicht der im Dnjestr-Tal stationierten Truppenteile auf einmal im Ausland. Ab sofort empfing der Kommandeur der Armee seine Befehle direkt aus Moskau, wo sich gleichzeitig das Verteidigungsministerium

präsenz – ein historischer Abriss, in: Bochmann, Klaus u. a. (Hg.), *Die Republik Moldau – Republica Moldova. Ein Handbuch*, Leipzig 2012, S. 422-429; Mut-sushika, Shigeo: *Evrosojuz i Rossija o probleme Pridnestrov'ja*, in: Matsuzato, Kimitaka (Hg.), *Pridnestrov'e v makroregional'nom kontekste černomorskogo poberež'ja*. *Sbornik statej*, Sapporo 2008, S. 138-159; Isachenko, *Making of Informal States*, S. 118-124; Urse, Cristian: *Transnistria. Prospects for a solution*, Garmisch-Partenkirchen 2007.

147 Gribnicea, *Die russische Militärpräsenz*, S. 422-423; Kolstø u. Mal'gin, *The Transnistrian Republic*, S. 110-112.

der UdSSR in das Oberkommando der Vereinigten Streitkräfte der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten verwandelte. »Das war ein Schock. [...] Die Armee gehörte auf einmal niemandem mehr«¹⁴⁸, beschreibt der Garnisonskommandeur von Tiraspol' die Gemütslage der betroffenen Offiziere und Soldaten in dieser Phase. Die Zugehörigkeit der Sowjetarmee musste insgesamt neu ausgehandelt werden.

Am 2. April 1992, gut drei Monate nach der Auflösung der UdSSR, unterstellte sich die Regierung der Russländischen Föderation die auf dem Territorium der Dnjestr-Republik stationierten Teile der 14. Armee.¹⁴⁹ Dass sich die RF diese Armeeteile unterstellen könnte, war bis dahin keineswegs selbstverständlich gewesen. In den Verhandlungen im Zuge des Zerfalls der Union hatten sich die Republiken darauf geeinigt, die Sowjetarmee nach dem jeweiligen Stationierungsort aufzuteilen. Auf wessen Territorium die Truppe stand, dessen Befehl sollte sie in der Folgezeit unterliegen. Demgemäß kamen die in Bessarabien stationierten Teile der 14. Armee unter die Kontrolle Chişinăus und die in der Ukraine basierten Einheiten zu Kiew. De jure hätten so auch die Teile der 14. Armee auf dem Gebiet der PMR der Republik Moldova zugeschlagen werden müssen. Ein Sonderpassus in dem Abkommen erlaubte es Moskau, sich die 14. Armee am Dnjestr anzueignen: Strategisch bedeutsame Truppenteile sollten in die »Vereinten Streitkräfte der GUS« eingegliedert werden – um dann in der Realität später in der Armee Russlands aufzugehen. Nach langen Verhandlungen einigten sich die moldauische Regierung und die Kommandantur der GUS-Streitkräfte auf eine Aufteilung der 14. Armee: Drei Viertel gingen an die Republik Moldova und ein Viertel an die GUS-Streitkräfte.¹⁵⁰ Diese Aushandlung war aber nur

148 »Èto byl šok. [...] Armija okazalas' nič'ej.« Bergman, Na ringe èpochi., S. 164-165.

149 Kolstø u. Mal'gin, The Transnistrian Republic, S. 110-112.

150 Grecu, Mihai; Ţăranu, Anatol: Trupele ruse în Republica Moldova, Chişinău 2004, 7-8; Kolossov, SSSR, S. 106-110. Die anfängliche Offenheit der Situation im Zerfall der UdSSR zeigt sich auch in einer Versammlung von 5000 Armeedelegierten im Kreml', auf der die Möglichkeiten eines Erhalts einer GUS-Armee diskutiert wurden, wie Sven Gunnar Simonsen berichtet. (Simonsen, Black Sea Fleet, S. 297-298) Alexander Lebed' nahm, bevor er als General der 14. Armee nach Moldova kam, als Kommandeur der Luftwaffe an den Verhandlungen der sowjetischen Armeeführung und der russländischen Regierung mit der ukrainischen, belarussischen und moldauischen Regierung teil. Nicht zuletzt wurde dabei über ein in Chişinău stationiertes Fallschirmjägerregiment verhandelt, das Lebeds Bruder kommandierte. (Lebed', Aleksandr: Za deržavu obidno ..., Krasnojarsk 2004, S. 459-460) Während die moldauische Seite auf den Stationierungsort des umstrittenen Regiments verwies, führte Lebed' – den Angaben seiner Chronisten zufolge – die Loyalität der Truppe zu Moskau ins Feld. (Elletson, Harold: The General against the Kremlin. Alexander Lebed': Power and Illusion, London 1998; S. 159-161)

möglich, weil die Zugehörigkeit des Ostteils der vormaligen moldauischen Sowjetrepublik umstritten war. Zu dem Zeitpunkt, als sich Moskau die 14. Armee unterstellte, beschossen sich bereits seit einigen Wochen bewaffnete Gruppen beiderseits des Dnjestr und die PMR hatte sich einige Monate zuvor für unabhängig erklärt. Chişinău hatte so keinen Zugriff auf diese Teile der 14. Armee. Letztendlich trug also nicht nur die russländische Armee dazu bei, dass die PMR als Staat entstand, sondern auch der Dnjestr-Separatismus dazu, dass die 14. Armee russländisch wurde.

Dass die Übernahme der am Dnjestr stationierten Einheiten durch Russland keine Selbstverständlichkeit war, zeigt sich auch daran, dass die PMR-Führung und sogar Offiziere der 14. Armee zwischenzeitlich damit liebäugelten, die Truppen der neu gegründeten Republik zu unterstellen. Der Oberste Sowjet der Dnjestr-Republik reklamierte im Frühjahr 1992 per Parlamentsbeschluss auf dem von ihm beanspruchten Territorium gelagerte militärische Ausrüstung und Waffen für die PMR. Der langjährige PMR-Präsident Smirnov schreibt in seinen Memoiren, dass der Kommandeur der 14. Armee Gennadij Jakovlev selbst mehrfach vorgeschlagen habe, die Truppen antreten zu lassen und ihnen einen Eid auf die Dnjestr-Republik abzunehmen. Von einem derart konfrontativen Schritt gegenüber Moskau kam die PMR-Führung nach Smirnovs Darstellung aber in der Folgezeit selbst ab. Vielmehr hielten sich die PMR-Führenden an die Hoffnung, dass die RF die Armee übernehmen und als Schutzschild für die neu gegründete Republik einsetzen würde.¹⁵¹

Offiziell konnte sich die PMR die Armee nicht unterstellen, aber auf informeller Ebene profitierte der Dnjestr-Separatismus in vielfältiger Weise von der Unterstützung durch Soldaten oder Einheiten der 14. Armee. Diese »franste« in den Monaten des Übergangs aus – Offiziere und Soldaten beteiligten sich auf eigene Rechnung im Winter 1991-1992 am Aufbau bewaffneter Einheiten der Dnjestr-Republik. Neben der Lockerung der Befehlsketten in der Übergangsphase trug auch die lokale Verankerung der Armee dazu bei, dass viele Soldaten auch unabhängig von den militärischen Befehlsstrukturen für die PMR, bzw. für die »friedliche Bevölkerung des linken Dnjestr-Ufers«¹⁵², Partei nahmen. Ein großer Teil der Armeeingehörigen war in der Dnjestr-Region nicht nur kaserniert, sondern auch ansässig – gegebenenfalls mit Familie. Dazu hatte nicht zuletzt eine Praxis der lokalen

151 Smirnov, *Žit' na našej zemle*, S. 77. Zu den Hoffnungen der PMR-Führung auf Kontrolle über die 14. Armee auch: Cholodjuk, *O generale*, S. 15.

152 »[M]irnogo naselenija levoberež'ja«, *Obraščenie oficerov i praporščikov v č 48414 k voennomu sovetu 14 gv. Armii i k ličnomu sostavu častej i podrazdelenij, dislocirujuščichsja na territorii PMR*, in: *Trudovoj Tiraspol'*, 27.05.1992, S. 1.

Rekrutierung beigetragen, die die Armee auch nach der Gründung der Republik Moldova weiterbetrieb.¹⁵³

Die Grenzen zwischen der Moskau unterstehenden Armee und der lokalen separatistischen Bewegung und vor allem deren paramilitärischem Arm vermischt vielfach. Versammlungen von Soldaten verschiedener Ränge gaben eine Vielzahl von Erklärungen heraus, in denen sie sich gegen einen Abzug der Armee aus der Region aussprachen, von der Armeeführung ein Eingreifen in den schwelenden Konflikt forderten oder es sich selbst vorbehielten.¹⁵⁴ Der Armeekommandeur Gennadij Jakovlev ließ sich im Dezember 1991 sogar zum »Leiter der Verwaltung für Verteidigung der PMR« küren. Damit war er aber aus Sicht seiner Vorgesetzten im Oberkommando der GUS-Streitkräfte, denen die Kontrolle über die Geschehnisse in der 14. Armee im Dnjestr-Tal zu entgleiten drohten, einen Schritt zu weit gegangen. Im Januar 1992 wurde er abgelöst.¹⁵⁵

Sein Nachfolger Jurij Netkačev hatte den Auftrag, die Truppe zusammenzuhalten und in dem Konflikt in Moldova zumindest offiziell Neutralität zu wahren. Dieser neue Kurs führte zu Streit zwischen der Armee und den Separatisten, die Anspruch auf Waffen und Ausrüstung auf ihrem Gebiet erhoben und eine aktive Unterstützung erwarteten.¹⁵⁶ Bei zahlreichen Demonstrationen und Versammlungen stellten PMR-Anhänger diese Forderungen auf und wandten sich gegen die Politik der Zurückhaltung durch den Armeekommandeur Netkačev (und das Moskauer Verteidigungsministerium bzw. das GUS-Oberkommando). Das Frauenstreikkomitee um Galina Andreeva schreift sich auf die Fahnen, durch Belagerungen der Kasernen die Offiziere und Soldaten zu einer Übergabe von Waffen an die bewaffneten Einheiten der Separatisten gezwungen zu haben. Der Konflikt zwischen dem Sicherheitsapparat der PMR und der Armeeführung ging so weit, dass be-

153 Der inzwischen in München ansässige ehemalige Militärkorrespondent der 14. Armee Anatolij Cholodjuk beziffert den Anteil der in der Dnjestr-Region einheimischen Offiziere in der 14. Armee mit 45%, den der »Fähnriche« (*praporščiki* – Unteroffiziere bzw. Offiziersanwärter) mit 90%. Von den einfachen Soldaten stammte nach Cholodjuk eine absolute Mehrheit aus der Region. (Cholodjuk, O generale, S. 56)

154 Z. B.: *Obraščenie učastnikov oficerskogo sobranija N-skoj vojskovoju časti k oficeram častej Tiraspol'skogo garnizona*, in: *Dnestrovskaja Pravda*, 14.9.1991.

155 Bergman, *Na ringe epochi.*, S. 166-168; Kolstø u. Mal'gin, *The Transnistrian Republic*, S. 110-112; Smirnov, *Žit' na našej zemle*, S. 76-77.

156 Besonders unbeliebt machte sich Netkačev bei den Separatisten dadurch, dass er Waffenlager verminen ließ, um den Diebstahl von Waffen oder deren Übergabe an Freischärler zu unterbinden. (Andreeva, *Ženščiny Pridnestrov'ja*, S. 64-67; Smirnov, *Žit' na našej zemle*, S. 78)

waffnete Kräfte der Separatisten den Leiter des Militärgeschwaders der 14. Armee Jurij Stepygin entführten, woraufhin die Armee den Chef der Sicherheitsgarde des Präsidenten der PMR verhaften ließ. Die beiden Gefangenen wurden ausgetauscht.¹⁵⁷

So drastisch die Unstimmigkeiten zwischen PMR-Parteigängern und dem Kommando der 14. Armee waren, so stand die Armee aber doch auch unter Netkačev weiterhin grundsätzlich auf der Seite der Dnjestr-Separatisten. Diese hatten im Frühjahr 1992 ein Interesse am Erhalt des Status Quo, deswegen reichte ihnen eine »neutrale« 14. Armee, die sich zwischen die Fronten stellen sollte. Tatkräftige Unterstützung leisteten allerdings weiterhin eher Mitglieder des Offizierskorps als das Kommando der Armee im engeren Sinne. Als sich die Auseinandersetzungen im Dnjestr-Tal Anfang April 1992 zuspitzten – die 14. Armee war gerade Teil der russländischen Streitkräfte geworden –, forderten Offiziere aus Bendery in einer Erklärung ein Eingreifen. Nach einer langen demonstrationsartigen Belagerung durch Sympathisanten der PMR unterschrieb Netkačev ebenfalls eine Erklärung der Offiziersversammlung der Garnison Tiraspol'. In dieser drohte die Armeeführung per Ultimatum mit einer Versetzung der Truppen in Kampfbereitschaft und einer aktiven »friedensschaffenden« Maßnahme, falls die Schusswechsel zwischen moldauischen Sicherheitskräften und Dnjestr-Garde nicht beendet würden.¹⁵⁸

Als nach dieser Erklärung aus ihrer Sicht weiterhin nicht die entsprechenden Taten folgten, machten die Offiziere und Unteroffiziere der Armeeeinheit 48414 den weitestgehenden Schritt: Sie unterstellten sich kurzerhand der Rechtsprechung der PMR. Dem Kommando der 14. Armee warfen sie fahrlässige Untätigkeit vor und sie beklagten die Einschränkung der Kampffähigkeit der Armee durch die Maßnahmen, die das Kommando zur Sicherung der Waffenbestände getroffen hatte. Mit dramatischen Worten begründeten die Offiziere ihre Entscheidung:

Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass es gegenüber der Bevölkerung in den Städten und Dörfern, die in uns zu Recht die einzige Kraft sieht, die sie gegen den nationalistischen Genozid verteidigen kann, ein Verbrechen wäre, als Beobachter am Rand zu bleiben.¹⁵⁹

157 Nezavisimaja Gazeta, 11.3.1992, S. 3.

158 In der Öffentlichkeit der PMR wurde diese Erklärung als Erfolg gefeiert. (Maslennikov, V.: Armija sdelala vybor! In: Dnestrovskaja Pravda, 3. 4. 1992, S. 1; Postanovlenie oficerskogo sobranija 14 gvardejskoj obščevojskoj armii, in: Trudovoj Tiraspol', 8. 4. 1992, S. 1.)

159 »[M]y prišli k vyvodu, što ostavat'sja postoronnyimi nabljudateljami prestupno po otnošeniju k naseleniju gorodov i sël, kotoroe spravedlivo vidit v nas edinstvennuju

Zunehmend machten sich also einzelne Teile der 14. Armee selbstständig. Während dieses Prozesses der Verselbstständigung von Einheiten und Offiziersversammlungen, griffen Soldaten der 14. Armee mit schweren Waffen in die Kämpfe um die Stadt Bendery ein und entschieden diese für die PMR-Seite. Während die Eskalation in Bendery lief, tauschte das Verteidigungsministerium der RF erneut die Armeespitze – Netkačëv wurde durch den weithin bekannten Generalleutnant Alexander Lebed'¹⁶⁰, bis dahin stellvertretender Oberkommandeur der Luftwaffe der RF, abgelöst. Diese Neubesetzung bedeutete auch einen Kurswechsel – zwar waren Neutralität und die Einheit der Truppe weiterhin die offiziellen Maßgaben, aber mit dem ehemaligen Afghanistan-Kämpfer entschied sich das Verteidigungsministerium für eine deutlich härtere Gangart gegenüber Chişinău auf der einen und den Ausfransungsprozessen auf der anderen Seite. Lebed' unterstützte die Separatisten verbal und die Armee antwortete in diesen Wochen nach der Eskalation bei gelegentlich weiterhin vorkommenden Schusswechseln mit schwerem Artilleriefeuer.¹⁶¹ In der PMR wurde der Neankömmling von vielen als Retter gefeiert. Dank seiner Interpretation der »bewaffneten Neutralität« und seiner markigen Sprüche in Richtung Chişinău und Rumänien¹⁶² machte er sich anfangs auch bei den Hardlinern in Tiraspol' be-

silu, sposobnuju zaščitit' ich ot nacionalističeskogo genocida.« Obraščenie oficerov i praporščikov v/č 48414 k voennomu sovetu 14 gv. Armii i k ličnomu sostavu častej i podrazdelenij, dislocirujuščichsja na territorii PMR, in: Trudovoj Tiraspol', 27.05.1992, S. 1.

- 160 Lebed' war bereits während des Putsches im August 1991 in Moskau bekannt geworden, wo ihm von der Öffentlichkeit die Verteidigung des Weißen Hauses zugeschrieben wurde. Nach den drei Jahren als Armeekommandeur im Dnjestr-Tal versuchte der erklärte Antidemokrat und Nationalist Lebed' eine politische Karriere in Russland. Als Kandidat bei den Präsidentschaftswahlen 1996 errang er einen achtbaren dritten Platz und wurde von Boris El'cin für die Unterstützung in der Stichwahl mit dem Amt als Chef des Sicherheitsrates bedacht. Später ließ er sich zum Provinz-Gouverneur von Krasnojarsk im Fernen Osten der RF wählen. 2002 starb er bei einem Hubschrauberabsturz. Zum Leben Lebeds und seiner Rolle im Moskauer Putsch, siehe: Elletson, General against the Kremlin; Lebed', Aleksandr: Spektakl' nazyvalsja PUTČ. Neizvestnoe ob izvestnom. Vozpominanija Generala vozdušno-desantnych vojsk, Tiraspol' 1993; Lebed', Za džavu obidno.
- 161 Andreeva, Ženščiny Pridnestrov'ja, S. 195; Elletson, General against the Kremlin, S. 170-171; Ostrogorski, Wladimir: Alexander Iwanowitsch Lebed. Der Weg zur Macht, Berlin 1996, S. 87-90.
- 162 Lebed' behauptete auf einer Pressekonferenz in zwei Tagen bis Bukarest marschieren zu können, bezeichnete die Angriffe der moldauischen Sicherheitskräfte als »Genozid« (Taro, A.: Protivostojanie, in: Nezavisimaja Gazeta, 7.7.1992, S. 3) und die moldauische Staatsflagge als »faschistisches« Symbol. (Nezavisimaja Gazeta, 18.9.1992, S. 3)

liebt.¹⁶³ Mehrfach fanden Demonstrationen zur Unterstützung des Armeekommandeurs statt. Zeitungsberichten zufolge versammelten sich ab dem Sommer 1992 immer wieder zahlreiche Rentner vor dem Wohnhaus von Lebed', um ihn zu einer Präsidentschaftskandidatur oder zur Rettung der Heimat aufzufordern.¹⁶⁴

Lebed' scheute nicht die Konfrontation mit dem ihm vorgesetzten Verteidigungsminister in Moskau und handelte oft eigenständig. Im Oktober 1993 ließ er sich bei einer Nachwahl zum Deputierten in den Obersten Sowjet der PMR wählen – während er gleichzeitig Kommandierender der Armee eines anderen Staates war. Zum wiederholten Male versuchte Verteidigungsminister Gračëv ihn abzulösen, konnte sich aber beim obersten Befehlshaber – Präsident El'cin – nicht durchsetzen. Als das Moskauer Verteidigungsministerium 1994-1995 den Abzug der Armee proklamierte, stellte sich Lebed' bei öffentlichen Auftritten scharf dagegen.¹⁶⁵ Diese Zwistigkeiten machen eine gewisse Eigenständigkeit der Protagonisten vor Ort ebenso deutlich, wie unterschiedliche Interessen einzelner Institutionen innerhalb des noch jungen Staatsapparats der RF.

Bereits im Herbst 1992 waren aber zunehmend auch Interessenkonflikte zwischen den PMR-Eliten und dem neuen Kommandeur der 14. Armee offensichtlich geworden. Lebed' warf der Führung der Mini-Republik schwere Fälle von Korruption vor und kritisierte den OSTK auf dessen eigener Veranstaltung dafür, alles andere als Arbeiterinteressen zu vertreten.¹⁶⁶ Lebed's Untergebener Mihai Bergman, Garnisonskommandant in Tiraspol', bezichtigte gar die PMR-Staatsführung systematischer Veruntreuung und organisierter Kriminalität. Auf einer Pressekonferenz im Dezember 1992 deckte er auf, dass der neue Chef des Sicherheitsministeriums Vadim Ševcov eigent-

163 Andreeva, *Ženščiny Pridnestrov'ja*, S. 172-177; S. 194-195; Smirnov, *Žit' na našej zemle*, S. 80-81.

164 *Nezavisimaja Gazeta*, 30.7.1992, S. 1, 3; *Nezavisimaja Gazeta*, 19.8.1992, S. 2.

165 Die Lebed'-Biographen sehen dahinter einen persönlichen Konkurrenzkampf Lebed's mit dem Verteidigungsminister Gračëv, der bereits in Afghanistan sein Vorgesetzter war. Diesen Interpretationen zufolge war bereits die Versetzung von Lebed' nach Moldova ein Versuch, seine Karriere zu blockieren – da angesichts des desolaten Zustandes der 14. Armee und des sich zuspitzenden Konflikts nur ein Scheitern zu erwarten gewesen sei. Lebed' habe sich aber dank seines Geschicks eine starke Position in der PMR und in der Armee der RF erarbeitet. Gračëv versuchte daraufhin vergeblich, durch eine Reduzierung der Armeestationierung auf das Format einer Division Lebed's Position zu schwächen. Erst im Oktober 1994 konnte Gračëv den General aus Transnistrien abberufen. (Elletson, *General against the Kremlin*, S. 170, 186-187; Ostrogorski, *Lebed*, S. 77-79, 85-86)

166 Zorin, Michail: *Aleksandr Lebed' protiv Igorja Smirnova?* In: *Nezavisimaja Gazeta*, 3.11.1992, S. 3; *Nezavisimaja Gazeta*, 2.12.1992, S. 3.

lich Vladimir Antjufeev hieß, und nicht aus Russland, sondern von einer Sondereinheit der Polizei des SU-Innenministeriums in Riga gekommen war. Weitere Minister hätten Gelder veruntreut, die für Kriegsversehrte und Hinterbliebene gedacht gewesen seien, und dem Außenminister Valerij Lickaj warf er eine Zusammenarbeit mit dem moldauischen KGB vor. Auf einer eilig einberufenen Gegenkonferenz keilte Antjufeev (alias Ševcov) zurück und warf Bergman seinerseits vor, für einen russländischen und einen israelischen Geheimdienst sowie das moldauische Ministerium für Nationale Sicherheit zu arbeiten. Lebed' wiederum stellte sich danach schützend vor seinen Offizier und behauptete, die PMR-Führung habe ihren Vize-Premier nach Moskau geschickt, um Bestechungsgelder für seine Beseitigung zu übergeben.¹⁶⁷ In diesem erbitterten Schlagabtausch zwischen Lebed' und der PMR-Führung zeigen sich die Widersprüche in den Beziehungen zwischen Staatsorganen der RF und der Führung der PMR. Die 14. Armee und der russländische Staat waren für die PMR-Führung der Garant der Existenz der Republik. Die konkreten ausführenden Personen jedoch, die qua ihrer Position nicht ohne Weiteres die von der PMR-Führung favorisierte Politik betreiben konnten, wurden oft zu Gegnern oder Konkurrenten in Machtkonflikten.

In dem konflikthaften Verhältnis von PMR-Elite und dem Kommando der 14. Armee spiegelten sich auch zwei gegenläufige Staatsbildungsprozesse wider: der Abbau des Staatsapparats der Sowjetunion und der Aufbau der Organe der PMR. Offiziere und Angestellte der sowjetischen Sicherheitsorgane wechselten in den entstehenden Staatsapparat der PMR. Aus der transnistrischen Sicht kamen diese Akteure ebenso wenig wie die 14. Armee »von außen« – sie waren Teil des sowjetischen Staatsapparates und hatten der sowjetisch-russischen Heimat am Dnjestr genauso weiter zu dienen wie vorher. Für die PMR-Politiker war es somit auch selbstverständlich, zu versuchen, auf Entscheidungen der russländischen Regierung Einfluss zu nehmen.

Veränderungen in den Strukturen der RF oder politische Ereignisse in Russland waren immer wieder Auslöser von Mobilisierungen im Dnjestr-Tal. Die Auseinandersetzungen zwischen der PMR-Führung und dem Kommando der 14. Armee zeigen jedoch, dass die russländischen Machtapparate, Politiker und Organisationen nicht allmächtig waren und den Prozess nicht nach eigenem Gutdünken bestimmen konnten. Vielmehr waren die Organisationen des Dnjestr-Separatismus eigenständige Akteure. Zudem standen

167 Prichodko, Natal'ja: Rossijskie oficery razoblačajut rukovoditelej Pridnestrov'ja, in: Nezavisimaja Gazeta, 9.12.1992, S. 1, 3.

innerhalb der Strukturen der RF verschiedene Institutionen und politische Fraktionen in Konkurrenz zueinander und bekämpften sich.

Krim

Auch die pro-russländische Bewegung auf der Krim fand einerseits politische Unterstützung in Russland und wurde andererseits gestärkt durch eine sowjetisch-russländische Militärstationierung in der Region. Die Präsenz der sowjetischen Schwarzmeerflotte in Sevastopol' wirkte in mehrfacher Hinsicht auf die pro-russländischen Mobilisierungen auf der Krim. Die beiden neu gegründeten Staaten – Russländische Föderation und Republik Ukraine – stritten sich um die Zukunft der Flotte. Dieser laufende zwischenstaatliche Konflikt eröffnete den Krim-Separatisten Ansatzpunkte für Mobilisierungen und Bündnisse mit politischen Kräften in Russland. Zudem beeinflusste die Flotte das politische Klima in Sevastopol'. Aktuelle und ehemalige Flottenangehörige mischten sich – mit pro-russländischer Tendenz – in die Politik vor Ort ein. Als Gesamtorganisation unternahm die Flotte aber keine konkreten Schritte, um die politischen Ziele der pro-russländischen Bewegung zu unterstützen. Die praktische Hilfe blieb begrenzt. Wie bei der 14. Armee war auch hier das Handeln von Organen der Flotte ebenso gegenüber Moskau wie auch gegenüber der separatistischen Bewegung widersprüchlich und nicht konfliktfrei. Auch für die Krim lässt sich keine stringente Politik eines einheitlichen Akteurs »Russland« zur Abspaltung der Krim von der Ukraine erkennen, sondern vielmehr konkurrierten die gleichen Fraktionen der Außen- und Verteidigungspolitik um die Hoheit über das richtige Vorgehen.

Die Schwarzmeerflotte

Mehr noch als die 14. Armee brachte die Schwarzmeerflotte auf der Krim die Voraussetzungen mit, Katalysator für einen internen Territorialkonflikt zu werden. Erstens erzeugte die Stationierung in Sevastopol' soziostrukturelle Grundlagen, die für eine pro-sowjetisch/-russländische Bewegung als begünstigend erscheinen: Die zur Flotte gehörige Industrie, die in der Stadt präsenten Soldaten und Armeepensionäre und die zum Flottenstützpunkt gehörige Form der politischen Verwaltung und Elitenrekrutierung begünstigten das Entstehen eines starken sowjetkonservativen Milieus. Zweitens war die Flotte Gegenstand eines mehrjährigen zwischenstaatlichen Konflikts zwischen Russland und der Ukraine, der eine Fortsetzung auf lokaler Ebene hätte erwarten lassen können. Drittens fand die Auseinandersetzung zwischen pro-ukrainischen und pro-russländischen Kräften auch innerhalb

der Strukturen der Flotte statt – auf den ersten Blick eine »gute« Grundlage für einen Bürgerkrieg.

Im Zuge der Aufteilung der sowjetischen Armee nach dem Zerfall der Sowjetunion wurde die Schwarzmeerflotte als strategisch bedeutender Armeeteil eingestuft und kam zunächst unter den Oberbefehl der neu gegründeten Streitkräfte der GUS. Sowohl das Verteidigungsministerium der Ukraine als auch das der RF erhoben in der Folgezeit aber Ansprüche auf die komplett auf dem Gebiet der Ukraine stationierte Flotte. In zwei Abkommen 1992 (Dagomys und Jalta) verständigten sich die beiden Staatspräsidenten auf eine gemeinsame Verwaltung der Flotte bis zu einer endgültigen Einigung. Diese Verträge waren aber Gegenstand von Konflikten und Nachverhandlungen vor Ort. Kommandeure und Offiziere der Flotte beschwerten sich immer wieder in öffentlichen Erklärungen über Übertretungen der Abkommen und drohten mit einseitiger Aufkündigung. Der Vertrag von Dagomys unterstellte die Flotte dem Oberbefehl beider Staatsoberhäupter, sodass die Offiziere der Flotte und beide Verteidigungsministerien in zahlreichen Erklärungen das eigenmächtige Handeln der einen oder anderen Seite anprangerten.¹⁶⁸

Bei den Auseinandersetzungen ging es nicht nur um die Kontrolle der Schiffe und der Soldaten der Schwarzmeerflotte, sondern auch um deren großen Besitz und die Infrastruktur an Land. Zwei höhere Militärschulen in Sevastopol' waren ebenso umkämpft wie die zahlreichen Immobilien (die der Stadtsowjet von Sevastopol' unter seine Kontrolle zu bekommen versuchte) und die Industrieanlagen der Flotte. Das pro-russländisch eingestellte Kommando der Flotte warf der ukrainischen Seite immer wieder vor, einseitig Flottenbesitz und Infrastruktur zu privatisieren. Im Gegenzug wurde auch dem Kommandeur Igor' Kasatonov vorgeworfen, Profite aus der unklaren Besitzsituation zu schlagen. Neben diesen wirtschaftlichen Aspekten war aber der Aufbau einer eigenen Armee, und damit auch einer Flotte, eine der vordringlichen Aufgaben beider Regierungen. Die Schwarzmeerflotte konnte dafür trotz der Überalterung der Schiffe einen Grundstock bilden.¹⁶⁹

168 Pilat, A.: Odin malenkij korabl' mozet possorit' dve bol'sie deržavy, in: Nezavisimaja Gazeta, 24.7.1992, S. 1; Kuznecova, V.: Černomorskij Flot posle Jaltinskogo soglašenija, in: Nezavisimaja Gazeta, 8.8.1992, S. 1; Nezavisimaja Gazeta, 12.8.1992, S. 3; Telegramm des Kommandierenden der Schwarzmeerflotte Admiral Igor' Kasatonov an den Stellvertretenden Vorsitzenden des Obersten Sowjets der RF Jurij Jarov (29.8.1992). GA RF, f. 10026, op. 1, d. 2767, l. 84-88.

169 Nezavisimaja Gazeta, 19.9.1992, S. 3; Radčenko, J.: Kasatonov uchodit v biznes? In: Slava Sevastopolja, 11.11.1992, S. 2; Jurzdickaja, E.: V chrupkij perechodnyj period

Letztendlich einigten sich die beiden Staaten auf einen Kompromiss, der jedoch in Bezug auf die Geltungsdauer auch immer weiter nachverhandelt wurde: Sevastopol' blieb als ukrainische Stadt Stützpunkt des russländischen Teils der Schwarzmeerflotte. Die RF bekam den Großteil der Flotte – 80 Prozent der Schiffe und des Personals gingen an Russland. Infrastruktur, Immobilien und weiterer Besitz wurden je zur Hälfte geteilt. Für die Nutzung des Flottenstützpunkts Sevastopol' bezahlte die russländische Regierung eine Pacht an die Ukraine.¹⁷⁰ Der ursprünglich für 10 Jahre geltende Vertrag wurde von der Regierung von Viktor Janukovič 2010 um Jahrzehnte verlängert, bevor Russland 2014 die Kontrolle über die Krim und Sevastopol' übernahm.¹⁷¹

Der Konflikt zwischen der Ukraine und Russland spiegelte sich auch in der Flotte selbst. Sie war politisch gespalten. Die Mehrzahl der Offiziere und die aufeinanderfolgenden Kommandeure Igor' Kasatonov und Éduard Baltin¹⁷² traten für eine ungeteilte russländische Flotte ein. Offiziersversammlungen veröffentlichten zahlreiche Erklärungen, in denen sie sich gegen eine Spaltung der Flotte (in einen ukrainischen und einen russländischen Teil) aussprachen, ihre Loyalität zu Moskau bekundeten und den Erhalt eines Unionsstaates, der Russland und die Ukraine umfassen sollte, forderten. Im April 1992 hissten die Besatzungen von mehreren Dutzend Schiffen die »Andreasflagge« (*Andrejevskij flag*), die im Zarenreich bis 1917 und seit 1991 wieder die Marineflagge des russländischen Staates darstellte. Damit zeigten die Matrosen bzw. deren Offiziere deutlich ihre Sympathien für eine Zugehörigkeit der Flotte zur RF.¹⁷³

Ein Teil der Soldaten, wohl eine Minderheit, stellte sich jedoch auf die andere Seite. Pro-ukrainische Offiziere arbeiteten am Aufbau einer Flotte für die neue Republik Ukraine. In mehreren Fällen ließen sich fast komplette

bol'se, čem kogda-libo, trebujutsja vyderžka, spokojstve, koncentracija sovmešnych usilij, in: Slava Sevastopolja, 24.11.1992, S. 1.

170 Mal'gin, Krymskij uzel, S. 38-58.

171 Watson, I.; Tkachenko M.: Russia, Ukraine agree on naval-base-for-gas deal, CNN, 21.4.2010, unter: <http://edition.cnn.com/2010/WORLD/europe/04/21/russia.ukraine/index.html?hpt=T2> [zuletzt geprüft am 25.2.2015]

172 Igor' Kasatonov kommandierte die Schwarzmeerflotte von Oktober 1991 bis Dezember 1992, Éduard Baltin von Dezember 1992 bis Februar 1996. (Sevastopol' – Ėnciklopedičeskij spravočnik, Sevastopol' 2008)

173 Schreiben von Aleksandr Kruglov, Vorsitzender der *Front nacional'nogo spasenija* an den Obersten Sowjet, den Präsidenten und die Regierung Russlands (21.5.1993). GA RF, f. 10026, op. 4, d. 3520, l. 50. Zur Bedeutung der Andreas-Flagge: Kegel, Isabelle de: Die Staatssymbolik des neuen Russland. Traditionen – Integrationsstrategien – Identitätsdiskurse, Hamburg; Münster 2008, S. 57-58.

Schiffsbesatzungen 1992 auf den neuen Staat vereidigen. Der Flottenkommandeur Kasatonov verhängte Maßnahmen gegen Soldaten, die den Eid auf die Ukraine abgelegt hatten, und ließ ansonsten weiterhin auf die GUS schwören. Zu diesem Zeitpunkt stand die Flotte unter dem Oberkommando zweier Staaten, für die Matrosen war die Situation also äußerst undurchsichtig. Das Kommando der Flotte unter Kasatonov bezifferte den Anteil der Soldaten, die sich unter diesen Umständen auf die Ukraine vereidigen ließen, auf zwei Prozent.¹⁷⁴

Insgesamt waren also in der Schwarzmeerflotte pro-russländische Einstellungen dominant, insbesondere unter den Offizieren. Diese verfügten über die Machtressourcen, um mit ihren politischen Ideen das Klima in der Flotte stark zu beeinflussen. Die Kommandeure der Schwarzmeerflotte waren aber qua Amt an die Positionen ihrer Regierung(en) gebunden und in ihrem politischen Aktionsradius beschränkt. Für den Nachfolger des offen pro-russländischen Kasatonov Eduard Baltin war eine politische Neutralität auch die nach außen getragene Maßgabe: »Die Flotte mischt sich nicht in politische Spiele ein«¹⁷⁵, war sein mehrfach geäußertes Diktum. So durften sich auch die Soldaten nicht an politischen Aktionen und Organisationen beteiligen.

In einem begrenzten Ausmaß gab es aber dennoch direkte Unterstützung von Personal der Flotte für die pro-russländischen Mobilisierungen. Zahlreiche Offiziere kandidierten für pro-russländische Organisationen in Sevastopol' für die Stadtsowjet-Wahlen 1994 oder beteiligten sich am Wahlbündnis *Sevastopol'-Rossija* mit der Russischen Partei der Krim und weiteren russisch-nationalistischen Organisationen.¹⁷⁶ Beteiligte berichten, Flottenangehörige hätten den Schutz von Kundgebungen und anderen Veranstaltungen der

174 Nezavisimaja Gazeta, 29.4.1992, S. 3; Nezavisimaja Gazeta, 5.6.1992, S. 3; Nezavisimaja Gazeta, 23.7.1992, S. 1; Kuznecova, V.: Černomorskij flot posle Jaltinskogo soglašenija, in: Nezavisimaja Gazeta, 8.8.1992, S. 1; Jurzdiskaja, E.: Process delenija flota budet trudnym, mučitel'nym, dolgim. Sochranit' moratorij, ne dopustit' konfrontacii, in: Slava Sevastopolja, 04.07.1992, S. 1; Press-centr ČF oprovergaet, in: Slava Sevastopolja, 22.08.1992, S. 1. Bei dem ukrainischen Unabhängigkeitsreferendum im Dezember 1991 hat jedoch wohl eine Mehrheit der Angehörigen der Schwarzmeerflotte für die ukrainische Unabhängigkeit gestimmt. In anderen Teilen der Ukraine votierten ex-sowjetische Soldaten ebenfalls mehrheitlich für die Unabhängigkeit. Die Abstimmung fand zu einem Zeitpunkt statt, an dem der Erhalt der Sowjetunion nicht mehr realistisch war und die Soldaten sich von der ukrainischen Staatsführung die versprochene Versorgungssicherheit erhofften. (Pasjakin, V.: Kto kormit černomorskij flot i Sevastopol'? Ili počemu černomorcy progolosovali za nezavisimost' Ukrainy, in: Flag Rodiny, 13.12.1991, S. 1)

175 Mal'gin, Krymskij uzel, S. 35.

176 Predstavljajem kandidatov v narodnye deputaty, Flag Rodiny, 18.3.1994, S. 3; Kandidaty Bloka ›Sevastopol' – Rossija«, in: Flag Rodiny, 15.6.1994, S. 1.

pro-russländischen Organisationen organisiert.¹⁷⁷ Eine tragende Rolle in den Organisationen der pro-russländischen Bewegung nahmen aber Offiziere und einfache Angehörige der Schwarzmeerflotte nicht ein – in den Führungsgremien waren sie nur in einigen wenigen Ausnahmefällen vertreten.

Umgekehrt war die Schwarzmeerflotte aber Dauerthema in den Mobilisierungen der pro-russländischen Bewegung, vor allem in Sevastopol'. Ähnlich wie General Lebed' am Dnjestr wurde auch die Person des Kommandeurs der Schwarzmeerflotte Igor' Kasatonov zum Anlass von Mobilisierungsereignissen. Bei einer Demonstration im Januar 1992 forderten Teilnehmer, ihn zum Präsidenten der Krim zu machen; in Resolutionen plädierten pro-russländische Organisationen dafür, Kasatonov die Ehrenbürgerschaft der Stadt Sevastopol' zu verleihen.¹⁷⁸ Das klare politische Profil des Flottenadmirals machte ihn in der doppelten russisch-ukrainischen Kommandostruktur zum ständigen Konfliktherd.¹⁷⁹ El'cin löste das Problem, indem er Kasatonov im Dezember 1992 zum Stellvertretenden Kommandeur der Marine der RF beförderte. Bei Kasatonovs pro-russländischen Anhängern auf der Krim löste diese Versetzung nach Moskau bereits im Vorfeld Proteste aus. Ein von der RDK, der Kommunistischen Partei der Krim und weiteren pro-russländischen Organisationen getragenes Bündnis organisierte mehrere Demonstrationen in Simferopol' und Sevastopol', mit allerdings wohl nicht viel mehr als ein paar Hundert Teilnehmern.¹⁸⁰

Die Präsenz der Schwarzmeerflotte war für die separatistische Bewegung auf der Krim also ein wichtiger Referenzpunkt und zahlreiche Flottenangehörige unterstützten die Bewegung materiell. Keineswegs war die Flotte aber als Ganzes an der Bewegung beteiligt. Einerseits ging ein Riss durch die Reihen der Matrosen, von denen einige sich der neuen ukrainischen Armee anschließen, andere die Einheit der Schwarzmeerflotte innerhalb der russländischen Armee erhalten wollten. Zudem war politisches Handeln der Schwarzmeerflottenangehörigen beschränkt durch die Einbindung in eine militärische Hierarchie, wobei die Befehlskompetenzen noch dazu lange Zeit umstritten waren. Die Schwarzmeerflotte blieb – mit Ausnahme einiger

177 Kruglov, Kljanus', S. 13.

178 Nezavisimaja Gazeta, 14.1.1992, S. 3; Kruglov, A.; Serov, B.: Obrašćenie izbiratelej gor. Sevastopolja k narodnym deputatam gorodskogo Soveta, in: Slava Sevastopolja, 31.10.1992, S. 2.

179 »To, što svjazano s sevastopolem svjato i dorogo.« Interview mit Igor' Kasatonov, in: Slava Sevastopolja, 7.10.1992, S. 1.

180 Spachov, A.: Sevasopol'skaja chronika, in: Svobodnyj Krym, Juli 1992, Nr. 13, S. 1; Benachrichtigung per Telegramm von RDK Sevastopol' und Klub der Wähler der Krim an den Stellvertretenden Vorsitzenden des Obersten Sowjets Russlands Jarov (5.7.1992). GA RF, f. 10026, op. 1, d. 2767, l. 29.

Eskapaden – in ihren Kasernen. Bedeutender als die direkte Präsenz der Flotte in der separatistischen Bewegung war ihre Rolle als Projektionsfläche.

Die Russländische Politik und die Krim-Bewegung

Ganz ähnlich wie die Aktivisten der Bewegung im Dnjestr-Tal standen die pro-russländischen Separatisten der Krim sowohl der Sowjetführung als auch später der RF-Regierung unter El'cin skeptisch gegenüber. Die politischen Partner des Krim-Separatismus kamen in den Jahren 1992/93 aus dem Obersten Sowjet der RF unter Chasbulatov und später aus den nationalistischen Fraktionen, die im russländischen Parlament auch nach 1993 stark vertreten waren. In vielen Fällen waren die Unterstützer der Krim-Bewegung dieselben wie die des Separatismus am Dnjestr. Im politischen Diskurs in Russland war die Krim vor 2014 aber insgesamt deutlich präsenter als »Transnistrien«. Der Erhalt der Flottenbasis in Sevastopol' war ein zentrales Thema auch von Politikern des Regierungsapparats. Welche praktischen Folgen hatte dieser Diskurs jedoch Anfang der 90er Jahre? Was taten die politischen Kräfte der RF, um die pro-russländische Bewegung der Krim zu unterstützen?

Bis 1991 erreichten pro-russländische bzw. separatistische Bestrebungen auf der Krim nicht die kritische Masse, um ein Politikum für die Sowjetführung in Moskau zu werden. Kleinere politische Gruppierungen, Kulturvereinigungen, empörte Einzelpersonen oder Betriebsbelegschaften schickten Petitionen und Briefe zum Thema des Status der Krim an die Behörden in Moskau.¹⁸¹ Einer massiven Mobilisierung, wie dem Streik im Dnjestr-Tal, sahen sich die Partei- und Staatsstrukturen in Moskau nicht gegenüber.

Nach dem Ende der Sowjetunion kamen die aktivsten Unterstützer aus den Strukturen nationalistischer Gruppen und aus dem Obersten Sowjet der RF. Der prominenteste Fürsprecher der pro-russländischen Separatismen war der Vizepräsident und ehemalige Armee-General Alexander Ruckoj. Dieser besuchte bei einer umstrittenen Reise erst das Dnjestr-Tal und dann die Krim. In Tiraspol' und Sevastopol' formulierte er auf öffentlichen Kundgebungen – unter scharfem Protest der jeweiligen Regierungen – einen (groß-)russländischen Anspruch auf das Territorium der ehemaligen Sowjetunion.¹⁸²

181 Erklärungen und Briefe von Organisationen und Einzelpersonen aus Sevastopol', Simferopol' und Saki zum Thema des Status der Krim an den Obersten Sowjet der RSFSR Juli – Oktober 1990. GA RF, f. 10026, op. 4, d. 758, l. 1-125.

182 Pilat, A.: »Dlja čego perevožit' što-to iz Rossii v Rossiju?« In: Nezavisimaja Gazeta, 7.4.1992, S. 1; Skačko, V.: Bor'ba za černomorskij flot, in: Nezavisimaja Gazeta, 8. 4. 1992, S. 1, 3.

In der ersten Hälfte der 1990er Jahre hatten die Unterstützer der pro-russländischen Bewegung auf der Krim starken Einfluss im russischen Parlament (bis Oktober 1993 Oberster Sowjet der RF, dann Staatsduma). Mit Beschlüssen gegen die Teilung der Schwarzmeerflotte und Resolutionen über die Ungültigkeit der Übergabe der Krim an die Ukraine 1954 stellte sich das russländische Parlament immer wieder hinter die Forderungen des Krim-

Separatismus und gegen eine Einigung zwischen den Regierungen von Ukraine und Russland.¹⁸³ Im Juli 1993 verabschiedete das Parlament dann gar eine Erklärung, die die Zugehörigkeit der Stadt Sevastopol' zu Russland erklärte. Diesen Beschluss hatten Aktivisten der pro-russländischen Bewegung aus Sevastopol' in enger Zusammenarbeit mit den ihnen wohlgesinnten Abgeordneten akribisch vorbereitet.¹⁸⁴

Besonders eng arbeitete eine Gruppe von Volksdeputierten um Sergej Baburin, die sich 1992/93 in der »Front der Nationalen Rettung« (*Front nacional'nogo spasenija* – FNS) zusammenschlossen, mit den pro-russländischen Kräften auf der Krim zusammen. In Sevastopol' gründeten diese sogar selbst einen FNS-Ableger.¹⁸⁵ Enge Kontakte unterhielt auch der weithin bekannte Rechtspopulist Vladimir Žirinovskij, der seinen Partner neben der FNS-Organisation in Sevastopol' in der *Russkaja partija Kryma* um Šuvajnikov fand. Die 1992 auf der Krim gegründete *Russkaja obščina* ging in den *Kongress russkich obščin* ein, eine Moskauer Sammelbewegung für die außerhalb der Grenzen der RF verbliebenen Russen in der ehemaligen Sowjetunion. Als deren Vorsitzender fungierte Dmitrij Rogozin, der nach einer Karriere als nationalistischer Politiker unter anderem bei der Partei *Rodina* über die Position des Botschafters Russlands bei der Nato inzwischen in die Regierung der RF aufgerückt ist.¹⁸⁶

Neben dem punktuell engen organisatorischen Zusammenhang waren die pro-russländischen Gruppen auf finanzielle Hilfe aus Russland angewiesen. Diese war aber keine Selbstverständlichkeit. Es waren die Krim-Aktivisten, die sich in Moskau um Finanzhilfen bemühten, und nicht die Organe der RF, die auf der Krim ihnen wohlgesinnte Organisationen aufbauten. Wie in anderen Fragen wandten sich die pro-russländischen Gruppen auch für

183 *Nezavisimaja Gazeta*, 24.1.1992, S. 1; Kuznecova, V.: Stanet li Krym oostrovom? V spore za nego Ukraina i Rossija iščut sojuznikov, in: *Nezavisimaja Gazeta*, 7.2.1992, S. 1.

184 Siehe Kapitel IV.5.: Sonderfall Sevastopol'.

185 Der führende Aktivist der pro-russländischen Bewegung aus Sevastopol' und dortige FNS-Vorsitzende Alexander Kruglov bezeichnet sich sogar für die damalige Zeit als Mitarbeiter von Sergej Baburin. (Kruglov, Kljanus', S. 11)

186 Büscher, *Transnationale Beziehungen*, S. 249-271; Kruglov, Kljanus', S. 61-63; Leus, O.: *Provokacionnyj vizit Žirinovskogo*, in: *Slava Sevastopolja*, 11.6.1992, S. 1.

die Beschaffung von Geld an die ihnen am nächsten stehende Institution im russländischen Staatsapparat, an das Parlament. So bat der RDK-Vorsitzende Meškov in einem Schreiben an den Vorsitzenden des Obersten Sowjets der RF im Sommer 1992 direkt um materielle Unterstützung.¹⁸⁷ Diese Anfrage stieß auf große Bereitschaft des zuständigen »Komitees für Fragen der zwischenrepublikanischen Beziehungen, regionalen Politik und Zusammenarbeit« (*Komitet po voprosam mežrespublikanskich otnošenij, regional'noj politike i sotrudničestvu*). Aus der Korrespondenz geht aber hervor, dass die parlamentarisch-staatlichen Stellen mit der RDK und der Frage finanzieller Unterstützung bis dahin noch nicht sehr vertraut waren. Mitglieder des Komitees machten den stellvertretenden Parlamentsvorsitzenden Jurij Jarov darauf aufmerksam, dass eine direkte staatliche Hilfe bei einer Organisation, die auf fremdem Staatsgebiet agiert, nicht in Frage komme, dass aber durch soziale und private Initiative Hilfe geleistet werden könne.¹⁸⁸ Das Komitee äußerte schließlich gegenüber den Krim-Aktivisten Interesse und schlug zunächst ein Treffen vor, um Konkretes zu erfahren.¹⁸⁹ Die Unterstützung der RDK durch russländische Stellen stellt sich in dieser Korrespondenz als nur beschränkt systematisch und wenig strategisch dar.

Mit der zunehmenden Zersplitterung der Bewegung auf der Krim gerieten die Organisationen in eine Konkurrenz um die politische und materielle Unterstützung aus Moskau. Nachdem sich die »Russischsprachige Bewegung der Krim« mitsamt des Unternehmens »*Impéks-55*«¹⁹⁰, über das Finanztransfers aus Russland abgewickelt wurden, von der Republikanischen Bewegung der Krim abgespalten hatte, stand die Republikanische Bewegung der Krim vor großen finanziellen Problemen. In einem Schreiben an den Obersten Sowjet Russlands bezeichnete sich die RDK-Führung wegen des Wegfalls der Finanzierung durch *Impéks-55 Krym* als mittellos und warb um Unterstützung für eine Kampagne für ein Volksbegehren für Neuwahlen des Krim-Parlaments. Dabei beschwerten sich die Verfasser bei den Moskauer Deputierten, dass *Impéks-55 Krym* Geld in andere, wenig sinnvolle Projekte

187 Schreiben von Meškov an den Vorsitzenden des Obersten Sowjets Ruslan Chasbulatov vom 16.7.1992. GA RF, f. 10026, op. 1, d. 2767, l. 195.

188 Schreiben von Mitgliedern des Komitees für Fragen der Beziehungen zwischen den Republiken und regionaler Politik und Zusammenarbeit an den stellvertretenden Vorsitzenden des Obersten Sowjets Jurij Jarov vom 11.8.1992. GA RF, f. 10026, op. 1, d. 2767, l. 197.

189 Schreiben des Vorsitzenden des Komitees für zwischenrepublikanische Beziehungen P.A. Lysov an den stellvertretenden Vorsitzenden des Obersten Sowjets Jurij Jarov vom 6.8.1992. GA RF, f. 10026, op. 1, d. 2767, l. 198.

190 Zu Russischsprachiger Bewegung der Krim und *Impéks-55 Krym* Kapitel IV.7.: Kollektivbiographie der Bewegungseliten, Afghanistan-Veteranen.

stecke.¹⁹¹ Eine detaillierte Kostenaufstellung der Kampagne zur Unterschriftensammlung für Neuwahlen landete ebenfalls auf dem Schreibtisch der mit dem Status der Hafenstadt Sevastopol' befassten Kommission des russländischen Parlaments.¹⁹²

Auch über das Parlament hinaus fanden die pro-russländischen Bestrebungen auf der Krim Unterstützung im Staatsapparat in Russland. Besonders in Bezug auf Sevastopol' formulierten einige hochgestellte Politiker einen russländischen Machtanspruch. So inszenierte sich beispielsweise der damalige Moskauer Bürgermeister Jurij Lužkov Anfang der 1990er Jahre als Schutzpatron der Hafenstadt am Schwarzen Meer und der Schwarzmeerflotte. Er initiierte Wohnungsbauprojekte für die Flottenangehörigen in Sevastopol' und erklärte die Hafenstadt kurzerhand zum Moskauer Stadtbezirk. Umgekehrt bekundete im März 1995 in Sevastopol' eine Demonstration ihre Unterstützung für Lužkov und sprach sich gegen seinen Rücktritt als Moskauer Bürgermeister aus.¹⁹³

Die Regierung und die El'cin-Administration selbst behielten aber eine klare Distanz zu den Krim-Aktivisten. Angesichts der offenen Forderung des Obersten Sowjets 1992 und 1993 nach einer Angliederung von Sevastopol' an die RF musste El'cin jeweils entschieden dementieren und beteuern, dass Moskau keinerlei Ansprüche auf ukrainisches Staatsgebiet erhebe.¹⁹⁴ In den Differenzen um die Krim-Politik spiegelte sich der Konflikt zwischen

191 Brief der RDK an E.K. Pudovkin, Mitglied des Obersten Sowjets Russlands (15.5.1993). GA RF, f. 10026, op. 4, d. 3514, l. 53. Tatsächlich scheint die Organisation Geldprobleme gehabt zu haben, denn relativ gleichzeitig schickte die RPK-Führung »Bettelbriefe« an die Betriebsleitungen wichtiger Unternehmen in Simferopol', welche der pro-russländischen Bewegung als wohlgesinnt galten.

192 Ausgabentabelle für Vorbereitung des Referendums für Neuwahlen des OS Krim, angefertigt von Pëtr Morgunov (7.6.1993). GA RF, f. 10026, op. 4, d. 3514, l. 47. Die Aktivisten der unterschiedlichen Organisationen werfen sich heute noch gegenseitig vor, allein zum Zweck der Verwaltung von Geld aus »Moskau« existiert zu haben. Namentlich äußerte ein ehemaliger RDK-Aktivist diesen Vorwurf gegenüber der Russischsprachigen Bewegung der Krim und ihrer Nachfolgepartei *Narodnaja partija*. Von wem die Gelder gekommen sein sollen, bleibt aber unklar. (Interview mit V.R., Simferopol', 4.7.2008)

193 Drzymalla, Krim, S. 18-19; Formančuk, Mify sovetskoj epochy, S. 520; Sevastopol' – Ėnciklopedičeskij spravočnik, S. 429; Interfaks-Meldung, in: Krymskaja Pravda, 15.3.1995, S. 1; Moskva podderžit Sevastopol', in: Flag Rodiny, 12.3.1994, S. 1.

194 »Mir ist diese Entscheidung peinlich« (»Mne stydno èto rešenje«), zitiert die Nezavisimaja Gazeta den Präsidenten nach dem Sowjetbeschluss vom Juli 1993. Oborona Sevastopolja. Rešenje Rossijskogo Parlamenta o vozvraščennii Sevastopolja pod jurisdikciju Rossii sozdaet novuju političeskiju situaciju i v Kieve, i v Moskve, in: Nezavisimaja Gazeta, 13.7.1993, Nr. 129, S. 1.

der nationalistischen Opposition, die nach der Wahl 1993 immer noch eine Parlamentsmehrheit hatte, und der in außenpolitischen Zwängen steckenden Regierung wider. Aus Sicht der Aktiven der Krim-Bewegung war die Unterstützung durch die Regierung unzureichend. Mitglieder des radikalen Flügels ergehen sich in oft antisemitischen Hasstiraden gegen den »Verräter-Präsidenten«¹⁹⁵ El'cin und den ersten Außenminister der RF Andrej Kozjrev.¹⁹⁶

Nachdem mit der Erstürmung des Weißen Hauses im Oktober 1993 die Verbündeten der Separatisten in Moskau politisch vorerst ausgeschaltet waren, konnten sich die Anhänger der Krim-Bewegung »nur noch auf sich selbst verlassen [...], um in die Heimat [den Russländischen Staat; d.A.] zurückkehren zu können«.¹⁹⁷ Als wichtigste Partner in Moskau blieben Žirinovskijs nationalistische »Liberaldemokratische Partei« und marginale politische Gruppierungen wie die Nationalbolschewistische Partei Eduard Limonovs übrig.¹⁹⁸ Bis dahin waren die Handlungen der pro-russländischen Kräfte in Sevastopol' jedoch eng mit den politischen Entwicklungen in Russland verzahnt: Einige Gruppierungen bildeten lokale Sektionen russländischer Organisationen, Ereignisse um die Schwarzmeerflotte gaben den Anlass zu den wichtigsten Mobilisierungsereignissen und ein Teil der politischen Arbeit der Krim-Aktivisten fand in Moskau statt.

Vergleich

Die Separationsbestrebungen auf der Krim und in Transnistrien wurden beide von Moskauer Machtstrukturen und politischen Organisationen unterstützt. Es war derselbe Personenkreis von nationalistischen Politikern vor allem im Moskauer Parlament, der Kontakte knüpfte, Geld organisierte und die Regionen bereiste. Die Präsidialadministration El'cins dagegen nahm eine widersprüchliche Position ein und unterstützte die Bewegungen nicht offiziell. Es war nicht nur die russländische Seite, die Einfluss auf die Bewegungen auf der Krim und im Dnjestr-Tal nahm, sondern auch die dortigen

195 Kruglov, Kljanus', S. 9.

196 Die Führungsfigur der russischen Nationalisten in Sevastopol' Alexander Kruglov bezeichnet Kozjrev als »diesen amerikanisch-israelischen Agenten, eingefleischten Zionisten« (»ètomu amerikano-izrail'skomu agentu, zavzjatomu sionistu.«) (Ebd., S. 10) Im Allgemeinen vertreten die russischen Nationalisten in Sevastopol' einen unverblühten Antisemitismus und sind davon überzeugt, dass der Kreaml' Anfang der 90er Jahre von »Zionisten« übernommen worden sei. (Gespräch mit Geni Kruglov, Sevastopol', 12.7.2008)

197 Kruglov, Kljanus', S. 30.

198 Ebd., S. 18.

Akteure versuchten Einfluss auf Entscheidungen in Moskau zu nehmen. So wie die Bewegungen durch ihre Aktionsformen (Petitionen an Parlamente, Präsidenten usw., Beteiligung an der Mobilisierung im Oktober 1993 usw.) und Bündnispartner sich als »inländische« Opposition in Russland positionierten, wurden sie von der El'cin-Administration bekämpft. Als pro-russländische Bestrebungen im »Nahen Ausland« wurden sie von Kräften aus dem Staatsapparat jedoch unterstützt. Dieser Widerspruch spiegelt sich in den Haltungen der Aktivisten auf der Krim und im Dnjestr-Tal gleichermaßen, die den russländischen Staat und seine Institutionen als Schutzpatron sahen, dessen politisches Personal aber als »Verräter« beschimpften.

Große Bedeutung hatte für die Mobilisierungen in beiden Fällen die jeweilige Militärstationierung. Beide Armeen waren in die sozialen Strukturen vor Ort integriert – die 14. Armee durch die lokale Rekrutierung und die Wohnorte von Offiziersfamilien, die Schwarzmeerflotte durch ihre Verflechtung mit der lokalen Wirtschaft und Politik in Sevastopol'. Soldaten beider Armeen waren politisch aktiv in Form von klaren Positionierungen durch öffentliche Erklärungen, beteiligten sich aber nur in Ausnahmefällen an den Mobilisierungsereignissen der Bewegungen. Die Schwarzmeerflotte erlebt eine Auseinandersetzung in ihrem Inneren, trotzdem oder deswegen ergreifen ihre Offiziere wesentlich deutlicher Partei für die pro-russländischen Kräfte als die Kommandeure der 14. Armee vor Lebed'. Dieser selbst dagegen, häufig als wichtiger Akteur der PMR-Gründung gehandelt, tauchte erst in dem Geschehen auf, als die Strukturen der neuen Republik bereits existierten.

Letztendlich hing auch die Politik Moskaus in der Peripherie Russlands oder im »Nahen Ausland« von den lokalen Gelegenheitsstrukturen ab. Interventionsmöglichkeiten und die Unterstützung von moskaufreundlichen politischen Kräften sind auf die Existenz solcher Akteure angewiesen. Wo es pro-russländische Bewegungen nicht schafften, einen Konflikt auf die Tagesordnung zu setzen, da konnten sich »Kosaken«-Formationen auch nicht auf ihre Seite schlagen. Selbst die Möglichkeiten Moskaus, Armeeeinheiten in die russländische Armee zu überführen, hingen mit den konkreten politischen Begebenheiten vor Ort zusammen.

6. Zusammenfassung

Das Kapitel hat den Kontext der separatistischen Mobilisierungen im Dnjestr-Tal und auf der Krim verglichen. Zahlreiche Arbeiten zu den innerstaatlichen Territorialkonflikten nach 1989 haben versucht, Voraussetzungen als Bedingungsfaktoren, Triebkräfte oder Ursachen von Gewalt und

Nationalismus zu fassen. Für die hier verglichenen Fälle lässt sich sagen, dass die Frage, *warum* es in einem Fall zu Gewalt und Separation kam, im anderen nicht, sich nicht einfach aus den Voraussetzungen erklären lässt. Historie, Regionalismus und Verwaltungsstrukturen hätten für die Krim als Konfliktfall gesprochen – sie war die bereits lange vor dem Zerfall der Sowjetunion diskursiv markierte Geschichtsregion, die eine eigene Verwaltungseinheit mit Institutionen darstellte. Im Dnjestr-Tal dagegen mussten die Separatisten entsprechende Staatsorgane erst aufbauen und das Territorium des neuen Staates nicht nur durch Zugriffsmacht etablieren, sondern auch im Bewusstsein der Bevölkerung legitimieren. Darüber hinaus hatten beide Regionen einige Voraussetzungen gemeinsam oder waren ähnlichen Entwicklungen ausgesetzt – die Einbindung in die Strukturen des politischen und ökonomischen Systems der UdSSR und dessen Zerfall ließen ähnliche Krisensituationen und Milieus entstehen. Nicht zuletzt blieben sowjetische Militäreinheiten in den Regionen, die mit dem Zerfall zu Russland kamen.

Dass die betrachteten Prozesse und Voraussetzungen keine ultimative Erklärung liefern können, bedeutet aber nicht, dass sie unbedeutend waren. Sie prägten, verstärkten, kanalisiert das Entstehen und die Entwicklung der pro-russländischen Bewegungen und schoben sie an mancher Stelle gar an. Der Ethnoföderalismus und die Nationalitätenpolitik der UdSSR formten die Ideen der Akteure auch dann noch, als der sowjetische Staat bereits zerfallen war. Die Einführung neuer Sprachgesetze durch die MSSR-Führung löste die Protestbewegung aus, die sich später zum transnistrischen Separatismus entwickelte und auch weitere Maßnahmen der moldauischen Regierung und nationalistische Demonstrationen in Chişinău bestimmten die Mobilisierungszyklen im Ostteil Moldovas mit. Auch die Entwicklung innerhalb der in den Regionen stationierten sowjetisch-russländischen Armeen war immer wieder Ausgangspunkt von Mobilisierungen.

Dass die Schwarzmeerflotte auf der Krim und die 14. Armee im Dnjestr-Tal Teil der russländischen Armee wurden, war in der Anfangsphase der Bewegungen noch keine Selbstverständlichkeit. Auch die lokale Entwicklung trug dazu bei, dass dies möglich wurde. Die Wirkungsrichtung ging keineswegs einseitig von einem allmächtigen Moskau aus, sondern vielmehr waren die Prozesse zwischen Peripherie und altem wie neuem Zentrum miteinander verflochten. Selbst in der gegenüber den Staatszerfallsprozessen nach 1989 grundlegend veränderten Situation von 2014 bestimmen nicht ausschließlich Moskau und Kiew den Gang der Ereignisse: die militärische Übernahme der Krim mit geringem Aufwand wäre bei einer anderen politischen Konstellation auf der Krim in dieser Form nicht möglich gewesen. Lokale Akteure spielen auch in der heutigen Situation eine Rolle.

III. Die Bewegung im Dnjestr-Tal als konservativer Betriebskorporatismus

1. Territorialisierung eines politischen Konflikts – das moldauische Dnjestr-Tal 1989-1992

Im August 1989 befand sich die Protestbewegung gegen die neuen Sprachgesetze aus Chişinău auf dem Höhepunkt. In einem Erinnerungsband der transnistrischen Bewegung erinnert sich Boris Akulov, Abteilungsleiter im Zementwerk in Rybnica, an die Zeit der mehrwöchigen Ausstände in den Industriebetrieben der MSSR. Im Auftrag der Streikkomitees war er nach Moskau geschickt worden, um bei Gorbačëv ein Eingreifen zugunsten der Streikenden zu erwirken. Als er einem der Anführer der Bewegung, dem Generaldirektor des Metallwerks von Rybnica, Anatolij Beličenko, am Telefon von den abermals erfolglosen Verhandlungen berichtete, schimpfte dieser fürchterlich und verkündete, dann müsse man eben eine autonome Republik gründen. Akulov erinnert sich an seine eigene Reaktion darauf: »Ehrlich gesagt verstand ich nicht sofort, was er meinte, und ich konnte mir nur mit Mühe vorstellen, was das in unserem Fall heißen sollte.«¹ Ein Jahr vor der Autonomie-Erklärung der Dnjestr-Republik konnte sich der hochrangige Aktivist der staatsgründenden Bewegung eine solche Republik noch nicht vorstellen. Auf der *mental map* des späteren Informationsministers² war im Sommer 1989 noch kein »Pridnestrov'e« eingezeichnet, die politischen Zielstellungen und die Freund-Feind-Einteilungen waren noch nicht territorialisiert.

Die Territorialisierung³ des Konflikts um die Neuordnung der MSSR, um eine neue Machtverteilung in der westlichen Peripherie der Sowjetunion, erfolgte erst im Rahmen des Konflikts selbst. Sie war das Projekt einer politischen Bewegung und deren Eliten. Nachdem der mehrwöchige Streik keinen Erfolg gebracht hatte, setzte die separatistische Bewegung, also der Vereinigte Rat der Arbeitskollektive (OSTK) und die Betriebsleitungen, auf eine politisch-territoriale Strategie: einerseits auf die Lokalwahlen

- 1 »[P]oslah ich [die Regierenden von MSSR und UdSSR] očen' daleko i skazal, čto zabastovka budem svoračivat' i načnëm delat' avtonomnuju respubliku. Čestno govorja, ja srazu ne ponjal o čëm idët reč' i s trudom sebe predstavljaj, čto èto značit v našem slučae.« B. N. Akulov, zit. nach Volkova, Gorjačee leto 1989, S. 185.
- 2 Ciobanu, Ceslav: Moldova: The Dniester Moldovan Republic, unter: http://www.c4ss.net/website/Web_site/RESEARCH/DMR_by__C_Ciobanu.pdf [zuletzt geprüft am 25.2.2015], S. 5.
- 3 Die Idee eines Prozesses der »Territorialisierung« des Dnjestr-Konflikts hat Gottfried Hanne formuliert. (Hanne, Transnistrien-Konflikt)

vom Frühjahr 1990, andererseits auf das in der Sowjetunion rechtlich verankerte Konzept einer »Autonomie«. Hinter dieser Territorialisierung des Konflikts stand aber keine klare Agenda, was Territorium oder den Grad an Selbstständigkeit der neuen autonomen Einheit betraf. Die Forderungen und geographischen Vorstellungen veränderten sich mit dem Konfliktverlauf und den damit gegebenen Möglichkeiten. Der Weg von der Forderung nach Rücknahme der Sprachgesetze durch den Obersten Sowjet in Chişinău, über die Autonomie einzelner Städte, über eine »Freie Wirtschaftszone« im Dnjestr-Tal bis hin zur Gründung der Moldauischen Sozialistischen Sowjetrepublik Pridnestrov'e war weder von vornherein gegeben noch durchgeplant.

Ab dem Frühjahr 1989 diskutierte die Öffentlichkeit in der MSSR über die Sprachgesetze, die das ZK der KPM in den Obersten Sowjet einbringen wollte. Zu der Einleitung des Gesetzgebungsverfahrens gehörte auch die öffentliche Diskussion der Vorlage auf Versammlungen, vor allem in den Betrieben. Nachdem die Arbeitskollektive ihre Kritik, Fragen und Veränderungswünsche in Petitionen und offenen Briefen geäußert haben würden, sollte der Oberste Sowjet über die Beschlussvorlage entscheiden. Im Rahmen dieses Verfahrens entstanden 1989 die Vorformen des Dnjestr-Separatismus. In der Öffentlichkeit wurden die Gesetzesvorschläge heftig kritisiert. Die Zeitungen druckten zunehmend empörte Stellungnahmen von Belegschaften einzelner Betriebszechen. Als eine neue Beschlussvorlage bekannt wurde, die ohne größere Änderungen in das Parlament eingebracht werden sollte, riefen einige Dutzend Großbetriebe in den Industriestädten im Dnjestr-Tal, in Chişinău und in Bălţi einen zweistündigen Warnstreik aus. Dessen Forderungen waren: Verschiebung der Parlamentssitzung, vollständige Vorabinformation der Arbeitskollektive über die geplanten Gesetze und eine Ausweitung der Diskussionsphase. Damit wandten sich die »Streikenden«, die selbst nicht ausschließlich aus dem Dnjestr-Tal kamen, zunächst an das Parlament der MSSR.⁴ Als sich im Vorfeld der Parlamentssitzung abzeichnete, dass die Sprachgesetze nicht nach den Vorstellungen der Warnstreikenden geändert werden würden, erklärten die Betriebe den unbefristeten Streik und forderten eine Verschiebung der Entscheidung, Änderungen des Verfahrens sowie Russisch als Zweite Staatssprache neben Moldauisch in dem neuen Gesetz zu verankern und die Umstellung auf das lateinische Alphabet zu streichen.

Die Streikbewegung und weitere politische Bestrebungen, die sich gegen die Sprachgesetze und auch die Mobilisierungen der Moldauischen Volksfront richteten, waren zunächst nicht auf das Dnjestr-Tal beschränkt. Nicht

4 Michajlov, A.: Predupreditel'naja zabastovka, in: Leninskoe Znamja, 19.8.1989, S. 1.

nur in den späteren PMR-Städten Tiraspol', Rybnica und Bendery legten Belegschaften die Arbeit nieder, sondern auch in Betrieben in den moldauischen Großstädten Chişinău und Bălţi und in den gagausischen Städten im Süden Moldovas. In der Anfangsphase sahen sich die Aktiven als eine gemeinsame Bewegung. Aus Tiraspol' fuhren Mitglieder des Streikkomitees nach Chişinău, um sich an Demonstrationen zu beteiligen und agitierten auch dort mit Streikzeitungen und anderem Propagandamaterial.⁵ Das bald gegründete republikanische Streikkomitee war zwar von Vertretern aus dem Dnjestr-Tal dominiert, aber Betriebe in Chişinău, Bălţi und in den Städten im Süden Moldovas entsandten ebenfalls Delegierte.

Besonders enge Verbindungen entwickelten sich zwischen den Aktivisten im Dnjestr-Tal und der gagausischen Autonomiebewegung. Analog zur Streikzeitung in der späteren PMR-Hauptstadt Tiraspol' nannte sich das dortige Kampfblatt *Bastujuščij Komrat*. Die Streikorgane der Bewegung im Dnjestr-Tal druckten Artikel aus dem Schwesterblatt aus Komrat ab, und Arbeitskollektive schickten durch dasselbe Medium Solidaritätsbekundungen an die gagausische Bewegung. Die Streikkomitees in Gagausien entsandten Mitglieder in das von den Dnjestr-Aktivisten dominierte »Republikanische Streikkomitee«, darunter beispielsweise den Vorsitzenden des Streikkomitees von Komrat, Stepan Topal, der einer der Anführer der gagausischen Autonomiebewegung war und später Vorsitzender des Gagausischen Obersten Sowjets und einziger »Präsident« der 1991 proklamierten Republik Gagausien wurde.⁶

Als im Herbst 1990 in Chişinău Polizeitruppen und Freiwillige mobilisiert wurden, um gegen das von der gagausischen Bewegung organisierte Autonomiereferendum vorzugehen, reisten mehrere Hundert Aktivisten aus dem Dnjestr-Tal nach Gagausien, um die dortige Unabhängigkeitsbewegung zu unterstützen. Auch wenn die angereisten Unterstützer nicht direkt in Auseinandersetzungen verwickelt wurden, ist diese Mobilisierung als »gagausischer Marsch«⁷ (*gagauzkij pochod*) in die Mythographie der PMR eingegan-

5 Lesničenko, Valentin: Ètich dnej ne smolknet slava, in: Alfer'eva, L. (Hg.), Slavy ne iskali. Sbornik vospominanij učastnikov sozdanija i stanovlenija PMR, Bendery 2000, S. 20-23.

6 Troebst, Von »Gagauz Halkı« zu »Gagauz Yeri«, S. 44-45; Volkova, Gorjačee leto 1989, S. 173. Solidaritätsbekundungen und Abdruck von Artikeln beispielsweise: Solidarny! In: Bastujuščij Tiraspol', 29.8.1989, S. 1; Naši zakonnyje trebovanija, ebd.; Bjulleten' soobščae, ebd.; V Bastujuščem Komrate, in: Bastujuščij Tiraspol', 31.8.1989, S. 1.

7 Lipinskij, Sergej: Brat'ja-Gagauzy poprosili nas o pomošči, in: Alfer'eva, L. (Hg.), Slavy ne iskali. Sbornik vospominanij učastnikov sozdanija i stanovlenija PMR, Bendery 2000, S. 79-80. Auch mehrere Gesprächspartner beschreiben detailliert

gen. Im September 1991 verhaftete eine moldauische Spezialeinheit nicht nur Spitzenpolitiker aus Tiraspol', sondern auch führende Persönlichkeiten der gagausischen Bewegung. Die Resolutionen der Aktivisten aus dem Dnjestr-Tal, die die Freilassung der Gefangenen forderten, nannten stets auch die verhafteten gagausischen Spitzenfunktionäre.⁸ Zwischen den beiden Bewegungen bestand also eine Partnerschaft, die sich in der Folgezeit in enge Verbindungen zwischen den Führungen der beiden Regionen übersetzte.⁹

Das Thema Autonomie kam in der öffentlichen Debatte im Dnjestr-Tal und in der Bewegung bereits im Sommer 1989 auf. Im Verwaltungsaufbau der Sowjetunion waren Autonome Republiken und Autonome Gebiete nichts Neues, die Akteure beriefen sich insofern auf ein etabliertes institutionelles Konzept. Damit verband sich aber noch keine Vorstellung von einem bestimmten Territorium. Eine politisch denkbare Einheit Pridnestrov'e hatte keinerlei Entsprechung im sowjetischen Staatsaufbau, eine konkrete Geographie dieser neuen staatlichen Einheit musste erst noch in den Köpfen verankert und das konkrete Territorium definiert werden. So forderte auf einer Kundgebung in Tiraspol' im September 1989 ein Redner eine Art nicht-territorialer Autonomie in Gestalt einer Freien Wirtschaftszone von Unternehmen, die dem Ministerrat der UdSSR unterstehen sollte und der alle Betriebe der MSSR beitreten könnten.¹⁰ In diesem Vorschlag verband sich das traditionelle sowjetische politisch-territoriale Verwaltungskonzept mit dem zentralen Punkt der Perestrojka-Agenda, den Betrieben mehr Selbstständigkeit zuzugestehen. Nach den Großbetrieben wurden die Städte zum territorialen Referenzpunkt der Autonomiebestrebungen. Noch vor Beginn der Streikbewegung hatte bereits die Parteiführung der Industriestadt Rybnica den Versuch gestartet, im Rahmen der bestehenden Hierarchien eine gütliche Einigung zu finden: Sie schlug der MSSR-Führung vor, den Rayon Rybnica als »kompaktes Siedlungsgebiet nicht-moldauischer

ihre Erinnerungen an dieses Mobilisierungsereignis. Die zeitgenössische Presse berichtete feierlich von der Rückkehr der Aktivisten. (Trevožnaja nedelja zaveršilas' blagopolučno, pridnestrovcy vernulis' domoj. Interview mit Kolonnen-Führer V.A. Zagradskij, in: Dnestrovskaja Pravda, 3.II.1990, S. 1; Miting v Rybnice, in: Leninskoe Znamja, 3.II.1990, S. 1)

8 Z. B. Andreeva, *Ženščiny Pridnestrov'ja*, S. 9.

9 So ging der in der Republik Moldova mehrfach verhaftete Kommandeur einer paramilitärischen Truppe der gagausischen Bewegung Ivan Burgudži 1999 als Vertreter der Gagausischen Autonomen Republik in die PMR. (Volkova, *Gorjačee leto 1989*, S. 172)

10 Volkova, *Gorjačee leto 1989*, S. 67.

Bevölkerung« (*zona kompaktnogo proživivanja nemoldavskogo naselenija*)¹¹ anzuerkennen und ihm dadurch eine amtliche Mehrsprachigkeit zuzugestehen.

Nachdem die Streikbewegung keinen zufriedenstellenden Kompromiss erreicht hatte und die MSSR-Führung sich dem Druck nicht gebeugt hatte, wurden die lokalen politischen Institutionen der Städte im Dnjestr-Tal zur zentralen Arena der Auseinandersetzung. Die Führung der Streikbewegung, in erster Linie also die Direktoren und leitenden Angestellten der Großbetriebe von Rybnica und Tiraspol', setzten auf einen neuen – politischen und territorialen – Weg. Lokale Machtstrukturen sollten erobert werden, um sich mit diesen dann der Sprachpolitik aus Chişinău zu widersetzen. Als Erste beschlossen die Stadtsovjets von Tiraspol' und Rybnica, die Sprachgesetze auf ihrem Territorium nicht anzuerkennen.

Mit dem Beschluss des Stadtsovjets von Tiraspol' vom 13. September 1989 wurde das Projekt einer Autonomie erstmals offiziell. Das Parlament der Provinzstadt unterbreitete »den Werktätigen der Städte und Rayons von Tiraspol', Bendery, Rybnica, Slobodzeja, Kamenka, Bel'cy [Bălţi], Grigoriopol', Dubossary den Vorschlag, eine autonome Republik in der MSSR zu schaffen«.¹² Das war die Einführung der Idee einer transnistrischen Autonomie *avant la lettre* – der Begriff *Pridnestrov'e* tauchte in dem Beschluss noch nicht auf.¹³ Zudem war mit der Industriestadt Bălţi auch eine Stadt der heutigen MSSR in den Aufruf eingeschlossen. Weiterhin basierte das Territorialkonzept damit vorrangig auf den städtischen Institutionen, und das Territorium der späteren PMR war darin noch keineswegs festgelegt.

Im Winter 1989/90 organisierten dann OSTK und Teile der städtischen Behörden Volksabstimmungen in Rybnica und Tiraspol' über die Frage nach

- 11 *Obračenie bjuro gorkoma KPM, ispolkomov gorodskogo i rajonnogo Sovetov ko vsem graždanam Rybnicy i rajona*, in: *Leninskoe Znamja*, 15.8.1989, S. 1.
- 12 »[T]rudjaščimsja gorodov i rajonov – Tiraspol', Bendery, Rybnica, Slobodzeja, Kamenka, Bel'cy, Grigoriopol', Dubossary – s predloženiem o sozdanii avtonomnoj respubliki v sostave MSSR.« *Rešenje XIII vnočerednoj sessii gorsoveta*, in: *Dnestrovsckaja Pravda*, 16.9.1989, S. 1.
- 13 In Rybnica wurde die Autonome Republik zu diesem Zeitpunkt jedoch bereits als »*Pridnestrovsckaja Avtonomnaja Respublika*« diskutiert (Masjuk, A.: *Perejti k novym metodam bor'by*, in: *Leninskoe Znamja*, 16.9.1989, S. 1). Als allgemein anerkannte Bezeichnung für die Autonomie setzte sich der Begriff *Pridnestrov'e* in den darauffolgenden Wochen durch. (Iz materialov komissii po juridičeskomu obosnovaniju sozdanija Pridnestrovsckoj Avtonomnoj SSR, in: *Dnestrovsckaja Pravda*, 17.10.1989, S. 3; Lesničenko, V.: *Avtonomnaja respublika Pridnestrov'ja. Nužna li ona?* In: *Dnestrovsckaja Pravda*, 17.10.1989, S. 3-4) Als Regionalbezeichnung ohne Zusammenhang mit dem Autonomieprojekt wurde er aber vereinzelt auch schon vorher verwendet. (V. Ryljakov, zit. in *Ispytanie demokratij*, in: *Dnestrovsckaja Pravda*, 1.7.1989, S. 2)

einer Aufwertung des Status der Städte und der Bildung einer Autonomen Dnjestr-Republik (*Pridnestrovskaja Avtonomnaja Sovetskaja Socialističeskaja Respublika* – PASSR). In beiden Städten stimmte nach Angaben der Organisatoren eine Mehrheit von über 90 Prozent der Wähler (bei Wahlbeteiligungen von über 80 Prozent) für die Anliegen der Autonomie-Bewegung. In anderen Rayons hatten die Anhänger einer PASSR-Gründung einen schwereren Stand und schafften es erst im Sommer bzw. Herbst 1990, solche Volksabstimmungen zu organisieren. In der Industriestadt Bendery gelang dies beispielsweise erst am 1. Juli 1990, wenn auch mit demselben offiziellen Endergebnis wie in den Hochburgen der Bewegung Rybnica und Tiraspol'.¹⁴ Auch in weiteren Rayons und Städten östlich des Dnjestr wurden im Laufe des Sommers 1990 Referenda mit ähnlichen Ergebnissen (ca. 90 Prozent Zustimmung bei Wahlbeteiligungen zwischen 70 und 94 Prozent) durchgeführt. Nur in den ländlichen Gebieten der Bezirke um Dubossary und Grigoriopol' konnten die Separatisten keine vollständigen Erfolge melden. Die Wahlbeteiligung für den Rayon Dubossary wird mit 30 Prozent angegeben, in dem ländlichen Rayon um Grigoriopol' mit 57,6 Prozent. In einigen Dörfern gelang es den lokalen Machthabern, die mit der Autonomiebewegung nicht einverstanden waren, die Abstimmungen zu verhindern.¹⁵ Inwieweit die öffentlich bekannt gegebenen Ergebnisse der Referenda mit dem tatsächlichen Geschehen am Abstimmungstag korrespondieren, lässt sich nicht überprüfen. Das Aufstellen von Wahlurnen, die Mobilisierung von Wählern und die öffentliche Bekanntgabe von Wahlergebnissen stellten jedoch so oder so eine Machtdemonstration dar, die wirkmächtig die Zugehörigkeit von Territorium kennzeichnete.

Im Frühjahr 1990 standen in der gesamten Sowjetunion die Wahlen zu den Republikparlamenten und den städtischen Sowjets an. Für die kommunalen Wahlen stellte der OSTK Kandidaten auf. In Rybnica und Tiraspol' gewannen diese die Mehrheit im Stadtsowjet. So besetzten nach diesen Wahlen Vertreter der vormaligen Streikbewegung respektive lokaler Industriekombinate die Ämter der lokalen Exekutive. Damit übernahm die Bewegung erstmals staatliche Institutionen. Die OSTK-Vertreter nutzten die neue Macht, um die Gültigkeit von Beschlüssen von Parlament und Regierung in Chişinău für »ihr« Territorium in Frage zu stellen und die Durchsetzung zu verhindern.

Im Verlauf des Jahres 1990 wurde neben der Autonomie auch das Konzept einer Freien Wirtschaftszone weiter diskutiert. Auch hier veränderten sich die territorialen Ansatzpunkte der Debatte. Der Stadtsowjet von Tiraspol'

14 Dnestrovskaja Pravda, 3.7. 1990, S. 1; Dnestrovskaja Pravda, 14. 10. 1990, S. 1.

15 Grigoriopol'skij Variant, in: Dnestrovskaja Pravda, 14.10.1990, S. 1-2.

setzte beispielsweise im Sommer 1990 den Beitritt der Stadt zu einer Freien Wirtschaftszone der ukrainischen Stadt Odessa auf die Tagesordnung. Diese Vorschläge waren nicht ausgearbeitet und kaum ausgegoren.¹⁶ Sie waren nicht Teil eines strukturierten politischen Plans, sondern vielmehr Ergebnis einer sprunghaften Debatte um territoriale Veränderung.

Eine weitere Form des symbolischen Kampfes um Territorium war der Konflikt um das Hissen der neuen Staatsflagge der Sowjetrepublik Moldova im Frühling 1990. Das in Chişinău gewählte neue Parlament hatte die Einführung einer Trikolore, die der rumänischen exakt nachempfunden war, beschlossen. In Tiraspol' und Rybnica kamen die lokalen Machtinstitutionen der Weisung des Republikssowjets, die neue Fahne zu hissen, nicht nach und behielten die bisherige Flagge der MSSR bei, oder verlegten sich auf die Fahne der UdSSR. In Bendery, Dubossary und einigen ländlichen Gebieten kam es zu scharfen Auseinandersetzungen um das Hissen und Nicht-Hissen der Trikolore: Schließlich bedeutete dieser symbolische Akt auch ein Bekenntnis lokaler Machtorgane zu Chişinău oder Tiraspol'.¹⁷

Im Sommer und Herbst 1990 wurden »Kongresse der Deputierten aller Ebenen« (*S'ezd deputatov vseh urovnej*) organisiert. Dort kamen Abgeordnete von Stadt-, Dorf- und Bezirkssowjets ebenso wie die Deputierten des Obersten Sowjets der MSSR und der UdSSR aus der Region zusammen und verabschiedeten Erklärungen, die das Dnjestr-Tal zum neuen Staat machen sollten. Am 2. September 1990 beschloss dieser Sowjet die »Gründung der Moldauischen Sozialistischen Sowjetischen Dnjestr-Republik im Bestand der UdSSR« (*Pridnestrovskaja Moldavskaja Socialističeskaja Sovetskaja Respublika v sostave SSSR – PMSSR*).¹⁸ Dieser wurde so mit der Zustimmung gewählter Volksvertreter Legitimität verliehen. Die Teilnahme oder Nicht-Teilnahme war eine politische Entscheidung der Deputierten. Einige Abgeordnete von Sowjets der Region trafen sich im Dorf Pyryta, das direkt am linken Dnjestr-Ufer liegt und dennoch unter der Kontrolle Chişinăus verblieb, zu einer Gegenveranstaltung.¹⁹

Der bewaffnete Konflikt am Dnjestr entzündete sich letztendlich am Kampf um lokale Machtorgane. Der Versuch der Dnjestr-Separatisten Poli-

16 Igor' Smirnov sagte in einem Zeitungsinterview, der Stadtsowjet von Tiraspol' habe über das Thema eines Beitritts zur Wirtschaftszone von Odessa gesprochen, nun müsse man noch die Meinung des Stadtsowjets von Odessa erfragen. (Ponjat' v čem dolg. Interview mit Igor' Smirnov als Delegiertem XXVIII Parteitag d. KPdSU, in: Dnestrovskaja Pravda, 3.7.1990, S. 1)

17 Siehe Kapitel III.5.: Umkämpfte Räume.

18 Postanovlenie vtorogo črezvyščajnogo s'ezda narodnych deputatov vseh urovnej Pridnestrovskogo regiona, in: Leninskoe Znamja, 6.9.1990, S. 1.

19 Kondratovič, D.: Samozvanoe sborišče, in: Trudovoj Tiraspol', 26.9.1990, S. 3.

zeistationen und andere Staatsorgane außerhalb ihrer Hochburgen unter Kontrolle zu bringen, traf auf Widerstand. In der Kleinstadt Dubossary eskalierte die politische Auseinandersetzung um die Exekutivorgane im November 1990: Anhänger der separatistischen Bewegung belagerten die örtliche Polizei und forderten, dass diese sich der PMSSR unterstelle. Drei Teilnehmer des Massenaufmarschs wurden von den belagerten Polizisten getötet. Dieser Vorfall war die erste Aktion mit Waffengewalt in dem Konflikt um den politischen Status des Dnjestr-Tals.²⁰

Die Geographie der gewalttätigen Auseinandersetzungen folgte derjenigen der vorhergehenden Mobilisierungen. Tiraspol' und Rybnica, sowie auch der Rayon von Rybnica und Kamenka standen eindeutig unter der Kontrolle der PMR-Gründer und wurden nicht zum Kriegsschauplatz. Umkämpft waren Orte, die bereits politisch umstritten gewesen waren: die Rayon-Hauptstadt Dubossary, die darum liegenden Dörfer, in geringerem Maße die ländlichen Gegenden um Grigoriopol' und in einer Kulmination des Krieges schließlich Bendery, die am westlichen Dnjestr-Ufer gelegene Industriestadt. Im Ergebnis des Krieges wurde an einigen Stellen der Dnjestr *nicht* zur neuen Grenze: Zum einen konnten die Separatisten mit Hilfe der russländischen Armee Bendery und Kikany auf der bessarabischen Seite halten. Am linken Flussufer verblieben im Rayon Dubossary zwei »Taschen«, die der sich schlängelnde Dnjestr bildet, nach heftigen Kämpfen unter der Kontrolle von Chişinău. An diesem Abschnitt nördlich von Dubossary ist die schnurgerade Landstraße von Tiraspol' nach Rybnica zur neuen Grenze geworden.

2. Die Grundzüge der Bewegung:

Mobilisierungsereignisse und Organisationen

Mobilisierungsereignisse

Vier große Mobilisierungsphasen prägten die transnistrische Bewegung, gaben ihren Organisationen Gestalt, waren die Grundlage der Rekrutierung von Beteiligten und formten das politische Projekt und seinen Inhalt: die Streikbewegung gegen die Sprachgesetze von 1989 und zahlreiche Kundgebungen in diesem Rahmen, die Durchführung von Referenda und die

²⁰ Chirtoagă u. Dragnev: O istorie a regiunii transnistrene, S. 386. Bei der Beerdigung, die ebenfalls zum Mobilisierungsereignis wurde, betonten Redner die moldauische Nationalität der Getöteten und zeichneten ein Selbstbild als multinationale Bewegung, die sich der Regierung und der Volksfront von Moldova entgegenstelle. (Ermakova, L.: Dubossarskaja tragedija: Streljali v každygo iz nas, in: Dnestrovskaja Pravda, 12.11.1990, S. 1-3)

Beteiligung an den Lokalwahlen im Winter/Frühjahr 1989/90, die Protestmobilisierungen des Frauenstreikkomitees nach der Inhaftierung des späteren Präsidenten Igor' Smirnov durch Chişinău im September 1991 und die Kriegshandlungen Ende 1991/Anfang 1992.

Die »separatistische Bewegung« im Dnjestr-Tal begann mit einem Streik, also einem Mobilisierungsereignis, das typisch ist für die Arbeiterbewegung. Dreieinhalb Wochen standen die Fabriken in den Industriestädten des Dnjestr-Tals und in weiteren Städten der Moldauischen Sowjetrepublik still. Von einer Arbeiterbewegung im engeren Sinne konnte jedoch keine Rede sein: Vielerorts waren es die Betriebsleitungen, die den Streik initiierten. Zumindest in den großen Industriekombinaten im Dnjestr-Tal wurde die Arbeitsniederlegung von oben ausgerufen und die Arbeiter gingen organisiert auf die Kundgebungen. Vorrangig handelte es sich bei diesem Ausstand um eine Mobilisierung in den Bahnen der hierarchischen Betriebsstrukturen.

Am Rande entwickelte sich aber durchaus auch ein »Bewegungsleben«. Streikkomitees versammelten sich und diskutierten Probleme. Diese Komitees gaben Streikzeitungen heraus: mit Schreibmaschine geschriebene, ein- oder zweiseitige Flugschriften ohne Bilder. Die Belegschaften kamen in Betriebsversammlungen zusammen, auf denen unterschiedliche Meinungen geäußert wurden. In einigen Betrieben richtete sich der Streik auch gegen die Leitung, der eine oder andere Direktor musste nach turbulenten Betriebsversammlungen seinen Hut nehmen. Zwar handelte es sich nicht um eine Arbeiterbewegung von unten, aber doch entstanden neue eigenständige Handlungsplattformen, die dem auf die Kommunistische Partei ausgerichteten Herrschaftsmodell Konkurrenz machten.²¹

Die Führung der Streikbewegung organisierte im Einklang mit den lokalen Behörden in Rybnica und Tiraspol' auch zahlreiche öffentliche Demonstrationen. »*Miting*« nannten die Protagonisten diese Art von Mobilisierungsereignis. Die Bilder von den Kundgebungen auf den Titelseiten der zeitgenössischen Lokalzeitungen gleichen sich: Auf einer Bühne stehen ein halbes Dutzend städtischer Honoratioren, darunter meist der Erste Sekretär des *gorkom*, die Direktoren der wichtigsten Betriebe und Mitglieder der Führung der Streikkomitees. Vor der Bühne steht eine in der ersten Reihe begradigte Menschenmenge, die eine Teilnehmerzahl von mehreren Tausend als durchaus plausibel erscheinen lässt. Wenige Schilder und Transparente prägen das Bild. Das *Miting* war nur in Teilen eine Demonstration der eigenen politischen Position und der Masse, die diese unterstützte. Die

21 Zur Organisation des Streiks unter Beteiligung der Direktoren und zu Konflikten zwischen Belegschaften und Leitungen: Volkova, Gorjačee leto 1989, S. 21-55, 140-141.

Versammlungen trugen zuvorderst den Charakter von Informationsveranstaltungen, in denen die Bürger der Stadt über die politischen und sozialen Entwicklungen auf den neuesten Stand gebracht wurden. Bei abweichenden Meinungen unter den redeberechtigten Honoratioren konnte sie sogar den Charakter von Diskussionsveranstaltungen annehmen. Die ersten Versammlungen vor Beginn des Streiks liefen noch im Modus der sowjetisch-staatlich-bürokratischen Entscheidungsfindung ab. So war es in Rybnica das städtische Parteikomitee, das eine Kundgebung zur Sprachpolitik organisierte. Der allgemeine Tenor auf der Versammlung wandte sich gegen die Vorlage des ZK, aber auch Befürworter der Vorschläge aus Chişinău traten dort auf.²² Gleichzeitig mahnte die Öffentlichkeit auch eine Diskussion der Gesetzesvorlage in den Arbeitskollektiven als Teil des sowjetischen Gesetzgebungsprozesses an. Lokale Zeitungen eröffneten in jenem Frühjahr 1989 die Rubrik »Wir diskutieren die Gesetzesvorlagen über die Staatssprache«²³, unter der Tag für Tag neue Meinungsartikel unterschiedlicher Positionen erschienen.

Mit den verstärkten Mobilisierungen gegen die Sprachgesetze nahmen die Kundgebungen zunehmend demonstrativen und politischen Charakter an. Gleichzeitig wurde in den Betrieben während der Arbeitsniederlegungen mit größerer Vehemenz mobilisiert. Die Belegschaften kamen in den Betrieben zu Versammlungen zusammen und zogen von dort in großer Zahl auf Kundgebungen in der Stadt. Trotz aller Massendemonstrationen ging die Republik-Führung in Chişinău nicht auf die Forderungen der streikenden Belegschaften und deren Betriebsleitungen ein, sodass sich die Bewegung neue Formen politischer Mobilisierung suchte. In den Streikkomitees wurde das Ende der Ausstände beschlossen. Da die Streikbewegung ein gewisses Eigenleben entwickelt hatte, musste die Beendigung des Streiks in den Betrieben vor Ort durchgesetzt werden.²⁴

Nach dem Ende der Arbeitsniederlegungen rief die Führung der Bewegung eine neue Strategie, den Übergang zu parlamentarisch-politischen »Kampfmethoden«, aus.²⁵ Die Streikkomitees hatten sich zu politischen Organisationen formiert, vor allem dem »Vereinigten Rat der Arbeitskollektive« (*Ob'edinennyj sovet trudovykh kollektivov* – OSTK). Mit Referenda für lo-

22 Kotovskij, S.: Nabat. Miting trudjaščichsja Rybnicy i sël rajona v podderžku perestrojki, in: Leninskoe Znamja, 27.4.1989, S. 2-3.

23 »My obsuždaem proekty zakonov o gosudarstvennom jazyke.« Z. B. Rybnickij Metallurg, 18.5.1989, S. 1.

24 Die dabei entstandenen Konflikte hat beispielsweise einer der im Rahmen der Interviewführung befragten Beteiligten aus Sicht der Führung geschildert. (Interview mit V.F., Tiraspol', 15.5.2008)

25 Masjuk, A.: Perejti k novym metodam bor'by, in: Leninskoe Znamja, 16.9.1989, S. 1.

kale Autonomiestatute in den Industriestädten im Dnjestr-Tal und Kampagnen für die anstehenden Wahlen zu den lokalen Sowjets wollten die Protagonisten die Umsetzung der neuen moldauischen Sprachpolitik verhindern. So folgte den Betriebsmobilisierungen im August/September 1989 also eine zweite Mobilisierungswelle der Bewegung mit Referenda und Wahlkämpfen im Winter 1989/1990. Der OSTK organisierte in Zusammenarbeit mit Teilen der städtischen Behörden Volksabstimmungen dort, wo es die Kräfteverhältnisse erlaubten.

Eine neue Mobilisierungswelle, die den Konflikt erheblich verschärfte, begann im Gefolge des Putsches in Moskau im August 1991. Die moldauische Seite warf der PMR-Führung vor, den Putsch unterstützt zu haben. Sicherheitskräfte der gerade unabhängig gewordenen Republik Moldova entführten einige der führenden Separatisten – darunter den »Vorsitzenden der PMR«, Igor' Smirnov – in Kiew und inhaftierten sie in Chişinău. Daraufhin protestierten deren Anhänger mit Versammlungen und einer mehrtägigen Blockade der Eisenbahngleise der Strecke von Chişinău nach Odessa, die durch Bendery und Tiraspol' verläuft. Diese Aktionen schrieb sich das »Frauenstreikkomitee« (*Ženskyj zabastovočnyj komitet*) auf die Fahnen. Diese Frauenbewegung organisierte in der Folgezeit weitere Versammlungen und Kundgebungen, die zu Staatsaufbau und Kriegsmobilisierung beitrugen.²⁶

Die Eskalation des bewaffneten Konflikts in Bendery und im Bezirk Dubossary von März bis Juli 1992 war ein Mobilisierungsereignis von ganz besonderer Qualität. Hier standen allgemeine institutionalisierte Formen der Rekrutierung und Mobilisierung neben unorganisierten, bewegungsartigen Mustern kollektiven Handelns. Aus der Russländischen Föderation und anderen Teilen der ehemaligen Sowjetunion reisten zahlreiche politisch (nationalistisch) motivierte Freiwillige an. In den Industriebetrieben der Region wurden Freischärler-Verbände ausgehoben. Zahlreiche PMR-Verbände basierten auf alten oder neueren Strukturen des sowjetischen Sicherheitsapparats. Auch Einheiten der 14. Armee beteiligten sich.

Bewegungsorganisationen

Die zentrale Organisation der Bewegung entwickelte sich im Rahmen der Mobilisierungen in den Betrieben: der Vereinigte Rat der Arbeitskollektive.

26 Für die Sicht der Protagonistinnen: Andreeva, *Ženščiny Pridnestrov'ja*. Nicht alle Angehörigen der 14. Armee waren einverstanden mit dieser Waffenübergabe an die PMR-Verbände. Der Stadtkommandant von Tiraspol' Michail Bergman beispielsweise empörte sich – seine Sicht auf die Aktionen an den Kasernen: Bergman, Michail: *Na ringe epochi. Neobyčajnye priključenija polkovnika Rossijskoj Armii, rasskazannyje im samim*, Moskau 2001, S. 186-187.

Der OSTK basierte auf einer Institution der Perestrojka-Reformen: auf dem Rat des Arbeitskollektivs (*Sovet trudovogo kollektiva* – STK). Zur Verbesserung der innerbetrieblichen Mitbestimmung hatten die sowjetischen Reformer in das »Gesetz über die Staatsbetriebe« von 1987 hineingeschrieben, dass die Belegschaften in allen Betrieben und in deren Abteilungen und Produktionseinheiten jeweils einen »Rat des Arbeitskollektivs« formieren, um in Fragen der Produktion mitzubestimmen. Dieser Versuch der innerbetrieblichen Demokratisierung von oben scheiterte. Was sich in den Betrieben vor Ort auf der Grundlage der Gesetzesänderung bis zum Sommer 1989 entwickelt hatte, entsprach ganz und gar nicht den Zielen der Reform: In zahlreichen Betrieben waren noch gar keine STK gebildet worden, während die gegründeten Räte von den Betriebsleitungen dominiert wurden und keine eigenständige Organisation der Belegschaften darstellten.²⁷

So waren es auch in Tiraspol' die Betriebsleitungen, die aus der neuen institutionalisierten Arbeitervertretung Kapital schlagen konnten. Die Direktoren großer Industriebetriebe gaben im Vorfeld der Streikmobilisierung, während die Debatte um die neuen Sprachgesetze bereits lief, den Anstoß, die Räte der Arbeitskollektive zu einer politischen Organisation auf städtischer Ebene zusammenzuschließen: den OSTK. Eine solche Gründung war in Tiraspol' bereits eine Weile im Gespräch gewesen, als sie am 11. August bei einer Versammlung von STK-Vertretern im Kulturhaus der Gussmaschinenfabrik Kirov beschlossen wurde. Der neu geschaffene OSTK Tiraspol' organisierte im Wesentlichen den ersten Warnstreik im August 1989 und ernannte sich mit Beginn der dauerhaften Ausstände selbst zum städtischen Streikkomitee. Den Vorsitz behielten leitende Angestellte aus den Großbetrieben. Diese formierten ein republikweites Streikkomitee, das seinen Schwerpunkt aber weiter in Tiraspol' hatte.²⁸

Nach Beendigung der Ausstände benannten sich die Streikkomitees erneut in OSTK um – somit gab es nun neben den städtischen OSTK auch einen »Republik«-weiten. Diese Organisation, bzw. ihre städtischen Abteilungen, organisierte(n) die Referenda und stellten Kandidaten für die Wahl zu den lokalen Sowjets und dem MSSR-Republikowjet auf. Auch an der Mobilisierung und der Rekrutierung für den Kurz-Krieg 1992 beteiligte sich der OSTK und unterstützte die Bildung von Freischärlerverbänden in den

27 Christensen, *Russia's Workers in Transition*, S. 67-72.

28 Bastujuščij Tiraspol', 25.8.1989, S. 1; Milenina, T.: *Ostaiivat' principial'nuju poziciju*, in: *Dnestrovskaja Pravda*, 15.8.1989, S. 1; Štefan, Boris: *Zabastovka – škola rabočego dviženija*, in: *Alfer'eva, L. (Hg.), Slavy ne iskali. Sbornik vospominanij učastnikov sozdanija i stanovlenija PMR*, Bendery 2000, S. 45-47, S. 46; Volkova, *Gorjačee leto 1989*, S. 36-44; 62.

Betrieben. Nach der Konsolidierung der Staatsstrukturen der PMR nahm die Bedeutung des OSTK erheblich ab. Die staatsnahe Historiographie hält ihn weiter als staatsgründende Organisation hoch²⁹, aber in der Realität existierte der OSTK zum Zeitpunkt der Forschung (2008) nur noch in Form eines kleinen Büros im »Haus der Sowjets« in Tiraspol' und hatte praktisch keinen Einfluss in den Betrieben oder auf die Politik der PMR-Regierung.

Dass der OSTK nur für die kurze Zeit des Mobilisierungshöhepunktes des Dnjestr-Separatismus zwischen Streik, Krieg und Staatsbildung 1989-1992 die Rolle einer politisch führenden Organisation spielen konnte, lag an seiner inneren Verfasstheit. Als Organisation erlangte der OSTK keine Eigenständigkeit gegenüber den Netzwerken der Betriebsleitungen und den betrieblichen Machtstrukturen, die seiner Formierung zugrunde lagen. Der OSTK wurde weder zu einer Partei, die sich um ein politisches Programm schart, noch zu einem Verband, der die Interessen der Betriebsbelegschaften vertrat. De facto funktionierte die Rekrutierung in die Führung der Organisation bzw. der jeweiligen lokalen Abteilungen auch nicht, wie der Name »Vereinigter Rat der Arbeitskollektive« suggeriert, durch eine basisdemokratische Delegation aus den jeweiligen Belegschaften. In den Großbetrieben dominierten und instrumentalisieren die Betriebsleitungen die Delegierungsprozesse. In die Ausschüsse der Streikkomitees und dann in die Präsidien und Vorstände des OSTK wurden nicht nur offiziell Delegierte aufgenommen, sondern auch Lokalpolitiker, Funktionäre und Akademiker mit Multiplikatorenfunktion, die so die Arbeit der Organisation gemeinsam mit den Betriebsleitern dominieren konnten.³⁰

Die Dominanz dieser Kader bedeutete aber nicht, dass sie im OSTK nach eigenem Gutdünken konfliktfrei schalten und walten konnten. Nach dem Ende der Streikmobilisierung setzte in der Organisation eine Diskussion ein, welche Kompetenzen sich der OSTK legitimerweise aneignen dürfe und wie er intern funktionieren sollte. Dem Konzept der Führung, die eine politische Organisation mit Machtanspruch wollte, standen auch Positionen entgegen, die den OSTK als Interessenorganisation von Arbeitern sahen. Bei Debatten auf Versammlungen schlugen Mitglieder beispielsweise vor, den OSTK nach einem Delegiertenprinzip mit den STK-Vorsitzenden der Betriebe zu besetzen. Andere sahen mit dem Ende des Streiks die Mission der Organisa-

29 Volkova, Gorjačee leto 1989, S. 21-55.

30 Eine Liste der Zusammensetzung des Streikkomitees Tiraspol' bei Volkova, Gorjačee leto 1989, S. 57. Die Zusammensetzung des OSTK in: Prezidium OSTK, in: Dnestrovskaja Pravda, 20.2.1991, S. 1.

tion erfüllt und wollten sie in der »Union der Werktätigen Moldovas« aufgehen lassen.³¹

Die Idee, die betriebsinternen »Räte der Arbeitskollektive« zu einer politischen Organisation zu machen, war im Sommer 1989 nicht neu. In Estland hatte sich bereits im Jahr zuvor in den Industriebetrieben, in denen meist russischsprachige Arbeiter dominierten, ein solcher Zusammenschluss gebildet. Auch hier entstand die Organisation im Umfeld von Arbeitsniederlegungen, die sich gegen Unabhängigkeitsbestrebungen und die Sprachpolitik der Republikregierung richteten. Vertreter dieser Organisation aus Estland traten bei Kundgebungen im Dnjestr-Tal auf und gaben Solidaritätserklärungen ab.³² Die Konfliktlage war hier wie dort ähnlich, und so transferierten die Akteure Konzepte von der einen Region in die andere.³³

Die Formierung der Bewegungsorganisationen des Dnjestr-Separatismus war kein durchorchestrierter Prozess, sondern von Konflikten und Konkurrenzen geprägt. Das zeigt sich unter anderem darin, dass sich im Vorfeld des Streiks zunächst weitere Organisationen gründeten, die den Anspruch auf die Hegemonie innerhalb der Opposition gegen die Sprachpolitik aus Chişinău erhoben. Leitende Figuren der Streikbewegung gründeten diese konkurrierenden Organisationen mit. Eines dieser Projekte war die »Union der Werktätigen Moldovas« (*Sojuz trudjaščichsja Moldavii* – STM). Sie war nicht auf das Dnjestr-Tal beschränkt, sondern es beteiligten sich auch Vertreter aus Städten, die nicht im Gebiet der heutigen PMR liegen. Zu den

31 Postiženie istiny. Iz vystuplenij na XIV sessii gorsoвета narodnych deputatov 27 okt., in: Dnestrovskaja Pravda, 10.11.1989, S. 2; Avgust-nojabr': vremena itogov, in: Dnestrovskaja Pravda, 18.11.1989, S. 2.

32 Kotovskij, S.: Bor'ba prodolžaetsja! In: Leninskoe Znamja, 29.8.1989, S. 1. Die PMR-Historikerin Anna Volkova schreibt: »Es war das Beispiel des OSTK Estlands, das die Arbeitskollektive Moldawiens für die Schaffung einer ebensolchen Struktur begeisterte [...].« (»Imenno primer OSTK Estonii vooduševil trudovye kollektivny Moldavii na sozdanie takoj že struktury [...].« Volkova, Gorjačee leto 1989, S. 24) Auch die gegnerische Seite in Chişinău eiferte Vorbildern aus den baltischen Republiken nach: Der Moldauischen Volksfront dienten die dort gegründeten gleichnamigen Organisationen als Vorbild. Solche Volksfronten, in denen sich intellektuelle Perestrojka-Aktivistinnen mit reformerisch gesinnten Parteifunktionären vereinten und die sich in mehreren Fällen von demokratieorientierten zu nationalistischen Organisationen entwickelten, entstanden in fast allen Sowjetrepubliken. (Kirchner, Olaf: Soziale Bewegungen und politische Parteien in der ehemaligen Sowjetunion. 1985-1991. Chancen der Demokratie in Eurasien, Leipzig 1993, S. 169-207)

33 Über die sowjetische Wirtschaftsbürokratie sind auch direkte Verbindungen denkbar, die den Transfer erleichterten. Auch in Estland organisierten sich nicht zuletzt die Arbeitskollektivräte aus Betrieben, die Unionsministerien unterstanden. (Florja, E.: Vesti iz Ėstonii, in: Trudovoj Tiraspol', 14.11.1991, S. 4)

Gründungsversammlungen in Chişinău und Bendery Ende August 1989 kamen Delegierte aus ca. 170 Betrieben.³⁴ Die Organisation hatte den Anspruch, als Zusammenschluss der Arbeitskollektive auf Republik-Ebene (der MSSR) zu fungieren. Ihr erster Vorsitzender wurde Gimn Pologov – Chef der Stadtverwaltung von Bendery und Generaldirektor eines Betriebs, der Industriegase herstellte. Er gehörte in der Folgezeit zu den führenden Protagonisten des Dnjestr-Separatismus. Auch in der Hochburg der Streik- und Autonomiebewegung Rybnica organisierten sich die führenden Vertreter des Streikkomitees zunächst im STM.³⁵ Das Projekt STM stagnierte aber in den folgenden Monaten und kam nicht über den Status einer »Initiativgruppe« zur Gründung einer Organisation hinaus.³⁶

Ein weiteres Kapitel der anfänglichen organisatorischen Mehrstimmigkeit der Bewegung im Dnjestr-Tal war die versuchte Gründung eines Ablegers der *Interdviženie-Edinstvo* in Tiraspol'. Diese war Teil der Ende der 1980er Jahre in mehreren Unionsrepubliken entstehenden *Interfront*-Bewegung.³⁷ In ihr versammelten sich zahlreiche Betriebsleiter, Industriearbeiter und Akademiker aus den russischsprachigen Industriestädten hinter einem Programm, das für den Erhalt der Sowjetunion eintrat. Mit ihrem »Internationalismus«, hinter dem sich neben dem Ziel des Erhalts eines Unionsstaates auch die Vorstellung von einer Norm russischsprachiger Kommunikation, bei Teilen der Organisation auch ein großrussisch-imperialer Nationalismus verbarg, stimmte sie politisch-inhaltlich mit der Dnjestr-Bewegung in weiten Teilen überein. In der MSSR war zunächst in Chişinău eine Gruppe der *Interdviženie-Edinstvo* entstanden, die sich dem Unabhängigkeitskurs der moldauischen Regierung und den rumänisch-nationalistischen Mobilisierungen in der moldauischen Hauptstadt entgegenstellte.³⁸ In Tiraspol'

34 My bastuem! Soveščanija Sojuza trudjaščichsja MSSR, in: Rybnickij Metallurg, 25.8.1989, S. 1; Volkova, Gorjačee leto 1989, S. 54.

35 So traten die Vertreter der Streikbewegung bei der Lokalwahl 1990 in Rybnica als STM- und nicht wie in Tiraspol' als OSTK-Kandidaten auf. (Papušoj, Čegurko, Akulov. 25 fevralja – den' vyborov, in: Rybnickij Metallurg, 16.2.1990, S. 1)

36 Dva interv'ju v den' referendum, in: Rybnickij Vestnik, 8.12.1989, S. 1-2.

37 »Inter« ist dabei jeweils eine Abkürzung für international. Zur spätsowjetischen Interfront-Bewegung: Bova, Russell: Worker Activism. The Role of the State, in: Sedaitis, Judith B.; Butterfield, Jim (Hg.), Perestroika from Below. Social Movements in the Soviet Union, Boulder 1991, S. 29-42, S. 37-39; Sedaitis, Judith B.: Worker Activism. Politics at the Grass Roots, in: Sedaitis, Judith B.; Butterfield, Jim (Hg.), Perestroika from Below. Social Movements in the Soviet Union, Boulder 1991, S. 13-28, S. 17-19; Ul'janova, Julija S.: Sociologičeskij analiz massovyh neformal'nych dviženij, iniciirovannyh perestrojkoj. SSSR – Rossija – SNG: 1987-2000, Moskau 2002, S. 65-67.

38 Safonov, V parlamente Moldovy, S. 10-11. Der Geschichtslehrer Andrej Safonov ge-

versuchte der Generaldirektor der großen Maschinenbaufabrik Kirov, Anatolij Bol'sakov, eine örtliche »Filiale« dieser sowjetkonservativen Organisation aufzubauen. In dem von ihm geleiteten Betrieb initiierte er die Gründung von Sektionen in den Zechen und Abteilungen.³⁹ Der Aufbau der *Interdviženie*-Organisation in Tiraspol' und anderen Städten im Dnjestr-Tal blieb aber in seinen Ansätzen stecken. So setzten auch die führenden Köpfe der *Interdviženie*-Gründung in Tiraspol' um Bol'sakov letztendlich auf den Vereinigten Rat der Arbeitskollektive.

Der Prozess des Aufbaus der Organisationen des Dnjestr-Separatismus hatte auf lokaler Ebene sehr unterschiedliche Ausprägungen. Während in der Hauptstadt, den umliegenden ländlichen Provinzen und dann auch in Rybnica der OSTK sich als dominante Organisation durchsetzte, blieb die rechts des Dnjestr gelegene Industriestadt Bendery auf Dauer eine Ausnahme: Hier formierten sich die Streikkomitees zu einer städtischen Dachorganisation namens »Arbeiterkomitee der Arbeitskollektive« (*Rabočij komitet trudovyh kollektivov – Rabkom*). Diese behielt eine organisatorische Eigenständigkeit gegenüber dem OSTK, im Grundprinzip der Organisation unterschied sich das Arbeiterkomitee aber nicht vom Sowjet der Arbeitskollektive. Aus den Streikkomitees hervorgegangen, handelte es sich auch hier nicht wirklich um eine Organisation von Delegierten aus den Betriebsbelegschaften, sondern eine von den Betriebsleitungen dominierte Kaderorganisation, die Teil der städtischen Machtstruktur wurde und ab 1992 den »Bürgermeister« (Chef der Stadtverwaltung) stellte. Bei den Kämpfen um Bendery fungierte das Arbeiterkomitee neben der Stadtverwaltung und dem lokalen Kommando der Republikanischen Garde als Teil der Befehlsstruktur vor Ort.⁴⁰

Im Umfeld des OSTK entstanden weitere Organisationen, die sich an den Mobilisierungen für Autonomie und Separation der PMR beteiligten. Die Gründung des oben genannten Frauenstreikkomitees initiierten beispielsweise die OSTK-Funktionärinnen und Lokalpolitikerinnen Galina Andreeva und Svetlana Migulja im Spätsommer 1991. Dieses Komitee organisierte im September 1991 die erwähnten Blockaden der Zugleise von Chișinău nach Odessa als Protest gegen die Festnahme einiger Spitzenfunktionäre der schon proklamierten Autonomen Dnjestr-Republik. Später veranstaltete es Demonstrationen an und in den Kasernen der 14. Armee, um

hörte zur Führung dieser Bewegung in Chișinău, bevor er 1991 in die PMR ging und für kurze Zeit Bildungsminister wurde, um später in Opposition zur Staatsführung um Smirnov zu gehen.

39 Romanov, V.: V podderžku Interdviženija, in: Kirovec, 14.7.1989, S. 1.

40 Dobrov, Cel' byla odna.

die Offiziere und Soldaten zu einer Übergabe von Waffen an die neu geschaffenen PMR-Verbände zu bewegen. Das Frauenstreikkomitee und lokale Ableger mobilisierten auch zu Belagerungen lokaler Polizeireviere in den Kleinstädten um Tiraspol', mit der Forderung an die dortigen Polizeieinheiten, sich umgehend der PMR-Oberhoheit zu unterstellen. Zunehmend übernahmen diese Organisationen also Aufgaben im Umfeld von Staatsmacht und militärischen Apparaten – im Frühjahr 1992 beteiligten sie sich gar an der Suche nach »Deserteuren«, die sich dem Militärdienst in der 14. Armee entzogen hatten.⁴¹

Die Formierung der politischen Bewegung zu staatsbildenden Institutionen und zur Kriegspartei veränderte auch die Formen der Organisierung. Einige neue Organisationen bewegten sich an der Schnittstelle zwischen (para-)militärischer Formation und Bewegungsorganisation. Im Winter 1990/1991 gründete sich das »Heer der Schwarzmeerkosaken« (*Černomorskoe kazač'ee vojsko*). Unter Mitwirkung der bereits entstandenen Regierungsapparate bei der Rekrutierung fanden hier militärisch erfahrene Männer zusammen, die sich als Nachkommen historischer Kosaken identifizierten.⁴² Im Zuge von Krieg und Staatsbildung wurden die Schwarzmeerkosaken zunehmend institutionalisiert. Der Oberste Sowjet der PMR legalisierte mit einem Beschluss vom 15. Februar 1992 die Formierung der Kosaken in bewaffneten Verbänden. Nach dem Krieg schrieb das Parlament die Rolle des Schwarzmeerkosakenheers als »Teil des Systems der Gewährleistung der Sicherheit der PMR«⁴³ fest. Teile der paramilitärischen Vereinigung wurden – ihrem historisierenden Selbstverständnis entsprechend – dem Grenzschutz zugeteilt.⁴⁴

Im mehrmonatigen Kurzkrieg am Dnjestr 1992 kämpfte dieses Schwarzmeerkosakenheer an der Seite von Freischärler-Verbänden aus den Betrieben und einigen stärker formalisierten Verbänden. Als Armee der PMR fungierte die neu aufgebaute »Republikanische Garde« (*Respublikanskaja gvardija*). In

41 Andreeva, Ženščiny Pridnestrov'ja; Ženščiny borjutsja do pobydy, in: Trudovoj Tiraspol', 19.9.1991, S. 1.

42 Bogovid, Černomorskoe kazač'e vojsko, S. 11-16; Kazačij Krug, in: Dnestrovskaja Pravda, 23.5.1992, S. 1; Interview mit I. D., 29.3.2008, Rybnica.

43 »[Č]ast' sistemy obespečenija bezopasnosti Pridnestrovskoj Moldavskoj Respubliki«, Beschluss über das Schwarzmeerkosakenheer. Angenommen auf der Sitzung des Obersten Sowjets der PMR am 9.3.1993 (Položenie o Černomorskom kazač'em vojske. Prinjato na sessii Verchovnogo Soveta PMR 9.3.1993), in: Nepriznannaja Respublika. Očerki. Dokumenty. Chronika, Bd. 5, Moskau 1999, S. 61-65, S. 62.

44 Ataman ČKV Polkovnik Bondarčuk, 1.6.1992: Vnimaniju vyščich pograničnikov, in: Trudovoj Tiraspol', 10.6.1992, S. 1; Bogovid, Černomorskoe kazač'e vojsko, S. 51-55. Der Grenzschutz unterstand dem Ministerium für Staatssicherheit.

der Frühphase der Militarisierung des Konflikts hatten die lokalen Behörden im Dnjestr-Tal auch die »Territorialen Rettungseinheiten« (*Territorial'no-spasatel'nyj otrjad*), die eigentlich für den Einsatz bei Naturkatastrophen vorgesehen waren, bewaffnet. Außerdem beteiligten sich Einheiten der 14. Armee der Russländischen Föderation an den Kampfhandlungen. Zwischen allen Verbänden gab es Übergänge, zahlreiche Kämpfende wechselten in andere Einheiten, sodass auch die Rekruten, die über die politischen Mobilisierungen in die bewaffneten Gruppen gekommen waren, in die militärischen Apparate finden konnten. Politische Bewegung und Militärapparate waren also nicht komplett voneinander getrennt.⁴⁵

Nach dem Krieg gründeten sich im Dnjestr-Tal zahlreiche weitere regimerefreundliche Organisationen. Sie stabilisierten die Existenz des entstandenen Mini-Staates und organisierten den dafür nötigen gesellschaftlichen Konsens. Zu diesen Organisationen gehören die Veteranenvereinigungen »Union der Verteidiger von Pridnestrov'e« (*Sojuz zaščitnikov Pridnestrov'ja*) und »Union der Afghanistan-Veteranen« (*Sojuz veteranov Afganistana*), sowie Verbände der nationalen Gemeinschaften, wie die »Union der Moldauer« (*Sojuz Moldavan PMR*) oder die »Union der Ukrainer« (*Sojuz Ukraincev Pridnestrov'ja*) und die neu gegründeten politischen Parteien.⁴⁶

Diese Organisationen gründeten sich nach den Mobilisierungshöhepunkten und gehörten nicht mehr zur »separatistischen Bewegung« im engeren Sinne. Sie werden hier nicht in die Analyse der sozialen Zusammensetzung einbezogen – im Zentrum der Betrachtung stehen OSTK und die Streikkomitees, sowie die Zusammensetzung der bewaffneten Verbände und der ersten Regierung der PMR.

3. Nationalismus oder konservativer Internationalismus?

Politische Ziele und Mobilisierungsdiskurse zwischen Sprachpolitik, Wir-Gruppe und Separatismus

Separatistische Bewegungen verändern ihre öffentlich formulierten politischen Ziele mit gegebenen Möglichkeiten und politischen Konjunkturen. Autonomie oder andere Statusaufbesserungen können im Kompromiss mit dem Zentrum zu Alternativen zur Forderung nach Eigenstaatlichkeit werden.⁴⁷ Auch der Separatismus im Dnjestr-Tal veränderte seine Forderungen

45 Die an den Kampfhandlungen beteiligten Organisationen und Verbände bei: Doklad pravozaščitnogo centra »Memorial«, in: *Nezavisimaja Gazeta*, 22.9.1992, S. 4-5.

46 *Nepriznannaja Respublika*, S. 6-13.

47 Herrera, *Imagined Economies*, S. 29.

mehrfach. Das Besondere in diesem Fall ist jedoch, dass zu Beginn der Mobilisierungen das Programm der Bewegung keine auf die später abgespaltene Region bezogene Territorialforderung beinhaltete, sondern sich gegen die Verabschiedung der neuen Sprachgesetze in Chişinău sowie gegen Tendenzen in der MSSR zur Abspaltung von der Sowjetunion richtete. Erst im Verlauf des Streiks und der Politisierung der Bewegung wurde die territoriale Komponente zum Kernpunkt der politischen Forderungen.

Die ersten Forderungen der Streikbewegung richteten sich an den Obersten Sowjet der MSSR und waren noch keineswegs auf eine Abspaltung ausgerichtet. Die Proteste sollten eine Verschiebung der entscheidenden Parlamentssitzung, eine Änderung des Verabschiedungsverfahrens mit einer Abstimmung durch die lokalen Sowjets, die Aufnahme des Russischen als Zweite Staatssprache neben Moldauisch sowie die Streichung der Umstellung des Moldauischen auf das lateinische Alphabet erreichen.⁴⁸

Nachdem der Oberste Sowjet die Sprachgesetze mit geringfügigen Änderungen verabschiedet hatte, wandten sich die Erklärungen der Streikkomitees und Arbeitskollektive zunehmend an Organe der Unionsebene und nicht mehr an die Führung der Republik: Vom Obersten Sowjet der UdSSR forderten sie die Bildung einer Kommission, die nach Moldova kommen sollte, um die Geschehnisse zu überprüfen und zu bewerten. Ein zwischenzeitlicher Vorschlag war die Einführung eines Zwei-Kammern-Modells für das moldauische Parlament, das die unterschiedlichen Nationalitäten in der Republik berücksichtigen sollte.⁴⁹ Weitgehender war die Forderung nach der gesetzlichen Festschreibung einer Staatssprache für die gesamte UdSSR. In den Großbetrieben der Region kam diese Forderung schon in der Frühphase der Diskussion um die Sprachpolitik zur Sprache. Einige der Produktionszechen der Gussmaschinenfabrik Kirov erklärten im Mai 1989:

»Die Staatssprache auf dem ganzen Territorium der UdSSR muss eine sein, nämlich die Sprache der zwischennationalen Kommunikation – Russisch, genauso wie wir nur einen Staat haben – die UdSSR.«⁵⁰

48 Michajlov, A.: Predupreditel' naja zabastovka, in: Leninskoe Znamja, 19.8.1989, S. 1; Rezolucija bastujuščich trudjaščichsja ot 28.8.89 g., g. Tiraspol', in: Bastujuščij Tiraspol', 28.8.1989, S. 1; Naši zakonnye trebovanija, in: Bastujuščij Tiraspol', 29.8.1989, S. 1.

49 Paket trebovanija Respublikanskogo zabastovočnogo komiteta dlja komissii Verchovnogo Soveta SSSR, in: Bastujuščij Tiraspol', 6.9.1989, S. 1.

50 »[D]olžen byt' odin – jazyk mežnacional'nogo obščeniija – russkij, tak kak gosudarstvo u nas odno [...]«. Obrašćenie kollektiva zavoda »Litmaš« imeni S. M. Kirova, SKBTL i RSU ko vsem trudovym kollektivam, ko vsem žiteljam Moldavii, k sessii Verchovnogo Soveta MSSR i s'ezdu narodnych deputatov SSSR, in: Kirovec, 19.5.1989, S. 1.

Diese Formulierungen bezogen sich nun auf den Erhalt und die Konsolidierung der Sowjetunion und die Regulierung der Machtverteilung innerhalb der MSSR, um einen Separatismus handelte es sich also noch immer nicht.

Erst in der zweiten Hälfte des Streiks begannen OSTK und Streikkomitees damit, Autonomie öffentlich als Ziel zu formulieren. Die Idee einer Autonomie speiste sich aus drei Quellen: Erstens existierte das Konzept im sowjetischen Verwaltungssystem. Zweitens entwickelten sich die Autonomiebestrebungen aus Forderungen nach einer Vergrößerung lokaler Kompetenzen. Stadtverwaltungen und lokale Parlamente versuchten auf ihrer Ebene und mit ihren Mitteln die Folgen der Sprachgesetze einzudämmen. Zum dritten hatten die Streikenden die Autonomiebestrebungen der gagausischen Bewegung im Süden Moldovas vor Augen. Die Städte im Dnjestr-Tal zeigten sich solidarisch mit den gagausischen Forderungen nach Autonomie.⁵¹

Zunächst dementierte das Organ der Streikbewegung in Tiraspol' aber Gerüchte, die Stadt wolle sich von der MSSR abspalten.⁵² Ohne einen größeren Vorlauf an Diskussion in den Zeitungen der Streikbewegung kam die Autonomieforderung Mitte September jedoch in die lokalen Parlamente. Der Stadtsowjet von Tiraspol' verabschiedete einen weitreichenden Beschluss über ein lokales Autonomiereferendum, das auch die Frage nach einem potentiellen Zusammenschluss der Städte in einer Autonomen Sowjetrepublik beinhalten sollte.⁵³

Nach dem gleichzeitigen Wahlsieg der moldauischen Nationalisten bei der republikanischen Parlamentswahl und des OSTK bei den Lokalwahlen in den Städten des Dnjestr-Tals im Frühjahr 1990 stellten die Vertreter der Streikbewegung – nun in der neuen Rolle als Vorsitzende der lokalen Sowjets – mehr und mehr den Dialog mit den Republik-Institutionen ein. Schon

51 V Bastujuščem Komrate, in: Bastujuščij Tiraspol', 31.8.1989; S. 1; Paket trebownija Respublikanskogo zabastovočnogo komiteta dlja komissii Verchovnogo Soveta SSSR, in: Bastujuščij Tiraspol', 6.9.1989, S. 1.

52 Po povodu odnoj čepuchi, in: Bastujuščij Tiraspol', 31.8.1989, S. 1.

53 Bei der folgenden Sitzung nahm das Stadtparlament der späteren PMR-Hauptstadt seine Entscheidung jedoch weitgehend zurück, um keinen Konflikt mit der MSSR-Regierung zu provozieren. Die OSTK-Vertreter standen in der Debatte im Stadtparlament mit ihrer Forderung nach einem sofortigen Autonomiereferendum zunächst auf verlorenem Posten. Akimov, A.: Na sessii gorsoveta, in: Dnestrovskaja Pravda, 31.10.1989, S. 1; Informacija o vozmožnosti obrazovanija avtonomii, in: Rybnickij Vestnik, 26.9.1989, S. 1; Zagradskij, V.: Maksimalizm ili vyzidanie, in: Rybnickij Vestnik, 10.11.1989, S. 1. Zur Debatte im Stadtsowjet detaillierter: Kapitel III.4: Industriestädte als Hochburgen, Tiraspol'. Der Münchner Politikwissenschaftler Dareg Zabarah wertet die Plötzlichkeit, mit der die Autonomieforderung in den lokalen Sowjets auftauchte, zu Recht als Hinweis auf autoritäre Strukturen in der separatistischen Bewegung. (Zabarah, Nation- and Statehood in Moldova, S. 152-156)

seit September 1989 waren nicht mehr die moldauischen Autoritäten Adressat der meisten Forderungen des Dnjestr-Separatismus, sondern das ZK der KPdSU und der Oberste Sowjet der UdSSR. Deren Reaktionen waren für die Dnjestr-Separatisten aber meist nicht zufriedenstellend und die Macht der allsowjetischen Institutionen nahm gleichzeitig stark ab. So verlegte sich die separatistische Bewegung im Laufe des Jahres 1990 zunehmend auf den Aufbau eigener Organe.

In den politischen Zielen der Bewegung im Dnjestr-Tal von der Streikbewegung bis zum Staatsaufbau ist also eine deutliche Verschiebung zu erkennen: Anfangs stellten die MSSR und ihre Institutionen den zentralen Referenzpunkt dar, danach richteten sich die Forderungen vornehmlich an die Institutionen der UdSSR und gleichzeitig an die lokalen Sowjets, Stadtverwaltungen und Parteiorgane. Dann begann der Aufbau eigener Machtorgane. Die Protagonisten des Dnjestr-Separatismus stritten offensiv ab, eine Abspaltung voranzutreiben.⁵⁴ Aus ihrer Sicht waren die moldauischen Führung und die nationalistische Bewegung in Chişinău die Separatisten, da sie eine Eigenständigkeit der Republik von der Sowjetunion betrieben. Aus den politischen Zielen des Erhalts eines starken sprachpolitischen Status des Russischen und des Erhalts der Sowjetunion als Gesamtstaat wurde ein – frei nach Carsten Wieland – »Separatismus wider Willen«.⁵⁵ War die Bewegung auch ein »reaktiver Nationalismus«, wie Jeff Chinn und Steven Roper betonen?

Die separatistische Bewegung im Dnjestr-Tal sah sich selbst keineswegs als Teil eines russischen Nationalismus. Besonders in ihren Anfängen stellte sie sich vielmehr als kosmopolitische Verteidigerin einer multinationalen Arbeiterklasse gegen einen rumänischen Nationalismus aus Chişinău dar. Handelt es sich also um einen Separatismus ohne einen Nationalismus? Um diese Frage zu beantworten ist im Folgenden zu betrachten, welche Bezugsgruppe die Separatisten festschrieben, wer für sie das »Wir« der Bewegung war. Die bisherige Forschung hat den Dnjestr-Separatismus mit scheinbar gegensätzlichen Begriffen eingeordnet. So ist die Bewegung als »reaktiver Nationalismus«⁵⁶ bezeichnet worden, aber an anderer Stelle auch als »konservativer Internationalismus«.⁵⁷ Einerseits machten die Propagandisten des Dnjestr-Separatismus Ein- und Ausschluss nicht von einer ange-

54 Kolstø u. Mal'gin, *The Transnistrian Republic*, S. 110.

55 Wieland, *Nationalstaat wider Willen*.

56 Chinn u. Roper, *Ethnic Mobilization*; Troebst, *Separatistischer Regionalismus*, S. 189.

57 Mason, *Internationalist Mobilization*, S. 164.

nommenen nationalen Zugehörigkeit abhängig. Hinter der Rhetorik von multinationaler Arbeiterklasse und Internationalismus steckte jedoch andererseits keineswegs eine kosmopolitische sozialistische Gesellschaftskonzeption. Das Andocken an die sowjetischen Konzepte von Internationalismus, Völkerfreundschaft und Einheit der Werktätigen trug vielmehr eine Unterscheidung nach Nationalitäten und eine daraus folgende Hierarchisierung in sich. Auf der Grundlage der Diskurse des sowjetischen Regimes konnte die Dnjestr-Bewegung auf den Zwischentönen von imperial-großrussischem Nationalismus und sowjetischem Ethnopluralismus mobilisieren und an weitverbreitete konservative Einstellungen appellieren, ohne sich offen zu einem russischen Nationalismus zu bekennen.

Der Dnjestr-Separatismus bewegte sich mit seinen Mobilisierungsdiskursen innerhalb der Sprache der sowjetischen Bürokratie. Begriffe wie »Internationalismus«, »Multinationalität« und »Arbeiterklasse« standen im Zentrum seiner politischen Selbstverortung. Die Streikzeitung *Bastujuščij Tiraspol'* (»Streikendes« oder »Kämpfendes Tiraspol'«) bezeichnete im Sommer 1989 den Streik in den Industriestädten der MSSR als »gigantischen Aufstand auf Initiative des Volkes für die Ideale des Sozialismus und des proletarischen Internationalismus«⁵⁸. Auf der Titelseite dieser ein- bis zweiseitigen Flugschrift im *Samizdat*-Layout prangte Ausgabe für Ausgabe das Motto: »Proletarier aller Länder, vereinigt euch.«⁵⁹ Die sich auf den Seiten von *Bastujuščij Tiraspol'* äussernden Streikaktivisten legten größten Wert auf den multinationalen und internationalistischen Charakter der Bewegung. So beschrieb ein Redakteur der Streikzeitung die spätere PMR-Hauptstadt Tiraspol' als Hort der Multinationalität, der sich gegen den von außen (aus Chişinău) kommenden Nationalismus zur Wehr setzt:

»Tiraspol' will die Nationalisten nicht verstehen, weil Tiraspol' in seinem Wesen international ist. Die Stadt will friedlich arbeiten und leben und es ist ihr völlig egal, was du bist – Moldauer, Ukrainer, Jude.«⁶⁰

Eine Standard-Rubrik des Periodikums waren Solidaritäts- und Unterstützungserklärungen aus den Betrieben. Die Arbeitskollektive betonten in diesen Resolutionen ihre multinationale Zusammensetzung, zählten die bei ihnen vertretenen Völkerschaften auf und empörten sich über eine Spaltung

58 »[G]igantskogo pod'ëma narodnoj iniciativy v bor'be za idealy socializma i proletarskogo internacionalizma.« Volkova, A.: Spravedlivost' vostoržestvuet! In: *Bastujuščij Tiraspol'*, 22.9.1989, S. 1.

59 »Proletarii vseh stran, soedinjajtes'!« *Bastujuščij Tiraspol'*, Titelblatt, ab Nr. 4.

60 »Tiraspol' ne chočet ponimat' nacionalistov, potomu-čto Tiraspol' po svoej suti internacionalen, on chočet mirno rabotat' i žit', i emu soveršenno bezrazlično, kto ty – moldavanin, ukrainec, evrej«, V. Lesničenko in: *Bastujuščij Tiraspol'*, 15.9.1989, S. 1.

nach »nationalem Merkmal« (*po nacional'nomu priznaku*)⁶¹. Die Arbeiter einer Abteilung der Konfektionsfabrik »40. Jahrestag des VLKSM (Komsomol)« beispielsweise riefen in ihrer Erklärung die Werktätigen der MSSR zur Einheit auf und identifizierten dabei gar Techniken der Unterscheidung:

Wir rufen Euch auf, für eine Zeit zu vergessen, dass wir uns durch einen Schriftzug »Nationalität« im Fragebogen unterscheiden. Wir rufen Euch auf, anzuerkennen, dass das das Einzige ist, was uns unterscheidet.⁶²

Auch die Arbeiter der Gussmaschinenfabrik Kirov beschworen vor dem Streikeintritt im Sommer 1989 den Zusammenhalt der Nationalitäten der Moldauischen Sowjetrepublik:

Verehrte Genossen Moldauer, Russen, Ukrainer, Juden, Gagausen, Bulgaren und Vertreter anderer Nationalitäten der Moldauischen Sozialistischen Sowjetrepublik! Das multinationale Kollektiv der Moldauischen Produktionsvereinigung »Točlitmaš« ist ernsthaft besorgt über die sich verkomplizierende politische Lage in der Republik, die durch die Handlungen extremistischer Gruppen der Volksfront Moldawiens und anderer informeller Vereinigungen hervorgerufen wurde.⁶³

Diese Appelle zeichneten also ein Bild von einer gut funktionierenden multinationalen Gemeinschaft der Werktätigen in der UdSSR und in der MSSR, das durch den Nationalismus in Chișinău bedroht sei. In einigen Erklärungen wurde diese Gemeinschaft zu einem sowjetischen Volk ausgebaut und ein sowjetischer Patriotismus aufgerufen.

Mehr oder weniger versteckt identifizierten die Verlautbarungen der Streikbewegung Internationalismus und Völkerfreundschaft mit Elementen des Russisch-Seins. Zahlreiche Resolutionen erwähnten explizit die russische

61 Z. B. Erklärung der Arbeiter der Abteilung ASU des textilverarbeitenden Unternehmens PŠO 40-letija VLKSM, in: Bastujuščij Tiraspol', 25.8.1989, S. 1.

62 »My prizyvaem Vas zabyt' na vremja, što my otličaemsja drug ot druga grafoj v anketе »nacional'nost'«. My prizyvaem Vas priznat' tot fakt, što èto edinstvennoe otličie nas drug ot druga.« Erklärung der Arbeiter der Abteilung ASU des textilverarbeitenden Unternehmens PŠO 40-letija VLKSM, in: Bastujuščij Tiraspol', 25.8.1989, S. 1.

63 »Dorogie tovarišči moldavane, russkie, ukraincy, evrei, gagauzy, bolgary i predstaviteli drugih nacional'nostej Moldavskoj Sovetskoj Socialističeskoj Respubliki! Mnogonacional'nyj kollektiv Moldavskogo proizvodstvennogo ob''edinenija »Točlitmaš« ser'ěžno obespokoen složivšejsja političeskoj obstanovkoj v respublike, vyzvannoj provokacionnym dejstvijam èkestremistskich grupp Narodnogo Fronta Moldavii i drugih neformal'nych ob''edinenij.« Resolution der Versammlung der Arbeiter, Ingenieure und Angestellten der Produktionsvereinigung »Točlitmaš« (Rezoljucija mitinga rabočich, ITR i služuščich MPO »Točlitmaš«), in: Kirovec, 18.8.1989, S. 1.

Sprache als Mittel der zwischennationalen Kommunikation. Ein Mitglied der Kommission des Obersten Sowjets der UdSSR trieb bei einem Treffen mit Arbeitern in Tiraspol' im September 1989 die Gleichsetzung von Internationalismus und Russisch-Sein auf die Spitze: »Der russische Mensch [*ruskij človek*] ist bis ins Mark Internationalist.«⁶⁴ Während des Streiks nahm die Bewegung in zunehmendem Maße für sich in Anspruch, die Interessen der »russischsprachigen« (*russkojazyčnoe*) oder der »russischsprechenden Bevölkerung« (*ruskogovorjaščee naselenie*) zu vertreten. Aus Sicht der Mobilisierenden deckte sich dieser Terminus weitgehend mit dem ebenfalls weiterhin zentralen Begriff der »Werk tätigen« in den Industriestädten des Dnjestr-Tals bzw. der gesamten MSSR. Die Russischsprachigkeit war in dieser Sichtweise Ausdruck der multinationalen sowjetischen Gemeinschaft und nicht einer »ethnischen« Gruppe.

In der Anfangsphase der Streikmobilisierungen definierte die Bewegung ihre Referenzgruppe noch in den von der sowjetischen Nationalitätenpolitik vorgegebenen Kategorien »angestammt« und »nicht-angestammt«. Die territorialen Verwaltungseinheiten der Sowjetunion waren an nationale Zuschreibungen geknüpft – jede Nationalität sollte ihr eigenes Territorium haben. Die Angehörigen der Nationalität, die der jeweiligen Verwaltungseinheit den Namen gab, galten als »angestammte Bevölkerung« (*korennoe naselenie*). Die Bewohner der Unionsrepubliken, die nicht zur jeweiligen Titularnation gehörten, wurden als Minderheit wahrgenommen. Die Streikbewegung nahm für sich dementsprechend zunächst in Anspruch, die Interessen der »nicht-angestammten« (*nekorennoe*)⁶⁵ oder der »nicht-moldauischen« (*nemoldavskoe*)⁶⁶ Bevölkerung in der MSSR zu vertreten. Auch die moldauische Sprache bezeichneten die Aktivisten der Dnjestr-Bewegung als »angestammt«. ⁶⁷ Das Organ der Streikbewegung *Bastujuščij Tiraspol'* versuchte im September 1989 in diesem Sinne zu definieren, für wessen Interessen sich die Bewegung einsetzte:

64 »Russkij človek – internacionalist do mozga kostej«, S. Šuvalov, zit. nach Volkova, A.: Zаметки s sessii, in: *Bastujuščij Tiraspol'*, 7.9.1989, S. 1.

65 Lesničenko, V.: *Tiraspol' – glavnyj bastion internacionalizma*, in: *Bastujuščij Tiraspol'*, 5.9.1989, S. 1.

66 Masjuk, A.: *Perejti k novym metodam bor'by*, in: *Leninskoe Znamja*, 16.9.1989, S. 1.

67 So hieß es beispielsweise im Wahlprogramm des Generaldirektors des Metallwerks von Rybnica, Konstantin Belitčenko: »Es ist notwendig, dass jedes Mitglied des multinationalen Kollektivs des Betriebs die angestammte Sprache der Republik in der Praxis beherrscht.« (»Neobchodimo, čtoby každyj člen mnogonacional'nogo kollektiva predprijatija praktičeski ovladel korennyjm jazykom respubliki.« Programm von A. K. Belitčenko, zitiert nach: *Naši kandidaty v narodnye deputaty SSSR*, in: *Leninskoe Znamja*, 16.3.1989, S. 2)

Wofür kämpfen wir? Nur dafür, dass Russisch zur Staatssprache wird? [...] unser Kampf gegen den Nationalismus geht über die Grenzen der Republik hinaus. Wir kämpfen faktisch für die Interessen von 60 Millionen sowjetischen Menschen, die in nationalen Republiken als nicht-angestammte Bevölkerung leben, ja für die Interessen der gesamten Bevölkerung der Sowjetunion. Es können sich schließlich auch die angestammten Bewohner nationaler Republiken für eine bestimmte Zeit in einer anderen Republik befinden. Und sie müssen sich doch an jedem Punkt der Union zu Hause fühlen können, seien sie nur für ein paar Tage angereist oder um sich niederzulassen.⁶⁸

Als selbsternannte Vertretung einer imaginierten Gesamtheit der außerhalb »ihrer« Republiken lebenden Sowjetbürger und nicht zugunsten »der Russen« forderten die Streikenden die Festschreibung der *Lingua Franca* als offizielle Staatsprache.

Erst im Laufe der Mobilisierungen zogen die Dnjestr-Separatisten die Kategorie »angestammt« zunehmend in Zweifel. In ihren Verlautbarungen verwendeten sie den für die Republik-Titularnation reservierten Begriff in der Folgezeit öfter für ihre eigene Klientel und bezeichneten damit alteingesessene (eben auch nicht-moldauische) Bewohner der Region. Mit der Legitimität des Begriffs stellten sie auch das sowjetische System der Verquickung von Verwaltungsaufbau und Nationalität in Frage.⁶⁹

Trotz der zunehmenden Bedeutung des Begriffs der »russischsprachigen Bevölkerung« machte die Bewegung im Dnjestr-Tal nicht die (nach dem sowjetischen System in den Pass gestempelte) Nationalität zur Grundlage von Ein- und Ausschluss. Entscheidendes Kriterium war vielmehr die politische Zustimmung zum Erhalt der staatlichen Ordnung, nicht unbedingt des sowjetischen Systems, sondern vielmehr des Moskauer Staates, der implizit als russländisch und als größer als die RSFSR gedacht wurde. Diese auf einem politischen Konsens beruhende Gruppenabgrenzung drückten die Dnjestr-

68 »За что мы борëмся? Tol'ko li za pridanie russkomu jazyku statusa gosudarstvennogo? [...] naša bor'ba po perešečeniju nacionalizma kuda šire republikanskich ramok. My faktičeski borëmsja za interesy 60 milionov sovetskich ljudej, proživajuščih v nacional'nyh respublikach, kak nekorennoe naselenie, za interesy vsego naselenija Sovetskogo Sojuza. Ved' te že korennye žiteli nacional'nyh respublik mogut na opredelënnoe vremja okazat'sja v ljuboj iz respublik. I vot tut-to oni dolžny čuvstvovat' sebja doma v ljuboj točke Sojuza, priečav tuda na neskol'ko dnej ili na postojannoe žitel'stvo.« Lesničenko, V.: Tiraspol' – glavnyj bastion internacionalizma, in: Bastujuščij Tiraspol', 5.9.1989, S. 1.

69 O bastujuščem komrate, in: Bastujuščij Tiraspol', 31.8.1989, S. 1; Chronika Zabastovki, 8.9. 1989, S. 1; Chronika Zabastovki, 11.9.1989, S. 1; Nikitin, I.: Kogo sčitat' korennyim žitelem, in: Trudovoj Tiraspol', 9.1.1991, S. 3.

Separatisten im Begriff des »Patriotismus« aus. Das »Wir« der Gruppe waren die Patrioten des Moskauer Staats, der Sowjetunion, Russlands. Auf dieser Linie ist auch die Verwendung der Begriffe »Internationalismus« und »multinational« zu verstehen: Ob Zarenreich oder Sowjetunion, das russische Imperium war in diesem Narrativ seit jeher Herrscher über die verschiedensten Völkerschaften. Auf eigentümliche Weise wird es so möglich, Bezugnahmen auf Russischsprachigkeit, Russisch-Sein oder gar eine slawische Einheit mit diesen Begriffen, die in anderen Kontexten anti-nationalistische Bedeutungen haben, zu verweben. Der Sowjetpatriotismus ist die Vorlage für diese nationalistische Rhetorik, die sich als »internationalistisch« bezeichnet.⁷⁰

Zu diesem »Wir« der Sowjet- und Russlandpatrioten gehörte auch die historische Aufladung des aktuellen politischen Konflikts. Der »Große Vaterländische Krieg« war dabei die zentrale Folie: Wer sich auf Seiten der Sowjetarmee verortete, konnte in die Bewegung eingeschlossen werden. Ihre politischen Gegner identifizierte die Bewegung im Dnjestr-Tal mit den Opponenten der Roten Armee in der Region und bezeichnete sie als »Rumänen« oder als »Faschisten«.

Im Rahmen dieses Freund-Feind-Schemas integrierte die Bewegung »das Moldauische« oder die »Moldauer« auf ihrer Seite. Sie machte eine Unterscheidung zwischen »rumänisch« und »moldauisch« und erklärte die PMR gar zum Schutzgebiet für die moldauische Kultur, die in der Republik Moldova vom rumänischen Nationalismus bedroht sei.⁷¹ Der Dnjestr-Separatismus trat mit der Fahne des alten Staates (der MSSR) für die Abspaltung an. Schließlich entschieden sich die transnistrischen Staatsgründer auch für die Aufnahme des Adjektivs moldauisch in den Namen der neuen Republik. Diese hat sich zudem offiziell drei Staatssprachen gegeben: Russisch, Ukrainisch und Moldauisch.⁷²

70 Die Aufrufe zu einer Verteidigung der Sowjetunion beinhalten jedoch keine sozialistischen oder kommunistischen gesellschaftspolitischen Vorstellungen, sondern sind ein Synonym für ein Bekenntnis zu einem starken russländischen Staat.

71 Der Chronist des Dnjestr-Separatismus Gennadij Komarnickij beschreibt, wie er seinem Kommandeur von schwerem Beschuss der »Moldauer« (»moldovane«) berichtete: »Unsere moldauischen Freischärler« protestierten: »Die Moldauer sind wir. Sie sind Rumänen.« (»Moldovane – éto my, a oni rumyny.«) (Komarnickij, *Mina zamedlennogo dejstvija*, S. 182) Zur Integration des Moldauisch-Seins in die Wirgruppen-Konzeption des Dnjestr-Separatismus siehe auch: My – moldavane, in: *Dnestrovskaja Pravda*, 28.6.1990, S. 1.

72 Moldauisch wird in der PMR allerdings weiterhin mit kyrillischem Alphabet geschrieben, während im restlichen Moldova seit 1990 das lateinische Alphabet gilt.

Im Zuge der Mobilmachung für den Krieg verschärfte die Bewegung ihre Rhetorik. Als Steigerungsformen für »Nationalisten« wurden die Kriegsgegner als »National-Faschisten« oder »Bewegung national-sozialistischen Standpunkts«⁷³ bezeichnet. Eine bewaffnete Einheit sprühte sich die Beschimpfung »rumänische Menschenfresser«⁷⁴ auf den Panzerwagen. Auch für die Definition der Wir-Gruppe verstärkte sich die Exklusivität. In den Verlautbarungen der Bewegung waren panslawistische oder russisch-nationalistische Ideen zunehmend präsent. So machte beispielsweise der aus dem Streik hervorgegangene Vereinigte Rat der Arbeitskollektive OSTK das panslawistische Element in seinem »Internationalismus« deutlicher, als das noch während der Streikmobilisierung der Fall war. Eine Erklärung begann mit den Worten:

Liebe slawische Brüder! Erinnert euch: Die ganze Geschichte der slawischen Völker war mit dem Kampf um Vereinigung, Freiheit und Unabhängigkeit verbunden.⁷⁵

Erst am Ende des 20. Jahrhunderts sei es den »Feinden des Slawentums« (*vragam slavjanstva*) gelungen, Russen, Ukrainer und Weißrussen in unterschiedliche »nationale Heime« zu trennen, fährt die OSTK-Erklärung fort.⁷⁶

Die Diskurse veränderten sich unter anderem deshalb, weil sich durch den Krieg die Macht innerhalb der Bewegung verschob. Gruppierungen, die über Gewaltpotential verfügten und direkt an den bewaffneten Auseinandersetzungen beteiligt waren, gewannen an Einfluss. Dazu gehörten nicht zuletzt die Verbände, die sich auf eine Tradition des Kosakentums beriefen. Diese standen für einen eindeutigen großrussischen Nationalismus. Der Großteil der Anhänger der Kosaken-Bewegung reiste als Freiwillige aus

Wie gesehen, war die Schriffrage ja auch ein zentraler Punkt der Empörung gegen die Sprachgesetze im Dnjestr-Tal.

73 »Nacional-fašisty« (Andreeva, Ženščiny Pridnestrov'ja, S. 129); »nacional-socialist-skogo tolka« (Babilunga, Nikolaj V; Bomeško, B. G.: Dubossary – krovotočaščaja rana Pridnestrov'ja, Tiraspol' 1993, S. 2).

74 Troebst, Staatlichkeitskult im Pseudo-Staat, S. 972.

75 »Dorogie brat'ja slavjane! Vspomnite: vsja istorija slavjanskich narodov byla svjazana s bor'boj za ob''edinenie, svobodu i nezavisimost.« OSTK PMR: Obrašćenie k slavjanskim narodam, Trudovoj Tiraspol', in: 22.4.1992, S. 1.

76 Aber auch in dieser mit exklusiver Wir-Gruppen-Rhetorik gespickten Verlautbarung fehlt nicht die Beteuerung, dass in der PMR das ganze Volk, egal ob Moldauer, Juden, Bulgaren, Russen oder Ukrainer, für seine Rechte kämpfe. (OSTK PMR: Obrašćenie k slavjanskim narodam, in: Trudovoj Tiraspol', 22.4.1992, S. 1)

Russland und anderen ehemaligen Sowjetrepubliken an, um am Dnjestr »russländische Erde zu verteidigen«.77

Die Teilnahme der Kosaken-Bewegung an der Separation des Dnjestr-Tals, und im Besonderen deren Selbstbild als Wächter in den Grenzregionen eines imaginierten russländischen Reiches, bringt den imperialen Nationalismus als Versatzstück der Ideologie des Dnjestr-Separatismus zum Vorschein. Die dominanten Positionen in der Bewegung bezogen sich zwar nicht offen auf einen solchen großrussischen Nationalismus, aber die sowjetkonservativen Diskurse boten dafür Anschlussstellen.

Im Zuge der Stabilisierung der PMR als politische Formation nach dem Kurzkrieg 1992 standen die Staatsgründer vor der Aufgabe, ein Staatsvolk zu schaffen und die Herrschaft über das Territorium historisch zu legitimieren. Für die Ausarbeitung einer nationalen Meistererzählung richtete die Regierung der jungen Republik eigens ein wissenschaftliches Forschungsinstitut ein. Dieses »Forschungslaboratorium« zählt zentrale Faktoren auf, die den Charakter der PMR ausmachen sollen: Neben einer »orthodoxen slawisch-russländischen Ausrichtung« (*pravoslavnyj slavjansko-rossijskij vektor*) werden auch »Polyethnizität« (*poliètničnost'*) und »Moldauertum« (*moldovenizm*)78 genannt. In dieser Erzählung zeichnet sich das Dnjestr-Tal seit Jahrtausenden durch seine Rolle als Kontaktzone der »Völker und Kulturen« aus.79 Die Staatsdoktrin ist also weiter geprägt von einem Nebeneinander von Russland-Orientierung und einer Konzeption als multinationalem Staat.

Dass die Bewegung im Dnjestr-Tal mit ihrer sowjetischen Rhetorik von »Arbeiterklasse« und »Internationalismus« auch antikommunistische, nationalistische Gruppierungen integrieren konnte, lag an der inhaltlichen Entkernung der Begriffe. »Arbeiterklasse« bezeichnete in den Mobilisierungen der transnistrischen Bewegung nicht eine soziale Position, sondern eine Personengruppe, die sich durch hartes Arbeiten auszeichnet und die Produktion trägt. Im Mittelpunkt stand das durch Arbeit erbrachte Verdienst der

77 Interview mit dem »Donkosakenataman« Viktor Ratiev, zitiert nach: Rotar', Igor': ›Ètič prezidentov nado gnat: k čèrtovoj babuške', in: Nezavisimaja Gazeta, 26.3.1992, S. 3. Innerhalb der explizit antikommunistischen Kosaken-Bewegung in Russland sprach sich jedoch ein Teil gegen die Entscheidung von Freiwilligen aus, »weil über Tiraspol' die Rote Fahne weht«, wie die »Union der kosakischen Heere« (*Sojuz kazač'ich vojsk*) ihren Schritt begründete. ([P]otomu-čto nad Tiraspol'em – krasnyj flag.« So zitiert die Nezavisimaja Gazeta einen Sprecher der Union, Nezavisimaja Gazeta, 13.3.1992, S. 2)

78 Zur Gründung des Forschungslaboratoriums und Begriffe nach Troebst, Staatlichkeitskult im Pseudo-Staat 972-973. Siehe auch Kapitel II.3.: Geschichte als Voraussetzung.

79 Babilunga, Istorija PMR; Troebst, Staatlichkeitskult im Pseudo-Staat, S. 972-976.

Benannten um das Gemeinwohl und nicht ihre untergeordnete Stellung in einem gesellschaftlichen Verhältnis. Dementsprechend fand in der separatistischen Bewegung, ungeachtet der bemühten Rhetorik, keine eigenständige Formulierung von Interessen von Arbeitern statt. In dem sowjetkompatiblen Bild von Arbeiterklasse gehörten die Betriebsdirektoren ganz selbstverständlich zum »Arbeitskollektiv« (*trudovoj kollektiv*).⁸⁰ Die Arbeiterklassen-Rhetorik der transnistrischen Bewegung beinhaltete also kein sozialdemokratisches oder sozialistisches Versprechen auf eine eigenständige Gegenmacht der Beschäftigten (oder gar deren Befreiung aus der untergeordneten sozialen Position), sondern eine korporatistische Konzeption des Vereinigens von Arbeitern und Betriebsleitungen in einer Interessengruppe. Diese versprach den Arbeitern eine Sicherung der sozialen Position durch Maßnahmen von oben im Austausch gegen Pflichterfüllung – neben der Arbeit im Fall des Falles auch der Kriegsdienst.

Diesen Korporatismus banden die Akteure in ein konservatives Wertesystem ein. Disziplin, Fleiß, der erwähnte Arbeitskult, Pflichterfüllung, Ehrerbietung für Autorität und Militär sowie Patriotismus gehörten zu den Grundwerten des Dnjestr-Separatismus. Diese klassischen Ingredienzien der Weltbilder von Nationalismus und Konservatismus wurden in den Bewegungsorganen im sowjettypischen Stil übertragen: Pathetische Gedichten und Lieder, in denen Heimat, Pflicht und ruhmreicher Kampf besungen wurden, füllten die Zeitungen der Bewegung. Die Vermengung mit konservativen und imperialen Ideen machte es möglich, dass sich großrussische Nationalisten, Panslawisten und Monarchisten an einer Mobilisierung, die sich einer Arbeiterklassen- und Sowjetrhetorik bediente, beteiligen konnten.⁸¹

Einige der Grundzüge der Diskurse von OSTK und anderen Bewegungsakteuren sind also durchaus typisch für die postsozialistischen (ethno-)nationalistischen Bewegungen, darunter der starke Bezug auf die Geschichte,

80 Beispielsweise teilt Igor' Smirnov in seinen Memoiren die KPdSU in ein »Oben« aus Parteinomenklatura (»partijnaja verchuška«, »nomenklaturnye partbossy«) und ein »Unten« aus den »Kommunisten-Produzenten, Pädagogen, Ärzten und anderen« (»kommunisty-proizvodstvenniki, pedagogov, vračej i drugich«) ein. Zu den »Kommunisten-Produzenten« gehören in diesem Bild die Betriebsleitungen genauso wie die Arbeiter. (Smirnov, *Žit' na našej zemle*, S. 24)

81 Die Flexibilität dieses Konzepts war so groß, dass auch Aktivisten der ukrainisch-nationalistischen UNA-UNSO, für die Moskau und russische Nationalisten ansonsten die ärgsten Feinde darstellen, sich an den Kämpfen beteiligten. Dem japanischen Slawisten Kimitaka Matsuzato zufolge war die Verteidigung der Ukrainer im Dnjestr-Tal gegen moldauische Angriffe das zentrale Motiv der ukrainischen Nationalisten. (Matsuzato, *Mežpravoslavnye otnošenija*, S. 209)

insbesondere die Heranziehung des Zweiten Weltkriegs als Positionierungsrahmen und die gegenseitige Beschuldigung als »Nationalisten« oder »Faschisten« und des Verübens eines »Genozids«. ⁸² Ebenso typisch für einen Nationalismus ist die Herleitung eines territorialen Anspruchs aus Zugehörigkeiten und Staatlichkeit in der Vergangenheit. Andererseits suggeriert die Bezeichnung einer politischen Bewegung als »Nationalismus«, dass die Konstruktion einer (nationalen) Wir-Gruppe im Zentrum ihrer ideologischen Agenda steht. Mobilisierungsphasen lassen erwarten, dass die postulierte Großgruppe exklusiver definiert wird und dass offen zum Vorgehen gegen national definierte »Andere« aufgerufen wird. Das ist beim Dnjestr-Separatismus (nur) eingeschränkt der Fall. Die Basis der in den sowjetischen Herrschaftsdiskursen etablierten Norm einer *Russianness* ermöglicht eine pro-russländische Mobilisierung mit wenig direkter nationaler Rhetorik und einem Einschluss von anderen, einem Moskauer Staat gegenüber positiv eingestellten Sowjetbürgern – explizit unabhängig von der ihnen zugeschriebenen Nationalität.

4. Industriestädte als Hochburgen des Dnjestr-Separatismus: Rybnica und Tiraspol'

Die Hochburgen der separatistischen Bewegung waren die Städte des Dnjestr-Tals, die von der Schwerindustrie geprägt waren – Rybnica und Tiraspol'. ⁸³ Die Macht in einer solchen sowjetischen Industriestadt basierte auf drei eng ineinander verflochtenen Säulen: Eine Führungskompetenz hatten die lokalen Apparate der KP inne, mit dem städtischen Parteikomitee (*gorkom*) und dessen Büro als Lenkungsorgan an der Spitze. Zweitens hatte der städtische Sowjet die Funktion eines kommunalen Parlaments. Das Führungsgremium des Stadtsovjets war das Exekutivkomitee (*gorispolkom*), das mit unterschiedlichen Referaten und Ausschüssen einer Stadtverwaltung vergleichbar ist. Die dritte Säule waren die Direktoren der überregionalen Betriebe der Stadt. Sie unterstanden der Wirtschaftsbürokratie, je nach Branche einem Republik- oder einem Unionsministerium. Gleichzeitig besaßen sie aber in der städtischen Politik großen Einfluss. Die Amtsinhaber wechselten schnell ihre Posten, oft auch zwischen diesen Machtinstitu-

82 Siehe z. B. Interview mit Džaba Iosseliani, in: Gerber, Jürgen: Dokumente zum georgisch-abchasischen Konflikt, in: Osteuropa 43 (1993), S. A 317-A 325, S. A 324-A 325.

83 Ausnahme ist das heftig umkämpfte Bendery, auf das im folgenden Kapitel eingegangen wird.

tionen. Die drei Säulen waren personell und durch Kompetenzüberschneidungen miteinander verflochten.⁸⁴

Den größten Einfluss hatte die Kommunistische Partei: Sie stellte eine erdrückende Mehrheit der Deputierten des Stadtsowjets und der Mitglieder des Exekutivkomitees. Zudem hatte die Partei auch starken Einfluss in den größeren Betrieben. Dort gab es nicht nur Basisorganisationen der KP, deren Führung faktisch Teil der Betriebsleitung war, sondern auch die ersten Parteisekretäre des *gorkom* (respektive des Gebiets- oder Bezirksparteikomitees) hatten Einfluss auf die Betriebspolitik. Sie wurden für die Ergebnisse der wichtigsten Betriebe in ihrem Gebiet verantwortlich gemacht, sodass sie sich in vielen Fällen ebenfalls persönlich in die Betriebspolitik einmischten und zum Beispiel über ihre überregionalen Kontakte produktionsnotwendige Zulieferungen besorgten.

Die Betriebsleitungen der Großbetriebe ihrerseits hatten großen Einfluss auf die städtische Politik, auf Sowjet und Partei. Direktoren und leitende Angestellte waren Deputierte des Stadtsowjets und saßen im städtischen Parteikomitee.⁸⁵ Sie verwalteten erhebliche Ressourcen der Daseinsvorsorge, die für die Betriebsangehörigen bestimmt waren. So konnte die Verwaltung von Wohnungsbau, Krankenhäusern, öffentlichem Nahverkehr und Schulen – eigentlich originäre Aufgaben der Stadtverwaltung – auch einer Betriebsleitung obliegen.

Die politische Richtlinienkompetenz lag aber beim ersten Sekretär und beim Büro des städtischen Parteikomitees und diese pflegten auch die engen Beziehungen »nach oben« – vor allem zur Parteiführung auf Republikenebene. Letztendlich war der erste Sekretär der Partei der mächtigste Mann in der Stadt – mächtiger noch als die Direktoren der großen Industriebetriebe, wie Gregory Grossman resümiert:

His [des ersten Sekretärs; d. A.] position as the true boss of the given region or district is not in doubt even in the eyes of big business.⁸⁶

Mit der Perestrojka begann diese lange fest gefügte Struktur sich zu wandeln. Die KP verlor an Macht innerhalb der Staatsorgane und in den Betrieben, und sie war nicht mehr die einzige Partei, die zu Sowjetwahlen antrat. Die Betriebsdirektoren dagegen gewannen durch die Paradigmen der Pere-

84 Zu Machtverteilung und Mechanismen der Elitenrekrutierung und der Postenrotation zwischen Partei, Staat und Industrie auf lokaler Ebene: Hill, *Soviet Political Elites*, S. 158-169.

85 Gregory, *Restructuring the Soviet Economic Bureaucracy*, S. 123-130; Hill, *Soviet Political Elites*, S. 75-77.

86 Grossman, *Party as Manager*, S. 288.

strojka an Macht. Selbstständigkeit der Unternehmen, eigenständige Rechnungsführung, Demokratisierung der Betriebe (in Form der Einführung der Räte der Arbeitskollektive, die faktisch unter Kontrolle der Betriebsleitung standen), alle Macht den Räten – das waren die Losungen des Tages der Reformpolitik. Die Personalrotation zwischen den drei Machtsäulen stoppte Ende der 1980er Jahre abrupt. Die Sprachgesetze in der MSSR vom Sommer 1989 kamen einer demonstrativen Aufkündigung des Rotationssystems durch die Republikführung in Chişinău gleich. Parteivertreter, die sich kein Amt in den Apparaten des Sowjets (also quasi im Staatsapparat) sichern konnten, standen auf einer rapide zerfallenden Machtbasis. Diese Voraussetzungen führten in Rybnica und Tiraspol' ab 1989 zu einer Frontstellung der miteinander verflochtenen Machtblöcke – die Leitungen der Großbetriebe traten zunehmend in Konkurrenz zur Parteiführung in einen Kampf um die lokale politische Macht. Die Frage einer Autonomie der Region (bzw. der Städte) wurde zum zentralen Inhalt der Auseinandersetzung. Dass sich die Betriebsleitungen durchsetzten, war die Basis der Gründung der PMR.

Rybnica

Eine der Hochburgen der Separationsbewegung im Dnjestr-Tal war Rybnica. Der im Norden der heutigen PMR gelegenen Kleinstadt ist ihre Entwicklung vom Fischerdorf zum regionalen Industriezentrum immer noch anzusehen. Zwischen den *devjatietažniki* (neunstöckige Neubauten) kleinerer Betriebe auf der Anhöhe und der großen vom örtlichen Metallwerk errichteten Plattenbausiedlung »Val'čenko-Straße« am Flussufer erstrecken sich vorrangig Holzhäuser den Hang hinauf. Rybnica hat nur noch ca. 50 000 Einwohner und steckt weiterhin in einem Schrumpfungsprozess. Bis zum Ende der Sowjetunion hatte die Stadt ein schnelles Wachstum erlebt: In den zehn Jahren von 1979 bis 1989 erhöhte sich die Einwohnerzahl von 41 400 auf 60 800. Das rasante Wachstum um 50 Prozent in einem Jahrzehnt ist zu einem erheblichen Teil der Ansiedlung des »Moldauischen Metallwerks« (*Moldavskij metallurgičeskij zavod* – MMZ) geschuldet.⁸⁷

87 Vsesojuznaja perepis' naselenija 1989 goda, in: Leninskoe Znamja, 4.8.1990, S. 2. Nach dieser Statistik hat beim Bevölkerungswachstum in Rybnica der Anteil der Moldauer am stärksten zugenommen, 15 000 Bewohner von Rybnica wurden 1989 als Mitglieder der Titularnation erfasst, gegenüber 8300 ein Jahrzehnt zuvor. Das legt nahe, dass die Arbeitsmigration aus anderen Teilen der Sowjetunion quantitativ hinter einer regionalen republikinternen Rekrutierung von Arbeitskräften zurückblieb – obwohl natürlich auch Moldauer aus allen Teilen der Sowjetunion nach Rybnica gekommen sein können, um im MMZ zu arbeiten. Eine stabile Mehrheit der städtischen Bevölkerung waren 1989 wie 1979 Ukrainer. Als Russen erfasste

Das MMZ ist mit einer Belegschaft von einigen Tausend nicht mit den großen Stahl- und Metallurgiekombinaten in Magnitogorsk oder Čeljabinsk vergleichbar. Für eine Kleinstadt vom Format Rybnicas ist die Fabrik aber mehr als nur der größte Arbeitgeber. Der Bau dieser »*Mini-zavod*«⁸⁸ zur Wiederaufbereitung von gebrauchten Metallwertstoffen zu hochwertigem Stahl war gemeinsam mit dem Bau eines Schwesterwerks namens *Belorusskij metallurģičeskij zavod* in der belarussischen SSR ein unionsweites Projekt. Die Entscheidung für die Investition und den Standort fällt der Ministerat der Sowjetunion, den Bau kontrollierten das Ministerium für Schwarzmetallurgie der UdSSR und die Republikführung der MSSR gemeinsam.⁸⁹ Trotz der enormen Bedeutung, die das 1984 eröffnete Werk für die Kleinstadt am Dnjestr hatte, war Rybnica keine der auf einen einzigen Großbetrieb zugeschnittenen »Mono-Städte« des Realsozialismus. Die sowjetische Industriepolitik hatte das ehemalige Fischerdorf bereits zum Standort eines Zementwerks, einer Stahlbetonfabrik, eines Pumpwerks mit unionsweitem Absatzgebiet und weiterer kleinerer leichtindustrieller Betriebe für die regionale Versorgung gemacht.⁹⁰

Als in der MSSR die Diskussion um die neue Sprachpolitik begann, hatten die Stadteliten in Rybnica noch eine gemeinsame Position: Sie wollten eine Veränderung des Vorschlags, die der Dominanz des Russischen in der Region Rechnung tragen würde. Neben Moldauisch sollten die Gesetzesänderungen auch Russisch zur Staatssprache der MSSR erheben. Zudem sprachen sich Vertreter von Parteikomitee und Stadtsovet gegen die Einführung der lateinischen Schrift für das Moldauische aus – meist mit dem Argument, die dabei anfallenden finanziellen Belastungen seien bei der derzeitigen wirtschaftlichen Lage nicht tragbar. Bei alledem beteuerten aber die Stadtspitzen von Rybnica ihre Einsicht in die Notwendigkeit einer Aufwertung des Moldauischen zur Staatssprache.⁹¹

die Volkszählung von 1989 weiterhin ein knappes Viertel der Bewohner der Stadt Rybnica. Das widerspricht der häufig geäußerten These, dass die sowjetischen Industrieansiedlungen im Dnjestr-Tal eine »Russifizierung« des Osten Moldovas zum Ziel gehabt hätten.

88 Pobornik Novogo, in: Rybnickij Metallurg, 9.12.1988, S. 1.

89 Aigner, Reformbestrebungen, S. 131-135; Frejldkin, I.A.: Trudnij put' k veršinam – 20leť Moldavskij metallurģičeskij zavod, Kiew 2004, S. 19-20, 25.

90 Einige Betriebe der Lebensmittelverarbeitung stammten auch aus vorsowjetischer Zeit, wie die alte Zuckermühle von 1898. (Rybnitsa/Rybnica, Chişinău 1986)

91 So vertrat beispielsweise auch der Generaldirektor des Metallwerks MMZ und spätere Separatisten-Führer Anatolij Beličenko diesen Konsens und erklärte auf der oben genannten Kundgebung, in seiner Fabrik bereits Moldauisch-Kurse eingeführt

Im Verlauf der Mobilisierungen gegen die Sprachgesetze brach dieser lokale Konsens aber auf und es entstanden zwei konkurrierende Parteien. Während des Streiks im Sommer 1989 entwickelte sich das Streikkomitee zu einem eigenständigen Machtfaktor. Damit wurde es auch zum natürlichen Gegner der städtischen KP-Führung, deren Anspruch auf ein Machtmonopol durch die Entstehung eines neuen Gremiums in Frage gestellt war. Diesen Konflikt trugen die Kontrahenten zunächst nicht über Inhalte aus: Beide Seiten versuchten, die Rhetorik der sowjetischen Bürokratie für sich zu besetzen mit phrasenhaft formulierten Zielen wie die »Konsolidierung der vernünftigen Kräfte auf der Grundlage des Internationalismus«. ⁹² Stattdessen wurde über die Taktik, Strategie und Methoden des Vorgehens gestritten. Dabei hatte der Parteiapparat grundsätzlich ein Interesse daran, die Mobilisierungen in den vom Staat vorgesehenen Bahnen zu halten, zu kontrollieren und am Ende einzudämmen, um die alten Machtstrukturen, insbesondere die Einheit der KP in der MSSR, zu bewahren. Das Streikkomitee um den MMZ-Direktor Belitčenko, seine leitenden Angestellten und führende Mitarbeiter aus weiteren Betrieben war dagegen daran interessiert, durch ein Weitertreiben der Mobilisierungen die Machtverhältnisse zu seinen Gunsten zu verändern.

Die erste Auseinandersetzung gab es um die Durchführung und Dauer des Streiks. Bereits vor Beginn der Ausstände warnten Parteikomitee und Stadtverwaltung vor einem Ausstand und verwiesen auf ihre eigenen institutionellen Bemühungen, eine Verbesserung der Sprachgesetze zu erreichen. ⁹³ Mit zunehmendem Erfolg des Streiks, der in den Fabriken auch von den

zu haben. In seinem Programm zur Wahl zum Obersten Sowjet bezeichnete sich Belitčenko als »überzeugter Anhänger einer moldauisch-russischen und russisch-moldauischen Zweisprachigkeit«. (»ubežděnym storonnikom moldavsko-russkogo i russko-moldavskogo dvujazyčie«; Programm von A. K. Belitčenko, zit. nach: Naši kandidaty v narodnye deputaty SSSR, in: Leninskoe Znamja, 16.3.1989, S. 2) Zum Konsens der Eliten von Rybnica in der lokalen Presse: Kotovskij, S.: Nabat. Miting trudjaščichsja Rybnicy i sěl rajona v podderžku perestrojki, in: Leninskoe Znamja, 27.4.1989, S. 2-3; Tvěrdaja pozicija. Vystuplenija učastnikov prenij na sovmestnoj sessii gorodskogo i rajonnogo Sovetov narodnych deputatov, in: Leninskoe Znamja, 10.6.1989, S. 2; Političeskaja rabota v massach: važnejšie zadači dnja. Vystuplenia na plenumе gorkoma partii 17.6, in: Leninskoe Znamja, 24.6.1989, S. 2.

92 Z. B.: »Konsolidacija zdorovyh sil goroda i rajona na osnove internacionalizma«, Evgenij Berdnikov vor dem Parteikomitee in Rybnica, zit. nach: Tvěro stojat' na platforme KPSS. Informacija pervogo sekretarja gorkoma partii E. P. Berdnikova na plenumе gorkoma 16. dekabrja 1989 goda, in: Leninskoe Znamja, 19.12.1989, S. 1-2, S. 2.

93 Obraščenie bjuro gorkoma KPM, ispolkomov gorodskogo i rajonnogo Sovetov ko vsem graždanam Rybnicy i rajona, in: Leninskoe Znamja, 15.8.1989, S. 1.

betrieblichen KP-Funktionären unterstützt wurde, konnte sich die Parteispitze aber nicht mehr vollkommen gegen die Mobilisierung stellen und musste Kompromisse eingehen. In einen neu geschaffenen »Koordinations-sowjet« entsandten sowohl *gorkom* als auch das Streikkomitee Vertreter, um sich dort gemeinsam über Fragen der Regulierung der politisch-sozialen Situation in der Stadt abzustimmen. Die Partei trat damit einen Teil der ihr bis dahin allein zustehenden Führungskompetenz ab – ein deutliches Zeichen des Machtverlusts.⁹⁴

Offen trat der Konflikt zwischen den konkurrierenden Elitefraktionen dann mit dem Aufkommen der Forderung nach einer autonomen Republik im Dnjestr-Tal zutage. Gleichzeitig mit der Beendigung des Streiks stellte das Streikkomitee die Forderung nach einer Autonomie auf, um die Interessen der »nicht-moldauischsprachigen Bevölkerung«⁹⁵ zu wahren.⁹⁶ Die Parteiführung und ihre Anhänger sprachen sich gegen das geforderte Autonomiereferendum aus und plädierten dafür, auf das Handeln der höherrangigen Institutionen, vor allem der Obersten Sowjets der MSSR und der UdSSR, zu vertrauen.⁹⁷

Auch nachdem sich der Stadtsowjet im Oktober 1989 mit deutlicher Mehrheit für ein Autonomiereferendum ausgesprochen hatte, trat die Partei-Spitze weiterhin mit aller Schärfe gegen die Autonomie auf und bezeichnete die von den Initiatoren als »Referendum« bezeichnete Abstimmung als (nicht rechtskräftige) »Befragung« (*opros*)⁹⁸. In einem großen Leitartikel in der Parteizeitung fasste Berdnikov am Vortag der Abstimmung noch einmal die Argumente des Büros des *gorkom* zusammen: Eine Autonomie sei nicht der beste Weg zur regionalen Gleichberechtigung der Sprachen und eine autonome Republik sei kein »wolkenloses Reich der Ruhe und wirtschaftlichen Wohlstands«.⁹⁹ Das »moldauische Volk« sei gegen eine geteilte MSSR. Überhaupt gebe es »nicht einmal eine Vorstellung von den zukünftigen

94 Syrбу, А.: Zabastovka, in: Leninskoe Znamja, 26.8.1989, S. 1.

95 Буцаќаја, V.: Rukovodstvovat'sja zdravym smyslom. Ob''edinennaja sessija gorodskogo i rajonnogo Sovetov narodnych deputatov, in: Leninskoe Znamja, 17.10.1989, S. 1, 3.

96 Masjuk, A.: Perejti k novym metodam bor'by, in: Leninskoe Znamja, 16.9.1989, S. 1.

97 Die Debatte wurde beispielsweise im Stadtsowjet ausgetragen. (Буцаќаја, V.: Rukovodstvovat'sja zdravym smyslom. Ob''edinennaja sessija gorodskogo i rajonnogo Sovetov narodnych deputatov, in: Leninskoe Znamja, 17.10.1989, S. 1, 3)

98 Rybnica golosuet. Provedën opros obščestvennogo mnenija, in: Leninskoe Znamja, 5.12.1989, S. 1.

99 »Bezoblačnoe carstvie spokojstvija i ékonomičeskogo blagopolučija«. Berdnikov, E. P.: Internacionalizm – ne na slovac, a na dele. Pozicija gorkoma partii po otnošeniju k sozdaniju Pridnestrovskoj ASSR, in: Leninskoe Znamja, 2.12.1989, S. 1, 4, S. 1.

Grenzen der Autonomie. Nur Rybnica ist geblieben ...«¹⁰⁰ Diese Äußerungen zeigen nicht nur die eindeutige Parteinahme des Parteiapparates gegen das Autonomiereferendum, sondern auch, dass das Territorium der späteren PMR zu diesem Zeitpunkt keineswegs als selbstverständlich erschien. Berdnikov verfügte jedoch offensichtlich nur noch über ein begrenztes Maß an Autorität in der Stadt. 80 Prozent der Wahlberechtigten nahmen an dem von der Parteiführung so heftig abgelehnten Referendum, respektive Befragung, teil, 91 Prozent stimmten für den Autonomievorschlag.¹⁰¹

Nach den Abstimmungserfolgen der Autonomisten im Stadtsowjet und beim Autonomiereferendum fand der Konflikt zwischen Parteiapparat und Autonomisten auch in den Institutionen der Partei selbst statt. Auf den Versammlungen der Betriebsparteiorganisation im MMZ wurden die städtische Parteiführung und das ZK der KPM scharf kritisiert und die MMZ-Betriebsleitung konnte so deutlich demonstrieren, dass sie innerhalb des Metallwerks auch die Parteiorganisation kontrollierte.¹⁰²

Die Parteiführung versuchte dagegen die Tätigkeit des Streikkomitees, das sich zu einem ständig arbeitenden Gremium gewandelt hatte, zu beenden. Das städtische Parteikomitee beschloss auf seinem Plenum

die Mitglieder und Kandidaten des *gorkom* und die Sekretäre der Basisorganisationen zu verpflichten, die Kommunisten über den angenommenen Beschluss des Plenums zu informieren, die notwendige aufklärerische und organisatorische Arbeit in den Arbeitskollektiven zur Abschaffung der Streikkomitees in den Betrieben und zur Abberufung ihrer Vertreter aus dem städtischen Streikkomitee durchzuführen.¹⁰³

Auf diesem Plenum wurden die Vertreter des MMZ, respektive der Autonomiebewegung/des Streikkomitees, die als Funktionsträger des Großbetriebs

100 »[U] nas net daže predstavlenija o buduščich granicach avtonomii. Ostalas' odna Rybnica ...« Berdnikov, E. P.: Internacionalizm – ne na slovač, a na dele. Pozicija gorkoma partii po otnošeniju k sozdaniju Pridnestrovskoj ASSR, in: Leninskoe Znamja, 2.12.1989, S. 1, 4, S. 1.

101 Rybnica golosuet. Proveděn opros obščestvennogo mnenija, in: Leninskoe Znamja, 5.12.1989, S. 1.

102 Postanovlenie otkrytogo partijnogo sobranija Moldavskogo metallurģičeskogo zavoda ot 07.12.89 g., in: Rybnickij Metallurg, 23.12.1989, S. 1.

103 »Objazat' členov i kandidatov v členy gorkoma partii, sekretarej pervičnych partorganizacij proinformirovat' Kommunistov o prinjatom postanovlenii plenuma gorkoma partii, provesti neobchodimuju raz''jasnitel'nuju i organizatorskuju rabotu v Trudovych Kollektivach po uprazdneniju zabastovočnych komitetov na predprijatijach i otyzvu svoich predstavitelej iz gorodskogo zabastovočnogo komiteta.« Postanovlenija gorkoma partii. O postanovlenii partijnogo sobranija MMZ ot 7 dekabrja 1989 goda, in: Leninskoe Znamja, 21.12.1989, S. 1.

ja auch im städtischen Parteikomitee saßen, ihrerseits scharf angegriffen. Der Chefarzt des Bezirkskrankenhauses formulierte offen eine Frontstellung zwischen der Partei und dem Metallwerk: »Wir haben gegenüber diesem Kollektiv [dem MMZ] viel zu viele Zugeständnisse gemacht, sowohl in sozial-ökonomischer Hinsicht, als auch in politischer.«¹⁰⁴ Eine regelrechte Abrechnung war der Vortrag des ersten Sekretärs. Berdnikov warf Beličenko eine offene »Diskreditierungskampagne« gegen die Partei vor. Sein Wirken in der Union der Werk tätigen Moldovas (STM) und als Anführer des Streikkomitees stehe im Widerspruch zur Satzung der KPM.¹⁰⁵

Obwohl sich die Parteiführung auf diesem Plenum noch einmal durchsetzen konnte, erwies sie sich insgesamt als unfähig, auf den gesellschaftlichen Wandel und die entstandenen Konflikte zu reagieren. Sie hatte keine glaubwürdige Perspektive anzubieten. Das zentrale Argument gegen die Autonomiebewegung blieb die Hoffnung auf eine Gesetzgebung durch übergeordnete Instanzen, durch den Obersten Sowjet der Sowjetunion und den Obersten Sowjet der MSSR. In seinem Beschluss betonte das *gorkom*-Plenum, die Einberufung einer außerordentlichen Konferenz sei »nicht zielführend« (*necelsoobraznym*), da jetzt maximale Konzentration auf die Wahlen zum Obersten Sowjet der MSSR und der lokalen Sowjets im Februar 1990 geboten sei, bevor dann die Vorbereitung auf die 32. Städtische Rechenschafts-Wahl-Parteikonferenz (*otčetno-vybornoj gorodskoj partkonferencii*) losgehe, auf die dann auch schon der 27. Parteitag der KPM und der 28. Parteitag der KPdSU unmittelbar folgten.¹⁰⁶ Das *gorkom* verwies auf das eigene enge Korsett ritualisierter Verwaltungsabläufe, das nicht mehr zu den sich schnell verändernden sozialen und politischen Rahmenbedingungen passte.

Die Autonomie-Bewegung inszenierte sich dagegen als Modernisierer im Sinne der Perestrojka. Im Wahlkampf zu den Wahlen 1990 forderten die Kandidaten aus dem MMZ-Umfeld »Alle Macht den Räten« (*»Vsjā vlast' sovetam!«*) – ein dem Perestrojka-Diskurs der Rückkehr zu den wahrhaften leninistischen Prinzipien entsprechender Aufruf zu mehr Demokratie und weniger Partei herrschaft. Die Autonomie-Bewegung machte sich den Spruch zu eigen, da sie in den Räten der Arbeitskollektive eine Machtbasis gefunden hatte und in den Stadt- und Provinz sowjets eine weitere zu su-

104 »Sliškom my mnogo delali ustupok ètomu kolektivu kak v social'no-èkonomičeskom plane, tak i v poličičeskom.« F. Afansa'ev, zit. nach: Plenum gorodskogo komiteta partii, in: Leninskoe Znamja, 21.12.1989, S. 2-4, S. 3.

105 Tvrdo stojat' na platforme KPSS. Informacija pervogo sekretarja gorkoma partii E. P. Berdnikova na plenumu gorkoma 16. dekabnja 1989 goda, in Leninskoe Znamja, S. 1-2.

106 Postanovlenija gorkoma partii. O postanovlenii partijnogo sobranija MMZ ot 7 dekabnja 1989 goda, in: Leninskoe Znamja, 21.12.1989, S. 1.

chen gewillt war. Auch die weiteren Schlagwörter der Reformpolitik, wie die Forderung nach »lokaler Selbstverwaltung und nach der Vergrößerung der Selbstständigkeit der Unternehmen übernahmen die Kandidaten der neuformierten politischen Kraft im Umfeld der MMZ-Betriebsleitung in ihre Wahlprogramme.¹⁰⁷

Für die Partei wurden die vielbeschworenen Wahlen zum städtischen Sowjet auch nicht zum Rettungsanker. Die Ergebnisse sind zwar aufgrund des personalisierten Wahlrechts schwer eindeutig zu werten, aber klar ist, dass ein Ergebnis der Neuzusammensetzung war, dass die Autonomie-Bewegung im Stadtsowjet eine Mehrheit gewann. In das neue Amt des Vorsitzenden des Stadtsowjets wurde der Oberingenieur des MMZ Nikolaj Bogdanov gewählt.¹⁰⁸

Die Geschichte der Eliten Rybnicas in der Endphase der Sowjetunion war also geprägt von einem zentralen Konflikt zwischen der städtischen Parteiführung und einem zunehmend einflussreichen »Streikkomitee«, das wiederum von der Betriebsleitung des bedeutendsten Werks und leitenden Angestellten aus weiteren Betrieben der Stadt dominiert wurde. Bereits im Herbst 1989 schafften es die neuen Machthaber, im Stadtsowjet gegen die Parteiführung Beschlüsse durchzusetzen – ein absolutes Novum in den um die Vorrangstellung der Partei herum aufgebauten sowjetischen Staatsstrukturen. Diese lokale Machtverschiebung ist nicht zuletzt dem Niedergang der KPdSU und der in den Perestrojka-Reformen angelegten Stärkung der Betriebe und Betriebsleitungen geschuldet. Die sich daraus ergebenden Möglichkeiten nutzte die Betriebsleitung des MMZ, respektive die entstehende separatistische Bewegung, um ihre Macht auszubauen und die lokale Basis eines neuen Staates zu etablieren.

Tiraspol'

Tiraspol' war das Zentrum des Separatismus im Dnjestr-Tal. Die Übernahme der städtischen Verwaltung im Frühjahr 1990 durch die OSTK-Vertreter aus den Großbetrieben, die sich gegen konkurrierende KP-Kader durchsetzten, war das Fundament der Gründung der PMR. Zahlreiche Amtsträger von lokalen Institutionen in Tiraspol' stiegen mit der Autono-

107 »Novyj podchod ne prosto dačsja partijnym rukowoditeljam.« Masjuk, A.: Partijnoe vlijanie ekonomiku, in: Leninskoe Znamja, 3.8.1989, S. 1. Wahlprogramme von B.A. Akulov, A.K. Belitčenko und N.A. Bogdanov, in: Leninskoe Znamja, 6.2.1990, S. 2; Leninskoe Znamja, 10.2.1990 S. 2.

108 Soobščenie gorodskoj izbiratel'noj komissii ob itogach vyborov deputatov gor. sojeta narodnych deputatov 20. sozyva, in: Leninskoe Znamja, 3.3.1990, S. 2-3.

mieerklärung in Ämter auf Republik-Ebene auf – allen voran Igor' Smirnov, der vom Verwaltungschef der Stadt Tiraspol' zum »Vorsitzenden« der PMSSR und später Präsident der PMR wurde.

Mit 130 000 Einwohnern gut doppelt so groß wie Rybnica, wies (und weist) die heutige Hauptstadt der PMR viele Ähnlichkeiten mit der nördlich gelegenen Industriestadt auf. Auch hier waren die sozialen und politischen Strukturen von einer Schwer- und Metallindustrie dominiert. Am Rande der im Zentrum von der Architektur des späzaristischen Provinzbarocks geprägten Stadt liegen die für die separatistische Bewegung so bedeutenden Werke der Gussmaschinenfabrik Kirov, des Elektromaschinenhersteller *Ėlektromaš* sowie weiterer Großbetriebe.¹⁰⁹ Hinter den Industrieanlagen erstreckt sich in der äußersten nordöstlichen Peripherie von Tiraspol' das in den 1950er und 1960er Jahren errichtete Neubaugebiet »Kirov« (*Kirovskij rajon*). Hier wohnten Ende der 1980er Jahre mit über 13 000 Menschen ca. ein Zehntel der Einwohner der Stadt, darunter viele Arbeiter der genannten Betriebe und ihre Familien.¹¹⁰ Im Zuge der Streikbewegung vom Sommer 1989 wurden die Fabriken zu bedeutenden Zentren und das Viertel zur Hochburg der separatistischen Mobilisierung. Gleichzeitig waren die Betriebe, allen voran das Gussmaschinenwerk Kirov, von der Transformationskrise des Zerfalls der Sowjetunion schwer betroffen.

Wie in Rybnica formierte sich auch in Tiraspol' 1989 ein neuer politischer Akteur, der von den Betriebsleitungen der großen Industriekombinate getragen wurde. Die Generaldirektoren von *Ėlektromaš* und der Gussmaschinenfabrik Kirov, Igor' Smirnov und Anatolij Bol'sakov, waren bei der Gründung des städtischen OSTK federführend beteiligt. Anfangs unterstützte auch der lokale Parteiapparat den Streik und seine gegen die moldauischen Sprachgesetze gerichteten Ziele. Die aufkommende Forderung nach einer Autonomie und einem Referendum stieß aber in der KP-Führung im Herbst 1989 ebenso auf Skepsis wie der zunehmende Machtanspruch des OSTK.

109 Schon in den 1920er Jahren hatte die sowjetische Industriepolitik die ersten Betriebe in der von Katharina der Großen als Festung gegen das Osmanische Reich gegründeten Stadt angesiedelt. Der zentrale Industrialisierungsschub, in dem die Betriebe die Gestalt annahmen, die sie 1989 hatten, entfaltete sich in Tiraspol' aber erst in den 1950er und 1960er Jahren. Kontinuierlich wuchs die Zahl der Bewohner der Stadt von 29 000 im Jahr 1900 auf über 105 000 1970 und auf 130 000 1989 an (bevor sie nach dem Zerfall der Sowjetunion zu sinken begann). (Hill, *Political Elites*, S. 9-15)

110 Krivenko, A. V.; Simačenko, R. V.: Kirovskij rajon Tiraspolja: Istoriko-geografičeskij očerok, in: *Ežegodnyj istoričeskij al'manach Pridnestrov'ja*, Bd. 9, 2005, S. 117-127, S. 122-125.

Auch in Tiraspol' entwickelte sich also ein lokaler Machtkampf zwischen der Parteiführung und den Organisationen der Autonomiebewegung.

In den Tagen der Ausstände gegen die Sprachpolitik aus Chişinău im Sommer 1989 war diese Entzweiung noch nicht abzusehen. Bei der entscheidenden Sitzung des Obersten Sowjets der MSSR lehnte der erste Sekretär des städtischen Parteikomitees von Tiraspol' Leonid Curkan die Sprachgesetze kompromisslos ab.¹¹¹ Das Plenum des *gorkom* verabschiedete eine Erklärung, in der es den Streik als eine »erzwungene, äußerste Maßnahme des Protests gegen die Beeinträchtigung der politischen und bürgerlichen Rechte der Vertreter nationaler Minderheiten«¹¹² bezeichnete und die Teilnahme von Parteimitgliedern daran sowie das Engagement in Organisationen der Streikbewegung für legitim erklärte. Unter dem Eindruck des Streiks verabschiedete auch der städtische Sowjet einen weitreichenden Beschluss. Das Stadtparlament erklärte,

wegen des Ignorierens der Entscheidungen der X. und XI. Sitzungen des städtischen Sowjets und Widersprüchen mit den Verfassungen der UdSSR und der MSSR zivilen Ungehorsam auszuüben und die Gültigkeit der Artikel [...] des Gesetzes ›Über den Status der Staatssprache der Moldauischen SSR‹ auszusetzen.¹¹³

Die Entschließung des Stadtsowjets beinhaltete außerdem den Vorschlag an die »Werktätigen« der Städte und Rayons des Dnjestr-Tals sowie Bălţi, eine autonome Republik innerhalb der MSSR zu gründen. Die Deputierten beschlossen, bis zum zehnten Oktober in Tiraspol' ein Referendum in dieser Frage durchzuführen.¹¹⁴

Bei der nächsten Sitzungsrunde anderthalb Monate später, die Aufregung der Streikmobilisierung lag ein paar Wochen zurück, ging der Mehrheit der Deputierten der eigene Beschluss zu weit: Er wurde in wichtigen Teilen revidiert, die Passage, die zivilen Ungehorsam postulierte, wurde zurückgenommen. Statt einer Autonomie forderten die Stadtdeputierten jetzt die Einfüh-

111 Für seinen forschen Auftritt im Parlament erhielt er viel Beifall in der Presse der Streikbewegung. (Bastujuščij Tiraspol', 1.9.1989, S. 1; 4.9.1989, S. 1)

112 »[J]avljaetsja vynuždennoj, krajnej meroj protesta protiv uščemlenija političeskich i graždanskich prav predstavitelej nacional'nych men'sinstv.« Postanovlenie V Plenuma Gorkoma, Dnestrovskaja Pravda, 12.9.1989, S. 1.

113 »V svjazi s ignorirovaniem rešenij X i XI sessij gorodskogo Soveta, protivorečiem Konstitucijam SSSR i MSSR okazat' graždanskoe nepovinoenie i priostanovit' dejstvie na territorii Tiraspol'skogo gorodskogo Soveta st. [...] Zakona.« Rešenija XIII vneočerednoj sessii gorsoveta, in: Dnestrovskaja Pravda, 16.9.1989, S. 1.

114 Rešenija XIII vneočerednoj sessii gorsoveta, in: Dnestrovskaja Pravda, 16.9.1989, S. 1.

rung einer zweiten Kammer beim Obersten Sowjet der MSSR zur Garantie der Rechte der Minderheiten. Den eigenen Beschluss zur Durchführung eines Autonomiereferendums stellte der Sowjet unter Vorbehalt – die Beschlüsse der kommenden Sitzung des Obersten Sowjets der MSSR sollten abgewartet werden.¹¹⁵ Damit traten die Stadtverordneten deutlich von ihren vorigen Abspaltungstendenzen aus dem September zurück. Die neue Forderung wandte sich an die übergeordnete Instanz in Chişinău und erkannte damit deren Vorrecht an. Der städtische Staatsanwalt sagte, der Beschluss der vorangegangenen Sitzung sei »unter dem Einfluss von Emotionen«¹¹⁶ zustande gekommen und nicht rechtmäßig. Ein anderer auf Parteilinie liegender Deputierter bezeichnete Referendum und Autonomie als »Utopie«¹¹⁷. Nur die OSTK-Anhänger im Sowjet sprachen sich in der Debatte dafür aus, alle vorherigen Beschlüsse aufrechtzuerhalten.

Die streitlustige Diskussion im Stadtsowjet war Ausdruck einer aufkommenden Frontstellung zwischen OSTK einerseits und der alten Stadtspitze aus Parteiapparat und Teilen der Stadtverwaltung andererseits. Die obersten städtischen Politiker sahen sich durch die neue Organisation, die einen Anspruch auf die Macht formulierte und die Auseinandersetzung mit dem Parteiapparat suchte, bedroht. Smirnov kritisierte beispielsweise im städtischen Parteikomitee die Position des ersten Sekretärs Curkan als widersprüchlich und forderte in radikaler Manier, die Partei müsse die Macht abgeben:

Die Macht muss an die Sowjets [sprich den Stadtsowjet und die Sowjets der Arbeitskollektive], an das Volk abgegeben werden. Kann die Art zu handeln des Apparats im alten Leitungssystem verändert werden? Dieses System lässt keine Änderungen zu.¹¹⁸

Das Autonomiereferendum am 28. Januar 1990 brachte schließlich einen großen Erfolg für den OSTK. Die städtische Wahlkommission kam bei ihrer Zählung auf eine überwältigende Zustimmung: Sie zählte 121 423 Ja-

115 Rešenje XIV sessija gorodskogo soveta narodnych deputatov, in: Dnestrovskaja Pravda, 31.10.1989, S. 1.

116 »[P]od vlijaniem emocij«, N. I. Ursu, zit. nach: Postiženie istiny. Iz vystuplenij na XIV sessii gorsoвета narodnych deputatov 27 okt., in: Dnestrovskaja Pravda, 10.11.1989, S. 2.

117 »Referendum, avtonomija – eto utopija«, G. I. Zolotarëv, zit. nach: Postiženie istiny. Iz vystuplenij na XIV sessii gorsoвета narodnych deputatov 27 okt., in: Dnestrovskaja Pravda, 10.11.1989, S. 2.

118 »Vlast' nado otdat' Sovetam, narodu. Možno li izmenit' obraz dejstvij apparata pri staroj sisteme upravlenija? Takaja sistema izmenenij ne dast.« Igor' Smirnov, zit. nach: Osoznanie otvetstvennosti. Iz vystuplenij na plenumе GK KPM 26 oktjabrja, in: Dnestrovskaja Pravda, 4.11.1989, S. 2.

Stimmen (96,7 Prozent der Abstimmenden) bei einer Wahlbeteiligung von 92,3 Prozent.¹¹⁹ Anders als in Rybnica wurde der rechtliche Status der Abstimmung durch die lokale Parteiführung hier nicht in Frage gestellt. Der OSTK verbuchte die Abstimmung als eigenen Erfolg. In den Tagen danach bedankte sich die Organisation bei den Wählern und wertete das Ergebnis »auch als Vertrauen zu uns, als Unterstützung für den eingeschlagenen Kurs unserer Arbeit«. ¹²⁰

Mit seinen Ambitionen geriet der OSTK in immer schärferen Gegensatz zum Parteiapparat. Eine weitere Etappe dieser Zuspitzung waren die Wahlen zu den lokalen Sowjets im Februar/März 1990. Die Parteiführung stand vor einem Dilemma: Pluralismus und Wahlen mit konkurrierenden Organisationen waren die Vorgaben des Perestrojka-Programms aus Moskau. Die führenden Parteivertreter vor Ort versuchten aber, bei aller Bereitschaft zur Erfüllung der Maßgaben von oben, eine führende Stellung der Partei zu bewahren und waren wenig begeistert über neue Konkurrenz und die Zulassung der »informellen Organisationen« (*neformal'nye organizacii*). Die Wahl zum Obersten Sowjet wurde für den Parteiapparat zum Debakel und die Parteiführung musste ihre Niederlage öffentlich – wenn auch unwunden – eingestehen.¹²¹

Auf stadtpolitischer Ebene bedeuteten die Auswirkungen der Wahlniederlage eine erhebliche Machtverschiebung. So konnte die Parteiführung im Stadtsowjet ihre Kandidaten für die Spitzenpositionen in der Stadtverwaltung nicht mehr durchsetzen. Im Zuge des politischen Wandels in der Sowjetunion und des allgemeinen Machtverlusts der Parteistrukturen war auf lokaler Ebene der Vorsitz im Sowjet zum wichtigsten Amt geworden. Der Parteiapparat bot mit Leonid Curkan sein größtes Schwergewicht als Kandidat für dieses städtische Spitzenamt auf. Gegen ihn trat ein Kandidat an, der im alten politischen Gefüge der Stadt eher ein Leichtgewicht war: Igor' Smirnov, gerade einmal zweieinhalb Jahre in der Stadt und noch nicht einmal Vollmitglied (sondern bisher nur Kandidat) im städtischen Parteikomitee. Smirnov gewann die Abstimmung deutlich mit 86 gegen 48 Stimmen. Die Anhänger Curkans klagten in Leserbriefen in der Lokalzeitung und fragten sich, wie ein Neuankömmling den alteingesessenen Parteiführer, dem die Bevölkerung vertraue, überrunden konnte. Smirnov und der OSTK ver-

119 Itogi referenduma, in: Dnestrovskaja Pravda, 30.1.1990, S. 1.

120 »My rascenivaem ego itogi i kak doverie k nam, podderzku izbrannogo napravlenija raboty.« Ob''edinennyj sovet trudovyh kollektivov: Ot čistogo serdca, in: Dnestrovskaja Pravda, 30.1.1990, S. 1.

121 Auf dem Plenum des städtischen Komitees betonte Sekretär Curkan: »Man sollte jetzt den Misserfolg nicht dramatisieren.« (»Sečas ne sleduet dramatizirovat' neudači.« Plenum gorkoma partii, in: Dnestrovskaja Pravda, 16.3.1990, S. 1)

kaufen ihren Sieg dagegen als Projekt des demokratischen Wandels und des Aufräumens mit überkommenen bürokratischen Apparaten.¹²²

Nach dem Wahlerfolg bei den Stadtsowjetwahlen versuchte der OSTK die Macht in der Stadt komplett zu übernehmen und den Parteiapparat so weit wie möglich von den Schaltstellen zu verdrängen. Zum Stellvertreter Smirnovs wurde Vladimir Ryljakov gewählt – seines Zeichens Parteisekretär im Betrieb des neuen Stadtsowjetvorsitzenden und OSTK-Vorsitzender. Auch weitere Posten in der städtischen Administration gingen an Deputierte, die auf der Plattform des OSTK gewählt worden waren.¹²³

Zusätzlich beschloss der neue Stadtsowjet auf seiner ersten Sitzung, dass die Zeitung *Dnestrovskaja Pravda* in Zukunft nur noch ihm unterstellt sei und nicht mehr dem städtischen Parteikomitee. Dieser Beschluss ließ den Konflikt zwischen OSTK-Sympathisanten und Parteiapparat auf dem folgenden Plenum des *gorkom* heftig eskalieren. Die Gepflogenheiten dieses (bis zur Perestrojka auf demonstrative Einmütigkeit bedachten) Parteigremiums wurden komplett außer Acht gelassen – die Anwesenden stritten laut und unsachlich. Die Mehrzahl der Teilnehmer an der Debatte im Parteikomitee warf dem OSTK vor, sich gegen Partei und Sowjetmacht zu stellen.¹²⁴ Letztendlich konnte die Parteiführung nichts an den geschaffenen Fakten ändern: Der Stadtsowjet hatte die *Dnestrovskaja Pravda* unter seine Obhut genommen. Der Machtverlust der KP setzte sich ungebrochen fort und drückte sich in Konflikten aus, die zunehmend auch innerhalb von Parteiinstitutionen ausgetragen wurden, bevor dann die KP-Organisationen im Spätsommer 1991 auch in den Städten des Dnjestr-Tals aufgelöst wurden.

Ähnlich wie in Rybnica bildeten in Tiraspol' Parteispitze und OSTK bzw. die Betriebsleitungen anfangs einen Konsensblock. Sie traten gemeinsam gegen die Sprachgesetze und gegen die Tendenzen in der MSSR zu einer Abspaltung von der Sowjetunion ein. Entlang der Frage über die Autonomie entwickelte sich auch in der späteren PMR-Hauptstadt – wenn auch mit Verzögerung und weniger heftig als in Rybnica – ein Konflikt um die städtische Macht zwischen OSTK und der städtischen Parteiführung. Diesen konnten die Betriebsleiter für sich entscheiden. Eine pro-moldauische Position schaffte es auch in Tiraspol' nicht in relevantem Ausmaß, auf die städti-

122 Itogi sessii – v centre vnimanija, in: *Dnestrovskaja Pravda*, 12.4.1990, S. 3; Grucenko, V.: Stol' že rešitel'no, in: *Dnestrovskaja Pravda*, 12.4.1990, S. 3. Tatsächlich waren 129 von 141 neu gewählten Deputierten im vorherigen Stadtsowjet nicht vertreten, zumindest ein Personalwechsel fand in diesem also durchaus statt. (Plenum gorkoma partii, in: *Dnestrovskaja Pravda*, 16.3.1990, S. 1)

123 Na sessii gorsoveta, in: *Dnestrovskaja Pravda*, 29.3.1990, S. 1.

124 Akimov, A.: Vopros o gazete, in: *Dnestrovskaja Pravda*, 17.4.1990, S. 1-2.

sche Öffentlichkeit einzuwirken und den Machtkampf zu beeinflussen. Die Machtübernahme in den Kommunalverwaltungen war die Voraussetzung zur Schaffung eines Territoriums *Pridnestrov'e*. In den kleineren Städten, auf dem Land und in Bendery hatte die separatistische Bewegung allerdings deutlich größere Schwierigkeiten sich durchzusetzen als in ihren Hochburgen Rybnica und Tiraspol'.

5. Umkämpfte Räume: Kleinstädte, Dörfer und die Industriestadt Bendery

Bendery

In Bendery eskalierte der Transnistrien-Konflikt zum Krieg. Während Rybnica und Tiraspol' von direkten Kriegshandlungen verschont blieben, war die zweitgrößte Stadt der heutigen PMR im Sommer 1992 Schauplatz der schärfsten bewaffneten Auseinandersetzungen. Bendery liegt westlich des Dnjestr – quasi auf der »moldauischen« Seite. Dafür dass die Eskalation an diesem Ort stattfand, war aber nicht nur seine geographische Lage von Bedeutung, sondern auch die lokale politische Entwicklung. Die Industriestadt war bereits im Vorfeld des Krieges deutlich stärker umstritten als die Hochburgen der separatistischen Bewegung. Die sich aus den Protesten gegen die Sprachgesetze entwickelnden Organisationen sahen sich hier einer stärkeren Gegenbewegung gegenüber als in Tiraspol' und Rybnica. So hatte der Streik zahlreiche Gegner in der Stadtpolitik wie auch in den Betrieben. Zudem agierte die Moldauische Volksfront mit größerer Öffentlichkeitswirksamkeit und die lokale KP-Spitze stellte sich entschiedener gegen Tendenzen zur Abspaltung von der MSSR. Auch die lokale Polizei blieb in größeren Teilen länger unter der Kontrolle Chişinăus und im Stadtsowjet konnten die PMR-Unterstützer erst nach den Wahlen im Frühjahr 1990 eine Mehrheit für das Autonomiereferendum organisieren. Der Kurzkrieg um Bendery im Sommer 1992 war demnach nicht nur eine Auseinandersetzung von Truppen, die von einem Zentrum (Chişinău, Tiraspol' oder Moskau) strategisch eingesetzt wurden, sondern auch eine Fortsetzung der lokalen Machtkämpfe.

Ähnlich wie Tiraspol' und Rybnica war (und ist) Bendery geprägt von der sowjetischen Nachkriegsindustrialisierung. Neben zahlreichen Zulieferbetrieben des Maschinenbaus und der Elektroapparateproduktion dominierten hier allerdings eher die leichtindustriellen Betriebe. Die Arbeitskräfte dieser Betriebe rekrutierten sich vorrangig aus den (weitgehend moldauischsprachigen) Dörfern der näheren Umgebung. 1989 trug Bendery mit einem Drittel zur Industrieproduktion der Region am Dnjestr bei. Bis 2004 sank dieser Anteil aber auf nur noch 10 Prozent – Krieg und Transformations-

krise brachten der Wirtschaft der Stadt Verluste von ganz besonderem Ausmaß bei.¹²⁵

Ihre geographische Lage verlieh der Stadt Bendery für die PMR-Gründungsbestrebungen eine besondere Bedeutung: Sie ist nicht nur rechts des Dnjestr gelegen, sondern auch ganz in der Nähe von Tiraspol'. Knapp 30 km trennen die beiden Städte, die mit einer Trolleybus-Linie miteinander verbunden sind. Bereits in den 1980ern kursierende Vorschläge eines Zusammenfassens der beiden Städte zu einem Großraum wurden im Zuge der Autonomiebestrebungen im Dnjestr-Tal erneut diskutiert.¹²⁶

Als die Gesetzesprojekte zur neuen Sprachpolitik der MSSR-Führung öffentlich wurden, blieb die Reaktion in Bendery zunächst verhalten. Die Streikbewegung nahm nicht hier ihren Ausgangspunkt, sondern in Tiraspol' und Rybnica. Nichtsdestotrotz schlossen sich dann zahlreiche Unternehmen dem Ausstand an. Die politische Situation in den Betrieben war jedoch unterschiedlich: In einigen war das Management treibende Kraft bei der Arbeitsniederlegung, in anderen wohlwollend passiv, in dritten Gegner der Mobilisierung. Auch die Belegschaften waren durchaus nicht überall entschiedene Unterstützer der Gegenbewegung zu den Sprachgesetzen. In einigen Betrieben gründeten sich »Anti-Streik-Komitees«, die für eine Wiederaufnahme der Arbeit agitierten und ein Recht auf Fortsetzung der Arbeit durchsetzen wollten.¹²⁷

Die Streikkomitees aus den Betrieben formierten auch in Bendery eine Organisation mit politischem Machtanspruch. Das zentrale Gremium nannte sich »Arbeiterkomitee der Sowjets der Arbeitskollektive« (*Rabočij komitet Sovetov trudovych kollektivov*) und stellte sich wie der OSTK in Tiraspol' als Ausschuss der Arbeiter der Stadt dar. Es gruppierte sich um eine Gruppe von Ingenieuren aus einigen Industriebetrieben vor allem des Werkzeug- und Maschinenbaus. Da der »Direktorenkorpus« in Bendery sich mit größerer Vorsicht als in Tiraspol' am Streik beteiligte, figurierten nur drei

125 Atlas PMR. Istorija, Tiraspol' 2007, S. 47.

126 Dieses Ansinnen zielte auf eine Kontrolle der Stadt durch Tiraspol', um den Konflikt um Bendery für die PMR zu entscheiden. So fragte beispielsweise das Autonomiereferendum 1990 in Bendery nicht nur nach einer Zugehörigkeit zu einer Autonomie von Pridnestrov'e, sondern auch nach einer Assoziation von Bendery mit dem nahe gelegenen Tiraspol' (siehe folgender Abschnitt). Die Idee blieb über die Jahre präsent: Zum zehnten Jahrestag der Kriegseskalation in Bendery brachte die PMR-Führung eine Vereinigung von Tiraspol' und Bendery zu einer neuen Hauptstadt ins Spiel. (Troebst, Staatlichkeitskult im Pseudo-Staat), S. 978)

127 Dobrov, Cel' byla odna, S. 56. Von solchen Anti-Streik-Komitees in seinem Betrieb berichtete auch einer der Befragten. (Interview mit A. J., Bendery, 16.5.2008)

Leiter kleinerer Betriebe in der anfänglichen Zusammensetzung des Arbeiterkomitees.¹²⁸

Nach der Beendigung des Streiks kam auch in Bendery parallel zur Diskussion in den anderen Städten des Dnjestr-Tals eine Debatte über Autonomie und eine entsprechende Volksabstimmung auf. Die Befürworter hatten es aber deutlich schwerer als in Rybnica und in Tiraspol', diese Maßnahme durchzusetzen. So lehnte es beispielsweise das Stadtparlament im Februar 1990 ab, das Thema einer Volksabstimmung überhaupt in die Tagesordnung aufzunehmen – zu einem Zeitpunkt, als die Autonomisten in Rybnica und Tiraspol' bereits jeweils Referenda durchgeführt hatten.¹²⁹

Erst mit den Lokalwahlen im Februar/März 1990 änderte sich die Lage. Das Arbeiterkomitee und die Autonomiebewegung im Ganzen gewannen an Einfluss im Stadtsowjet. Der Vorsitzende Gimn Pologov, eine der Führungsfiguren des Streiks in Bendery, wurde wiedergewählt; der Vizevorsitzende des Arbeiterkomitees, Vjačeslav Kogut, wurde sein Stellvertreter. Das städtische Parlament gab grünes Licht für eine Volksabstimmung über die »Zweckmäßigkeit des Eingangs der Stadt Bendery in die Autonome Dnjestr-Republik im Falle ihrer Gründung«.¹³⁰

Die Frage der Autonomie blieb aber nicht die einzige Frage auf dem Abstimmungszettel. Seit der Wahl im März 1990, bei der die prorumänisch-nationalistischen Kräfte im Obersten Sowjet der MSSR eine Mehrheit erringen konnten, waren weitere politische Konfliktthemen hinzugekommen. Unter dem neuen Premier Mircea Druc hatte die MSSR-Führung die rumänische Trikolore als Staatsflagge eingeführt. Die Stadtverwaltungen und lokalen Sowjets im Dnjestr-Tal verweigerten sich der neuen Staatssymbolik und hissten die neue Flagge nicht. Dieses Vorgehen wollte sich der Stadtsowjet von Bendery in der Volksabstimmung bestätigen lassen. Zudem stand

128 Dobrov, Fëdor A.: Edinstvennyj pravil'nyj put', in: Alfer'eva, L. (Hg.), Slavy ne iskali. Sbornik vospominanij učastnikov sozdanija i stanovlenija PMR, Bendery 2000, S. 60-62; Dobrov, Cel' byla odna, S. 51; Volkova, Gorjačee leto 1989, S. 125-127. Im Herbst 1991, zwei Jahre nach dem Aufbau des Arbeiterkomitees, konstatierte die *Dnestrovskaja Pravda*: Die Sowjets der Arbeitskollektive und das Arbeiterkomitee seien »in letzter Zeit zunehmend nicht mehr ein und dasselbe«. («[Č]to v poslednee vremja stalo ne odno i to že«, Machodov, D.: Vybrali mēra, in: Dnestrovskaja Pravda, 11.10.1991, S. 1)

129 Gusev, V.: V ètom li pozicija Bender? In: Dnestrovskaja Pravda, 8.2.1990, S. 1. Zur ersten Diskussion einer Autonomie im Stadtsowjet von Bendery im September 1989 auch: Zabarah, Opportunity Structures, S. 186-187.

130 »O celesoobrasnosti vchoždenija goroda Bendery v Pridnestrovskuju avtonomnuju respubliku v slučae eë obrazovanija«, zit. nach: Dnestrovskaja Pravda, 19.6.1990, S. 2.

der Name der Stadt zur Abstimmung. Statt der von Teilen der moldauischen Öffentlichkeit zunehmend bevorzugten Benennung Tighina, die auf eine vorosmanische, moldauische Vergangenheit der Stadt verwies, wollten die Initiatoren des Referendums die Beibehaltung des alten Namens unterstreichen. Zudem wurde nach der Zustimmung zu der »Schaffung einer Assoziation der Städte Bendery und Tiraspol' im Rahmen des Gesetzes über die lokale Selbstverwaltung« gefragt.¹³¹ Die Organisatoren konnten für alle Fragen die von ihnen gewünschten Resultate vermelden. Die politische Anerkennung der Abstimmung und ihrer Ergebnisse war jedoch noch geringer als in Rybnica. In beiden Fällen erklärten Republikführung und Parlament in Chişinău die Abstimmungen für widerrechtlich und ungültig. Hatte in Rybnica die Parteizeitung daraufhin die Abstimmung zu einer Befragung herabgestuft, so druckte ihr Pendant in Bendery nicht einmal die Ergebnisse.¹³²

Die städtische Parteioorganisation konkurrierte in Bendery, wie in den anderen Industriestädten, mit den Organisationen der separatistischen Bewegung um die Macht. Der lokale Parteisekretär Pavel Cymaj blieb bereits zur Streikbewegung auf Distanz und stellte sich dann gänzlich gegen die folgenden Autonomiebestrebungen und die Versuche der Gründung einer eigenen KP links des Dnjestr.¹³³ Dass der lokale Machtkampf zwischen Parteiapparat und separatistischer Bewegung in Bendery eine andere Dynamik hatte als in Rybnica und Tiraspol', zeigte sich am Konflikt um die städtische Zeitung *Pobeda*, die bis dahin gemeinsames Organ des Stadtsovjets und des örtlichen Parteikomitees gewesen war. Anders als in Tiraspol' warf nicht der von der transnistrischen Bewegung dominierte Stadtsoviet die Partei aus der Redaktion, sondern umgekehrt beschloss das städtische Parteikomitee, die Kontrolle über die Zeitung für sich alleine zu beanspruchen.¹³⁴

Auch im Streit um die Staatssymbolik hatte die separatistische Bewegung größere Schwierigkeiten, sich zu behaupten als in den anderen beiden In-

131 »O celesoobraznosti pereimenovanija goroda Bendery v gorod Tiginu [...]. O sozdanii asociacii gorodov Bendery i Tiraspol' v ramkach Zakona o mestnom samoupravlenii [...].« In: Dnestrovskaja Pravda, 19. 6. 1990, S. 2.

132 Das Organisationskomitee wich zur Veröffentlichung der Resultate deshalb auf die Zeitung *Dnestrovskaja Pravda* in Tiraspol' aus. (Obraščenie Benderskaja gorodskaja kommissija po provedeniju referendumu, in: Dnestrovskaja Pravda, 19.6.1990, S. 2)

133 Sein Vorgänger als Parteichef von Bendery war bis zum Frühjahr 1989 Vladimir Voronin, der von 2001 bis 2009 Präsident der Republik Moldova war und bis heute Chef der Kommunistischen Partei Moldovas ist. Zugespitzt könnte man also sagen, die Führung der KP in Bendery machte ihre politische Karriere in der Republik Moldova und nicht in der PMR.

134 Chudjakov, V.: Sdelat' svoj vybor ...S Benderskoj gorodskoj partkonferencii, in: Sovetskaja Moldavija, 5.5.1990, S. 2.

dustriestädten des Dnjestr-Tals. Während die Entscheidung der Stadtsovjets von Tiraspol' und Rybnica, die alte rot-grün-rote MSSR-Fahne auf den öffentlichen Gebäuden zu belassen, das faktisch letzte Wort blieb, mündete in Bendery der Flaggenstreit beinahe in handfeste Auseinandersetzungen. Am 20. Mai 1990 versammelte die Moldauische Volksfront zum Jahrestag ihrer Gründung mehrere Tausend Anhänger im Vorort Varnica, nördlich von Bendery. Dort wurde auf Zustimmung des lokalen Sowjetvorsitzenden im Rahmen eines Festakts die blau-gelb-rote Trikolore gehisst. Die Zeitung des moldauischen Schriftstellerverbands *Literatura și Arta* hatte bei der Mobilisierung für die Veranstaltung großrumänisch-nationalistischen Klartext gesprochen und mit den Worten, »Landsleute, zeigen wir allen, dass Tighina eine rumänische Stadt ist, war und bleibt«¹³⁵, zur Teilnahme aufgerufen. Nach dieser Ankündigung kursierten in der Öffentlichkeit in Bendery und anderen Städten des Dnjestr-Tals Warnungen, die Volksfront-Demonstranten planten, von Varnica aus ins Stadtzentrum von Bendery zu marschieren und die Trikolore zu hissen. Gemeinsam traten hochrangige Politiker aus Chișinău und der Sowjetvorsitzende von Bendery Gimn Pologov in Varnica auf und appellierten an die Kundgebungsteilnehmer, sich nicht nach Bendery zu begeben. Gleichzeitig setzten sich auch in Tiraspol' Angehörige von »Arbeitereinheiten« in den Betrieben und OSTK-Aktivisten in Bewegung, um in Bendery gegen eventuelle Aktionen der Volksfront vorzugehen. Die große Mehrheit der Demonstranten von Varnica ging nach der Kundgebung einfach nach Hause. Ein kleiner Teil stieß an der Kreuzung der Wege ins Stadtzentrum und nach Tiraspol' an der Brücke über den Dnjestr auf PMR-Anhänger aus Tiraspol', die den Weg ins Zentrum von Bendery blockierten. Berichtet wird von Rangeleien, größere Auseinandersetzungen blieben aber aus. Der Staatsanwalt, der die Vorfälle im Nachhinein untersuchte, sprach neben Faustschlägen von »Beleidigungen, darunter einige in Erwähnung der Nationalität der am Vorfall Teilnehmenden«.¹³⁶ An den Gebäuden der städtischen Verwaltung von Bendery blieb die alte Flagge der MSSR hängen.¹³⁷

135 »Compatrioți, să demonstrați tuturor că Tighina a fost, este și va rămâne oraș românesc.« *Literatura și Arta*, 17.5.1990, S. 2.

136 »[O]skorblenija, v tom čisle s upominaniem nacional'nosti učastvovavšich v incidente.« Čto proizošlo v Benderach? Interview mit V.G. Mel'nik, in: *Sovetskaja Moldavija*, 27.5.1990, S. 3.

137 Chudjakov, V.: Trevožnoe voskresen'e. Sluchi i fakty, in: *Sovetskaja Moldavija*, 22.5.1990, S. 3; Pologov, G.: »Opravdannye dejstvija«, in: *Dnestrovskaja Pravda*, 31.5.1990, S. 1; Kondratovič, D.: Glazami očevidca. Varnica i Bender, 20 Maja, in: *Dnestrovskaja Pravda*, 24.5.1990, S. 1.

Als starker Mann in der Stadt erwies sich bei diesen Ereignissen erneut Gimn Pologov. Der Direktor des Industriestoffproduzenten *Elektrofarfor* gehörte seit dem Streik und der Gründung der ersten Organisationen des Dnjestr-Separatismus zu dessen Führungskräften. 1989 war er zum Vorsitzenden des Stadtsowjets aufgestiegen und damit nach dem Parteisekretär zum zweitmächtigsten Mann der Stadt. Er stellte sich von Beginn an hinter die Ausstände in Tiraspol', setzte in seinem Betrieb die Arbeitsniederlegung durch und forcierte auf städtischer Ebene die Unterstützung für die Protestbewegung gegen die moldauischen Sprachgesetze.¹³⁸

Wie andernorts entwickelte sich die Gewalttätigkeit des Konflikts aus dem Versuch der PMR-Strukturen heraus, die exekutiven Staatsorgane und die Justiz unter ihre Kontrolle zu bringen. Im Dezember beschloss der Stadtsowjet die Einrichtung einer städtischen Miliz und sprach der moldauischen Polizei die Berechtigung ab, in der Stadt zu agieren. Diesen Beschluss versuchte vor allem die Proto-Armee der PMR, die »Republikanische Garde«, umzusetzen. Die doppelten Staatsstrukturen bekämpften sich also bereits einige Monate mit geringer Intensität, bevor der Konflikt am 19. Juni 1992 eskalierte. An diesem Tag wurde eine Polizeieinheit bei dem Versuch, einen Offizier der Republikanischen Garde zu verhaften, mutmaßlich von Mitgliedern der Garde beschossen – das gilt als Auslöser der Offensive der moldauischen Seite und des Versuchs, Bendery einzunehmen.¹³⁹

In den wenigen Kriegstagen in Bendery (der Höhepunkt der Eskalation fand zwischen dem 19. und dem 23. Juni statt) waren die Befehlskompetenzen zwischen der PMR-Führung in Tiraspol' und den lokalen Strukturen in Bendery sowie innerhalb der städtischen Organe unklar verteilt. Die Entscheidungsprozesse verliefen chaotisch und waren dominiert von infor-

138 Im September 1991 gehörte Pologov zu jenen Spitzenpolitikern der Dnjestr-Republik, die gemeinsam mit Smirnov durch den moldauischen Geheimdienst inhaftiert wurden. (Andreeva, *Ženščiny Pridnestrov'ja*, S. 5). In der Folgezeit fiel der Stadtsowjetvorsitzende allerdings bei den Hardlinern der transnistrischen Bewegung wegen seiner relativ gemäßigten Position in Ungnade – nicht zuletzt beim »Arbeiterkomitee« von Bendery. (Pologov *projavljaet sebja*, in: *Trudovoj Tiraspol'*, 8.4.1992, S. 2; Nikolaenko, A.: *Prošlo piketirovanie*, in: *Dnestrovskaja Pravda*, 4.4.1992, S. 1) Zur neu eingeführten Direktwahl über den neu geschaffenen Posten eines »Bürgermeisters« (*mér*) stellte das Arbeiterkomitee einen Gegenkandidaten gegen Pologov auf: den stellvertretenden Sowjet-Vorsitzenden Vjačeslav Kogut, der mit einem Anti-Privatisierungsprogramm über 80 Prozent der Stimmen gewann. (Machodov, D.: *Vybrali Méra*, in: *Dnestrovskaja Pravda*, 11.10.1991, S. 1)

139 Bericht des Rechtsschutzzentrums »Memorial«. Die massenhaften und schwerwiegendsten Verletzungen der Menschenrechte und die Lage in der Zone des bewaffneten Konflikts in der Stadt Bendery im Juni-Juli 1992, in: *Nezavisimaja Gazeta*, 22.9.1992, S. 4-5.

mellen personalisierten Beziehungen zwischen den machthabenden Eliten. In Bendery bildeten das städtische Exekutivkomitee (sprich die Stadtverwaltung), das Arbeiterkomitee (sprich die lokale Führung der Streik-/Autonomiebewegung) und das Kommando des Bendery-Bataillons der Republikanischen Garde die lokale militärisch-operative Führung. Theoretisch empfangen der Kommandant des Bataillons der Garde, Jurij Kostenko, Befehle aus Tiraspol' und hatte sich mit dem städtischen Exekutivkomitee abzustimmen. Den Beteiligten an den Kämpfen in Bendery zufolge funktionierten die Befehlsketten aber sehr schlecht. Die Kompetenzverteilung zwischen den drei lokalen Machtzentren war nicht klar geregelt. Die Vorgaben des »Verteidigungsrats« in Tiraspol' waren oft unrealistisch, zumal versprochene Waffenlieferungen und Truppennachschub ausblieben. Mehrfach fiel die Telefonverbindung aus, sodass zeitweise gar keine Kommunikation mit Tiraspol' möglich war.¹⁴⁰

Außerdem stellen die Augenzeugen den Kommandeur »*Kombat*« Kostenko als selbstherrlichen Choleriker dar, der sich nicht an die Befehlshierarchien hielt und sich weder von Tiraspol' noch von den lokalen politischen Autoritäten etwas sagen ließ.¹⁴¹ Mit Hilfe seiner bewaffneten Einheit ergriff der Kommandeur zeitweise die politisch-militärische Entscheidungsgewalt in Bendery. Im Zuge der Eskalation des Konflikts in der Stadt gewannen Kostenko und seine Einheit an Unabhängigkeit von der befehlsgebenden »Republikanischen Verwaltung für Verteidigung« in Tiraspol' und der städtischen Obrigkeit in Bendery. Nach einem Anfang Juni 1992 ausgehandelten Waffenstillstand, der den vollständigen Rückzug aller Bewaffneten aus Bendery vorsah, blieb der Feldkommandant mit 300 Mann in der Stadt.¹⁴² Kostenkos Einheit hielt sich auch bei weiteren Abkommen nicht an die Waffenruhe und feuerte laut Presseberichten auch auf Verbände der transnistrischen Seite, um den Konflikt am Laufen zu halten. Kostenko und seine Einheit hatten ein eigenständiges Interesse an Eskalation und Fortsetzung des

140 Safonov, V parlamente Moldovy, S. 112; Volovoj, Krovavoe leto v Benderach.

141 Der langjährige Berufssoldat Jurij Kostenko kam nach einem mehrjährigen Einsatz in Afghanistan 1989 nach Tiraspol' und kommandierte ein Fallschirmjäger-Bataillon der 14. Armee. Bereits ein Jahr später wurde er aber entlassen – die Kostenko-Chronisten streiten sich darüber, ob aus psychisch-gesundheitlichen Gründen oder wegen seiner Ausfälligkeiten. (Bergman, Na ringe epochi., S. 155-156) Im Dezember 1991 konnte der 1952 geborene Afghanistan-Veteran in seine Funktion als Kommandeur zurückkehren, wenn auch in die Armee eines neuen Staates. Das Arbeiterkomitee in Bendery und die PMR-Führung machten ihn zum Kommandanten des Bataillons der »Republikanischen Garde« in Bendery.

142 Bericht des Rechtsschutzzentrums »Memorial«.

Krieges. Sie profitierten wohl von Waffenhandel, Plünderungen und einer Zusammenarbeit mit lokalen »Mafia«-artigen Strukturen in Bendery.¹⁴³

Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen in Bendery am 22. Juni 1992 setzte Kostenko gegen den Willen einiger städtischer Politiker den Rückzug der Garde und der Freischärler durch, weil die lange erwartete Unterstützung aus Tiraspol' mit Waffen und Personal ausgeblieben war. Während sich die politischen Machthaber der Stadt unter die Obhut der 14. Armee begaben, die sich in der alten osmanischen Festung am Rande von Bendery niedergelassen hatte, zog Kostenko mit seinem Bataillon bis vor das Parlament in der 60 Kilometer entfernten Hauptstadt Tiraspol' und stellte der PMR-Regierung ein Ultimatum auf die Herausgabe von Waffen. Am folgenden Tag kehrten die transnistrischen Truppen nach Bendery zurück – das Drohpotential der 14. Armee hatte ausgereicht, um eine Einnahme der Stadt durch die Moldauer zu verhindern.¹⁴⁴

143 Jurij Kostenko wurde auch die Verantwortung für den Beschuss der Polizeieinheiten am Beginn der Eskalation am 19. Juni 1992 zugeschrieben. Der Sowjetvorsitzende Kogut beteuerte vor dem moldauischen Innenminister, dass der Garde-Kommandeur Kostenko den Befehl erhalten habe, das Feuer einzustellen, aber nicht entsprechend reagiere. Kostenko dagegen berief sich im Nachhinein auf Befehle des Kommandeurs der PMR-Garde Ștefan Kițak. (Troebst, Separatistischer Regionalismus, S. 203; Nezavisimaja Gazeta, 18.7.1992, S. 3; Nezavisimaja Gazeta, 22.7.1992, S. 3; Bericht des Rechtsschutzzentrums »Memorial«)

144 Volovoj, Krovavoe leto v Benderach, S. 98-106. Für Kostenko zahlte sich seine Rolle im Krieg letztendlich nicht aus. Nach dem Kriegsende wurde er am 16. Juli 1992 zunächst verhaftet und wenige Tage später unter ungeklärten Umständen getötet. Die in der Presse verbreitete offizielle Version seines Todes war, dass er bei einer Überführung von Unbekannten erschossen worden sei. Offiziere dementierten eine Beteiligung von Spezialeinheiten der 14. Armee – Kostenko habe sich in den Händen der PMR-Miliz befunden. (Nezavisimaja Gazeta, 18.7.1992, S. 3; Ubijstvo polkovnika Kostenko, Nezavisimaja Gazeta, 22. 7. 1992, S. 3; Prichodko, Natalija: Pridnestrovskij kombat ljubil streljat v ščėku, Nezavisimaja Gazeta, 25.7.1992, S. 1, 3; Bericht des Rechtsschutzzentrums »Memorial«; Polušin, Vladimir: Bitvy Generala Lebedja. Zapiski Ssoratnika. V dvuch knigach, kniga pervaja, Moskau 2005) Die Bewertung der Rolle Kostenkos im Krieg und bei der Staatsgründung ist unter den PMR-Aktivisten umstritten. Während beispielsweise die Anführerin der »Frauenstreikkomitees« Galina Andreeva Kostenko als wichtige Figur ehrt, sehen gemäßigte Kräfte der transnistrischen Bewegung in ihm einen selbstherrlichen Kriegsgewinnler. Igor' Smirnov bewertet in einem Interview die Rolle Kostenkos als anfänglich positiv und später sehr negativ. (Volovoj, Krovavoe leto v Benderach, S. 143-144) Um den Tod Kostenkos ranken sich wilde Gerüchte, bis hin zu Verschwörungstheorien, dass Kostenko noch am Leben sei und womöglich von General Lebed' in geheimer Operation aus der Region gebracht worden sei. (Andreeva, Žėnščiny Pridnestrov'ja, S. 186-187; Cholodjuk, O generale, S. 52)

Der Kleinkrieg um Bendery bestand nicht nur aus einem in Zentralen gesteuerten strategischen Territorialkrieg, sondern auch aus lokalen Machtkämpfen. Auch hier war der zentrale Konfliktgegenstand die Kontrolle über die Polizei und die Exekutivorgane. Dabei agierten die lokalen Strukturen mit einem hohen Maß an Selbstständigkeit. Den Kampf um die Kontrolle der Stadt entschieden aber letztendlich Einheiten der 14. Russländischen Armee. Ihr Eingreifen gab dem Krieg eine Wende zugunsten der bis dahin desolat agierenden transnistrischen Kräfte. Die Einheiten der Armee unterstützten damit lokale politische Strukturen, die in einem Machtkampf um die Staatsorgane in Bendery standen, den sie aus eigener Kraft nicht gewonnen hatten. Die Macht in der Stadt Bendery blieb bis zur Abwahl Smirnovs im Dezember 2011 in den Händen des Personals des Arbeiterkomitees, auch wenn diese städtische politische Elite untereinander und mit Tiraspol' in einer konfliktreichen Machtkonkurrenz stand.¹⁴⁵

Kleinstädte und ländliche Gegenden: Dubossary und Grigoriopol'

Wie auch in den Großstädten lassen sich die Parteinahmen in ländlichen Gegenden, Rayons, Dörfern und Kleinstädten nicht einfach aus wirtschaftlichen Voraussetzungen oder gar einer »ethnischen Zusammensetzung« ableiten. Die konkreten lokalen Ausprägungen von Machtstrukturen und der Ausgang von Machtkämpfen führten stattdessen zu sehr unterschiedlichen Verläufen des Konflikts. Eindeutig war die transnistrische Bewegung in den ländlichen Gebieten aber insgesamt schwächer als in den Städten. Mobilisierungsereignisse erreichten nicht denselben Umfang wie in Tiraspol', Rybnica und Bendery bzw. fanden vielerorts gar nicht erst statt. Die Unabhängigkeitsreferenda konnten in einigen Dörfern nur mit starker Gegenwehr durchgeführt werden und so war die Wahlbeteiligung auch nach den Angaben der Veranstalter geringer als in den Städten. Die Rekrutierung von Aktivisten und später Soldaten auf dem Land hielt sich in Grenzen. In manchen Dörfern passierte während der Neuformierung der PMR und des Krieges buchstäblich nichts.¹⁴⁶ In anderen Dörfern des Rayons Dubossary und mit Abstrichen in Grigoriopol' und Slobodzeja waren die politischen Auseinandersetzungen besonders heftig und wurden letztendlich wie in Bendery mit Gewalt ausgetragen. Dort stand der relativen Schwäche der PMR-Anhän-

¹⁴⁵ 2007 wurde der 1991 schon einmal gewählte Vjačeslav Kogut erneut zum Oberhaupt der Stadtverwaltung ernannt. (Nichtoffizielle) Internetseite des Präsidenten der PMR. Personen der Staatsverwaltung, unter: <http://president-pmr.org/category/120.html> [zuletzt geprüft am 25.2.2015]

¹⁴⁶ Chamberlain-Creangă, *Transnistrian People*, S. 125.

ger eine Stärke von Chişinău-treuen Institutionen oder der Moldauischen Volksfront gegenüber, sodass der Konflikt – anders als in den Hochburgen der Bewegung – zwischen ähnlich starken Parteien eskalierte.

In vielen Dörfern des Dnjestr-Tals sind die Moldauisch-Sprecher in großer Mehrheit und Moldauisch ist die vorherrschende Alltagssprache.¹⁴⁷ Es leuchtet ein, dass die Kampagne gegen die Sprachgesetze aus Chişinău, die das Moldauische aufwerten und die russische Sprache einhegen sollten, in solchen Kontexten in geringerem Maße fruchtete. Trotzdem wäre die Vorstellung von homogenen Dorfgemeinschaften als kollektiven Akteuren, die sich gegen die russischsprachige PMR wehrten, falsch. Auch die Dörfer waren durchzogen von den hierarchischen Herrschaftsstrukturen der staatlichen Institutionen und den allgemeinen Produktionsverhältnissen der Ökonomie. Die politischen Loyalitäten und die Möglichkeiten zu politischem Handeln waren von diesen Strukturen geprägt. Eine wichtige Rolle spielten die lokalen Machthaber: Kolchos- oder Betriebsleiter, Dorfsowjetvorsitzende und Parteisekretäre. Bezog der Kolchosleiter gegen oder für die Neugründung einer PMR Position, hatten die Kolchosangehörigen einen eingeschränkten Spielraum, sich dazu zu verhalten. Polizeieinheiten waren Vorgesetzten in Chişinău unterstellt und mitunter gleichzeitig dem Druck der PMR-Anhänger vor Ort ausgesetzt.

Zudem waren die politischen und ökonomischen Strukturen auf dem Land auf spezifische Art und Weise mit städtischen Strukturen verflochten. Einige Landwirtschaftsbetriebe fungierten direkt als Versorger bestimmter Städte. Viele Kolchosen hatten eine enge Anbindung an die weiterverarbeitenden Betriebe in der nächsten Stadt, beispielsweise waren Konservenfabriken oft Komplettabnehmer der Produktion von Landwirtschaftsbetrieben.¹⁴⁸ Auch die großen Industriebetriebe in Tiraspol' und Rybnica, deren

¹⁴⁷ Ebd., S. 116.

¹⁴⁸ Agrarnyj cech goroda, Interview mit dem Direktor der Sowchose »Moldavija« N. P. Kriman, in: Dnestrovskaja Pravda, 24.9.1988, S. 1. Die in dem Interview dargestellte Geschichte der Sowchose »Moldavija« und des Dorfes Kremenčug ist ein interessantes Beispiel für die Stadt-Land-Beziehungen und ihren Einfluss auf den Territorialkonflikt. Demnach war es die Republik-Regierung der MSSR, die die Sowchose in Kremenčug 1988 dem weiterverarbeitenden Betrieb »1. Mai« in Tiraspol' als Produktionseinheit angliederte. Mit diesem Schritt wurde auch die gesamte politische Verwaltung des Dorfes (Partei und Exekutivkomitee) den städtischen Strukturen unterstellt – Kremenčug wurde Teil von Tiraspol'. Die Sowchose lieferte ihr Gemüse fortan direkt an die Stadt. Während der Streikbewegung im Sommer 1989 halfen Arbeiter von Industriebetrieben in Tiraspol' bei der Ernte. (Ėlektromaševcy na uborku urožaja, in: Bastujuščii Tiraspol', 16.9.1989, S. 1) Das westlich des Dnjestr gelegene und einige Kilometer von Tiraspol' entfernt liegende Dorf gehört heute weiterhin zur Hauptstadt der PMR. Das in der Sowjetunion eta-

eigentliche Bestimmung nicht die Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Güter war, hatten eigene Versorgungssparten aufgebaut. Dafür unterhielten sie Patronage-Beziehungen zu einzelnen Kolchosen und bauten in den Jahren um 1989 weitere firmeneigene Landwirtschaftsbetriebe auf. Im Zuge der Perestrojka-Reformen wurden die »Patenbeziehungen« (*šefskie svjazi*) zwischen Landwirtschaftsbetrieben und Städten bzw. Industriebetrieben, in denen beide Seiten sich vertraglich zur Zusammenarbeit verpflichteten, ausgebaut.¹⁴⁹ Solche spezifischen Verbindungen und daraus entspringende Hierarchien hatten enormen Einfluss auf die politische Loyalität der Betriebsleiter und der Beschäftigten. So befanden sich auch die Eliten in den Dörfern in einer Situation enger Handlungsspielräume.

Viele der Mobilisierungseignisse auf dem Land wurden von externen Akteuren dominiert, angereiste Aktivisten organisierten Kundgebungen und agitierten Dorfbewohner, paramilitärische Verbände beschossen Polizeistationen und politische Funktionäre aus den Großstädten organisierten Referenda. Anzunehmen, dass die Parteinahme von Dorfbewohnern im Territorialkonflikt um das Dnjestr-Tal vorrangig von Sprache oder Nationalität bestimmt war, wäre eingedenk dieser Strukturen und Entwicklungen irreführend. Die lokalen Machtkämpfe verschiedener Institutionen und Organisationen, aus denen der Transnistrien-Konflikt auch auf dem Land bestand, wird im Folgenden anhand zweier Bezirke (Rayons) illustriert.

Dubossary

Die zwischen Tiraspol' und Rybnica gelegenen Rayons Dubossary und Grigoriopol', mit den gleichnamigen Kleinstädten als Zentrum, waren stark umkämpft. Nach Bendery waren die Dörfer um Dubossary der am stärksten betroffene Kriegsschauplatz. Auch in der Kreisstadt von Dubossary kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit mehreren Toten. Im Resultat des Krieges hat sich der Rayon geteilt: Die Kleinstadt und die Gebiete östlich der Trasse von Tiraspol' nach Rybnica werden heute von der PMR kontrolliert, Chişinău konnte die Dörfer in zwei Flussbiegungen am Ostufer (aber westlich der Landstraße) behaupten. Die westlich des Dnjestr gelegenen Teile des Rayons blieben unumstritten unter der Kontrolle der Republik Moldova.

blierte institutionelle Arrangement und die damit verbundenen Machtbeziehungen kanalisieren die Parteinahme des Landwirtschaftsbetriebs und der Bewohner des Dorfes in dem späteren Konflikt.

¹⁴⁹ »Zaboty sela – zaboty goroda«, Dnestrovskaja Pravda, 15.7.1989, S. 3.

Aktivisten der transnistrischen Bewegung vermuten strategische Gründe hinter der Eskalation des Konflikts im Rayon Dubossary. Sie sind sich sicher, dass Chişinău mit dem Versuch, Dubossary unter seine Kontrolle zu bringen, bestrebt war, die PMR in zwei Teile zu spalten.¹⁵⁰ Diese strategische Seite des Konflikts beschreibt aber nur einen Teil der Situation. Vor Ort hatte sich der Konflikt längst angebahnt: Sonderpolizeieinheiten und Freischärler aus Chişinău kamen keineswegs in eine bis dahin völlig friedliche, pro-sowjetisch gesinnte Gegend. Die lokalen staatlichen Strukturen waren im Streit bereits zerfallen und durch die Versuche der PMSSR-Anhänger, einen eigenen Staatsapparat aufzubauen, war in Exekutive und Judikative stellenweise eine Doppelstruktur entstanden. Um die Kontrolle über diese staatlichen Strukturen wurde letztendlich gekämpft. Die direkt der Regierung in Chişinău unterstehende Sonderpolizei lag im Konflikt mit der lokalen Abteilung des Innenministeriums und dessen kommunalen Polizeiformationen, die sich selbstständig machten und gegen die ihnen übergeordnete Behörde in Chişinău stellten. Die lokale KP-Führung um das Bezirkskomitee (*rajkom*) versuchte eine neutrale Mittlerrolle einzunehmen und blieb zu PMR-Anhängern wie zu Volksfront-Anhängern auf Distanz. Mit der zunehmenden Eskalation der Auseinandersetzungen führte das vor allem dazu, dass die Partei ihre aktive Rolle einbüßte und der Konflikt sich in den lokalen Parteiorganisationen fortsetzte. Der Bezirks-Sowjet und die zugehörige Verwaltung unterstützten mehrheitlich den Kurs der MSSR-Regierung, während die städtischen Machtorgane die Autonomiebewegung unterstützten. Die Stadtverwaltung und der lokale Sowjet versuchten, Dörfer in ihren Zuständigkeitsbereich hineinzuziehen, und ebenso setzten Aktivisten der transnistrischen Bewegung die Polizei unter Druck, sich der PMR zu unterstellen – letztendlich mit Waffengewalt.¹⁵¹

Nachdem in Tiraspol' und Rybnica im Sommer 1989 die Streiks begonnen hatten, entwickelte sich in Dubossary langsam Unterstützung für deren politische Forderungen. Einige wenige Betriebe gingen selbst in den Ausstand. In der 20 000-Einwohner-Stadt herrschten Fabriken der Leichtindustrie und Sektoren, die der Landwirtschaft zuarbeiteten, vor. Das Streikkomitee führten (auch hier) Direktoren und Ingenieure der Betriebe an. Vladislav Finagin, bis dahin Direktor der Maschinenbaufabrik *Sčëtmaš*, die eine Filiale des gleichnamigen Chişinăuer Maschinenbaukombinats¹⁵² war, und Aleksandr

150 Z. B. Interview mit I. D., Rybnica, 29.3.2008.

151 Rudenko, Dubossary, S. 110-122; Fëdorov, Ju.: Raskolu – net, edinstvu – da. Zametki s sovместnogo plenuma rajkoma partii i kontrol'no-revizionnoj komisii Duběsarskoj rajonnoj partorganizacii, in: Sovetskaja Moldova, 13.12.1990, S. 2.

152 Das Mutterkombinat Sčëtmaš in Chişinău beteiligte sich ebenfalls am Streik. Auch

Porožan, Ingenieur einer weiteren Maschinenbaufabrik, wurden die Vorsitzenden des Streikkomitees. Von dieser Position aus errangen sie auch die zentralen Machtpositionen der Stadt: 1991 wurde Finagin zum Vorsitzenden des Exekutivkomitees und Porožan zu seinem Stellvertreter gewählt.¹⁵³ Die lokale Abteilung des OSTK, respektive des Streikkomitees, hatte schließlich auch in Dubossary seit den Wahlen im Frühjahr 1990 eine große Mehrheit im Stadtsowjet inne und konnte so Ämter nach ihrem Gusto besetzen. Mit dieser Mehrheit schafften es die OSTK-Anhänger im August 1990 auch, ein Autonomie-Referendum in der Stadt durchzusetzen. Die Organisatoren vermeldeten über 90-prozentige Ergebnisse für die Formierung der Autonomie und gegen die Trikolore, bei einer Wahlbeteiligung von 75 Prozent.¹⁵⁴

Im Herbst 1990 kam es erstmals zum Zusammenstoß zwischen den zentral-staatlichen Strukturen und den im Streik neu formierten politischen Kräften. Am 1. November mobilisierte der OSTK-Anhänger zu einer Demonstration im Stadtzentrum und forderte die Polizei auf, sich der zwei Monate zuvor ausgerufenen Dnjestr-(Sowjet-)Republik zu unterstellen. Aus Chişinău wurden Polizeieinheiten nach Dubossary verlegt, was auf verstärkten Protest der PMSSR-Anhänger stieß. Am 2. November bedrängten die Demonstranten die Polizeistation, die Polizei schoss und tötete drei Menschen.¹⁵⁵ Dieses Ereignis markiert den Beginn der gewalttätigen Auseinandersetzungen um das Dnjestr-Tal.

Im Vorfeld der Eskalation des Konflikts fand geradezu ein Wettrennen zwischen Chişinău und den Separatisten um die politische Oberhoheit in den Dörfern statt. Die Konfliktkonstellation zwischen den kommunalen politischen Strukturen von Stadt und Rayon führte dazu, dass der Transnistrien-Konflikt an den Rändern von Dubossary als Konflikt um die administrative Unterordnung von Dörfern ausgetragen wurde. Die Anhänger der Dnjestr-Republik wollten eine Erweiterung des Stadtgebiets, die Chişinău-treuen Kräfte wollten eine Unabhängigkeit von der Stadt und eine Unterordnung unter die Bezirksverwaltung. In diesem Kampf um die Loyalität der Dörfer köderte die Stadtadministration Rentner aus den Dörfern mit einem Aufschlag auf die Pensionen (zur Milderung der Folgen der rasanten Preissteigerungen). Die PMR-freundlichen Funktionäre von Dubossary wollten damit die Renten aus dem Kompetenzbereich der Bezirks-

hier zeigt sich eine die Linien des späteren Territorialkonflikts überschreitende Wirkung von institutionellen Hierarchien.

153 Rudenko, Dubossary, S. 81-92; Volkova, Gorjačee leto 1989, S. 135.

154 Referendum v Dubossarach, in: Dnestrovskaja Pravda, 14.8.1990, S. 1.

155 Ermakova, L.: Dubossarskaja tragedija: Streljali v každogo iz nas, in: Dnestrovskaja Pravda, 12.11.1990, S. 1-3; Bericht des Rechtsschutzzentrums »Memorial«, S. 4.

verwaltung in die städtische Verwaltung ziehen und sich damit Gebietszuständigkeiten erkaufen.¹⁵⁶

Besonders umkämpft war der im Süden von Dubossary gelegene Ort Lunga. Der Korrespondent der *Dnestrovskaja Pravda* benannte offen, welche strategischen Interessen die Dnjestr-Separatisten an der Volksabstimmung sowie an der administrativen Neuordnung hatten:

Wenn Lunga die Einflussphäre der Volksfront-Führung verlässt, wird das unserer Meinung nach zu einem mächtigen Katalysator der zentrifugalen Bewegung in den Nachbardörfern, die noch nach Chişinău orientiert sind.¹⁵⁷

Die Volksfront mobilisierte im Oktober 1990 zu einer großen Kundgebung, wie in Chişinău unter dem Rubrum »Nationale Versammlung«, die PMR-Aktivistinnen schafften es im Frühjahr 1992 dagegen, eine Volksabstimmung im Dorf durchzuführen, an dem sich nach Angaben der Veranstalter eine knappe Mehrheit der Wahlberechtigten beteiligte. Von den Wählern stimmte wiederum eine große Mehrheit dafür, den Dorfsowjet dem Stadtsowjet von Dubossary zu unterstellen, aber nicht für eine Eingliederung Lungas in die Stadt.¹⁵⁸

Im Frühjahr 1992 entwickelte sich der politische Konkurrenzkampf um die Dörfer südlich und nördlich von Dubossary zu einem Stellungskrieg der Polizeieinheiten der unterschiedlichen Institutionen und ihrer jeweiligen aus Chişinău bzw. Tiraspol' entsandten Unterstützer. Besonders umkämpft war die Kaserne der 14. Armee in Kočery, die von moldauischen Polizeieinheiten eingenommen wurde. Freischärler des Dnjestr-Separatismus versuchten das Gelände und die darin befindliche Ausrüstung zurückzugewinnen. Andernorts feuerten die Kombattanten scheinbar ziellos in die Dörfer hinein. Letztendlich behielten die PMR-Kräfte in Dubossary und in der unmittelbaren Umgebung die Oberhand, die Einheiten der Republik Moldova hielten diejenigen Dörfer des Rayons am östlichen Ufer, die in zwei durch scharfe Flussbiegungen gebildeten Taschen liegen.¹⁵⁹

156 Atamanenko, A.: Sytyj golodnogo ne razumeet, in: *Dnestrovskaja Pravda*, 26.11.1991, S. 1.

157 »Uchod Lungi iz sfery vlijanija narodnofrontovskogo rukovodstva, po našemu mneniju, stanet moščnym katalizatorom centrobežnogo dviženija v sosednich sělach, eščë orientirujuščichsja na Kişiněv.« Atamanenko, A.: Proryv v Lunge, in: *Dnestrovskaja Pravda*, 22.2.1992, S. 1. Nach dem Kurzkrieg im weiteren Jahresverlauf kam das Dorf dann unter Kontrolle der PMR-Verwaltung. Der Streit über die Zugehörigkeit zur Stadt schwelte jedoch weiter.

158 Atamanenko, A.: Proryv v Lunge, in: *Dnestrovskaja Pravda*, 22.2.1992, S. 1.

159 14-ja Armija Rossii vydvinulas' na boevye pozicii v Pridnestrov'e, in: *Nezavisimaja Gazeta*, 21.5.1992, S. 1, 3; Bericht des Rechtsschutzzentrums »Memorial«.

Grigoriopol'

Das Markieren von Territorium war einer der zentralen Inhalte der Mobilisierungsereignisse der separatistischen Bewegung im Dnjestr-Tal. Der Flaggenstreit im Frühsommer 1990 um die Einführung der rumänischen Trikolore als neuer Staatsflagge der SSR Moldova wogte durch die Dörfer und Städte der umstrittenen Rayons. In der Kreisstadt Grigoriopol', eine Kleinstadt mit 10 000 Einwohnern und einer kleinen weiterverarbeitenden Industrie für landwirtschaftliche Produkte, überraschten PMR-Gegner respektive Volksfront-Anhänger zu Beginn der Ersten-Mai-Feierlichkeiten mit einer kreativen Aktion. Als sich die Kundgebungsteilnehmer versammelten, mussten sie feststellen, dass nicht nur auf dem Schornstein der Konservenfabrik, auf der Dienststelle der Polizei und auf den Gebäuden von Justiz und Staatsanwaltschaft die neue Flagge gehisst worden war – Unbekannte hatten auch die Türen des Exekutivkomitees des Rayon-Sowjets und die Tribünen für die Erste-Mai-Kundgebung in blau-gelb-rot gestrichen.¹⁶⁰ Für die Kundgebungsorganisatoren und viele der Teilnehmer, für die die Farben der rumänischen Trikolore mit der Erinnerung an die faschistische Besetzung während des Zweiten Weltkriegs verbunden war, bedeutete das eine schwere Provokation. Die Redner auf dem Podium riefen dazu auf, die Ruhe zu bewahren. Der OSTK-Vorsitzende von Grigoriopol' Vladimir Bodnar erklärte den Versammelten, hinter dem Vorfall stehe »nicht nur die Frage nach dem Verhältnis zur Trikolore, sondern die Frage nach der Macht im Rayon«.¹⁶¹ So zogen nach der Kundgebung einige Teilnehmer zum Gebäude der Polizei, die dem MSSR-Innenministerium unterstand. Sie begehrten Einlass, um die neue Fahne ab- und die alte wieder aufzuhängen, was der Berichterstattung zufolge zu kleineren tätlichen Auseinandersetzungen führte. Nachts wollen die PMR-Anhänger dann nach eigenen Angaben alle Trikolore-Fahnen aus dem Stadtbild beseitigt haben.¹⁶²

Hintergrund des Konflikts um Fahne und ersten Mai war auch hier die lokale Austragung des Gegensatzes zwischen verschiedenen Machtblöcken. Die lokale Innenministeriumspolizei blieb hier – anders als in Dubossary – loyal zu Chişinău. Dagegen baute die PMR-freundliche Stadtverwaltung 1990/91 aus den paramilitärischen »Arbeitereinheiten zur Unterstützung der Miliz« (*Rabočie otrjady sodejstvija milicii* – ROSM) eigene Polizei-Formationen auf. Dieser Konflikt schwelte über mehrere Jahre von 1990 bis 1992. Im April 1992 erklärte sich der den Dnjestr-Separatismus unterstützende Vorsit-

160 Alekseev, A.: K sobytijam v Grigoriopole, in: Dnestrovskaja Pravda, 6.5.1991, S. 3.

161 »[N]e prosto vopros ob otnošenii k trikoloru, a vopros o vlasti v rajone«, Alekseev, A.: K sobytijam v Grigoriopole, in: Dnestrovskaja Pravda, 6.5.1991, S. 3.

162 Ebd.

zende des Rayon-Sowjets Sergej Leont'ev per Dekret zum temporären Chef der Polizeidienststelle, um die Einheit offiziell unter PMR-Jurisdiktion zu überführen, was von der anderen Seite als ungesetzlich abgelehnt wurde.¹⁶³

Der Sowjetvorsitzende lag nicht nur mit der Polizei im Konflikt, sondern auch mit dem Exekutivkomitee (also der Stadtverwaltung im engeren Sinne). Dem sowjetischen kommunalen politischen System sind Kompetenzüberschneidungen zwischen den Organen des Exekutivkomitees und des Präsidiums des Sowjets inhärent – dieser Umstand bildete die institutionelle Struktur der Auseinandersetzung. In lauten Debatten im Stadtsowjet versuchten die Akteure beider Institutionen sich gegenseitig zu schwächen und überzogen sich mit Vorwürfen der Veruntreuung und des Amtsmissbrauchs. Letztendlich beschloss der Stadtsowjet, die beiden Organe in einer Verwaltung mit einem direkt zu wählenden Vorsitzenden zusammenzuführen, und löste damit diese konflikthafte Doppelstruktur auf.¹⁶⁴ Die neu eingeführte Direktwahl zum »Bürgermeister« von Grigoriopol' im Mai 1991 gewann der OSTK-freundlichere Kandidat Sergej Leont'ev.¹⁶⁵

In den Dörfern des Rayon Grigoriopol' war die Machtstellung der Separatisten deutlich schwächer als in der Kreisstadt. Der Rayon-Sowjet in Grigoriopol' hatte für alle Orte des Bezirks eine Volksabstimmung über den Beitritt zur PMSSR und über die (Nicht-)Anwendung der Trikolore als Hoheitszeichen beschlossen, aber eine starke Opposition der Dorfeliten erschwerte die angestrebte Durchführung von Referenda. In einigen Dörfern lag die Wahlbeteiligung nur nahe bei 50 Prozent, die Abstimmung wurde zum Teil erheblich behindert und musste stellenweise in beweglichen Wahllokalen durchgeführt werden. In vier Dörfern fanden die Abstimmungen überhaupt nicht statt.¹⁶⁶

163 Fisenko, Jakov: »Po sovesti, ne za rubli ...«, in: Alfer'eva, L. (Hg.), Slavy ne iskali. Sbornik vospominanij učastnikov sozdanija i stanovenija PMR, Bendery 2000, S. 110-112; K sobytijam v Grigoriopole, in: Dnestrovskaja Pravda, 13.12.1991, S. 1.

164 Kondorskaja, O.: Nas ne possorit! In: Dnestrovskaja Pravda, 25.9.1990, S. 1.

165 Izbran lider rajona, in: Dnestrovskaja Pravda, 24.5.1991, S. 1. Von dem engeren Kern der OSTK-Aktivisten wurde allerdings auch Leont'ev lange skeptisch beäugt, erst nach und nach erwies er sich als loyaler PMR-Unterstützer und schaffte im Regierungsapparat den Aufstieg zum Leiter der Präsidialadministration Smirnovs. Dagegen hatte die KP-Organisation nicht einmal mehr einen ernstzunehmenden Gegenkandidaten aufgestellt. Sie hatte ähnlich wie in den anderen Städten ab 1989 erheblich an machtpolitischem Boden verloren. Ihre ähnlich wie die der Parteiführung von Dubossary abwartende Position traf auf eine beständige scharfe Kritik von der OSTK-Seite. (Smirnova, È.: S kem vy, partijnij lider? Otkrytoe pis'mo pervomu sekretarju grigoriopol'skogo rajkoma partii P.I. Pojanu, in: Dnestrovskaja Pravda, 17.5.1991, S. 1)

166 Sobytaja v Grigoriopole, in: Dnestrovskaja Pravda, 2.10.1990, S. 1; Popov, G.:

Den Widerstreit dörflicher Eliten und die Abhängigkeit der ländlichen politischen Strukturen von den Städten verdeutlichen die Ereignisse im Dorf Butor. Der Vorsitzende der Wahlkommission, ansonsten Chef des »Sowjets der Veteranen des Kriegs und der Arbeit« im Dorf (also des lokalen Rentner- und Kriegsveteranenverbands), erklärte in einem Brief an die *Dnestrovskaja Pravda*, was aus seiner Sicht passiert war: Am Vorabend des geplanten Referendums seien der Leiter der Kolchose, der Vorsitzende des Dorfsowjets und der Parteisekretär von dem extra aus Grigoriopol' angereisten (pro-moldauischen) Vorsitzenden des Rayon-Exekutivkomitees (also der Leitung der Bezirksverwaltung) instruiert worden, das Referendum nicht zuzulassen. Auch der Veteranen-Verbandsvorsitzende selbst war zu dem Termin gebeten worden und vom Chef der Bezirksverwaltung gerüffelt worden, weil er die neue Staatsflagge abgehängt hatte. Die Troika der Dorfvorsteher habe dann am Tag der geplanten Abstimmung alle Wahlzettel eingeschlossen und den Ort verlassen, sodass das Referendum ausgefallen sei – so der PMR-freundliche Verbandsvorsitzende.¹⁶⁷ Einen Monat später versuchte die selbsternannte Wahlkommission erneut eine Abstimmung durchzuführen, dieses Mal mit großer Unterstützung aus Grigoriopol' und Tiraspol'. Aus der Kreisstadt hatte der Rayon-Sowjet einen Bus geschickt, der als Wahllokal dienen sollte. Nach der Darstellung der PMR-Anhänger trat der Dorfsowjetvorsitzende die Türen dieses Busses ein und packte den Rayon-Sowjet-Deputierten und OSTK-Vorsitzenden aus Grigoriopol' Vladimir Bodnar am Kragen.

Wie auch immer diese Geschehnisse im Einzelnen tatsächlich abliefen, drei Dinge werden an der Schilderung des Vorsitzenden des Veteranenverbands deutlich: Erstens gab es um die Volksabstimmungen in diesen Dörfern einen Konflikt, der deren Durchführung stark behinderte. Zweitens stellte sich ein erheblicher Teil der Dorfeliten gegen die Separationsbestrebungen. Drittens war die separatistische Bewegung im Dorf für die Durchführung von Mobilisierungsereignissen auf Hilfe von Aktivisten und Funktionsträgern aus den Städten angewiesen.

Der Konflikt um die politische Kontrolle der Dörfer war mit dem Jahr 1990 nicht beendet. Auch Präsidentschaftswahl und Unabhängigkeitsreferendum der PMR im Dezember 1991 wurden in denselben Dörfern unter prekären Umständen durchgeführt, waren heftiger Gegenwehr ausgesetzt

Grigoriopol'skij variant: kak nam žit' dal'se, in: *Dnestrovskaja Pravda*, 14.10.1990, S. 2.

¹⁶⁷ Počemu byl sorvan referendum v Butorach. Brief von G. P. Malachov, in: *Dnestrovskaja Pravda*, 6.10.1990, S. 1. Zur Situation in Butor und in den Dörfern, wo das Referendum nicht stattfinden konnte, siehe auch Tjurin, V.: »Samye zdorovyje sily ...«, in: *Dnestrovskaja Pravda*, 14.10.1990, S. 2; Radiola, A.: Grigoriopol'skij variant, in: *Dnestrovskaja Pravda*, 14.10.1990, S. 1-2.

und die Organisatoren konnten in einigen Dörfern erneut nur eine Wahlbeteiligung von gut 50 Prozent melden – trotz des Einsatzes mobiler Wahllokale.¹⁶⁸ Die gewalttätigen Auseinandersetzungen im Rayon blieben letztendlich aber begrenzt. Die bewaffneten Einheiten der Separatisten konnten im Frühjahr 1992 Polizeistationen übernehmen und die Chişinău-treuen Polizeikräfte vertreiben.¹⁶⁹ Letztendlich kam der Rayon unter die Kontrolle der PMR. Insgesamt war der Dnjestr-Separatismus in den ländlichen Regionen aber deutlich schwächer als in den Städten und in zahlreichen Dörfern konnte er sich – wie hier am Beispiel des Bezirks Grigoriopol' gesehen – erst nach größeren Konflikten durchsetzen.

6. Die Fabrik als Raum der Mobilisierung: die Bewegung in den Betrieben

Der transnistrische Separatismus entstand aus einer Streikbewegung. Die Bewegung begann in den Betrieben im Dnjestr-Tal, und ihr Führungspersonal kam aus den großen Industriekombinaten in Rybnica, Bendery und Tiraspol'. Um den sozialen Kontext des Separatismus im Dnjestr-Tal zu ergründen, werden im Folgenden die Machtverhältnisse in den Betrieben und die Voraussetzungen für den Transfer von Machtpositionen vom Betrieb in den Staatsapparat beschrieben.

Innerhalb der Ausstände waren die Großbetriebe eine Art Avantgarde. Für den hochrangigen PMR-Funktionär Boris Akulov spielte »das Kollektiv des MMZ in Rybnica die gleiche Rolle, die in Tiraspol' das Werk für Gussmaschinen Kirov spielte – die führende Rolle in der Streikbewegung«.¹⁷⁰ Diese führenden Großbetriebe, neben dem MMZ und dem Kirov-Werk ist noch Smirnovs Betrieb *Elektromaš* in Tiraspol' zu nennen, waren wirtschaftlich in ein UdSSR-weites System von Zulieferung, Produktion und Distribution eingebunden und unterstanden administrativ direkt der Moskauer Wirtschaftsbürokratie. Diese war in zahlreiche Branchenministerien aufgeteilt, die jeweils ihren Wirtschaftszweig kontrollierten.¹⁷¹

Die Betriebe der Leichtindustrie, wie die Textilwerke in Rybnica und Bendery, unterstanden den Branchenministerien der MSSR – also der Re-

168 Vozvraščajas' k referendumu i vyboram, in: Dnestrovskaja Pravda, 12.12.1991, S. 2.

169 Maslennikov, V.: Važnye podrobnosti, in: Dnestrovskaja Pravda, 4.3.1992, S. 1; Bendery: Obstreljana missija OON, in: Nezavisimaja Gazeta, 4.7.1992, S. 3.

170 »Kollektiv MMZ sygral v Rybnice tu že rol', čto v Tiraspole – zavod litejnych mašin im. Kirova – rol' lidera zabastovočnogo dviženija.« Zit. nach Volkova, Gorjačee leto 1989, S. 132.

171 Liste der sowjetischen Industrieministerien bei Aigner, Reformbestrebungen, S. 319-320.

publikebene. Auch die von ihnen produzierten Güter wurden aber in der gesamten Sowjetunion abgesetzt, sodass sie ebenfalls in den sowjetischen Wirtschaftskreislauf eingebunden waren. Aus diesen Betrieben, wie auch aus kleineren Betrieben im Zuständigkeitsbereich der jeweiligen Kommunalverwaltung, die Konsumgüter für den lokalen Markt herstellten, kamen viele Aktivisten. Die Unterstützung für die Ausstände war jedoch häufig umkämpft. Größere Teile der Belegschaften, (Teile der) Betriebsleitung oder das Parteikomitee stellten sich in verschiedenen Fällen gegen den Ausstand und später gegen die Autonomiebestrebungen. Die Situation unterschied sich also deutlich von jener in den Industriekombinaten von Tiraspol' und Rybnica, in denen durch die Betriebsleitung ein erheblicher Teil der Belegschaft für das Autonomie-Projekt mobilisiert werden konnte.

Umkämpfte Betriebe: Leichtindustrie und öffentliche Dienstleistungen

An der Mitarbeiterzahl gemessen, waren die größten Unternehmen der östlichen MSSR nicht die Schwerindustriekombinate, sondern zwei Textilbetriebe in Tiraspol': die »Produktionsvereinigung für Konfektion 40. Jahrestag des VLKSM [Komsomol]« (*Proizvodstvennoe švejnoe ob'edinenie imeni 40-letija VLKSM*) und die »Produktionsvereinigung für Baumwollstoffe« (*Proizvodstvennoe Chlopčatobumažnoe Ob'edinenie – PChBO*) mit ca. 10 000 Angestellten. Diese Betriebe sind Beispiele für die umkämpfte Situation in der Leichtindustrie hinsichtlich der Unterstützung der Streikbewegung. Die Textilfabriken unterstanden dem MSSR-Ministerium für Leichtindustrie. Das Ministerium wurde 1989 in den Staatskonzern *Moldlegprom* (Abkürzung für Moldauische Leichtindustrie) umgewandelt und sein bürokratischer Überbau als Abteilung für Leichtindustrie an das neu fusionierte moldauische Industrieministerium angegliedert. Die einzelnen Betriebe wurden schrittweise privatisiert: Zunächst pachteten Betriebsleitungen und Belegschaften die Fabriken von dem entstandenen Konzern, später wurden die Pachtbetriebe in Aktiengesellschaften umgewandelt. Auf wirtschaftliche Entscheidungen der Textilbetriebe hatten das Ministerium und seine bürokratischen Nachfolgeinstitutionen auf der einen Seite und der Konzern auf der anderen Seite jedoch mindestens bis Ende 1992 einen gewissen Einfluss.¹⁷² Auf die politische Haltung der Betriebsleitungen mag das eine Wirkung gehabt haben, sie gehörten nicht zu den Führungskräften und Initiatoren des Dnjestr-Separatismus wie die Direktoren der Schwerindust-

172 Švejniki – na arende, in: Dnestrovskaja Pravda, 05.08.1990, S. 1; Nacionalizm ne prinosit pribyli. Interview mit Sergej Manukjan, in: Dnestrovskaja Pravda, 27.11.1992, S. 2.

riebetriebe. Auf der anderen Seite waren die Betriebsleiter der Leichtindustrie in Tiraspol' aber durchaus auch keine Gegner der PMR. Selbst die Mitarbeiter des Ministeriums in Chişinău waren nicht notwendigerweise Gegner des Separatismus in der Dnjestr-Region, wie sich an dem Wechsel des Ministers an die Spitze der Konfektionsfabrik »40. Jahrestag des Komsomol« zeigt.

In dieser Fabrik war die Konfliktsituation um Streik und Separatismus besonders pikant. Die Belegschaft beteiligte sich am Streik und führende Propagandisten des Dnjestr-Separatismus kamen aus diesem Betrieb. Der Firmenpsychologe Dmitrij Kondratovič und der Ingenieur Vadim Lesničenko übernahmen die Pressearbeit des städtischen Streikkomitees in Tiraspol' und wurden dann Chefredakteure der Streikzeitung *Bastujuščij Tiraspol'* und später des OSTK-Blattes *Trudovoj Tiraspol'*. Diese Bewegungszeitungen und ihre Redaktion gehörten zum »radikalen« Flügel des Separatismus, in den Artikeln wurden auch gemäßigte Parteigänger der Bewegung scharf angegangen, ganz zu schweigen von denjenigen Amtsinhabern in politischen Institutionen und Betrieben, die sich nur zögerlich zu den Zielen des OSTK bekannten. So schossen die Angestellten des Betriebs auch auf die Direktorin des Betriebs, der sie vorwarfen, sich nicht entschieden zu positionieren.¹⁷³ Der Konflikt zwischen Betriebsleitung und den OSTK-Aktivisten ging so weit, dass Lesničenko und Kondratovič ihre Anstellung in der Konfektionsfabrik verloren.¹⁷⁴

Im Sommer 1990 übernahm Sergej Manukjan den Direktorenposten in diesem Betrieb. Auch der neue Direktor blieb im Kreuzfeuer der Kritik der Redakteure von *Trudovoj Tiraspol'*. Der Konflikt um seine Person und seine Position als Manager der Konfektionsfabrik wirft ein Schlaglicht auf den Zusammenhang zwischen der Auflösung der Wirtschaftsbürokratie und der Neustrukturierung der Eigentumsverhältnisse auf der einen Seite und dem Territorialkonflikt am Dnjestr auf der anderen Seite. Mit Manukjan wechselte kein Geringerer als der Minister für Leichtindustrie (und Mitglied des Zentralkomitees der KPM) von Chişinău nach Tiraspol'. 1989 war im Zuge der Wirtschaftsreformen aus dem Ministerium der Konzern *Moldlegprom* geworden und aus dem Minister der Präsident dieses Konzerns.¹⁷⁵ Als solcher setzte sich Manukjan mit Unterstützung seiner Vorgängerin an die

173 S kem vy, Valentina Sergeevna? In: *Bastujuščij Tiraspol'*, 28.8.1989, S. 1.

174 Alfer'eva, L.: Dmitrij Feodos'evič Kondratovič: »Ne mogu stojat' zatykom k boju....«, in: Alfer'eva, L. (Hg.), *Slavy ne iskali. Sbornik vospominanij učastnikov sozdanija i stanovlenija PMR*, Bendery 2000, S. 196-199; Šargorodskaja, G.: *Glavnoe – služenie pravda*, in: Alfer'eva, L. (Hg.), *On žizn' respublikie otdal. Sbornik statej D. F. Kondratoviča i vospominanij o něm*, Bendery 2003, S. 565-569, S. 567.

175 Von der Umwandlung dieses Ministeriums und Manukjans neuem Amt berichtete auch die *Pravda: Zajcev, N.: Vmesto Ministerstva*, in: *Pravda*, 28.7.1989, S. 1.

Spitze der Konfektionsfabrik »40. Jahrestag des Komsomol« in Tiraspol', die zu einer Tochterfirma des Konzerns geworden war. Dieser Quereinstieg von oben gefiel nicht allen im Betrieb. Eine leitende Angestellte warf dem neuen Direktor in der OSTK-Zeitung vor, sich die Textilfabrik gegen die Interessen der Belegschaft anzueignen, in Teile zu zerlegen und Familienmitglieder am Besitz zu beteiligen.¹⁷⁶ Auch mit dem radikalen Flügel der separatistischen Bewegung – und damit mit einem Teil der PMR-Staatsstrukturen – lag Manukjan im Konflikt. Die Exekutivorgane um das Staatssicherheitsministerium ermittelten gegen ihn wegen unerlaubter Kapitaltransfers ins Ausland und führten Razzien im Unternehmen durch.¹⁷⁷ Im Mainstream-Medium der PMR *Dnestrovskaja Pravda* war der Manager Manukjan dagegen höchst willkommen. In zahlreichen Interviews in der wichtigsten Zeitung der Region durfte er die Angriffe gegen seine Person zurückweisen und seine sozialliberal gefärbte unternehmerisch-marktwirtschaftliche Position darlegen.¹⁷⁸ Im Sommer 1990 verpachtete der Mutterkonzern *Moldlegprom* den Konfektionsbetrieb an dessen Betriebsleitung, ein übliches Verfahren zur Teilprivatisierung in dieser Periode der Transformation. Unter der Leitung von Manukjan wurde bis Ende 1992 aus der altehrwürdigen Textilfabrik »40. Jahrestag des Komsomol« die Aktiengesellschaft »Odema«, innerhalb des Finanz-Industrie-Komplexes ÈOLIS unter einem Dach mit Banken und Versicherungsgesellschaften. Die Leitung eines großen Teils der Tochterunternehmen übernahmen tatsächlich Familienmitglieder Manukjans.¹⁷⁹ Hier profitierte also ein Vertreter der MSSR-Elite aus Chişinău von seinem Wechsel nach Tiraspol', während die aktivistischen Teile der Belegschaft und der radikale Flügel der separatistischen Bewegung ihn bekämpften.

176 Antonova, S.G.: *Demokratija i ličnost' rukovoditelja*, in: *Trudovoj Tiraspol'*, 12.2.1992, S. 2.

177 Švejniky protestujut, in: *Dnestrovskaja Pravda*, 20.11.1992, S. 1. Angeblich wurde Manukjans Finanzkomplex von ehemaligen Soldaten der 14. Armee, die Lebed' in eine Security-Firma ausgegliedert hatte, gesichert. Damit würde sich das Unternehmen einpassen in eine allgemeine Konfliktlinie zwischen 14. Armee/Lebed' und »gemäßigten« PMR-Politikern und den radikaleren Kräften um das Ministerium für Staatssicherheit, OSTK und das Frauenstreikkomitee. (Kodrdjanu, *Dnestrovskij razlom*, S. 187)

178 Èkonomika ne dolžna stat' založnicej. Interview mit Sergej Manukjan, Generaldirektor von Odema, in: *Dnestrovskaja Pravda*, 22.2.1992, S. 1-2; Nacionalizm ne prinosit pribyli. Interview mit Sergej Manukjan – Präsident finansovopromyšlennoj korporacii »Èolis«, in: *Dnestrovskaja Pravda*, 27.11.1992, S. 2.

179 Švejniky – na arende, in: *Dnestrovskaja Pravda*, 5.8.1990, S. 1. Der Mutterkonzern behielt einen Anspruch darauf, Güter im Umfang von bis zu 50 Prozent der jährlichen Gesamtproduktion bei der Konfektionsfabrik zu ordern.

Die Baumwollstoff-Produktionsvereinigung PChBO war nach der Mitarbeiterzahl der größte Betrieb im Dnjestr-Tal. Die Belegschaft des Betriebs beteiligte sich im Sommer 1989 ebenfalls an dem Streik gegen die Sprachgesetze. Auch hier positionierte sich die Betriebsleitung nicht von Beginn an eindeutig. Zahlreiche Angestellte unterhalb der obersten Leitungsebene wurden Mitglieder in den Gremien von OSTK bzw. Streikkomitee. Unter den getöteten »Verteidigern der PMR« stellte das PChBO von allen Betrieben die zweitgrößte Gruppe. Aber wie in anderen Leichtindustriebetrieben trieb auch in diesem Falle der radikale Flügel des OSTK den Betriebsleiter Vilor Ordin vor sich her und warf ihm vor, sich nicht hinter die Streikbewegung gestellt zu haben. Die Streikzeitung *Bastujuščij Tiraspol'* berichtete gar, der Generaldirektor sei auf Beschluss des Streikkomitees für die Zeit des Streiks von seinem Amt suspendiert worden, woraufhin er sich erst auf die Seite der Streikenden gestellt habe.¹⁸⁰ Ordin konnte allerdings den Vorwurf der Illoyalität gegenüber der separatistischen Bewegung ausräumen und trat schon zur Wahl im Frühjahr 1990 zum Obersten Sowjet der MSSR als Kandidat des OSTK an. Auch seinen Posten als Generaldirektor des Baumwollkombinats konnte er halten und führte das privatisierte Nachfolgeunternehmen »Tiroteks«, das auch für den Weltmarkt produziert, in das neue Jahrtausend.¹⁸¹

Insgesamt betrachtet fanden die Streikbewegung und der Dnjestr-Separatismus durchaus auch in den Leichtindustrie- und Dienstleistungsbetrieben Unterstützung. Belegschaftsangehörige, Arbeiter, Ingenieure oder auch Betriebsleiter unterstützten die Streikmobilisierung und später die Autonomiebestrebungen. Anders als in den großen Schwerindustriekombinaten gab es jedoch meist keine umfassende top-down Mobilisierung unter Anleitung des Managements. Konflikte zwischen verschiedenen Ebenen der Betriebs-hierarchie prägten das Geschehen.

Die Großbetriebe der Schwerindustrie dagegen waren die sozialen Zentren des transnistrischen Separatismus. Im Folgenden werden die Ereignisse in zwei der wichtigsten Betriebe beleuchtet: im Moldauischen Metallwerk in Rybnica und in der Gussmaschinenfabrik Kirov in Tiraspol'.

180 So die Version der Streikzeitung: »Ja, tovarišči, s vami!« *Bastujuščij Tiraspol'*, 28.8.1989, S. 1.

181 Pozicija V.N. Ordin, in: *Dnestrovskaja Pravda*, 8.2.1990, S. 2; *Predvybornaja platforma OSTK*, in: *Dnestrovskaja Pravda*, 10.2.1990, S. 2; »Ja, tovarišči, s vami!«, in: *Bastujuščij Tiraspol'*, 28.8.1989, S. 1; *Ja verju v svoj kolektiv*. Interview mit Viktor Ordin, in: *Geroi našego vremeni, Tiraspol'* 2006, S. 42.

Das Moldauische Metallwerk in Rybnica

Eine der führenden Figuren des Dnjestr-Separatismus war der Betriebsleiter des »Moldauischen Metallwerks« in Rybnica, Anatolij Belitčenko. In seinem Betrieb waren die Machtverhältnisse eindeutig – die Fabrik stellte seine Machtbasis dar. Die betriebsinterne Medien-Öffentlichkeit inszenierte ihn als eine Art charismatischen Herrscher, als genaue Entsprechung des idealen sowjetischen Generaldirektors.¹⁸² In der Betriebszeitung *Rybnickij Metallurg* lobten ihn beispielsweise das Partei-, Gewerkschaft- und Komsomolkomitee: Er habe bei der Modernisierung des Werks alle »Kleingeister und Nörgler zu blamieren«¹⁸³ gewusst. Er sei ständig in allen Teilen der Fabrik unterwegs, kommuniziere mit den Arbeitskollektiven »streng, aber gerecht, hart gegenüber den Nachlässigen, wohlwollend gegenüber ehrlichen Arbeitern« und sei ein Vorbild für alle Betriebsangehörigen.¹⁸⁴ Die Rhetorik der Partei- und Gewerkschaftskomitees ließ keinen Zweifel daran, dass in der Betriebsöffentlichkeit Kritik an Entscheidungen der Betriebsleitung nicht erwünscht war.

Die Belegschaft hatte in den Betriebsstrukturen nicht die Möglichkeit, eigenständig zu handeln oder gar eine Opposition zu formieren.¹⁸⁵ Auch die

182 Zu den Vorstellungen von einem »guten« Betriebsleiter in der Sowjetunion, siehe Kapitel II.1.: Soviet Legacies, Machtverhältnisse im Betrieb.

183 »No ved' sumel že podnjat' kollektiv, posramit' maloverov i nytikov, čerez nevozmožnoe dostat' materialy – i vsě čtoby metallurģi polučili obeščannoje im v 1987 godu žil'ě.« Čelovek Dela, in: Rybnickij Metallurg, 29.1.1988, S. 1.

184 »Anatolij Konstantinovič [...] učit ljudej rabotat' (po principu »delaj, kak ja«); »strog, no spravedliv, surov k neradivym, no dobroželatelen k rabotnikam čestnim, s tvorčeskoj, chozjajstkoj žilkoj«, Čelovek Dela, in: Rybnickij Metallurg, 29.1.1988, S. 1.

185 Nur vereinzelt kam es im Gefolge der Streikmobilisierung von oben im MMZ zu Protestaktionen und Arbeitsniederlegungen von unzufriedenen Arbeitern. Diese waren klein, blieben auf der *shop-floor*-Ebene und wurden zu keinem Zeitpunkt zu einem relevanten Machtfaktor in der betrieblichen Öffentlichkeit. Beispielsweise weigerten sich im Oktober 1989 die Kranführer, in der Elektro-Stahlschmelze weiterzuarbeiten, solange ein technischer Defekt nicht behoben und ihre Sicherheit gewährleistet sei. Nach dem Bericht der Rybnicaer Parteizeitung dauerte die Unterbrechung gerade einmal 25 Minuten. Die Parteizeitung nahm jede Regung von Protest im MMZ dankbar auf, um im oben beschriebenen Machtkampf der Partei mit der Betriebsleitung die Situation des Metallwerks als problematisch erscheinen zu lassen, und bezeichnete die kurze Arbeitsniederlegung als »Warnung an die Leitung des Werks«. (»Konflikt uladili bystro, no on ne možet ne služit' predupreždeniem rukovodstvu zavoda.« Masjuk, A.: Trudnoe vyzdorovlenie. Predprijatie posle zabastovki, in: Leninskoe Znamja, 12.10.1989, S. 2.) Dazu auch: Pavlenko, N.: Zabastovščiki. Situacija, in: Leninskoe Znamja, 18.9.1990, S. 2.

Einführung des Rates des Arbeitskollektivs (STK) im Zuge der Perestrojka-Reformen, schuf keine neuen Kanäle für eine Interessenvertretung der Arbeiter gegenüber der Betriebsleitung. Dabei hatten die Reformpolitiker in Moskau die Einführung der STK in allen Betrieben beschlossen, um die betriebliche Mitbestimmung zu verbessern. Die Realität vor Ort sah aber ganz anders aus. Zur Gründung des betreffenden Gremiums im MMZ wurde im Herbst 1987 eine Delegierten-Konferenz des Arbeitskollektivs einberufen. Auf dieser Versammlung sollten in Übereinstimmung mit dem neuen Betriebsgesetz neben dem Rat des Arbeitskollektivs auch der Generaldirektor gewählt werden. Das Amt des Direktors wurde ausgeschrieben und eine Kommission nahm die Kandidaturen an. Ein stellvertretender Abteilungsleiter reichte tatsächlich seine Kandidatur ein. Die Kommission prüfte den Prätendenten und lehnte ihn ab – er habe nicht genügend Erfahrung in Führungspositionen. Stattdessen schlug die Kommission den Delegierten der Konferenz vor, Belitčenko im Amt zu bestätigen. Das taten diese auch »einmütig«¹⁸⁶ (*»edinodušno«*), bei drei Enthaltungen. Danach bestätigte die Konferenz die von den Abteilungen und der Betriebsleitung gemachten Vorschläge für den Rat des Arbeitskollektivs. Dieser hatte im Anschluss an die Konferenz seine erste Arbeitssitzung und wählte Belitčenko zum Vorsitzenden. Ausgeschrieben wurden dann auch die Kandidaturen für die Wahlen der Leiter der Abteilungen und Zechen – Vorsitzender der Ausschreibungskommission war: A. K. Belitčenko.¹⁸⁷ Die neue Perestrojka-induzierte Betriebsdemokratie verbreiterte die Machtbasis des Generaldirektors und nicht die Möglichkeiten einer Interessenvertretung der Arbeiter.

Der Direktor des MMZ konnte diese eindeutigen Machtverhältnisse im Betrieb auch in politische Ämter ummünzen. Dieser Transfer war nicht erst mit dem Zusammenbruch des sowjetischen Regulationsmodus möglich. Auch in der Sowjetunion hatten nicht nur Staat und Partei starken Einfluss auf den Betrieb, sondern auch Betriebsdirektoren auf lokale Staats- und Parteistrukturen. Beispielhaft dafür war Belitčenkos Wahlkampf im März 1989 für den Obersten Sowjet der Sowjetunion. Kandidaten konnten für diese Wahlen von Betriebskollektiven aufgestellt werden. Die Delegiertenversammlung des MMZ nominierte mit 203 gegen fünf Stimmen ihren eigenen Direktor. Mehrere weitere Betriebe zogen nach und unterstützten Belitčenko ebenfalls. Im Wahlkampf ließ sich Belitčenko von engen Mitarbeitern im Betrieb unterstützen. Die Werkszeitung *Rybnickij Metallurg* trommelte für

186 Konferencija trudogovo kolektiva, in: *Rybnickij Metallurg*, 30.10.1987, S. 1.

187 Ebd. Später trat der Generaldirektor den Vorsitz des STK an einen Getreuen ab, was aber an der leistungstreuen Ausrichtung des Rats nichts änderte.

den Kandidaten, eine Sonderausgabe mit dem Programm Belitčenkos auf Moldauisch wurde bei Wahlkampfveranstaltungen auf Dörfern verteilt.¹⁸⁸

Die Inhalte des Wahlkampfes verdeutlichen, dass die regionale Öffentlichkeit es nicht als Veruntreuung ansah, dass der Generaldirektor die Ressourcen seines Werks für seine politische Karriere nutzte. Vielmehr war das Versprechen, dass die Kapazitäten des MMZ seinen Wählern zugute kommen würden, Belitčenkos zentrales Argument dafür, ihn zu wählen. Eine stabile Strom- und Wasserversorgung sei erst mit dem Bau des Metallwerks nach Rybnica gekommen und jetzt arbeite das MMZ an einer Verbesserung der Lebensmittelversorgung für den ganzen Rayon, warben die Unterstützer des Generaldirektors. Für den Fall seiner Wahl versprach Belitčenko, die notwendigen Metallrohre für den Anschluss weiterer Dörfer an das Gasnetz zu besorgen.¹⁸⁹ Auch mit den Einrichtungen der Daseinsvorsorge des MMZ warben die Wahlkämpfer. Das Metallwerk hatte eine ganze Wohnsiedlung gebaut, eröffnete Lebensmittelläden und Krankenhäuser und unterhielt einen landwirtschaftlichen Betrieb für die eigene Versorgung. Bei diesem wie auch bei folgenden Wahlkämpfen zum Obersten Sowjet der MSSR und zum Stadtsowjet im Frühjahr 1990 warf Belitčenko also die ganze Ressourcenmacht seines Unternehmens in den Ring, um politische Gefolgschaft herzustellen.¹⁹⁰

Die Betriebsleitung stand geschlossen hinter dem Generaldirektor. Sowohl die leitenden Angestellten und technischen Direktoren als auch die Betriebsorganisationen der sowjetischen Massenorganisationen stützten ihn. Seine rechte Hand im Betrieb, in der Streikbewegung und auch beim Aufbau des neuen Staates war Nikolaj Bogdanov. Der MMZ-Oberingenieur (*glavnyj inžener*) und stellvertretende Direktor war vom Unions-Ministerium für Schwarzmetallurgie von einem usbekischen Metallwerk nach Rybnica beordert worden, um bei den Geburtswehen des dortigen Metallwerks seine technischen Kenntnisse einzubringen. Mit dem Streik und der Autonomiebewegung vollzog er eine rasante politische Karriere und wurde im April 1990 Vorsitzender des Stadtsowjets (ein Amt ähnlich dem eines Bürgermeisters). Auch die betriebliche Organisation der KPM unterstützte

188 Praktisch die gesamte Ausgabe widmete der *Rybnickij Metallurg* Belitčenkos Wahlkampf und der Kandidatenaufstellung und druckte auf zwei Seiten dessen Rede ab: *Vremja, vperėd!* In: *Rybnickij Metallurg*, 3.3.1989, S. 1-2. Außerdem: *Licom k licu k izbirateljam*, in: *Rybnickij Metallurg*, 17.3.1989, S. 1.

189 *Naši kandidaty v narodnye deputaty SSSR*, in: *Leninskoe Znamja*, 16.3.1989, S. 2.

190 Bei seinen Wahlversprechen für den Obersten Sowjet der MSSR im Frühjahr 1990 ging Belitčenko beispielsweise ins Detail – im Mikrorajon der Metallurgen sollten neben Cafés auch endlich eine Videothek entstehen. *Kandidaty v narodnye deputaty MSSR*, in: *Leninskoe Znamja*, 10.2.1990, S. 2-3.

Belitčenko und stand hinter den Autonomisten. Das Betriebsparteikomitee stellte sich in seiner Unterstützung für Betriebsleitung und Autonomieprojekt mit mehreren öffentlichen Erklärungen sogar explizit gegen die städtische Parteiführung.¹⁹¹

Zusätzlich zur hierarchischen sowjetischen Betriebsstruktur trugen die marktwirtschaftliche Transformation, die ökonomische Krise und die Zuspitzung des Territorialkonflikts in Moldova zu einer weiteren Stärkung der Betriebsleitung und einer Entdemokratisierung des Betriebs bei. Die Perestrojka-Gesetze über neue Eigentumsformen und die Neuordnung der Staatsbetriebe trafen auf eine diffuse Eigentumssituation. Das MMZ war zuvor eng in das hierarchische Korsett des Ministeriums für Schwarzmetallurgie der UdSSR (*minčermet*) eingebunden gewesen. Die oberen Posten in der Betriebsleitung waren direkt von dem Moskauer Ministerium besetzt worden. Mit den Marktformen wurden aus vielen Branchenministerien Staatskonzerne: Aus dem *Minčermet* wurde *Metallurgprom* (Abkürzung für metallurgische Industrie); das MMZ wurde von einer Produktionseinheit innerhalb des Ministeriums zu einer Pachtfirma dieses Konzerns. Offizieller Pächter war der neu gebildete »Rat der Pächter« (*Sovet arendatorov*). Dieses Gremium löste den Rat des Arbeitskollektivs ab. Besetzt wurde er zur Hälfte durch Wahlen in den Betriebsabteilungen (also wie der Rat des Arbeitskollektivs, aber dieser machte eben nur noch 50 Prozent aus) und zur anderen Hälfte durch die Betriebsleitung – auf persönliche Ernennung Belitčenos. Damit wurde die bereits im Arbeitskollektivrat bestehende Dominanz des Direktors im neuen Gremium weiter ausgebaut und zementiert. Die vorher der Ministerialbürokratie untergegebene Betriebsleitung wurde zu einer relativ eigenständigen Gruppe von Unternehmern.¹⁹²

191 Pobornik novogo, in: Rybnickij Metallurg, 9.12.1988, S. 1; Četkaja pozicija rybničan. Sobranie partijno-chozjajstvennogo aktiva, in: Leninskoe Znamja, 24.8.1989, S. 1, 4; Rybnickij Metallurg, 9.2.1990, S. 1; Bogdanov, N.: Vlast' Sovetov – vlast' narodnaja. Zametki o Is''ezde nar. dep. Pridnestrov'ja, in: Rybnickij Metallurg, 8.6.1990, S. 1; Partijcy MMZ nazvali svoich delegatov, Rybnickij Metallurg, 14.4.1990, S. 1.

192 Dogovor arendy organizacii arendatorov MMZ i koncerna »Metallurgprom«, in: Rybnickij Metallurg, 21.7.1990, S. 1-2. Laut Angaben des Unternehmens blieb das MMZ bis 1997 ein Pachtunternehmen (*arendnoe predprijatie*), weil die fehlende Gesetzesbasis in der PMR keine schnellere Umwandlung in eine Aktiengesellschaft erlaubte. Das Unternehmen ging dann als geschlossene Aktiengesellschaft in den Staatsbesitz über, dann wurden Belegschaftsanteile ausgegeben, bevor noch 1998 die Gesellschaft für Investoren geöffnet wurde. (Internetseite des MMZ, unter: http://www.aommmz.com/pls/web/web.main.show?main_id=10&m_id=67 [zuletzt geprüft am 25.2.2015]) Der wichtigste Anteilseigner, die Schwerindustrieholding *Metalloinvest*, ist zu großen Anteilen im Besitz des »Oligarchen« Alisher Usmanov aus Russland. (Devjatkov, Andrej: Russian Policy toward Transnistria. Between

Außerdem schufen neue marktförmige Absatzweisen zusätzliche materielle Abhängigkeiten der Arbeiter von der Betriebsleitung. Industriebetriebe wie das MMZ arbeiteten nicht mehr nach Plan, sondern auf Staatsbestellung. Über die staatliche Nachfrage hinaus gefertigte Produktion konnten sie auf eigene Rechnung auf dem Weltmarkt absetzen. Das MMZ durfte also seit Mitte 1989 Metallprodukte eigenständig gegen Devisen ins Ausland exportieren. Die Betriebsleitung versprach, die Einnahmen für den Kauf von Produktionsgütern für die Versorgungssparte des MMZ und für den direkten Kauf von Konsumgütern für die Beschäftigten im Ausland zu verwenden – genannt wurden Autos, Videorekorder, Stereoanlagen, Fernseher, Schuhe und Parfüm.¹⁹³ Eine Möglichkeit der Belegschaft, die Verteilung dieser neuen Mittel zu kontrollieren, gab es jedoch nicht. Die Arbeiter verfügten über sehr begrenzte Informationen über die Deviseneinnahmen, während die Betriebsleitung auch über diesen neuen Zugang zu Konsumgütern des Weltmarkts alleine verfügte.¹⁹⁴ Das Management hielt damit ein weiteres Machtmittel in seinen Händen.

In beschränktem Maße boten die Vorrangstellung des Werks in der regionalen Wirtschaft, seine große Versorgungssparte und seine Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt auch den Arbeitern Aussicht darauf, ihren Lebensstandard zu erhalten.¹⁹⁵ Dafür waren aber die gegen Devisen erwor-

Multilateralism and Marginalization, in: *Problems of post-communism* 18 (2012), Nr. Mai/Juni, S. 53-62; S. 58)

193 Medvedev, V.: *Vnešneekonomičeskie svjazi zavoda*, in: *Rybnickij Metallurg*, 31.3.1990, S. 1.

194 In der Betriebszeitung wurde beispielsweise ein Brief von Arbeitern an die Vorsitzenden des Gewerkschaftskomitees und des STK mit der Bitte um eine Bekanntgabe der Zahlen über den Devisengewinn veröffentlicht. In dem Schreiben fragten die Arbeiter auch, wie groß die Summe sei, die für den einzelnen Arbeiter übrig bleibe. (*Rybnickij Metallurg*, 2.11.1990, S. 1) Immerhin führte die fehlende Kontrolle der Mittelverteilung zum Skandal. Nach Beschwerden wurde eine neue »Kommission zur Verteilung von Konsumgütern« eingesetzt. (Masjuk, A.: *Žizn' po barteru*, in: *Rybnickij Metallurg*, 1.2.1992, S. 2-3)

195 Das MMZ wurde mit der marktwirtschaftlichen Öffnung schnell zum mit Abstand wichtigsten Industriebetrieb im Dnjestr-Tal. Während die Produktion anderer Betriebe geradezu einbrach, erwirtschaftete das MMZ Devisengewinne. Das Werk entwickelte sich zum größten Steuerzahler der PMR und trug um die Jahrtausendwende die Hälfte (!) des Staatshaushalts. (Isachenko, *Making of Informal States*, S. 115) Die Dominanz des Metallwerks spiegelt sich auch an den Anteilen der Städte an der Wirtschaftsleistung: 1989 trug Rybnica noch mit 10 Prozent (dem Bevölkerungsanteil ungefähr entsprechend) zur Wirtschaftsleistung der Region im Dnjestr-Tal bei, 2004 waren es über 50 Prozent. Die deutlich größeren Städte Tiraspol' und Bendery stürzten im gleichen Zeitraum von 53 bzw. 33 Prozent auf 30 bzw. 10 Prozent ab. (Atlas PMR, S. 47) Inzwischen hat sich die Lage des MMZ mit

benen und von der Betriebsleitung verteilten Güter unabdingbar. Die Defizite in der Produktion hatten sich mit dem Ende der Sowjetunion drastisch verschärft. Nicht nur bei Fernsehern, Videorekordern und Autos, sondern auch bei Kühlschränken und Schuhen handelte es sich um »Defizitwaren«, also um Güter, die die mit der Distribution betraute Wirtschaftsbürokratie nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stellen konnte. Die MMZ-Arbeiter konnten also nicht einfach auf einen Kühlschrank aus der Inlandsproduktion als billigere Alternative ausweichen.

In der Krise wurde die Rundumversorgung durch den Betrieb als »Staat im Staate« zunehmend zum alternativlosen Zwang. Um die finanzielle Situation zu verbessern, gab die Betriebsleitung eine Anweisung zum strengen Sparen heraus und drohte den Abteilungsleitern, die das Sparziel nicht einhielten, mit Streichung aller Prämien. Alle mit Zahlungsverpflichtungen verbundenen Verträge wurden in die persönliche Verantwortlichkeit von Generaldirektor Belitčenko und dem Direktor für ökonomische Fragen gestellt.¹⁹⁶ Zudem hatte sich im Frühjahr 1992 auch die Situation des Finanzsystems so verschärft, dass die Bankfiliale beim MMZ kein Bargeld aufbringen konnte, um die Löhne der Arbeiter auszuzahlen. Als Lösung wurde unter anderem die Einführung von MMZ-Kupons – also quasi einer betriebseigenen Währung – diskutiert, mit denen die Arbeiter in den fabrikeigenen Läden einkaufen und in der Kantine ihr Essen bezahlen können sollten.¹⁹⁷

Die ökonomischen und politischen Unsicherheiten durch den Zerfall der UdSSR und die Zuspitzung des Konflikts mit Chişinău nutzte die Betriebsleitung zu einer Militarisierung des innerbetrieblichen Regimes. Im August 1991 verhängte sie über die Fabrik den »Ausnahmestand«¹⁹⁸. Das Unternehmen riss so staatsähnliche Kompetenzen an sich, die über die Frage der Versorgung hinausgingen. Einlasskontrollen und Patrouillen auf dem Werksgelände wurden verstärkt und, wie auch in anderen Betrieben, Personal für die »Arbeitereinheiten zur Unterstützung der Miliz« (*Rabočie otrjady sodejstvija milicii – ROSM*) abgestellt. Die Abteilungsleiter wurden verpflichtet, auf Anforderung dem Arbeiterkomitee (und dem Stab der Stadt) Personal zur Verfügung zu stellen. Die Betriebszeitung *Rybnickij Metallurg* warnte die Belegschaft:

der sinkenden Stahlnachfrage auf dem Weltmarkt stark verschlechtert, die Produktion musste reduziert und zwischenzeitlich sogar eingestellt werden.

196 V režime žestkoj ekonomii, in: *Rybnickij Metallurg*, 18.4.1992, S. 1.

197 Deneg net? Nado ich dobyvat'! In: *Rybnickij Metallurg*, 18.4.1992, S. 1-2.

198 »Režim osobogo položenija«, *Byt' ili ne byt'*, in: *Rybnickij Metallurg*, 29.8.1991, S. 1.

Alle Arbeiter sind verpflichtet, unbezahlt die Befehle und Verfügungen des Arbeiterkomitees zu befolgen, andernfalls wird mit ihnen wie mit Saboteuren verfahren.¹⁹⁹

Der Ausnahmezustand beinhaltet somit den Anspruch auf einen sehr weitgehenden Zugriff auf die Arbeitskraft. Dieser wurde durch scharfe Sanktionsdrohungen untermauert. Bei den Kämpfen um Dubossary und Bendery 1992 realisierte die Betriebsleitung bzw. die neue Staatsführung dann diesen Anspruch. Mehrere Hundert MMZ-Arbeiter wurden für die bewaffneten Auseinandersetzungen rekrutiert – ca. ein Fünftel der Belegschaft. Im geschichtspolitischen Diskurs des Metallwerks ist man stolz auf die größte Freischärler-Gruppe der PMR. Von den 453 Toten, die im Gedenkbuch »der Verteidiger Transnistriens« aufgeführt sind, kamen drei aus dem MMZ.²⁰⁰ Die Machtverhältnisse im Betrieb wurden mit Krieg und Ausnahmezustand noch autoritärer und monopolisierter. Diese Entwicklung stellte einen weiteren Schritt innerhalb der Transformation von Betriebsleitungen in politisch-administrative Führungsgremien eines neuen Staates dar.

Die Gussmaschinenfabrik Kirov

Der zweite führende Betrieb der Streikbewegung war die Gussmaschinenfabrik Kirov in Tiraspol'. Die Leitung des Betriebs gehörte von Beginn an zu den Organisatoren der separatistischen Bewegung und zahlreiche leitende Angestellte stiegen mit der Separation in politische Ämter auf. Dieser Machtblock hatte die Kontrolle über das Unternehmen, aber im Transformationsprozess drangen durchaus auch einige Konflikte um Leitungspositionen und Arbeitsbedingungen an die betriebliche Öffentlichkeit. Die wirtschaftliche Lage der Gussmaschinenfabrik war deutlich schlechter als die des relativ erfolgreichen MMZ, sie litt stark an den Folgen der durch die Umstrukturierung verstärkten Wirtschaftskrise. Trotz der weniger eindeutigen Machtverhältnisse als im MMZ konnten Betriebsleitung, Streikkomitee und (O)STK die Belegschaft für den Streik und später auch für den Krieg mobilisieren.

In den sowjetischen MSSR-Medien wurde die Gussmaschinenfabrik Kirov in Tiraspol' als eine Art kleine Sowjetunion und als kleine KPdSU gezeichnet: als ein Hort der Völkerfreundschaft. Nach dieser Darstellung arbeiteten dort Werkstätige aus 22 Nationalitäten friedlich zusammen und waren den Arbeitern anderer Betriebe ein Vorbild in Sachen Internationalis-

199 »Vse rabotniki MMZ objazany neukosnitel'no sobljudat' prikazy i rasporjaženija rabočkoma, v protivnom slučae s nimi budut postupat' kak s sabotažnikami.« Byt' ili ne byt', in: Rybnickij Metallurg, 29.8.1991, S. 1.

200 Kniga pamjati zaščitnikov Pridnestrov'ja.

mus.²⁰¹ In diesen Bildern inszenierte sich im Zuge der Mobilisierungen gegen die Sprachgesetze dann auch die Betriebsleitung. So ließ sich der Streikkomitee-Vorsitzende und Parteisekretär des Betriebs, Anatolij Ladan, der in der PMR später zum Präsidentenberater aufstieg, im Wahlkampf 1990 von der Betriebszeitung folgendermaßen beschreiben:

Moldauer von Nationalität, Internationalist vom Geist, steht er fest auf den Positionen der Gleichheit, Freundschaft und Brüderlichkeit aller Völker.²⁰²

Diese sowjetisch-internationalistische Rhetorik wurde von der Grundlage der *corporate identity* eines Betriebs zur Basis der Mobilisierungsdiskurse des Dnjestr-Separatismus.

Am Aufbau von Organisationsstrukturen der Bewegung gegen die Sprachgesetze war die Betriebsleitung der Kirov-Werke von Beginn an beteiligt und sie nutzte die Betriebsstrukturen für ihr politisches Projekt. Der Betriebsdirektor forcierte beispielsweise die Gründung einer lokalen Organisation der allsowjetisch-konservativen Bewegung *Interdviženie* in Tiraspol'. Im Kirov-Werk fanden im Zuge dessen in einer Vielzahl von Zechen Versammlungen statt, in denen die jeweiligen Zechenleiter die *Interdviženie* bewarben und Unterstützungserklärungen verabschiedet wurden.²⁰³

Die Posten in der Betriebsleitung bedeuteten für das Management der Kirov-Werke, ebenso wie für die MMZ-Leitung, politisches Kapital: Der Direktor Anatolij Bol'sakov hatte einen Sitz im Stadtkomitee der Partei inne und wurde in Stadtsojjet und die Obersten Sowjets von Republik und Sowjetunion gewählt. Für die (ersten in Konkurrenz ausgefochtenen) Wahlen zu Stadt- und Republiksojjet 1990 konnte auch Bol'sakov Fabrikressourcen mobilisieren: Er ließ sich von den *Kirovocy* als Kandidat für beide Parlamente aufstellen und die Betriebszeitung trommelte für seine Wahl.²⁰⁴

Innerhalb des Betriebs stand der zentrale Machtblock hinter dem Generaldirektor und der Autonomiebewegung. Die Führungen der Betriebsorganisationen von Partei, Gewerkschaft und Komsomol unterstützten Bol'sakov und seine Politik der Ablehnung der moldauischen Sprachgesetze bzw. der

201 Moldavija prazdničnaja, in: Sovetskaja Moldavija, 3. 5.1989, S. 3; Dmitriev, L.: Kto sebe ne iščet druga ..., in: Sovetskaja Moldavija, 7.7.1989, S. 2.

202 »Moldavanin po nacional'nosti, internacionalist po duchu, on tvrdo stoit na pozicijach ravenstva, družby i bratstva vseh narodov«. Izbiratel'! Golosuj za kandidatov-kirovecv! In: Kirovec, 6.4.1990, S. 1.

203 Romanov, V.: V podderžku Interdviženija, in: Kirovec, 14.7.1989, S. 1.

204 Izbiratel'! Golosuj za kandidatov-kirovecv! In: Kirovec, 6.4.1990, S. 1; Karpova, M.: Nastojaščij lider, in: Kirovec, 2.2.1990, S. 1; Izbiratel'! Za tobój rešajuščee slovo, golosuj za našich kandidatov! In: Kirovec, 2.2.1990, S. 1.

Befürwortung einer Autonomie. Die Personalwechsel an der Spitze der Parteiorganisation und des »Rates des Arbeitskollektivs« brachten kurz vor den Ausständen im Sommer 1989 zwei spätere hochrangige Parteigänger des OSTK ins Amt. Die betriebliche Parteiorganisation setzte ihren Sekretär ab und wählte den erwähnten Anatolij Ladan zum neuen Chef. Während des Ausstands wurde der Parteisekretär auch noch Vorsitzender des Streikkomitees des Betriebs. Die in dieser doppelten betrieblichen Machtposition erworbenen Sporen begünstigten seine spätere Karriere im Staatsapparat der PMR, in dem er zum stellvertretenden Leiter der Präsidialadministration Smirnovs aufstieg.²⁰⁵ Die leitenden Angestellten und Ingenieure des Kirov-Werks waren ebenfalls Parteigänger des Programms der Streik- und Autonomiebewegung und unterstützten den Generaldirektor. Einige dieser Managementmitglieder bekleideten Posten in Streikkomitees und OSTK und machten dann Karriere im Staatsapparat der PMR.²⁰⁶

Die Einführung der Räte der Arbeitskollektive und mit ihnen die Einrichtung der Direktwahl des Betriebsleiters stärkte auch in den Kirov-Werken die innerbetriebliche Macht des Direktors und seiner Verwaltung. Bei der Wahl zum Rat des Arbeitskollektivs auf der Betriebskonferenz im Juli 1989 traten die Machtverhältnisse zwischen Direktor und Belegschaft zum Vorschein. Die Ausschreibungskommission für den Posten des Betriebsleiters lehnte auch hier, wie im MMZ, alle alternativen Kandidaturen ab, und in einer nicht-geheimen Abstimmung wurde der Direktor bei einer Gegenstimme bestätigt.²⁰⁷ Bol'sakov machte im Rahmen der Konferenz seinen Anspruch deutlich, die Richtung der Arbeit des STK zu bestimmen. Er selbst war im neuen STK vertreten, und dieser wählte einen Vorsitzenden, den der Direktor unterstützte.²⁰⁸ Auch in den Kirov-Werken handelte es sich beim STK also um alles andere als eine unabhängige Interessenvertretung der Ar-

205 Biographie Anatolij Evgen'evič Ladan. Internetseite der Präsidialadministration der PMR, unter: http://president.pmr-gov.org/index.php?option=com_content&task=view&id=84&Itemid=85 [aufgrund des Machtwechsels nicht mehr verfügbar, Kopie beim Autor].

206 Zum Beispiel wurde der Ingenieur Vladimir Emel'janov OSTK-Vorsitzender und Regierungsvertreter für Privatisierungsfragen. Der Sekretär des Betriebskomitees der Gewerkschaft Evgenij Gorodničev wurde Vorsitzender des zentralen Gewerkschaftsverbands der PMR und Mitglied der Leitung des Fonds für Staatseigentum. (Personal'nyj sostav fonda gosudarstvennogo imuščestva PMSSR, in: Dnestrovskaja Pravda, 20.8.1991, S. 1)

207 Vladimirov, F.: Vybory general'nogo direktora, in: Kirovec, 17.3.1989, S. 1.

208 Konferencija trudovogo Kkollektiva, in: Kirovec, 21.7.1989, S. 1; Sovet trudovogo kollektiva, in: Kirovec, 28.7.1989, S. 1. Neuer Vorsitzender des STK im Kirov-Werk wurde der Abteilungsleiter Ivan Parafilo, der dann auch in die OSTK-Führung aufstieg.

beiter, sondern vielmehr um eine zusätzliche Machtbasis für die Betriebsleitung, die im Vorfeld des Streiks zu einer politischen Organisation umgebaut wurde.

Die Rolle des Generaldirektors war aber nicht ganz so unangefochten wie im MMZ. Einige der Konflikte in der Gussmaschinenfabrik fanden Widerhall in der Betriebsöffentlichkeit. Bei der betrieblichen Abstimmung über die Kandidatur Bol'šakovs für den Stadtsowjet 1990 sammelte ein Gegenkandidat immerhin 33 Stimmen (gegenüber 239 für Bol'šakov), und vor allem traten in der Diskussion öffentlich Diskutanten mit Kritik am Wahlverfahren und an der Ämterhäufung des Direktors auf.²⁰⁹ Bei den Wahlen zu den Zechenleitern führten die selbstherrlichen Durchsetzungsformen des Managements zu Kritik.²¹⁰ Nachdem reihenweise Prätendenten verzichtet hatten und stattdessen amtierende Kandidaten bestätigt wurden, wurde der Betriebsleitung vorgeworfen, unliebsame Kandidaten aus dem Rennen gedrängt zu haben. Auf einigen Zechenversammlungen kam es zu turbulenten Szenen: In der Diskussion wurden Kandidaten »zum Rückzug vom Rückzug« aufgefordert bzw. dazu, ihren Verzicht zu begründen. In einer Zeche bestanden die Versammelten auf einer geheimen Abstimmung und wählten prompt einen Kandidaten, der zugunsten des alten Amtsinhabers bereits verzichtet hatte.²¹¹ Außerdem setzten sich Arbeiter immer wieder auch für bessere Arbeitsbedingungen und eine bessere Bezahlung ein. Mehrfach forderten Zechenversammlungen die Einführung eines arbeitsfreien Samstags. Besonders im Fokus standen die niedrigen Löhne: In Petitionen an die Betriebsleitung und durch das Gewerkschaftskomitee forderten die Arbeiter mehr Geld.²¹² In mindestens einer Zeche legten sie aus Protest gegen Lohnabzüge bei gleichzeitigen Preissteigerungen für ein paar Stunden spontan die Arbeit nieder.²¹³ Der Direktor zog sich gegenüber solchen Forderungen auf die Position zurück, Lohn könne nur so viel bezahlt werden, wie die Arbeiter erarbeiteten und das Unternehmen erwirtschaftete.²¹⁴

209 Kak vybirajut kandidatov, in: Kirovec, 17.1.1989, S. 1.

210 Sogar die Werkszeitung *Kirovec* kritisierte die betriebsinternen Wahlen als »irgendwie fad«. (»[K]ak-to presnovato.« Vladimirov F.: Vybory bez vybora. Učimsja demokratii, in: Kirovec, 19.5.1989, S. 1-2, hier S. 1)

211 Vladimirov, F.: Učimsja demokratii. Vybory – ser'eznyj eksamen, in: Kirovec, 16.6.1989, S. 2.

212 Aleksandrova, I.: I pošli k direktoru, in: Kirovec, 5.7.1991, S. 2; K zaključeniju Kologovora, in: Kirovec, 15.11.1991, S. 1.

213 Vladimirov, F.: »Mini-zabastovka«, in: Kirovec, 12.4.1991, S. 1.

214 Aleksandrova, I.: I pošli k direktoru, in: Kirovec, 5.7.1991, S. 2; Kak vyjti iz obščego krizisa? In: Kirovec, 7.8.1992, S. 1.

Während die Betriebsleitung 1989 gegen protestierende Arbeiter noch das Argument vorbrachte, die Kirov-Mitarbeiter seien besser bezahlt als die Angestellten anderer Betriebe, musste sie in den Jahren 1991/92 mehrfach zugeben, dass die Löhne der *Kirovcy* deutlich unter denen benachbarter Leichtindustriebetriebe lagen.²¹⁵ Das begründete das Management damit, dass das Kirov-Werk der aus Moskau vorgegebenen Obergrenze für Lohnausgaben unterliege, während die anderen Betriebe erwirtschaftete Gewinne als Salär auszahlen könnten. Auch die allgemeine Krise des Finanzsystems führte die Betriebsleitung als Grund für ausbleibende Lohnsteigerungen trotz gleichzeitig rasant steigender Preise an. Abnehmer der Produktion zahlten wohl tatsächlich oft nicht mit Geld, sondern in Gütern. Ein Geschäft mit einer Firma in Tula, bei dem der Abnehmer in Kühlschränken bezahlte, illustriert die missliche Lage des Betriebs und insbesondere der Arbeiter. Bol'sakov verkündete danach: »Die Arbeiter der Fabrik dürfen [einen Kühlschrank] erwerben, für den Lohn von Juni, Juli, August und die restliche Summe in bar.«²¹⁶ 14 400 Rubel kosteten die begehrten Haushaltsgeräte – für die Arbeiter mit Kosten von mehr als drei Monatslöhnen ein teures, für das Management vermutlich ein gutes Geschäft.

Die Betriebsleitung verhedderte sich mit ihrer Krisen- und Durchhalterhetorik in der makroökonomisch tatsächlich schwierigen Situation in Widersprüche. Bol'sakov beteuerte wiederholt, dass es für die Produkte der Gussmaschinenfabrik durchaus eine Nachfrage gebe, begründete aber ausbleibende Lohnerhöhungen mit dem fehlenden Absatz. Der Finanzmangel, mit dem in Lohnverhandlungen argumentiert wurde, kontrastierte mit der an anderen Stellen verbreiteten Erfolgsstory von internationalen Joint Ventures mit West-Firmen (unter anderem aus Italien). Über die Verteilung der an dieser Stelle vermutlich angefallenen Devisengewinne wurde in der Betriebszeitung nicht debattiert. Auch bei der Frage der im Raum stehenden Entlassungen lavierte die Betriebsleitung und erklärte in einem Fall Massentlassungen zur Notwendigkeit, während sie an anderer Stelle bestritt, dass es zu Freistellungen komme. Von den ca. 4000 Mitarbeitern 1991 blieben bis 2002 nur 836 übrig. Damit ist das Kirov-Werk unter den großen Schwerindustriebetrieben der Region mit Abstand am stärksten geschrumpft.²¹⁷

215 Trebovanija rastut: Povysit' oplatu truda, in: Kirovec, 25.10.1991, S. 1.

216 »Razrešaetsja rabotnikam zavoda pokupat' v sčët zarplaty za ijun', ijul', avgust, a ostal'nuju summu doplačivat'.« Zit. nach: Ètogo trebuet obstanovka, in: Kirovec, 14.8.1992, S. 2.

217 Smirnovs Betrieb *Èlektromaš* war 2002 mit 2600 Mitarbeitern gegenüber 1991 nur um ein Sechstel kleiner geworden, der Isoliermaterialhersteller *Moldavizolit* hatte sich auf 1300 Angestellte »nur« halbiert. (Krivenko u. Simačenko, Kirovskij rajon

Die durch die Perestrojka-Reformen begonnene Privatisierung sorgte auch in der Gussmaschinenfabrik nicht für mehr Demokratie, sondern beförderte einen direkteren Zugriff der Leitung auf das Betriebskapital. Vor dem Beginn der offiziellen Privatisierung in der postsowjetischen Transformation profitierte die Betriebsleitung von den neuen Möglichkeiten der Unternehmensgesetzgebung nach 1987. Das Management gründete gemeinsame Unternehmen mit Firmen aus Italien, gliederte attraktive Teile der Produktionsvereinigung formal oder informell aus und privatisierte sie. Durch die Wirtschaftsreformen veränderten sich auch die Machtverhältnisse zwischen Betrieben und der bis dahin in der Hierarchie übergeordneten Wirtschaftsbürokratie. 1989 verwandelte sich das Werkzeugmaschinenbauministerium (*Minstankoprom*) in die »Staatliche Aktiengesellschaft der Werkzeugmaschinen- und Werkzeugindustrie« (*Gosudarstvennoe akcioner-noe ob'edinenie stankostroitel'noj i instrumental'noj promyšlennosti – GAO Stankoinstrument*) und die Produktionsvereinigung »*Točlitmaš im. Kirova*« in Tiraspol' in den »Konzern für Gussmaschinenbau« (*Koncern litejnogo mašinostroenija*) mit zahlreichen Tochterfirmen. Entsprechend dem Unions-Gesetz »Über das Unternehmen« vom Sommer 1990 ersetzte nun ein *Sovet predprijatija* den STK und übernahm die rechtliche Funktion des Pächters. Präsident des neuen Konzerns wurde Bol'sakov. Die Nachfolgegesellschaft des Ministeriums war nicht mehr weisungsbefugt, sondern sollte sich, aus Sicht der Leitung des Kirovs-Werks, auf Liquiditätsbereitstellung und Kundenakquise beschränken. Die Betriebsleitung betonte in der Öffentlichkeit die Freiwilligkeit der Mitgliedschaft in der *GAO Stankoinstrument*. OSTK-Vertreter im Betrieb warnten davor, dass die Vertreter der alten Wirtschaftsbürokratie versuchen könnten, das Unternehmen in ihren Privatbesitz zu bringen.²¹⁸ Von einer Dienstreise nach Moskau brachte Bol'sakov die Erkenntnis mit: Wenn man weiter Zeit verliere, »werden nicht *wir* uns privatisieren, sondern *sie* [Hervorhebungen nicht im Original] werden uns privatisieren.«²¹⁹ Die Betriebsleitung strebte eine Insiderprivatisierung an, bei der nur Management, Belegschaft und pensionierte ehemalige Mitarbeiter in der Lage sein sollten, Aktien zu erwerben. In dem ganzen Prozess hatte das Management die Initiative inne und konnte sich so auch an der Macht halten.

Tiraspolja, S. 125.) Zur Debatte um drohende Massenentlassungen in den Kirov-Werken z. B.: Trebovanija Kirovcev, in: Kirovec, 24.1.1992, S. 1.

218 Vošli v koncern, in: Kirovec, 21.9.1989, S. 1; Prodiktovano žizn'ju, in: Kirovec, 26.4.1991, S. 1; Safonov, B.: Gotovitsja k privatizaciji, in: Kirovec, 7.6.1991, S. 1-2.

219 »[T]o ne budem privatizirovat', a nas privatizirujuť«, zit. nach: Budem privatizirovat'sja, in: Kirovec, 20.3.1991, S. 2.

Trotz der sich in der Betriebspresse ausdrückenden Unzufriedenheit und aufgrund der grassierenden Zukunftsangst sahen die Arbeiter in der Krisensituation keine Alternative zur Loyalität zur Betriebsleitung. Diese schaffte es, die Belegschaft in erheblichem Maße für die Ausstände und Demonstrationen von 1989 und die bewaffneten Auseinandersetzungen 1992 zu mobilisieren. Mehrere Hundert Arbeiter der Gussmaschinenfabrik meldeten sich 1992 freiwillig für die Freischärler-Verbände – neun von ihnen starben. In der Mobilisierungsphase für den Krieg gewann das Thema der Verteidigung in der innerbetrieblichen Öffentlichkeit Priorität über die sonst dominierenden wirtschaftlichen und sozialen Fragen.²²⁰

Rekrutierung und Mobilisierung am Arbeitsplatz

Die Betriebe waren für die Bewegung im Dnjestr-Tal ein wichtiger Ort der Mobilisierung und der Rekrutierung – nicht nur für den Streik und das OSTK, sondern auch für weitere politische Mobilisierungsereignisse und nicht zuletzt den Krieg im Jahre 1992. Die Betriebsabläufe und darin angelegten Hierarchien spielten für den Mobilisierungsvorgang eine zentrale Rolle. Die Bedeutung von Betrieb und Arbeitsplatz für Rekrutierung und Mobilisierung sind auch in den Interviews mit Aktivisten des Dnjestr-Separatismus deutlich zum Vorschein gekommen. Ein Facharbeiter, der einige Wochen später in die Führungsgremien des OSTK delegiert wurde, beschreibt den Beginn des Ausstands an den Kirov-Werken in Tiraspol' wie folgt:

Bei uns machte der Zechenleiter [...] jeden Morgen eine fünfminütige Besprechung des Kollektivs. Festlegung der Aufgaben, Festlegungen des Produktionsumfangs, also eine Veranstaltung nur für Fragen der Produktion. Dort erklärt man uns, dass es diese und jene Vorschläge von uns zur russischen Sprache gab, und dass die Leute der MSSR, Chişinău, unsere Vorschläge abgelehnt hatten. [...] Delegierte von der Zeche zu anderen Zechen wurden ernannt, alle Zechen kamen zu Planungsgesprächen zusammen, es gab eine Klärung unserer Positionen durch unsere Vertreter und den Aufruf zu streiken. Eine andere Methode hatten wir damals nicht. Die Fabrik versammelte sich binnen einer Stunde auf dem Fabrikplatz, also um sieben Uhr 15 führten wir die Planversammlung durch, um Viertel nach acht versammeln sich alle auf dem Platz, um neun erklärt die Kirov-Fabrik den Streik.²²¹

220 Glavnyj vopros – otraženie agresii, in: Kirovec, 20.3.1991, S. 1.

221 »U nas každoe utro načal'nik čecha provodil pjatiminutku kollektiva. Opredelenie zadanij, opredelenie ob''ëmov proizvodstva, to est' čisto proizvodstvennoe

Die Entscheidungsfindung lief nach der Erzählung dieses Befragten in den Strukturen des alltäglichen Arbeitsprozesses der Fabrik ab. So wurde die im Normalfall für arbeitstechnische Fragen genutzte Besprechung politischen Fragengewidmet – das veranlassten jedoch nicht die Arbeiter, sondern der Leiter der Produktionseinheit, der auch die Versammlung leitete.

Auch bei Befragten, die nicht in einem Industriebetrieb arbeiteten, spielte der Arbeitsplatz eine Rolle für den Beginn des politischen Handelns, wenn auch in unterschiedlicher Form und Ausmaß. Von Diskussionen am Arbeitsplatz, in ihren Arbeitskollektiven, berichten so gut wie alle Befragten – nicht zuletzt auch die Angestellten im öffentlichen Dienst. Diese wurden zwar nicht aus ihren Arbeitskollektiven heraus in den OSTK delegiert, aber die von ihnen beschriebene Politisierung am Arbeitsplatz in Bezug auf Perestrojka und die Diskussion um die Sprachpolitik der MSSR waren für die Beteiligung an dem politischen Projekt dennoch äußerst bedeutsam. Einige der Befragten mit akademischen Berufen heben den Kontext der Perestrojka stark hervor. Sie beschreiben eine Zeit starker allgemeiner Politisierung und eines immensen Interesses der gesamten Bevölkerung an Politik – mithin auch eine Zeit von mehr Demokratie.²²² Manche berichten von Auseinandersetzungen mit Anhängern der neuen Sprachpolitik von Chişinău, andere aber auch vom Besuch betriebsinterner Moldauisch-Sprachkurse. Der Arbeitsplatz war nicht von der politischen Bewegung isoliert, sondern diente dieser als eine Art Resonanzboden. Aus dem Bericht einer Krankenhausangestellten über Mobilisierungsveranstaltungen spricht eine hierarchische Verschränkung zwischen dem zu mobilisierenden Kollektiv und der Bewegung:

Aus unserem Kollektiv, dort waren zwei Leute aktiv. Aber, so, allgemein, wenn es nötig war, ging das ganze Kollektiv, wenn die Frauen gerufen wurden. [...] Wir unterstützten den Streik, als Streik war, 1989, wir als Kollektiv unterstützten alles, alle Maßnahmen die durchgeführt wurden, wir unterstützten alles im Kollektiv.²²³

soveščanie. Na nĕm nam ob''jasnjajut, čto byli vot takie i takie predložĕnija naši po russkomu jazyku, otvergli rebjata Moldavskoj SSR, Kišinĕva, naši predložĕnija. [...] Naznačajutsja delegaty ot čecha k drugim čecham, idut vse čecha, tam na planĕrkach proizchodit ob''jasnenie pozicii našimi predstaviteljami i prizyv bastovar'. Drugogo metoda u nas togda ne bylo. Zavod čerez čas sobraljsja na zavodskoj ploščadi, značit v sem' 15 my provodili planĕrku, v vosĕm' 15 sobiraetsja na ploščadi, v 9 zavod Kirova ob''javljaet zabastovku.« Interview mit V.F., Tiraspol', 15.5.2008.

222 Dieses Bild kontrastieren diese Befragten mit der Enttäuschung über die heutige Situation in der PMR und den Staaten der ehemaligen Sowjetunion allgemein. Interview mit A.Z., Rybnica, 22.3.2008; Interview mit A.T., Chişinău, 23.4.2008.

223 »S našego kolektiva, tam aktivno byli dva čeloveka. No tak, voobščĕ gde-to ves'

Arbeitsplatz, »Kollektiv«, persönliche Bekanntschaften unter Kollegen sowie die hierarchische Struktur des Betriebs blieben in jeder Phase von Bedeutung – nicht nur bei der Mobilisierung für den Streik, die sich naturgemäß vornehmlich am Arbeitsplatz abspielte. Auch in den meisten Erzählungen über die Rekrutierung und Mobilisierung für den Krieg steht der Arbeitsplatz im Zentrum. Die Mehrzahl derjenigen Befragten, die an den bewaffneten Kämpfen teilnahmen, wurde in die »Volksmiliz« (*Narodnoe opol'čenie*) rekrutiert. Diese war im Gegensatz zur Republikanischen Garde oder der Territorialen Rettungseinheit (*Territorial'no-spasatel'nyj otrjad'*) weniger professionalisiert und die Rekrutierung lief vorrangig über den Arbeitsplatz. Ein Freischärler, der in Tiraspol' als Bauarbeiter gearbeitet hatte, berichtet:

Wir hatten ein Bataillon der Bau-Organisationen. Aus allen Bau-Organisationen. Von der SU-28 [SU: *stroitel'noe upravlenie* – Bauverwaltung], SU-29, SU-27, ich erinnere mich nicht, ob da jemand dabei war oder nicht, SU-31.²²⁴

Einer der Befragten gab an, der einzige Betriebsleiter gewesen zu sein, der sich für den Krieg meldete. Seine Belegschaft habe 500 Leute umfasst, »davon 300 Männer. 100 gingen in den Krieg. Ich fand, ich müsste darunter sein.«²²⁵ Andere nahmen nicht direkt an den Kampfhandlungen teil. Die Männer unter diesen rechtfertigen sich für ihre Nicht-Teilnahme und führen auch diese auf ihren Arbeitsplatz zurück. Als Grund führen sie Anweisungen von Regierung oder Streikkomitee zur Aufrechterhaltung der Produktion an, sodass die Beschäftigten nicht als Freiwillige in die bewaffneten Verbände aufgenommen worden seien. So berichtet ein weiterer Bauarbeiter von Arbeit in drei Schichten:

»Sie erlaubten uns nicht in den Krieg zu gehen. [...] Ich wäre als Freiwilliger gegangen. Wenn ich als Freiwilliger gegangen wäre, hätten sie mich aus der Arbeit entlassen.«²²⁶

kollektiv, kogda nado bylo, kogda zvali ženščin. [...] Podderživali zabastovku, kogda byla zabastovka, v 89om godu, my kollektivom podderživali vsě, vse eti meroprijatija kotorye prochodili, my vsě podderživali v kollektive.« Interview mit N. E., Tiraspol', 20.5.2008.

224 »U nas byl batal'on stroitel'nych organizacij. So vsech stroitel'nych organizacij. Ot SU-28, SU-29, SU-27 – ne pomnju bylo, ili net – SU-31.« Interview mit G. L., Tiraspol', 19.5.2008.

225 Interview mit N. C., Tiraspol', 20.5.2008.

226 »[N]am ne razrešali ujtj voevat'. (...) Ja pošel by dobrovol'cem. Esli ja pošel by dobrovol'cem, menja by uvolili s raboty.« Interview mit D. C., 14.5.2008.

Die Funktionsweise der großen Industriekombinate ermöglichte es den Betriebsleitungen, ihre betriebliche Machtposition für das Projekt einer Staatsgründung einzusetzen. Das Gefolgschaftsmodell in den Fabriken gab dem Direktor und der Führungsriege die Machtmittel, um die Arbeiter nicht nur zum Arbeiten anzuhalten, sondern auch politisch und schließlich militärisch zu mobilisieren. Die Abhängigkeit von der daseinsvorsorgenden Infrastruktur des Unternehmens verringerte für Arbeiter die Möglichkeiten, aus der Patron-Klient-Beziehung auszubrechen. Die Perestrojka-Reformen, welche die Eigenständigkeit der Unternehmen stärkten und marktförmige Beziehungen herstellten, und die beginnende Transformationskrise trugen zusätzlich zur Machtkonzentration in den Händen der Betriebsleitung bei. Betrieb und Arbeitsplatz waren zentrale Orte der Mobilisierung im Rahmen des Dnjestr-Separatismus – nicht nur für den Streik, sondern auch für die bewaffneten Auseinandersetzungen.

7. Zwischen Verflechtung, Bündnis und Rivalität:

Die separatistische Bewegung und die Kommunistische Partei

Der Zerfall der UdSSR war auch ein Niedergang des Apparats, der die Union zusammenhielt – der KPdSU. In den Jahren vor dem endgültigen Aus im August 1991 steckte die Partei bereits in einer schweren Krise. Sie verlor an Macht in den Sowjets und den Betrieben, einfache Parteimitglieder traten massenweise aus, hochrangige Funktionäre legten ihre Ämter nieder, Basisorganisationen lösten sich auf und scharfe innerparteiliche Konflikte traten zutage. Das waren einerseits Symptome der existentiellen Krise der KPdSU, gleichzeitig entsprachen diese Veränderungen aber auch den Leitmotiven der Perestrojka: Die Partei verordnete sich den Machtverlust selbst, die Parteiführung in Moskau hatte das Paradigma der »Depolitisierung [...] unserer sozialistischen Gesellschaft«²²⁷ und der Selbstständigkeit der Unternehmen vorgegeben und den Rückzug aus den Betrieben vorprogrammiert. Die eingeleitete innerparteiliche Demokratisierung öffnete den Raum für Meinungsverschiedenheiten. Mit dem Verfassungsartikel 6 fiel 1990 auch offiziell der alleinige Führungsanspruch der KPdSU in politisch-sozialen Fragen.²²⁸

Die Partei zerfiel nicht einfach an territorialen Grenzen oder gar entlang etwaiger Gegensätze zwischen Nationalitäten. Vielmehr durchschnitten unterschiedliche Konfliktlinien die Staatspartei – politische, soziale und or-

227 Plenum gorkoma KPM, in: Leninskoe Znamja, 2.10.1990, S. 1-2.

228 Hough, Democratization, S. 268.

ganisatorische. Diese Konfliktlinien verliefen auf verschiedenen Territorialitätsebenen unterschiedlich. Auf der Unions- und auf der Republikenebene spielte beispielsweise der Gegensatz zwischen »Demokraten« und »Konservativen« eine große Rolle. In den innerparteilichen Auseinandersetzungen in den Städten im Dnjestr-Tal war er wenig relevant. Für die Herausbildung des Dnjestr-Separatismus waren zwei innerparteiliche Konfliktlinien zentral: Erstens waren die Parteiführung in Chişinău und lokale Parteiorganisationen (vor allem im Dnjestr-Tal) in den Fragen der Sprachpolitik, der neuen Staatssymbolik und der Neuordnung des Verhältnisses zur UdSSR uneins und trugen den Konflikt über Streitigkeiten um Personalpolitik und Organisationsstrukturen aus. Zweitens zeigte sich auf der lokalen Ebene im Dnjestr-Tal ein Gegensatz zwischen den städtischen Parteiführungen und Basisorganisationen in den Betrieben.

Konflikt zwischen Republik-Ebene und lokaler Ebene

Der große politische Konflikt in der MSSR um eine neue Sprachpolitik spaltete auch die Kommunistische Partei der Republik. Das Zentralkomitee der KPM in Chişinău brachte die Gesetzesvorschläge zur Sprachpolitik ein, gegen die nicht nur die späteren Dnjestr-Separatisten in den Betrieben, sondern auch zahlreiche lokale Parteiorganisationen protestierten. Das Gegenprojekt der städtischen Parteistrukturen bestand aber nicht in der Neugründung einer territorialen politischen Formation in der MSSR, sondern im Erhalt von KPdSU und Sowjetunion.

Im Streik im Sommer 1989 offenbarte sich die Konfliktkonstellation zwischen dem Zentralkomitee der KPM und den lokalen Parteiorganisationen im Dnjestr-Tal. Das Büro des ZK der KPM, die Parteiführung der MSSR, wandte sich gegen den Ausstand und kritisierte lokale Parteiorganisationen sowie die pro-sowjetischen informellen Organisationen der Betriebsdirektoren wie *Interdviženie* und die Union der Werktätigen Moldovas.²²⁹ Die lokalen Parteiorganisationen in den Hochburgen des Streiks dagegen rechtfertigten den Ausstand – wenn auch als »äußerste Maßnahme«.²³⁰ Sie gaben der Republikführung in Chişinău und darunter explizit auch dem ZK der KPM die Schuld an der Zuspitzung der Situation.

Die Spaltungslinien formierten sich nicht zuletzt entlang von Personalfragen. Die städtischen Parteiorganisationen des Dnjestr-Tals verfolgten auf-

229 Postanovlenie Bjuro CK KPM: Ob Obščestvenno-političeskoj situacii i zabastovkach na rjade predpriatij respubliky, in: Sovetskaja Moldavija, 15.9.1989, S. 1, 3.

230 »[K]rajnej meroj«, Postanovlenie V Plenuma GK KPM, in: Dnestrovskaja Pravda, 12.9.1989, S. 1.

merksam die Umbildungen der Gremien auf Republikebene. Die Ablösung von Simon Grossu durch Petru Lucinschi begrüßten sie zunächst, weil sie sich von Lucinschi eine stärker an Moskau orientierte Politik erhofften. Lucinschi befand sich auf dem Weg einer klassischen Karriere innerhalb des Parteiapparats. Aus der moldauischen Parteiorganisation war er ins Zentralkomitee der KP in Tadschikistan berufen worden und hatte dort mehrere Jahre als Zweiter Sekretär fungiert. In der sich zuspitzenden Situation in der MSSR traute die Zentrale in Moskau dem moldauisch-sprachigen Funktionär den Spagat zwischen moldauisch-nationalistischen Demonstrationen in Chişinău und den Gegenmobilisierungen in Tiraspol' am ehesten zu. Die Kluft erwies sich aber als zu breit. Die Öffentlichkeit im Dnjestr-Tal warf Lucinschi immer wieder empört vor, mit seinen Äußerungen der Moldauischen Volksfront in die Hände zu spielen. Der erste Sekretär des ZK der KPM wurde zunehmend zum Feindbild des politischen Mainstreams in Tiraspol' und Rybnica. Als die KPdSU-Führung Lucinschi Anfang 1991 nach Moskau ins Zentralkomitee holte, empörten sich die Parteiorganisationen in Tiraspol' darüber und kritisierten die Wertschätzung, die Lucinschi durch seine Aufnahme ins ZK der KPdSU erfahre.²³¹ Ebenso ablehnend äußerte sich die Basisorganisation über Lucinschis Nachfolger als Erstem Sekretär des ZK der KPM, Grigorie Eremej.²³²

Ihrerseits ging die Parteiführung in Chişinău auch gegen die »Rebellen« im Dnjestr-Tal vor. Die Partei schloss die Führungspersönlichkeiten der separatistischen Bewegung nach und nach aus. Gegen den Ausschluss Smirnovs durch die zentrale Revisionskommission der KPM protestierten die lokalen Parteiorganisationen in Tiraspol' und der Region im Oktober 1990 noch. Immerhin war Smirnov noch im Sommer desselben Jahres auf dem Parteitag der KPdSU in Moskau gewesen. Als im Frühjahr 1991 auch Anatolij Belitčenko von der städtischen Parteiorganisation wegen Nicht-Bezahlung der Beiträge ausgeschlossen wurde, erschien die Maßnahme eher als hilflos. Längst war deutlich geworden, dass die Mitgliedschaft in der KPM/

231 Die anfänglich positive Einstellung gegenüber Lucinschi z. B. bei Berdnikov, Parteichef von Rybnica: Berdnikov, E.: Internacionalizm – ne na slovač, a na dele. Pozicija gorkoma partii po otnošeniju k sozdaniju Pridnestrovskoj ASSR, in: Leninskoe Znamja, 2.12.1989, S. 1. Ein halbes Jahr später der Vorwurf der Übereinstimmung mit der moldauischen Volksfront: Zareckij, I.: Posle raskola choť potop ..., in: Dnestrovskaja Pravda, 11.7.1990, S. 1. Erklärung gegen die Auswahl von Lucinschi zum Sekretär des ZK der KPdSU: Partijnaja konferencija kommunistov Pridnestrov'ja, in: Leninskoe Znamja, 21.5.1991, S. A1.

232 Kodrjanu, Dnestrovskij razlom, S. 131; Opjat' političeskie igry? In: Kirovec, 8.2.1991, S. 1.

KPdSU keine besondere Bedeutung für zukünftige Machtpositionen haben würde.²³³

Nicht nur Personalien, sondern auch Organisationsstrukturen waren ein Kristallisationspunkt für den Zerfall der KPM. Die Delegierten aus Tiraspol' und Bendery lehnten auf der Parteikonferenz der KPM im Frühjahr 1991 die neu zu beschließende Parteisatzung ab.²³⁴ Die Parteiorganisationen in den Industriestädten am Dnjestr erklärten, die Satzung der KPdSU habe Priorität gegenüber dem KPM-Parteireglement. Ebenso symbolträchtig und in zunehmend territorialen Kategorien wurde um die Verteilung der Mitgliedsbeiträge gerungen. Zahlreiche Primärorganisationen in Tiraspol' und Rybnica kritisierten 1989/90 den bisherigen Verteilungsmodus der Mittel, die sie bisher komplett an die Republikebene, also an die KPM in Chişinău, überwiesen. Die parteiinternen Separatisten begannen, die Beiträge nach eigenem Gutdünken zu verwalten: Sie drohten, sie direkt nach Moskau an die KPdSU zu überweisen, sie dem neu gegründeten lokal basierten »Rat der Primärorganisationen« zu geben oder sie einzubehalten.²³⁵

Konflikt zwischen städtischen Parteiorganisationen und Basisorganisationen

Die lokalen Strukturen der KPM in den Städten, Dörfern und Bezirken im Dnjestr-Tal waren kein monolithischer Block, der den Dnjestr-Separatismus geschlossen unterstützte. Die Mehrzahl der Führungen von städtischen und Rayon-Parteikomitees stellte sich, wie in den Kapiteln zu den Entwicklungen in den Städten beschrieben, gegen die nach politischer Macht strebenden Streikkomitees und Betriebsleitungen und gegen das schnelle Vortreiben einer Autonomie. Die lokalen Parteiführungen gerieten damit in einen Gegensatz mit zahlreichen Basisorganisationen in den Betrieben, die »ihre« Betriebsleitungen (und damit den Dnjestr-Separatismus) unterstützten. Die innerparteilichen Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Parteigremien verschränkten sich zwar in zunehmendem Maße mit dem Territorialkonflikt zwischen Chişinău und dem Dnjestr-Separatismus, entstanden aber nicht erst durch diesen. Sie waren bereits in den Parteireformen der Perestrojka angelegt.

Die Perestrojka-Maßgaben entfalteten eine widersprüchliche Wirkung auf das Verhältnis zwischen städtischen Parteiführungen und den

233 King, Moldovans, S. 188; Akimov, A.: Gorodskaja konferencija komunistov, in: Dnestrovskaja Pravda, 9.10.1990, S. 1; Toma, N.: Obyčnyj rabočij den'..., in: Leninskoe Znamja, 26.3.1991, S. A2.

234 Opjat' političeskie igry? In: Kirovec, 8.2.1991, S. 1.

235 Zavodskaja partijnaia konferencija, in: Rybnickij Metallurg, 29.6.1990, S. 1.

(betrieblichen)²³⁶ Basisorganisationen. Die »innerparteiliche Demokratisierung« sollte dem ersten Sekretär des jeweiligen Bezirks- oder Stadtparteikomitees und seinem Apparat ihre Allmacht nehmen und die Basisorganisationen aufwerten. Gleichzeitig schwächte aber die »Depolitisierung des gesellschaftlichen Lebens« die Basisorganisationen in den Betrieben, deren Existenzberechtigung zunehmend grundsätzlich in Frage gestellt wurde.

Die städtischen Parteiführungen verloren im Zuge von Perestrojka und Streik zunehmend ihr Machtmonopol und die politische Initiative. Während des Ausstands konnte das Büro des *gorkom* von 'Tiraspol' noch eine offizielle Parteilinie festlegen: Bei dem Streik handele es sich um eine »erzwungene, äußerste Maßnahme des Protests gegen die Beeinträchtigung der politischen und bürgerlichen Rechte der Vertreter nationaler Minderheiten«.²³⁷ Die Schuld an der angespannten Situation und dem Konflikt gab die Parteiführung in 'Tiraspol' dem ZK in Chişinău. Die gemeinsame Linie der Partei mit OSTK und Betriebsleitungen ging über den politischen Fragen, die nach dem Streik aufkamen, aber schnell verloren. Entgegen ihrem eigenen Anspruch war es nicht mehr die Partei, die die Themen setzte. Das Thema der Autonomie gaben die Organisationen der Streikbewegung vor. Die KP stritt sich über das Pro und Contra des Autonomieprojekts und darüber, wem die Schuld am Verlust der Meinungsführerschaft zu geben sei. Zahlreiche Erklärungen von Basisorganisationen und Wortbeiträge von Parteitagsdelegierten machten die städtische Parteispitze dafür verantwortlich. Ein weiterer Streitpunkt war die Frage, wie mit den neu entstandenen Strukturen, die unter dem Begriff »informelle Organisationen« diskutiert wurden, umzugehen sei. Sollte die Partei auf die Behörden einwirken, um dem nach dem Streik aus ihrer Sicht überflüssig und illegal gewordenen OSTK Einhalt zu gebieten? Schließlich stellte die Organisation die Machtfrage in der Stadt und bedrohte das Monopol der KP. Oder waren *Interdviženie*, OSTK und STM die Bündnispartner gegen den moldauischen Nationalismus und die

236 Die kleinsten Einheiten der KPdSU waren die »Basis«- oder Primärorganisationen (*pervičnye jačejki*). Es gab betriebliche Basisorganisationen, die die Arbeitenden organisierten und in den Betrieben Einfluss ausübten, und »territoriale« Basisorganisationen, in denen sich vorrangig die Nicht-Arbeitenden nach Wohnvierteln organisierten. Diese territorialen Organisationen waren nicht zuletzt von Rentnern dominiert, da die berufstätigen Parteimitglieder am jeweiligen Arbeitsort organisiert waren. Im Dnjestr-Tal bestimmten die mächtigen Betriebsparteiorganisationen die Partei, während die Kommunisten aus den Wohnvierteln, auf die innerparteiliche Debatte während der Perestrojka kaum Einfluss hatten.

237 »[V]ynuždennoj, krajnej meroj protesta protiv uščemlenija političeskich i graždanskich prav predstavitelej nacional'nych menšinstv«, Postanovlenie V Plenuma GK KPM, in: Kirovec, 12.9.1989, S. 1.

Moldauische Volksfront?²³⁸ Solche Debatten politischer Fragen waren ein neues Phänomen für die KP in Tiraspol' und sie war nicht fähig, die politische Initiative zurückzugewinnen.

Der innerhalb des städtischen Parteikomitees und anderer Parteistrukturen ausgetragene Konflikt zwischen dem Apparat um das Büro des *gorkom* auf der einen und den betrieblichen Parteiorganisationen auf der anderen Seite konnte nicht beigelegt werden, sondern spitzte sich stattdessen zu. Mächtigster Gegner der städtischen Parteiführungen waren die Basisorganisationen aus den Großbetrieben. Im November 1989 beschloss beispielsweise die Betriebsparteiversammlung des Kirov-Werks in Tiraspol' eine Resolution, in der sie unter anderem um eine kollektive Mitgliedschaft in der Union der Werktätigen Moldovas bat. Dieser Beschluss stellte keinen Austritt aus der Partei dar, beinhaltete aber einen deutlichen Affront gegen den städtischen Parteiapparat, der die Existenz dieser Organisation für illegitim hielt.²³⁹

Die mächtigste Basisorganisation im Dnjestr-Tal war diejenige im Metallwerk von Rybnica mit knapp 500 Mitgliedern. Im lokalen Konflikt um die Macht nach der Verabschiedung der moldauischen Sprachgesetze stellte sie sich, wie im Kapitel zur Entwicklung in Rybnica beschrieben, gegen die städtische Parteispitze auf die Seite der Betriebsführung. Belitčenko und seine engen Mitarbeiter konnten die Parteiversammlungen dominieren und gewannen die Abstimmungen auf den Betriebsparteikonferenzen. Die ehemals stolze Betriebsparteiorganisation des MMZ erlebte gleichzeitig jedoch einen schweren Einbruch. Zu Beginn des Jahres 1991 zählte sie gerade einmal noch 75 zahlende Mitglieder, von denen lediglich 24 auf der Parteiversammlung im Februar erschienen. Das Parteikomitee war von 18 auf fünf tatsächlich aktive Mitarbeiter zusammengeschrumpft.²⁴⁰

Um unabhängig von der lokalen Parteiführung agieren zu können, gründeten Betriebsparteiorganisationen neue Vernetzungsplattformen. Im Laufe des Jahres 1990 organisierten in den größeren Städten im Dnjestr-Tal die großen Betriebsparteikomitees Versammlungen und gründeten jeweils einen »Städtischen Sowjet der Sekretäre der Primärorganisationen« (*Gorodskoj sovet*

238 Osoznanie otvetstvennosti. Iz vystuplenij na plenum GK KPM 26 oktjabrja, in: Dnestrovskaja Pravda, 4.II.1989, S. 2.

239 Rezolucija partijnoj konferencii, in: Kirovec, 17.II.1989, S. 1.

240 Pavlenko, N.: V Storone – spokojnee ... Tak dumajut kommunisty sortoprokatnogo cecha metallurgičeskogo zavoda, in: Leninskoe Znamja, 20.II.1990, S. 2; Postanovlenie bjuro Rybnickogo gorkoma KP Moldovy i prezidium kontrol'noj komissii gorodskoj partorganizacii ot 20 marta 1991 goda: O položenii del v partijnoj organizacii metallurgičeskogo zavoda, in: Rybnickij Metallurg, 4.4.1991, S. 1; Demčuk, A.: Možno li vyjti iz krizisa? In: Rybnickij Metallurg, 4.4.1991, S. 1-2.

sekreteŕej pervičnych partorganizacij). Das stellte eine neue Form der *bottom-up*-Organisierung dar, die aber mit den Maßgaben der Perestrojka-Reformen übereinstimmte. In Rybnica und Bendery meldeten sich über Konzerngrenzen hinweg Basisorganisationen in gemeinsamen Erklärungen zu Wort, forderten die Gründung einer KP-Organisation für Pridnestrov'e und kritisierten die KPM-Führung in Chişinău scharf.²⁴¹ Die betriebliche Parteikonferenz im Metallwerk von Rybnica beschloss im Sommer 1990 eine Erklärung, in der sie die Initiative zur Schaffung des »Sowjets der Sekretäre der Basisorganisationen« auf städtischer Ebene unterstützte und dem neuen Organ vorschlug, »ein alternatives Führungsorgan für die Städtische Parteiorganisation von Rybnica zu schaffen, das unabhängig vom Einfluss des ZK KPM und des Apparats des *gorkom* ist.«²⁴² Die Basisorganisationen in den großen Industriebetrieben stellten zunehmend die Machtfrage in der Partei.

Die relativ geschlossene Position der Betriebsparteiorganisation während der Streikmobilisierung wurde in den folgenden Zerfallskonflikten in der KPM/KPdsU allerdings auf die Probe gestellt. Die innerparteilichen Spannungen zwischen Befürwortung einer Autonomie und Loyalität zur KPM, zwischen territorialem und Basisgruppen-Prinzip erfassten auch die Betriebsorganisation mit ihren Untergliederungen im Kirov-Werk. So wurde die Diskussion um die Gründung einer eigenständigen Kommunistischen Partei im Dnjestr-Tal im Sommer 1991 kontrovers geführt. Einige Zechenorganisationen stellten sich hinter die städtische Parteiführung und gegen die parteiinternen Separatisten. Der Konflikt fand also nicht nur zwischen territorialem städtischem Parteikomitee und betrieblicher Basisorganisation statt, sondern er durchzog auch die Betriebsparteiorganisationen.²⁴³

241 Obrašćenje soveščanija sekretarej pervičnych partijnych organizacij Benderskoj gorodskoj partijnoj organizacii k Kommunistam, k narodu SSR Moldova, in: Rybnickij Metallurg, 27.7.1990, S. 2; Ladan, A.: Drugogo puti ne dan, in: Sovetskaja Moldavija, 26.1.1991, S. 2; Zajavlenie kommunistam Rybnickoj gorodskoj partijnoj organizacii, in: Novosti, 13.8.1991, S. 1. In Tiraspol' wählte der Sowjet der Sekretäre der Basisorganisationen den Chef der Parteiorganisation der Kirov-Werke, Anatolij Ladan, zum Vorsitzenden, also ein Führungsmitglied der separatistischen Bewegung.

242 »[I] predložit' ètomu Sovetu sozdat' alternativnyj rukovodjaščij organ Rybnickoj gorodskoj partijnoj organizacii, nezavismyj ot vlijanija CK KPM i apparat gorkoma partii«, Postanovlenie zavodskoj partijnoj konferencii ot 26 ijunja 1990 goda, in: Rybnickij Metallurg, 29.6.1990, S. 1.

243 Sobranie rešilo, in: Kirovec, 31.5.1991, S. 1; Vladimirov, F.: Prjamoj i otkrovennyj razgovor, in: Kirovec, 7.6.1991, S. 1-2; Est' i takoe mnenie, in: Kirovec, 14.6.1991, S. 1.

Konflikt um die Gründung einer Parteiorganisation im Dnjestr-Tal

Das letzte Jahr des Bestehens der KPM vom Sommer 1990 bis zum Sommer 1991 war vom Konflikt um die Gründung einer eigenständigen KP im Dnjestr-Tal geprägt. Da die KP nicht schlicht eine Partei unter vielen war, sondern ein allumfassender bürokratischer Apparat, war diese Auseinandersetzung auch ein Streit um die Eigenstaatlichkeit der im September 1990 proklamierten PMSSR. Die Zerrissenheit der Partei wurde an dem Konflikt noch einmal deutlich. Die lokalen Parteiführungen versuchten eine Spaltung der KPM zu verhindern und bremsten die Versuche zur Gründung einer eigenständigen Kommunistischen Partei im Dnjestr-Tal. Sie teilten zwar die Kritik an der Führung der KPM und gaben Chişinău die Schuld an den Konflikten in der MSSR, waren aber bestrebt, die vertikalen Strukturen der Partei nicht zu gefährden. Auf der anderen Seite standen zahlreiche Parteiorganisationen großer Betriebe, die aktiv für eine Neugründung eintraten. Der Konflikt zwischen städtischen Parteiführungen und Betriebsparteiorganisationen hatte sich damit territorialisiert.

Den Anfang machten die Kommunisten im Metallwerk von Rybnica. Auf der betrieblichen Parteikonferenz beschlossen sie im Sommer 1990 den Aufruf »an alle Parteiorganisationen der Städte und Rayons von Pridnestrov'e, sich auf einer geeinten internationalen Plattform zu vereinigen und ein unabhängiges Leitungsorgan der Partei in Pridnestrov'e zu schaffen«. ²⁴⁴ Gegen diesen ersten Vorstoß zum Aufbau eigener Parteiorgane in der abtrünnigen Region stellten sich nicht nur die Parteichefs von Rybnica und Tiraspol'. Die Vertreter des Großteils der lokalen Parteiführungen argumentierten, eine Abspaltung von der KPM bedeute, dass man die Parteimitglieder auf der anderen Seite des Dnjestr, die für den Erhalt der Sowjetunion eintreten, im Stich lasse und plädierten dafür, die Einheit der Partei aufrechtzuerhalten, solange die MSSR zur Sowjetunion und die KPM zur KPdSU gehörten. ²⁴⁵ Ob der innerparteilichen Spaltungsbestrebungen gerieten die lokalen Parteisekretäre im Sommer 1990 in Moskau unter Druck. Der Generalsekretär Gorbačëv persönlich rügte Berdnikov und Curkan in scharfen Tönen und bestand auf der Einheit der KPM. ²⁴⁶

244 »[K]o vsem partijnym organizacijam gorodov i rajonov Pridnestrov'ja s prizyvom ob''edinit'sja na edinoj internacional'noj platforme i sozdat' nezavisimyj rukovodjaščij partijnyj organ Pridnestrov'ja.« Postanovlenie zavodskoj partijnoj konferencii ot 26 ijunja 1990 goda, in: Rybnickij Metallurg, 29.6.1990, S. 1.

245 Zareckij, I.: Posle raskola choť potop ..., in: Dnestrovskaja Pravda, 11.7.1990, S. 1.

246 L. V. Curkan: »Razgovor s Michailom Sergeevičom byl ostrym i pincipal'nym ...«, in: Dnestrovskaja Pravda, 7.7.90, S. 1.

Die Initiative von Betriebsparteiorganisationen aus Rybnica und Tiraspol' führte im Dezember 1990 und Mai 1991 zu zwei regionalen Konferenzen der Kommunisten im Dnjestr-Tal. Auch die städtischen Parteiführungen mussten letztendlich diesen Treffen zustimmen.²⁴⁷ Die parteiinternen »Separatisten« um die Betriebsparteiorganisationen und den Parteichef von Kamenka Grigorij Marakuca und die Befürworter der Einheit der KPM um die Parteichefs von Tiraspol', Rybnica und Bendery beharrten sich auf diesen Treffen in scharfen Auseinandersetzungen.²⁴⁸ Die Reaktion des Parteichefs von Tiraspol' auf einen erneuten Vorstoß zur Gründung regionaler Lenkungsorgane im Dnjestr-Tal zeigt die Argumente der städtischen Parteiführungen:

Es ist am einfachsten, sich in seiner organisatorischen Struktur abzusondern, absichtlich die gemeinsame Last komplizierter politischer Probleme in »unsere« und »eure« einzuteilen. Die Logik der Autoren der Erklärung ist schwer zu verstehen. Einerseits propagieren sie Losungen für die Freundschaft der Völker, die Solidarität der Werktätigen, Bewahrung der UdSSR, der Einheit der SSR Moldova. Auf der anderen Seite rufen sie zur Teilung auf, zur Gründung von drei kommunistischen Parteien in der Republik: eine der PMSSR, eine Moldaus und eine der Gagausischen Republik.²⁴⁹

Die Parteiführung in Tiraspol' stellte sich die PMSSR im Mai 1991 weiterhin als Autonomie innerhalb einer Moldauischen Sowjetrepublik in einer erneuerten Union der Sowjetrepubliken vor. Für die Partei schlug sie deshalb als Kompromiss einen Koordinationssowjet der Kommunisten des Dnjestr-Tals innerhalb der KPM statt der geforderten eigenständigen Lenkungsorgane vor.

247 Plenum Gorkoma KPM, in: Leninskoe Znamja, 2.10.1990, S. 1-2.

248 Konferencija komunistov Pridnestrov'ja, in: Leninskoe Znamja, 25.12.1990, S. 1; Byt' li Kompartii PMSSR? Interview mit dem Sekretär des Parteikomitees der MMZ A. P. Demčuk, in: Rybnickij Metallurg, 11.1.1991, S. 2.

249 »Legče vsego zamknut'sja v svoej organizacionnoj strukture, proizvol'no razdelit' obščij gruz složnych političeskich problem na »našic i »vašic. Trudno ponjat' logiku avtorov zajavlenija. S odnoj storony, oni provozglašajut lozungi za družbu narodov, solidarnost' trudjaščichsja, sochranenie Sojuza SSSR, edinstva SSR Moldova. S drugoj storony, prizyvajut k razmeževaniju, obrazovaniju v respublikie trečch partij komunistov: PMSSR, Moldovy i Gagauzskoj respublikii.« Obrašćenie bjuro Tiraspol'skogo gorkoma partii k kommunistam Pridnestrov'ja v svjazi s zajavleniem gruppy členov KPSS »O sozdanii ob"edinenija komunistov – storonnikov obrazovanija partii komunistov Pridnestrov'ja v sostave KPSS«, in: Dnestrovskaja Pravda, 18.5.1991, S. 1.

Mit diesem Kurs der Kompromisslösungen setzten sich die *gorkom*-Führungen in der Partei durch. Auf der regionalen Konferenz im Mai 1991 rückten die Ziele der Befürworter der »Partei der Kommunisten von Pridnestrov'e« in weite Ferne. Das passierte zu einem Zeitpunkt, als die abtrünnige Republik bereits staatliche Organe etabliert hatte und das Ende der KPdSU/KPM unmittelbar bevorstand. Den zentralen Vortrag hielt Evgenij Berdnikov, Chef der KP von Rybnica, unter dem Titel: »Warum wir die Spaltung der KP Moldovas nicht zulassen dürfen«²⁵⁰. Der Vorschlag einer Konstituierung der Organe einer KP Pridnestrov'e wurde nicht einmal in die Tagesordnung aufgenommen. Nur für den Fall, dass die SSR Moldova den neuen Unionsvertrag nicht unterzeichnen sollte, drohten die Kommunisten von Pridnestrov'e doch mit einer dritten Etappe der Konferenz, auf der dann die Gründung einer Dnjestr-KP zu entscheiden sein sollte. Für die Parteiapparate waren die Autonomie und die potentielle Dnjestr-KP Verhandlungsmasse für das Erreichen ihres eigentlichen Ziels: dem Verbleib der KPM in der KPdSU und der SSR Moldova in der Sowjetunion.²⁵¹ Zahlreiche Basisorganisationen kritisierten die Beschlüsse und äußerten sich enttäuscht.²⁵² Die Kommunisten im Dnjestr-Tal führten die Diskussion nie zu Ende: Im August 1991 wurde die KPM aufgelöst – in der PMR ebenso wie in der Republik Moldova und der gesamten UdSSR.

Die KP-Strukturen in den Städten des Dnjestr-Tals waren keine Vorkämpfer des Separatismus. Das Verhältnis der Partei zu dem entstehenden Dnjestr-Separatismus war widersprüchlich. Es war von personellen und inhaltlichen Überschneidungen ebenso wie von Konflikten geprägt. Zum einen waren die lokalen Parteiorganisationen und die separatistische Bewegung institutionell und personell ineinander verschränkt. Eine gewaltige Mehrheit der OSTK-Aktivisten waren KP-Mitglieder, die Betriebsdirektoren saßen in den Gremien der Partei, und lokale OSTK-Vorsitzende ließen sich als Dele-

250 Počemu my ne dolžny dopustit' raskola kompartii Moldovy, in: Leninskoe Znamja, 28.5.1991, S. A1-A3.

251 Mit diesem Ziel und ihren Erklärungen hinkten die Parteiapparate des Dnjestr-Tals der realen Entwicklung längst weit hinterher – von einer Unterzeichnung des neuen Unionsvertrags war Chişinău weit entfernt. Zu den Beschlüssen und zum Verlauf der Konferenz: Partijnaja konferencija komunistov Pridnestrov'ja, in: Leninskoe Znamja, 21.5.1991, S. A1; O tekuščem momente. Postanovlenie konferencii partijnych organizacij Pridnestrov'ja ot 18 maja 1991 goda, in: Leninskoe Znamja, 28.5.1991, S. A3; Vladimirov, F.: Prjamoj i otkrovennyj razgovor, in: Kirovec, 7.6.1991, S. 1-2.

252 Maslennikov, V.: Sovet po sovetu CK? In: Dnestrovskaja Pravda, 21.5.1991, S. 1.; Okončatel'nyj itog podvodit' rano ..., in: Leninskoe Znamja, 30.7.1991, S. 1.

gierte zur unionsweiten Parteikonferenz entsenden. Die Basisorganisationen des schwindenden Machtapparats KPdSU waren dem Dnjestr-Separatismus auch eine Rekrutierungsbasis. Einige Karrieren führten aus Partei- und Gewerkschaftskomitees in die Staatsämter der PMR. Zum anderen waren die städtischen Parteiführungen aber bestrebt, ihre Machtposition gegen den OSTK zu verteidigen und die Parteihierarchien in der KP Moldovas zu erhalten. Damit standen sie auf verlorenem Posten – die Partei(apparate) verlor(en) ihr Machtmonopol und die politische Initiative. Sie hinkte der Entwicklung, die immer schneller in Richtung eines Zerfalls der UdSSR lief, hinterher. Die lokalen KP-Strukturen spalteten sich vielfach über die Fragen einer Autonomie und einer Gründung von regionalen Parteistrukturen im Dnjestr-Tal. Dabei erwiesen sich die Machtstrukturen in den Betrieben als stärker als die des einst mächtigsten Apparats der Sowjetunion: die betrieblichen Parteiorganisationen folgten den Direktoren und nicht der jeweiligen Parteiführung.

8. Kollektivbiographie des Dnjestr-Separatismus: Bewegungseliten aus Industriebetrieben und Staatsapparat

Der Dnjestr-Separatismus war eine Bewegung, die von lokalen Eliten getragen wurde. Die zentralen Figuren gehörten zum Leitungspersonal der städtischen Großbetriebe, waren Lokalpolitiker aus den Stadtverwaltungen und Vertreter der Sicherheitsorgane. Die Führungen der städtischen Parteiorganisationen blieben dagegen, wie gesehen, meist auf Distanz. Wie sich die Führungsgremien zusammensetzten und auf welchem Weg Beteiligte aus den jeweiligen sozialen Gruppen in die Bewegung kamen, diesen Fragen widmet sich das folgende Kapitel. Die Eliten und zentralen Aktivisten der transnistrischen Bewegung lassen sich, anhand der sozialen Positionen, aus denen heraus sie sich dem separatistischen Projekt angeschlossen haben, in fünf Kategorien einteilen: Betriebsdirektoren, Ingenieure, politische Funktionäre, Vertreter von Sicherheitsorganen und Akademiker. Im Anschluss an die Analyse der Zusammensetzung der Führungsgremien nimmt das Kapitel diese Gruppen von Beteiligten im Einzelnen unter die Lupe und illustriert den Zusammenhang von sozialem Ausgangsort und Beteiligung an der separatistischen Bewegung mit beispielhaften Biographien.

Die Zusammensetzung der Führungsgremien

Leitende Angestellte der großen Industriekombinate dominierten die Führungsgremien der separatistischen Bewegung im Dnjestr-Tal. Nicht nur die

Generaldirektoren von Großbetrieben kamen über die betrieblichen Strukturen in Führungspositionen in der Bewegung, sondern auch Ingenieure, Verwaltungsangestellte und gehobene Facharbeiter. Dieser Machtblock aus »Direktoren« und »Ingenieuren« wurde unterstützt von Lokalpolitikern der Industriestädte am Dnjestr. Während des Aufbaus der Strukturen der PMR stießen Vertreter von Sicherheitsorganen und andere staatliche Funktionsträger aus Chişinău und anderen Teilen der Sowjetunion zu den lokalen Eliten hinzu. Diese zwei Gruppen gehörten zu den Vertretern des vormaligen Staatsapparates: die »Funktionäre« und »Vertreter der Sicherheitsorgane«. Bei Ersteren handelte es sich vor allem um Funktionsträger aus den Stadtverwaltungen der Industriestädte im Dnjestr-Tal und aus Institutionen der MSSR in Chişinău. Die führenden Vertreter des (territorialen) Parteiapparats dagegen beteiligten sich nur in Ausnahmefällen an dem separatistischen Projekt.²⁵³ Die Vertreter der Sicherheitsorgane wechselten im Zuge des Werdens des neuen Staatsapparats der PMR die Behörde. Sie kamen aus allsowjetischen Organen wie Armee und Sonderpolizeieinheiten des Innenministeriums (OMON), von Republik-Behörden der MSSR oder den lokalen Milizeinrichtungen in Tiraspol'. Schließlich nahmen auch Akademiker frühzeitig Spitzenpositionen in der separatistischen Bewegung ein.

Im Kern dieser Betrachtung stehen drei zentrale Gremien des Separatismus im Dnjestr-Tal: das erste Streikkomitee von Tiraspol'²⁵⁴, das Präsidium des OSTK Tiraspol'²⁵⁵ und die erste Regierung der PMR²⁵⁶. Die unsyste-

253 Die Funktionäre der lokalen Parteiapparate, die sich beteiligten, sind den politischen Funktionären zugeordnet. Dagegen werden die Vertreter der KP-Organisationen in den Betrieben hier den »Ingenieuren« zugeordnet – sie folgten bei ihrer Parteinahme den betrieblichen Hierarchien und stellten sich gegen übergeordnete Parteiinstanzen.

254 Die Zusammensetzung des Streikkomitees und seiner Arbeitsgruppen nach Volkova, Gorjačee leto 1989, S. 57. Durch die Hinzuziehung von Informationen aus Zeitungsartikeln und Erinnerungsbänden von Bewegungsaktivisten konnten die Arbeitsorte, für viele damit auch der Rekrutierungsort, zahlreicher Akteure erfasst werden.

255 Präsidium OSTK, in: Dnestrovskaja Pravda, 20.2.1991, S. 1.

256 Die Zahl der Regierungsämter lässt sich nicht genau beziffern, da die PMR-Führung den Begriff des Ministeriums zunächst vermied und die Ressorts stattdessen als »Verwaltung« und »Komitee« betitelte. Eine offizielle Regierungsliste für 1991/1992 liegt dem Autor nicht vor – ein zeitgenössischer Zeitungsbericht einer Chişinăuer Zeitung rühmt sich, trotz einer Geheimhaltung durch die Dnjestr-Separatisten, eine Liste der Regierungsmitglieder erstellt zu haben. Darunter befinden sich Ämter wie das »Zentrum für Standardisierung und Metrologie«, die »Verwaltung von Ölprodukten« und das »Staatliche Komitee für Statistik«. (Dimitriev, I.: Ba, znakomye vse lica! In: Nezavisimaja Moldova, 28.1.1992, S. 1) Die sowje-

matische Quellensituation hat keine umfassendere Erfassung von Gremien erlaubt, deshalb sind weitere führende Beteiligte, die aus der Analyse von Zeitungen und Publikationen der Akteure erschlossen worden sind, in die Betrachtung eingeschlossen, darunter nicht zuletzt die Spitzenfunktionäre aus den Provinzstädten. Auch wenn einzelne Protagonisten so womöglich außerhalb des Blickfelds geblieben sind – die *vorherrschenden* Typen von Beteiligten, ihre soziale Herkunft und Rekrutierungswege, konnten mit der Vorgehensweise erfasst werden.

Die Zusammensetzung der untersuchten Spitzengremien änderte sich mit dem Wandel ihrer Funktion. Die Streikkomitees 1989 waren noch vorrangig von den Betriebsdirektoren, ihren Ingenieuren und Lokalpolitikern besetzt, das Präsidium des OSTK Tiraspol' 1991 war bereits angereichert um einige überregionale Verwaltungsbeamte, während für den Staatsaufbau weitere Funktionäre und die Vertreter des Sicherheitsapparats hinzukamen.²⁵⁷

Das Streikkomitee von Tiraspol' dominierten die leitenden Angestellten der Betriebe. Die Arbeiter waren in der Minderzahl, insbesondere in den Positionen und Funktionen, nach denen sich das Komitee gliederte. In der Führungsgruppe (*Golovnaja grupa*) saßen sieben »Ingenieure«, vor allem aus dem Kirov-Werk und von *Élektromaš*, und zwei Funktionäre des städtischen Exekutivkomitees, sprich der Stadtverwaltung. Von den insgesamt 34 Mitgliedern des Streikkomitees, die identifiziert werden konnten und zu denen Daten vorliegen, gehörten 16 zu den leitenden Angestellten aus Industrie- und Dienstleistungsbetrieben. Funktionäre aus Stadtverwaltung, der Gewerkschaft und dem Komsomol stellten sieben der Aktivist:innen. Fünf der Streikkomitee-Mitglieder arbeiteten in akademischen Berufen – zwei Ärzte im Krankenhaus, zwei Schuldirektorinnen und eine Beschäftigte des Pädagogischen Instituts der Stadt. Nur zwei der dokumentierten Mitglieder konnten als Arbeiter oder Facharbeiter identifiziert werden – für ein »Streikkomitee« ein extrem niedriger Wert.²⁵⁸

tische politische Kultur sah Ämter dieser Kategorie durchaus als Regierungsposition an – die Sowjetunion hatte zuletzt 69 Ministerien. Auch, dass die Vorsitzenden von Parlamentskommissionen als Regierungsmitglieder geführt werden, wird der realen Machtverteilung wohl gerecht, deshalb sind sie ebenfalls in die Betrachtung einbezogen worden.

257 Anna Volkova hat aus Sitzungsprotokollen die Zusammensetzung der Arbeitsgruppe des ersten Streikkomitees in Tiraspol' rekonstruiert. Durch die Hinzuziehung von Informationen aus Zeitungsartikeln und Erinnerungsbänden von Bewegungsaktivisten konnten die Arbeitsorte, für viele damit auch der Rekrutierungsort, zahlreicher Akteure erfasst werden. (Volkova, Gorjačee leto 1989, S. 57)

258 Von den insgesamt 61 aufgeführten Mitgliedern des Streikkomitees konnten über 12 keine Informationen erhoben werden, von 15 der Komitee-Mitgliedern ist nur

Bei einem Blick auf das Präsidium des Tiraspoler OSTK zwei Jahre später zeigt sich, dass der Anteil der Arbeiter gering blieb. Solange auf Republik-Ebene kein OSTK gegründet worden war, übte das Präsidium der Hauptstadt-Abteilung der Organisation die Funktion als Leitungsorgan des OSTK aus.²⁵⁹ Die Spitzenpolitiker der Streikbewegung hielten sich im OSTK zunehmend zurück – Smirnov und Bol'šakov waren in dem Führungsgremium gar nicht vertreten. Einer der 16 Präsidiumsmitglieder war Direktor eines Versorgungsbetriebs. Fünf weitere OSTK-Führungsvertreter waren aber leitende Angestellte von Industriebetrieben. Die Akademiker waren immerhin mit drei Personen vertreten, darunter die Hochschuldozentin Anna Volkova und der Zahnklinikchef Viktor Arestov.

Mit dem Aufbau staatsähnlicher Strukturen gewannen dann zunehmend Funktionäre aus Behörden und Organen des zerfallenden sowjetischen Staatsapparates an Bedeutung. An die neuen PMR-Institutionen stellten sich andere Anforderungen als an die Bewegungsorganisationen. Für den Aufbau eines neuen Staatsapparates brauchte es erfahrenes Personal. Zwar blieben in dieser Phase die Ingenieure und Betriebsdirektoren der Industriebetriebe aus OSTK und Streikkomitee auch in den PMR-Staatsorganen nach wie vor stark vertreten, aber die politischen Funktionäre und Vertreter der repressiven Staatsapparate liefen ihnen allmählich zahlenmäßig den Rang ab. Zahlreiche Amtsträger aus der Verwaltung konnten ihren alten Posten durch einen Transfer in den neuen Staat bewahren. Vorherige städtische Behörden in Tiraspol' wurden in mehreren Fällen kurzerhand in eine PMR-Behörde umgewandelt, ohne dass deren Leiter wechselte. Auch aus Chişinău kamen zahlreiche Mitarbeiter von Staatsorganen der MSSR nach Tiraspol' und beteiligten sich am Aufbau der neuen Verwaltungsstruktur.²⁶⁰

der jeweilige Arbeitsort, aber nicht die dort eingenommene Position in der Hierarchie, bekannt. Einerseits ist davon auszugehen, dass sich unter den Personen, über die keine Daten vorliegen, weitere Arbeiter befinden. Andererseits liegen dem Autor über die Personen auch deswegen keine weiteren Daten vor, weil sie in der transnistrischen Öffentlichkeit nur ein Intermezzo von kurzer Dauer gaben – sie gehörten eben nicht zu den führenden Akteuren des Dnjestr-Separatismus. Selbst wenn alle der von der Position nicht eindeutig einzuordnenden 27 Personen als Arbeiter einzustufen wären, so blieben sie doch überwiegend Aktivisten der zweiten Reihe. (Volkova, Gorjačee leto 1989, S. 57)

259 Von den 16 Präsidiumsmitgliedern waren zehn bereits zwei Jahre zuvor Mitglied des Tiraspoler Streikkomitees gewesen. Die sechs hinzugekommenen waren aber ebenfalls nicht alle neu in den Spitzengremien der transnistrischen Bewegung. (Präsidium OSTK, in: Dnestrovskaja Pravda, 20.2.1991, S. 1)

260 Siehe Abschnitt »Die Funktionäre« und »Vertreter staatlicher Sicherheitsorgane«.

Geographisch dominierten in der ersten Regierung der PMR Vertreter aus Tiraspol'. Hingegen wurden die Eliten von Bendery und Rybnica, Orte, die in der Streikphase Hochburgen der Bewegung waren, nur dürftig mit Posten belohnt. Aus Rybnica bekamen nur der Direktor der MMZ Belitčenko und ein weiterer Funktionär einen Kommissionsvorsitz im Parlament. In der Regierung im engeren Sinne war die Spitze von Streikkomitee und OSTK aus der Industriestadt im Norden zunächst nicht vertreten. Aus den kleineren Städten und Rayons Kamenka, Grigoriopol', Dubossary und Slobodzeja kamen jeweils einzelne Personen in Spitzenämter – Grigorij Marakuca aus Kamenka wurde Parlamentsvorsitzender, Aleksandr Karaman aus Slobodzeja Vizepräsident, der vormalige Stadtverwaltungschef aus Dubossary Vjačeslav Finagin bekam einen Kommissionsvorsitz, später wurde der Sowjetvorsitzende von Grigoriopol', Sergej Leont'ev, Chef der Präsidialverwaltung Smirnovs. Die anderen Städte außer Tiraspol' waren also nur vereinzelt vertreten – aus Bendery gelangte kein Einziger der Bewegungsaktivisten in ein Regierungsamt. Fast gar nicht repräsentiert waren Funktionäre aus ländlichen Regionen.²⁶¹

Mehrere der neuen Minister und Verwaltungsleiter kamen dagegen aus der MSSR-Hauptstadt Chișinău. Dort waren sowjetkonservative, russischsprachige und PMR-freundliche Beamte in Probleme geraten. Sie verloren ihre Posten, oder gaben sie auf, und gingen nach Tiraspol', wo erfahrene Verwaltungskräfte für den Aufbau des neuen Staatsapparates gebraucht wurden. Diese MSSR-internen Wechsel von Chișinău nach Tiraspol' waren häufiger als der Wechsel aus anderen ex-sowjetischen Republiken in einen Regierungsposten in der PMR. Die Minister wurden nicht im großen Stil aus der gesamten Sowjetunion zusammengesucht – einzig der aus Riga geflüchtete Chef einer Sonderpolizeieinheit Antjufeev erhielt den Posten eines Ministers für Staatssicherheit.

Betrachtet man nicht nur den letzten Wohn- und Arbeitsort der Akteure, sondern die Geographie ihrer gesamten Berufs- und Ausbildungsbiographie, dann lassen sich vier verschiedene Typen herausarbeiten: Es gab erstens Protagonisten, deren Karrieregeographie auf die gesamte Sowjetunion ausgerichtet war und die mehr oder weniger zufällig im Dnjestr-Tal gelandet waren. Ein zweiter Typ war in anderen Teilen der Sowjetunion geboren,

²⁶¹ In der Phase der Staatskonstituierung traten auch erstmals leitende Angestellte von Landwirtschaftsbetrieben in den Spitzengremien des neuen Staates in Erscheinung: Zwei Ingenieure aus Kolchosen im Rayon Slobodzeja wurden Vorsitzende von Parlamentskommissionen. Beide waren aber nicht nur »Ingenieure«, sondern auch Politiker: Sie hatten in den 1980er Jahren auch Positionen in politischen Apparaten eingenommen.

sozialisiert und ausgebildet worden, aber 1989 bereits fest in einer der Industriestädte der Region verankert. Drittens gab es einen »regionalen« Typ: Viele in der MSSR (ob rechts oder links des Dnjestrs) geborene Aktivisten absolvierten eine Ausbildung oder einen Arbeitsaufenthalt in anderen Teilen der Sowjetunion und kehrten dann wieder in die Region zurück. Von diesen Beteiligten zogen einige erst mit dem Konflikt von Chişinău ins Dnjestr-Tal. Der vierte Typ verbrachte – mit Ausnahme des Militärdiensts – das ganze Leben im Gebiet der heutigen PMR oder in der unmittelbaren Umgebung.

Die zentralen führenden Persönlichkeiten der Bewegung wie die Betriebsdirektoren Igor' Smirnov und Anatolij Belitčenko hatten »All-Unionsbiographien« des ersten Typs. In unterschiedlichen Regionen der Sowjetunion geboren gelangten diese Direktoren und Ingenieure durch die Nomenklatur des jeweiligen Ministeriums in die Region der heutigen PMR. Bevor sich 1989/1991 die Rotationsmechanismen der sowjetischen Elitenstruktur aufzulösen begannen, sollten Tiraspol' bzw. Rybnica für die Direktoren nur eine Zwischenstation in einer Karriere sein, die auf die gesamte Sowjetunion ausgerichtet war. Auch für einige der Militärs und andere Vertreter repressiver Staatsapparate, die in der PMR Führungspositionen einnahmen, ist diese unionsweite Biographie typisch.

Auf solche »All-Unionsbiographien« blickte aber nur ein Teil der Elitenvertreter zurück. Einige Spitzenfunktionäre waren nach einer anfänglichen All-Unionslaufbahn im Dnjestr-Tal dauerhaft sesshaft geworden. Zu diesem zweiten Typ gehörte der Direktor der Gussmaschinenfabrik Kirov Anatolij Bol'sakov, der seit mehreren Jahrzehnten in Tiraspol' als Betriebsleiter fungierte, nachdem er seine Berufskarriere ursprünglich in Russland begonnen hatte.

Der Vertreter des »regionalen Typs« der Bewegungseliten stammte aus der Region bzw. der MSSR und kehrte nach einem Ausbildungs- und Arbeitsaufenthalt in anderen, oft benachbarten Unionsrepubliken, in die Industrieregion am Dnjestr zurück. Viel häufiger als in Moskau studierten spätere PMR-Separatisten in Odessa oder in Chişinău – an den nächstgelegenen Universitäten im Südwesten der Sowjetunion. Ein weiterer Teil dieser regional basierten Eliten kam zwischen 1989 und 1992 aus dem bessarabischen Teil der MSSR, von dem sich die PMR abspalten wollte. Der Verwaltungsumbau in Zusammenhang mit Sprachgesetzen und Unabhängigkeitsbestrebungen in der MSSR trieb wie oben beschrieben Verwaltungsbeamte, Vertreter von Sicherheitsorganen und Akademiker, vor allem aus Chişinău, nach Tiraspol.

Einen ebenfalls erheblichen Teil unter den Eliten der transnistrischen Bewegung machte der vierte Typ aus: Aktivisten, die ihr ganzes Leben – mit Ausnahme des Militärdiensts – in Tiraspol', Bendery oder Rybnica verbracht hatten. Die meisten dieser »Einheimischen« waren Arbeiter und Ingenieure,

die in politische Ämter aufstiegen. Während sie im Streikkomitee von Tiraspol' beispielsweise noch eine Mehrheit ausmachten, waren sie in der PMR-Regierung dann nur noch als Minderheit vertreten.

An der Geographie dieser Biographien zeigt sich, dass es sich bei dem Transnistrien-Konflikt nicht zuletzt um einen politischen Konflikt innerhalb der MSSR und deren Eliten handelte, und nicht um einen Konflikt zwischen zwei klar abgegrenzten Regionen. Die Konfliktlinie »Dnjestr« ist in den Biographien der Akteure ganz und gar nicht vorgezeichnet, die Protagonisten kamen von der jeweils anderen Seite oder das Dnjestr-Tal war für sie nur eine Durchgangsstation. Die Akteure, deren Mobilitätsgrad nicht über eine Stadt in der Region hinausreichte und die in der Region verankert waren, dominierten in der Streikbewegung, die ja noch nicht auf Region und Autonomie ausgerichtet war. Mit der zunehmenden Territorialisierung des Konflikts verloren ausgerechnet die »Einheimischen« an Einfluss – die neue Heimat *Pridnestrov'e* war nicht in erster Linie ihr Projekt.

Die »alte Garde« aus der Streikbewegung und der ersten Regierung blieb bis zur Abwahl Smirnovs stark im Regierungsapparat vertreten. Vertreter der ersten PMR-Politikergeneration besetzten zwar in den letzten Jahren vor dem Regierungswechsel 2011 kaum noch Ministerämter, dafür aber 11 von 14 Posten in der Präsidentialverwaltung, in der in den postsowjetischen Präsidentsystemen die politische Macht konzentriert ist.²⁶² Unter den Ministern der letzten Regierung Smirnov befanden sich nur noch zwei der alten lokalen Funktionäre, die aus dem Mittelbau städtischer Behörden von Tiraspol' in den neuen PMR-Beamtenapparat transferiert worden waren, und zwei Vertreter des sowjetischen Repressionsapparats, die seit 1992 ihre Regierungsämter einnahmen: der vorherige Sonderpolizeioffizier Vladimir Jur'evič Antjufeev als »Minister für Staatssicherheit« und der ehemalige Offizier der sowjetischen Armee Stanislav Chažeev als Verteidigungsminister. Tatsächliche »Bewegungsveteranen« aus der Streikbewegung haben sich im direkten Umfeld des Präsidenten gehalten – als »Präsidentenberater« oder »Beauftragte des Präsidenten«. Insgesamt haben sich die Funktionäre und Vertreter von Sicherheitsorganen in Regierungsämtern besser behauptet als die zentralen Trägergruppen der Bewegung 1989. Schließlich war die Gruppe, die einst

262 Struktur der Administration des Präsidenten. Internetseite der Präsidentialadministration, unter: http://president.pmr-gov.org/index.php?option=com_content&task=blogcategory&id=21&Itemid=85 [aufgrund des Machtwechsels nicht mehr verfügbar, Kopie beim Autor]. Ministerkabinett unter: (Nichtoffizielle) Internetseite des Präsidenten der PMR. Ausführende Gewalt – die Minister, unter: <http://president-pmr.org/category/108.html> [zuletzt geprüft am 25.2.2015]; (Nichtoffizielle) Internetseite des Präsidenten der PMR. Struktur der Präsidentialadministration, unter <http://president-pmr.org/category/30.html> [zuletzt geprüft am 25.2.2015].

die Streikbewegung anführte, in der Endphase der Ära Smirnov bis auf eine Person nicht mehr in der Republikregierung vertreten: von den Betriebsdirektoren verblieb nur Igor' Smirnov selbst.²⁶³

Die Direktoren

Betriebsdirektoren waren die Anführer der transnistrischen Bewegung. Die Leiter der großen Industriebetriebe transferierten ihre Machtposition über die separatistische Bewegung in den neuen Staatsapparat. Sie gehörten zu den Initiatoren des Streiks 1989, und im Zuge der Staatswerdung der PMR nahmen sie leitende politische Ämter ein. So ließ sich Igor' Smirnov, der bis zum Beginn seiner politischen Karriere den Elektromaschinenhersteller *Ėlektromaš* leitete, im Dezember 1991 zum Präsidenten der PMR wählen. Die Macht der Direktoren basierte auf der Führungsposition in den Industriebetrieben, welche nicht nur Löhne zahlten, sondern auch wichtige Teile der sozialen Infrastruktur in den Städten stellten bzw. kontrollierten.²⁶⁴ Zusätzlich hatten die Betriebsdirektoren im sowjetischen System auch politische Positionen inne, saßen in Parteigremien und dem Stadtsojwet und zählten damit zur lokalen politischen Elite.

Die Betriebsleiter trafen sich in einem Gremium, das vor allen Separationsbestrebungen existierte – im Rat der Direktoren (*Sovet direktorov*). Dort wurden Beteiligten zufolge zentrale strategische Entscheidungen der Bewegung getroffen. Die Gründung des OSTK, der Streik, die Beendigung des Ausstands, der Strategiewechsel zur Machtübernahme durch Wahlen und die Entscheidung für Smirnov als Kandidaten für den Vorsitz des Tiraspoler Stadtsojwets sollen hier vordiskutiert und beschlossen worden sein.²⁶⁵ Nicht zuletzt informelle Gesprächen zwischen Smirnov und dem Generaldirektor der Gusmmaschinenfabrik Kirov, Anatolij Bol'sakov, am Rande der Sitzungen dieses Rats der Direktoren werden in den veröffentlichten Berichten als entscheidend angesehen. Die PMR-Historikerin und Präsidentenberaterin Anna Volkova berichtet von einer Sitzung des Direktoren-Korpus im Sommer 1989, bei der die politische Lage in der Republik aufgrund der von Chişinău angekündigten Sprachpolitik diskutiert wurde. Dabei verwies

263 Fünf Mitglieder der Präsidialverwaltung waren politische Funktionäre, als sie 1989 in die transnistrische Bewegung bzw. 1992 in den PMR-Staatsapparat einstiegen. Vier Akademiker haben sich auf den Positionen in der Präsidialverwaltung gehalten, dagegen nur einer der Facharbeiter und zwei Ingenieure, die mit der Streikbewegung ihre politischen Karrieren begannen.

264 Zur Rolle der Betriebe für die städtische soziale Infrastruktur der Daseinsvorsorge siehe Kapitel III.6.: Fabrik als Raum der Mobilisierung.

265 Smirnov, *Žit' na našej zemle*, S. 22, 29.

Bol'šakov auf die Räte der Arbeitskollektive in den Betrieben: »Das ist eine Macht.«²⁶⁶ Er schlug die Gründung einer politischen Organisation vor, die diese Räte zusammenfassen sollte – das OSTK. Smirnov antwortete: »Und hier ein Kandidat für den Vorsitz: Štefan, der Vorsitzende unseres STK [von Smirnovs Betrieb *Ėlektromaš*].«²⁶⁷ Der Rat der Direktoren war also weit mehr als ein Zusammenschluss von Unternehmensleitern. Der heutige PMR-Präsident schreibt in seinen Memoiren über die Rolle der Direktoren vielsagend: »Es gab dieses Gremium – der Rat der Direktoren [...], wir besprachen dort auch einige Aspekte.«²⁶⁸

Die Direktoren standen unterschiedlichen Arten von Industriebetrieben vor und beteiligten sich in unterschiedlichem Maß an der Bewegung. In den Leichtindustriebetrieben in Tiraspol' und Bendery, die MSSR-Ministerien unterstanden, waren die meisten Direktoren bei der Streikmobilisierung zurückhaltender. Diejenigen Leiter von Leichtindustriebetrieben, die sich an der PMR-Gründung beteiligten, nahmen im Machtgefüge der Bewegung eine untergeordnete Rolle ein. An der Spitze standen die Direktoren der Großbetriebe. Die wichtigsten Kombinate unterstanden Moskauer Industrieministerien. Diese Ministerien bestimmten über die Besetzung der Leitungspositionen in den ihnen unterstehenden Industriebetrieben.²⁶⁹ Die Direktoren dieser Betriebe hatten also Karriere im allsowjetischen Maßstab gemacht und waren auch auf der Ebene unionsweiter Machtorgane vernetzt.

Zentrale Initiatoren der Bewegung waren Igor' Smirnov, Direktor von *Ėlektromaš*, und Anatolij Beličenko, Direktor des Metallwerks in Rybnica.²⁷⁰ Igor' Smirnov kam auf Geheiß des Moskauer Ministeriums für Elektrotechnische Industrie nach Tiraspol' – im Jahr 1987, nur vier Jahre bevor er Präsident der neuen Republik wurde. Bis dahin hatte er in anderen Teilen

266 »Ėto – sila.« Zit. nach Volkova, Gorjačee leto 1989, S. 38.

267 »A vot kandidat v predsedatel', Štefan – predsedatel' STK našego Ėlektromaša.« Zit. nach ebd., S. 38.

268 »Byl takoj organ – Sovet direktorov [...], obgovarivali i tam nekotorye aspekty.« Smirnov, *Žit' na našej zemle*, S. 22.

269 Das Metallwerk in Rybnica unterstand dem Ministerium für Schwarzmetallurgie (*Minčermet*), das Kirov-Werk dem Ministerium für Werkzeug- und Maschinenbauindustrie (*Ministerstvo stankostroitel'noj i instrumental'noj promyšlennosti*), Ėlektromaš dem Ministerium für Elektrotechnische Industrie (*Ministerstvo Ėlektrotechničeskoj promyšlennosti*). (Prezidenta na kovër! Potrebovali akcionery »Ėlektromaša«, in: *Dnestrovskaja Pravda*, 5.9.1992, S. 3.; Čto nas ždët vperedì? In: Kirovec, 29.6.1989, S. 1)

270 Zu den zentralen Figuren in der separatistischen Bewegung in der Frühphase gehört auch Anatolij Bol'šakov, Direktor der Gussmaschinenfabrik Kirov in Tiraspol'. Zu Bol'šakov und den Geschehnissen im Kirov-Werk Kapitel III.6.: Fabrik als Raum der Mobilisierung, Gussmaschinenfabrik Kirov.

der Sowjetunion gelebt: Er war im Osten Sibiriens in einer Soldatenfamilie geboren worden und hatte nach seiner Ausbildung in der Ukraine bereits in der Ural-Region gearbeitet, bevor er in einer Elektromotorenfabrik im südukrainischen Novo-Kachovka zum stellvertretenden Direktor aufstieg. 1987 machte ihn das Ministerium schließlich zum Chef von *Ėlektromaš* in Tiraspol'.²⁷¹

Die Art, in der Smirnov selbst seinen Wechsel nach Tiraspol' beschreibt, wirft ein Schlaglicht darauf, dass das Nomenklatura-System der Sowjetunion auch in der Perestrojka reibungslos weiter funktionierte, während die neu eingeführten Elemente innerbetrieblicher Demokratie wirkungslos blieben. An seinem langjährigen Arbeitsplatz in Novo-Kachovka kandidierte er 1987 als bisheriger Stellvertreter für das Amt des Direktors. Zu Smirnovs großer Enttäuschung fanden keine ernsthaften Wahlen statt, sondern »das Ministerium ›drückte‹ seinen Kandidaten buchstäblich durch«²⁷², wie er in seinen Memoiren moniert. Smirnov sieht sich an dieser Stelle als Opfer desselben Nomenklatura-Systems, dem seine eigene Karriere selbst ebenfalls folgte. Das Ministerium bot dem gekränkten Anwärter umgehend andere Direktorenposten an. »Ich wählte die Tiraspoler ›Ėlektromaš‹«²⁷³, erinnert sich Smirnov lapidar. Im Nachhinein wurde diese ministeriale Entscheidung im Betrieb durch eine offene Abstimmung des Arbeitskollektivs, sprich per Akklamation, legitimiert. So wie sich in Novo-Kachovka Anhänger Smirnovs gegen eine Besetzung von oben gestellt hatten, wurde nun auch in Tiraspol' die Neubesetzung keineswegs einhellig begrüßt. Die propagandistische Smirnov-Biographie mit dem Titel »*Lider*« behauptet, dass es das überzeugende Auftreten Smirnovs gewesen sei, das die Belegschaft umstimmte.²⁷⁴ Tatsächlich war die Hierarchie der sowjetischen Wirtschaftsbürokratie zu diesem Zeitpunkt noch intakt und entschied zentral über die Besetzung von Führungspositionen in wichtigen Betrieben – sowohl den Arbeitern als auch konkurrierenden innerbetrieblichen Seilschaften blieb letztlich nichts anderes übrig als zuzustimmen und sich mit dem inthronisierten Chef zu arrangieren.

Smirnovs neuer Betrieb befand sich in einer schweren Krise, hatte mehrere Jahre in Folge die Planziele verfehlt und war auch deutlich kleiner als das Werk in Novo-Kachovka, dessen Leitung Smirnov ursprünglich angestrebt hatte. Die Gründe, die er dafür angibt, dass er sich für den Tiraspoler Elektromaschinenhersteller entschied, sind aufschlussreich, unabhängig davon,

271 Troebst, Separatistischer Regionalismus.

272 Smirnov, *Žit' na našej zemle*, S. 13.

273 Ebd., S. 14.

274 Volkova, *Lider*.

wie selbstständig er die Entscheidung tatsächlich traf: Erstens habe Tiraspol' als Industriezentrum in der Sowjetunion einen guten Ruf gehabt. Zweitens habe es sich bei den weiteren Vorschlägen um wesentlich kleinere Betriebe gehandelt, wodurch der Wechsel dorthin aus Smirnovs Sicht einen beruflichen Rückschritt bedeutet hätte. Als dritten Grund führt Smirnov an, dass er bereits persönliche Verbindungen gehabt habe, weil er einen seiner Vorgänger bei *Ėlektromaš* als Vorgesetzten aus dem Maschinenbauwerk in Novo-Kachovka kannte.²⁷⁵ Zum einen spielten also persönliche Beziehungen eine Rolle, zum anderen arbeitete Smirnov strategisch an seiner Berufslaufbahn. In der Planung des späteren PMR-Präsidenten hatte Tiraspol' eigentlich nur eine Zwischenstation in einer Karriere im sowjetischen Maschinenbausektor dargestellt.

Als Direktor eines größeren Betriebs stand Smirnov auch die Mitgliedschaft im städtischen Parteikomitee gleichsam zu. Vor seiner förmlichen Aufnahme in das städtische Parteikomitee musste er jedoch noch ein Jahr als Kandidat des *gorkom* absolvieren. Zum Zeitpunkt der ersten Mobilisierungen gegen die Sprachpolitik aus Chişinău war Smirnov also noch kein Vollmitglied im entscheidungskräftigsten und einflussreichsten Gremium der Stadt. Er arbeitete jedoch von Beginn an daran, seine Machtposition im politischen Gefüge von Tiraspol' zu untermauern, und inszenierte sich dabei als Vorkämpfer der Perestrojka.²⁷⁶ Letztendlich etablierte sich Smirnov mit Hilfe der Streikbewegung als führender Lokalpolitiker. Im Frühjahr 1990 bestimmte die frisch gewählte OSTK-Mehrheit Smirnov zum Vorsitzenden des Stadtsowjets.²⁷⁷ Aus diesem Amt kam er in den Vorsitz des »temporären Sowjets der PMSSR«, der aus der Versammlung der »Deputierten aller Ebenen« hervorging. Nach der ersten Parlamentswahl in der neu gegründeten Republik im November 1990 nannte sich Smirnov dann zeitweise »Vorsitzender der PMSSR« (*predsedatel' PMSSR*), bevor er am 1. Dezember 1991

275 Smirnov, *Žit' na našej zemle*, S. 14.

276 So forderte er auf der städtischen Parteikonferenz im November 1988 eine konsequente Umsetzung von Demokratisierung und Glasnost. (Maslennikov, V. (1988): *Ėpilog, stavšij prologom*. In: *Dnestrovskaja Pravda*, 22.II.1988, S. 1, 3)

277 Nach der Wahl war die kurze Aufenthaltsdauer Smirnovs in Tiraspol' durchaus Thema in der städtischen Öffentlichkeit. Anhänger des Gegenkandidaten Leonid Curkan, seines Zeichens erster Sekretär des *gorkom* und damit quasi der Vorgänger Smirnovs als mächtigster Mann der Stadt (siehe Kapitel III.4.: Industriestädte, Tiraspol'), bemängelten, dass der neu gewählte Sowjet-Vorsitzende erst seit zwei Jahren in der Stadt lebte. (*Itogi sessii – v centre vnimanija*, in: *Kirovec*, 12.4.1990, S. 3) Bereits im Wahlkampf warb Curkans Kampagne mit diesem Argument: »Ihn kennen wir, ihm vertrauen wir«, lautete einer der Slogans. (*Ego my znaem, emu doverjaem*, in: *Dnestrovskaja Pravda*, 20.2.1990, S. 1)

zum Präsident der PMR gekürt wurde. Zwei Jahrzehnte blieb Smirnov in diesem Amt, bis er bei der Präsidentschaftswahl im Dezember 2011 eine klare Niederlage hinnehmen musste.

In der nördlichen Industriestadt Rybnica war Anatolij Konstantinovič Belitčenko, Direktor des Moldauischen Metallurgischen Werks (*Moldavskij metallurgičeskij zavod* – MMZ), der starke Mann der transnistrischen Bewegung. Dortigen Aktivisten gilt er als der eigentliche Gründer der PMR-Bewegung. Wie Smirnov war er erst in den 1980er Jahren als Betriebsleiter in die Region gekommen. Das MMZ war 1982 vom Unionsministerium für Schwarzmetallurgie und der MSSR-Regierung als Prestigeprojekt der sowjetischen Metallindustrie eröffnet worden. In den ersten Betriebsjahren gab es jedoch schwerwiegende technische Probleme. 1985 schickte das Moskauer Ministerium Belitčenko nach Rybnica, um das Unternehmen aus der Krise zu führen.

Belitčenko war bis dahin beim Metall-Kombinat Novolipeck im westrussischen Metallindustrie-Zentrum Lipeck tätig gewesen – zuletzt als Leiter einer Produktionszeche. Seine Laufbahn hatte der 1938 im Bezirk Stalingrad geborene Belitčenko als Komsomol-Funktionär in seiner Heimatregion begonnen. Für die sowjetische Jugendorganisation ging er dann nach Lipeck. Nach einer Ausbildung am Moskauer »Institut für Stähle und Legierungen« leitete Belitčenko den »Stab der allsowjetischen Komsomolbaustelle zur Errichtung von Objekten beim Metallkombinat Novolipeck«. Diese Komsomol-Position diente ihm als Sprungbrett um 1963 bei dem Metallkombinat selbst angestellt zu werden. Dort stieg er vom einfachen Ingenieur über einen Posten als Gewerkschaftsfunktionär zum Zechenleiter auf.²⁷⁸

Als im Sommer 1989 der Streik in Rybnica begann, hatte sich Belitčenko, damals seit dreißig Jahren Mitglied der KPdSU, in der städtischen Elite von Rybnica bereits etabliert: Er war Deputierter des Stadtsowjets, Mitglied des *gorkom* und er ließ sich von der betrieblichen Parteiorganisation sowie der städtischen Parteikonferenz zum XVII. Parteitag der Kommunistischen Partei der MSSR delegieren. Aus seiner Machtposition heraus wurde er in den lokalen politischen Konflikten um Streik und Autonomie zum wichtigsten Gegenspieler der städtischen Parteiführung.²⁷⁹

Angesichts seiner Position als allgemein anerkannter Führer der Streik- und Autonomiebewegung in Rybnica mutet Belitčenkos weiterer Weg in-

278 Biografičeskaja spravka. O kandidate Belitčenko, in: Rybnickij Metallurg, 3.3.1989, S. 1, 4.

279 Delegaty s'ezdoj partii ot Rybnickoj partinoj organizacii, in: Leninskoe Znamja, 14.4.1990, S. 1.

nerhalb des PMR-Staatsapparats vergleichsweise unspektakulär an. Von den politischen Ämtern, die die transnistrische Bewegung eroberte bzw. schuf, nahm er keine herausragenden ein: Nach der Wahl zum ersten Parlament der PMR wurde er gerade einmal Vorsitzender der Parlamentskommission für Transport und Verkehr. Statt eine größere politische Karriere anzustreben, blieb er, neben seinem Abgeordneten-Mandat im Obersten Sowjet der PMR, bis über die Jahrtausendwende hinaus Direktor des MMZ.²⁸⁰

Auch Direktoren kleinerer Betriebe der Leichtindustrie, die nicht einem Unionsministerium unterstanden, nahmen Führungsrollen in der transnistrischen Bewegung ein, sowohl in den Hochburgen Rybnica und Tiraspol' als auch in den stärker umkämpften Städten und Kleinstädten. So führte der Direktor des Industriegasherstellers *Ėlektrofarfor* (und Stadtsowjetvorsitzende) Gimn Pologov die Streikbewegung in Bendery an.²⁸¹ In Dubos-

280 Deputy Verchovnogo Soveta PMR ot g. Rybnica. Internetseite des Stadtsowjets von Rybnica, unter: <http://rybnsovet.idknet.com/verxovnyj-sovet/> [zuletzt geprüft am 25.2.2015]. Dass Beličenko keine höheren politischen Ämter einnahm, könnte einerseits mit einem zumindest »weichen« bewegungsinternen Machtkampf zusammenhängen. In der PMR-Öffentlichkeit wurde 1992 seine Loyalität gegenüber dem neuen Staat in Frage gestellt. Kommentatoren in den städtischen Zeitungen warfen ihm Treffen mit der Chišinäuer Führung vor und hoben immer wieder seine nicht-lokale Herkunft hervor. Andererseits mag für Beličenko die Leitungsposition in einem der wenigen exportfähigen Betriebe der Region attraktiver erschienen sein als ein Staatsamt in der nicht anerkannten Republik – zumal er sich politischer Unterstützung durchaus sicher sein konnte, da er auf städtischer Ebene Vertraute in führenden Ämtern wusste. So verzichtete Beličenko im Frühsommer 1992 freiwillig darauf, für den Vorsitz des städtischen Exekutivkomitees, zu jener Zeit eine Art Bürgermeisteramt, zu kandidieren. (Sessija prinjala otstavku mera Rybnycy, in: Rybnickij Metallurg, 30.05.1992, S. 1; Antonovič, V.: Portret na fone sobytij, in: Novosti, 16.06.1992, S. 1-2, S. 1) Weit über die Jahrtausendwende hinaus saß Beličenko im Obersten Sowjet der PMR.

281 Pologov gehörte allerdings zu den Mitgliedern der Führung des Dnjestr-Separatismus mit All-Unionsbiographie und russischer Nationalität. 1929 geboren, studierte er an der Staatlichen Universität der Ural-Region Chemie und begann bei einem Hersteller von Elektroisiermaterialien in Nord-Kasachstan als Ingenieur und stieg zum Oberingenieur auf. 1962 kam er nach Tiraspol' in dieselbe Funktion bei dem Isoliermaterialhersteller *Moldavizolit*, dem Nachbarwerk der *Ėlektromaš*. In dem Unternehmen stieg er zum Direktor auf. 1982 wechselte er nach Bendery und durchlief auch beim Industriestoffe-Hersteller *Ėlektrofarfor* den Aufstieg vom Oberingenieur zum Leiter. Als Direktor dieses Betriebs wählte ihn der Stadtsowjet 1989 zum Vorsitzenden. (Biographie Gimn Fëdorovič Pologov. Freie Online-Enzyklopädie »Mir Pridnestrov'ja!«, unter: http://pmr.idknet.com/wiki/index.php/пологов_гимн_федорович [zuletzt geprüft am 25.2.2015])

sary war der Direktor des lokalen Unternehmens für »Maschinen-Reparatur und Service« (PROT) Vjačeslav Finagin der führende Mann der Bewegung. Auf dem Land unterstützten auch einige Kolchosleiter die Autonomiebestrebungen, besonders im Rayon Slobodzeja zwischen Tiraspol' und Bendery. In den Kleinbetrieben und den Fabriken in den Kleinstädten wandte sich aber auch ein großer Teil des Managements gegen Streik und PMR-Gründung. Zahlreiche Leiter von Leichtindustrie-Betrieben, die Ministerien der Republikalebene unterstanden, verhielten sich während des Streiks ebenfalls eher abwartend und gerieten darüber in einigen Fällen in Konflikt mit der Belegschaft.²⁸²

Insbesondere die Direktoren von Betrieben, die der Unionsebene unterstanden, reagierten mit den Mobilisierungen darauf, dass die sowjetische Elitenrotation durch die zentrifugalen Tendenzen in der Sowjetunion insgesamt und in der MSSR im Speziellen einzufrieren drohte. In der MSSR bedrohte die Politik der politischen Führung auch die innerbetrieblichen Machtpositionen der Direktoren. Die im Sommer 1989 verabschiedeten Sprachgesetze bedeuteten eine mindestens symbolische Kampfansage durch die Partei- und Republikeliten aus Chişinău gegen die unionsweit orientierten Direktoren. Deren Motive für ihre Initiative in dem separatistischen Projekt sind in der Forschung mit dem Begriff der »Besitzstandwahrung«²⁸³ sicher treffend beschrieben worden.

Die Ingenieure

Die führenden Positionen in OSTK und Streikkomitees nahmen die leitenden Angestellten der großen Industriebetriebe der Region ein. Oberingenieure, stellvertretende Direktoren und betriebliche Parteisekretäre stiegen in der PMR in die Regierung und die Präsidialverwaltung auf. Enge Mitarbeiter und Vertraute der Betriebsdirektoren von MMZ, *Ėlektromaš* und den Kirov-Werken dominierten die Bewegung und den frühen Staatsapparat. Aber auch höhere Angestellte aus kleineren Betrieben und aus weiteren Großbetrieben, deren Direktoren Streik und Autonomie nicht unterstützten, wurden zu führenden Aktivisten der transnistrischen Bewegung. Für die Ingenieure der großen Industriebetriebe bedeutete die PMR-Gründung wie für einige der Direktoren den Schritt aus dem Betrieb in die Politik. Der Karriereschritt war für sie allerdings größer als für die Direktoren. Aus der

282 Zur Situation in den Betrieben und die Rollen der Direktoren: siehe Kapitel III.6.: Fabrik als Raum der Mobilisierung, umkämpfte Betriebe.

283 Troebst, Separatistischer Regionalismus.

gehobenen Position in der Industrie gelangten sie in Spitzenpositionen im neuen Staatsapparat.

Die hier als »Ingenieure« gefasste Gruppe bildete im Unternehmen den Unterbau der Betriebsleitung. Die Oberingenieure leiteten die Produktionsabteilung. In vielen Betrieben waren sie die Nummer Zwei, nämlich Stellvertreter des Generaldirektors. Daneben gab es weitere stellvertretende Direktoren, die den anderen Abteilungen des Betriebs (bspw. Vertrieb und Finanzen, Versorgung) vorstanden. Die Sekretäre der betrieblichen Organisationen der Partei und der Gewerkschaft gehörten ebenfalls zu dem Geflecht, das den Betrieb kontrollierte – sie waren Teil des Managements im sowjetischen Betrieb. In den Betriebsverwaltungen waren auch Akademiker angestellt: Juristen berieten die Betriebsleitung in Rechtsfragen und gelernte Journalisten verfassten die Betriebszeitung, die es in jedem größeren Werk gab. Auch sie gelangten über die Betriebsstrukturen in die transnistrische Bewegung, auch bei ihnen übertrug sich die Stellung innerhalb des Betriebs auf ihre Stellung innerhalb der Bewegung.²⁸⁴ Auch sie werden hier deshalb zu den »Ingenieuren« gezählt. Außerdem finden sich »Ingenieur-Technische Mitarbeiter« (*Inženerno-techničeskij rabotnik* – ITR) in der Führung der Bewegung. Sie standen über den einfachen Arbeitern und hatten leitende Positionen im Betriebsaufbau inne, gehörten aber nicht zum engeren Management. Sie leiteten beispielsweise Zechen oder Brigaden.²⁸⁵

Das Gros der Gruppe der Ingenieure wurde von den Betriebsdirektoren in die Bewegung »mitgebracht«. Ihr politisches Handeln funktionierte nach den eingespielten Mustern der Betriebsstruktur: Der Direktor hatte gemeinhin schon vor der Streikmobilisierung den Sowjet des Arbeitskollektivs kontrolliert. Der jeweilige STK entsandte dann die Vertrauten des Direktors in die städtischen Zusammenschlüsse der Streikbewegung. In einigen Fällen kamen Ingenieure in die Streikkomitees, ohne die Betriebsleitung auf ihrer Seite zu haben. Aber auch bei diesen Aktivisten war der Betrieb der soziale Ort der ersten Rekrutierung in die Streik- und Separationsbewegung. Die Handlungssystematik folgte bei ihnen jedoch nicht den in die Betriebsstruk-

284 So leiteten die Chefredakteure der Betriebszeitungen der Textilfabrik PChBO und der Konservenfabrik »I. Mai« gemeinsam mit der Historikerin Anna Volkova die Presse-Gruppe des Tiraspoler Streikkomitees und gaben das Streikblatt *Bastujuščij Tiraspol'* heraus. (Volkova, Gorjačee leto 1989, S. 57)

285 Unterhalb der Zechenleiter könnte man einen Übergangsbereich zwischen Facharbeitern und leitenden Angestellten sehen – Brigadeleiter konnten gut ausgebildete Gewerkschaftsfunktionäre mit Aufstiegspotential und Ämtern in Partei- und Gewerkschaftskomitee sein, oder aber Vorarbeiter am Ende der Karriereleiter.

tur eingeschriebenen Hierarchien, sondern bedeutete vielmehr ein Durchbrechen derselben.²⁸⁶

Das Rybnicaer Metallwerk stellte gleich eine ganze Riege führender Aktivisten im lokalen und im republikanischen OSTK: Die Nummer Zwei des Betriebs, OBERINGENIEUR Nikolaj Bogdanov, war einer der führenden Aktivisten der ersten Stunde. Nach dem Sieg der Autonomiebewegung bei den Lokalwahlen im Frühjahr 1990 machte die neue Mehrheit Bogdanov zum Vorsitzenden des Stadtsovjets von Rybnica (während Smirnov gleichzeitig das Pendant in Tiraspol' übernahm). Auch der Vorsitz des Exekutivkomitees und weitere Posten in der Stadtspitze gingen an Kandidaten aus dem MMZ. Eine Betriebsleitung übernahm die Kontrolle über eine politische Verwaltung – und zwar in Person der Ingenieure und leitenden Angestellten.²⁸⁷

Die Ingenieure aus Smirnovs Betrieb in Tiraspol' hatten einen noch besseren Stand in der Verteilung der Posten in den Bewegungsorganisationen und im PMR-Staatsapparat. Einige ehemalige Mitarbeiter im Betrieb beschäftigte das Oberhaupt der PMR bis 2011 in seiner Präsidialadministration. Diese sind zugleich Veteranen der transnistrischen Bewegung und OSTK-Gründungsmitglieder. Den ersten OSTK-Chef Boris Štefan hatte Smirnov, wie oben beschrieben, am Rande einer Versammlung des Direktorenkorpus, selbst ausgesucht. Štefan war zu jenem Zeitpunkt Leiter einer Zeche und Vorsitzender des Sowjets des Arbeitskollektivs (STK) der *Ėlektromaš*. Auf der Gründungsversammlung des OSTK in Tiraspol' am 11./12. August 1989 wurde er von der Versammlungsleiterin als Vorsitzender vorgeschlagen und mit großer Mehrheit gewählt.²⁸⁸ Im Monat darauf übernahm der *Ėlektromaš*-Ingenieur auch den Vorsitz des neu gebildeten »Vereinigten Republikanischen Streikkomitees« (*Ob'edinënnij respublikanskij zabastovočnyj komitet*).²⁸⁹ Vom Ende der 1990er Jahre bis zum Sturz Smirnovs hatte er Ämter in der Präsidialadministration inne.²⁹⁰

286 Einige dieser Aktivisten gerieten in Konflikt mit den Leitungen ihrer Betriebe, was mitunter Entlassungen nach sich zog. (Siehe Kapitel III.6.: Fabrik als Raum der Mobilisierung, Umkämpfte Betriebe)

287 Sessija gorodskogo Soveta nar. dep., in: Leninskoe Znamja, 14.4.1990, S. 1; Partijcy MMZ nazvali svoich delegatov, in: Rybnickij Metallurg, 14.4.1990, S. 1.

288 Volkova, Gorjačee leto 1989, S. 43-44.

289 Zuletzt fungierte er dort als »Leiter der Abteilung für die Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Organisationen« (*Načal'nik otdela po rabote s obščestvennym organizacijam*). Ebd., S. 57-62.

290 (Nichtoffizielle) Internetseite des Präsidenten der PMR. Administration des Präsidenten. Archiv, unter: <http://president-pmr.org/material/55.html> [zuletzt geprüft am 25.2.2015].

Als Štefan im September 1989 zum Vorsitzenden des neu gegründeten Vereinigten Streikkomitees auf Republikebene wurde, machte das städtische Streikkomitee in Tiraspol' Vladimir Ryljakov zum Vorsitzenden. Auch er kam aus Smirnovs Betrieb *Ėlektromaš*. Vor dem Streik war Ryljakov dort Sekretär des betrieblichen Parteikomitees. Damit gehörte er zum engsten Führungskreis des Unternehmens. Den Weg dorthin hatte er innerhalb desselben Betriebs gemacht: Der 1948 geborene Maschinenbauer war bei *Ėlektromaš* vom einfachen Dreher über die Position eines Zechenleiters zum für die Produktionsabteilung zuständigen stellvertretenden Direktor aufgestiegen.²⁹¹ 1988 wurde er zum Sekretär der Parteiorganisation in dem Betrieb, in dem er seit 1969 arbeitete, gewählt.²⁹² An diesen Posten kam er also aus der Betriebsstruktur und nicht etwa als externer Vertreter der Partei.

Im Vergleich zur All-Unionsbiographie anderer PMR-Politiker war der Lebensweg Ryljakovs geographisch also weniger bewegt. In der MSSR in Orgeeva, rechts des Dnjestr, geboren, kam er bereits mit sieben Jahren nach Tiraspol'. Im Wahlkampf 1990 verkaufte der OSTK seinen Vorsitzenden, der aus einer Arbeiterfamilie stammte, als volksnahen Politiknovizen.²⁹³ Als Betriebsparteiensekretär war Ryljakov aber bereits vor Streik und OSTK-Gründung Mitglied im *gorkom*, immerhin das zentrale städtische Gremium der Partei. Ganz unerfahren war er also nicht, als die Streik- und Autonomiebewegung seine politische Karriere in Schwung brachte. Ryljakov wurde unter Smirnov stellvertretender Vorsitzender des Stadtsowjets. Er blieb so Stellvertreter Smirnovs, mit dem er bis dahin eine Elektromaschinen-Fabrik geleitet hatte. Die Betriebsleitung von *Ėlektromaš* übernahm die Kontrolle über die Stadtregierung Tiraspols.

Nachdem Smirnov zum Präsidenten der PMR aufgestiegen war, wurde Ryljakov 1992 Vorsitzender von Stadtsowjet und Stadtexekutivkomitee, also

291 Na sessii gorsoveta, in: Dnestrovskaja Pravda, 29.3.1990, S. 1.

292 Die Wahl im Parteikomitee im November 1988 lief unter kuriosen Umständen ab. Der Abstimmungsprozess dauerte statt der ansonsten üblichen 10 Minuten 10 Tage. Es war eine eindeutige Bestätigung des Amtsinhabers erwartet worden. Diese fiel allerdings ungewöhnlich knapp aus. Das sowjetische Modell der Konsensentscheidung war außer Kraft gesetzt, verschiedene Fraktionen konkurrierten um die Macht in der Parteiorganisation – bereits hier zeichnete sich eine Frontstellung zwischen territorialer Parteiorganisation und der Betriebsleitung ab. Nachdem der nur knapp bestätigte Amtsinhaber die Wahl nicht annahm, fand ein zweiter Wahlgang statt, Vorwürfe der Wahlmanipulation wurden laut, eine Untersuchungskommission wurde eingesetzt. Bei der schließlich neu angesetzten Parteiversammlung wurde Ryljakov als Kandidat ins Spiel gebracht und zum Sekretär bestimmt. Maslennikov, V.: Skol'ko raz vybirajut sekretarja? Partijnaja žizn': otčety i vybory, in: Dnestrovskaja Pravda, 3.11.1988, S. 2.

293 25. fevralja – den' vyborov, in: Dnestrovskaja Pravda, 21.1.1990, S. 2.

»Bürgermeister« von Tiraspol'. Auf Republik-Ebene leitete er von 1990 bis 1995 das »Komitee für Verteidigung und die Rechtsschutzorgane« (*Komitet oborony i pravozaščitnych organov*) des PMR-Sowjets und war damit vor und während der kriegerischen Auseinandersetzungen 1992 für den Aufbau und die Koordination bewaffneter Einheiten des Staates mitverantwortlich. 1995 wurde er als Leiter des Ressorts für außenwirtschaftliche Beziehungen Mitglied in der PMR-Regierung.²⁹⁴ Nach 2003 nahm er den Direktorenposten in verschiedenen Unternehmen in Tiraspol' ein. Gleichzeitig blieb er Politiker und fungierte als Vorsitzender der Präsidenten-Partei PRP (*Pridnestrowskaja Respublikanskaja Partija*).²⁹⁵ Ryljakovs Stellung bei *Ėlektromaš* als Teil der Betriebsleitung war also Grundlage seiner politischen Karriere im Windschatten Smirnovs.

Auch die weiteren am Streik beteiligten Betriebe stellten Spitzenpersonal für die Bewegungsorganisationen und den neuen Staatsapparat. In gleichem Ausmaß wie MMZ und *Ėlektromaš* tat dies die Gussmaschinenfabrik *Kirov* in Tiraspol'. Aus der Möbelfabrik Nr. 5 in Tiraspol', dem Zementwerk in Rybnica, den Stahlbeton-Fabriken in Tiraspol' und Rybnica und zahlreichen weiteren schwer- und leichtindustriellen Unternehmen rückten stellvertretende Direktoren und Ingenieure in die Spitzenpositionen der transnistrischen Bewegung. Das Arbeiterkomitee in Bendery führten Ingenieure des Geräteherstellers *Pribor*, der örtlichen Maschinenbaufabrik, des Stahlbetonwerks und des Elektroapparate produzierenden Betriebs *Ėlektroapparatūra*.²⁹⁶

Kaum zu trennen von den Ingenieuren und zahlenmäßig klein ist die Gruppe der Facharbeiter, die in die Führungsgremien der Bewegung aufstieg. Der OSTK gerierte sich als Bewegung der Arbeiterklasse – in der Führungsspitze des Dnjestr-Separatismus blieben die Arbeiter aber eine Ausnahme. Einfache Arbeiter kamen kaum über die betrieblichen Streikkomitees hinaus. Schon in den städtischen Streikkomitees 1989 waren sie eine Minderheit, hier dominierten Direktoren, Ingenieure und Politiker. Auch höher qualifizierte Facharbeiter schafften es nur in wenigen Ausnahmen, sich dauerhaft in der Elite der separatistischen Bewegung zu etablieren.

294 Biographie Vladimir Ryljakov. Freie Online-Enzyklopädie »Mir Pridnestrov'ja!«, unter: http://pmr.idknet.com/wiki/index.php/рыляков_владимир_маркович [zuletzt geprüft am 25.2.2015].

295 Meldung der transnistrischen Nachrichtenagentur Lenta PMR vom 9.2.2010, <http://tiras.ru/tlnews/17108-vladimir-ryljakov-my-protiv.html> [zuletzt geprüft am 25.2.2015]; Meldung der russländischen Nachrichtenagentur Regnum vom 10.4.2009, <http://www.regnum.ru/news/transdnistria/1149628.html?forprint> [zuletzt geprüft am 25.2.2015].

296 Volkova, Gorjačee leto 1989, S. 126; Dobrov, Cel' byla odna, S. 51.

Sie hatten lange Berufskarrieren in Tiraspol' hinter sich und verfügten 1989 bereits über politische Vorerfahrung aus den betrieblichen Komitees von Partei und Gewerkschaft oder den städtischen Partei- und Sowjetgremien. Aktivisten und Propagandisten der transnistrischen Bewegung betonten den Arbeiter-Status der PMR-Spitzenpolitiker Andrej Manojlov, Pëtr Založkov und Vladimir Emel'janov und versuchten damit das Selbstbild der Bewegung als Repräsentantin der Arbeiterklasse zu untermauern.²⁹⁷ Der Separatismus im Dnjestr-Tal war aber alles andere als eine Arbeiterbewegung. Für Einzelpersonen aus einer gehobenen Industriearbeiterschaft stellte die Bewegung zwar das Vehikel für eine politische Karriere dar, aber sie war nicht darauf angelegt, die soziale Position der lohnabhängig Beschäftigten insgesamt zu verbessern und die Machtverhältnisse in den Betrieben zwischen Leitung und Arbeiterschaft zu verändern. Vielmehr übertrug die transnistrische Bewegung die betrieblichen Hierarchien in die politische Sphäre. Die leitenden Angestellten der Großbetriebe wurden zu Leitern der transnistrischen Bewegung – sie waren die »Ingenieure« der PMR-Gründung.

Die Funktionäre

Eine neue politische Karriere in der PMR machten auch politische Funktionäre des lokalen und regionalen Herrschaftsapparats. Sowjet- und Exekutiv-

297 Beispielsweise wurde Založkov im Wahlkampf 1990 als »Beispiel des neuen Typs Arbeiter-Gesetzgeber« gefeiert. (»Pëtr Aleksandrovič javljaetsja primerom novogo tipa rabočego-zakonodatelja«, Ogorodnikov, I.: Rabočij s Kirovskogo, in: Dnestrovskaja Pravda, 20.2.1990, S. 2) Emel'janov und Založkov stiegen vom Brigadeleiter beim Kirov-Werk über den OSTK in Tiraspol' in höchste Ämter in Regierung und Präsidialadministration auf. Emel'janov war über ein Jahrzehnt Vorsitzender des OSTK von Tiraspol' und der PMR und gleichzeitig Privatisierungsbeauftragter der PMR-Regierung. (Emel'janov, Vladimir: Gorel, kak fakel, in: Alfer'eva, L. (Hg.), On žizn' respublike otdal. Sbornik statej D. F. Kondratoviča i vospominanij o nëm, Bendery 2003, S. 5-6; Emel'janov, Vladimir: PMR – Primer internacional'nogo ducha, in: Alfer'eva, L. (Hg.), Slavy ne iskali. Sbornik vospominanij učastnikov sozdanija i stanovlenija PMR, Bendery 2000, S. 5-12; Predstavljajem členov ispolkoma gorsoвета, in: Dnestrovskaja Pravda, 7.4.1990, S. 2; Založkov, P.: Dovereno vozglavit' zabastkom, in: Kirovec, 22.9.1989, S. 2) Der LkW-Fahrer der »Tiraspol'trans« Manojlov schaffte es in der Gründungsphase gar kurzzeitig zum »Staatsoberhaupt« der PMR. Als stellvertretender Vorsitzender des Obersten Sowjetsy der neuen Republik vertrat er Smirnov nach dessen Verhaftung im September 1991 als »Vorsitzender der PMR«. Auch Manojlov war aber nicht einfach nur ein einfacher Arbeiter: Schon vor dem Streik 1989 war er Mitglied des Städtischen Parteikomitees gewesen. (Sostav GK KPM, in: Dnestrovskaja Pravda, 22.11.1988, S. 2.; Predstavljajem členov ispolkoma gorsoвета, in: Dnestrovskaja Pravda, 7.4.1990, S. 2; Volkova, Gorjačee leto 1989, S. 68/69)

komitee-Vorsitzende in den Städten der Region, Mitarbeiter in den Apparaten dieser Organe, Funktionäre des hauptamtlichen Gewerkschaftsapparats und in Chişinău ausgesonderte Beschäftigte der MSSR-Verwaltung waren in den Führungsgremien der separatistischen Bewegung im Dnjestr-Tal vertreten. Schon in den städtischen Streikkomitees von 1989 saßen nicht nur Delegierte aus den Betrieben, sondern auch Mitarbeiter und Leiter der jeweiligen Stadtverwaltung. In den folgenden Jahren konnten sie dann ihre Positionen in der Lokalpolitik in Ämter im Staatsapparat der neu gegründeten Republik eintauschen. Dagegen blieben die Spitzenfunktionäre der Kommunistischen Partei im Dnjestr-Tal zum großen Teil außen vor. Nur in zwei Rayons des Dnjestr-Tals setzten sich die Bezirksparteisekretäre an die Spitze der lokalen transnistrischen Bewegung, während die Parteichefs in den größeren Städten mit dem Dnjestr-Separatismus in Konflikt standen.

Die »Funktionäre« agierten in der separatistischen Bewegung auf der Grundlage ihrer Machtposition und ihrer Qualifikation gemäß als Politiker bzw. Verwalter. Lokale Machtinhaber arbeiteten als Stadtbere mit den Betriebsdirektoren und den Streikkomitees zusammen und integrierten sich so in die Streikbewegung. Einige städtische Behörden in Tiraspol' wurden im Zuge der PMR-Gründungen zu Republik-Institutionen aufgewertet und mit ihnen stiegen ihre Leiter zu Regierungsmitgliedern auf.²⁹⁸ Zudem wechselten einige Funktionäre der Zentralregierung in Chişinău aus der MSSR-Führung direkt in die PMR-Führung. Diese Experten des Regierungswesens nahmen oft im neuen PMR-Apparat eine ähnliche Position ein, in der sie vorher auf MSSR-Ebene gearbeitet hatten. Sie wurden quasi nach ihrem beruflichen Profil angeworben.²⁹⁹

Die beiden einzigen lokalen Parteiführer, die sich auf die Seite der Autonomiebestrebungen stellten, kamen in der PMR zu höchsten Staatsämtern,

298 So zum Beispiel der Leiter der Tiraspoler Gesundheitsbehörde Aleksandr Semko, der 1992 »Gesundheitsminister« der PMR wurde. (Interview mit Semko: Problemy Minzdrava, in: Trudovoj Tiraspol', 2.12.1992, S. 1)

299 Vitalij Glebov beispielsweise war Vertreter des Moldauischen Gewerkschaftsverbands für Landwirtschaft und Mitglied im Zentralkomitee der KPM und damit einer der höchsten Gewerkschafts- und Parteifunktionäre in der MSSR, bevor er 1990 in Tiraspol' seiner beruflichen Spezialisierung gemäß Leiter der »Republik-Verwaltung für Landwirtschaft und weiterverarbeitende Industrie« (*Upravlenie sel'skogo chozjajstva i pererabatyvajuščej promyšlennosti*) wurde. Bis zu Smirnovs Sturz 2011 blieb der 1938 geborene Moldauer als Präsidentenberater in der Staatsspitze der PMR. (Sostav komissij CK KPM, in: Sovetskaja Moldavija, 3.6.1990, S. 1; Dnestrovskaja Pravda, 24.8.1991, S. 2; Struktur der Administration des Präsidenten. Internetseite der Präsidialadministration der PMR, unter: http://president.pmr.gov.org/index.php?option=com_content&task=blogcategory&id=21&Itemid=85 [aufgrund des Machtwechsels nicht mehr verfügbar, Kopie beim Autor])

Grigorij Marakuca aus Kamenka und Aleksandr Karaman aus Slobodzeja. Allerdings waren sie erst 1989/90 zum jeweiligen Sekretär des Rayon-Komitees gewählt worden. Der Arzt Karaman, 1989 zum Parteisekretär im Rayon Slobodzeja bestimmt, trat zur ersten Präsidentenwahl 1991 als Smirnovs Kandidat für die Vizepräsidentenschaft an. Bis 2001 blieb Karaman stellvertretendes Staatsoberhaupt.³⁰⁰

Gegenkandidat Smirnovs bei dieser Wahl war der andere vormalige Bezirksparteichef in der Führung der separatistischen Bewegung: Grigorij Marakuca. Der Sprössling einer moldauischen Bauernfamilie schrieb eine sowjetisch-transnistrische Aufstiegs Geschichte, die ihn bis in das Amt des Vorsitzenden des Obersten Sowjets der PMR führte – das zweithöchste Amt eines wenn auch nicht anerkannten Staates. Geboren 1942 im Dorf Teja im transnistrischen Rayon Grigoriopol', die Mutter Kolchosbäuerin, der Vater gestorben im Krieg gegen die Deutschen, sammelte Grigorij Marakuca nach Absolvierung der siebenjährigen moldauischsprachigen Grundschule erste Arbeitserfahrung in der heimischen Kolchose. Der Besuch einer weiterführenden Schule mit russischsprachigem Unterricht legte den Grundstein für die folgende Karriere. Die Fachschule für »Mechanisierung der Landwirtschaft« in Dubossary durchlief Marakuca noch in der Region, bevor er während eines mehrjährigen Aufenthalts in der kasachischen Sowjetrepublik eine technische Hochschulbildung abschloss und zum leitenden Ingenieur aufstieg. 1971 kehrte er in die MSSR zurück – in den Rayon Kamenka – und wechselte im typischen Stil sowjetischer regionaler Eliten häufig Posten zwischen Politik und Wirtschaft: Vom stellvertretenden Leiter im Kraftwerk wurde er zum Mitarbeiter im Parteiapparat des Bezirks und dann Kolchosvorsteher, bevor er 1981 zum stellvertretenden Vorsitzenden des Exekutivkomitees des Rayon-Sowjets aufstieg. Bereits als profiliertes Unterstützer der Autonomiebestrebungen wurde er im August 1990 zum ersten Sekretär des Bezirkskomitees der KPM in Kamenka gewählt, wenige Monate später zum Vorsitzenden des Obersten Sowjets der PMSSR, was er bis 2005 blieb.³⁰¹

300 Zur Biographie von Karaman bis zu seiner Vizepräsidentenschaft: Soobščenie central'noj izbiratel'noj komissii PMR, in: Dnestrovskaja Pravda, 4.12.1991, S. 1. Im August 2014 übernahm Karaman den Posten eines »Außenministers« in der »Volksrepublik Donezk«, von dem er aber nach kurzer Zeit wieder zurücktrat. (Meldung des Nachrichtenportals Politrada, 17.8.2014, unter: <http://politrada.com/news/novym-ministrom-inostrannykh-del-dnr-stal-pridnestrovets-aleksandr-karaman/> [zuletzt geprüft am 25.2.2015])

301 Predsedatel' VS PMSSR Marakuca Grigorij Stepanovič, in: Dnestrovskaja Pravda, 20.2.1991, S. 1; Grigorij Marakuca – kandidat naroda, in: Dnestrovskaja Pravda, 23.11.1991, S. 2.

Die »Funktionäre« waren ein wichtiger Bestandteil des Separatismus im Dnjestr-Tal. Lokale Machthaber in transnistrischen Städten protegierten die Mobilisierungen des Streiks 1989. Viele Politiker und Funktionäre in den Städten konnten ihre Positionen halten oder ihre Ämter in der Kommunalverwaltung zu Regierungsmätern aufwerten. Die PMR-Gründung brachte zwar einige vorherige Fabrikangehörige in politische Ämter, bedeutete aber keinen umfassenden Wechsel in der Führungsschicht. Sowohl in den neu formierten Republikorganen als auch in den Institutionen der lokalen Selbstverwaltung fanden und finden sich zahlreiche vormalige Lokalpolitiker wieder. Bei dem Aufbau des neuen Staatsapparats baute die PMR-Führung auch auf erfahrene Beamte, die aufgrund der Auflösungsstendenzen in der Sowjetunion ihre Funktionärsposten in Chişinău gefährdet sahen und deshalb bereitwillig einen Posten in der neuen Republik annahmen.

Vertreter staatlicher Sicherheitsorgane

Am Aufbau von Exekutivorganen der PMR beteiligten sich auch Vertreter von sowjetischer Miliz, Militär und Geheimdiensten. In den Anfängen der politischen Bewegung gegen die Sprachgesetze spielten sie noch keine öffentliche Rolle. In den Streikkomitees oder im OSTK waren die Armee- und Polizeioffiziere kaum vertreten. Erst in der Phase der Formierung paralleler Staatsstrukturen und der Militarisierung des Konflikts in den Jahren 1990 bis 1992 traten sie als führende Figuren auf. Die Führungspositionen in den neuen Repressivorganen übernahmen dann Fachleute – Vertreter der alten sowjetischen repressiven Staatsapparate. Ein Teil dieser Akteure kam aus der Region, lediglich der Name der Behörde, bei der sie tätig waren, änderte sich. Daneben wechselten Mitarbeiter des Innenministeriums der MSSR ins Innenministerium der PMSSR/PMR. Außerdem kamen Vertreter von Sicherheitsapparaten aus anderen Teilen der Sowjetunion und beteiligten sich an der Neuformierung des repressiven Staatsapparats in der PMR. Ein wichtiges Rekrutierungsfeld von Sicherheitseliten stellte die 14. Armee dar: Von dieser sowjetisch-russländischen Armee wechselte eine dreistellige Zahl an Offizieren in die neu geschaffene »Republikanische Garde« der PMR bzw. in das »Heer der Schwarzmeerkosaken«. Ähnlich wie die Funktionäre wurden diese Akteure als professionelle Vertreter ihrer Zunft in den Aufbau des Staatsapparats integriert. Sie machten nicht im Rahmen der Streikbewegung oder in Bewegungsorganisationen der transnistrischen Bewegung Karriere, sondern stiegen vielmehr quer aus den sich umstrukturierenden und zerfallenden sowjetischen und moldauischen Staatsapparaten ein.

Eine Unterstützung der Separationsbewegung oder gar eine Regieführung durch die Sicherheitsorgane der Sowjetunion wird in zahlreichen For-

schungsarbeiten angenommen oder diskutiert. Eine herausragende Stellung nimmt in Berichten darüber der sowjetische Inlandsgeheimdienst KGB ein.³⁰² Geheime Strukturen im Hintergrund lassen sich aber bei der aktuellen Quellenlage schwer rekonstruieren. In den hier betrachteten öffentlich agierenden Gremien der transnistrischen Bewegung und des PMR-Staatsapparates waren offizielle KGB-Mitarbeiter wenig präsent. Es ist durchaus fraglich, wie viel Macht das sowjetische Staatssicherheitskomitee in der MSSR Ende der 1980er (noch) hatte. Auch unterstützten KGB-Strukturen keineswegs automatisch den Dnjestr-Separatismus. Der Zerfallsprozess der sowjetischen Staatsmacht ging mit einem Zerfall des Inlandsgeheimdienstes einher. Unterschiedliche Fraktionen innerhalb des Geheimdienstes unterstützten wahlweise die Moldauische Volksfront oder die *Interdviženie*. Eine dritte Gruppe blieb dem alten Modus treu und verurteilte alle Organisationen außerhalb der Kommunistischen Partei als »extremistisch«, nunmehr allerdings ohne die Dissidenten und Informellen damit in der gleichen Weise beeindruckend zu können wie in den Jahrzehnten zuvor.³⁰³ Zumindest in der Öffentlichkeit stellte sich der Chef der KGB-Abteilung in Tiraspol' gegen die Autonomiebestrebungen. In einer Debatte des Stadtsowjets im Herbst 1989 über die Durchführung eines Referendums erklärte er die Autonomie zur Utopie, die zur Isolation führe.³⁰⁴

Am Aufbau der Sicherheitsorgane der PMR ab 1990 waren aber durchaus vormalige KGB-Angehörige aus anderen Regionen der Sowjetunion beteiligt. So kam der Oberst im Ruhestand des belarussischen KGB und der Organe der Militärischen Gegenaufklärung, Oleg Gudymo, im August 1992 nach Tiraspol' und wurde stellvertretender Chef des Ministeriums für Staatssicherheit.³⁰⁵ Besonders aufschlussreich dafür, nach welchen Mustern Akteure aus Sicherheitsorganen anderer Unionsrepubliken in den Staatsapparat der PMR wechselten, ist die Geschichte des langjährigen Ministers für Staatssicherheit, Vladimir Antjufeev. Der mächtigste Mann im Sicherheitsapparat der PMR war vor seiner Ankunft in Tiraspol' Oberstleutnant der

302 Z. B. Chirtoagă u. Dragnev, *O istorie a regiunii transnistrene*, S. 357; Cholodjuk, *O generale*, S. 87-88; Graf, *Der Transnistrien-Konflikt*, S. 198-199; Kaufman, *Spiraling to Ethnic War*, S. 129-132.

303 Kodrjanu, *Dnestrovskij razlom*, S. 8-15. Laut dem aus einer PMR-freundlichen Perspektive argumentierenden Kodrjanu hatte der KGB im Gebiet der PMR gerade einmal 40 hauptamtliche Mitarbeiter. (S. 9)

304 *Postiženie istiny*, in: *Dnestrovskaja Pravda*, 10.11.1989, S. 2. Die Aktivisten der transnistrischen Bewegung kritisierten den KGB-Chef auch für seine negative Haltung zur *Interdviženie*. (Kodrjanu, *Dnestrovskij razlom*, S. 26; Volkova, *Gorjačee leto 1989*, S. 117)

305 Kodrjanu, *Dnestrovskij razlom*, S. 202.

Sondereinheiten der Polizei des UdSSR-Innenministeriums in Riga gewesen. Dort hatte er sich als Hardliner bei der Bekämpfung der Unabhängigkeitsbestrebungen der lettischen Sowjetrepublik hervorgetan. Nach dem Scheitern des Putsches im August 1991 in Moskau hatten ihn die lettischen Behörden zur Fahndung ausgeschrieben und Antjufeev floh über Moskau nach Tiraspol'. Unter dem Decknamen »Vadim Ševcov« machte ihn die PMR-Führung im Herbst 1991 zum Leiter der neuen Staatssicherheitsbehörde. Der Stadtkommandant der 14. Armee von Tiraspol', Michail Bergman, der enger Vertrauter des Kommandeurs der Armee Lebed' war, enthüllte die wahre Identität Antjufeevs Ende 1992 auf dem Höhepunkt der politischen Auseinandersetzung zwischen der Führung der 14. Armee und den PMR-Eliten.³⁰⁶ 20 Jahre lang leitete der in Novosibirsk geborene und aufgewachsene Antjufeev das Ministerium für Staatssicherheit der PMR.³⁰⁷ Nach der Abwahl von Igor' Smirnov im Jahr 2011 verließ er die PMR und tauchte im Jahr 2014 in der »Volksrepublik Donezk« wieder auf, wo er für einige Monate das Amt eines »Vize-Premiers« ausübte.³⁰⁸

Antjufeevs Karriere wirft ein Schlaglicht auf die allsowjetischen Verbindungen der transnistrischen Eliten einerseits und auf die Strukturen des »tiefen Staats« in der Sowjetunion in der Zeit zwischen ihrem Zerfall und der PMR-Gründung andererseits. Sie illustriert, dass der sowjetische Staatszerfall die Verselbstständigung von Teilen des Staatsapparats begünstigte und die Grauzone zwischen Sicherheitsorganen und extra-legalen profitorientierten bewaffneten Formationen vergrößerte. In dem Moment, in dem die Unionsregierung in sich zusammenbrach, wurden die ihr unterstellten Sicherheitsorgane, die gegen Unabhängigkeitsbestrebungen der Republiken mit (dem staatlichen) Gewalt(monopol) vorgegangen waren, zu gut vernetzten kriminellen Vereinigungen. Nach dem Scheitern des Moskauer Putsches im Sommer 1991 mussten diese Hardliner je nach politischer Lage die jetzt eigenständigen Staaten verlassen und sich ein neues Domizil suchen. Der transnistrische Buchautor Gennadij Kodrjanu zitiert Antjufeev bezüglich seiner Übersiedlung nach Tiraspol' folgendermaßen:

Am 24. August kam ich in Moskau an, mit 200 Rubel in der Tasche, dann fuhr ich hin und her durchs Land, im September fuhr ich auf Empfeh-

306 Prichodko, Natal'ja: Rossijskie Oficery razoblačajut rukovoditelej Pridnestrov'ja, in: Nezavisimaja Gazeta, 9.12.1992, S. 1, 3. Dazu auch Kapitel III.5.: Die 14. Armee in Moldova.

307 Kodrjanu, Dnestrovskij razlom, S. 202.

308 Byvsij šef gozbesopasnosti Pridnestrov'ja stal vice-prem'erom DNR. Meldung d. Online-Nachrichtenportals Lenta.ru, 10. Juli 2014, unter: <http://lenta.ru/news/2014/07/10/antjufeev/> [zuletzt geprüft am 25.2.2015].

lung von Alksnis nach Tiraspol'. Ich war einer von sechs anfänglichen Mitarbeitern der Verwaltung für Innere Angelegenheiten der PMR. Im Auftrag des Präsidenten begann ich mit dem Aufbau der Organe der Staatssicherheit der PMR, und dann auch des Ministeriums für Staatssicherheit. Wir sind ein echtes Problem für Moldova. Mein Lebensziel ist es, dieses Land für Russland zu bewahren.³⁰⁹

Antjufeev banalisiert in dieser Erzählung seinen Wechsel nach Tiraspol'. Er beschreibt sich selbst als Opfer der Umstände und seine Rekrutierung für das PMR-Regime als zufällig. Den Aufbau der Sicherheitsorgane der PMR lässt er als ungeplanten, spontanen Prozess erscheinen. Gleichzeitig jedoch war es mit Viktor Alksnis ein Politiker aus der Riege der sowjetkonservativen, später russisch-nationalistischen, Parlamentsabgeordneten in Moskau, der ihn nach Transnistrien vermittelte.³¹⁰ Dass er nach seiner Ankunft

309 »24 avgusta 1991 goda priedchal v Moskvu s 200 rubljami v karmane, zatem metslja po strane, v sentjabre po rekomendacii Alksnisa pribyl v Tiraspol'. Byl odnim iz šesti pervych sotrudnikov UVD PMR. Po poručeniju Prezidenta pristupil k sozdaniju organov gosbezopasnosti PMR, a zatem i ministerstva gosbezopasnosti. My predstavljajem dejstvitel'nuju problemu dlja Moldovy. Cel' moej žizni – sochranit' etu zemlju dlja Rossii.«. Zit. nach Kodrjanu, Dnestrovskij razlom, S. 202. Leider gibt Kodrjanu seinerseits keine Quelle für das Zitat an.

310 Genau genommen pendelte Alksnis vor dem August 1991 noch zwischen Moskau und Riga hin und her: Er war gleichzeitig Abgeordneter im lettischen Republik-sowjet wie auch im Obersten Sowjet der UdSSR. Im Unionsparlament begründete er mit anderen sowjetkonservativen Deputierten die Gruppe *Sojuz*, in der mit Andrej Safonov auch Abgeordnete aus Moldova mit Kontakten zur PMR vertreten waren. (Druker, G.: *Gotovitsja s'ezd »Sojuza«*, in: *Trudovoj Tiraspol'*, 7.11.1991, S. 1; Safonov, V *parlamente Moldovy*, S. 70) Nach dem endgültigen Zerfall der Sowjetunion gehörte Alksnis zur russisch-nationalistischen Opposition in der Moskauer Duma, unter anderem als Führungsmitglied der »Front der Nationalen Rettung« (*Front nacional'nogo spasenija*), die auch einen Ableger in Sevastopol' hatte (siehe Kapitel IV.5.: Sonderfall Sevastopol'). Nachdem El'cin die nationalistische Opposition im Parlament im Oktober 1993 mit militärischen Mitteln niedergerungen hatte, wurde Alksnis selbst zum Gesuchten, der untertauchen musste. In der Presse kursierten Gerüchte, er habe sich in einer der beiden abtrünnigen Regionen Moldovas versteckt, was deren Führungen aber dementierten. (*Nezavisimaja Gazeta*, 14.10.93, S. 1) Einige Jahre später war er wieder Abgeordneter der Staatsduma der RF und Mitglied der Parlamentskommission »zur Unterstützung bei der Regulierung der politischen und wirtschaftlichen Situation in Pridnestrov'e«. (Biographie Viktor Alksnis. Biographische Online-Enzyklopädie, unter: http://dic.academic.ru/dic.nsf/enc_biography/2649 [zuletzt geprüft am 25.2.2015]) Auch für die pro-russländisch-militaristischen Kreise in anderen Regionen der Ex-Sowjetunion, z. B. der Krim, war Alksnis ein in der Öffentlichkeit geehrter Partner. (Flag Rodiny, 7.3.1991, S. 3) In jüngster Zeit gehörte er zu den Mitorganisatoren der ultra-

in Tiraspol' dann umgehend mit dem Aufbau der Sicherheitsbehörden des neuen Staates betraut wurde, deutet auf eine weitreichende Verschränkung zwischen imperial orientierten Moskauer Politikern, unionsweiten Netzwerken um die sowjetischen Sicherheitsorgane und dem separatistischen Projekt im Dnjestr-Tal hin.

Ein durchstrukturiertes Vorgehen mit einem strategisch planenden Zentrum lässt sich allerdings daraus nicht ableiten. Im Kontext des Zerfalls der Sowjetunion ist unklar, welche Institution mit weiterbestehender Lenkungs-funktion Antjufeev nach Tiraspol' geschickt haben könnte. Die große sowjetische bzw. russländische Institution vor Ort, die 14. Armee, stand 1992/1993 mit dem Minister für Staatssicherheit in einen schweren Konflikt. Vor allem die Führung der Armee um Aleksandr Lebed' betrieb öffentlich die Entmachtung Antjufeevs.³¹¹ Festhalten lässt sich, dass die neuen Staatsorgane ad hoc aus dem Boden gestampft werden mussten und den Machthabern in Tiraspol' geschultes Personal für den Aufbau des neuen Sicherheitsapparats fehlte. Fündig wurden sie über ihre Kontakte zu unionsweit agierenden Politikern.

Einen relevanten Teil der transnistrischen Sicherheitsorgane und Exekutivstrukturen bauten vormalige Angestellte des *moldauischen* Innenministeriums auf.³¹² Auch hier zeigt sich der dringende Bedarf an Fachkräften auf Seiten der Separatisten bei der Einrichtung der neuen Staatsorgane. Ein solcher Personalbedarf bestand auch beim Aufbau des Militärs, der »Republikanischen Garde« und ihren Unterorganisationen. Für die Besetzung von Führungskräften in diesem neuen militärischen Verband stellte die 14. Armee den größten Rekrutierungspool dar. Gennadij Jakovlev, zu jener Zeit Kommandeur der 14. Armee der Sowjetunion, beteiligte sich am Aufbau der PMR-Armee und wurde Ende 1991 erster »Verteidigungsminister« (Leiter der Verwaltung für Verteidigung) in der ersten transnistrischen Regierung.

nationalistischen Demonstrationen, die unter dem Titel »Russischer Marsch« (*russkij marš*) laufen.

311 Prichodko, Natal'ja: Rossijskie Oficery razoblačajut rukovoditelej Pridnestrov'ja, in: Nezavisimaja Gazeta, 9.12.1992, S. 1, 3; Prichodko, Natal'ja: Byli li v Moskve pridnestrovskie boeviki? In: Nezavisimaja Gazeta, 22.10.1993, S. 3.

312 Erster Chef der »Verwaltung innerer Angelegenheiten« (*upravlenie vnutrennych del*) der PMR wurde beispielsweise der Leiter der lokalen Abteilung des Innenministeriums der MSSR in Tiraspol' Jurij Grosul. Der Vorsitzende des »Komitees zur Verteidigung der PMSSR«, das die Aufgabe hatte, eine rechtliche Grundlage zur Legitimierung der PMSSR auszuarbeiten, Aleksandr Bol'sakov, kam direkt aus der Zentrale des MSSR-Innenministeriums in Chişinău. (Kodrjanu, Dnestrovskij razlom, S. 85; Kondratovič, D.: »Zacharyč«. Naši kandidaty, in: Trudovoj Tiraspol', 12.02.1991, S. 1)

Wegen seines Engagements im PMR-Staatsapparat löste ihn das Moskauer Verteidigungsministerium als Kommandeur ab. Jakovlev übte dann jedoch auch sein Amt in der PMR nicht mehr aus und zog nach Odessa.³¹³ Aus der 14. Armee kam auch der bekannteste Warlord des Krieges im Dnjestr-Tal: Jurij Kostenko, vormals Oberstleutnant in der sowjetischen Armee, befahl ab Dezember 1991 das in Bendery stationierte Bataillon der Republikanischen Garde.³¹⁴

Die Vertreter der Sicherheitsorgane wechselten aus Institutionen des sowjetischen Staates in PMR-Organen, meist ohne dass sich ihre Funktion veränderte. Sie blieben auf ihren gelernten Tätigkeitsbereich beschränkt und nahmen keine allgemeinpolitischen Spitzenämter ein. Als öffentliche Personen agierten sie in der transnistrischen Bewegung erst, nachdem aus der Streikbewegung ein Separatismus geworden war. Während in der PMR der Aufbau neuer Staatsinstitutionen begann, zerfiel der sowjetische Staatsapparat und setzte Vertreter von Sicherheitsorganen frei, die sich mit den neuen Regierungen der unabhängig gewordenen Republiken nicht arrangieren konnten und dann nach Tiraspol' übersiedelten. Diese neuen Vertreter der Exekutive der PMR kamen häufiger aus der MSSR als aus der RSFSR oder dritten Unionsrepubliken. Der größte Teil der Belegschaft der neuen Sicherheitsorgane war aber an Ort und Stelle geblieben und es war nur die Bezeichnung des jeweiligen Amtes, die sich veränderte.

Die Akademiker

Von Anfang an waren in den Führungspositionen der transnistrischen Bewegung Aktivisten mit Hochschulabschluss, die in akademischen Berufen arbeiteten, vertreten. Lehrer und Universitätsdozenten des Fachs Geschichte, Schuldirektoren, Ärzte, Juristen und Journalisten saßen in den Führungsgremien des OSTK oder wurden Mitglied der frühen PMR-Regierungen. Eine dominante Rolle nahmen die Akademiker aber zu keinem Zeitpunkt ein – sie blieben Zuarbeiter der Machthaber aus den Industriestrukturen. Mit der Eskalation des Konflikts zwischen den transnistrischen Separatisten und Chişinău gingen dann einige der intellektuellen Aktivisten in Opposition zur Regimefraktion um Smirnov und verließen zum Teil die PMR.

Die Akademiker in der transnistrischen Bewegung stammten zum großen Teil nicht aus der Region oder hatten zumindest ihre Hochschulbildung nicht auf dem Gebiet der heutigen PMR erfahren – schließlich gab es in Ti-

313 Bergman, *Na ringe epochi.*, S. 166-168.

314 Zu Kostenko siehe Kapitel III.5.: Umkämpfte Räume, Bendery.

raspol' bis 1992 mit einem pädagogischen Institut nur eine einzige Hochschule. Dieses Institut war keineswegs von Separatisten oder Anhängern des Erhalts der Sowjetunion dominiert. Die Leitung des pädagogischen Instituts bestand bis 1991 vielmehr aus Unterstützern der neuen Sprachpolitik aus Chişinău.³¹⁵ Die Akademiker, die in der transnistrischen Bewegung Spitzenpositionen einnahmen, hatten dagegen in Chişinău, Odessa, oder zum Teil in Moskau studiert. In der Zuspitzung der Auseinandersetzung um die Richtung der Politik der MSSR Anfang 1990 kamen beispielsweise einige etablierte Wissenschaftler aus Chişinău nach Tiraspol', weil Kollegen, Institutsleitungen und die Regierung dort pro-sowjetische Positionen nicht mehr duldeten.

Die führende Historikerin der Bewegung, Anna Volkova, gehörte zu den Akademikern, die bereits in Tiraspol' verankert waren. Sie verband in den Mobilisierungsphasen die Rollen der Aktivistin und der Beobachterin. Schon 1989 schrieb sie in der Streikzeitung und bis heute gibt sie Erinnerungsbände über das Entstehen der PMR heraus, in denen die Beteiligten der transnistrischen Bewegung geehrt werden. Insbesondere Präsident Smirnov kommt dabei gut weg – ihm widmete die Chronistin der transnistrischen Bewegung die bereits erwähnte Biographie namens »*Lider*«. ³¹⁶ Für ihre treue Arbeit wurde Volkova mit wichtigen Positionen belohnt: Bis zu Smirnovs Abwahl war sie offizielle Beraterin des Präsidenten.³¹⁷

Volkova, 1956 im Oblast Kamčatka in der RSFSR geboren, begann ihren Berufsweg als Näherin in Tiraspol' in der Konfektionsfabrik »40 Jahre VLKSM«. Sie studierte und promovierte dann einige Jahre in Moskau, bevor sie 1983 – zurück in Tiraspol' – an das pädagogische Institut kam.³¹⁸ An der Streikbewegung 1989 beteiligte sie sich von Anfang an. Aus der Arbeitsgruppe für Presse und Öffentlichkeitsarbeit des Streikkomitees in Tiraspol', in der Volkova aktiv war, ging auch die Streikzeitung *Bastujuščij Tiraspol'* hervor. In diesem meist aus einer maschinenbeschriebenen Seite bestehenden Periodikum griffen die Redakteure politische Gegner mit unnachgie-

315 Ein großer Teil des Lehrpersonals, der Rektor, der Sekretär des Parteikomitees und mindestens ein Teil der Studierendenschaft sprachen sich deutlich für die neuen Sprachgesetze, die Einführung der rumänischen Trikolore sowie für den Unabhängigkeitskurs gegenüber Moskau aus. (Koškodan, M.; Toločenko, P.; Laur, M.; Čelak, Ju.: Štoby svet razvejal teni [aus Moldova Socialistă, 7.9.1989], abgedruckt in: *Bastujuščij Tiraspol'*, 8.9.1989, S. 2)

316 Volkova, *Lider*.

317 (Nichtoffizielle) Internetseite des Präsidenten der PMR. Struktur der Präsidialadministration, unter: <http://president-pmr.org/category/30.html> [zuletzt geprüft am 25.2.2015].

318 Zum Lebenslauf Anna Volkovas: Klappentext in Volkova, *Gorjačee leto* 1989.

biger Härte an.³¹⁹ Dabei standen jedoch keineswegs offen nationalistische Töne im Vordergrund. Insbesondere Volkova inszenierte sich als Vorkämpferin einer Arbeiterbewegung, »im Kampf für die Ideale des Sozialismus und des proletarischen Internationalismus«.³²⁰

Die Agitatorin der Bewegung profitierte von der PMR-Gründung in vollem Umfang. Im Frühjahr 1990 wurde sie auf dem OSTK-Ticket in den Obersten Sowjet der MSSR gewählt, kam so auch in das neue temporäre Parlament der PMSSR und wurde dort zur stellvertretenden Vorsitzenden. Gleichzeitig sorgte die Bewegung für ihren Aufstieg in der Hochschullandschaft. Nachdem die Chişinău-orientierte Institutsleitung im Herbst 1990 eine Anstellung Volkovas am Lehrstuhl für Geschichte verhindert hatte, stilisierte der OSTK den Vorfall zu einem politischen Skandal und mobilisierte mit Kundgebungen und einer Pressekampagne die Öffentlichkeit.³²¹

Um die unliebsame Institutsleitung loszuwerden und eine loyale Universität zu schaffen, fuhren die neuen Machthaber in Tiraspol' eine zweigleisige Strategie. Einerseits gründeten sie 1990 die »Staatlich-Korporative Universität Tiraspol'« und versuchten dem Pädagogischen Institut Konkurrenz zu machen. Andererseits übten sie mit allen Mitteln Druck auf das Institut und seine Mitarbeiter aus, ihre politischen Standpunkte zu revidieren und das Institut mit der neuen Universität zu vereinigen. Unter anderem führte die »Republikanische Garde« Razzien in Wohnheimen und Hörsälen durch, um die Studierenden und die Dozenten des Instituts einzuschüchtern.³²² Auf Erlass der PMR-Regierung wurden Ende Juni 1992 die neu gegründete staatlich-korporative Universität und das Pädagogische Institut schließlich zusammengeführt.³²³ Anna Volkova erhielt einen der Lehrstühle für Ge-

319 Neben Anna Volkova gehörten mit dem Betriebszeitungsjournalist Dmitrij Kondratovič und dem Ingenieur Vadim Lesničenko zwei weitere Mitarbeiter derselben Konfektionsfabrik, in der auch Volkova ihren Berufsweg begonnen hatte, zu der vierköpfigen Redaktion.

320 »[V] bor'be za idealy socializma i proletarskogo internacionalizma«, Volkova, A. Z.: Spravedlivost' vostoržestvuet! In: Bastujušči Tiraspol', 22.9.1989, S. 1.

321 Kondratovič, D.: Protiv bezzakonija, in: Dnestrovskaja Pravda, 20.7.1990, S. 1; Lesničenko, V.: Ljubima pridnestrovcami. Naši kandidaty – Anna Volkova, in: Trudovoj Tiraspol', 21.II.1990, S. 2. Seine Sprecher skandalisierten den Vorgang als politische und nationale Diskriminierung. (Dostojno sožalenija, in: Dnestrovskaja Pravda, 5.7.1990, S. 1.) Zu der Argumentation des OSTK gegen die Nicht-Anstellung von Volkova auch eine Stellungnahme des OSTK: Dnestrovskaja Pravda, 15.7.1990, S. 1.

322 Botică, G.: Pedagogičeskij institut – stojkij ostrov sredi vraždebnogo morja (aus Moldova Suverană), abgedruckt in: Trudovoj Tiraspol', 17.6.1992, S. 3.

323 Jakovlev, V.: Universitet: Budni i perspektivy, in: Dnestrovskaja Pravda, 20.3.1991, S. 2; Ajova stanovitsja bliže. Interview mit Vasilij Jakovlev, in: Trudovoj Tiraspol',

schichte. Von diesem Posten aus publiziert sie bis heute Bücher, die die Legitimation der PMR-Staatsmacht stützen. Zur Staatsmacht gehörte sie auch weiterhin selbst und blieb bis 2011 offizielle persönliche Beraterin des Präsidenten.

Rektor der neu gegründeten Universität wurde Vasilij Jakovlev, der den Aufbau der Hochschule geleitet hatte. Der auf agrarökonomische Fragen spezialisierte Jurist gehörte zu der Gruppe von Akademikern, die aus Chişinău nach Tiraspol' kamen. In der MSSR-Hauptstadt hatte der in einem Dorf bei Rybnica geborene Jakovlev Jura studiert und im selben Fach promoviert. 1988 wurde er an der Akademie der Wissenschaften Chef der Sektion für Recht in ökologischen und agrarökonomischen Fragen. Wegen seines Engagements für die sowjetkonservative *Interdviženie* und den »internationalistischen« Positionen, die er ab Frühjahr 1990 auch als Abgeordneter des Parlaments der MSSR vertrat, geriet er an der Akademie zunehmend unter Druck. Bei einer Sitzung des Präsidiums im September 1990 forderten ihn mehrere Kollegen zum Verlassen der Akademie auf, was er wenige Wochen später auch tat. In einem Artikel in der Zeitung des moldauischen Schriftstellerverbands *Literatura și Arta* wurde noch zwei Jahre später seine wissenschaftliche Kompetenz, die Qualität seiner Veröffentlichungen, die Berechtigung seiner Promotion und die Legitimität seiner damaligen Berufung an die Akademie in Frage gestellt.³²⁴ Der Transnistrien-Konflikt wurde also mit den für das Feld Wissenschaft spezifischen Mitteln auch an Universitäten und der Akademie der Wissenschaften ausgetragen.³²⁵

27.5.1992, S. 3; Nevzorov, S.: My vystradali êto, in: Trudovoj Tiraspol', 1.7.1992, S. 2. Die alte Institutsleitung ging zum großen Teil nach Chişinău und gründete dort als Rechtsnachfolger des Pädagogischen Instituts die »Staatsuniversität Tiraspol'«. (Internetseite der Staatsuniversität Tiraspol, Bildungsministerium der Republik Moldova. Istoria universităţii, unter: <http://www.ust.md/infogen/istoria> [zuletzt geprüft am 25.2.2015])

324 Cine ești dumneata, profesore V.N. Iakovlev? In: Literatura și arta, 20.8.1992, S. 2. Zur »internationalistischen« Position Jakovlevs z. B.: Platforma Jakovleva Vasilija Nikitiča, in: Rybnickij Metallurg, 6.3.1990, S. 1.

325 Die Erklärung des Chişinăuer Historikers Nikolaj Babilunga, der ebenfalls von der moldauischen Akademie der Wissenschaften nach Tiraspol' ging (und dort dann in drei Bänden der jungen Republik eine nationale Meistererzählung von der Steinzeit bis zur Gegenwart schrieb), illustriert die Sicht der auf die PMR-Seite wechselnden Intelligenz: »Die Auswahl von Kadern nach dem Grad ihrer Loyalität zum aktuellen politischen Regime, nach ihrer Bereitschaft, jeden Auftrag der Führung zu erfüllen, deuten klar auf eine Rückkehr der alten Politik der Berufsverbote und der Ausmerzungen des Andersdenkens hin.« (»Podbor kadrov po stepeni ich lojal'nost' k suščestvujuščemu političeskomu režimu, po ich gotovnosti vypolnjat' ljuboj zakaz rukovodstva jasno ukazyvajut na vozvrat staroj politiki iskorenenija inakomyslija

Mit den neuen quasi-staatlichen Strukturen im Dnjestr-Tal taten sich für die sowjetkonservativen Akademiker neue Arbeitsmöglichkeiten auf. Jakovlev wurde umgehend nach seiner Übersiedlung mit dem Aufbau der neuen Universität betraut. Auch in den Aufbau des politischen Systems der PMR war der Jurist stark involviert: Er nahm an den Sitzungen der Deputierten aller Ebenen teil, arbeitete in Arbeitsgruppen zur Vorbereitung der Staatsgründung mit und schrieb in diesem Rahmen den ersten Vorschlag für eine PMR-Verfassung. Mit der Konsolidierung des PMR-Staatsapparats geriet der Rektor der Universität aber zunehmend in Konflikt mit dem Smirnov-Regime. Jakovlev wandte sich Mitte der neunziger Jahre scharf gegen die Privatisierungspolitik der Regierung, insbesondere im Agrarsektor, und formierte mit anderen zusammen ein oppositionelles Bündnis. Der Führung ging diese Art der Dissidenz zu weit, Jakovlev verlor seinen Posten als Universitätsrektor, verließ die Region und lebt heute in Moskau.³²⁶

Die Präsenz von Akademikern in der Führung der transnistrischen Bewegung blieb deutlich hinter jener von leitenden Angestellten in Industriebetrieben und Vertretern des Staatsapparats zurück. Einige wenige jedoch, wie Anna Volkova oder die Ärzte Viktor Arestov und Aleksandr Karaman, konnten sich dauerhaft im engeren Machtzirkel der PMR festsetzen.³²⁷

9. Massenbasis aus den Betrieben: die Kriegsteilnehmer als Gefolgschaft

Der typische Anhänger der transnistrischen Bewegung, der sich für den Krieg mobilisieren ließ, kam aus der Mitte der sowjetischen Gesellschaft: Mit »mittlerer« Bildung und einer festen Anstellung in einem Betrieb kämpfte er in der Nähe seines ständigen Wohnsitzes für die Formierung einer Dnjestr-Republik. Genau dieses Milieu qualifizierter Facharbeiter galt im Selbstbild des sowjetischen Staates als das Rückgrat der Gesellschaft und hatte eine symbolische kulturelle Hegemonie inne. Diese »normalen« männlichen Sowjetbürger bildeten die wesentliche soziale Basis der Mobilisierung. Sie verteidigten mit ihrer Beteiligung am Krieg am Dnjestr, wenn schon nicht den territorialen, so doch den sozialen Status quo.

i zapreta na professii.«) Erklärung Babilungas abgedruckt in: Verju v pobedu razuma. Interview mit Babilunga, in: Dnestrovskaja Pravda, 3.8.1991, S. 1-3, S. 1.

326 Jakovlev, V.: Universitet: Budni i perspektivy, in: Dnestrovskaja Pravda, 20.3.1991, S. 2; Smirnov, Žit' na našej zemle, S. 47, 95-96.

327 Struktur der Administration des Präsidenten. Internetseite der Präsidialadministration der PMR, unter: http://president.pmr-gov.org/index.php?option=com_content&task=blogcategory&id=21&Itemid=85 [aufgrund des Machtwechsels nicht mehr verfügbar, Kopie beim Autor].

Dieses Kapitel nimmt also die Teilnehmer des Kurzkriegs von 1992 auf der Seite der PMR in den Blick. Dabei stützt es sich auf die Auswertung des »Gedenkbuchs für die Verteidiger von Pridnestrov'je«, in dem 457 getötete Kriegsteilnehmer der transnistrischen Seite aufgeführt sind.³²⁸ Das auf Regierungsbeschluss angelegte Buch widmet jedem der Getöteten einen kleinen Absatz, in dem – je nach Verfügbarkeit – zentrale Lebensdaten aufgeführt sind: Geburtsdatum, Geburtsort, Bildungsgrad, Arbeitsplatz, Kampfformation, Todestag, Todesursache, Ort des Hinscheidens.

Außer der Dominanz des Facharbeiters lassen sich noch zwei zentrale Punkte über Mobilisierung und Rekrutierungsmechanismen des Dnjestr-Separatismus aus dem Gedenkbuch herauslesen: Zum einen hatte die Mobilisierung einen weitgehend lokalen Bezugsrahmen – die allermeisten Mobilisierten kämpften in der Umgebung ihres Arbeits- und Wohnortes für die PMR. Zu diesen Akteuren mit lokaler Mobilität stießen in den bewaffneten Auseinandersetzungen zwei Gruppen hinzu, die zumindest partiell in überregionalem und strategischem Modus funktionierten: einerseits Soldaten der 14. Armee, andererseits aus politischen Motiven angereiste Kriegsteilnehmer aus anderen GUS-Republiken, vor allem Russland. Zum anderen kanalisieren nicht kulturelle Differenz und Nationalität die Rekrutierung, sondern die sozialen Strukturen des Alltags, vor allem Betrieb und Arbeitsplatz. Die Betriebe der Streikmobilisierung stellen das Gros der PMR-Kämpfer.

In einem quantitativen Verfahren sind die in dem Buch gesammelten Daten von dem norwegischen Politikwissenschaftler Pål Kolstø ausgewertet worden. Kolstø hat die Gesamtheit der Aufgeführten als repräsentativ für die Kriegsbeteiligten angenommen und mit der Gesamtbevölkerung der MSSR verglichen. Er kommt zu dem Schluss, dass Geschlechter- und Altersverteilung massiv von der Gesamtbevölkerung Moldovas abweichen – Männer zwischen 20 und 40 machen den Löwenanteil der Getöteten aus. Kolstø konstatiert, dass Russen und Ukrainer unter den toten pro-transnistrischen Kriegsteilnehmern ebenso überrepräsentiert sind wie Stadtbewohner. Nur die höher Gebildeten sind mit genau dem Prozentanteil vertreten, den sie auch in der moldauischen Gesamtbevölkerung ausmachen: 8 Prozent. Gemessen an dem in der MSSR des Jahres 1989 höheren Bildungsgrad unter

328 *Kniga pamjati zaščitnikov Pridnestrov'ja*. Mit Hilfe einer von den Stadtbehörden im Internet veröffentlichten Liste von Verstorbenen und Verschwundenen Transnistrien-Kämpfern in Dubossary (*Spisok pogibšich i propavšich bez vesti zaščitnikov Dubossar v 1990-1992 g.* Internetseite der Stadt Dubossary, unter: <http://www.dubossary.ru/page.php?165> [zuletzt geprüft am 25.2.2015]) sind Daten von sechs weiteren Kriegstoten rekonstruiert worden.

Russen, Städtern und jungen Männern ist die Intelligenzija unter den PMR-Kämpfern aber wieder unterrepräsentiert, resümiert Kolstø.³²⁹

Insgesamt ist die moldauische »Gesamtbevölkerung« eine fragwürdige Größe, um soziostrukturelle Spezifika der Zusammensetzung der Kriegsteilnehmer zu identifizieren. Zum Zeitpunkt des Krieges konnte die Bewegung längst nicht mehr in der gesamten Ex-MSSR mobilisieren. Vorstellbar wäre ein Abgleich in kleineren lokalen Räumen oder mit sozialen Kategorien, die eine stärkere Differenzierung zulassen als die Kategorie einer »Bevölkerung«. Außerdem ist die Grundannahme, dass die Getöteten für die Kriegsteilnehmer insgesamt repräsentativ seien, nicht bedingungslos zu teilen: Vielmehr ist zu vermuten, dass die soziale Position von Kriegsteilnehmern ihre Überlebenschancen erheblich beeinflusst. Privilegierte Personen und Verbände privilegierter Personen werden im Krieg in geringerem Maß gefährlichen Situationen ausgesetzt, unterprivilegierte Personen werden schneller zu »Kanonenfutter«. Der Tod im Krieg hat einen *class-bias*. Für quantifizierende Aussagen ist außerdem problematisch, dass die Angaben zu den Getöteten unterschiedlich detailliert sind. Bestenfalls sind mit Geburtsdatum und -ort, Kampfeinheit, Bildungsgrad und Arbeitsplatz sehr vielsagende Informationen vorhanden, in anderen Fällen dagegen nur Name, Geburtsdatum und Ort des Hinscheidens.

Hier sollen die Daten aus dem Gedenkbuch auf eine andere Art und Weise analysiert werden. Das Ziel ist es, Rekrutierungsfelder zu identifizieren: Von welchen Orten und welchen sozialen Positionen aus schlossen sich Akteure den Kampfformationen an? Zur Beantwortung dieser Frage wird hier nicht einfach die Gesamtmenge der Aufgeführten zugrunde gelegt, sondern diese wird nach verschiedenen Kategorien, nach auffälligen Gemeinsamkeiten, Arbeitsort, Rekrutierungsdatum oder Truppengattung, in Untergruppen aufgeteilt, die dann eingehender zu betrachten sind. Das Hinzuziehen weiterer Quellen macht hinter den Daten die (Rekrutierungs-) Geschichten von Einzelnen bzw. von gemeinsam agierenden Kleingruppen sichtbar. Diese geben nachhaltige Hinweise auf die Bedeutung von Rekrutierungsorten und -feldern.

Class-bias im Krieg: Eliten überleben

Die soziale Position der Akteure hatte eine große Bedeutung für ihre Überlebenschancen im Krieg und für die Mobilisierungswege, über die sie zur Kriegsteilnahme kamen. Das spiegelt sich auch im »Gedenkbuch der Verteidiger von Pridnestrov'e«. Der Anteil von Mitgliedern der regionalen Elite,

329 Kolstø, Conclusion, S. 257-260.

die sich bewaffneten Verbänden anschlossen, direkt an Kampfhandlungen teilnahmen und dabei starben, ist bei genauerem Hinsehen minimal.

Nur 13 der aufgeführten getöteten »PMR-Verteidiger« hatten vor den Kämpfen eine wirtschaftliche oder politische Leitungsposition inne gehabt. Die Geschichte ihrer Kampfteilnahme ist sehr unterschiedlich. So wurden am 6.7.1992 acht Betriebs- und Behördenleiter aus Dubossary, die in dem Gedenkbuch aufgeführt sind, getötet. Sie starben durch Artilleriebeschuss, als sie aus einer Besprechung im Gebäude der Stadtverwaltung kamen. Einer der Kriegschronisten der Stadt Dubossary besingt sie feierlich: »Es sind nicht einfach Menschen gestorben, sondern patriotische Leiter [*rukovoditeli*], die [...] ihre Kollektive geschickt für den Kampf mit den Okkupanten Moldovas organisierten.«³³⁰ Die Verstorbenen hatten ihre Betriebe auf die Wartung und Reparatur von Kriegsgerät umgestellt, sich an der Sicherstellung der Versorgung der Kampfverbände beteiligt und ihre Arbeiter an die Front geschickt. Selbst begaben sich diese Mitglieder der Kleinstadt-elite, mit einer Ausnahme³³¹, aber nicht in die Gefahr der Auseinandersetzungen. Dass sie dennoch zu Opfern des Krieges wurden, war ein unglücklicher Zufall oder eine gezielte Tötung, aber nicht die Folge einer direkten Beteiligung an den Kämpfen.

Zwei weitere sozial hochgestellte Aktivisten der Dnjestr-Bewegung starben bei einem Anschlag – und damit ebenfalls nicht in den Kampfhandlungen (nur einer der beiden war (hochrangiges) Mitglied eines der Kampfverbände).³³² Als einfache Kriegsbeteiligte in direkten Kampfhandlungen starben nur drei Führungskräfte, die Leiter von Kleinunternehmen waren. Im Großen und Ganzen hatte sich die regionale Elite den Gefahren einer eigenen Beteiligung im Krieg entzogen.

Dass die soziale Position von entscheidender Bedeutung für die Kriegsteilnahme und für die eigene Gefährdung und die Position innerhalb der bewaffneten Formationen war, zeigt sich auch bei einem Blick auf die Getöteten mit höheren Bildungsabschlüssen. Akademiker nahmen auf der Seite der Dnjestr-Separatisten nur in sehr geringem Umfang am Kurzkrieg 1992 teil. Eine knappe Hälfte der nur 37 Hochschulabgänger unter den Getöteten nahm eine Offiziersposition ein (unter den weniger Gebildeten ist der

330 »Pogibli ne prosto ljudi, a patrioty-rukovoditeli, kotorye [...] umelo organizyovali svoi kollektivy na rešitel'nuju bor'bu s okkupantami Moldovy.« Rudenko, Dubossary, S. 123.

331 Nur der Leiter der Kommunalwirtschaftsverwaltung, einer städtischen Behörde für Daseinsvorsorge und Infrastruktur, war nach den Angaben des Gedenkbuchs Mitglied einer Freischärler-Einheit.

332 Kniga pamjati zaščitnikov Pridnestrov'ja, S. 111.

Offiziersanteil verschwindend gering). Die Mehrzahl der toten Hochgebildeten waren Militärs und hatte eine Ausbildung an einer Militärakademie genossen. Zudem hatte sich bei einigen der toten PMR-Kämpfer ein hoher Bildungsgrad nicht in einer privilegierten beruflich-sozialen Position niedergeschlagen – sie gehörten also nicht zu einer gesellschaftlichen Elite. Aus der bildenden Zunft ist einzig ein Dozent der paramilitärischen Ausbildungsinstitution DOSAAF unter den Getöteten zu finden. Kein Schullehrer, kein Universitätsdozent ist auf der transnistrischen Seite in dem Kurzkrieg am Dnjestr gestorben. Nur eine Handvoll Studierende sind unter den Toten, davon einige junge Rekruten der 14. Armee. Insgesamt sind außer den Militärhochschulabgängern nur 19 Hochgebildete, die tatsächlich in Kampfeinheiten Mitglied waren, aufgeführt. Sie hatten an der Massenbasis der Kriegsmobilisierung einen sehr geringen Anteil.

Angereiste Konfliktteilnehmer – externe Rekrutierungsfelder

Ein Teil der Kriegsbeteiligten reiste aus anderen Gebieten der ehemaligen Sowjetunion an. Den größten Anteil daran hatten die Anhänger der nationalistischen Kosakenbewegung aus Russland. 26 der 457 Aufgeführten waren Mitglieder des »Donkosakenheeres« (*Donskoe kazač'ee vojsko*/Südrussland), des »All-Kuban-Kosakenheeres« (*Vsekubanskoe kazač'ee vojsko*/Südrussland-Nordkaukasus), des Trans-Bajkal-Kosakenheeres (*Zabajkalskoe kazač'ee vojsko*/Östl. Russland), des Orenburg-Kosakenheeres (*Orenburgskoe kazač'ee vojsko*/Ural-Region), des Kosakenheeres von Zaporož'e (*Zaporožskoe kazač'ee vojsko*/Zentralukraine) bzw. von nicht näher spezifizierten Kosakenvereinigungen aus Moskau und Odessa. Einige wenige der Angereisten schlossen sich dem in der Region neu gegründeten Schwarzmeerkosakenheer an, dessen Mitglieder sich hauptsächlich aus Bewohnern der Region rekrutierten. Für die angereisten Kosaken finden sich in dem Gedenkband meist keine Angaben über Wohnort und Beruf, weshalb sich zur sozialen Zusammensetzung dieser Gruppe keine Aussagen treffen lassen. 21 dieser 26 Personen sind einer der oben genannten Vereinigungen zugeschrieben – sie sind also in einem geschlossenen Verband mit starker ideologischer Fixierung angereist. Die Kosakenvereinigungen beteiligten sich an mehreren der spät- und post-sowjetischen Konflikte und stilisierten sich als Nachfolger der historischen Kosaken, die in bewaffneten Verbänden in der Peripherie des Zarenreiches die staatliche Herrschaft sicherten. Wie bereits beschrieben, sahen sich diese großrussischen Nationalisten verpflichtet, am Dnjestr »russländische Erde zu verteidigen«. ³³³ Zeitgenössische Presseberichte stellten Vermutun-

333 »[M]y zaščičaem rossijskie zemli.« Interview mit dem »Donkosakenataman« Vik-

gen an, die russländischen Kosaken seien als Söldner angeheuert, womöglich vom Moskauer Verteidigungsministerium³³⁴, belegt ist diese Aussage jedoch nicht. Dass sich die starke ideologische Motivation mit finanziellen Interessen vereinigte, lässt sich aber nicht ausschließen. Die angereisten Kosaken stellten eine besondere Gruppe unter den Kriegsbeteiligten dar.

Außer den Mitgliedern der auswärtigen Kosakenvereinigungen lässt sich kein großer Anteil an angereisten Konflikteilnehmern identifizieren: Nur 15 der Getöteten, deren Lebensmittelpunkt aus den Informationen hervorgeht, kamen von außerhalb der MSSR. Allerdings ist der Wohnort nur bei 341 Personen angegeben, für 76 der aufgeführten Transnistrien-Kämpfer liegt diesbezüglich keine Information vor. Gibt es Grund anzunehmen, dass sich dahinter ein großes Kontingent an in Russland und der Ukraine mobilisierten Kämpfer verbirgt? Ein Blick auf diese Gruppe der zum Zeitpunkt der Rekrutierung nicht zu verortenden Kämpfer lässt es nicht als wahrscheinlich erscheinen, dass die Mobilisierungen in anderen Teilen der Sowjetunion relevante Ausmaße hatten. 14 Aufgeführte waren zum Zeitpunkt ihres Todes bzw. ihres Eintritts in eine PMR-Formation Angehörige der sowjetischen Armee – in erster Linie der in der Region stationierten 14. Armee. Ihr Lebensmittelpunkt ist aus diesem Grund nicht eindeutig zu benennen. Die Geburtsorte der restlichen sind nicht auffällig anders verteilt als die der verorteten »Verteidiger«. Aus Presseberichten bekannt sind die Aufrufe der nationalistisch-prosowjetischen Organisation »Werkätiges Russland« (*Trudovaja Rossija*), die in Moskau Freiwillige für den Einsatz in Transnistrien warb.³³⁵ In der Ukraine mobilisierten die Nationalisten von der UNA-UNSO für einen Einsatz in der PMR und kämpften dort Seite an Seite mit den ansonsten als Feinden angesehenen russischen Nationalisten.³³⁶ Diese weiteren externen Mobilisierungen blieben aber in ihrer Bedeutung deutlich hinter denen der Kosaken-Bewegung zurück. Für die Rekrutierungsmuster der transnistrischen Bewegung waren sie nicht maßgeblich und für den Kriegsverlauf nicht ausschlaggebend.

tor Ratiev, zit. nach: Rotar', Igor': ›Ètič prezidentov nado gnat' k čertovoj babuške', in: Nezavisimaja Gazeta, 26.3.1992, S. 3.

334 Minasjan, L.: Kažetsja, bez ›našič' ne obchoditsja ni odna vojna. Rossijsko-Moldavskaja družba spotknulas' o Pridnestrov'e, in: Nezavisimaja Gazeta, 13.3.1992, S. 3.

335 Rotar', Igor': Kazaki na Dnestre, in: Nezavisimaja Gazeta, 24.3.1992, S. 3.

336 Matsuzato, Mežpravoslavnye otnošenija, S. 209.

Soldaten der 14. Armee

Eine weitere besondere Gruppe der Getöteten waren die Soldaten der 14. Armee. Als Gesamtverband griff die zu großen Teilen am Dnjestr stationierte Armee, wie oben dargestellt, nicht in den Krieg ein, aber Angehörige und Unterverbände der Armee beteiligten sich auf unterschiedliche Art und Weise. Bei der Bewertung der Zahlen gilt es zu bedenken, dass gut ausgerüstete und ausgebildete Soldaten in einem gut organisierten Verband tendenziell deutlich weniger Verluste erleiden als schwach strukturierte paramilitärische Formationen, die den Transnistrien-Krieg prägten.

Nicht in jedem Fall ist die Kriegsteilnahme von Soldaten aus der 14. Armee aus dem Gedenkbuch eindeutig zu bestimmen. Nur ein kleiner Teil der getöteten Armeeingehörigen fiel tatsächlich den Kämpfen um die PMR zum Opfer. Die meisten genannten starben in einer Kaserne im zwischen Tiraspol' und Bendery gelegenen Dorf Parkany: 21 Soldaten wurden am 22. Juni 1992 bei einer Explosion auf dem Kasernengelände getötet. Ob sich diese im Gedenkbuch aufgeführten »Verteidiger der PMR« tatsächlich an Kampfhandlungen beteiligt hatten, lässt sich nicht sagen.³³⁷ Aufschlussreich ist aber die Zusammensetzung der Gruppe für die Rekrutierungsmuster der 14. Armee. Neben einem Major aus Odessa und einem Leutnant aus Chişinău wurden 19 junge Rekruten im Alter von 18 und 19 Jahren getötet. Ein Rekrut stammte aus Russland, zwei aus dem restlichen Teil der Republik Moldova, aber das Gros dieser Verstorbenen wurde direkt im Dnjestr-Tal rekrutiert (oder war zumindest dort geboren worden). Außer diesen auf dem Kasernengelände getöteten Dienstleistenden starben noch zwischen fünfzehn und zwanzig weitere Soldaten der 14. Armee der RF.³³⁸ Auch von ihnen sind mehr als die Hälfte in der Region rekrutiert worden. Einige hatten in den Betrieben gearbeitet, aus denen auch zahlreiche der Freischärler kamen, wie in der Kolchose von Parkany oder dem Kraftwerk in Dnestrovsk. Die Grenzen zwischen einer zentralstaatlich flächendeckend organisierten Rekrutierung und einer Affiliation auf der Basis der Dynamiken der trans-

337 Der heute in München lebende PMR-»Dissident« Anatolij Cholodjuk, früher Korrespondent von *Radio Pridnestrov'e* und dann von der Zeitung der 14. Armee, schreibt in einem Buch über Lebed', dass sich die Rekruten durch eine Unachtsamkeit selbst in die Luft sprengten und dass er von seinem Vorgesetzten bei *Radio Pridnestrov'e* daran gehindert worden sei, darüber wahrheitsgemäß zu berichten. (Cholodjuk, O generale, S. 44-45)

338 Die vage Angabe ist der Ungenauigkeit der Angaben in dem Gedenkbuch geschuldet. Zahlreiche Verstorbene werden als Dienst leistende Soldaten oder als Armeeingehörige bezeichnet, ohne dass spezifiziert wird, ob es sich dabei um die 14. Armee handelte.

nistrischen Bewegung – zwischen der Armee auf der einen Seite und der Bewegung auf der anderen Seite – zeigten Auflösungstendenzen. Dieses »Ausfransen« des sowjetischen Militärapparats zeigt sich auch darin, dass einige Soldaten aus dem Dienst bei der 14. Armee zu PMR-Formationen wechselten.³³⁹

Ein weiteres Charakteristikum der in der Quelle aufgeführten Mitglieder der 14. Armee sind die Orte, an denen sie getötet wurden. Während mehr als die Hälfte der insgesamt Getöteten, bei denen der Ort ihres Todes bekannt ist, in Bendery bei der Kriegseskalation Ende Juni 1992 starb, kamen die Heeressoldaten der 14. Armee andernorts um. Nur zwei starben in Bendery bzw. an der Brücke über den Dnjestr zwischen Tiraspol' und Bendery. Die meisten Soldaten starben in Parkany, 22 kamen auf dem Gelände des Armeestützpunkts ums Leben (21 davon bei der erwähnten Explosion). Insgesamt erlitt die Armee also kaum Verluste in den Kämpfen, sondern vorrangig auf militärem Terrain. Vorteile bei Ausbildung und Ausrüstung waren ein Grund dafür, dass die Armeesoldaten in geringem Maße in Kämpfen umkamen. Der geringe Anteil von Armeesoldaten an den Toten des Kurzkriegs am Dnjestr deutet aber auch darauf hin, dass sie sich in geringem Maße in schwere Kämpfe stürzten. Die Bedeutung der am Krieg beteiligten Einheiten bestand eher in der drohenden Präsentation des Potentials an schweren Waffen, als in der Beteiligung an verlustreichen Stellungskriegs- oder Häuserkampfinsätzen.

Lokale Rekrutierung – die Massenbasis

Lässt man die Gruppen mit besonderen Rekrutierungsmechanismen, wie die Soldaten der 14. Armee und die angereisten Kosaken außen vor, ergibt sich ein Bild von Rekrutierungsmustern, das auch Aussagen über die separatistische Bewegung jenseits des Kriegs bereithält. Die Kriegsbeteiligten und die getöteten Kämpfer sind ein – wenn auch spezifischer – Teil der mobilisierten Anhängerschaft des Dnjestr-Separatismus.

Einige große Gruppen, aus denen sich aktive Anhänger der gesamten Bewegung rekrutierten, fehlen unter den Kriegstoten weitgehend. So sind mit vier Ausnahmen in dem Buch ausschließlich Männer aufgeführt, während

339 Bei sieben getöteten Angehörigen von bewaffneten PMR-Formationen lässt sich in dem Gedenkbuch nachvollziehen, dass sie vorher in der 14. Armee gedient hatten, darunter Aleksander Kučer, der zum Kommandeur des »Heeres der Schwarzmeerkosaken« wurde. (Bogovid, Černomorskoe kazač'e vojsko, S. 16, 37). Wie oben beschrieben, wechselten auch zahlreiche Offiziere der 14. Armee in den Dienst der »Republikanischen Garde« der PMR. Siehe Kapitel II.5.: Input aus dem Homeland, 14. Armee.

in der politischen Bewegung starke Frauenorganisationen aktiv waren. Auch die in der politischen Bewegung wortstark vertretene akademisch-geisteswissenschaftliche Intelligenz taucht unter den Kriegstoten, wie gesagt, praktisch nicht auf. Die Betriebsdirektoren, die in den Führungsgremien der Bewegung und der frühen PMR eine so große Rolle spielen, machen unter den Toten des Transnistrien-Kriegs ebenfalls einen verschwindend geringen Anteil aus.

Die getöteten PMR-Kämpfer repräsentieren aber durchaus einen bedeutenden Teil der *Basis* der Bewegung. Der Großteil von ihnen waren qualifizierte Arbeiter in städtischen Industriebetrieben und in geringerem Ausmaß bei kleineren Infrastrukturdienstleistern. Die Mobilisierungen der Streikbewegung drei Jahre zuvor schlugen sich deutlich in der Kriegsmobilisierung nieder: Ein ganz erheblicher Anteil der Toten stammte aus Betrieben, die innerhalb der Streikbewegung führend waren.

Die Dominanz des Facharbeiters zeigte sich auch am Bildungsstand. Drei Viertel aller im Gedenkbuch aufgeführten transnistrischen Kriegsteilnehmer hatte eine »mittlere« (*srednoe*) oder eine »mittlere-technische« (*srednoe-techničeskoe*), »mittlere-spezialisierte Bildung« (*srednoe-special'noe obrazovanie*). Die große Mehrheit der Kämpfer auf der transnistrischen Seite hatte also nach der Mittelschule eine Berufsausbildung absolviert. Sie hatten keine höhere Bildung an Universitäten, Militärakademien oder anderen höheren Partei- und Kadernschulen genossen.³⁴⁰

Die Rekrutierung in ländlichen Gebieten konzentrierte sich auf einzelne Landwirtschaftsbetriebe, die ebenfalls bereits zu den Streikunterstützern gezählt hatten. Einige hatten gleich mehrere Tote zu beklagen. Insgesamt blieb die rurale Rekrutierung ein punktuelles Phänomen. Auch Kolchosen, in denen die PMR-Gründung unterstützt wurde, sahen ihre Aufgabe mehr in der Versorgung mit Lebensmitteln als in der Mobilisierung von Personal für die Kampfhandlungen.

Städtische Betriebe

Eine Mehrheit der Transnistrien-Kämpfer arbeitete in einem städtischen Industriebetrieb. Für die Rekrutierung der paramilitärischen Freischärlerverbände (*narodnoe opolčenie*) spielten die Betriebe eine große Rolle. Zahlreiche Kampfeinheiten wurden direkt am Arbeitsplatz gebildet. So spiegelt sich die Streikmobilisierung von 1989 in der Zusammensetzung der bewaffneten Einheiten der PMR wider: Die größte Anzahl an Toten hatten die

340 Pål Kolstø beziffert die Zahl der Beteiligten mit Hochschulbildung auf 8 Prozent. (Kolstø, Conclusion, S. 259)

Belegschaften des Gussmaschinenherstellers Kirov und der Baumwolltextilfabrik PChBO in Tiraspol' mit 13 bzw. 12 Toten. Beide Betriebe hatten bei den Streiks eine wichtige Rolle gespielt. Aus der PChBO kamen führende Aktivisten des OSTK, auch wenn die Arbeitsniederlegung im Betrieb nicht von Anfang an unangefochten war. Die Gussmaschinenfabrik Kirov hatte die Streikbewegung angeführt.³⁴¹ Zehn der 13 toten *Kirovcy* waren Mitglieder der Freischärler-Verbände gewesen. Diese wurden direkt im Betrieb rekrutiert, nach Lesart der betriebseigenen Presse meldeten sich die Maschinenbauer freiwillig dafür. Die Arbeiter des Kirov-Werks bildeten drei »Rotten« mit je ca. hundert Mann. Während einige wenige der Betriebsmitarbeiter in die Garde und in das Schwarzmeerkosakenheer übergangen, die stärker militarisiert und spezialisiert waren, blieb das Gros der rekrutierten *Kirovcy* in der jeweiligen Freischärler-Rotte zusammen. Gemeinsam mit den Kollegen kämpfte man zunächst in Košnica, dann in Dubossary und am Höhepunkt der Kämpfe in Bendery. Nach den Berichten von Kriegsteilnehmern dauerten die Einsätze ca. eine Woche, wonach die Freischärler in den Urlaub entlassen wurden, bevor sie erneut eine Woche an Kampfhandlungen teilnahmen. Das absolute Gros der Belegschaft der Gussmaschinenfabrik arbeitete jedoch weiter in der Fabrik und nahm nicht an den Kampfhandlungen teil.³⁴²

Die größten Verluste hatten – nach Städten gezählt – die Betriebe in Bendery zu verzeichnen. Auch hier kamen die Getöteten aus den Betrieben, die am Streik beteiligt waren und deren leitende Angestellte das »Arbeiterkomitee« gebildet hatten. Rybnica und die dort gelegenen Betriebe hatten weniger Opfer zu beklagen. Das MMZ verbucht in der firmeneigenen Geschichtsschreibung für sich zwar die größte Freischärler-Gruppe aus einem Werk mit ca. 700 Kämpfern. Diese erlitt aber nur geringe Verluste – 3 tote Kollegen betrauern die *Metallurgi* aus Rybnica als Opfer des Krieges am Dnjestr 1992. Eine größere Zahl an Toten hatte von den Betrieben in Rybnica das Zementwerk mit sieben Toten – es hatte ebenfalls zu den wichtigen Aktivposten in der Streikmobilisierung gezählt.

Für die Freischärler-Verbände waren also die städtischen Industriebetriebe das wichtigste Rekrutierungsfeld. Die großen Betriebe stellten jeweils mehrere Hundert Kämpfer, die in eigenen Kampfeinheiten zusammenblieben. Aus diesen Betrieben kam die Massenbasis des Dnjestr-Separatismus also

341 Zur Rolle dieser Betriebe in der Streikbewegung siehe Kapitel III.6.: Fabrik als Raum der Mobilisierung.

342 A. I. Bol'sakov: Vo imja obščeј celi, in: Kirovec, 14.8.1992, S. 1; Na vojne kak na vojne, in: Kirovec, 14.8.1992, S. 1; Otgremev, zakončilis' boi, in: Kirovec, 21.8.1992, S. 1; V edinom bratstve vojskom, in: Kirovec, 28.8.1992, S. 1-2.

nicht nur während der politischen Mobilisierung, sondern auch in der Phase des gewalttätigen Konflikts.

Landwirtschaftsbetriebe

Eine Minderheit der getöteten Transnistrien-Kämpfer kam aus dem ländlichen Raum. Die genaue Quantifizierung ist schwierig, weil die Trennung zwischen Stadt und Land als sowohl geographisch als auch als sozialisationsprägendes Moment in den einzelnen Biographien nicht eindeutig ist. Pål Kolstø hat in dieser Frage den Geburtsort aller Aufgeführten zur Grundlage genommen und hat ermittelt, dass ca. 52 Prozent der Getöteten aus der Stadt und 36 Prozent vom Land stammten.³⁴³ Hierbei bezieht er sich auf den im Gedenkbuch verzeichneten Geburtsort. Dieser allein sagt aber wenig über die Sozialisation der Betroffenen und den Weg zu einer Beteiligung an der transnistrischen Bewegung aus. Hier wird deshalb der Wohn- und Arbeitsort in den Blick genommen, um Besonderheiten der Rekrutierungsmuster in Stadt und Land zu identifizieren. Dabei bleibt das Problem der fehlenden Trennschärfe freilich bestehen: Einige Kämpfer kamen aus »Siedlungen städtischen Typs« (*posëlok gorodskogo tipa*), eine sowjetische Kategorie für kleine Kleinstädte. Da die meisten von ihnen in urbanen Arbeitswelten tätig waren, werden sie in dieser Auswertung nicht als Bewohner ländlicher Regionen erfasst. An einigen Stellen sind die Orte schlichtweg nicht in Stadt oder Land einzuordnen: Die Dörfer Lunga und Korževo beispielsweise sind längst im Siedlungsraum der Stadt Dubossary aufgegangen, und seit den hier beschriebenen Ereignissen tobt ein politischer Streit darüber, ob sie ein Stadtbezirk oder administrativ unabhängige Dörfer sein sollen. Eine weitere Gruppe, die nicht klar zuzuordnen ist, sind Armeeingehörige, die in Kasernen auf dem Land stationiert waren. Da diese Stationierung unabhängig vom sozialen Ort der Rekrutierung stattfand, werden sie bei der Betrachtung der Rekrutierung auf dem Land nicht beachtet.

Es bleiben 34 Personen, die zum Zeitpunkt ihrer Rekrutierung in die bewaffneten Einheiten der PMR-Seite (außerhalb der Kasernen der russländischen Armee) auf dem Land lebten. Die Mehrheit arbeitete in landwirtschaftlichen Betrieben oder anderen Einrichtungen in Dörfern. Aus den meisten dieser Kolchosen und Landwirtschaftsschulen kamen nicht einzelne, sondern mehrere Getötete. Insgesamt konzentrieren sich die Getöteten aus der Landwirtschaft auf gerade einmal acht Betriebe. Die transnistrische Bewegung konnte also nur in einzelnen Betrieben mobilisieren, während in einem Großteil der Landwirtschaftsbetriebe keine Personen re-

343 Kolstø, Conclusion, S. 259.

krutiert wurden. Diese wenigen Betriebe unterstützten den Dnjestr-Separatismus dafür jedoch massiv.

Ein Beispiel für diese Unterstützung durch Landwirtschaftsbetriebe ist die Kolchose »Lenin« des Dorfes Parkany. Sie gehörte mit sechs Getöteten zu den Betrieben mit dem größten Aderlass überhaupt. Fünf der sechs Kolchosarbeiter wurden im Juni 1992 (drei davon am selben Tag, und zwar erst am 20. Juni) in die bewaffneten Einheiten rekrutiert und starben in Parkany, Bendery bzw. Dubossary. Schon während des Streiks hatte die Kolchose öffentlich die Bewegung unterstützt und 10 000 Rubel für die Streikkasse gespendet.³⁴⁴ Einer ihrer leitenden Angestellten, Michail Kiričenko, der 1990 auch Vorsitzender des Dorfsowjets wurde, übernahm nach der ersten Parlamentswahl in der PMR den Kommissionsvorsitz für »Nationale Politik und zwischennationale Beziehungen« und gehörte somit zur Führungsspitze der PMR.³⁴⁵ Die Unterstützung des Dnjestr-Separatismus durch die Kolchose war in Parkany also auch von einer PMR-freundlichen Lokalpolitik flankiert.

Bei den Landbewohnern noch häufiger als bei den Städtern stimmen Geburtsort, Arbeits-/Rekrutierungsort und der Ort des Todes überein. Freischärler und Mitglieder der paramilitärischen »Territorialen Rettungseinheit« (*Territorial'no-spasatel'nyj otrjad*), die aus umkämpften Orten stammten, wurden dort also jeweils auch eingesetzt. Im nördlichen Rayon Rybnica kam es nicht zu kriegerischen Auseinandersetzungen, deshalb kämpften die von dort kommenden Freischärler an den nächst gelegenen Kampfplätzen um Dubossary. Die meisten rekrutierten Landarbeiter kamen aber aus den umkämpften Dörfern um Bendery, Grigoriopol' und Dubossary und wurden jeweils vor Ort eingesetzt.

Die Landbewohner insgesamt und die Kolchosarbeiter im Speziellen machten also nur eine kleine Minderheit unter den Transnistrien-Kämpfern aus. Nur aus einer begrenzten Zahl von Landwirtschaftsbetrieben der Region gingen Landarbeiter in die transnistrischen Kampfformationen. Beteiligung oder Nicht-Beteiligung am bewaffneten Konflikt und die Parteinahme standen im Kontext der scharfen politisch-sozialen Hierarchien in den Dörfern. Die Kolchosarbeiter, die letztendlich für die PMR in den Krieg zogen, hatten nur einen begrenzten Spielraum, sich gegen die Parteinahme der Kolchosleiter und Dorfvorsteher zu stellen.

344 Podderžka trudovoj slobodzejšiny, in: Bastujuščij Tiraspol', 13.9.1989, S. 1.

345 Dimitriev, I.: Ba, znakomye vse lica! In: Nezavisimaja Moldova, 28.1.1992, S. 1; Biographie Michail Fëdorovič Kiričenko. Freie Online-Enzyklopädie »Mir Pridnestrov'ja!«, unter: http://pmr.idknet.com/wiki/index.php/кириченко_михаил_федорович [zuletzt geprüft am 25.2.2015].

Angestellte bei Staat und Dienstleistungsbetrieben

Die Angestellten, die auf der PMR-Seite in den Kampfhandlungen umkamen, lassen sich in drei Gruppen einteilen: Mitarbeiter von staatlichen Repressivorganen, von staatlichen Infrastruktur- und Daseinsvorsorgebetrieben sowie von weiteren Dienstleistungsbetrieben, die zum Teil ebenfalls staatlich waren, aber nicht zum Staatsapparat im engeren Sinne gehörten. Zusammen machen diese Angestellten ein Fünftel der getöteten Transnistrien-Kämpfer aus.³⁴⁶

Die Mitglieder staatlicher Repressionsorgane (außer dem Militär), die im Dienste der PMR-Separation gestorben sind, machen nur eine kleine Gruppe aus. Ein Dutzend Personen ging von Miliz, Verkehrspolizei oder auch den »Arbeitereinheiten für die Unterstützung der Miliz« (ROSM) in PMR-Formationen über. Die Toten sind Einzelpersonen aus unterschiedlichen Einheiten, kollektive Übertritte unter die PMR-Jurisdiktion spiegeln sich im Gedenkbuch nicht wider. Eine Unbekannte in Bezug auf die Bedeutung staatlicher Repressionsorgane als Rekrutierungsbasis bewaffneter Formationen der Transnistrier stellen mögliche Affiliationen zu KGB und anderen Geheimdiensten dar. Selbige sind dem Wesen der Sache entsprechend nicht angegeben. Trotz der Wissenslücken lässt sich festhalten, dass die Rekrutierung in staatlichen Repressionsorganen mit der in den Industriebetrieben nicht mithielt. Die Massenbasis des Dnjestr-Separatismus kam nicht aus den staatlichen Repressionsorganen.

Die Dienstleistungs- und staatlichen Versorgungsbetriebe stellten den Löwenanteil der staatlichen und nicht-staatlichen Angestellten, die bei den Kriegshandlungen starben. Diese kamen aus einer breiten Varianz an Betrieben und Ämtern: von der Feuerwehr und kommunalen Stromversorgern, aus dem Telekommunikationsamt, Großhandelsdepots, einem Kindergarten, dem Cafe *Čudesnyj* in Tiraspol' und einem Dutzend nicht näher spezifizierter, zum Teil sicherlich privater Kleinunternehmen. Aus diesen Betrieben und Organisationen ist im Gedenkbuch jeweils nur eine Person aufgeführt. Nur in zwei Ausnahmefällen starben mehrere Personen aus einem solchen Dienstleistungsbetrieb.³⁴⁷

346 84 Personen (von 409, die nicht als Angereiste oder als Soldaten der 14. Armee identifiziert wurden) konnten eindeutig dieser Kategorie zugeordnet werden – zahlreiche Grenzfälle und die Unvollständigkeit der Angaben relativieren den Wert der Quantifizierung.

347 Darunter hatte das Handelskontor »Depot Bendery« sechs Tote zu beklagen und gehört damit zu den Spitzenreitern unter den transnistrischen Betrieben. Das spiegelt aber nicht die Zahl der Kriegsteilnehmer aus dem Unternehmen wider, sondern vielmehr die Gefährlichkeit des Einsatzgebietes der betreffenden Freischär-

Die Arbeiter und Angestellten aus dem tertiären Sektor waren nicht nur in der politischen Phase des Konflikts ein relevanter Teil der transnistrischen Bewegung, sondern auch im Krieg am Dnjestr. Nach den Industriearbeitern stellten sie die zweitwichtigste Gruppe.

Wer ist der Rest?

Von den 409 im Gedenkbuch Genannten (ohne die angereisten Anhänger der Kosakenbewegung und Soldaten der 14. Armee) bleiben bei 59 Betrieb und Tätigkeitsfeld offen. Wer diese Leute waren, ist nicht eindeutig, die vorhandenen Angaben deuten nicht darauf hin, dass sich diese Kämpfer von den anderen erheblich unterscheiden. Einige davon waren aus der Russländischen Föderation angereist, andere waren aus der Region. Eine knappe Mehrheit dieser Kriegsteilnehmer war im Dnjestr-Tal geboren, eine jeweils starke Minderheit stammte aus dem Moldova westlich des Dnjestr bzw. aus der restlichen Sowjetunion. Vom Bildungsgrad unterscheiden sie sich nicht markant von der Gesamtheit der Getöteten.

Einzelne fielen freilich deutlich aus dem Rahmen der von Facharbeitern dominierten Bewegung. Über fünf Personen sagt der Kurztext im Gedenkbuch lapidar: »Er arbeitete nicht.«³⁴⁸ Eine Person wird als »Hausfrau« (*Domochozjajka*) geführt, ein anderer als Pensionär ausgewiesen – er war bei seiner Rekrutierung (und bei seinem Tod nur einen Tag später) 62 Jahre alt. Damit war er allerdings nicht ganz der älteste unter den getöteten Transnistrien-Kämpfern, unter denen sich noch ein 63-Jähriger befand.

Bei den meisten aus diesem »Rest« finden sich jedoch keine Angaben. In dieser Gruppe könnten angereiste Freiwillige und Marginalisierte vom Rande der Sowjetgesellschaft einen größeren Anteil haben. Ungelernte Hilfsarbeiter, Söldner oder klein- und großkriminelle Gewaltexperten, die man als wichtige Teilnehmergruppe eines bewaffneten Konflikts erwarten könnte, sind in der Quelle nicht zu identifizieren. Das liegt in der Logik des Gedenkbuchs und nicht daran, dass es diese Gruppe nicht gegeben hätte. Details, an denen derartige Vorgeschichten deutlich werden könnten, sind in der Quelle nicht aufgeführt.³⁴⁹ Im Gesamtbild ist diese unidentifizierte

ler-Einheit: Die Mitarbeiter des Depot Bendery wurden in der nur wenige Tage dauernden Eskalation des Krieges in Bendery getötet. Zwei davon waren erst wenige Tage zuvor in den Freischärler-Verband eingetreten.

348 »Ne rabotal«, Kniga pamjati zaščitnikov Pridnestrov'ja, z. B. S. 124.

349 Damals Beteiligte, die später in Opposition zur PMR-Regierung gingen, berichten davon, dass beispielsweise das Bataillon des Feldkommandanten Jurij Kostenko mit Gefängnisinsassen, die freigelassen wurden, aufgefüllt wurde. (Cholodjuk, O generale, S. 49)

Gruppe mit um die 50 Personen aber nicht dominant. Der Krieg am Dnjestr wurde nicht zum Aufstiegskarussell für marginalisierte Milieus der sowjetischen Gesellschaft. Eine große Mehrheit der Beteiligten machten die gelernten Arbeiter aus. Die »normalen Sowjetbürger« drückten der Bewegung ihren Stempel auf, ihr Habitus dominierte die Mobilisierungen.

Rekrutierungsmuster:

lokaler Konflikt, freiwillige Rekrutierung, Gruppenzwang

Ebenso wie für die Streikbewegung lässt sich auch für die Rekrutierung für den Krieg nicht umfassend klären, inwieweit die Mobilisierten aus innerer Überzeugung an den Kämpfen teilnahmen oder sie durch Maßnahmen Dritter dazu gezwungen wurden. Die neuen PMR-Institutionen arbeiteten 1992 durchaus bereits mit Formen einer staatlichen, eingeschränkt flächendeckenden Rekrutierung, die über die Mobilisierung von Freiwilligen und Anhängern hinausging. Wie beschrieben, schufen sich auch innerhalb der Industriebetriebe die Betriebsleitungen eine zunehmende Zugriffsmöglichkeit auf die Arbeitskraft als Kampfkraft.³⁵⁰ Für einzelne Fälle lassen sich im Gedenkbuch kollektive Rekrutierungen im Betrieb rekonstruieren, die neben persönlichen Beziehungen der Rekrutierten auch Zwangsmaßnahmen der Betriebsleitungen zur Grundlage haben könnten. Trotzdem muss die Einreihung in eine bewaffnete Formation und die letztendliche Beteiligung an den Kämpfen als eine aktive Handlung verstanden werden. Die große Mehrzahl der Bewohner des Dnjestr-Tals und auch der Betriebsbelegschaften beteiligte sich nämlich nicht an den Kämpfen. Einige Zehntausend Bewohner der Region entzogen sich den Kämpfen durch Flucht.³⁵¹ Nach Darstellung von Kriegsteilnehmern verließen auch bereits Rekrutierte in mehreren Fällen die Kampfeinheiten. Militärrechtliche Konsequenzen sind nicht überliefert, in den Berichten wird ein solcher Rückzug auch nicht als Desertion oder Verweigerung kodiert. Sanktioniert wurde das Verhalten durch das Absprechen von Mut und Männlichkeit. Da die Befehlsketten in den PMR-Verbänden schlecht funktionierten und die Freischärler-Verbände militärisch nicht gut organisiert waren, entstanden vielerorts Räume mit unklarer Befehlslage, in denen die Bindung an die Face-to-Face-Gruppe, die durch den militärisch-ideologischen Kitt von Kameradschaft, Tapferkeit, Männlichkeit und Ehre zusammengehalten wurde, für das Handeln bestimmend war. So fasst die Betriebszeitung *Kirovec* Augenzeugenberichte von Freischärlern des Kirov-Werks folgendermaßen zusammen:

350 Siehe Kapitel III.6.: Fabrik als Raum der Mobilisierung.

351 Bericht des Rechtsschutzzentrums »Memorial«.

Als der Befehl über den Abzug aller bewaffneten Formationen aus Bendery eintraf, begab sich die Rotte Andrej Lopatins in die Festung, und nach der Bestätigung des Befehls, ging sie nach Parkany raus. Einige hielten es nicht mehr aus, zogen sich nach Tiraspol' zurück. Die Übrigen kehrten nach Bendery zurück.³⁵²

Die schwache Organisation der PMR-Formationen, insbesondere der weniger militärisch professionalisierten Freischärler-Verbände, war auch die Ursache dafür, dass zahlreiche PMR-Kämpfer in den ersten Tagen nach ihrem Beitritt in eine Formation getötet wurden. 40 der Aufgeführten, bei denen Rekrutierungs- und Todesdatum erfasst sind, also zehn Prozent der Aufgeführten insgesamt (ohne Kosaken und Soldaten der 14. Armee), starben in der ersten Woche nach ihrem Eintritt in eine Kampfseinheit. Drei Kämpfer starben noch an demselben Tag, an dem sie registriert wurden, neun weitere am Tag nach ihrer Registrierung. Drei Viertel dieser schnell Getöteten waren im Freischärler-Verband, nur einige wenige in der »Territorialen Rettungseinheit« und dem Kosakenheer. Die Mitglieder der am stärksten militarisierten Einheit – der Garde – waren nicht davon betroffen. Die meisten dieser schnellen Todesfälle ereigneten sich während der Eskalation des Kriegs in Bendery. Um den 20. Juni herum rekrutierten die PMR-Formationen noch einmal massiv Personal, welches umgehend in den Kampf geschickt wurde. Der chaotische Kampf im Stadtzentrum von Bendery und die Unordnung in den bewaffneten Einheiten der transnistrischen Seite waren vermutlich die Grundlage eines achtlosen Umgangs mit den Menschenleben der eigenen Kämpfer – letztendlich »verheizte« die PMR-Führung Teile ihrer Massenbasis in schlecht organisierten, mangelhaft ausgebildeten und unzureichend ausgerüsteten Verbänden.

Diese Massenbasis wurde unweit ihrer Wohn- und Arbeitsorte eingesetzt. Die in Bendery rekrutierten Arbeiter und Angestellten starben in Bendery, die in Dubossary rekrutierten Arbeiter starben in Dubossary und den Dörfern der Umgebung. Die PMR-Kämpfer aus Rybnica wurden in den von ihnen aus nächstgelegenen Dörfern nördlich von Rybnica eingesetzt. Die in der Hauptstadt Tiraspol' Rekrutierten kämpften und starben in den nahe gelegenen Städten Bendery und Dubossary. Insgesamt kamen aber deutlich weniger der Getöteten aus Tiraspol' als aus Bendery. Gegenüber dem wesentlich kleineren Dubossary (130 000 gegenüber 20 000 Einwohnern) hatten die Tiraspoler PMR-Kämpfer nur geringfügig mehr Opfer zu beklagen.

352 »Kogda postupil prikaz o vyvode vseh vooruzennyh formirovanij iz Bender, rota Andreja Lopatina zašla v krepost', a zatem, posle podtverzdenija prikaza, vyšla v Parkany. Neskol'ko čelovek ne vyderžali, ušli v Tiraspol'. Ostal'nye vernulis' v Bendery.« V edinom bratstve vojskom, in: Kirovec, 28.8.1992, S. 1-2, S. 2.

gen (84 gegenüber 59). Die Masse der Getöteten machten also Bewohner derjenigen Orte aus, an denen gekämpft wurde. Das zeigt, dass die transnistrischen Streitkräfte die Mehrzahl ihrer Kämpfer vor Ort rekrutierten. Zumindest wurden an den gefährlichen Orten vor allem solche lokal rekrutierten Kämpfer eingesetzt. Die PMR-Seite verfügte nur in geringem Umfang über strategisch einsetzbare Truppen, die zentral ausgehoben wurden. Die Streitkräfte der Separatisten bestanden vorrangig aus lokalen Verbänden. In dem Maße, in dem diese ebenso lokalen Polizeiformationen und Freiwilligen-Verbänden der moldauischen Nationalisten gegenüberstanden, bestand auch der Konflikt aus mehreren lokalen Machtkämpfen. Er war somit mehr als nur *ein* großer Krieg mit zwei strategisch agierenden Zentren.

Gender

99,1 Prozent der getöteten »Verteidiger Transnistriens« waren Männer, hat Pål Kolstø errechnet. Das überrascht nicht. Bewaffnete Formationen waren und sind im Allgemeinen der »exklusivste Männerclub der Welt«³⁵³, wie es die Feministin Susan Brownmiller formulierte. Männlichkeitswerte wie Mut und Ehre, die Idee eines männlichen Gewaltmonopols, Frauenausschluss und Homophobie sind neben der Feindkodierung (meist durch Nationalismus) die zentralen Pfeiler, auf denen die ideelle Einheit von Kampfverbänden basiert. Die transnistrischen Verbände unterschieden sich nicht grundlegend von dieser Normalität bewaffneten gewalttätigen kollektiven Handelns.

In der Phase der politischen Mobilisierung hatten von Frauen getragene Organisationen im Dnjestr-Separatismus noch eine größere Rolle gespielt. Diese Organisationen beschäftigten sich keineswegs nur mit friedlichen Demonstrationen, sondern agierten mehrfach als Zuträger für die bewaffneten Formationen. Als größten eigenen Erfolg verbuchten sie die Waffenbeschaffung: Mit Demonstrationen und Blockaden von Armeekasernen erzwangen die Aktivistinnen des »Frauenstreikkomitees« im Herbst 1991 und im Frühjahr 1992 die Übergabe von Waffen der 14. Armee an PMR-Formationen – so die Erzählung der PMR-Geschichtsschreibung. Mit öffentlichen Kampagnen beteiligte sich die Frauenorganisation auch an der Rekrutierung von Soldaten der 14. Armee und rief zur Suche nach Deserteuren auf. In der Eskalation der bewaffneten Kämpfe begaben sich Mitglieder der Frauenorganisation in die Schützengräben, um die gegnerische Seite abzuhalten weiterzuschießen. Die Frauen formulierten nicht den Anspruch, gleichberechtigte

353 Susan Brownmiller, zit. nach Stiglmayer, Alexandra (Hg.): Massenvergewaltigung. Krieg gegen die Frauen, Frankfurt a. M. 1993, S. 195.

Teilnehmerinnen des bewaffneten Konflikts zu werden – das Krieg-Führen war auch aus ihrer Sicht Männersache. Ein weitgehend traditionelles Frauenbild dominierte die Mobilisierungen: Frauen als Mütter und Zuarbeiterinnen für die Männer. Das entsprach auch den dominierenden Ideen in der Bewegung. In der Dankesrede an die Kriegsteilnehmer nach Beendigung des Einsatzes drücken die Worte des Direktors des Gussmaschinenwerks Kirov Anatolij Bol'šakov die Idee eines männlichen Gewaltmonopols aus:

Als die Männer in den Krieg zogen [...]. Auch unsere Frauen blieben nicht tatenlos. Sie nahmen an Barmherzigkeitsveranstaltungen teil, sie besuchten Verwundete, unterstützten die Verteidiger, wo sie konnten, sie behüteten ihr Haus, sie retteten die Kinder, sie halfen Flüchtlingen. Danke, liebe Frauen.³⁵⁴

Wer waren also die wenigen Frauen, die sich in diesem Umfeld trotzdem an den Kampfhandlungen beteiligten? Zwei der vier aufgeführten Frauen waren nicht Mitglieder einer bewaffneten Einheit, sondern starben gemeinsam mit anderen Betriebsleitern vor dem Rathaus in Dubossary: die Direktorin der städtischen Brotfabrik und die Direktorin der regionalen Konsumgütervereinigung (*Rajpotrebojuz*). Eine Person wird als »Hausfrau« geführt. Augenscheinlich wurde sie gemeinsam mit ihrem Ehemann rekrutiert. Die beiden gleichnamigen Personen traten am selben Tag in die territorialen Rettungseinheiten ein, traten später zum selben Datum zur Republikanischen Garde über und starben am selben Tag im Januar 1992. Die Rekrutierung funktionierte hier wohl auf der Grundlage von »Familie« oder »Freundschaft«. Zu guter Letzt bleibt noch eine relativ Unbekannte: Eine 18-jährige Moldauerin, die in Chişinău geboren wurde, starb im nahe Dubossary gelegenen Dorf Dorockoe als Freischärlerin. Frauen blieben marginal in den PMR-Einheiten, der normale »Verteidiger Transnistriens« war ein Mann.

Nationalität

In der wissenschaftlichen Aufarbeitung der postsozialistischen innerstaatlichen Konflikte wesentlich präsenter als die Kategorie Gender ist die Nationalität. Für die Akteure des Transnistrien-Konflikts hatten die vom Staat zugeschriebenen Kollektivzugehörigkeiten durchaus eine Bedeutung. Sie

354 »Kogda ušli na vojnu mužčiny [...]. Naši ženščiny tože ne ostavalis' v storone. Oni učastvovali v akcijach miloserdija, naveščali ranenych, podderživali zaščitnikov vsem, čem mogli, oni oberegali svoj dom, oni spasali detej, oni pomogali bežencam. Spasibo vam, dorogie žeščiny!« A. I. Bol'šakov: Vo imja obščej celi, in: Kirovec, 14.8.1992, S. 1.

spielten im Denken und Reden in der Bewegung eine große Rolle und wirkte auch jenseits expliziter Kommunikation. Wie gesehen verbarg sich hinter der Rhetorik von »Internationalismus« und »Arbeiterklasse« eine implizite Norm des Russisch-Seins. Was aber war die Bedeutung der Kategorisierung nach Nationalität für die Rekrutierung in die transnistrische Bewegung? Pål Kolstø errechnet zu diesem Thema eine erhebliche Überrepräsentation von Russen und Ukrainern: 40 Prozent der toten Kriegsteilnehmer seien Russen gewesen, gegenüber einem zwölfprozentigen Anteil an der Gesamtbevölkerung der MSSR, den Kolstø als Referenzgröße nimmt. Weitere 28 Prozent der Getöteten waren Ukrainer. Auch die Kosaken zählt Kolstø als eigene Nationalität und beziffert sie mit 6 Prozent. 9,5 Prozent der Getöteten werden als Moldauer geführt.³⁵⁵ Die Darstellung dieser Überrepräsentation der Russen suggeriert einen Kausalzusammenhang zwischen Nationalität und dem politischen Handeln in dem Konflikt.

Was sagen diese Zahlen, die dem Alltagsbewusstsein so selbst erklärend erscheinen, wirklich aus? Um diese Frage zu beantworten, wäre zunächst zu klären auf welcher Grundlage die Verfasser der Quelle die Kriegsteilnehmer Nationalitäten zugeordnet haben. Man kann nur vermuten, dass der Pässeintrag das entscheidende Kriterium war. Von dieser institutionellen Zuordnung lässt sich aber nicht automatisch auf einen Zusammenhang mit politischen Loyalitäten der Passinhaber schließen. Da die sowjetischen Behörden die Pässeinträge nach der Nationalität der Eltern vornahmen und nicht nach Sprache, haben sie auch nur eine begrenzte Aussagekraft über die Sprachkompetenzen oder -präferenzen der kategorisierten Personen.

Moldauer sind in dem Gedenkbuch durchaus unterrepräsentiert. Lediglich 45 der Getöteten, ein knappes Zehntel³⁵⁶, werden als Mitglieder der Titularnation der MSSR geführt. Das Programm der ersten Stunde der Bewegung, die Sprachgesetze zu stoppen, erschien der Mehrzahl der Moldauisch-Sprechenden sicherlich weniger dringlich als den russischsprachigen Arbeitern in den Städten (unabhängig davon, welche Nationalität in den Ausweis eingetragen war). Die danach in den Mittelpunkt rückenden Punkte, Erhalt der Sowjetunion und Gegnerschaft zu den rumänisch-nationalistischen Demonstrationen in Chişinău, hatten dann womöglich eine höhere Anschlussfähigkeit für Moldauer im Dnjestr-Tal.

355 Kolstø, Conclusion, S. 260.

356 Bei dem Zensus von 1989 machten die Moldauer knapp 40 Prozent der Gesamtbevölkerung der Region am Dnjestr aus. (O'Loughlin, John; Kolossov, Vladimir; Tchevalyga, Andrei: National Construction, Territorial Separatism, and Post-Soviet Geopolitics in the Transdnister Moldovan Republic, in: Post-Soviet Geography and Economics 39 (1998), Nr. 6, S. 39, S. 332-358)

Die getöteten Moldauer unterscheiden sich kaum von den Angehörigen anderer Nationalitäten in der transnistrischen Bewegung. Die Mehrzahl kam aus den städtischen Industriebetrieben und aus dem Staatsdienst. Der Anteil an Landarbeitern unter den Moldauern im Gedenkbuch ist leicht überdurchschnittlich. Noch eindeutiger als die restliche, sich im Gedenkbuch widerspiegelnde Massenbasis gehörten die Moldauer in der transnistrischen Bewegung zu den unteren Klassen: Nur ein Einziger hatte ein niedriges Offiziersamt inne, keiner hatte eine höhere Bildung durchlaufen, keiner der Einträge im Gedenkbuch enthält sonstige Hinweise auf eine Zugehörigkeit zu einer gesellschaftlichen Elite. Auch hier reproduzieren sich die regionalen sozial-strukturellen Verhältnisse mit der Benachteiligung der Moldauer, bzw. der Kategorisierung eines Großteils der benachteiligten Landbevölkerung als Moldauer, in der transnistrischen Bewegung. Sie hatte Kolchosarbeitern mit einem »Moldauisch« im Pass wenig anzubieten, weshalb diese sich auch in geringem Maß an der separatistischen Mobilisierung beteiligten. Nicht zuletzt war der Dnjestr-Separatismus auch eine städtische Bewegung und für die Bewohner ländlicher Regionen, die zu einem viel höheren Anteil der Titularnation angehörten, allgemein weniger attraktiv.

Während also in den Augen vieler Forscher diese Überrepräsentation von Russen und Ukrainern den Konflikt zu einem »ethnischen Konflikt« zwischen Ostslawen und Moldauern macht, legt die PMR-Geschichtspolitik die Betonung auf das – neben Ukrainern, Russen, Belorussen und »Kosaken« – restliche Sechstel: Sie kodiert die eigenen Reihen als »multinational«. Neben den Moldauern sind in dem Gedenkbuch Angehörige weiterer 16 der sowjetischen Nationalitäten aufgeführt, darunter ein Tschuvasche, ein Kalmücke, ein Mariec, ein Tscheche, ein Jude und zwei Deutsche.

Bei aller abschreckenden Wirkung, die die ablehnende oder überhebliche Haltung gegenüber einer moldauisch-sprachigen Landbevölkerung oder auch der mindestens latente Antisemitismus in der separatistischen Bewegung gehabt haben mag: Die Rekrutierung in den Dnjestr-Separatismus lief nicht entlang (abstrakter) nationaler Linien, sondern über Betriebe und andere Sozialisationszusammenhänge, in deren Machtstrukturen die Beteiligten eingebunden waren.

10. Zusammenfassung

In der medialen Betrachtung wird die PMR häufig als »Museum des Kommunismus«³⁵⁷ gesehen. Lenin-Statuen und Hammer, Sichel und Roter

357 Zum PMR-Bild in westlichen Medien: Troebst, Staatlichkeitskult im Pseudo-Staat, S. 963/964.

Stern im Staatswappen erscheinen als untrügliche Zeichen dafür, dass sich starke Traditionslinien aus der Sowjetunion in die heutige PMR ziehen. Betrachtet man die transnistrische Bewegung, zeigt sich, dass in diesen stereotypen Darstellungen immerhin ein Fünkchen Wahrheit liegt: die Bewegung war tatsächlich eng mit den sowjetischen Staats- und Gesellschaftsstrukturen verknüpft. Der überwiegende Teil der Führungsmitglieder kam aus den Machtapparaten der UdSSR und aus der Nomenklatura. Zudem bediente sich die Bewegung in der Mobilisierung der Sprache der sowjetischen Bürokratie. »Internationalismus«, »Patriotismus« und »Arbeiterklasse« waren die zentralen Schlagworte der transnistrischen Bewegung. Die Vertreter des zentralen sowjetischen Machtapparats, die lokalen Funktionäre der KPdSU, beteiligten sich aber nur eingeschränkt am Dnjestr-Separatismus und wurden gar zeitweise zu dessen politischen Gegnern.

Hinter den in der Sprache der sowjetischen Bürokratie vorgetragenen Mobilisierungsdiskursen des Dnjestr-Separatismus, verbarg sich wie im Herrschaftsdiskurs der UdSSR eine Norm des Russisch-Seins. Für die Parteinahmen für oder gegen den Separatismus war aber trotz dieser »unsichtbaren Norm« keineswegs vorrangig die Nationalität entscheidend, sondern vielmehr die Einbindung der betreffenden Personen in soziale Hierarchien und Institutionen. Für das Gros der Beteiligten war der Betrieb die zentrale Sozialisationsinstanz, über die sie rekrutiert und mobilisiert wurden. Im Kurzkrieg 1992 kämpften die Parteien dann um die Zugehörigkeit von Polizeirevierern, Einheiten der 14. Armee wechselten aus der zerfasernenden regulären Truppe zu den Separatisten und aus anderen Teilen der ehemaligen Sowjetunion kamen Vertreter der alten Sicherheitsapparate und übernahmen vergleichbare Funktionen im Dnjestr-Tal. Städtische Verwaltungsbehörden und sogar lokale Vertretungen des MSSR-Innenministeriums wurden zu den neuen Behörden der PMR. Dafür, ob sich eine Person an den Mobilisierungen des Dnjestr-Separatismus beteiligte oder nicht, war ihre institutionelle Einbindung von überragender Bedeutung – auch wenn einzelne Betroffene sich trotz erhöhter Kosten für *opt-out* Szenarien entschieden, und auch wenn der Kontext des Staatszerfalls diese Einbindung oft sehr kleinteilig werden ließ, weil die größeren Hierarchiezusammenhänge nicht mehr funktionierten.

Der Prozess des Zerfalls war beim zentralen Machtapparat der UdSSR, der Kommunistischen Partei, ganz besonders stark. Anders als es die eingangs zitierten Medienbilder suggerieren, kann sie nicht ohne Weiteres als Träger des Dnjestr-Separatismus eingeordnet werden. Die lokalen Strukturen der Partei in Ost-Moldova waren in der Frage Autonomie und PM(ASS) R-Gründung vielfach gespalten. Die Partei-Spitzen in den Städten des Dnjestr-Tals stellten sich entschieden dagegen. Das während des Protests ge-

gen die moldauischen Sprachgesetze neu entstandene OSTK war für sie ein Konkurrent um die politische Macht.

Die wichtigsten Führungsfiguren des Dnjestr-Separatismus waren die Betriebsleiter der großen Industriebetriebe. Sie konnten »ihre« Arbeiter auf der Grundlage der sowjetischen Betriebsstrukturen, die den Direktor mit einer großen und politisierten Machtfülle ausstatteten, mobilisieren. Die Markt-reformen der Perestrojka und der Rückzug der Partei- und Wirtschaftsbürokratie machte sie noch mächtiger. Die Beschäftigten der Betriebe hatten materiell und politisch wenig Alternativen. Vor dem Hintergrund der beginnenden Transformationskrise und drohender Massenarbeitslosigkeit versprach das politische Projekt der Betriebsdirektoren immerhin einen Erhalt des sozialen Status Quo. Diese Interessenvermittlung zwischen Leitungen und Beschäftigten innerhalb des Betriebs wird hier als »konservativer Betriebskorporatismus«³⁵⁸ gefasst. Vom sowjetischen sozialen Status quo blieben für die Industriearbeiterschaft im Dnjestr-Tal letztendlich jedoch kaum mehr als Versatzstücke von Rhetorik und Staatssymbolik erhalten.

358 »Korporatismus« soll hier in Anlehnung an die Regulationstheorien die Formierung einer klassenübergreifenden Koalition, die widersprüchliche Interessen vereint, bezeichnen. Als zentrales Mittel zur Vereinigung dieser Koalition wird häufig der Nationalismus bzw. ein Prozess der »Ethnisierung des Sozialen« gesehen. (Becker, Joachim: *Akkumulation, Regulation, Territorium. Zur kritischen Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie*, Marburg 2002, S. 264-265; Hirsch, Joachim: *Herrschaft, Hegemonie und politische Alternativen*, Frankfurt a.M. 2002, S. 82/83; 96)

IV. Der pro-russländische Separatismus auf der Krim: Netzwerke einer politischen Bewegung

1. Vom Oblast zur Autonomen Republik: Aufstieg und Niedergang der pro-russländischen Bewegung

Ende der 1980er Jahre diskutierten Parteifunktionäre, Wissenschaftler und Dissidenten heftig über die Zukunft der Krim. Im Zentrum stand der territoriale Status der Halbinsel. Mit dem sich schleichend ankündigenden Zerfall des Staates stand die Frage territorialer Veränderung überall in der UdSSR auf der Tagesordnung. Die Perestrojka hatte die Dezentralisierung der Macht zur Leitlinie erklärt. Folge war die »Parade der Souveränitäten« – lokale und regionale Politiker versuchten den Status der von ihnen geführten Verwaltungseinheiten zu verbessern. Dieser Prozess macht auch vor der Krim nicht halt. Deren bewegte Geschichte im sowjetischen Verwaltungssystem, von der quasi krimtatarischen Autonomie bis zum Transfer von 1954, gab den Debattenteilnehmern besonders heißen Diskussionsstoff.

Gleichsam automatisch kam mit dem gesellschaftlichen Wandel also eine »Krim-Frage« auf die Tagesordnung. Ende der 1980er Jahre wurde diese im Oblast-Komitee der KP auf der Krim, im Obersten Sowjet der Halbinsel, aber auch in den zentralen Machtinstitutionen in Moskau debattiert. Die Gremien von Partei und Parlamenten konzipierten die Statusveränderung zunächst jedoch nicht als Autonomie, sondern es kursierte der Vorschlag, die Krim zum »All-Unions-Sanatorium« (*Vse-sojuznaja zdravnica*) zu erklären. Die Moskauer Politiker kannten die sonnige Halbinsel nicht zuletzt von Kur- und Urlaubsaufenthalten. So wie sie die Krim sahen, so konzipierten sie auch die politisch-administrative Zukunft des Gebiets: Die Halbinsel sollte der gesamten Sowjetunion als Urlaubsort weiter zur Verfügung stehen. Das Konzept war allerdings bereits in der Vorbereitung eines Gesetzesvorschlags in der zuständigen Parlamentskommission sehr umstritten. Für die Krim beinhalteten die Vorschläge starke ökonomische Einschränkungen – weitere Industrieinvestitionen sollten gestoppt und die Krim wirtschaftlich allein vom Tourismus abhängig gemacht werden. Dass 1990 das Oblast-Exekutivkomitee der Krim, also die Bezirksregierung, Zustimmung zu dem Gesetzesprojekt signalisierte, zeugt weniger von Sezessionsbestrebungen der damaligen Krim-Führung gegenüber der Ukraine als von der Bereitschaft, sich einer all-sowjetischen Arbeitsteilung unterzuordnen. Die Gesetzesprojekte für ein All-Unions-Sanatorium wurden schließlich von der politischen Entwicklung überholt, als das Referendum im Januar 1991 den Oblast Krim zur Autonomen Republik machte.¹

1 Gesetzesprojekt der UdSSR über die Anerkennung der Krim als Kurort allgemeinge-

Die Klärung der Position der politisch maßgeblichen Kräfte auf der Krim, nicht zuletzt der regionalen Strukturen der Kommunistischen Partei, zur Autonomiefrage war der Endpunkt eines längeren Prozesses. Am 4. Oktober 1989 fand im »Haus der politischen Aufklärung« des Oblast-Komitees eine große »wissenschaftlich-praktische Konferenz« zum Thema »Dialektik der Entwicklung der zwischennationalen Beziehungen in der UdSSR unter den heutigen Bedingungen«² statt. Dort diskutierten Wissenschaftler und Journalisten, Parteisekretäre und die Chefs der Kommunalverwaltungen, Aktivistinnen informeller politischer Organisationen und die Vertreter politischer Vereinigungen der Minderheiten über die Bedeutung der Thesen des ZK-Plenums zur Nationalitätenpolitik der KPdSU für die Krim und über deren Umsetzung vor Ort. Das höchste Parteigremium der UdSSR hatte in seinem Papier über ausgebrochene und potentielle gewalttätige »zwischenationale« Konflikte rasoniert und die Maßgabe ausgegeben, dass eine kollektive Rückkehr der Angehörigen der unter Stalin deportierten und später rehabilitierten Nationalitäten in ihre vormaligen Wohnortregionen zu gewährleisten sei. Diese Vorlage verarbeiteten die Parteivertreter und Lokalpolitiker auf der einen Seite und Historiker der Staatsuniversität und andere Intellektuelle auf der anderen Seite in ihren Beiträgen sehr unterschiedlich. Die Wissenschaftler diskutierten über die Ethnogenese der Krimtataren und darüber, ob die Karaimen judaisierende Krimtataren seien, oder führten die Höhlenstadt Mangup-Kale als Beweis für die metahistorische Multinationalität der Halbinsel an. Die grundsätzlichen Erwägungen aus den geisteswissenschaftlichen Disziplinen eröffneten ein breites Spektrum an Möglichkeiten für eine territoriale Neuordnung der Krim: Die Universitätsprofessoren und Aktivistinnen der informellen Bewegung³ debattierten über die Möglichkeit einer territo-

schaftlicher Bedeutung. GA RF, Nr. f. 9654, op. 7, d. 628, l. 7-15; Stenogramme der Sitzungen des Komitees des Obersten Sowjets der UdSSR zur Bewahrung der Gesundheit des Volkes. GA RF, Nr. f. 9654, op. 7, d. 628, l. 16-98; Schreiben des Vors. des Exekutivkomitees des Oblast-Sowjets der Krim an das Komitee zur Bewahrung der Gesundheit des Volkes des Obersten Sowjets der UdSSR. GA RF, Nr. f. R-9654, op. 7, d. 136, l.22-23.

2 »Dialektika razvitiija mežnacional'nych otnošenij v SSSR v sovremennyh uslovijach«, Mežnacional'nye otnošenija: Puti soveršenstvovanija. V poiskach vernych rešenij, in: Krymskaja Pravda, 5.10.1989, S. 1-3.

3 Als »informelle Bewegung« (*neformal'noe dviženie*) oder »Informelle« (*neformaly*) verstanden sich in der Perestrojka die neu gegründeten politischen und sozialen Gruppierungen. Der Begriff differenziert nicht nach politischen Spektren und/oder nach Tätigkeitsfeldern. Von der Punkband über Bewegungen für Denkmalschutz bis hin zu nationalistischen Organisationen wurden alle Zusammenschlüsse, die sich außerhalb der sowjetischen Massenorganisationen konstituierten, darunter gefasst. Zum Selbstverständnis der Informellen z. B.: Juščenkov, Sergej: Neformaly. Social'nye

rialen statt einer nationalen Autonomie der Krim und hofften, damit einem krimtatarischen Anspruch auf eine solche zuvorzukommen. Eine »russische« Autonomie war im sowjetischen Nationalitätsdiskurs nicht denkbar. Ansinnen in dieser Richtung versteckten sich zum Beispiel in dem Vorschlag der Gründung einer Republik »Tavrida« – ein Begriff, der auf die Benennung der Halbinsel als Verwaltungseinheit im russischen Zarenreich verweist und den mit krimtatarischer Tradition assoziierten Namen »Krim« vermeidet. Die Abspaltung von der Ukraine war in diesen Debatten kein Tabu, im Gegenteil waren gar eindeutige Aussagen möglich wie: »Es ist völlig klar, dass die Krim nicht im Bestand der Ukraine bleiben kann und darf.«⁴

Die Parteifunktionäre formulierten bei dieser Konferenz im Herbst 1989 dagegen vorrangig ein pragmatisches Interesse daran, den Prozess der Rückkehr der Krimtataren politisch zu steuern. Die Parteisekretäre aus den Rayons nannten Zahlen zugezogener Krimtataren, diskutierten Finanzierungsfragen, stellten Überlegungen an, wo die Zugezogenen arbeiten könnten, oder vermeldeten, durchaus nicht ohne paternalistisch-diskriminierenden Ton, dass sich Rückkehrer in diesem oder jenem Betrieb als arbeitsfähig herausgestellt hätten. Für sie bedeutete die Maßgabe, die Thesen des September-Plenums in konkrete Maßnahmen umzusetzen, nicht die Ausarbeitung einer politisch-visionären politischen Zukunft der Krim.⁵ Sich mit höher gelegenen Organen und Staatsinstitutionen in einen Konflikt zu begeben, gehörte nicht zu den Handlungsoptionen, welche die lokalen Parteifunktionäre abzuwägen bereit waren.

Die abwartende und pragmatische Haltung auf der Konferenz war paradigmatisch für die Rolle der Parteiführung zu jener Zeit. Anfang 1990 gab das Oblast-Komitee der Partei »Leitlinien für die Aktivität der Oblast-Parteiorganisation zur Harmonisierung der zwischennationalen Beziehungen auf der Krim«⁶ heraus. Hier spiegelten sich neben den Vorgaben des ZK der KPdSU einige der historisch-ethnographischen Einwürfe jener Wissenschaftler, die an der Konferenz zwei Monate zuvor teilgenommen hatten. Die Parteiführung konzipierte eine multinationale Krim und mahnte eine zentralstaatliche Planung und Finanzierung (durch Moskau

iniciativy, Moskau 1990; Gromov, A.; Kuzin, O.: *Neformaly. Kto est' kto?* Moskau 1990.

- 4 Jurij Gorbunov, Geschichtsdozent der Staatlichen Universität Simferopol', wiedergegeben in: *Mežnacional'nye otnošenija: Puti soveršenstvovanija. V poiskach vernych rešenij*, in: *Krymskaja Pravda*, 5.10.1989, S. 1-3., S. 2.
- 5 *Mežnacional'nye otnošenija: Puti soveršenstvovanija. V poiskach vernych rešenij*, in: *Krymskaja Pravda*, 5.10.1989, S. 1-3.
- 6 *Osnovnye napravlenija dejatel'nosti oblastnoj partijnoj organizacij po garmonizacii mežnacional'nych otnošenii v Krymu*, in: *Krymskaja Pravda*, 12.1.1990, S. 1-2.

und Kiew) für die Rückkehr der Krimtataren an. Die Erforschung der Geschichte der Krim und der Krimtataren und die Ausbildung von Krimtatarisch sprechenden Kadern wurde zur Chefsache erklärt. In der Frage des territorialen Status blieben die Leitlinien aber unkonkret und beinhalteten keine politische Forderung oder Strategie. Das Konzept des »All-Unions-Sanatoriums« wurde erneut erwähnt, wie auch die »territoriale Rechnungsführung«, die zu den Standardformulierungen der Perestrojka gehörte. In der bürokratischen Sprache des Parteiapparats, die dessen Ratlosigkeit angesichts des gesellschaftlichen Wandels in sich trug, hieß es in den Leitlinien, dass »es zielführend wäre, die Suche nach einer optimalen Variante des staatlich-rechtlichen Status der Krim, die am meisten den Perspektiven der Entwicklung der Region und den Interessen ihrer multinationalen Bevölkerung entspricht, fortzusetzen«.7 Es lag auf der Hand, dass ein Veränderungsprozess im Gange war und etwas getan werden musste, aber die Parteiführung wusste noch nicht was.

Im Parlament der Krim wurde ab 1990 über Statusveränderungen offen diskutiert. Die Lokalwahlen im Februar 1990 hatten auch Vertreter sogenannter informeller Organisationen in den Oblast-Sowjet gebracht. Neben einigen wenigen pro-ukrainischen Abgeordneten der Organisation *Ruch* schafften es die späteren RDK-Gründer Jurij Meškov und Boris Kizilov ins Parlament. Sie traten bereits 1990 mit weitgehenden Forderungen nach Autonomie, Eigenstaatlichkeit und Hinwendung zu Russland auf. Mit ihren Positionen blieben die für Autonomie eintretenden Vertreter der informellen Bewegung im Parlament der Halbinsel aber (vorerst) in der Minderheit. Die Vertreter des KP-Regimes hatten bei der Wahl ihre Mehrheit verteidigen können.⁸ Der erste Sekretär des Oblast-Komitees der Kommunistischen Partei, Nikolaj Bagrov, konnte sich das Amt des Vorsitzenden des Oblast-Sowjets sichern, das auch über das Ende der Sowjetunion und der KPdSU hinaus seine Position als mächtigster Mann der Krim erhalten würde. In der Statusfrage nahm er eine gemäßigte Position ein: Er setzte sich zwar für eine

7 »Predstavljajetsja, čto v složivšichsja uslovijach bylo by celesoobraznym prodolžit' poisk optimal'nogo varianta gosudarstvenno-pravovogo statusa Kryma, naibolee otvečajuščego perspektivam razvitija regiona, interesam ego mnogonacional'nogo naselenija.« Osnovnye napravlenija dejatel'nosti oblastnoj partijnoj organizacij po garmoznizacii mežnacional'nych otnošenii v Krymu, in: Krymskaja Pravda, 12.1.1990, S. 1-2, S. 2.

8 Sasse, *Crimea Question*, S. 135. Zu den Debatten im Parlament: Kizilov, Boris V.: *Vossozdanie avtonomii v Krymu. Kak éto bylo*, in: Gržibovskaja, *Avtonomnaja Respublika Krym*, S. 71-75.

Aufwertung des Status der Krim ein, war aber gegenüber Kiew kompromissbereit und trat nicht für ein Ausscheiden aus der Ukrainischen SSR ein.⁹

In den Monaten nach der Wahl 1990 legte die Parteiführung der Krim-KP dann ihre Position fest: Die Krim sollte einen Autonomiestatus erhalten, die Zugehörigkeit zur Ukrainischen SSR nicht in Frage gestellt werden, aber unbedingt sollte die Krim Teil der Sowjetunion bleiben. Die Parteiführung trieb nun die Durchführung eines Referendums voran und setzte im Juni 1990 das Organisationskomitee zu dessen Durchführung ein. Spitzenfunktionäre der Partei besetzten die Führungspositionen in diesem Gremium.¹⁰ In der Kampagne zur Vorbereitung der Volksabstimmung über die Autonomie manifestierte sich weiter der gemäßigte Kurs der Krim-Parteiführung. Sie war nicht bereit, die Machthierarchien innerhalb der KP und damit die Position Kiews in Frage zu stellen.¹¹ Bei der Spitze der KP der Ukraine stieß die Krim-Regionalabteilung mit ihrem gemäßigten Autonomie-Kurs auf Verständnis – das Zentralkomitee war durchaus bereit einen Weg zu suchen, um der Krim einen Sonderstatus innerhalb der ukrainischen Sowjetrepublik einzuräumen. Bereits im Sommer 1989 brachte der damalige Parteichef der KPU auf dem Parteikongress eine multinationale Autonomie für die Krim ins Spiel.¹²

Die KP-Führung der Krim wollte also keine Konfrontation mit der Republikparteiführung und eine Abspaltung der Krim von der Ukraine stand nicht auf ihrer politischen Agenda. Die vagen öffentlichen Statements der Parteisekretäre in der regionalen Presse spiegelten aber auch einen gewissen Druck von der anderen Seite. Ein Teil der Krim-Öffentlichkeit wollte mehr als eine von Kiew abgesegnete Autonomie innerhalb der Ukraine, man wollte auch Garantien für den Erhalt der Sowjetunion, eine eigenständige Unterzeichnung des neuen Unionsvertrags durch die Autonome Republik, eine richtige Unabhängigkeit oder gar die Zugehörigkeit zu Russland. Die Formulierung der Frage, die das KP-geführte Organisationskomitee für die Abstimmung über die Autonomie schließlich wählte, war nicht eindeutig. Während der mit der pro-russländischen Bewegung verbundene Teil der Öffentlichkeit das Referendum als Votum gegen die Zugehörigkeit zur Ukraine interpretierte, stand aus Sicht der Parteiführung die Zugehörigkeit zur Ukraine nicht zur Debatte, da für die Änderung der Grenzen einer Sowjet-

9 Armandon, *Crimée*, S. 82-93.

10 Michajlenko, G.: Puti k soglasiju, in: *Krymskaja Pravda*, 21.4.1990, S. 3; Rjabčikova, T.: Načnëm novuju žizn' s referendumom? In: *Krymskaja Pravda*, 23.11.1990, S. 2.

11 Zur Kampagne des Oblast-Komitees vor dem Referendum auch: Sasse, *Crimea Question*, S. 137.

12 Sasse, *Crimea Question*, S. 135.

republik höhere Instanzen zuständig waren. Aufgrund der Erwartungen in der Öffentlichkeit sprach man das aber im Vorfeld der Abstimmung so selten wie möglich aus. Die Parteiführung verwendete eine zweiseitig dekodierbare Sprache, mit der sie vermeiden wollte, den pro-russländischen Teil der Krim-Öffentlichkeit einerseits und die KPU-Führung in Kiew andererseits gegen sich aufzubringen.¹³

Am 20. Januar 1991 bat schließlich die »Kommission zur Durchführung des Referendums« die Bewohner des Oblast an die Urnen, um über die Schaffung einer Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik Krim als »Subjekt der UdSSR« und »Teilnehmerin des Unionsvertrages« zu befinden.¹⁴ Nach Angaben der Kommission stimmten 1,34 Millionen Menschen für die Aufwertung des Oblast – bei einer Wahlbeteiligung von knapp über 80 Prozent betrug die Zustimmung 93,3 Prozent.¹⁵ Wegen der unklaren Formulierung der Abstimmungsfrage blieb aber die Frage, was mit dem Referendum eigentlich genau beschlossen worden war, Gegenstand der Diskussion. Die Ukrainische SSR war als übergeordnete Instanz überhaupt nicht erwähnt, was eigentlich eine Provokation gegenüber der Regierung in Kiew darstellte. Heute noch interpretieren die Aktivisten der pro-russländischen Bewegung die Frage und damit das Abstimmungsergebnis so, dass die Krim-Bevölkerung nicht für den Status einer Autonomen Republik in der Ukraine gestimmt hätte, sondern für eine Autonomie in der Sowjetunion. Ein solches

- 13 Für die Unklarheit der Formulierung in der Referendumsfrage und für die Rhetorik der Partei im Allgemeinen musste sich beispielsweise Leonid Grač in einem Interview mit der wichtigsten regionalen Zeitung rechtfertigen. (Rjabčikova, T.: Načnem novuju žizn' s referendumom? Interview mit Leonid Grač, in: Krymskaja Pravda, 23.11.1990, S. 2) Auch innerhalb der Partei beschwerten sich Mitglieder darüber, dass die Frage, wo die Autonomie zu verorten sei (in der Ukraine, in der RSFSR oder als Unionsrepublik direkt in der UdSSR), nicht eindeutig geklärt worden sei. (Sud'bu Kryma rešat' samim. Interview mit Elena Žukova, Sekretärin *gorkom* KPU, in: Slava Sevastopolja, 18.12.1990, S. 1)
- 14 Im Wortlaut wurde über die »Wiedererrichtung der Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik Krim als Subjekt der UdSSR und Teilnehmerin des Unionsvertrags« (»za vozsozdanie Krymskoj Avtonomnoj Socialističeskoj Respubliki kak sub''ekta Sojuza SSR i učastnika sojuznogo dogovora«) abgestimmt. (Oblastnaja komissija po referendumu v Krymskoj oblasti: O rezul'tatach referendumu o gosudarstvennom i pravovom statuse Kryma, in: Krymskaja Pravda, 22.1.1991, S. 1) Gwendolyn Sasse hat darauf aufmerksam gemacht, dass auch der Terminus »Wiedererrichtung« bereits irreführend war, da eine Autonome Krim-Republik vorher nur in der RSFSR bestanden hatte. (Sasse, Crimea Question, S. 138)
- 15 Oblastnaja (central'naja) komissija po referendumu v Krymskoj oblasti: O rezul'tatach referendumu o gosudarstvennom i pravovom statuse Kryma, in: Krymskaja Pravda, 22.1.1991, S. 1.

Rechtskonstrukt, eine Autonome Republik in der UdSSR, war ein Novum. Als Unionssubjekte figurierten bis 1990 ausschließlich die 15 Sowjetrepubliken, denen die autonomen Republiken und Gebiete untergeordnet waren. Gesetzesänderungen und die Aushandlung eines neuen Unionsvertrags zur Erneuerung der (Sowjet-)Union werteten jedoch die Autonomen Republiken auf und schufen Spielräume für eine neue Aushandlung der Machtverteilung.¹⁶ Der Oberste Sowjet in Kiew ignorierte nach der Abstimmung auf der Krim jedoch die Feinheiten des Wortlauts und erkannte die Krim als Autonome Republik in der Ukraine an.¹⁷

Darüber, wer dieses Referendum organisiert und durchgesetzt hat, wer sich also das Verdienst auf die Fahne schreiben darf, die Krim-Autonomie erkämpft zu haben, schwelte noch viele Jahre der Streit zwischen den Vertretern der Kommunistischen Partei und damaligen Aktivisten informeller Gruppen. Die Politiker der Nachfolgeorganisation der KPU auf der Krim sind der Meinung, das Referendum sei durch das Oblast-Komitee der Partei initiiert und organisiert worden – die Gründung der Autonomen Republik gehe auf die Kommunisten zurück. Diejenigen, die in der Endphase der Sowjetunion in informellen Organisationen aktiv waren, vertreten den Standpunkt, die Partei habe nur unter starkem politischem Druck der Opposition der Durchführung des Referendums zugestimmt.¹⁸

16 Die sowjetische Führung um Gorbatschow versuchte der drohenden Abspaltung der Republiken und der Machtübernahme durch die Institutionen der RSFSR in Moskau durch eine Aufwertung der Autonomen Republiken innerhalb der Unionsrepubliken zuvorzukommen. Das Gesetz »Über die Abgrenzung der Machtbefugnisse zwischen der Union der SSR und den Subjekten der Union« vom April 1990 nannte die Autonomen Republiken und Gebiete als eigenständige Einheiten und erhob sie damit in den Rang legitimer Akteure der institutionellen Konflikte um Macht- und Eigentumsverteilung. Besonderer Anstoß dafür waren die Verhandlungen über einen neuen Unionsvertrag. (Sasse, *Crimea Question*, S. 137)

17 Armandon, *Crimée*, S. 83.

18 Die Vertreter der damaligen informellen Bewegung haben dabei durchaus plausible Argumente, die Meriten der Gründung der Autonomen Republik Krim für sich zu beanspruchen. Die ersten weitgehenden Vorschläge und Autonomie- bzw. sogar Unabhängigkeitskonzepte kamen von den Informellen. Der Philosophie-Professor Valerij Zagatovskij profilierte sich bereits 1989 mit Vorschlägen für eine »international-territoriale Unionsautonomie«. (Zarubin, V.G.: *Vossozdanie krymskoj avtonomii. Problemy razvitija Respubliki Krym v 1991-1993 godach*, in: Gržibovskaja, *Avtonomnaja Respublika Krym*, S. 116-142, S. 119) In ihren Wahlprogrammen zur Wahl des Krim-Parlaments im Frühjahr 1990 sprachen die informellen Organisationen *Demokratičeskaja Tavrida* und *Ekologija i Mir* vom Status der Krim und konzipierten eine (multinationale) Unionsrepublik. Auch im Oblast-Sowjet ging die politische Initiative in der Frage von den späteren RDK-Aktivisten Jurij Meškov und

Der damalige Parteichef Nikolaj Bagrov schreibt zur Frage der Urheberchaft der Autonomie in seinen Memoiren salomonisch: »Die Wahrheit war, dass die Idee der Republik von objektiven Gründen diktiert wurde und nicht irgendeiner Persönlichkeit, Organisation oder Gruppe von Leuten gehörte.«¹⁹ Die KP der Krim war an dem Prozess der Autonomie maßgeblich beteiligt, aber es war nicht sie, die das Thema des Status der Krim auf die Agenda setzte, die Debatte initiierte und vorantrieb. Neben den autonomistischen (noch nicht pro-russländischen) informellen Gruppen setzte auch die Entwicklung in der gesamten Sowjetunion das Thema einer territorialen Neuordnung überall auf die Tagesordnung. Die Republiken strebten nach mehr Eigenständigkeit, und das veränderte auch die jeweilige Situation der ihnen untergeordneten Verwaltungseinheiten. Die größere politische und wirtschaftliche Eigenständigkeit regionaler Verwaltungseinheiten waren unter den Begriffen »regionale Rechnungsführung« und »Eigenfinanzierung« auch Leitmotiv der Perestrojka.

Nach der Unabhängigkeitserklärung der Ukraine im Sommer 1991 stand die neue und alte Krim-Regierung unter Nikolaj Bagrov, der nun nicht mehr KP-Sekretär, sondern Parlamentsvorsitzender war, in einer ständigen Auseinandersetzung mit Kiew um die genaue Ausgestaltung der Autonomie. Dieser Streit spielte sich nicht mehr im organisatorischen Rahmen der inzwischen aufgelösten KPdSU ab, aber in der personellen Besetzung gab es erhebliche Kontinuitäten auf beiden Seiten. Der Versuch, sich auf ein Gesetz über die »Abgrenzung der Kompetenzen« zu einigen, führte zu Konflikten. Die Krim-Vertreter und Kiew stritten sich um die Verfügungsgewalt über die zentralen Wirtschaftsressourcen, die Steuereinnahmen und den repressiven Staatsapparat vor Ort. Die Führung der Krim um Bagrov versuchte ein Höchstmaß an Kompetenzen für die Institutionen der Halbinsel herauszuholen. Im Mai 1992 entwickelte sich der Konflikt zu einem Verfassungs- und Souveränitätsstreit: Der Oberste Sowjet der Krim erklärte am 5. Mai die Unabhängigkeit der Krim und verabschiedete am Tag darauf eine Verfassung für die Halbinsel. Diese erwähnte zwar die Zugehörigkeit zur Ukraine, stellte selbige aber mit kryptischen Formulierungen gleichzeitig in Frage. Das Grundgesetz bezeichnete die veränderte Formation als »Republik Krim«. Diese sollte dem Gesetzestext gemäß eigenständige Außenbeziehungen unterhalten und ihre Beziehungen mit der Ukraine in »vertraglichen

Boris Kizilov aus. (Kizilov, Vossozdanie Avtonomii, S. 71-75. Zur Debatte im Nachgang auch: Mal'gin, Krymskij uzel, S. 62-63)

19 »Pravda že zaključalas' v tom, što ideja respubliki diktovalas' ob'ektivnymi pričunami i ne prinadležala kakoj-to otdel'noj ličnosti, organizacii ili grupe ljudej.« Bagrov, Vremja nadežd i trevoj, S. 96.

Beziehungen« regeln. Das ukrainische Parlament erklärte diese Verfassung für ungültig und diskutierte die Verhängung eines Ausnahmezustands, um auf der Halbinsel die staatliche Souveränität der Ukraine wiederherzustellen. Die Führung der Krim um Bagrov war aber kompromissbereit und das Krimparlament annullierte Ende Mai den Unabhängigkeitsbeschluss. Zusätzlich verhängte der Sowjet der Autonomen Republik ein Moratorium über das von der RDK per Unterschriftensammlung in die Wege geleitete Referendum. Die Krim-Führung hatte ihre Position also zwischenzeitlich verschärft, um im Kompetenzgerangel mit Kiew einen besseren Stand zu haben – tatsächliche Eigenstaatlichkeitsbestrebungen verfolgte sie nicht.²⁰ Beim ukrainischen Unabhängigkeitsreferendum im Dezember 1991 stimmte auch auf der Krim eine Mehrheit für die Eigenstaatlichkeit, auch wenn diese mit 54 Prozent deutlich knapper ausfiel als im Rest der Ukraine.²¹

Bis zur ersten Wahl nach Erlangung des Autonomiestatus 1994 behielt der politische Block um Bagrov die Positionen der Exekutive auf der Krim. Bei der Aufwertung des Oblast Krim zur Autonomen Republik im Frühjahr 1991 war das Parlament nur umbenannt und mit Abgeordneten aus Sevastopol' (das zunächst als Teil der Autonomie gesehen wurde, obwohl es kein Teil des Oblast Krim gewesen war) aufgefüllt worden. Vor der nun anstehenden Neuwahl des Krimparlaments wurden weitere neue Institutionen geschaffen, vor allem sollte die Krim einen per Direktwahl zu bestimmenden Präsidenten bekommen. Bagrov konnte damit rechnen, aus seiner dominanten Position heraus dieses Amt selbst erobern zu können. Die Gegenkandidaten, die sich in den Monaten vor der Wahl herauschälten, schienen dem Favoriten kaum gefährlich werden zu können. Der politisch arrivierteste unter ihnen war der Kandidat der neu gegründeten Kommunistischen Partei der Krim Leonid Grač. Diesen hatte Bagrov selbst bei seinem Wechsel in den Vorsitz des Sowjets zu seinem Nachfolger als erster Sekretär des Oblast-Komitees der Partei gemacht. Des Weiteren trat der »Bürgermeister« von Sevastopol' Ivan Ermakov an. Er genoss zwar in der Hafenstadt eine erhebliche Popularität, war aber im Rest der Krim eher unbekannt. Hoffnungslos erschienen die Kandidaturen des russisch-nationalistischen Rechtspopulisten Sergej Švajnikov und des Unternehmers Vladimir Verkošanskij. Für die RPK/RDK trat Jurij Meškov an – ein der Öffentlichkeit nicht übermäßig bekannter Jurist, der aber immerhin vier Jahre im Parlament der Krim politische Erfahrung gesammelt hatte. Alle Kandidaten außer Bagrov führten einen akzentuiert pro-russländischen Wahlkampf und funktionierten die Präsidentenwahl so zu einer Volksabstimmung über eine Annäherung an

20 Bagrov, *Vremja nadežd i trevog*, S. 221-222; Sasse, *Crimea Question*, S. 145-148.

21 Sasse, *Crimea Question*, S. 141-142.

Russland um. Mehrere Kandidaten trafen Absprachen für den Fall der Stichwahl und veröffentlichten gemeinsame Erklärungen gegen Bagrov. Im ersten Wahlgang gewann keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit. Überraschend zog neben Bagrov Jurij Meškov in die Stichwahl ein – und gewann diese erdrutschartig mit 72,9 Prozent der Stimmen. Bagrov schnitt mit gerade einmal 23,4 Prozent der Stimmen enttäuschend ab.²²

Bei der Parlamentswahl zwei Monate später gewann erneut das Wahlbündnis der pro-russländischen Kräfte, der *Blok Rossija*, mit rund zwei Drittel der Stimmen. Die Ergebnisse blieben dabei hinter dem fulminanten Sieg Meškovs in der Stichwahl zur Präsidentschaft zurück, aber dennoch war auch dieser zweite Wahlsieg mehr oder weniger flächendeckend. Der *Blok Rossija* gewann in fast allen Rayons der Krim die Mehrheit. Die Hochburgen der pro-russländischen Bewegung waren bei diesen Wahlen (in der Fläche gesehen) der Rayon der Hauptstadt Simferopol', der benachbarte Rayon von Bachčisaray und die am äußersten Ostzipfel der Krim gelegene Industriestadt Kerč'. Meškov erreichte seine absoluten Spitzenergebnisse in den Städten Saki mit 81,3 Prozent, Kerč' mit 82,4 Prozent und in Džankoj. Die Wahlergebnisse des *Blok Rossija* bei der Parlamentswahl lagen deutlich darunter, aber stellten mit im Schnitt 66,8 Prozent immer noch flächendeckend eine überwältigende Mehrheit dar.

Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass die Idee einer »russischen« Krim auf der Halbinsel zu dieser Zeit die Unterstützung einer großen Mehrheit der Bewohner der Krim fand. Unterdurchschnittliche Ergebnisse verzeichnete das Wahlbündnis im Norden der Krim, der mit Ausnahme der Chemieindustriezone um Krasnoperekopsk eher ländlich geprägt ist. Die schwächeren Ergebnisse in diesem Teil der Krim bringen einige Studien in einen Zusammenhang mit einem höheren Anteil an Ukrainern (gegenüber dem Süden der Krim). Die Politikwissenschaftler Andrej Mal'gin und Andrew Wilson relativieren aber die Besonderheit der Wahlergebnisse in den nördlichen Regionen, in denen Meškov nur im ersten Wahlgang hinter Bagrov zurücklag, während er in der Stichwahl in allen Regionen einen deutlichen Vorsprung hatte. Wilson stellt angesichts der relativ geringen Unterschiede in den Wahlergebnissen fest: »the notion of a Ukrainian stronghold in the north of the peninsula is therefore something of an exaggeration.«²³

22 Zajavlenie kandidatov na post prezidenta Respubliki Krym, in: Krymskaja Pravda, 6.1.1994, S. 1.; Krymčane progolosovali za edinstvo s Rossiej, in: Krymskaja Pravda, 18.1.1994, S. 1.; Rjabčikova, T.: Izbran pervyj prezident Kryma, in: Krymskaja Pravda, 1.2.1994, S. 1.; Shaw, Denis J.: Crimea: Background and Aftermath of its 1994 Election, in: Post-Soviet Geography 35 (1994), Nr. 4, S. 221-234, S. 231-233.

23 Wilson, Presidential and Parliamentary Elections, S. 122-123. Dazu auch Mal'gin, Krymskij uzel, S. 78-84.

Abgesehen davon, dass das Nord-Süd-Gefälle der Wahlergebnisse nur relativ war, ist auch ein kausaler Zusammenhang zwischen Wahlergebnis und Nationalität der Wähler fraglich. Viel eindeutiger ist das Gefälle zwischen Stadt und Land. Mit Abstand am schwächsten war das Ergebnis des *Blok Rossija* in dem durchweg ländlichen Rayon Pervomajsk, in dem das pro-russländische Wahlbündnis bei der Parlamentswahl »nur« 40 Prozent erzielte. In den weiteren nördlichen Rayons erzielten *Blok Rossija* bzw. Meškov jeweils deutliche Mehrheiten, mit einem klaren Unterschied zwischen Stadt und Land. Während in den Rayons Krasnoperekopsk und Džankoj insgesamt 60,6 bzw. 64,5 Prozent im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahl für Meškov stimmten, lagen die Ergebnisse in den gleichnamigen Städten über dem Durchschnitt der gesamten Krim: In der Stadt Krasnoperekopsk stimmten 72,5 Prozent für den RDK-Kandidaten, in Džankoj sogar 81,2 Prozent.²⁴ Die Mehrheiten Meškofs waren also insgesamt so eindeutig, dass unzweifelhaft sowohl ein großer Teil der Ukrainer als auch die Mehrheit der Landbevölkerung für ihn gestimmt haben müssen. Auch in diesen Milieus war das vom *Blok Rossija* verfochtene Konzept einer Russland-Orientierung der Krim offensichtlich verfänglich.

Die Wahlerfolge der pro-russländischen Bewegung basierten nicht auf flächendeckenden Organisationsstrukturen. Die Mobilisierungsfähigkeit der Organisationen des *Blok Rossija* jenseits der Großstädte Simferopol' und Sevastopol' hielt sich in engen Grenzen. So kamen die Ortsgruppen der RDK bzw. der Nachfolgepartei RPK in den kleineren Städten und in den ländlichen Regionen nicht über Zahlen von ein bis zwei Dutzend Mitgliedern hinaus.²⁵

Auf dieser schmalen Basis konnten die pro-russländischen Organisationen selbst aus der Eroberung der Institutionen der Autonomen Republik kein Kapital schlagen. Vielmehr erzeugte die errungene Macht eine in der organisatorischen Schwäche angelegte Überforderung. Die internen Konflikte der Bewegung verschärften sich und übertrugen sich in die institutionelle Sphäre. Zentrale Konfliktlinie war bereits wenige Wochen nach den Wahlsiegen nicht mehr die Auseinandersetzung mit Kiew, sondern diejenige zwischen dem Präsidenten und dem Parlament der Krim. Gleichzeitig zerfiel

24 Wilson, Presidential and Parliamentary Elections, S. 114, 124.

25 Liste der Mitglieder der RDK-Organisation Armjanska. RDK-Archiv bei ROK, Dok. 39; Liste der Mitglieder der RDK Kerč'. RDK-Archiv bei ROK, Dok. 60; Liste der Mitglieder der RDK Staryj Krym. RDK-Archiv bei ROK, Dok. 61; Protokoll RPK (Partei d. RDK) – Abteilung Bachčisaraj (18.1.1994). RDK-Archiv bei ROK, Dok. 73-74; Protokoll von Treffen der RPK-Organisation Evpatorija (15.5.1994). RDK-Archiv bei ROK, Dok. X3; Protokoll Nr. 13 von Versammlung RPK Region Alupka (17.11.1994). RDK-Archiv bei ROK, Dok. 70.

die Fraktion der Abgeordneten, die für den *Blok Rossija* in den Obersten Sowjet eingezogen waren, schnell in mehrere Teile. Die meisten Abgeordneten schlossen sich den neu gegründeten Fraktionen *Rossija*, *Rossija-Edinstvo* und *Reforma* an.

Dieser Zerfall hatte zahlreiche Gründe. Nicht zuletzt war die zunehmend drastische Wirtschaftskrise auf der Halbinsel für die Meškov-Regierung nicht zu bewältigen. Mehrere Gründe lagen aber in der Beschaffenheit der pro-russländischen Bewegung. Erstens hatte sich die Bewegung bereits zwei Jahre zuvor gespalten, was im Wahlbündnis *Blok Rossija* nur zwischenzeitlich aufgehoben worden war. Zweitens gewann das Wahlbündnis für die Kandidatur für das Parlament lokale Politiker, Journalisten, Wissenschaftler oder Wirtschaftsleute, die sich mit den pro-russländischen Parteien nicht eng verbunden fühlten, sodass es ihnen, nachdem sie Mandate errungen hatten, leichtfiel, sich von diesen politischen Kräften zu trennen. Drittens brachte Meškov auch seine zuvor engsten Weggefährten gegen sich auf, indem er die Machtpositionen in Präsidialverwaltung und Regierung nicht an sie, sondern an Wirtschaftsexperten aus Russland und alte Nomenklatura-Mitglieder der Krim verteilte. Viertens wandten sich einige pro-russländische Abgeordnete von Meškov ab, weil er außer der Einführung der Moskauer Zeit keine Anstalten machte, die zentralen Punkte des Wahlprogramms des *Blok Rossija* zu realisieren (in erster Linie die Einführung des Rubels auf der Krim und die Durchführung des durch die Unterschriftensammlung von 1992 anhängigen Unabhängigkeitsreferendums). Außerdem zielte er mit seinen Erlassen und Verfügungen immer wieder darauf ab, seine Macht zu vergrößern und das Parlament zu entmachten, was bei den Abgeordneten Gegenreaktionen hervorrief.

So wurde Meškovs eigener Gefolgsmann Sergej Cekov zum größten Gegenspieler des Krim-Präsidenten. Cekov war durch dessen Unterstützung gerade erst zum Vorsitzenden der RPK und zum Sprecher des Obersten Sowjets geworden und führte so die Parlamentarier an. Der Konflikt eskalierte im September 1994: Meškov löste per Verfügung (unrechtmäßig) das Parlament auf, während dieses alle Entscheidungen des Präsidenten annullierte und ihm die Kompetenzen aberkannte. Meškov verbarrikadierte sich daraufhin mit seinem Sicherheitsdienst in seinem Amtssitz, der gleichzeitig das Gebäude des Obersten Sowjets war, und ließ die Deputierten nicht mehr an ihren Arbeitsplatz. Nach drei Tagen musste der politisch isolierte Präsident aufgeben und den Kompromissvorschlag des Parlaments annehmen. Bis zur Beseitigung der Institution der Präsidentschaft auf der Krim durch die ukrainische Präsidialadministration im März 1995 amtierte Meškov als weitgehend entmachtetes Oberhaupt der Autonomen Republik.²⁶

²⁶ Z. B. *Vot vam Krymčane, i Jur'ev den'*, in: *Krymskaja Pravda*, 13.9.1994, S. 1;

Neben dieser Konfliktlinie zwischen den Institutionen der Autonomie stand der Präsident auch in Auseinandersetzungen mit den lokalen Parlamenten und Verwaltungen. Meškov versuchte mit Erlassen die Neuwahl von Stadtverwaltungsvorsitzenden zu verhindern. Die Eskalation im September 1994 nutzte er zu einem Rundumschlag gegen die lokalen Institutionen der Städte und Bezirke: Er erklärte sie samt und sonders für aufgelöst und behielt sich das Recht vor, die neuen Stadtverwaltungen selbst einzusetzen. Auch mit diesem Schritt hatte Meškov seine Macht überschätzt, der Erlass wurde nicht realisiert.²⁷

Die institutionellen Konflikte auf allen Ebenen kamen in der Frage der Aufteilung des Staatseigentums und der Kontrolle des Privatisierungsprozesses besonders zur Geltung. Ein großer Teil des Streits um Kompetenzabgrenzungen zwischen den verschiedenen Institutionsebenen bezog sich auf die Verfügung über lukrative Staatsunternehmen und Grund und Boden im jeweiligen Hoheitsbereich. Im Januar 1994 schuf der Oberste Sowjet der Krim einen »Fonds für Staatseigentum der Krim«, um sich – in Übereinstimmung mit dem Kompetenzabgrenzungsgesetz, das die Beziehungen zwischen Krim und dem Zentralstaat Ukraine regelte – die Kontrolle über die lukrativen Betriebe auf der Krim zu sichern. Meškov nahm dann im Mai 1994 per Erlass dem Parlament die Oberaufsicht über den Fonds und übergab sie der Regierung.²⁸ Der Krim-Eigentumsfonds gründete lokale Abteilungen, die die bereits formierten städtischen Eigentumsfonds übernehmen sollten – wogegen diese sich natürlich wehrten. Dasselbe versuchte seinerseits der ukrainische Eigentumsfonds mit dem Eigentumsfonds der Krim: Im Dezember 1994 schuf er eine regionale Abteilung auf der Krim.²⁹

Die verschiedenen Konfliktparteien auf der Krim suchten auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen Ende 1994/Anfang 1995 allesamt die Unterstützung Kiews, um sich durchzusetzen. Bei den Abgeordneten, die nicht aus der pro-russländischen Bewegung kamen, überrascht das nicht – die »Zentristen« konstituierten sich im Herbst 1994 als Ersatzparlament ohne die Meškov-Anhänger und ließen sich dieses Vorgehen in Kiew absegnen.

Vital'ev, G.: Sergej Cekov: Plocho, čto Krym bez pravitel'stva, i chorošo čto bez armii ..., in: Krymskaja Pravda, 15.9.1994, S.1. Siehe auch Mal'gin, Krymskij uzel, S. 84-96.

- 27 Erklärung des Stadtsowjets von Krasnoperekopsk, in: Krymskaja Pravda, 14.9.1994, S.1. Siehe auch Kapitel zu Simferopol' und Krasnoperekopsk (IV. 4 u. 6).
- 28 Erlass des Präsidenten der Republik Krim »Über den Fonds für Staatseigentum der Krim« (4.5.1994). GA ARK, f. R-4915, op. 1, d. 1, l. 92.
- 29 Schreiben des Leiters der Krim-Abteilung des Fonds für Staatseigentum der Ukraine A. S. Golovizin an den Präsidenten der ARK Jurij Meškov (12.1.1995). GA ARK, f. R-4915, op. 1, d. 28, l. 119. Vgl. auch Mal'gin, Krymskij uzel, S. 84-96.

Mit Cekov und Meškov fuhren aber auch die Anführer der sich bekriegenden pro-russländischen Fraktionen nach Kiew – jeweils in der Hoffnung, Leonid Kučma würde den Machtkonflikt für sie entscheiden. Die ukrainische Regierung konnte so mit geringen Kosten im März 1995 per Gesetz die Institution der Präsidentschaft der Krim auflösen, eine neue Regierung einsetzen, sich Sevastopol' direkt unterstellen und mit der verbliebenen Krim-Führung bis 1998 eine neue Verfassung für die Halbinsel aushandeln.³⁰

In diesem Showdown werden zwei Umstände, die zum schnellen Scheitern der pro-russländischen Bewegung und zum Ausbleiben einer Eskalation beitrugen, deutlich: Zum einen war es die interne Schwäche der pro-russländischen Bewegung, die zu ihrem schnellen Niedergang führte. Sie war nicht imstande die Macht zu kontrollieren und zerfiel bereits an der Aufgabe die Ämter zu verteilen in zerstrittene Fraktionen. Zum anderen hatte im Juni 1994 mit Leonid Kučma ein als »pro-russisch« wahrgenommener Kandidat die Wahl gewonnen. Mit ihm stand in Kiew ein als nicht-feindlich wahrgenommener Ansprechpartner zur Verfügung und das Projekt einer Separation zur Verteidigung der Interessen der »russischsprachigen Bevölkerung« gegen eine »Ukrainisierung« verlor an Dringlichkeit.

2. Mobilisierungsereignisse und Bewegungsorganisationen: von der Unterschriftensammlung zum Wahlsieg

Die pro-russländische Bewegung auf der Krim war eine »Bewegung« im engeren Sinne – politische Gruppierungen mobilisierten für Demonstrationen, sammelten Unterschriften und organisierten öffentliche Hungerstreiks. Der Höhepunkt der Mobilisierung wurde mit dem Wahlsieg 1994 erreicht. Dagegen gehörten weitgehende Mobilisierungsereignisse, wie selbst ein Referendum zu organisieren, einen zahlreiche Betriebe in mehreren Städten umfassenden Streik zu organisieren oder gar mehrere Tausend Menschen für einen Krieg zu rekrutieren, wie das die Dnjestr-Bewegung vermochte, nicht zum Repertoire der pro-russländischen Bewegung auf der Krim. Sie bestand aus einem losen Netzwerk von Organisationen und Gruppierungen von begrenzter Mobilisierungsfähigkeit.

30 Armandon, S. 235; Mal'gin, Krymskij uzel, S. 84-96; Sasse, Crimea Question, S. 175-179.

Bewegungsorganisationen

Die zentrale Organisation des pro-russländischen Separatismus unmittelbar nach dem Zerfall der Sowjetunion war von Ende 1991 bis 1994 die »Republikanische Bewegung der Krim« (*Respublikanskoe dviženie Kryma* – RDK)³¹, bzw. ihre Nachfolgepartei Republikanische Partei der Krim (*Respublikanskaja partija Kryma* – *Partija RDK* – RPK). Diese Sammelorganisation und ihre Nachfolgeorganisationen, die gemeinsam 1994 die Macht in der Autonomen Republik Krim eroberten, stehen hier im Zentrum der Betrachtung.

Die Bewegungsorganisationen des pro-russländischen Separatismus auf der Krim zeichneten sich vor allem durch häufige Spaltungen und Umstrukturierungen und durch eine geringe Mitgliederstärke aus. Die Bewegung auf der Krim war nicht in derselben Art und Weise um einen sozialen Ort herum gruppiert wie der Dnjestr-Separatismus um den Betrieb und dessen Machtstrukturen. Die Organisationen hatten daher eine größere Bedeutung, weil die Möglichkeit des kollektiven Handelns vor allem dort hergestellt wurde und nicht beispielsweise auf Betriebsversammlungen. Das wirkte sich auch negativ auf die Stabilität der Organisationsstrukturen aus. Die Eliten der Bewegung konkurrierten um die Macht in diesen Organisationen und zeigten eine hohe Bereitschaft, ihre Ansprüche auch mit Spaltungen durchzusetzen.

Im Herbst 1991 gründeten Aktive von Gruppierungen der informellen Bewegung, Mitglieder des Afghanistan-Veteranen-Verbands »Bagram« und Deputierte des Krim-Parlaments die RDK. Diese Organisation war ein Sammelbecken für diejenigen, die gegen das waren, was nach dem Scheitern des Moskauer August-Putsches 1991 und der darauf folgenden Eigenständigkeitserklärung aller vormaliger Unionsrepubliken gerade zum Status quo geworden war: die Zugehörigkeit der Krim zu einer unabhängigen Ukraine. Da eine solche Ausrichtung auf der Krim durchaus populär war, hatte die RDK im ersten Jahr ihres Bestehens großen Zulauf und konnte Ortsabteilungen in Kleinstädten und in Sevastopol' gründen. Vorrangig blieb die RDK jedoch auf Simferopol' konzentriert, die Ortsgruppen in der Provinz kamen über niedrige zweistellige Mitgliederzahlen nicht hinaus.³²

Schon bei der dritten Konferenz der Republikanischen Bewegung der Krim im Oktober 1992 kam es zur Spaltung. Ein Teil der Aktivisten wollte die Organisation zu einer politischen Partei umformen und gründete die

31 Politische Organisationen in der zerfallenden Sowjetunion nannten sich häufig »Bewegung« (*dviženie*). Es handelt sich dabei aber nicht um Bewegungen im Sinne der soziologischen Protestforschung, sondern eher um Organisationen (die sich an einer Bewegung beteiligen).

32 Siehe Kapitel IV.4. u. 6. (Geographie der Bewegung; Krasnoperekopsk).

»Republikanische Partei der Krim – Partei der RDK«. Die RPK konnte sich in der Folgezeit ihre Stellung als dominierende Organisation des pro-russländischen Separatismus bewahren. Der andere Teil der RDK favorisierte eine Kulturvereinigung und wollte keine politische Partei. Dieser Flügel trat aus und gründete die »Russischsprachige Bewegung der Krim« (*Russkojazyčnoe dvizenie Kryma* – RDK; hier im Folgenden: RjaDK). In der kulturpolitisch-kommerziellen Vereinigung fand sich vor allem das Umfeld des Afghanistan-Veteranen-Verbandes wieder. Aus dieser scheinbaren Kulturbewegung, die eher eine Mischung aus Unternehmen und Interessenverband darstellte,³³ ging im Jahr darauf (1993) erneut eine Partei mit pro-russländischer Ausrichtung hervor: Einige Spitzenfunktionäre des RjaDK formierten die Volkspartei der Krim (*Narodnaja partija Kryma* – NPK), um sich an den Anfang 1994 anstehenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen beteiligen zu können.³⁴

Als diese Wahlen 1994 vor der Tür standen, fanden die pro-russländischen Kräfte wieder zusammen: RPK und NPK formierten gemeinsam das Wahlbündnis *Blok Rossija* und einigten sich auf den Chef der RPK Jurij Meškov als Kandidaten. Dieses Bündnis funktionierte aber nur für die Dauer des Wahlkampfes und der Verteilung der Posten nach der Wahl. In den folgenden Fraktionskämpfen zerfielen nicht nur der *Blok Rossija* und die Parlamentsfraktion des Wahlbündnisses, sondern auch die in ihm vertretenen einzelnen Organisationen. In Simferopol' fanden im Herbst 1994 beispielsweise zwei konkurrierende Veranstaltungen statt, die beide für sich in Anspruch nahmen, der Parteitag der RPK-RDK zu sein.³⁵ Der Kern der NPK gründete neue politische Formationen und trat bis 2014 als Partei der Union (*Partija Sojuz*) für eine enge Zusammenarbeit der Ukraine mit Russland und eine Stärkung der Autonomie der Krim ein.³⁶

Die einzige relevante Organisation des pro-russländischen Separatismus, die über den Zerfall der Bewegung 1994/95 hinaus Bestand hatte, war die ethno- und kulturpolitische »Russische Gemeinde der Krim« (*Russkaja obščina Kryma* – ROK). Sie war Ende 1992 vorrangig von Führungspersonen

33 Zur RjaDK siehe Kapitel IV.7.: Kollektivbiographie, Afghanistan-Veteranen.

34 Satzungen der Republikanischen Partei der Krim – Partei der RDK (24.10.1992). GA RF, f. 10026, op. 4, d. 3514, l. 1; Lebedev, V.: Rodilas' Respublikanskaja Partija Kryma, in: Krymskaja Pravda, 28.10.1992, S. 1-2; Čto takoe RDK? In: Krymskaja Pravda, 31.7.1993, S. 3; Pomoč' Krymu, pomoč' samim sebe. Interview mit dem Abgeordneten des Krim-Sowjets Viktor Mežak, in: Krymskaja Pravda, 24.11.1993, S. 2.

35 S'ezd prizyvaet k ob''edineniju, in: Krymskaja Pravda, 30.11.1994, S. 2.

36 V.P. Mežak: »Ja ostajus' so svoimi izbirateljami'. Interview mit Viktor Mežak, in: Krymskaja Pravda, 31.12.1993, S. 1; Mal'gin, Krymskij uzel, S. 84-96; Interview mit V.L., Simferopol', 18.7.2008; Interview mit S.T., Simferopol', 17.7.2008.

lichkeiten der RPK gegründet worden. Als vordergründig kulturelle Organisation schaffte sie es, die unterschiedlichen Fraktionen in der pro-russländischen Bewegung länger zu integrieren, als die direkt um politische Macht kämpfende Republikanische Partei der Krim. Als die Partei des Krim-Separatismus zerfiel, wuchsen der ROK selbst einige politische Aufgaben zu. So unterstützte sie bei den Lokalwahlen 1995 pro-russländische Kandidaten und formierte eine Abgeordnetenfraktion im Obersten Sowjet der Krim. Die ethnoideologische Ausrichtung, die vorgab, gewissermaßen unpolitisch zu sein, erlaubte in ländlichen Regionen der Krim eine stärkere Expansion der ROK, als sie RPK und RDK erreichen konnten.³⁷

Zudem scharten sich kleinere Gruppierungen um einzelne »charismatische« Führungspersönlichkeiten. Die politischen Unternehmer Anatolij Los' und Sergej Šuvajnikov führten ihre Organisationen, die Russische Gesellschaft der Krim (*Russkoe občestvo Kryma*) und die Russische Partei der Krim (*Russkaja partija Kryma*), als unumschränkt herrschende Vorsitzende.³⁸ Mit ihrem kompromisslosen russischen Nationalismus blieben beide Organisationen im politischen System der Krim eher marginal. Sie waren auch im pro-russländischen Spektrum nur begrenzt bündnisfähig. So hielt Šuvajnikov 1994 trotz der Einigung zahlreicher pro-russländischer Kräfte auf Meškov an seiner eigenen Kandidatur fest.³⁹

In Sevastopol', das administrativ nicht dem Oblast Krim unterstand, entwickelten sich die pro-russländischen Organisationen eigenständig. Politisch waren die Gruppierungen in der Hafenstadt stärker auf einen großrussischen Nationalismus festgelegt als der Krim-Separatismus in Simferopol'. Ihr Handlungsradius beschränkte sich weitgehend auf Sevastopol', einige wenige Gruppen waren Ableger von Organisationen in Russland (z. B. die »Front der nationalen Rettung« – *Front nacional'nogo spasenija*). Die Zugehörigkeit zu krimweiten Organisationen blieb die Ausnahme. Dazu gehörte die RDK: 1992 gründeten einige Kader der pro-russländischen Gruppierung

37 Kto est' kto v Krymu. Vypusk III, Kiew 2002, S. 43; Kandidatenvorstellung für den Stadtsowjet Simferopol' und den Bezirkssowjet Saki, in: Svobodnyj Krym, 17.6.1995, S. 6; Il'nickij, V.V.: Russkaja Obščina v Krasnoperekopske, in: Svobodnyj Krym, 17.6.1995, S. 3. 2009 war die ROK federführend bei der Gründung der Partei »Russische Einheit« (*Russkoe edinstvo*), deren Vorsitzender Sergej Aksënov im Februar 2014 zum Premier der Krim gewählt wurde, um den Übergang der Krim an Russland politisch zu begleiten. (Internetseite der *Russkaja občina Kryma*, unter: <http://www.ruscrimea.ru/> [zuletzt geprüft am 25.2.2015])

38 Schreiben von Anatolij Los' an das Präsidium des Obersten Sowjets der Krym ASSR (11.7.1991). GA ARK, f. R-4993, op. 1, d. 155, l. 36.

39 Dabei erzielte er allerdings mit knapp 13,5% ein durchaus achtbares Ergebnis. (Mal'gin, Krymskij uzel, S. 78-80)

gen in Sevastopol' einen Ableger der Sammelbewegung. Aber auch diese Ortsabteilung kooperierte nur lose mit den RDK-Organisationen der restlichen Krim und blieb stärker der eigenständigen Dynamik der politischen Entwicklung in der Hafenstadt als dem zentralen Führungsorgan von RPK-RDK untergeordnet.⁴⁰

Im Umfeld der RDK beteiligten sich weitere politische Organisationen, die keine Parteien waren und spezielle Gruppeninteressen vertraten, an Bündnissen mit den pro-russländischen Gruppen. Die Kader dieser Organisationen fanden sich auch in den Führungsorganen der RDK wieder. Dazu gehören die Union der Russländerinnen (*Sojuz rossijanok Kryma*) und das Komitee der Soldatenmütter der Krim (*Komitet soldatskich materej Respubliki Krym*), die sich dafür einsetzten, dass die Armeeerkruten von der Halbinsel auch dort stationiert und eingesetzt und nicht in andere Regionen der GUS bzw. der Ukraine geschickt würden.⁴¹

Die Organisationen der pro-russländischen Bewegung hatten keine großen Mitgliederzahlen und waren nicht flächendeckend präsent – dementsprechend blieb auch ihre Mobilisierungsfähigkeit begrenzt. Weitgehende Eingriffe in den sozialen Alltag wie Arbeitsniederlegungen oder gar eine Mobilisierung für gewalttätige Auseinandersetzungen, wie im Falle der Bewegung im Dnjestr-Tal, vermochte der pro-russländische Separatismus auf der Krim nicht zu tragen. Was die pro-russländische Bewegung der Krim organisierte, waren Demonstrationen, Unterschriftensammlungen für Autonomie-Referenda und Wahlkämpfe. Mit seinen »einfachen« Mobilisierungsereignissen ähnelt dieser Kollektivakteur stärker den von der Protestforschung konzipierten »Neuen Sozialen Bewegungen«⁴² als dem Separatismus im Dnjestr-Tal.

Mobilisierungsereignisse

Die Mobilisierungsereignisse der pro-russländischen Bewegung entsprachen den organisatorischen Möglichkeiten der Bewegung und den jeweiligen Kräfteverhältnissen vor Ort. Die größeren Aktionen fanden überwiegend in den Städten statt, vor allem in Simferopol' und in Sevastopol'. Die RDK

40 Siehe Kapitel IV.5.: Sonderfall Sevastopol'.

41 Resolution der Konferenz von Vertretern gesellschaftlich-politischer Organisationen und von Arbeitskollektiven (3.4.1993). GA RF, f. 10026, op. 4, d. 3514, l. 56; Sojuz Rossijanok Kryma vystupaet v podderžku Bloka ›Rossija«, in: Krymskaja Pravda, 27.1.1994, S. 1.

42 Zu den Grundlinien der Bewegungsforschung siehe Kapitel I.2.: Separatistische Bewegungen.

und die pro-russländische Bewegung in Sevastopol' organisierten Kundgebungen und Demonstrationen in den beiden Großstädten. In den meisten Fällen beteiligten sich ein paar Hundert Leute, in einigen Ausnahmefällen erreichten die Zahlen bis zu 10000 Teilnehmer. Von Aktionen in Dörfern ist wenig bekannt, sie erreichten nicht die regionale Öffentlichkeit.

Das Mobilisierungsereignis mit der größten Ausdehnung und den meisten aktiven Beteiligten bestand in einer Unterschriftensammlung Ende 1991 bis Frühjahr 1992 für ein Unabhängigkeitsreferendum auf der Krim. Die Beteiligten dieser Initiative sammelten 247000 Unterschriften in zahlreichen Städten und Bezirken der Krim. Das Referendum wurde zwar nie durchgeführt,⁴³ aber die Unterschriftensammlung war von zentraler Bedeutung für die Formierung der pro-russländischen Bewegung. In Simferopol' gründete sich eine Initiativgruppe aus 356 Leuten, in der Führungskader verschiedener pro-russländischer und autonomistischer Organisationen zusammenkamen. Neben dem Zusammengehörigkeitsgefühl durch den gemeinsamen Organisationsprozess erwuchs für den Krim-Separatismus auch moralisches Kapital aus den Unterschriftensammlungen. Die Protagonisten der pro-russländischen Bewegung verwiesen im Nachhinein immer wieder auf die hohe Zahl an Unterschriften, um den Rückhalt für ihre Ideen in der Bevölkerung zu belegen. Daraus, dass trotz der Erfüllung des Quorums kein Referendum stattfand, leiteten sie einen (weiteren) Beleg für die Illegitimität der Zugehörigkeit der Krim zur Ukraine ab.⁴⁴

Die regionale Verteilung der Unterschriften wirft ein Schlaglicht auf die Hochburgen und Schwachpunkte der Bewegung. Mehr als die Hälfte der Unterschriften sammelten die Aktivsten allein in Sevastopol' und Simferopol'. Während die RDK-Aktivisten in den Mittelstädten und in den Rayons rund um Simferopol' noch respektable Ergebnisse mit mehreren Tausend Unterschriften erzielen konnten, unterschrieben in Krasnoperekopsk nur

43 Der Sowjet der Autonomen Republik Krim verhängte im Frühjahr 1992 nach einer Einigung in einem Verfassungsstreit mit der ukrainischen Regierung ein Moratorium über die geplante Volksabstimmung, um die Auseinandersetzung nicht weiter eskalieren zu lassen. Nach dem Wahlsieg von Jurij Meškov 1994 schien der Weg für das Referendum frei: Der RDK-Kandidat hatte mit dem Versprechen einer Durchführung der mit der Unterschriftensammlung beantragten Volksabstimmung Wahlkampf gemacht. Letztendlich erwies sich aber auch der neue pro-russländische Krim-Präsident als nicht mächtig genug, tatsächlich gegen den Willen Kiews über die Unabhängigkeit der Krim abstimmen zu lassen. (Mal'gin, Krymskij uzel, S. 69-70, 84-85)

44 Uvažamyje Krymčane! Blok »Narodnaja oppozicija«. Inicijativnaja gruppa po provedeniju obščekrymskogo referendumu, in: Svobodnyj Krym, März 1992, S. 1.

334 Personen und im Rayon Razdol'nenskij gerade einmal 90.⁴⁵ Die unterschiedlichen Erfolge erklären sich aus den Stärken der Initiativgruppen vor Ort, aus der Intensität der Bemühungen angereicherter Aktivisten und aus den Spielräumen, die die lokalen Behörden den Sammelnden ließen.⁴⁶ Nicht nur diese Ergebnisse der Unterschriftensammlung, sondern auch die Verteilung der Mobilisierungsereignisse insgesamt, die Wahlergebnisse und die Mitgliederstärken weisen die Städte Simferopol', Sevastopol' und mit Einschränkungen Kerč' als Hochburgen des Krim-Separatismus aus. Dagegen war die Bewegung in den kleineren Städten, noch mehr in den ländlichen Regionen und insgesamt im Norden der Krim deutlich weniger präsent.

Vor 1991 hatten die Vorläufer-Organisationen der RDK auch Mobilisierungsereignisse veranstaltet, aber meist noch nicht mit dem Thema des territorialen Status der Krim. Die geschichtspolitische Vereinigung *Memorial* organisierte Demonstrationen im Gedenken an stalinistische Verbrechen. Zahlreiche Demonstrationen richteten sich auch gegen den Bau des Atomreaktors in Lenino. Zahlenmäßig blieben diese gegen den sowjetischen Herrschaftsapparat gerichteten Protestveranstaltungen klein. Das große Leitthema von Separatismus und Russland-Orientierung war hier noch nicht prägend, aber die Organisatoren und Sprecher dieser Mobilisierungen deckten sich zu einem Teil mit den späteren RDK-Führungspersönlichkeiten.⁴⁷

Nach dem Ende der Sowjetunion gehörten neben Demonstrationen und Unterschriftensammlung auch Hungerstreik und Zeltstadt vor dem Parlamentsgebäude in Simferopol' zu den Aktionsformen der pro-russländischen Bewegung. Mehrfach verweigerten Aktivisten der RDK die Nahrungsaufnahme und übernachteten dabei in Zelten vor dem Krim-Parlament. Die Hungerstreikenden forderten die Auflösung des Parlaments, ein neues Referendumsgesetz und ein Ende der aus ihrer Sicht pro-ukrainischen Politik. An diesen Aktionen war nicht mehr als eine Handvoll Aktivisten beteiligt.⁴⁸ Das entsprach durchaus dem Normalzustand: An den meisten Kundgebun-

45 Podvedeny itogi. Raboty iniciativnyh grupp po sboru podpisей pod trebovaniem o provedenii obščekrymskogo referendumа v podderžku nezavisimosti Kryma. Štab po podgotovke i provedeniju obščekrymskogo referendumа, in: Svobodnyj Krym, April 1992, Nr. 7, S. 1.

46 In Krasnoperekopsk beispielsweise verhinderte die Stadtverwaltung das öffentliche Sammeln von Unterschriften. (Matveeva, A. u. Chomjakov, V.: Vperedі referendum: sbor podpisей prochodit v naprjažennoj obstanovke, in: Svobodnyj Krym, März 1992, S. 2)

47 Siehe Kapitel IV.7.: Kollektivbiographie der Bewegungseliten.

48 Protivostojanie, in: Krymskaja Pravda, 30.10.1991, S. 1; Sem' dneј, sem' nočej, in: Tavričeskie Vedomosti, Juli 1992, S. 1.

gen der pro-russländischen Bewegung nahmen nur ein paar Dutzend Menschen teil. Eine Ausnahme bildeten nur die Großdemonstrationen um den Jahreswechsel 1992/1993.

In dem Jahr nach der Unterschriftensammlung organisierten die Gruppierungen der pro-russländischen Bewegung gemeinsam mit politischen Partnern der Kommunistischen Partei der Krim und neuen und alten Gewerkschaften, Protestdemonstrationen gegen die Sozialpolitik der Krim-Regierung bzw. der jeweiligen Stadtregierungen. Vor dem Hintergrund der sich verschärfenden Wirtschaftskrise fand dieser Mobilisierungszyklus um den Jahreswechsel 1992/1993 seinen Höhepunkt. In Sevastopol' demonstrierten am 8. Januar beispielsweise mehrere Tausend Menschen gegen die Brotpreiserhöhung und für den Status von Sevastopol' als Basis der russländischen Schwarzmeerflotte. Im Frühjahr 1993 rief die RPK gemeinsam mit dem Gewerkschaftsverband der Krim zu einem Streik gegen Preiserhöhungen und Lohnsenkungen auf.⁴⁹

Den Höhepunkt ihrer Macht und Mobilisierungsfähigkeit erreichte die pro-russländische Bewegung im Frühjahr 1994. Die Wahlkämpfe von Jurij Meškov und der am *Blok Rossija* beteiligten Organisationen stellen für sich Ereignisse dar, in denen Mitglieder aktiviert und rekrutiert sowie Anhänger mobilisiert wurden – zu Kundgebungen im Vorfeld und zur Wahl selbst. Sowohl in der Hauptstadt Simferopol' als auch in den Provinzstädten der Krim organisierten die pro-russländischen Organisationen Wahlkampf-Veranstaltungen mit einigen Hundert Personen.⁵⁰ Der größere Mobilisierungserfolg war sicherlich die Wahl selbst – eine große Mehrheit stimmte für die Kandidaten des *Blok Rossija* und für Jurij Meškov.

Die Bewegungsorganisationen des pro-russländischen Separatismus auf der Krim, vor allem die RDK, hatten keine vergleichbare Rekrutierungsbasis, wie sie der OSTK im Dnjestr-Tal in den Betrieben fand. Sie verwandelten sich mit der Stärkung der Krim-Institutionen in politische Parteien, mit

49 Federführend blieben dabei aber die Gewerkschaften. Letztendlich schaffte die RPK-RDK es nicht, sich als Vorkämpfer der sozialen Gerechtigkeit zu profilieren und die Protestierenden in ihre Organisation zu integrieren. Vielmehr machte ihr liberales Wirtschaftsprogramm, das Meškov und die von ihm eingesetzte technokratisch-wirtschaftsorientierte Regierung verfolgten, die RPK zum Gegner der ehemaligen Partner. Kommunistische Partei und Gewerkschaften riefen im Sommer 1994 zum Protest gegen die Sozialpolitik der Meškov-Regierung auf. (Z. B. Milina, L.: Predupreditel'nye mitingi-pikety, in: Krymskaja Pravda, 7.7.1994, S. 1)

50 Siehe z. B. Suchanova, S.: Rešili podderžat' »Rossiju«, in: Krymskaja Pravda, 23.2.1994, S. 1; Maksimov, P.: Prezident nužen Krymu, in: Flag Rodiny, 11.1.1994, S. 1.

dem Ziel, sich an den Wahlen zu beteiligen. Eine geringe Anzahl von Kadern dominierte die einzelnen Organisationen, und die Konkurrenz dieser Bewegungseliten spiegelte sich in mehrfachen Spaltungen und einer geringen organisatorischen Kohärenz der Bewegung. Vorrangig blieben die Organisationen auf die Großräume Simferopol' und Sevastopol' beschränkt und hatten keine flächendeckenden Strukturen. Dementsprechend schwach blieb auch ihre Mobilisierungsfähigkeit. Nur in wenigen Ausnahmen konnten sie tatsächlich Massen bewegen – und das, obwohl das Wahlergebnis von 1994 zeigt, dass sehr viele Bewohner der Krim die zentralen Anliegen und die politischen Ziele teilten und in irgendeiner Form unterstützten.

3. Ideologie und politische Ziele der Bewegung:
zwischen großrussischem Nationalismus und »Krim-Zentrismus«

Wie bei anderen Bewegungen mit territorialen Ansprüchen waren die politischen Ziele der pro-russländischen Bewegung auf der Krim veränderlich und oft umstritten. Wollten die pro-russländischen Organisationen auf der Krim eine Abspaltung von der Ukraine, einen Anschluss an Russland oder nur eine Autonomie der Krim? Eng verknüpft mit diesen politischen Zielen ist auch die Frage, wen die Bewegung als Bezugsgruppe betrachtete, wie sie ein »Wir« definierte. War die Agenda, die die hier untersuchten Organisationen formulierten, eine Form von russischem Nationalismus? Diese Fragen werden im Folgenden betrachtet.

Politische Ziele

Grundsätzlich drehten sich die Forderungen der pro-russländischen Organisationen um den Territorialstatus der Krim und eine Annäherung an Russland. Die »Thesen der politischen Plattform der Republikanischen Bewegung der Krim« nannten folgende Beweggründe für die Formierung der RDK:

Der Fall des Lebensstandards wegen des Bruchs der wirtschaftlichen Beziehungen [in der UdSSR] und der inkompetenten Politik der Führung der Ukraine, die Bedrohung durch den Nationalismus und die Bestrebungen der Ukraine, aus der GUS auszuscheiden.[...] Die RDK drückt das Bestreben der Bürger der Krim aus, eine eigene Staatlichkeit zu schaffen und auf dem Territorium der Republik keine nationalen Konflikte zuzulassen. Der beste Weg der Lösung dieses Problems ist die Schaffung einer unabhängigen Republik Krim in einer Union mit anderen Staaten

der ehemaligen UdSSR durch eine freie Willensäußerung der Bürger der Halbinsel.⁵¹

Die zentrale Forderung der RDK war also die Gründung einer Republik Krim. Bevorzugt sollte diese neue Staatlichkeit nicht Teil einer unabhängigen Ukraine, sondern eines neuen Unionsstaates sein. Die Formulierung ließ einen gewissen Spielraum, sich der Entwicklung und den Möglichkeiten entsprechend zu verhalten. Auf dieser Grundlage ließ sich entweder der Konflikt mit Kiew suchen und eine Unabhängigkeit bzw. eine Vereinigung der Krim mit Russland propagieren, oder wahlweise die Schaffung einer neuen Union als Zukunftsprojekt ins Zentrum stellen, um am direkten Verhältnis zur Ukraine zunächst nichts zu ändern. Dieser flexible Konfrontationskurs war paradigmatisch für die Haltung der RDK gegenüber Kiew und zum Status der Krim.

Mit der Initiative für ein Unabhängigkeitsreferendum im Frühjahr 1992 beschritt die Organisation den Weg eines ernsthaften Konflikts mit der ukrainischen Staatsmacht. Die RDK forderte vom Obersten Sowjet der Krim nicht nur, ein konkretes Datum für das Referendum festzulegen, sondern auch, die Krim zum »unabhängigen, souveränen Staat« zu erklären, eine Verfassung zu verabschieden und Verhandlungen über alle Streitfragen mit der Ukraine und der Russländischen Föderation aufzunehmen.⁵² Eine Minderheit in der pro-russländischen Bewegung wollte einen konfrontativeren Weg und die direkte Forderung nach einem Anschluss an Russland als zentrale Zielsetzung etablieren. So kritisierte das RDK-Führungsmitglied in Sevastopol' Aleksandr Kruglov die unklare Fragestellung für das Unabhängigkeitsreferendum und forderte folgende unzweideutige Formulierung auf die Stimmzettel zu bringen: »Sind Sie für den Austritt der Republik Krim aus dem Bestand der Ukraine und ihre Vereinigung mit Russland? Ja – Nein.«⁵³ Diese unmittelbar auf einen Konflikt mit Kiew ausgelegte Position

51 »[P]adenija urovnja žizni v rezul'tate razryva ékonomičeskich svjazej i nekompetentnoj politiki rukovodstva Ukrainy, ugrozy nacionalizma, stremlenija Ukrainy vyjti iz sostava SNG. [...]RDK vyražae stremlenie graždan Kryma vossozdat' sobstvennuju gosudarstvennost' i ne dopustit' vozniknovenija na territorii Respubliki nacional'nych konfliktov. Naibolee optimal'nym putëm rešenija étoj problemy predstavljaetsja sozdanie nezavisimoj Respubliki Krym v sojuze s drugimi gosudarstvami byvšego SSSR čerez svobodnoe voleiz''javlenie graždan poluostrova.« Thesen der politischen Plattform der Republikanischen Bewegung der Krim (RDK). GA RF, f. 10026, op. 4, d. 3514, l. 64-67, l. 64.

52 Politische Erklärung der RDK, in: Krymskaja Pravda, 10.4.1992, S. 1.

53 »Vy za vychod Respubliki Krym iz sostava Ukrainy i vossoedinenie eë s Rossiej? Da – net.« Kruglov, A.: Ja chočú, čtoby narod Kryma sam rešal svoju sud'bu, in: Slava Sevastopolja, 17.06.1992, S. 2.

konnte sich aber nicht durchsetzen. Nachdem das Krim-Parlament in einem Kompromiss mit Kiew ein Moratorium für das Unabhängigkeitsreferendum beschlossen hatte, gehörte die Aufhebung desselben zur Dauerforderung des Krim-Separatismus.⁵⁴

Auch andere Motive aus dem obigen Zitat sind zentrale Bestandteile der politischen Agenda der RDK: Die Wirtschaftskrise auf der Krim führten die »Republikaner« ausschließlich auf die inkompetente Wirtschaftspolitik der ukrainischen Regierung und die neuen Grenzen zwischen den Staaten der ehemaligen Sowjetunion zurück. Daraus leiteten sich die Forderungen zur Lösung der scharfen sozialen Probleme auf der Krim ab: vor allem verbesserte Beziehungen zu Russland und die Verwendung des russischen Rubels auf der Krim.⁵⁵

Beständig äußerten die pro-russländischen Organisationen dagegen weitere Anliegen, die mit Russland und der staatlichen Zugehörigkeit der Krim verbunden waren. Dazu gehörte die Forderung nach einer Krim-Staatsbürgerschaft und einem Vertrag mit der RF, um die Möglichkeit einer doppelten Staatsangehörigkeit zu schaffen. Auf der Krim rekrutierte Soldaten sollten nach den Vorstellungen der Organisation ihren Dienst nicht mehr außerhalb der Halbinsel ableisten müssen. Außerdem forderte das RDK neben Handelsvertretungen in Russland auch noch die Einführung der Moskauer Zeit auf der Krim.⁵⁶

Im politischen Tagesgeschäft formulierten das RDK und seine Nachfolgepartei RPK auch kurzfristige, konkrete Ziele und Forderungen, die mit dem Hauptthema der territorialen Veränderung in einem indirekten Zusammenhang standen. Unter anderem zielten diese Forderungen auf eine Verschiebung der Machtverhältnisse auf der Krim ab: Zwischen 1991 und 1993 setzten sich RPK/RDK-Aktivisten mehrfach für die Auflösung des Obersten Sowjets der Krim, Neuwahlen und ein Wahlgesetz für deren Durchführung ein. Das begründeten sie mit dem Vorwurf politischen Versagens des

54 Mal'gin, Krymskij uzel, S. 69-70, 84-85.

55 Neben der Forderung nach dem Anschluss der Krim an den russischen Markt stand das eher vage Wirtschaftsprogramm der RPK für einen »soften« Liberalisierungs- und Privatisierungskurs. Die Stimulierung von in- und ausländischen Investitionen durch Steuernachlässe und vergünstigte Kredite gehörte ebenso dazu, wie eine Förderung der Tourismusindustrie, einer ökologisch sauberen Industrieproduktion und die Idee einer Freien Wirtschaftszone auf der Krim. (Thesen der politischen Plattform der Republikanischen Partei der Krim – Partei des RDK. GA RF, f. 10026, op. 4, d. 3514, l. 24-28, l. 24)

56 Katalog der Forderungen der 2. Konferenz des RDK an den Obersten Sowjet der Krim. GA RF, f. 10026, op. 4, d. 3514, l. 13. Krasnovskaja, N.: Krymčanam – sluzit' v Krymu, in: Krymskaja Pravda, 5.3.1992, S. 3.

Parlaments und mit dessen fehlender Legitimität – war doch das Parlament 1990 noch als Oblast-Sowjet gewählt und mit der Autonomie 1991 einfach nur umbenannt worden. Die Auflösung des Parlaments sollte nach den Vorstellungen von RPK/RDK durch ein Referendum beschlossen werden. Um die Durchführung der von ihnen geforderten Referenda rechtlich abzusichern, drangen die pro-russländischen Organisationen auch auf die Verabschiedung eines Gesetzes über Volksabstimmungen. Im Zuge der verschärften Wirtschaftskrise 1992/93 schrieben sie sich auch soziale Anliegen auf die Fahnen und traten gegen die massiven Preiserhöhungen und für soziale Sicherungsmaßnahmen ein.⁵⁷

Spezielle Forderungen hatte die pro-russländische Bewegung für die Flotengarnisonsstadt Sevastopol' mit ihren administrativ-historischen Besonderheiten: Für sie forderten RDK-Erklärungen entweder gleich eine Zugehörigkeit zu Russland, oder in anderen Phasen als Mindestforderung einen offiziellen Status als Basis der russländischen Schwarzmeerflotte. Die Flotte sollte ungeteilt der RF unterstehen. Sogar in Bezug auf die Personalstrukturen der Flotte formulierten die Organisationen ihre Anliegen: In öffentlichen Erklärungen unterstützten sie den Flottenkommandant Igor' Kasatonov, der aus Sicht der Aktivisten der Garant für die Zugehörigkeit der Flotte zur RF war. Als dieser Ende 1992 nach Moskau abberufen wurde, organisierten die pro-russländischen Gruppierungen Proteste.⁵⁸

Insgesamt waren die politischen Ziele von RPK/RDK also auf eine territoriale Veränderung ausgerichtet. Der Status der Krim bis hin zur Unabhängigkeit von der Ukraine und eine Annäherung an Russland waren der Fluchtpunkt der Forderungen dieser Organisationen. Auf dieser Basis inhaltlicher Gemeinsamkeit gründeten sich die Verbände. In den meisten Fällen waren die Formulierungen vage genug, um sie gegenüber der ukrainischen Regierung mal mehr, mal weniger konfrontativ vorzutragen, aber an der grundsätzlichen Ausrichtung änderte das nichts. Vorrangig richteten RPK/RDK ihre Petitionen und Erklärungen an die Machtinstitutionen der Autonomen Republik Krim und an Staatsorgane der Russländischen Föderation und weniger an die ukrainische Regierung. Der Begriff »pro-russländischer Separatismus« ist in Bezug auf die politischen Ziele für die untersuchten Organisationen und Mobilisierungen durchaus zutreffend.

57 Z. B.: Rezolucija mitinga, provedennogo po iniciative RDK 5 aprelja 1992 g. v. g. Simferopole, in: Svobodnyj Krym, April 1992, Nr. 7, S. 2; Rezolucija obščegorodskogo mitinga ot 17 janvarja 1993 goda, in: Slava Sevastopolja, 19.1.1993, S. 1.

58 Spachov, A.: Sevastopol'skaja chronika, in: Svobodnyj Krym, Juli 1992, Nr. 13, S. 1; Rezolucija Mitinga žitelej g. Feodosii, in: Svobodnyj Krym, März 1992, Nr. 4, S. 4; Michajlovič, V.: I. Kasatonova arestovat' ne udastsja, in: Svobodnyj Krym, April 1992, Nr. 7, S. 1.

Ideologie

Das hinter den politischen Zielen der pro-russländischen Bewegung liegende Weltbild drehte sich um einen zentralen Punkt: die Zugehörigkeit der Krim zu Russland – ob kulturell, historisch, rechtlich oder politisch. Deutlicher als die Bewegung im Dnjestr-Tal artikuliert sich hier ein imperialer russischer Nationalismus. Auch die Krim-Bewegung legte sich aber nicht durchgängig auf eine Bezugsgruppe fest. Konstant blieb nur die Gegnerschaft zu einem ukrainischen Nationalismus. Dem klaren Feindbild stand eine weit weniger eindeutig benannte Wir-Gruppe gegenüber. Sich selbst sahen die Aktivisten der pro-russländischen Bewegung als »Patrioten«. Die darüber stehende Referenzkategorie, also die Frage Patrioten welches Staates, bzw. welcher Nation, barg mehrere Antworten. Die Erklärungen der Bewegung adressieren wahlweise die Russen (*russkie*), Russländer (*rossijane*), die slawischen Völker oder die Bewohner der Krim (*krymčane*). Seltener wurde der Begriff der »Russischsprachigen« (*russkojazyčnye*) verwendet.⁵⁹ Mit diesen Begriffen verbanden sich unterschiedlich exklusive Vorstellungen von Zugehörigkeit.

Diese unterschiedlichen Konzepte von Zugehörigkeit lassen sich in vier Gruppen einteilen: erstens, die Vorstellung von einer multinationalen Krim mit territorialer Zugehörigkeitsbestimmung; zweitens, ein großrussischer Nationalismus imperialer Prägung, in den Angehörige anderer Nationalitäten qua Loyalität zum Staat oder/und kultureller Anpassung integriert werden können; drittens, eine weitere Form von großrussischem Nationalismus, die andere slawischsprachige (insbesondere die ukrainische) Nationalitäten durch Negierung von deren Eigenständigkeit zu umfassen beansprucht; viertens, ein Panslawismus, der eine wie auch immer definierte »Slawizität« zur Grundlage von Ein- und Ausschluss macht. Diese Vorstellungen standen nicht unverbunden nebeneinander, sondern tauchen meist vielfach verschränkt in den Verlautbarungen auf. So waren auch die Ideen einer multinationalen Krim, die die pro-russländische Bewegung vorbrachte, eingebettet in die Vorstellung von einer klaren Dominanz russischer Kultur auf der Krim. Die Wir-Gruppen-Diskurse der sowjetischen Bürokratie mit ihrer impliziten Dominanz des Russischen baute die Krim-Bewegung zu einem Nationalismus mit nur noch vereinzelt Reminiszenzen an den sowjetischen Internationalismus aus.

59 Z. B. Programmatisches Schreiben von Vadim Mordašov. Počemu Rossija predala Krym? GA RF, Nr. f. 10026, op. 4, d. 3514, l. 78.

Neben veröffentlichten Erklärungen und Verlautbarungen der Organisationen basieren die folgenden Ausführungen auf Interviews mit 20 Aktivisten der pro-russländischen Bewegung aus Führung und mittleren Hierarchieebenen. Die in den Interviews geäußerten Standpunkte lassen sich in groben Zügen in ein Spektrum mit drei Gruppen einordnen: Es gibt einen vor allem in Sevastopol' vertretenen großrussischen Nationalismus. Dieser Flügel interessiert sich weniger für die Krim als für die Beziehung von Sevastopol' und Russland. Dagegen sind als zweite Gruppe die Aktivisten in Simferopol', die den Mainstream der Bewegung bilden, in unterschiedlichem Grade »gemäßigter«. Sie machen die Krim zur zentralen territorialen Kategorie ihres politischen Projekts. Aktivisten von RDK und der Russischen Gemeinde der Krim grenzen sich beispielsweise von der »Xenophobie« des radikalen Nationalisten Los' ab. Ihre Russland-Orientierung und ihre Einforderung von *Russianness* bezeichnen einige als »Internationalismus«, wobei jedoch die von ihnen vertretenen Grundüberzeugungen vielfach mit Vorstellungen des großrussischen Nationalismus verflochten sind. Am Rande von RDK und ROK finden sich auch einige (heute) linksliberale Intellektuelle, die allerdings die Grundannahme eines russischen Charakters der Krim teilen. Hier gibt es fließende Übergänge zur dritten Gruppe, bei der die Virulenz einer Russland-Orientierung eher gering ist, und die man als »Autonomen« oder »Krim-Zentristen« bezeichnen könnte. Diese Befragten beteiligten sich Anfang der 1990er Jahre meist nur für kurze Zeit an Organisationen und Veranstaltungen, die in eine pro-russländische Bewegung eingeordnet werden können. Klare Grenzen sind zwischen den Spektren aber nicht zu ziehen und die unterschiedlichen Ideologeme oder Fragmente von ihnen finden sich quer zu der versuchten Einteilung.

In eindeutige inhaltliche Fraktionen lässt sich die pro-russländische Bewegung auch nicht anhand ihrer Organisationen einteilen. Ihrem Anspruch als »ethnische« Kulturorganisation gemäß hatte die »Russische Gemeinde der Krim« eine engere Konzeption der zu organisierenden Gruppe als die Republikanische Bewegung der Krim, mit deren Führung sie gleichzeitig eine hohe personelle Übereinstimmung hatte. Die RDK vertrat ein politisches Entwicklungsmodell für die Krim und sah sich nicht als Vertretung »der Russen«, auch wenn der Kern des politischen Programms aus der Forderung nach einer Annäherung der Krim an Russland bestand. Die RDK wollte für dieses Ziel ein breites Spektrum der Bevölkerung der Krim mobilisieren und postulierte die »Formierung einer allgemein-nationalen konsolidierenden Idee: das Konzept der Krim-Bewohner (*krymčane/krymcy*) – das Volk der Krim«. ⁶⁰ Zu diesem Konzept gehörte die Konstatierung einer

60 »Formirovanie obščenacional'noj konsolidirujuščej idei: ponjatie krymčane

Multinationalität der Krim und es schloss ein Bekenntnis zur Rückkehr der Krimtataren und der Gleichberechtigung aller Nationalitäten in der Krim-Gesellschaft ein.⁶¹

In den Interviews vertraten einige Befragte einen Krim-Zentrismus und stellten heraus, dass die Krim nicht nur anders sei als die Ukraine, sondern auch als Russland. »Wir sehen uns nicht als Ukrainer, wir sind vollständig anders, wir sind nicht einmal ganz Russen, wir sind Krimbewohner.«⁶² Darauf aufbauend sprechen die Aktivisten von einem »Krim-Volk« (*krymskij narod*). In erster Linie die Autonomisten, aber auch einige ehemalige RDK-Parteigänger, sehen Multinationalität als ein besonders hervorstechendes Merkmal der Krim. Auch bei den Anhängern der Dominanz der russischen Kultur hat das Konzept der Krim-Bewohner (*krymčane*) vorrangig eine territoriale Dimension. Die Krim-Zugehörigkeit wird in einigen Äußerungen über jede Großgruppenzugehörigkeit gestellt, bleibt aber stets mit der Idee eines »russischen« oder »slawischen« Charakters der Krim aufgeladen:

[A]uf der Krim [...] sind die Ukrainer praktisch wie die Russen. Sie haben die russische Sprache und Ansichten, das zeigen auch die Wahlen, wo sie immer, sei es für den *Blok Rossija*, sei es für die Partei der Regionen,

(krymcy) – narod Kryma.« II Konferencija Respublikanskogo Dviženija Kryma, in: Svobodnyj Krym, Juli 1992, Nr. 12, S. 2.

61 So wurde beispielsweise im Organ der RDK ein »Krymcy«-Konzept aus der krimtatarischen Bewegung nach dem Ersten Weltkrieg vorgestellt. »Wir sind Krim-Bewohner« – so nannte uns, die Menschen aller Nationalitäten, die sich auf der Krim niedergelassen haben, der Anführer der national-demokratischen Bewegung der Krimtataren Čelebiev auf der ersten Kurultaj 1918«, beginnt der Artikel, in dem sich der Autor, der zwischenzeitlich auch in den Vorstand der RPK einzog, als Krimtatare und als Unterstützer einer Unabhängigkeit der Krim positioniert. (»My – krymcy, – tak nazval nas, ljudej vsech nacional'nostej, naseljajuščich v Krym, lider nacional'no-demokratičeskogo dviženija krymskich tatar Čelebiev na 1-m kurultae v 1918 godu.« Bekirov, Jakub: Verim v buduščee, in: Svobodnyj Krym, April 1992, Nr. 7, S. 2) Der RDK-Präsident Jurij Meškov erließ mehrere Rechtsakte, die sich auf die Gleichberechtigung der Nationalitäten auf der Krim und die Einrichtung eines Gedenktages für die Deportation der Krimtataren richteten. (Erlass des Präsidenten der Krim zur Einrichtung eines Gedenktages für die Deportation der Krimtataren. GA ARK, f. R-4915, op. 1, d. 1, l. 36) Politisch stand die »Republikanische Bewegung der Krim« zwar in scharfem Gegensatz zur stärksten Organisation der krimtatarischen Bewegung um Mustafa Džemilev (die »Vereinigte Krimtatarische Nationalbewegung« – OKND). Mit der wesentlich kleineren »Nationalen Krimtatarischen Bewegung« (NKTD) um Jurij Osmanov arbeitete die RDK aber zusammen. Zu den Organisationen der krimtatarischen Bewegung: Dawson, Eco-Nationalism, S. 432-435.

62 »My ne sčitaem sebe Ukraincami, my soveršenno drugie, my daže Russkie ne sovsem takie, my Krymčani.« Interview mit V.N., Simferopol', 4.7.2008.

stimmen. [...] Deshalb habe ich überhaupt nichts gegen die Krim-Ukrainer, weil wir alle vor allem Krim-Bewohner [*Krymčane*] sind, wir haben eine Krim-Ideologie.⁶³

In die Vorstellung einer multinationalen Krim und eines Krim-Volkes war die Vorstellung eines russischen Charakters der Krim eingewoben. Die eigentümlich national aufgeladenen Bekenntnisse zur Multinationalität bestimmten zahlreiche Verlautbarungen der Bewegung. Die RPK/RDK-Ortsgruppe aus Sevastopol' skizzierte beispielsweise in einem offenen Brief an die Präsidenten der RF und der Ukraine eine russische Geschichte der Krim von Kyryll und Method bis zur Zarin Katharina der Zweiten, die die Krim für das Zarenreich eroberte. Die Quintessenz dieser Beschreibung war:

Die Krim unter der russländischen Flagge kannte keinen zwischennationalen Hass, hier lebten friedlich Russen und Ukrainer, Tataren und Griechen, Armenier und Aserbajdschaner und viele andere Völker. [...] Auf unserer Halbinsel gibt es Platz für alle.⁶⁴

So beharren die RDK-Aktivisten einerseits auf einer russischen (oder russländischen) Geschichte der Krim, konzipieren aber gleichzeitig eine Multinationalität. Verwirklicht werden kann die Völkerverständigung aber aus Sicht der Briefschreiber nur in enger Verbindung mit der »großen Heimat-Mutter, mit Russland«⁶⁵.

In ihren Verlautbarungen grenzten die Krim-Separatisten ihre Wir-Gruppen-Konzepte nicht klar voneinander ab und verwendeten sie in verschiedenen Kontexten unterschiedlich. Der scheinbar juristisch-staatliche oder staatsbürgerliche Kategorien implizierende Ausdruck *rossijane* und das tendenziell auf die Nationalität abzielende, »ethnische« Zugehörigkeit suggerierende *russkie* konnten auch die jeweils andere Bedeutung annehmen. So

63 »[V] Krymu [...] te že ukraincy, oni praktičeski čto russkie. U nich i russkij jazyk, i vzgljady, ob etom govornjat i vybory, čto vseгда oni golosujut, to li za Blok Rossija, to li za Partiju Regionov. [...] Po-étomu u menja nikakogo negativa, ja povtorjaju, net, krymskim ukraincam, potomu-čto my vse Krymčani prežde vsego, u nas ideologija takaja krymskaja.« Interview mit A. A., Simferopol', 2.7.2008.

64 »Krymskaja zemlja, nachodjas' pod Rossijskim flagom, ne znala mežnacional'noj rozni, zdes' mirno žili russkie i ukraincy, tatari i greki, armjane i azerbajdžancy i mnogie drugie narody [...] Na našem poluostrove chvatit mesta vsem.« Offener Brief der Abteilung der RDK in Sevastopol' an den Präsidenten der RF Boris El'cin und den Präsidenten der Ukraine Leonid Kravčuk. GA RF, f. 10026, op. 4, d. 3514, l. 43-44, l. 43.

65 »[S] velikoj Rodinoj – mater'ju, s Rossiej.« Offener Brief der Abteilung der RDK in Sevastopol' an den Präsidenten der RF Boris El'cin und den Präsidenten der Ukraine Leonid Kravčuk. GA RF, f. 10026, op. 4, d. 3514, l. 43-44, l. 43.

behauptete die RDK-Abteilung Sevastopol' in einem offenen Brief an die Präsidenten der RF und der Ukraine:

Sowohl historisch, als auch ethnisch, als auch geistig (*duchovno*), und sogar juristisch ist Sevastopol' eine russländische (*rossijskij*) Stadt.⁶⁶

Den staatlich-juristischen Begriff *rossijskij* auch als »ethnische« Zuschreibung zu verwenden, stellte sich für die Briefschreiber nicht als problematisch dar. Andersherum verwendeten die pro-russländischen Kräfte auch die scheinbar »ethnische« Zuordnung (*russkij*) nicht mit einer unbedingten Exklusivität. So definierte die »Russische Gemeinde der Krim« ihre Gründung als Reaktion auf die Gründung ethnopolitischer Verbände anderer Gemeinschaften, machte aber nicht die Abstammung oder die Sprache selbst zur Grundlage der Mitgliedschaft, sondern das politische Bekenntnis zu einer russischen Kultur und zu Russland:

Die Idee der Gemeinde ist es, den Russen und allen, die trotz aller aufgezwungenen ethnischen Abgrenzung auf Seiten der Russen geblieben sind, beim Widerstand gegen die Verletzung der Bürgerrechte durch die Aggression des ukrainisch-galizischen Chauvinismus, der in der Ukraine als offizielle Ideologie adaptiert worden ist, zu helfen. [...] Die Russische Gemeinde versucht, die Russen zu vereinen und die, denen die russische Sprache, die russische Kultur eigen ist, die, die Russland als ihre historische Heimat sehen.⁶⁷

Die »ethnische Abgrenzung« gibt es aus dieser Sicht nur in einer Richtung, nämlich die Abspaltung der »Anderen« von den Russen. Ein Bekenntnis zur »russischen Sprache« und zur »russischen Kultur« gilt den Autoren dagegen als äquivalent zu einer Gegnerschaft zum Nationalismus. Aufbauend auf der engen Verquickung von Russischsprachigkeit und »Internationalismus« in den sowjetischen Diskursen stellte sich die ethnopolitische Organisation als anti-nationalistisch oder gar internationalistisch dar. Brubakers »*Russianness*

66 »I istoričeskij, i ètničeskij, i duchovno, i daže juridičeskij Sevastopol' rossijskij gorod.« Offener Brief der Abteilung der RDK in Sevastopol' an den Präsidenten der RF Boris El'cin und den Präsidenten der Ukraine Leonid Kravčuk. GA RF, f. 10026, op. 4, d. 3514, l. 43-44, l. 43.

67 »Ideja obščiny – pomoč russkim i vsem, kto nesmotrja na navjazannoe ètničeskoe razmeževanie ostalsja s russkimi, protivostojat' uščemljeniju graždanskich prav, proischodjaščich v rezul'tate agresii ukraino-galickogo šovinizma, prinjatogo na Ukraine v kačestve oficial'noj ideologii. [...] Russkaja obščina i pytaetsja ob''edinit' russkich i tech, komu russkij jazyk, russkaja kul'tura javljajutsja rodnymi, tech, kto Rossiju sčitaet svoej istoričeskoj rodinoj.« Terechov, V.: Naša opora – Russkaja obščina, in: Krymskaja Pravda, 23.7.1994, S. 2.

als unsichtbare Norm«⁶⁸, die sich in der Sowjetunion hinter der Rhetorik der »Völkerfreundschaft« verbarg, wird in den Äußerungen eines Aktivisten der Russischen Gemeinde der Krim greifbar:

»Ich bin Internationalist in dem Sinne, dass für mich Nationalität keine Bedeutung hat. Ob jemand Bulgare, Jude, Ukrainer ist, bei uns in der *Russkaja občina* gibt es sehr viele solche, wer meine Positionen teilt, Verteidigung der russischen Sprache, russische Kultur, enge Beziehungen mit Russland, der ist mein Genosse (Kumpel, Freund). [...] Ich wiederhole, ich bin kein Nationalist, ich bin der Überzeugung nach Internationalist, und für mich ist das andere nicht wichtig, welches Blut, welche ethnische Gruppe [...].«⁶⁹

Dieser »imperiale« Nationalismus ist gegenüber völkischen Nationalismen in seiner Exklusivität abgemildert durch die Idee, dass sich Angehörige anderer Nationalitäten zumindest theoretisch Zugehörigkeit über Anpassung und Loyalität zum Staat oder zum jeweiligen politischen Projekt erarbeiten können. In der pro-russländischen Bewegung dominierte also nicht ein russischer Ethnonationalismus, sondern eher eine großrussisch-imperiale Welt-sicht.

Ein zentraler Topos, in dem sich das großrussisch-imperiale Geschichtsbild der pro-russländischen Bewegung ausdrückte, war die Bezeichnung Russlands als »historische Heimat« (*istoričeskaja rodina*)⁷⁰ der Krim oder der Krim-Bewohner. Diese Figur war weitverbreitet im Diskurs der Halbinsel und nicht nur Aktivisten des Krim-Separatismus verwendeten sie in öffentlichen Verlautbarungen. Der Begriff der »historischen Heimat« konnte sich auf Herkunft, Nationalität oder Identifikation des Einzelnen beziehen, vor allem aber machte er die historische territoriale Zugehörigkeit der Krim vom späten 18. Jahrhundert bis 1954 zu Russland zum Dreh- und Angelpunkt für das Verständnis der Situation in den frühen 1990er Jahren. Wie auch der Dnjestr-Separatismus historisierte die pro-russländische Bewegung den Konflikt und transferierte ihn virtuell in mehrere Zeitebenen. Mit ihren

68 Siehe Kapitel II.1.: Soviet Legacies, Anm. 127.

69 »[J]a internacionalist v tom smysle, čto dlja menja ne imeet značenija nacional'nost'. Esli čelovek bolgarin, evrej, ukrainec, u nas takich očen' mnogo v Russkoj Obščine, no kto stoit na takich pozicijach, na kotorom stoju ja, zaščita Russkogo jazyka, Russkaja kul'tura, tesnaja svjaz' s Rossiej, togda značit, éto moi tovarišči [...]. Ja povtorjaju, ja ne nacionalist, ja po svojim vzgljadam internacionalist, i dlja menja ostal'noe ne glavno, kakoj krovi, kakaja étničeskaja gruppa [...].« Interview mit A. A., Simferopol', 2.7.2008.

70 Z. B.: Terechov, V.: Naša opora – Russkaja občina, in: Krymskaja Pravda, 23.7.1994, S. 2.

politischen Mobilisierungen verorteten sich die Aktivisten gleichzeitig in der Eroberung der Krim durch die Zarin Katharina II. und im Kampf der Sowjetunion gegen Wehrmacht und ukrainische Nationalisten im Zweiten Weltkrieg. Die Proteste gegen die Aufmarschversuche ukrainischer Nationalisten und den Kampf gegen die Teilung der Schwarzmeerflotte bezeichneten die Russophilen als »Dritte Verteidigung Sevastopols« – in Anlehnung an die Erzählung der Stadtgeschichte von Sevastopol' als Abfolge von Belagerungen durch äußere Feinde in Krim-Krieg und Zweitem Weltkrieg.⁷¹

Zahlreiche Forderungen und Verlautbarungen der Bewegung waren von einem Panslawismus geprägt. Je nach politischer Konjunktur setzten die pro-russländischen Organisationen nicht den Anschluss der Krim an Russland, sondern die (Wieder-)Errichtung eines Unionsstaates auf die Tagesordnung. Diese politische Idee konnte je nach Kontext mit dem Konzept der Eigenständigkeit der Krim kombiniert oder ausgetauscht werden. Dieser Unionsstaat sollte (mindestens) Russland, die Ukraine und Belarus einschließen und die »Einheit der slawischen Völker« garantieren.⁷² Auf dieser Grundlage formulierten die pro-russländischen Bewegungen auch Appelle für eine politische Einheit auf der Krim. Diese wurde als »Brücke der Freundschaft zwischen den slawischen Völkern«⁷³ konzipiert. In der Erstausgabe der Zeitung der Organisation sprach sich die Führung der RDK gar explizit gegen einen Übergang der Krim an Russland aus, weil das die Einheit der »Brüdervölker« zerstören könne, weshalb die Unabhängigkeit der Krim die einzige Lösung sei, die den Interessen der Krim-Bewohner diene.⁷⁴

In den Interviews mit Aktivisten beteuern die Befragten, dass die nationale Zugehörigkeit kein Ausschlussgrund von dem von ihnen verfolgten politischen Projekt sein solle. Einige bezeichnen sich selbst als Ukrainer nach sowjetischem Pass oder als Kind ukrainischer Eltern. Andere verweisen darauf, dass nahestehende Personen Ukrainer seien. Ein Statement eines frühe-

71 Als erste »Verteidigung« von Sevastopol' versteht dieses Geschichtsbild den Angriff der Alliierten im Krim-Krieg 1854 bis 1856. Die zweite Verteidigung ist das 350-tägige Standhalten der Roten Armee gegen die angreifende deutsche Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg. Auch dieses Geschichtsbild gehörte zum Allgemeinut lokaler Eliten und war über die pro-russländische Bewegung hinaus verbreitet. (Z. B. Tret'ja oborona Sevastopolja. Interview mit Ivan Ermakov, in: Krymskaja Pravda, 11.6.1993, S. 2)

72 Z. B. Thesen der politischen Plattform der Republikanischen Partei der Krim – Partei der RDK. GA RF, f. 10026, op. 4, d. 3514, l. 24-28, l. 24.

73 »[M]ost družby meždu slavjanskimi narodami«, Lebedev, A.: Trebovanie izbiratelej, in: Flag Rodiny, 10.3.1994, S. 1.

74 Erklärung des Koordinationssowjets der RDK, in: Svobodnyj Krym, Februar 1992, Nr. 1, S. 1.

ren RDK-Aktivisten und heutigem Mitglied der *Russkaja obščina* verdeutlicht die zentrale Denkfigur dieses großrussischen Nationalismus, der sich gegen die ukrainische Staatlichkeit wendet, aber auch von Ukrainern getragen werden kann:

Offiziell gelte ich als Ukrainer, ich bin Ukrainer. Aber ich bin Gegner der ukrainischen Sprache, weil ich sie nicht als Sprache anerkenne. Das ist ein Dialekt der russischen Sprache. In dieser Form erkenne ich sie an. In anderer Form existiert sie für mich nicht. Für mich ist sie in anderer Form eine fremde Sprache. Die Sprache des Okkupanten, hier auf der Krim. So sehe ich das.⁷⁵

Andere Befragte stellen die Herkunft von der Krim ins Zentrum ihrer Bewertung und verweisen darauf, dass nur einige »Zugereiste aus der Westukraine« [und nicht die Ukrainer von der Krim] Konfliktgegner seien.⁷⁶ »Egal welcher Nationalität, mit russischer Seele, wie man bei uns sagt«, charakterisiert eine Sevastopoler Aktivistin die »Stadt des russischen Ruhms«.⁷⁷

Der Hauptfeind dieser groß-russländischen Weltanschauung war der ukrainische Nationalismus. Unterschiedliche politische Kräfte wie die in der Perestrojka gegründete, zunehmend nationalistische »Volksfront« *Ruch*⁷⁸, die gewaltgeneigt nationalistische UNA-UNSO⁷⁹ oder die Regierung in Kiew konnten in die breite Feind-Definition der pro-russländischen Aktivisten fallen. In vielen Erklärungen bezeichneten die pro-russländischen Aktivisten die Ideologie ihrer politischen Gegner auch als »galizischen Nationalismus«⁸⁰ und teilten damit die Ukraine in ihre westlichste Region und einen vermeintlich nicht-nationalistischen oder gar russländischen Rest. Vermeintliche und tatsächliche ukrainische Nationalisten verpflanzte die Bewegung diskursiv in den Zweiten Weltkrieg und bezeichnete sie als »Banderowcy« – als Anhän-

75 »No ja sčitajus' Ukraincem po sovetским dokumentam, ja ukrainec. No ja protivnik ukrainskogo jazyka, čto ja ego ne priznaju jazykom. Èto narečie russkogo jazyka. Vot v ètom vide ego priznaju. V drugom vide dlja menja ne suščestvuet. Dlja menja v drugom vide èto inostrannyj jazyk. Jazyk okkupanta, zdes' v Krymu. Vot takoe moè ponjatie.« Interview mit V.R., Simferopol', 4.7.2008.

76 Interview mit A.A., Simferopol', 2.7.2008.

77 »Vot ètot Sevastopol', gorod Russkoj Slavy – ljuboj nacional'nosti s russkoj dušoj, kak u nas govorjat.« Interview mit T.F., Sevastopol', 24.7.2008.

78 Wilson, Ukrainian Nationalism, S. 67-68.

79 Ebd., S. 77-78.

80 Programmatisches Schreiben von Vadim Mordašov. Počemu Rossija predala Krym? GA RF, Nr. f. 10026, op. 4, d. 3514, l. 78.

ger des Anführers der nationalistischen »Organisation Ukrainischer Nationalisten« Stepan Bandera.⁸¹

Bis auf zwei Ausnahmen verstehen sich die in den Interviews befragten Aktivisten selbst nicht als Nationalisten.⁸² Die Befragten sehen sich nicht als Gegner anderer »ethnischer Gruppen«. Die Zuweisung ethnischer Kategorien spielt aber dennoch in den Gesprächen eine große Rolle. Einige betonen ihre russische Zugehörigkeit mit der Selbstbezeichnung *russkij*, legen Wert auf die Russischsprachigkeit ihrer Eltern oder darauf, dass Verwandte in Russland leben. Pejorative Bezeichnungen für Ukrainer und zur Bezeichnung des Staates Ukraine (»Chochly« bzw. »Chochlandia«) werden von einigen der Gesprächsteilnehmer geäußert. Auch andere Fremd-Zuschreibungen werden in abwertender Art und Weise verwendet. Bei den Aktivisten in Sevastopol' kursierten antisemitische Topoi, die von einer Unterscheidung zwischen einer (guten) jüdischen Nation (*evrej*) und einer Gruppe von Menschen mit schlechten Absichten darunter (*židy*) bis hin zur Theorie, die »Zionisten« hätten mit El'cin den Kreml' übernommen, reichten. Bei den Gesprächen in Simferopol' gab es keine antisemitischen Äußerungen. Einige Interviewpartner sprachen in diskriminierender Art und Weise über Krimtataren. Ein Befragter beispielsweise behauptet, ein großer Teil der seit Ende der 1980er Jahren auf die Krim gezogenen Rückkehrer seien gar keine Krimtataren, sondern andere zugezogene Vorteilsnehmer aus Zentralasien.⁸³ Die Aufteilung der Krimtataren in von der Krim stammende Menschen, die eine Daseinsberechtigung haben, und nicht von der Krim Stammende, die eine solche nicht haben, ist ein Maßstab, der für die als Norm imaginierten »weißen« Russen und Ukrainer nicht gilt. Für sie besteht in dieser ethnisiert-diskriminierenden Denkweise kein Rechtfertigungszwang in Bezug auf Herkunft der Vorfahren und Zuzugsdatum. »Radikalere« Akteure formulierten in den 1990er Jahren Aufrufe zu ethnonationalistischer Gewalt. Der Weltkriegsveteran und politische Unternehmer Aleksandr Kruglov aus Sevastopol' erinnert sich in seiner Biographie an eine juristische Verfolgung durch ukrainische Behörden, unter anderem wegen »offener Aufrufe zu konkreten

81 Fed'kin, V.: Prizvali k krovoprolitiju. Novojavlennnye banderovcy, uvekovečivaja pamjat' voždja OUN, in: Krymskaja Pravda, 12.1.1991, S. 2; Kruglov, Kljanus', S. 54; Interview mit A. A., Simferopol', 2.7.2008; Interview mit K. E., Simferopol', 11.7.2008.

82 Das ist nicht verwunderlich angesichts der stark negativen Konnotation, die der Begriff Nationalismus im Russischen auch nach dem Zerfall der Sowjetunion weiterhin hat. Die Selbstbezeichnung der Nationalisten lautet wie anderswo »Patriot«.

83 Interview mit K. E., Simferopol', 11.7.2008.

entschiedenen Handlungen, wie, zum Beispiel, für einen russischen Kopf zehn Tatarenköpfe abzuhacken«. ⁸⁴

Den Bekenntnissen zu Multinationalität zum Trotz ist in den Diskursen eine starke Hierarchie eingebaut, eine Norm des weißen, slawischen, russischsprechenden Krim-Bewohners. Die postulierte Bezugsgruppe der pro-russländischen Bewegung sind die »slawischen« Krim-Bewohner, ohne dass das an jeder Stelle durch die Akteure explizit benannt werden muss. Die pro-russländischen Organisationen der Krim bauten damit ebenso wie die Bewegung im Dnjestr-Tal auf den Hierarchien des sowjetischen Nationalitätsdiskurses auf. Diese Mobilisierung einer Dominanz der *Russianness* war besonders in Mobilisierungsphasen anschlussfähig für einen offenen orientalistisch-antimuslimischen und einen antisemitischen Rassismus.

Begriffe aus anderen Bereichen, mit denen Referenzgruppen definiert werden könnten, spielten bei der Krim-Bewegung eine untergeordnete Rolle. Anders als bei der Bewegung im Dnjestr-Tal stand der pro-russländischen Bewegung auf der Krim beispielsweise kein Begriff wie »Arbeiterklasse« zur Verfügung. Zum einen war die Sowjetunion zu dem Zeitpunkt der Mobilisierungen gerade untergegangen und einige der Diskursfiguren waren regelrecht verbrannt. Zum anderen kamen die Krim-Aktivisten aber auch aus einem anderen Milieu. Die geringe Beteiligung von Fabrikarbeitern, die geringe Bindung an die industrielle Lebenswelt ist auch der Grund dafür, dass solche Konzepte in den Mobilisierungsdiskursen der Krim-Bewegung nicht vorkamen. Dagegen hat die Figur »Volk« (*narod*) im Sinne einer territorial begrenzten Bevölkerung, die in der sozialen Hierarchie »unten« steht und in einem gewissen Gegensatz zu den meist nur nebulös definierten Herrschenden steht, auch bei den Mobilisierungen auf der Krim eine Bedeutung für das Freund-Feind-Schema. Die Bewegungseliten sahen sich als Anführer einer Oppositions- und Volksbewegung gegen die alte Sowjet-Nomenklatura. Der Bezug auf den Begriff »Volk« ging in die Namen von Parteien, Organisationen und Bündnissen (*Narodnaja partija Kryma*, *Narodnaja opozicija*) ein. Als Kampfbegriff für die Gegner wurde die Gruppenbezeichnung »*Bagrovcy*«, Anhänger Nikolaj Bagrovs, des letzten ersten Sekretärs des ZK der KPdSU auf der Krim und des ersten postsowjetischen Vorsitzenden des Obersten Sowjet, geprägt. Dem gegenüber stand der »Volkstribun« Meškov als Kämpfer für die kleinen Leute, Pensionäre, Veteranen, Soldaten, Arbeiter, Kleinunternehmer und Intellektuellen, deren Heil einzig in der Einheit mit Russland zu suchen sei. ⁸⁵

84 »[O]tkrytye prizvyv k konkretnym rešitel'nym dejstvijam, kak, naprimer, za odnu russkiju golovu desjat' tatarskich golov otrubat'.« Kruglov, Kljanus', S. 65.

85 In einem Beitrag ordnet ein Vertreter der pro-russländischen Organisationen RPK

Die untersuchten Organisationen auf der Krim sind deutlicher als die Bewegung im Dnjestr-Tal als (russischer) Nationalismus einzuordnen. Ihre Diskurse changieren zwischen einem staatsbezogenen imperialen und einem kulturbezogenen Nationalismus. Aber ihre Hauptdifferenzkategorie machen auch sie nicht an der Zugehörigkeit der »Feinde« zu einer anderen »ethnischen Gruppe« fest, der Hauptfeind ist der Zentralstaat in Kiew. Dem steht ein guter Moskauer Staat mit einer quasi universell anzuerkennenden russischen Kultur gegenüber, von der die anderen »Völker der Sowjetunion« aber nicht qua Geburt, Name, Muttersprache oder Religion ausgeschlossen sind. Auch diese Form von Wir-Ihr-Konstruktion, die die Anpassung von anderen in Form einer Unterordnung erlaubt, lässt sich als »imperialer« Nationalismus bezeichnen. In Kombination mit dem wirtschaftsliberalen Programm, der Bündnisfähigkeit mit gewalttätigen Nationalisten und dem Volkstribunen-Gestus Meškova ähnelt die pro-russische Bewegung auf der Krim in manchem vielleicht den rechtspopulistischen Parteien in Westeuropa. Der von der RDK Sevastopol' formulierte Gedanke, dass es in dem von ihnen diskursiv beanspruchten Territorium »Platz für alle« (siehe oben) gebe, ist diesen jedoch völlig fremd.

4. Die Bewegung auf lokaler Ebene: Fehlende Verankerung in den Machtstrukturen in Stadt, Land und Betrieb

Die pro-russländische Bewegung konnte mit der Wahl 1994 die Institutionen der Krim erobern, die gewonnene Macht aber nicht nutzen. Unter anderem fehlte dafür der lokale Unterbau. Die lokalen Machtkämpfe wiesen jeweils Besonderheiten auf – die Konfliktlinien waren brüchig, veränderten sich schnell, wurden von institutionellen Arrangements kanalisiert und von den Interessen der Akteure geformt. Keineswegs entsprachen sie der verbreiteten Idee eines Konflikts zwischen der Krim und Kiew oder zwischen verschiedenen Nationalitäten. Die folgenden Kapitel betrachten die Machtkämpfe, das Mobilisierungspotential der pro-russländischen Bewegung und

und NPK gemeinsam mit weiteren russisch-nationalistischen Organisationen im Parteispektrum der Linken zu. Als Rechte gelten in diesem Bild die »Parteien der Macht« ПÉVK und SPRK und vor allem alle ukraineeorientierten Parteien. Diese Gleichsetzung von pro-russländischen Kräften mit »links« und pro-ukrainischen Kräften mit »rechts« ist in öffentlichen Verlautbarungen eine Ausnahme, illustriert aber dennoch das Selbstbild der pro-russländischen Organisationen vor den Wahlen 1994 als soziale Opposition. (Černyš, G.: Predvybornyj ›pejzaž‹ Kryma, in: Krymskaja Pravda, 28.12.1993, S. 1)

die institutionellen und sozioökonomischen Voraussetzungen, die das Geschehen auf lokaler Ebene beeinflussen.

Simferopol'

Simferopol', Hauptstadt und politisches Zentrum der Krim, war auch das Zentrum des pro-russländischen Krim-Separatismus. Hier hatten RDK und RPK die meisten Mitglieder und hier veranstalteten sie die meisten Demonstrationen. In den lokalen Machtinstitutionen der Stadt blieben die pro-russländischen Organisationen aber marginal. Weder schlossen sich die führenden Lokalpolitiker den separatistischen Organisationen an, noch konnten diese die Mehrheit im Stadtsowjet gewinnen. Auch die städtische Unternehmerschaft blieb mit wenigen Ausnahmen auf Distanz. Die lokalen postsowjetischen Eliten in Simferopol' arrangierten sich mit den Machthabern in Kiew. Die Protestmobilisierungen der pro-russländischen Bewegung schafften es nicht, diesen politischen Konsens in Frage zu stellen.

Simferopol' hatte 1989 etwas mehr als 360 000 Einwohner. Das war auch der höchste Stand der Einwohnerzahl: Nach dem Zweiten Weltkrieg bis ungefähr 1990 war die Stadt rasant gewachsen, bevor die Einwohnerzahl zu stagnieren bzw. zurückzugehen begann. Industrieansiedlung hatte es wie in Sevastopol' oder in den Städten im Dnjestr-Tal auch hier in großem Maße gegeben. Maschinenbaubetriebe, Nahrungsmittelindustrie und Hersteller von langlebigen Konsumgütern entstanden vor allem in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg. Anders als in den genannten anderen Fällen war die Stadt aber nicht vorrangig von dieser Industrie geprägt. Ein wichtiges Sozialisationszentrum in Simferopol' stellte auch die staatliche Universität dar. Außerdem war Simferopol' als Sitz der Oblast-Verwaltung und später als Hauptstadt einer Autonomen Republik auch ein Verwaltungszentrum. Dementsprechend rekrutierten sich die lokalen politischen Funktionsträger auch nicht vorrangig aus der städtischen Industrie, sondern konnten auch über akademische Berufsbiographien in Ämter gelangen.

Der Status als Oblast-Hauptstadt formte die politische Landschaft Simferopols. Dreh- und Angelpunkt des politischen Lebens waren die Institutionen dieser Verwaltungseinheit: das Gebietskomitee der Partei sowie der Oblast-Sowjet und sein Exekutivkomitee. Die städtischen Organe hatten natürlich nichtsdestotrotz kommunale Kompetenzen, aber verantwortlich für die Fragen der Wirtschaftsentwicklung und der Territorialpolitik waren die Oblast-Institutionen. Die Kompetenzverteilung zwischen den städtischen und den aufgewerteten Krim-Institutionen musste in der ersten Hälfte der 1990er Jahre neu verhandelt werden, und dieser Prozess lief nicht ohne Kon-

flikte ab.⁸⁶ Die Protestaktionen der pro-russländischen Organisationen richteten ihre Forderungen in Simferopol' beinahe ausschließlich an die Oblast-Verwaltung, bzw. ab 1991 an die Institutionen der Autonomen Republik.

Die Rolle von Universität und Verwaltung im sozialen und politischen Gefüge der Stadt war die Grundlage für günstigere Gelegenheitsstrukturen für informelle Perestrojka-Mobilisierungen als in den Industriestädten am Dnjestr und in Sevastopol'. Die in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre außerhalb von KPdSU und ihren Massenorganisationen sich formierenden politischen Kräfte speisten sich in einem hohen Maße aus Aktivisten mit akademischen Ausbildungsbiographien. So entstand in Simferopol', wenn auch in überschaubarem Umfang, ein dauerhaft politisiertes Milieu von Informellen.⁸⁷ Mit dem August-Putsch in Moskau und der Unabhängigkeitserklärung der Ukraine im Sommer 1991 formierten sich innerhalb dieses Protest-Milieus in Simferopol' Organisationen mit einem deutlich pro-russländischen Programm.

Die Hauptstadt der Autonomen Republik war der zentrale Ort der Mobilisierungsereignisse der pro-russländischen Bewegung auf der Krim. Im Herbst 1991 initiierte die neu gegründete RDK gemeinsam mit anderen Autonomie-Aktivisten eine Unterschriftensammlung für ein weiteres Krim-Referendum, das die Frage des Status unter den veränderten Bedingungen (der Eigenstaatlichkeit der Ukraine) klären sollte. In Simferopol' wurde die Initiativgruppe zur Durchführung der Unterschriftensammlung gegründet und fast alle Mitglieder dieses Gremiums kamen aus der Stadt. Die Aktivisten der Hauptstadt sammelten (auch pro Kopf auf die Bevölkerung gerechnet) mit Abstand die meisten Unterschriften: 93 482 – fast 40 Prozent der insgesamt 247 000 auf der Krim gesammelten Unterschriften.⁸⁸ Sofern die Signaturen korrekt waren, hatte mehr als ein Viertel der Bewohner der Hauptstadt unterschrieben.

86 So protestierte die Führung des städtischen Exekutivkomitees im Sommer 1991 dagegen, dass der Ministerrat der Krim der Stadtverwaltung die Mittel für die Versorgung mit Milch- und Fleischprodukten aus dem Budget strich, und verwies auf eine anwachsende Budgetlücke von 700 Millionen Rubel im Stadthaushalt. Das *gorispolkom* stoppte die Überweisungen an das Budget der höherrangigen Institution zwischenzeitlich. (D'jakov, I.: Čerez razvitie ekonomiki. S sessii Simferopol'skogo gorsoveta, Krymskaja Pravda, 14.6.1991, S. 2.

87 Z. B. Sasse, *Crimea Question*, S. 133, 140.

88 Podvedeny itogi. Raboty iniciativnych grupp po sboru podpisov pod trebovanijem o provedenii obščekrymskogo referendum v podderžku nezavisimosti Kryma. Štab po podgotovke i provedeniju obščekrymskogo referendum, in: Svobodnyj Krym, April 1992, Nr. 7, S. 1.

Organisatorisch war die RDK (und später die RPK) nirgendwo so stark wie in Simferopol'. Ihre Parteitage hielt die RPK ausnahmslos in der Hauptstadt ab. Von hier kam auch die große Mehrzahl der Führungskräfte, die im Koordinationssojwet saßen. Dieses Führungsorgan von RDK und RPK intervenierte immer wieder in die Politik der Ortsorganisationen, auch in die von Simferopol'. Der Koordinationssojwet entließ mehrere lokale Vorsitzende, denen vorgeworfen wurde, sich mit ihrer Ortsgruppe abspalten zu wollen, sich trotz Unvereinbarkeitsbeschlüssen mit Konkurrenten der RPK/RDK verbündet zu haben oder Führungsmitglieder und die Arbeit der Partei diskreditiert zu haben.⁸⁹ Nach dem Wahlsieg 1994 verschärfte sich im Zuge der innerparteilichen Fraktionskämpfe auch die Spannungen zwischen Koordinationssojwet und den Ortsorganisationen: In einigen Städten löste der Koordinationssojwet die lokalen Vereinigungen kurzerhand auf.⁹⁰ Die RPK/RDK war also eine stark zentralisierte Vereinigung mit einem Schwerpunkt in der Hauptstadt der Krim.

Die Stadeliten von Simferopol', das Exekutivkomitee, die Mehrheit des Stadtsowjets und die meinungsmachenden Teile der Unternehmerschaft waren von den Mobilisierungsveranstaltungen und der Größe der RDK-Organisation in der Hauptstadt wenig beeindruckt. Sie blieben auf einem pragmatischen Kurs, zu dem das Arrangement mit Kiew gehörte. Die Stadtverwaltung weigerte sich, die lokalen sozialen Probleme in einen Kontext der Orientierung nach Russland zu stellen und als Frage des Status der Krim zu verhandeln. Vjačeslav Jurov war seit 1989 Vorsitzender des *gorispolkom* (Exekutivkomitee/Stadtverwaltung) und ab 1990 auch Vorsitzender des *gorsojwet* (Stadtparlament).⁹¹ Im Frühjahr 1991 äußerte er sich zufrieden über die »aktive Teilnahme der Stadt und ihres Sowjets im Kampf für die Wiedererrichtung der Krim-Autonomie, in der Organisation des Referendums, in dem sich die Bewohner von Simferopol' entschieden für die Bewahrung der Union aussprachen.«⁹² Damit vertrat er den damaligen politischen Main-

89 Danilov, V.: S trevogoj za buduščee Kryma, in: Krymskaja Pravda, 8.9.1994, S. 1; Soobščenie press-centra Respublikanskoj partii Kryma, in: Svobodnyj Krym, 25.2.1995, S. 1; Kto predal »Rossiju! In: Svobodnyj Krym, 27.5.1995, S. 1; Protokoll der Versammlung der RPK/RDK-Organisation Simferopol' (25.09.1993). RDK-Archiv bei ROK, Dok. 15; Entscheidung des Koordinationssojwets RPK/RDK (September 1993). RDK-Archiv bei ROK, Dok. 25.

90 Sostojalsja rassirennyj koordinacionnyj sovet, in: Svobodnyj Krym, 4.2.1995, S. 2.

91 Kto est' kto v Krymu 2001-2002: Al'manach, Simferopol' 2002, S. 233.

92 »[A]ktivnogo učastija goroda i ego Soveta v bor'be za vossozdanie Krymskoj avtonomii, v organizacii referenduma, gde Simferopol'cy rešitel'no vyskazalis' za sochranenie Sojuza.« I deržat' otvet, i sovetovat'sja. Interview mit Vjačeslav Jurov, in: Krymskaja Pravda, 12.04.1991, S. 2.

stream auf der Krim – Erhalt der Sowjetunion und Verbesserung des Status der eigenen Verwaltungseinheit. Diese Position baute Jurov in der Folgezeit nicht zu einer anti-ukrainischen, separatistischen oder pro-russländischen Position aus, und er schloss sich nicht den pro-russländischen Kräften der Stadt an. Die zentralen sozialen Probleme – Wohnungsbau, die drastischen Preissteigerungen, die Versorgung der Bewohner mit Heiz- und Nahrungsmitteln, öffentlicher Nahverkehr, die Privatisierung und die lokale Industrieförderung – bestimmten die Agenda der Stadtverwaltung, die mehrere Anti-Krisenprogramme auflegte.⁹³ Als am Tag nach der Fernseh-Erklärung Gorbačëvs zur endgültigen Auflösung der UdSSR der Stadtsowjet zu seiner regelmäßigen Sitzung zusammentrat, arbeiteten die Deputierten ungerührt an den lokalen sozialen Themen weiter.⁹⁴ Die Stadtführung wollte ein Bild von sich als emsige Arbeiter für die sozialen Belange der Bewohner von Simferopol' zeichnen. Unter der Flagge des Wohls der Bürger der Stadt setzten sich die Organe der Stadtpolitik auch mit den Oblast-/Republik-Institutionen der Krim auseinander. Wichtigstes Thema bei der auszuhandelnden Kompetenzabgrenzung zwischen den Institutionen war die Frage der Aufteilung des Eigentums. Für die städtischen Behörden standen Grund und Boden dabei im Zentrum. »Städtisches Land – das ist der wichtigste Reichtum des Stadtsowjets«⁹⁵, sagte der stellvertretende Vorsitzende des Exekutivkomitees im Frühjahr 1992. Um den Privatisierungsprozess voranzutreiben, gründete die Stadtverwaltung einen »Fonds kommunalen Eigentums«, noch bevor das ukrainische Parlament die rechtliche Grundlage für die Entstaatlichung der Wirtschaft geschaffen hatte. Die Kontrolle der Privatisierung folgte dabei nicht in jedem Falle dem Interesse der Allgemeinheit in der Stadt. Das Exekutivkomitee und sein Apparat hatten bis 1992 zahlreiche »kommerzielle Strukturen« geschaffen, denen die Vorteilsnahme quasi als Geburtsfehler in die Wiege gelegt war. Die Lokalzeitung *Krymskaja Pravda* erhob schwere Vorwürfe gegen einzelne Funktionäre der Stadtverwaltung, die ein städtisches Handelskontor in eine private Firma verwandelt und zu

93 D'jakov, I.: Čerez razvitie ekonomiki. S sessii Simferopol'skogo gorsoвета, in: Krymskaja Pravda, 14.6.1991, S. 2; U Simferopolja sobstvennaja programma. Interview mit dem stellvertretenden Stadtsowjet-Vorsitzenden G. Jarovoj, in: Krymskaja Pravda, 12.07.1991, S. 2.

94 Timoševskaja, G.: »Parlamentskij krizis« mestnogo značeniya? Zametki s sessii Simferopol'skogo gorsoвета, in: Krymskaja Pravda, 19.12.1991, S. 2.

95 »Gorodskaja zemlja – èto samoe glavnoe bogatstvo gorodskogo Soveta.« Problemy jasny. Ostalos' rešit'. Interview mit Aleksandr Černenko, in: Južnaja Stolica, 7.2.1992, S. 5.

ihrem Besitz gemacht hatten. Die ukrainische Regierung untersagte schließlich solche Unternehmensgründungen durch politische Institutionen.⁹⁶

Mit der Übernahme der Regierung der Krim durch Meškov und die RPK verschärfte sich der Konflikt zwischen den städtischen Behörden und den Republik-Behörden in Simferopol'. Die neue Präsidialadministration gründete regionale Abteilungen des Eigentumsfonds der Krim, wollte die kommunalen Eigentumsfonds auflösen und somit direkte Kontrolle über die Privatisierung in den Städten bekommen. Dagegen wehrten sich die Stadtverwaltungen heftig.⁹⁷ Meškov ging schließlich in seinem Konflikt mit anderen Machtorganen bis zum Äußersten und verfügte im September 1994 nicht nur die Auflösung des Krim-Parlaments, sondern auch der lokalen Verwaltungen und Sowjets. Gegen die Verordnung protestierte in Simferopol' nicht nur der Stadtsowjet, sondern auch Meškovs Partei RPK.⁹⁸ Der Widerstand gegen diese Maßnahme beschleunigte den Autoritätsverlust Meškovs rasant.

Der schnelle Niedergang des pro-russländischen Separatismus war unter anderem auch deswegen möglich, weil ihm die lokale Machtbasis fehlte. Auch in Simferopol' hatten RPK und *Blok Rossija* die städtischen Institutionen nicht erobern können. Vielmehr standen die pro-russländischen Organisationen mit der städtischen Obrigkeit im Konflikt. Die Verwaltung versuchte immer wieder, Kundgebungen und Demonstration zu verhindern, und sprach Verbote aus.⁹⁹ Im Stadtsowjet der Periode von 1990 bis 1995

96 Olin, L.: Krasnyj director. Ili vnov' o privatizacii po-Simferopol'skij, in: Krymskaja Pravda, 24.12.1991, S. 3.

97 Beschluss des Präsidiums des Obersten Sowjets »Über die Schaffung einer Arbeitskommission des Präsidiums des Obersten Sowjets der Krim zur Ausarbeitung der Beschlussvorlage über regionale Vertretungen des Fonds für Staatseigentum der Krim« (5.9.1994). GA ARK, f. R-4993, op. 1, d. 245, l. 26; Schreiben der Ständigen Kommission für wirtschaftliche und Budget-Fragen des Obersten Sowjets an den stellvertretenden Vorsitzenden des Obersten Sowjets Viktor Mežak (24.10.1994). GA ARK, f. R-4993, op. 1, d. 245, l. 205-206.

98 Respublikancy osuždajut, in: Krymskaja Pravda, 15.9.1994, S. 1. Erklärung der Deputierten des Stadtsowjets Simferopol' an den Präsidenten der Krim und den Obersten Sowjet der Republik Krim, in: Južnaja Stolica, 16.9.1994, S. 1.

99 Gegen den von RPK-nahen Kräften organisierten Besuch des großrussischen Nationalisten Vladimir Žirinovskij wandte sich das Exekutivkomitee der Stadt in scharfen Tönen und der Stadtsowjet forderte gar das ukrainische Parlament in Kiew auf, Maßnahmen zu ergreifen. (Leus, O.: Provokacionnyj vizit Žirinovskogo, in: Slava Sevastopolja, 11.06.1992, S. 1) Auch Kundgebungsanmeldungen der Russischen Gesellschaft der Krim unter Anatolij Los' waren immer wieder Gegenstand von Konflikten: O nesankcionirovannyh dejstvijach Russkogo občestva Kryma, in: Krymskaja Pravda, 08.09.1993, S. 1; Schreiben von Anatolij Los' an den Vorsitzenden des

waren die Anhänger von RDK und RPK nur eine kleine Minderheit. Der pro-russländischen Bewegung fehlte in der lokalpolitischen Auseinandersetzung auch das Thema, um sich als politische Kraft sichtbar zu machen. Für die konkreten Aufgaben, die sich aus der ökonomischen Extremsituation ergaben, vor allem die Versorgung der Stadtbevölkerung mit Gütern der Daseinsvorsorge, verfügte sie über kein alternatives Programm. Zu den Kommunalwahlen 1995, bereits nach der Beendigung von Meškova's Intermezzo als Krim-Präsident, trat der Kandidat von *Russkaja obščina Kryma* und RPK für Sozialmaßnahmen für Pensionäre, für einen Verfassungsrang des Hauptstadtstatus von Simferopol' und für eine Vereinigung aller »slawischen Republiken der ehemaligen UdSSR (und anderer [nicht-slawischer Republiken] auf Wunsch)«¹⁰⁰ ein. Er konnte jedoch keine nennenswerte Stimmenzahl auf sich vereinigen.¹⁰¹ Im Gegensatz zu den Institutionen der Autonomen Republik konnte die pro-russländische Bewegung die Macht auf der städtischen Ebene noch nicht einmal für kurze Zeit erringen.

Die Mittelstädte

In den mittelgroßen Städten der Krim waren RPK und RDK präsent, schafften es aber auch hier nicht, die kommunalen Machtstrukturen zu kontrollieren. Diese Städte, Kerč' (174 000 Einwohner), Evpatorija (126 000 Einwohner), Feodosija (117 000 Einwohner), Jalta (163 000) und Džankoj (50 000 Einwohner)¹⁰², litten in der Transformationskrise unter ähnlichen wirtschaftlichen Problemen. Die dort ansässigen Betriebe der Werftindustrie, des Fischfangs und der weiterverarbeitenden Leichtindustrie hatten in der Sowjetunion nach Plan und seit den Perestrojka-Reformen auf »Staatsbestellung« produziert. Der Wegfall dieser konstanten staatlichen Nachfrage sorgte für einen Absatzeinbruch. Die Neustrukturierung der Abnehmer-

städtischen Exekutivkomitees von Simferopol' Vjačeslav Jurov. GA ARK, f. R-4993, op. 1, d. 155, l. 21-22; 23.

100 »[O]b''edinenija vseh slavjanskich respublik byvshego SSSR (i drugich po želaniju)«, Graždane slavnogo goroda Simferopolja! My prosim vas izbrat' predsedatelem Simferopol'skogo gorosoveta narodnych deputatov našego kandidata Blinova Vladimira Germanoviča, in: Svobodnyj Krym, 03.06.1995, S. 1. Zu den Standpunkten von Vladimir Blinov auch: Kto polučit mandat doverija simferopol'cev, in: Krymskaja Pravda, 21.06.1995, S. 2.

101 Kto polučit mandat doverija Simferopol'cev, in: Krymskaja Pravda, 21.06.1995, S. 2; Gavrilova, N.: Vybory sostojalis', vakansii ostajutsja, in: Krymskie Izvestija, 27.6.1995, S. 1; Prokofev, O.: Smotrite, kto prišël! In: Krymskie Izvestija, 22.7.1995, S. 1.

102 Ruki opuskaetsja. Interview mit dem Vorsitzenden des Stadtsowjets von Džankoj Vladimir Sinickij, in: Krymskaja Pravda, 17.07.1993, S. 2.

schaft konnte nicht von heute auf morgen vollzogen werden. Neue Grenzen und Zollbestimmungen störten die Beziehungen zu alten und neuen Abnehmern in der GUS und im sonstigen Ausland zusätzlich. Auch der Bezug von Rohstoffen, Brennstoffen, Energie und Produktionsgütern war mit dem Zusammenbruch des sowjetischen Wirtschaftskreislaufes erschwert worden. Die Betriebe kündigten Anfang der 1990er Jahre Massenentlassungen an. Die gleichzeitige rasante Inflation hatte auch die Kaufkraft der Löhne extrem geschwächt. Die Monatslöhne in den Industriebetrieben betragen im Frühjahr 1993 nach Angaben des Chefs des Stadtsowjets von Džankoj monatlich durchschnittlich 12 000 bis 13 000 Karbovanec' (die ukrainische Übergangswährung bis 1996), während das Kilogramm Butter 4900 Karbovanec' kostete.¹⁰³ Trotz der Beibehaltung der staatlichen Preisfestsetzung für Lebensmittel und weitere Güter primären Bedarfs konnte auch die Grundversorgung der Bevölkerung nicht sichergestellt werden. Milch, Brot und Wurst gelangten erst gar nicht in ausreichendem Maße in die Läden.¹⁰⁴

Die politische Konsequenz, die die Stadtverwaltungen und -sowjets daraus zogen, war aber keine Hinwendung zu einem pro-russländischen Separatismus. Die Stadtregierungen forderten von Kiew Unterstützungsleistungen für Sozialfonds und Steuernachlässe für Unternehmen. Sie traten für Zollsenkungen oder gar für die Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen mit erleichterten Export- und Importbedingungen für die Industriebetriebe auf dem von ihnen verwalteten Gebiet ein. In einigen Fällen mahnten Stadt-oberhäupter auch eine engere wirtschaftliche und politische Integration mit dem GUS-Raum und eine stärkere Hinwendung zu Russland an. Ansprechpartner blieb dabei aber die ukrainische Regierung. Die für die Städte relevanten Entscheidungen wurden von der Regierung in Kiew getroffen – nicht in Simferopol' und erst recht nicht in Moskau.

Das Verhältnis der Kommunalverwaltungen auf der Krim zur ukrainischen Führung war naturgemäß konflikthaft. Fragen der Steuerverteilung, Kompetenzabgrenzung, der Ressourcenzuweisung und Eigentumsrechte waren zu klären. Diese Konflikte wurden von den Stadtverwaltungen aber nicht ethnisiert, als Auseinandersetzung zwischen einer russischen Krim und der Ukraine kodiert oder mit einer Separationsforderung verbunden. Die gleichen Auseinandersetzungen führten die Stadtregierungen auch mit der Ver-

103 Ruki opuskaetsja. Interview mit dem Vorsitzenden des Stadtsowjets von Džankoj Vladimir Sinickij, in: Krymskaja Pravda, 17.07.1993, S. 2.

104 V Feodosii vsě spokojno ..., in: Krymskaja Pravda, 14.01.1993, S. 2; Nakonečnyj, A.: Korablekryšenie. Tak možno nazvat' segodnja situaciju, složivšujusja v »Kerč'rybprome«, in: Krymskaja Pravda, 29.05.1993, S. 1; Ruki opuskaetsja. Interview mit dem Vorsitzenden des Stadtsowjets von Džankoj Vladimir Sinickij, in: Krymskaja Pravda, 17.07.1993, S. 2.

waltung der Autonomen Republik Krim. Nach dem Vorbild der Kommunalverwaltungen in der Ukraine und in der RF schlossen sich die Städte der Krim zur »Assoziation der Städte der Krim« zusammen. Die erste Erklärung dieser Vereinigung kritisierte die Konzentration der Macht bei der Exekutive der Autonomen Republik und verteidigte das Recht der Städte auf das auf ihrem Territorium befindliche Eigentum.¹⁰⁵

Gegen die politischen Initiativen der pro-russländischen Separatisten um die RDK setzten sich die lokalen Machthaber gar offensiv zur Wehr. Als die RDK im Mai 1992 nach der erfolgreichen Unterschriftensammlung kurz davor stand, ein Referendum über die Unabhängigkeit der Krim durchzusetzen, verfassten die Führungen einiger Stadtverwaltungen gemeinsam mit den Vorsitzenden einiger Bezirkssovjets eine Erklärung an den Obersten Sowjet der Krim. Deputierte der Stadtsowjets von Evpatorija, Džankoj, Bachčisaraj, Jalta, Alušta, Feodosija, Kerč' und Krasnoperekopsk, darunter auch einige Stadtverwaltungschefs, forderten das Krim-Parlament auf, die Erklärung der Selbstständigkeit vom 5. Mai 1992 zurückzunehmen.¹⁰⁶

In der Zuspitzung der Wirtschaftskrise in der Ukraine Ende des Jahres 1992/Anfang 1993 trat die Konfliktsituation zwischen pro-russländischen Organisationen und den kommunalen Machthabern besonders deutlich hervor. RDK-Ortsverbände mobilisierten gemeinsam mit anderen politischen Gruppen, Parteien und Gewerkschaften gegen die Politik der jeweiligen Stadtregierung. So organisierten beispielsweise in Feodosija die RDK, der Ortsverein der Sozialdemokratischen Partei, die Gewerkschaften und der Wählerklub *Al'ternativa* gemeinsam eine Demonstration. Die auf der Kundgebung verabschiedete Erklärung beklagte die schlechte Versorgung mit Gas, anderen Heizmitteln und heißem Wasser in den Wohnvierteln, den schlecht funktionierenden öffentlichen Nahverkehr sowie die Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln. Die Stadtverwaltung setzte rechtliche Mittel gegen die Kundgebung ein, konnte sie aber nicht komplett verhindern.¹⁰⁷ Im Frühjahr 1993 sammelten RDK und die verbündeten Organisationen

105 Staroverov, G.: Vstreča merov gorodov Kryma, in: Krymskaja Pravda, 20.8.1994, S. 1; Čirko, V.: Glasnost' umiraet pervoj, in: Svobodnyj Krym, August 1992, Nr. 16, S. 2.

106 Die Initiative zu dieser Erklärung ging von der Stadtverwaltung von Krasnoperekopsk aus. (Obrašćenje k deputatam Verchovnogo Soveta Kryma, k narodnym deputatam vsech urovnej, graždanam Kryma, in: Frunzevec, 19.5.1992, S. 1; Skačko, Vladimir: Dva vzgljada na povozglašenje gosudarstvennoj samostojatel'nosti Kryma, in: Nezavisimaja Gazeta, 20.5.1992, S. 3. Kak v starje vremena, in: Svobodnyj Krym, Mai 1992, Nr. 11, S. 1; Letjat' utki, in: Svobodnyj Krym, Mai 1992, Nr. 11, S. 2)

107 V Feodosii vsě spokojno ..., in: Krymskaja Pravda, 14.01.1993.

dann Unterschriften für die Auflösung des lokalen Sowjets, und wollten damit auch die Ablösung der Stadtregierung erreichen. Diese reagierte erneut mit juristischen Maßnahmen gegen die Mobilisierungen – ein erheblicher Teil der Unterschriften wurde als ungültig eingestuft, sodass die Gegner des *gorispolkom* nicht das nötige Quorum für ein Referendum erreichten.¹⁰⁸

1994 traten in einigen Städten bei den Wahlen zum Obersten Sowjet der Krim führende Stadtverwaltungsfunktionäre gegen die RPK-Kandidaten an und stellten sich gegen deren pro-russländische Programmatik. Bei dieser Wahl zum Krim-Parlament setzte sich jedoch die pro-russländische Bewegung gegen die lokalen Machthaber durch: In fast allen Wahlkreisen gewannen die Kandidaten des *Blok Rossija*. So schlug beispielsweise in Džankoj der RPK-Kandidat Vladimir Kozlov, ein 37-jähriger Elektriker, den amtierenden Bürgermeister.¹⁰⁹ Bei der Parlaments- wie bei der Stichwahl um die Präsidentschaft holte der *Blok Rossija* auch in den Mittelstädten beeindruckende Ergebnisse zwischen 66,1 Prozent (Džankoj bei der Sowjetwahl) und 82,4 Prozent (für Meškov in Kerč' bei der Stichwahl um die Präsidentschaft).¹¹⁰

Trotz dieser offensichtlichen Zustimmung zu ihren Ideen schaffte es die pro-russländische Bewegung nicht, auf kommunaler Ebene die Macht zu übernehmen. Die organisatorische Basis vor Ort von RPK, RDK und ROK als Kern des *Blok Rossija* reichte nicht aus, um einen ernsthaften Machtfaktor darzustellen. Vielmehr bestanden die lokalen Vereinigungen aus einer meist niedrigen zweistelligen Zahl von Aktivisten. Auf den jeweiligen Parteiversammlungen vor Ort fanden sich dann häufig weit weniger als ein Dutzend Aktive ein. Zusätzlich waren diese Basisorganisationen durch interne Auseinandersetzungen und von starken politischen Eingriffen durch die Parteiführung in Simferopol' geprägt. In beinahe jeder der Vereinigungen wurde 1993 oder 1994 der Vorsitzende des Versuchs der Abspaltung der Lokalorganisation beschuldigt und aus der Partei ausgeschlossen. Im Februar 1995 eskalierten die Auseinandersetzungen zwischen zentraler Parteiführung und Basisorganisationen vor Ort derart, dass zur »Stärkung der Parteidisziplin« die Organisationen in Evpatorija und Kerč' aufgelöst wurden.¹¹¹

108 V Feodosii vsë spokojno ..., in: Krymskaja Pravda, 14.01.1993, S. 2; Feodosija: čto rešili izbirateli, in: Krymskaja Pravda, 24.02.1993, S. 2; Geržov, V.: Est' li pravo u izbiratelej? Ili istorija o tom, kak v Feodosii potrebovali provedenija referendum, i čto iz etogo vyšlo, in: Krymskaja Pravda, 08. 06.1993, S. 3.

109 Dumov, V.: Za kogo golosuet narod. Krym pered vyborom. In: Krymskaja Pravda, 07.04.1994, S. 1.

110 Wilson, Presidential and Parliamentary Elections, S. 114; 124.

111 Sostojalsja rassirennyj koordinacionnyj sovet, in: Svobodnyj Krym, 4.2.1995, S. 2; Liste der Mitglieder der RDK Kerč'. RDK-Archiv bei ROK, Dok. 60; Protokoll der Versammlung der RDK-Filiale Kerč' (16.1.1993). RDK-Archiv bei ROK, Dok. 38;

Die Wahlen zu den Stadtparlamenten und »Bürgermeistern«, für die nach neuem ukrainischem Gesetz der kommunalen Selbstverwaltung eine Direktwahl vorgesehen war, fanden erst im Sommer 1995 statt – ein Zeitpunkt, zu dem die pro-russländische Bewegung ihren Höhepunkt überschritten hatte. Die Übernahme der Staatsorgane der Krim durch die ukrainische Präsidentsverwaltung und die eigene interne Spaltung hatten die pro-russländischen Organisationen so weit marginalisiert, dass auf gemeinsamen Versammlungen von RPK/RDK und Russischer Gemeinde ein Boykott der Lokalwahlen diskutiert wurde. Die bei der Wahl zum Krimparlament 1994 noch erfolglosen Chefs der Stadtverwaltungen konnten sich bei den Kommunalwahlen durchsetzen, die pro-russländische Bewegung konnte ihren Erfolg nicht wiederholen und keines der Rathäuser erobern.¹¹²

Die pro-russländische Bewegung schaffte es nicht in den mittelgroßen Städten der Krim eine Machtbasis aufzubauen. Die grundsätzliche Idee der Russland-Orientierung wurde zwar von den Wählern 1994 mit einer überwältigenden Mehrheit unterstützt, aber der organisatorische Unterbau, um in den Städten die Lokalverwaltung zu übernehmen, fehlte. Diese strukturelle Schwäche in den städtischen Kommunen der Krim wurde durch die ländlichen Regionen noch übertroffen – in der Fläche waren RDK und RPK kaum vorhanden.

Die pro-russländische Bewegung in ländlichen Regionen

In den ländlichen Regionen war die pro-russländische Bewegung sehr schwach. Nur in einigen wenigen Kleinstädten und Dörfern existierten Ortsgruppen der RDK, bei Mobilisierungsereignissen war die Bewegung wenig präsent und die Wahlsiege fielen weniger deutlich aus als in den Städten.

Protokoll Organisation RPK/RDK Kerč' (11.9.1993). RDK-Archiv bei ROK, Dok. 20; Protokoll von Treffen der RPK-Organisation Evpatorija (15.5.1994). RDK-Archiv bei ROK, Dok. X3; aus Protokoll Nr. 5 Versammlung RPK (RDK) Feodosija (15.8.1993). RDK-Archiv bei ROK, Dok. 59; Protokoll Versammlung RPK/RDK Feodosija (17.7.1994). RDK-Archiv bei ROK, Dok. 56; Protokoll von Versammlung von RDK Feodosija (28.4.1993). RDK-Archiv bei ROK, Dok. 58.

112 In Feodosija und Jalta wurde die Mindestwahlbeteiligung von 50 Prozent im Juni 1995 nicht erreicht, sodass die Wahl wiederholt werden musste. Volodin, O.: Vybory ne sostojalis' v Simferopole i eščë v pjati gorodach i dvuch rajonach Kryma, in: Krymskaja Pravda, 27.06.1995, S. 1. Chronika obščestvennoj žizni. Vesti iz Evpatorii, in: Svobodnyj Krym, 06.05.1995, S. 3; Obrašćenie k izbirateljam goroda Feodosii. Klub izbiratelej »Al'ternativa«, Russkaja obščina g. Feodosija, in: Svobodnyj Krym, 17.06.1995, S. 2.

Umgekehrt waren auch in den Führungsgremien der Organisationen der Bewegung Vertreter ländlicher Regionen die Ausnahme.

Der Hintergrund der politischen Mobilisierung auf dem Land waren die politisch-ökonomischen Herrschaftsstrukturen im sowjetischen Dorf und den Landkreisen. Die drei Machtsäulen, die auch die sowjetische Industriestadt dominierten (Partei, Sowjet, Betrieb), vereinigten sich hier zu einem Triumvirat: Zentrale politische Akteure waren der Leiter des Rayon-Komitees der Partei, der Vorsitzende des Rayon-Sowjet und die Leiter der landwirtschaftlichen Betriebe. Die Kompetenzen der Letzteren gingen über betriebswirtschaftliche Belange weit hinaus – die Kolchose bzw. Sowchose unterhielt einen Großteil der Infrastruktur der Daseinsvorsorge, von Schulen über Straßen bis hin zum Lebensmittelladen. Typischerweise gab es im sowjetischen Dorf nur eine Kolchose, Ort und Betrieb gingen ineinander über. Andere Landwirtschaftsbetriebe fassten mehrere Dörfer zusammen – diese befanden sich dann »in« der Sowchose. Die Bewohner solcher Dörfer hatten nur einen potentiellen Arbeitgeber – den örtlichen Landwirtschaftsbetrieb. Der Leiter des jeweiligen Betriebs verfügte also im Dorf über eine sehr große Macht. Die Perestrojka-Reformen und der Zusammenbruch der KPdSU-Parteiherrschaft hatten auf dem Land einen ähnlichen Effekt wie für die Industriestädte im Dnjestr-Tal beschrieben: Die Machtinstanz der Partei brach weg, übrig blieben die Sowjet-(Präsiden) und die Betriebsleitungen. Personell waren diese beiden Machtsäulen nicht getrennt – Kolchosleiter konkurrierten um den Vorsitz in den Rayon-Sowjets, gegebenenfalls mit den ehemaligen Parteisekretären der Landwirtschaftsbetriebe. Der Zusammenbruch des sowjetischen Regulationsmodus sorgte also sowohl für einen Machtkampf zwischen den ländlichen Eliten als auch für eine größere Machtkonzentration bei diesen. Die Kompetenzverteilung zwischen den unterschiedlichen institutionellen Ebenen musste neu ausgehandelt werden.¹¹³

Vor dem Hintergrund dieser besonderen Form von Verquickung von politischer und ökonomischer Macht stand und fiel das Mobilisierungspotential der pro-russländischen Bewegung mit der Unterstützung durch die ländlichen Eliten (eine gegen die beschriebenen Machtverhältnisse auftretende relevante Bauern-/Landarbeiterbewegung existierte nicht auf der

113 Meinicke, Britta: Nahrungsmittelversorgung und Lage in der Landwirtschaft, in: Simon, Gerhard (Hg.), *Sowjetunion 1990/91. Krise, Zerfall, Neuorientierung*, München 1991, S. 196-203; Wegren, Stephen K.: *Agriculture and the State in Soviet and Post-Soviet Russia*, Pittsburgh 1998, S. 19-24; *Koncepcija Agrarnoj reformy i social'no-ekonomičeskogo razvitija sela*, in: *Sovetskaja Moldavija*, 29.8.1990, S. 2-3; Timoševskaja, G.: *Vsja vlast' direktoru?* In: *Krymskaja Pravda*, 28.10.1989, S. 2.

Krim). Die meisten Kader der Bewegung kamen aber aus den Städten. Eine der wenigen Ausnahmen war der Sowchose-Leiter Ivan Šiškin.

Šiškin stand als Leiter der Sowchose »Pjatiozernyj« im Rayon Krasnoperekopsk in einem mehrjährigen Konflikt mit der Bezirksverwaltung und einer innerbetrieblichen Opposition. Diese Auseinandersetzung zeigt die Grenzen der Mobilisierungsmacht der pro-russländischen Bewegung auf dem Land ebenso wie den Einfluss der komplexen ruralen Machtstrukturen der post-sowjetischen Gesellschaft auf die unterschiedlichen Parteinahmen der Handelnden.

Šiškin wurde 1989 zum Vorsitzenden des großen Landwirtschaftsbetriebs gewählt, der mehrere Dörfer umfasste. Die innerbetriebliche Demokratisierung der Perestrojka hatte auch in landwirtschaftlichen Betrieben den Leitungsposten zum Wahlamt gemacht. Mit einem ambitionierten Programm, das intensive Modernisierung und verstärkte Investitionen versprach, überzeugte Šiškin die Belegschaft. Sein Vorgänger Valerij Kosjančuk aber wechselte in die Bezirksverwaltung. Er wurde Vorsitzender des Rayon-Sowjets und damit mächtigster Mann des Landkreises um Krasnoperekopsk – und ein eingefleischter Gegner Šiškins. Unter seiner Führung warf die Rayon-Verwaltung nun Šiškin vor, sich an den Investitionsmitteln der Kolchose und durch Güterverkauf persönlich zu bereichern, den Betrieb heruntergewirtschaftet zu haben und Lieferverträge nicht einzuhalten. Die Maßnahmen reichten von einer Razzia in Šiškins Wohnung bis hin zu seiner Amtsenthebung im Jahr 1994. Šiškin bestritt alle gegen ihn erhobenen Vorwürfe, verwies auf die getätigten Investitionen in neue Schulgebäude und Produktionsstätten und führte die Feindseligkeit der Bezirksverwaltung auf sein Engagement für die pro-russländische Bewegung zurück. Šiškin entwarf ein Bild seiner Gegner als »konservative Kräfte«, die Nikolaj Bagrov unterstützten und Vertreter der sowjetischen Nomenklatura seien.¹¹⁴

Gegen seinen Rauswurf wehrte sich Šiškin mit einem Hungerstreik. Die Belegschaft war gespalten; ein Teil unterstützte den aktuellen (abgesetz-

114 Šiškin, I.: Protestuju protiv proizvola, in: Frunzevec, 14.5.1994, S. 1. Šiškin war (und blieb) selbst Mitglied der Kommunistischen Partei, aber gleichzeitig engagierte er sich in den pro-russländischen Organisationen: Er war Präsidiumsmitglied in der Initiativgruppe für ein Unabhängigkeitsreferendum auf der Krim. (Protokoll der Versammlung vom 22.12.1991 zur Gründung einer Initiativgruppe für ein Referendum (22.12.1991). RDK-Archiv bei ROK, Dok. X1) Als Abgeordneter des Krim-Parlaments von 1990 bis 1994 schloss er sich der autonomieorientierten Fraktion »Respublika« um Jurij Meškov an. Die regionale Abteilung der Russischen Gemeinde der Krim in Krasnoperekopsk kürte ihn bei ihrer Gründung im Juni 1995 dann zu ihrem ersten Vorsitzenden. (Dumov, V.: Russkije – ob"edinjajtes! In: Krymskaja Pravda, 15.6.95, S. 1)

ten) Leiter, der andere Teil stellte sich auf die Seite des vormaligen Leiters Kosjančuk, der Bezirkssowjet-Vorsitzender geworden war. In der Sowchose kam es zu Demonstrationen gegen Šiškin. Arbeiter streikten und blockierten mehrere Tage lang sein Büro. Der Konflikt schlug Wellen bis nach Simferopol', eine Delegation des RPK-dominierten Obersten Sowjets der Krim kam in das Dorf Sovchoznoe um sich ein Bild von dem Konflikt zu machen. Auf Intervention der eingesetzten Kommission um den Stellvertretenden Parlamentsvorsitzenden und Spitzenfunktionär des *Blok Rossija* Viktor Mežak wurde Šiškin vorübergehend wieder eingesetzt (und dann erneut entlassen).

Die Gemengelage war aber komplizierter, es handelte sich nicht einfach um eine Unterstützungsleistung der pro-russländischen Kräfte für ihren Parteifreund: Die Bezirksverwaltung von Krasnoperekopsk hatte die Absetzung zwar betrieben, letztendlich verantwortlich war aber das Wirtschaftsministerium in Simferopol' – also der von Meškov eingesetzte Minister. Gleichzeitig distanzierte sich die lokale Vereinigung der RPK in Krasnoperekopsk von Šiškin. Die Spaltung des *Blok Rossija* und die Konflikte zwischen den unterschiedlichen Institutionen wirkten sich hier aus.¹¹⁵

Letztendlich musste Šiškin gehen und auch bei seinen Kandidaturen für politische Mandate und Ämter war ihm kein Erfolg beschieden. Im März 1994 trat er beispielsweise, noch als Sowchos-Leiter im Amt, für den *Blok Rossija* für ein Mandat im Krimparlament an, in dem er seit 1990 saß. Sein stärkster Gegenkandidat im Wahlkreis war der Leiter der Nachbar-Sowchose *Severnyj* – in der Šiškin vorher als Parteisekretär fungiert hatte. Arbeiter der *Severnyj* traten mit einem Unterstützungs-Appell für ihren Direktor an die Öffentlichkeit und warnten vor Šiškin. Dabei betonten sie, ebenfalls den frisch gewählten Präsidenten Meškov und die Ideen des *Blok Rossija* zu unterstützen, dagegen aber bewusst nicht »Karrieristen« wie Šiškin.¹¹⁶ Dieser verlor, obwohl er Kandidat des *Blok Rossija* war, welcher sonst fast alle Wahlkreise gewinnen konnten. Der wahlanalytische Kommentar in der Lokalzeitung *Perekop* machte darauf aufmerksam, dass Šiškin in »seiner« Sowchose eine deutliche Mehrheit von 1181 zu 644 gegen sich hatte, während sein siegreicher Konkurrent in den Dörfern des »eigenen« Betriebs fast alle Stimmen erhielt.¹¹⁷ Šiškin scheiterte auch im Sommer 1995 bei der Lokalwahl als

115 Darkin, V.: Kto že prav? In: Krymskaja Pravda, 20.5.1994, S. 1; Darkin, V.: Strastne utichli, in: Krymskaja Pravda, 18.8.1994, S. 1-2; Levych, L.: A na šestoj den' golodovki, in: Frunzevec, 19.5.1994, S. 1; Teper' Kievu stanet trudnee diktovat' svoju volju Krymčanam, in: Frunzevec, 7.4.1994, S. 3.

116 Obrašćenje rabotnikov sovchoza »Severnyj« k izbirateljam Krasnoperekopskogo rajona i goroda Armjanska, in: Perekop, 7.4.1994, S. 1.

117 Itogi vyborov – povod dlja analiza, in: Perekop, 5.4.1994, S. 1. Das Ergebnis der Stichwahl in: Perekop, 14.4.1994, S. 1.

Kandidat für den Vorsitz des Bezirkssovjets in einem Showdown gegen seinen Rivalen Košančuk.¹¹⁸

Interessant an diesem lokalen Machtkampf ist, dass der unterlegene Šiškin versuchte, den Konflikt als Teil einer größeren politischen Auseinandersetzung zwischen einer alten Nomenklatura um den ehemaligen Sekretär des Krim-Komitees der Partei Bagrov und progressiven pro-russländischen Kräften um Meškov zu stilisieren. Kurzzeitig hatte Šiškin damit Erfolg und seine politischen Verbindungen halfen ihm bei seiner Wiedereinsetzung. Seine Kontrahenten hielten aber an ihren Vorwürfen fest, die wirtschaftspolitischer Natur waren. Eine ethnisierende Kodierung nahmen sie nicht vor. Die Parteinahmen der Eliten und der Mobilisierten folgten kleinteiligen Linien entlang konkreter Interessen und institutioneller Strukturen. Stabil waren die Konfliktlinien nur in der Rivalität zweier lokaler Machthaber – den Hauptkontrahenten Šiškin und Košančuk.

Gefolgschaftsmobilisierung auf dem Land erforderte lokale Machtressourcen: Führungsposten in den Betrieben oder in lokalen politischen Institutionen waren grundlegend. Die ländlichen Eliten wurden aber nicht Teil der pro-russländischen Bewegung auf der Krim und so konnte diese weder dauerhaft eine Anhängerschaft noch Organisationsstrukturen aufbauen. Über einen einmaligen Wahlerfolg 1994 und Unterschriftensammlungen gingen die Mobilisierungserfolge der pro-russländischen Bewegung auf dem Land nicht hinaus.

Die Krim-Bewegung in den Industriebetrieben

Anders als die separatistische Bewegung im Dnjestr-Tal begann die pro-russländische Bewegung auf der Krim nicht mit Streiks in den Industriebetrieben. Im Herbst 1989, als die ukrainische Regierung neue Sprachgesetze verabschiedete, formierte sich keine relevante Gegenbewegung in den Betrieben und im Prozess der Unabhängigkeit der Ukraine wurden dort auch keine bewaffneten Einheiten ausgehoben. Die pro-russländische Bewegung auf der Krim basierte also nicht wie der Dnjestr-Separatismus auf den sowjetischen Betriebsstrukturen. Die Betriebsleiter der großen Industrieunternehmen und Kombinate auf der Krim waren auch nicht in den Führungspositionen der Organisationen der Bewegung vertreten. Einzig die Leiter einiger kleinerer Unternehmen beteiligten sich führend an dem pro-russländischen Projekt. Keineswegs aber waren Betriebsleitungen und Belegschaften unbedingt Gegner pro-russländischer Autonomiebestrebungen.

¹¹⁸ Perekop, 1.7.1995, S. 3.

Vielmehr gab es zahlreiche unterschiedliche Formen der Unterstützung aus einem Teil der Betriebe bzw. durch deren Management.

Die großen Verbände der Industriellen, der Sowjet der Direktoren in Sevastopol' und die Union der Industriellen und Unternehmer auf der Krim blieben zur pro-russländischen Bewegung auf Distanz. Die Betriebsleitungen in Sevastopol' arbeiteten eng mit der von Kiew eingesetzten Stadtexekutive zusammen. Das aus dem ukrainischen Staatshaushalt finanzierte Konversionsprogramm der Rüstungsindustrie dominierte die Agenda der betreffenden Betriebe. Die krimweite Union der Unternehmer und Industriellen war mit der »zentristischen« Partei der ökonomischen Wiedergeburt der Krim (*Partija ekonomičeskogo vozroždenija Kryma – PĖVK*) eng verbunden und unterstützte ein Arrangement mit Kiew. Wie im folgenden Kapitel beschrieben wird, stellten sich die Betriebsleitungen der Chemie-Industrie im Bezirk Krasnoperekopsk gar offensiv gegen den Krim-Separatismus.¹¹⁹

Aus Sicht eines Teils der Wirtschaftselite der Krim sprachen zahlreiche Gründe für eine Orientierung an Russland. Der Zusammenbruch des gemeinsamen Wirtschaftsraums der UdSSR bedeutete für die in die sowjetische Arbeitsteilung eingebundenen Industriebetriebe einen schweren Einbruch. Das Hauptproblem war das Ausbleiben von Rohstoffen, Maschinen und anderen produktionsnotwendigen Zulieferungen aus den (ehemaligen) Sowjetrepubliken. Die neuen Grenzen zerlegten Produktionsketten, die vorher größtenteils innersowjetisch und oft auch innerhalb einer Behörde (eines Industrieministeriums) oder einer Produktionsvereinigung abliefen, in zahlreiche Schritte von Export-Import-Handel. Zölle und Grenzkontrollen brachten diesen Austausch weitgehend zum Erliegen. Unmut rief unter den Managern der Ausstieg der Republik Ukraine aus dem Rubel im Jahr 1992 hervor. Die Betriebsleiter erwarteten, dass die neue eigene Währung (der Karbovanec') schwach sein würde (was zutraf) und der Einkauf auf internationalen Märkten dadurch behindert würde. Der Rubel, der Anfang der 1990er Jahre auf dem Weltmarkt selbst keine konvertierbare Währung war, hatte immerhin den Einkauf von Rohstoffen, Zulieferteilen und Maschinen und den Absatz produzierter Güter in der Russländischen Föderation ermöglicht. Dennoch führten diese Bedingungen keineswegs zu einem eindeutigen politischen Bekenntnis, sondern zu sehr unterschiedlichen Formen der Anpassung an die neuen Verhältnisse.

Die Einbindung der Betriebe in die Strukturen der sowjetischen Wirtschaft und ihrer Bürokratie variierte nach Branche. Zahlreiche Betriebe auf der Krim waren den all-sowjetischen Industrie- und Branchenministe-

119 Siehe Kapitel IV.6.: Die Chemie-Industrieregion Krasnoperekopsk, Anm. 183 und 184 sowie Kapitel IV.5.: Sevastopol'.

rien untergeordnet. So unterstanden die Fischereikombinate in Sevastopol' und Kerč', die mit Hochseefloten einen weit über die Krim hinausgehenden Bedarf an Fischprodukten deckten, die Werften in denselben Städten und die gesamte an der Schwarzmeerflotte hängende Schiffswartungs- und Rüstungsindustrie den jeweiligen Moskauer Branchenministerien. Auch die Chemieindustriebetriebe um Krasnoperekopsk, deren Führungsetagen sich 1992 gegen den Krim-Separatismus wenden sollten, unterstanden vorrangig dem Ministerium für Chemieindustrie der UdSSR (*Minchimprom*). Betriebe der Leichtindustrie und beispielsweise der Baustoffindustrie unterstanden dagegen den Republik-Ministerien in Kiew.¹²⁰ Diese Ausgangspositionen waren von großer Bedeutung dafür, welche Kanäle innerhalb politischer Strukturen vorhanden waren und welche Wege der Materialversorgung den Betrieben offenstanden. Die Wirtschaftsbürokratie verlor jedoch bereits seit den 1980er Jahren Schritt für Schritt an direktem Einfluss auf Unternehmenspolitik und -entscheidungen. Die Perestrojka-Reformen, die die Selbstständigkeit der Unternehmen propagierten, verliehen den Betriebsleitungen mehr Macht.¹²¹

Zu den alten sowjetischen Betrieben kamen zahlreiche neue Kleinunternehmen hinzu, die sich mit Handel und Dienstleistungen beschäftigten. Viele gingen in »wilden« Privatisierungen aus den großen Kombinatener hervor, aus denen sich das jeweilige Management die besten Stücke herausholte, andere wurden neu gegründet. Die Beschäftigtenzahlen dieser Unternehmen waren ebenso beschränkt wie ihr gesellschaftlicher Einfluss. Während die großen Industriekombinate unter anderem Vergesellschaftungszentren für die vielen Beschäftigten, Startpunkte politischer Karrieren und Verteilungsstationen von Sozialleistungen waren, dienten die neuen Kleinunternehmen vorrangig dem Gelderwerb ihrer Eigentümer.¹²²

120 Šorochova, Ris A.: Počemu flot vzbuntovalsja, in: Slava Sevastopolja, 4.6.1989, S. 2; Produktii ne pribavilos'. S zasedanija oblispolkoma, in: Krymskaja Pravda, 20.4.1990, S. 1; Bol'shaja chimija i malenkij Krym, in: Krymskaja Pravda, 18.7.1991, S. 3. Ein Überblick über die Unionsministerien bei Aigner, Reformbestrebungen, S. 319-320.

121 Nach Maßgabe der Wirtschaftsreformen sollte die enge Kontrolle durch die Ministerien in ein Pachtverhältnis überführt werden. Der Versuch der Ministerien, die Betriebe bei der Stange zu halten, führte oft zu Konflikten. So geriet beispielsweise das Kollektiv eines Montagematerialbetriebs in Simferopol', beim Versuch zum Pachtbetrieb zu werden, mit dem ihm übergeordneten Ministerium für Montage und Spezialbau der Ukrainischen SSR (*Minmontažspestroj*) aneinander. (Jarovoj, V.: Iš' ty, samostajatel'nosti zachoteli! In: Krymskaja Pravda, 4.10.1990, S. 2)

122 Zu den Akteuren der post-sowjetischen Privatisierung am Beispiel Russlands: Barnes, Andrew: Owning Russia. The Struggle over Factories, Farms and Power, Ithaca; London 2006, S. 9-12.

Die Unternehmerschaft teilte sich aber Anfang der 1990er Jahre nicht einfach entlang der Linien vorheriger administrativer Zugehörigkeit oder in Abhängigkeit der Unternehmensgröße in unterschiedliche politische Lager. Der Zerfallsprozess machte die Interessenlagen komplex, strategisches Abwarten und beidseitige Kooperation waren die dominanten Verhaltensweisen. So kursierten zahlreiche differenzierte politische Konzepte zur Lösung der Wirtschaftskrise: Sonderwirtschaftszonen, Integration der Ukraine in einen gemeinsamen Wirtschaftsraum der GUS oder die Autonomie der Krim. Viele dieser Vorschläge ließen den Betriebsleitern alle Möglichkeit, sich nicht auf eine politische Seite festzulegen und sich im Fall des Falles mit den jeweiligen Machhabern zu arrangieren. Das Gros der Unternehmer stellte sich so keineswegs hinter die pro-russländische Bewegung, bzw. nicht hinter ein separatistisches Projekt dieser Bewegung.

Neben zahlreichen neuen Kleinunternehmern, die einen relevanten Teil der Führung der pro-russländischen Bewegung stellten, stellten sich aber auch einige wenige »alte« Betriebsdirektoren öffentlich und entschieden auf die Seite der pro-russländischen Bewegung. Von den Leitern der Großbetriebe in Simferopol' stand Vladimir Mel'nik der RDK-Führung am nächsten. Der Direktor der Maschinenbaufabrik »Progress« bekleidete keine Führungsämter in den verschiedenen Organisationen von RDK und RPK, war aber an zahlreichen Initiativen beteiligt, die darauf zielten, ein politisches Bündnis um die pro-russländischen Kräfte herum zu schmieden.¹²³ Auf einer Sitzung der RPK 1993 diskutierten die Delegierten gar darüber, den Betriebsdirektor als Kandidat für die Präsidentschaftswahl auf der Krim aufzustellen.¹²⁴ Im März 1993 gründeten RPK, die neu gegründeten Kommunisten und neben Mel'nik Vertreter noch fünf weiterer Betriebe sowie

123 Resolution der Versammlung der Vertreter gesellschaftlicher Organisationen und Unternehmen der Republik Krim (6.3.1993). GA RF, f. 10026, op. 4, d. 3520, l. 75; Ob''edinilis' v blok, in: Krymskaja Pravda, 16.3.1993, S. 3; Resolution der Konferenz von Arbeitskollektiven und Vertretern gesellschaftlich-politischer Organisationen (3.4.1993). GA RF, f. 10026, op. 4, d. 3514, l. 56; Protokoll der Sitzung der Initiativgruppe für die Schaffung eines Koordinationssozjets gesellschaftlicher Organisationen, Parteien und Bewegungen (29.6.1993). GA RF, f. 10026, op. 4, d. 3520, l. 79-80.

124 Zusammenfassung der Sitzung zu Registrierung RPK. RDK-Archiv bei ROK, Dok. 12-13; Vadim Mordašov, Führungsmitglied von RPK/RDK, schreibt, dass Meškov als »schwacher Anführer« (»slaby rukovoditel'«) und zu als selbstverliebt galt, weswegen die RDK-Führung für die Präsidentschaftskandidatur nach Alternativen suchte. Meškov sei darüber sichtbar verärgert gewesen, berichtet Mordašov. Mel'nik fehlten schließlich die rechtlichen Grundlagen (er hatte seinen Wohnsitz noch nicht lange genug auf der Krim), und der außerdem angefragte ehemalige Direktor der Reifenfabrik *Pneumatika* Aleksej Golovizin verzichtete, sodass am Ende

andere gesellschaftliche Organisationen ein politisches Bündnis. Man beschloss, gemeinsam Unterschriften für die Auflösung und Neuwahl des Obersten Sowjets der Krim zu sammeln. Wenige Tage später trat mit Viktor Mežak ein führender Vertreter der RDK auf der Konferenz des »Pächterkollektivs« bei »Progress« auf. Die versammelten 156 Delegierten beschlossen, nachdem Mežak über die Tätigkeit der RDK berichtet hatte, den kollektiven Beitritt des Betriebs in die Organisation.¹²⁵ Die »Konferenz der Pächter«, also das Gremium aus Management und Vertretern des Arbeitskollektivs, verabschiedete auch eine Erklärung an den Obersten Sowjet und die Bewohner der Krim, die von weiteren Betrieben in Maschinenbau und Automobilvertrieb unterstützt wurde. In dieser Erklärung beklagten sich die Belegschaften der betreffenden Betriebe zuvorderst über den niedrigen Minimallohn und Lebensstandard auf der Krim, stellten aber auch politische Forderungen wie die nach Neuwahlen zum Obersten Sowjet und nach einer Beratung über die Möglichkeit einer doppelten Staatsbürgerschaft. Diese Forderungen entsprachen der Agenda des neu formierten Bündnisses um die RPK/RDK, Kommunisten und genannten Industriellen. Zum Thema des territorialen Status im engeren Sinne formulierte die Erklärung: »Der Status der Krim entspricht nicht den Forderungen der Mehrheit der Bevölkerung der Krim.«¹²⁶ Für den Fall, dass den Forderungen nicht entsprochen würde, drohte die Erklärung damit, andere Betriebsbelegschaften zur gemeinsamen Vorbereitung eines Streiks aufzufordern. Obwohl der Oberste Sowjet die Erklärung ignorierte, machte die Belegschaft die Drohung nicht wahr. Es gab also keine Streikmobilisierung für eine Veränderung des Territorialstatus der Krim, aber immerhin konnte die RPK/RDK mit solchen Bündnissen und Mobilisierungen die politische Initiative gewinnen.

Die Betriebsleitung ihrerseits versuchte, in Gestalt der Bündnisse und des kollektiven Beitritts von *Progress* in die RDK, die Strukturen des Unternehmens für eine politische Gefolgschaft für die pro-russländische Bewegung nutzbar zu machen. Weitergehende betriebsinterne Mobilisierungen nach dem Stil der Arbeitsniederlegungen im Dnjestr-Tal blieben in den Maschinenbaubetrieben in Simferopol' aber aus. Ob die »kollektive Mitgliedschaft« des »Pächterkollektivs« von *Progress* eine große Wirkung auf das Gros der Beschäftigten in dem Betrieb hatte, ist fraglich. In den Protokollen und Pu-

die Wahl doch auf Meškov fiel. (Mordašov, in: Suprunjuk, Chronika drejfjuščego poluostrova, S. 20)

125 Protokoll der Konferenz des Kollektivs der Pächter der Maschinenbaufabrik »Progress« Simferopol' (20.3.1993). RDK-Archiv bei ROK, Dok. 37.

126 »Ne otvečæet trebovaniju bol'sinstva naselenija status Kryma.« Trudovye kollektivy trebujut ot Verchovnogo Soveta Kryma konkretnych rešenij, in: Krymskaja Pravda, 24.3.1993, S. 1.

blikationen von RDK und RPK tauchen außer dem Direktor Mel'nik keine weiteren Angestellten des Betriebs als Akteure auf – die Mitgliedschaft war wohl eher eine Kopfgeburt der Betriebsleitung. Aber auch Vladimir Mel'nik ging nicht in die Führungsgremien der pro-russländischen Organisationen ein – zwar war er wichtiger Bündnispartner, nicht aber Mitinitiator der Bewegung.

Ein anderer Betriebsleiter, der sich an der Bündnis- und Blockbildung mit den Maschinenbaubetrieben und der RDK beteiligte, war Anatolij Lazarev, Chef des Unternehmens *KrymAvtoGAZ*. Seine politische Unterstützung für die pro-russländische Bewegung deckte sich mit seinen betriebsökonomischen Interessen. Der Fall dieses Dienstleistungsunternehmers zeigt aber dennoch, dass sich die politischen Affiliationen der Betriebsleiter nicht einfach aus den Hierarchien der sowjetischen Wirtschaftsbürokratie herleiten lassen. Anatolij Lazarevs Betrieb war das unterste Ende der Vertriebskette des unionsweit agierenden Automobil-Kombinats GAZ im damaligen Gor'kij (heute Nižnij Novgorod).¹²⁷ Das Unternehmen begann als Station für Wartung, Reparatur und Verkauf von Ersatzteilen für die Wagen des Automobilherstellers und wurde im Laufe der 1990er Jahre schrittweise aufgewertet.¹²⁸ Zu Zeiten des sowjetischen Distributionssystems verteilte die Republik-Verwaltung in Kiew die von der Wolga kommenden Neuwagen. Mit der größeren Unabhängigkeit der Republiken und dem Umbau der Wirtschaft in der Perestrojka gestaltete auch das Automobilwerk in Gor'kij seine Vertriebskette unabhängig von den Strukturen der politischen Wirtschaftsbürokratie. In den Unionsrepubliken wurden Vertretungen aufgebaut, die den Verkauf in den Läden koordinierten. Neben dem Zentrum in Kiew eröffnete GAZ auch in Simferopol' Ende 1990 eine ähnliche Zentrale – *GAZavtotechobsluživanie* in Simferopol', aus der sich schließlich in der Folgezeit *KrymAvtoGAZ* entwickelte. Ihr Leiter Anatolij Lazarev pries das System in der Öffentlichkeit: Der Bezug der Autos sollte fortan nicht mehr von den Entscheidungen der Verwaltung der Ukrainischen SSR abhängig sein, sondern der Hersteller würde die Autos nun direkt in den Vertrieb auf der Krim bringen. Um die Verwaltung in Kiew dazu zu bringen, diesen neuen Verteilungsmodus, bei dem sie außen vor bleiben würde, zu akzeptieren, brauche die Krim einen Erfolg beim bevorstehenden Autonomie-Referen-

127 Der Automobilkonzern existiert weiterhin unter demselben Namen, befindet sich in Staatsbesitz und bekam in Deutschland in jüngster Zeit Öffentlichkeit, weil er am Versuch des russisch-kanadisch-österreichischen Zulieferunternehmens »Magna«, im Jahr 2008 Opel zu übernehmen, beteiligt war.

128 Seit 1995 ist es gar zum Montagewerk für verschiedene Autotypen des Konzerns GAZ aufgerüstet worden. (Kto est' kto v ékonomike nauke kul'ture Kryma. Vypusk IV, Kiew 2003)

dum, argumentierte Lazarev.¹²⁹ Von der Aufwertung des Territorialstatus der Krim hing also auch die Vollwertigkeit des Status seines technisch-kommerziellen Zentrums in der GAZ-Vertriebskette ab. Auch bei den in der Folgezeit aufkommenden wirtschaftspolitischen Fragen deckten sich die Interessen Lazarevs mit jenen der pro-russländischen Bewegung und brachten ihn in Widerspruch zur Regierung der Ukraine: Die Errichtung neuer Grenzen und die Einführung von Zöllen und einer eigenen ukrainischen Währung ließen bei dem Geschäft mit russischen Autos spürbar negative Auswirkungen erwarten. Also beteiligte sich Lazarev an den von RDK/RPK-initiierten Bündnissen, sprach sich in der Öffentlichkeit für eine Zugehörigkeit der Krim zur Russland aus und machte 1994 Wahlkampf für Meškov. Wie an andere nahestehende Direktoren, schrieb die RDK-Führung im Herbst 1993 auch an ihn einen Bettelbrief. Nach der Wahl gehörte er zu den ersten Gratulanten und mahnte den neu gewählten Präsidenten, die Wahlversprechen nicht zu vergessen, die der Autohändler folgendermaßen zusammenfasste: »Krim – Referendum – Unabhängigkeit – Russland«¹³⁰. Um die Ernsthaftigkeit seiner Anliegen zu unterstreichen, stellte er dem neuen Präsidenten »in Abstimmung mit dem Rat der Direktoren der Aktiengesellschaft GAZ«¹³¹ einen neuen Wolga als Dienstwagen zur Verfügung. Eine Mobilisierung innerhalb seines Betriebs ist jedoch nicht bekannt. Die Automobildienstleistungsfirma war zu diesem Zeitpunkt auch kein Unternehmen mit großer Belegschaft. Der Unternehmer Lazarev blieb Mäzen der pro-russländischen Bewegung, ohne zur Führungsfigur aufzusteigen. Zwar kandidierte er im Jahr 1994 als Deputierter für das Parlament – jedoch nicht für die RPK, sondern für die wiedergegründete Kommunistische Partei der Krim.¹³²

Einige Betriebsleitungen unterstützten die pro-russländische Bewegung auf der Krim. In manchen Fällen war diese Unterstützung direkten kommerziellen Interessen geschuldet. Anders als im Dnjestr-Tal wurden die Betriebe aber nicht zu bedeutenden Orten der Mobilisierung und die Betriebsleiter nicht zu Initiatoren und zentralen Trägern des separatistischen Projekts. Die leitenden Angestellten aus den Betrieben nahmen keine Führungspositionen in der Bewegung ein, sondern blieben Unterstützer am Rande. Der

129 »Volga« idët v Krym, ili nužna li avtonomija avtomobilistam. Interview mit A. I. Lazarev, in: Krymskaja Pravda, 11.1.1991, S. 1.

130 »Krym – referendum – nezavisimost' – Rossija«. Ot Krymsko-rossijskogo predprijetija. Ot imeni kollektiva AO KrymavtoGAZservis A. Lazarev, in: Krymskaja Pravda, 1.2.1994, S. 2.

131 »[P]o soglasovaniju s sovetom direktorov akcionernogo obščestva ›GAZ‹«, ebd.

132 Liste der Kandidaten für die Wahl zum Obersten Sowjet der Krim 1994 (im Besitz des Autors, aus Privatchiv Vadim Mordašov).

RPK bzw. der RDK halfen die Bündnisse mit den Industriebetriebsleitungen und den Nachfolgern der sowjetischen Massenorganisationen die politische Initiative und die Wahlen 1994 zu gewinnen. Nach diesem Wahlsieg wandten sich aber die Bündnispartner aus Betrieben und Betriebsleitungen, aus Kommunistischer Partei und Gewerkschaften nach wenigen Monaten von der neuen Regierung ab, die mit einem liberalen Wirtschaftsprogramm gegen die kulminierende Krise nichts ausrichten konnte. Wie in den Industriebetrieben blieb die pro-russländische Bewegung auch auf dem Land und in den Kommunalverwaltungen der Städte zu schwach, um dauerhaft ihre Macht über die Halbinsel sichern zu können oder gar das Projekt einer Abspaltung zu organisieren. Diese Schwäche in den lokalen Machtstrukturen lässt sich in ganz besonderer Art und Weise auch in den beiden Sonderfällen Krasnoperekopsk und Sevastopol', der vermeintlichen Hochburg der pro-russländischen Bewegung, beobachten.

5. Sonderfall Sevastopol':

Elitenarrangement in der »Stadt des russischen Ruhms«

Sevastopol', 1989 eine Stadt von ca. 360 000 Einwohnern, war geprägt von seiner Rolle als Hauptbasis der sowjetischen Schwarzmeerflotte und der um diese Basis herum entstandenen Rüstungsindustrie. Im Rahmen der Stationierung der Schwarzmeerflotte hatte die Sowjetführung ein städtisches Regime eingerichtet, das das Entstehen eines sowjetkonservativen Separatismus begünstigte. An der Geschichte der »Stadt des russischen Ruhms« (*gorod russkoj slavy*)¹³³ lässt sich ablesen, auf welche Weise scheinbar günstige Voraussetzungen für separatistische Mobilisierungen und gewalttätige Auseinandersetzungen widersprüchliche Auswirkungen haben können. Es waren gerade die konservativ-sowjetischen städtischen Machtstrukturen, derer sich Kiew bei seinen politischen Interventionen bediente, um den Widerstand gegen die Zugehörigkeit der Hafenstadt zum neuen ukrainischen Staat zu befrieden.

Bis in die 1990er Jahre war Sevastopol' eine »geschlossene« Stadt. Zuzug und Besuch der Stadt waren von staatlicher Seite beschränkt und hoch re-

133 Covert, Kevin: Overlapping Imagined Communities: The Black Sea Fleet Negotiations between Russia and Ukraine, in: Canadian Review of Studies in Nationalism 24 (1997), Nr. 1-2, S. 21-31, S. 24; Brief von Veteranen des »Großen Vaterländischen Kriegs« von der Krim an den Präsidenten der UdSSR Michail Gorbatschow, Vorsitzenden des Obersten Sowjets der RSFSR Boris Eltsin, Vorsitzenden des Obersten Sowjets (Rada) der Ukr. SSR Vladimir Iwaško. GA RF, f. 10026, op. 4, d. 758, l. 96-97.

guliert. Neben den Angehörigen der Flotte selbst war ein großer Teil der Bewohner von Sevastopol' in der Infrastruktur der Flotte und der zugehörigen Produktion wie Schiffsbau, -reparatur, und Waffenproduktion tätig. Aufgrund der hohen Sicherheitsvorkehrungen stand die Bevölkerung in Sevastopol' unter engerer Kontrolle durch den Staatsapparat als anderswo in der Sowjetunion – politische Zuverlässigkeit war hier nicht nur in bestimmten Bereichen, sondern für eine ganze Stadt unabdingbar. So hatte die Stadt auch einen administrativen Sonderstatus: Sie unterstand seit 1948 nicht mehr der Oblast-Verwaltung der Krim, sondern direkt der übergeordneten Unionsrepublik – anfangs eben noch der RSFSR. Mit dem Transfer von 1954 ging auch Sevastopol' an die Ukrainische SSR, aber wegen der Flottenstationierung und der Rüstungsbetriebe behielten Moskauer Behörden direkten Einfluss.¹³⁴ Die Parteistrukturen in einer solchen Stadt waren der Vernetzungspunkt von Karrieren, die auf dem militärindustriellen Komplex und einem konservativen Ideologieticket basierten. Der Zerfall der Sowjetunion bedrohte somit die Basis des sozialen Status eines erheblichen Teils der Bewohner von Sevastopol'. Arbeiter mussten befürchten, ihre Arbeitsplätze in Schwer-, Verteidigungs- und Schiffsindustrie zu verlieren, da die staatliche Nachfrage praktisch verschwand und die Handelsbeziehungen zu Partnerbetrieben und Institutionen durch neue (Zoll-)Grenzen erschwert wurde. Betriebsdirektoren und Parteifunktionäre der Hafenstadt liefen gleichermaßen Gefahr, ihre Privilegien und Karrierechancen einzubüßen. Zudem war (und ist) die Stadt Projektionsfläche russischer Nationalisten sowohl in Russland als auch vor Ort selbst. Die sowjetische Geschichtspolitik verarbeitete die Belagerungen der Stadt im Krim-Krieg und im Zweiten Weltkrieg propagandistisch und zeichnete das Bild der »Heldenstadt« und »Stadt des russischen Ruhms«. Mit Denkmälern und Panoramagemälden schrie-

134 Der Status der Stadt war in den 1990ern nicht nur für die Gegenwart umstritten, sondern die Akteure interpretierten auch den vergangenen rechtlichen Status der Stadt in der Sowjetunion unterschiedlich. In dem vom Standpunkt von Militärs der Schwarzmeerflotte und russischen Nationalisten dominierten Band »Krym-Sevastopol'-Rossija« schreiben die Autoren, Sevastopol' sei durch den Beschluss des Obersten Sowjets der UdSSR vom 29.10.1948 zur Stadt »doppelter Unterordnung« (*»dvojnogo podčinenija«*) geworden: mit einer Unterordnung sowohl unter die Republikbehörden als auch unter die Unionsbehörden. (Šeršněv, Krym, S. 107) Aber auch Nikolaj Bagrov, kein Parteigänger der pro-russländischen Bewegung, meint, Sevastopol' habe »auch früher schon der Unionsebene unterstanden, aber dabei zweifelte niemand an seiner Zugehörigkeit zur Krim«. (*»Ved' on i ranee byl gorodom obščesojuznogo podčinenija, no nikto pri etom ne stavil pod somnenie ego vchoždenie v sostav Kryma.«* Bagrov, Vremja nadežd i trevog, S. 303/304) Der Verfassung der Ukrainischen SSR von 1978 gemäß gehörte Sevastopol' jedoch zur Ukraine.

ben sich russischer Nationalismus und sowjetischer Militarismus auch architektonisch in die städtische Landschaft ein. Insgesamt war also durch eine spezifische, sowjetische politische Regulation in Sevastopol' ein sowjetkonservatives Milieu entstanden, das 1989/91 der Perestrojka skeptisch und der Unabhängigkeit der Ukraine ablehnend gegenüberstand.¹³⁵

Diese Grundkonstellation mit einer lokalen (sowjet-)konservativen Hegemonie, einem Sonderstatus und der engen Anbindung an Moskau barg widersprüchliche Auswirkungen auf das Potential der pro-russländischen Bewegung. Einerseits waren die Voraussetzungen grundsätzlich günstig für die Separatisten. Auf der anderen Seite brachte es die starke staatliche Kontrolle auch mit sich, dass eine von der Staatspartei und ihren bürokratischen Apparaten unabhängige Politik länger unmöglich war als an anderen Orten. In der Zeit des rapiden Verfalls der sowjetischen Machtorgane standen dann einer Mobilisierung außerhalb des Staatsapparats keine Strukturen und eingespielten Verhaltensweisen zur Verfügung. So blieb der aktive Kern der pro-russländischen Bewegung überschaubar, und auch deren Demonstrationen und andere Aktionen wiesen eine geringe Beteiligung auf, obwohl sie inhaltlich an einem lokalen politischen Konsens andockten. Auch der besondere Verwaltungsstatus von Sevastopol' hatte zweischneidige Folgen: Die lokale Politik in der Hafenstadt richtete sich stark an den Geschehnissen in Moskau aus, Beschlüsse des Parlaments der RF fanden in Form von Kundgebungen einen direkten Wiederhall auf den Straßen von Sevastopol'. Gleichzeitig waren aber die städtischen Eliten an den Geschehnissen und Debatten auf der Krim wenig beteiligt – die politische Dynamik in Sevastopol' blieb grundsätzlich verschieden vom Rest der Halbinsel. Außerdem nutzte der ukrainische Präsident den Sonderstatus dazu, die Stadt seiner direkten Kontrolle zu unterstellen und die Stadtverwaltung selbst zu bestimmen. Die Auswirkungen der ökonomischen Krise waren ebenfalls nicht eindeutig: Einerseits machte sich die pro-russländische Bewegung zwischenzeitlich zum Anwalt derjenigen, die von dem wirtschaftlichen Niedergang der Stadt

135 Zur sowjetischen Geschichtspolitik, russischem Nationalismus und den politischen und ökonomischen Gegebenheiten in Sevastopol': Hero City of Sevastopol. Interview mit Viktor Makarenko (1. Sekretär des Stadtparteikomitees von Sevastopol' der KP der Ukr. SSR), in: *Soviet Military Review* (1976), Nr. 10, S. 7-9; Covert, Overlapping Imagined Communities; Qualls, Karl D.: Accomodation and Agitation in Sevastopol. Redefining Socialist Space in the Postwar 'City of Glory', in: Crowley, David; Reid, Susan (Hg.), *Socialist spaces. Sites of everyday life in the Eastern Bloc*, Oxford 2002, S. S. 23-46; Qualls, Karl D.: *From Ruins to Reconstruction. Urban Identity in Soviet Sevastopol after World War II*, Ithaca; London 2009; Plokhly, Serhii: *The City of Glory: Sevastopol in Russian Historical Mythology*, in: *Journal of Contemporary History* 35 (2000), Nr. 3, S. 369-383.

betroffenen waren, und gewann so an Mobilisierungsstärke. Andererseits brachte die Transformationskrise die Hafenstadt in eine starke finanzielle Abhängigkeit von Subventionen aus Kiew – die städtischen Eliten agierten in pragmatischer Kooperation mit der Zentralregierung.

So wie die Stadt Sevastopol' innerhalb der Republik Krim nahmen die pro-russländischen Kräfte der Stadt eine Sonderstellung innerhalb der separatistischen Bewegung auf der Halbinsel ein. In der Hafenstadt trat die Bewegung »radikaler« auf, arbeitete mit einer eindeutig (russisch-)nationalistischen Rhetorik und hatte direktere Verbindungen zu politischen Kräften in Moskau als die in Simferopol' dominierenden Teile der RDK. Die Eigenständigkeit der Bewegung in Sevastopol' verdichtete sich immer wieder in der Forderung nach einem Anschluss von Sevastopol' an Russland – die Unabhängigkeit der Krim von der Ukraine war erst die zweite Forderung. Zur Not war man für ein russländisches Sevastopol' auch bereit auf die Krim zu verzichten.

In direkter Zusammenarbeit mit Vertretern einer Kommission des Parlaments der RF erarbeiteten die pro-russländischen Aktivisten aus Sevastopol' eine juristisch-historische Begründung für ihre Forderung. Aus den Aktenbeständen gruben sie den Beschluss des Obersten Sowjets der RSFSR von 1948 aus, der die Hafenstadt direkt unter republikanische Verwaltung (damals gehörte die Krim noch zur RSFSR) stellte und aus dem Oblast Krim ausgliederte. Da es keinen weiteren Beschluss über eine Veränderung des Status von Sevastopol' gebe, wie die Rechtsabteilung des Obersten Sowjets der RF bestätigte¹³⁶, beziehe sich dank dieser Ausgliederung die Übergabe der Halbinsel an die ukrainische SSR von 1954 nicht auf die Stadt Sevastopol'. Die Stadt der Schwarzmeerflotte gehöre damit rechtlich zur Russländischen Föderation, schlussfolgerten die Separatisten.¹³⁷

Um die Idee eines russländischen Sevastopol' zu realisieren, unterhielten die Organisationen der Hafenstadt eigenständige Beziehungen zu politischen Kräften in Russland. Sie arbeiteten eng mit der nationalistischen Opposition im russländischen Parlament zusammen. Aktivisten fuhren immer wieder nach Moskau, um eine Debatte über den Status von Sevastopol' in Russland und besonders im Obersten Sowjet der RF anzustoßen. Bei monatelangen Aufenthalten erarbeiteten sie gemeinsam mit Vertretern der für die Schwarzmeerflotte zuständigen Parlamentskommission eine Beschlussvorlage für das Parlament. Im Juli 1993 hatten diese Bemühungen Erfolg und das russländische Parlament debattierte über den Status der zur Ukraine

136 Schreiben der Rechtsabteilung des Obersten Sowjets der RF an A. Kruglov. GA RF, f. 10026, op. 1, d. 2767, l. 217.

137 Mal'gin, Krymskij uzel, S. 35.

gehörenden Hafenstadt auf der Krim. Einige Mitglieder pro-russländischer Organisationen von der Krim fuhren nach Moskau und demonstrierten vor dem Parlamentsgebäude. Nach der Erinnerung des führenden russischen Nationalisten aus Sevastopol', Aleksandr Kruglov, saßen ca. 50 angereiste Vertreter pro-russländischer Organisationen auf der Besuchertribüne, brachen nach dem Beschluss in lauten Jubel aus und sangen die Stadthymne »Legendarnyj Sevastopol'«. ¹³⁸ Die Entscheidungen in Moskau nutzten die Aktivisten in der Hafenstadt, um mit Großkundgebungen in der Stadt die Machtfrage zu stellen.

Die Eigenständigkeit der Organisationen in Sevastopol' und ihre Ausrichtung auf die politische Entwicklung in Russland zeigte sich so auch an den Mobilisierungsereignissen auf der Straße. Der lokale Umsturz und der Aufbau russländischer Staatsstrukturen gelangen zwar nicht, aber vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Krise und der Beschlüsse des Moskauer Parlaments erreichte die pro-russländische Bewegung 1993 ihren Höhepunkt. Am 7.12.1992 hatte der russländische Kongress der Volksdeputierten der RF beschlossen, die Debatte über den Status von Sevastopol' auf die Tagesordnung des Obersten Sowjets zu setzen. ¹³⁹ Gleichzeitig spitzte sich in diesem Winter 1992/93 die wirtschaftliche Krise in der Ukraine zu und Teile der Öffentlichkeit machten die Wirtschaftspolitik der ukrainischen Regierung und die Einführung des Karbovanec' als neue Währung (und damit den Ausstieg aus der Rubelzone) dafür verantwortlich. Auf lokalpolitischer Ebene gäerte ein Konflikt zwischen dem Stadtparlament und der vom ukrainischen Präsidenten eingesetzten Stadtverwaltung: Die gewählte Volksvertretung forderte mehr Kontrolle über die Exekutivorgane und ein sofortiges Sozialprogramm gegen die Auswirkungen der Krise.

- 138 Kruglov, Kljanus', S. 17. Enge Bezugsperson der Aktivisten aus Sevastopol' war der stellvertretende Vorsitzende der Parlamentskommission für auswärtige Angelegenheiten und Chef einer Sonderdelegation des russländischen Parlaments nach Sevastopol' Evgenij Pudovkin. Auch der Stellvertreter des Parlamentsvorsitzenden Chasbulatov, Jurij Jarov, gehörte zu den direkten Ansprechpartnern der pro-russländischen Organisationen aus Sevastopol'. (Ot Moskvy do samych do okrain ... Interview mit Aleksandr Kruglov nach dem Kongress der FNS in Moskau, in: Slava Sevastopolja, 11.11.1992, S. 2; Schreiben des städtischen Komitees zur Verteidigung der Menschenrechte von Sevastopol' an den Vorsitzenden des Obersten Sowjet Russlands Chasbulatov, an den Abgeordneten Pudovkin, E. K., an den Präsident der Ukraine Kravčuk, L.M. (24.12.1992). GA RF, Nr. f. 10026, op. 1, d. 2767, l. 191; Brief des RDK an E.K. Pudovkin, Oberster Sowjet Russlands (15.5.1993). GA RF, Nr. f. 10026, op. 4, d. 3514, l. 53) Zu der Verbindung pro-russländischer Organisationen aus Sevastopol' nach Moskau auch: Pikhovshek, Crimean Crisis, S. 43.
- 139 Pilat, Alexandr: Front nacional'nogo spasenija trebuje vozvratit' Sevastopol' pod jurisdikciju Rossii, in: Nezavisimaja Gazeta, 11.1.1993, S. 3.

Diese Gesamtlage spiegelte sich in der Großdemonstration am 7. Januar wider. Die pro-russländische Bewegung versuchte sich zum Anwalt der kleinen Leute zu machen und die sozialen Themen vom Brotpreis bis zur Rente zu besetzen. Gemeinsam mit den russisch-nationalistischen Organisationen mobilisierten auch die lokalen Gewerkschaften zu dieser Veranstaltung. Eine der Forderungen der Kundgebung war, den Status von Sevastopol' als Basis der *russländischen* Schwarzmeerflotte festzuschreiben.¹⁴⁰ Außerdem forderten die mehreren Tausend Kundgebungsteilnehmer soziale Sicherungsmaßnahmen und eine Auflösung der von Kiew eingesetzten Stadtverwaltung. Diese reagierte ebenso vielgestaltig: In einer gemeinsamen Erklärung verurteilten die Vorsitzenden der Stadtverwaltung und des Stadtsowjets die Demonstration als ungesetzlich und warfen den pro-russländischen Organisationen vor, mit Bedacht »die Situation der Instabilität anzuheizen«.¹⁴¹ Gleichzeitig forderte die Stadtverwaltung ostentativ mehr Geld von der Regierung in Kiew und erließ in den Tagen nach der Kundgebung ein Paket an Sofortmaßnahmen, das den kostenlosen Nahverkehr für Rentner und Schüler aus kinderreichen Familien garantierte, die städtischen Wasserpreise senkte und die Lebensmittelhilfen für Arme in den Wintermonaten sicherstellen sollte. Mit Gewerkschaftsführung und Stadtsowjet handelte sie im folgenden Monat ein längerfristiges Sozialpaket gegen die Preiserhöhungen aus und arbeitete so an der Trennung der sozialen von den – russisch-nationalistisch unteretzten – politischen Forderungen. Um der allgemeinen Proteststimmung die Spitze zu nehmen – weitere Demonstrationen waren bereits angekündigt – setzte sich der Chef des Stadtsowjets selbst an die Spitze der Bewegung und trat bei der folgenden, noch größeren Kundgebung am 17. Januar selbst auf. Er warb unter dem Motto »Alle Macht den Räten!« für die Friedlichkeit und Gesetzlichkeit der politischen Auseinandersetzung und setzte so einen Kontrapunkt zu den radikalen Reden der sozial Bewegten und der pro-russländischen Aktivisten (darunter auch der RDK-Vorsitzende Jurij Meškov als Gast aus Simferopol'). In der Folgezeit nahmen die Zahlen der Demonstrationen langsam ab, und insbesondere jene Veranstaltungen, die die pro-russländischen Organisationen ohne ihre Bündnispart-

140 Das war die Standardforderung der pro-russländischen Bewegung, die von weiten Teilen der städtischen Öffentlichkeit unterstützt wurde. Mit dieser Forderung konnte die Bewegung ihre Anschlussfähigkeit bewahren, da sie nicht direkt eine Separation von der Ukraine implizierte.

141 »[P]odogrevat' v gorode obstanovku nestabil'nosti«, O skladyvajuščejseja v gorode političeskoj i ékonomičeskoj obstanovke na tekuščij moment i merach po eë stabilizacii. Gemeinsamer Beschluss des Kollegiums der Vorsitzenden der ständigen Kommissionen des Stadtsowjets und das städtische Kollegium beim Vertreter des Präsidenten vom 11.1.1993, in: Slava Sevastopolja, 15.1.1993, S. 1.

ner aus dem gewerkschaftlichen Spektrum organisierten, erhielten nur noch geringen Zulauf.¹⁴²

Nach dem Beschluss des Obersten Sowjets der Russländischen Föderation vom 9. Juli 1993, die Zugehörigkeit von Sevastopol' zu Russland zu proklamieren, versuchten die pro-russländischen Organisationen erneut in die Offensive zu gehen. Am 16.7.1993 organisierte das Sevastopol'-Komitee der Front der Nationalen Rettung (FNS) um Aleksandr Kruglov eine Kundgebung mit mehreren Tausend Teilnehmern und bezeichnete diese als »Volksversammlung« (*Narodnoe veče*)¹⁴³. Dort gründeten die Anwesenden einen »Russländischen Volkssowjet der Stadt Sevastopol'« (*Rossijskij narodnyj sovjet goroda Sevastopolja*) – eine Art Ausschuss oder Ersatzparlament. Kruglov ließ sich per Akklamation zum Vorsitzenden wählen und forderte Präsident, Regierung und Parlament der RF auf, in Sevastopol' umgehend russländische Staatsorgane aufzubauen und Wahlen zum Obersten Sowjet Russlands abzuhalten. Auch eine Rückkehr des ehemaligen Kommandeurs der Schwarzmeerflotte Kasatonov verlangte der frisch gebackene Vorsitzende des selbsternannten Gremiums. Von der Flotte verlangte er, hundert Soldaten zum Schutz der Versammlung zu stellen. Die vollmundigen Postulate Kruglovs, und des gleichgesinnten politischen Unternehmers Anatolij Los', der bei der Kundgebung den Aufbau von »Selbstverteidigungsgruppen« verkündete, liefen aber ins Leere. Die Appelle zum schnellen Handeln stießen bei der russischen Regierung (bei der ukrainischen Staatsführung sowieso) auf Ablehnung. Auch der Stadtsowjet und die Verwaltung von Sevastopol' verweigerten sich den Bestrebun-

142 Zum Kontext, Verlauf der Demonstrationen und den Reaktionen der Stadtverwaltung: Ob obraščennii k Prezidentu i Verhovnomu Sovetu Ukrainy po reorganizacii organov upravlenija goroda Sevastopolja, in: Slava Sevastopolja, 11.1.1993, S. 1; Sluchi o skorotečnj čachotke sovschoj vlasti sil'no preuveličeny. Interview mit Seměnov, in: Slava Sevastopolja, 11.1.1993, S. 2.; Rasporjaženie predstavitelja Prezidenta Ukrainy. O merach po social'noj zaščite naselenija g. Sevastopolja v svjazi s dal'nejšej liberalizaciej cen, in: Slava Sevastopolja, 13.1.1993, S. 1; Sirotinskaja, Ju.: O nacional'noj gordosti v voprose o cenach, in: Slava Sevastopolja, 13.1.1993, S. 2; Skripničenko, A.: Roždestvenskie mitingi ošumeli ... prodolženie sleduet? In: Slava Sevastopolja, 13.1.1993, S. 1; Rezoljucija obščegorodskogo mitinga ot 17 janvarja 1993 goda, in: Slava Sevastopolja, 19.1.1993, S. 1; Samsonov, A.: Smutnye vremena v Sevastopole: snova prizrak iz Evropy? In: Slava Sevastopolja, 19.1.1993, S. 1; Babuškin, M.: Soglašenje podpisano. Ljudi ždut rezul'tatov, In: Slava Sevastopolja, 10.2.1993, S. 2.

143 Die Bezeichnung *Veče* stellte einen Bezug zu gleichnamigen altslawischen Versammlungen her.

gen der pro-russländischen Bewegung. Die Kundgebungen blieben folgenlos.¹⁴⁴

Mit diesen größten Mobilisierungsereignissen reagierten die pro-russländischen Organisationen auf Ereignisse in Moskau und auf lokale Entwicklungen. Von den politischen Prozessen im Rest der Krim und den Mobilisierungsdynamiken der dortigen pro-russländischen Organisationen waren diese Ereignisse mehr oder weniger abgekoppelt. Auch die Organisationen der pro-russländischen Bewegung in Sevastopol' unterschieden sich von denen in anderen Teilen der Krim. Die Gruppenlandschaft war hier noch schnelllebiger, instabiler und widersprüchlicher als in Simferopol' oder den kleineren Städten der Krim. Die Gruppierungen teilten einen diffus pro-russländischen Standpunkt und arbeiteten zusammen, trugen aber gleichzeitig untereinander scharfe Konflikte aus. Diese verliefen nicht entlang eindeutiger inhaltlicher Spaltungslinien, sondern waren von den persönlichen Animositäten einzelner Führungspersönlichkeiten bestimmt. Diese Kader bestimmten den Rhythmus des Wechsels von Zusammenschluss und Spaltung, den Rhythmus von Zerfall und Neugründung von Organisationen – dementsprechend kurzlebig war die Gruppenlandschaft. Auf die Initiative des Weltkriegsveteranen und Autors Aleksandr Kruglov gingen die Gründungen mehrerer Organisationen zurück: der *Sevastopol'-Krym-Rossija* (1989), der Front der Nationalen Rettung (1990 – die lokale Abteilung in Sevastopol' der gleichnamigen Organisation der nationalistischen Opposition in Russland) sowie der Russischen Volksversammlung (1993). Kruglov nahm in all diesen Organisationen die führende Position ein und vertrat die Forderung eines bedingungslosen Anschlusses von Sevastopol' an die RF. In der Debatte in der städtischen Öffentlichkeit fungierte er als Sinnbild des radikalen, »extremistischen« pro-russländischen Nationalisten, der für eine sofortige Angliederung von Sevastopol' an die Russländische Föderation eintritt.

Sein gleichgesinnter Bruder Gennij Kruglov saß ebenfalls im Vorstand mehrerer Vereinigungen. Die ehemalige Mitstreiterin der Brüder Kruglov, Rajssa Teljatnikova, gründete 1993 die »Russländische Gemeinde Sevastopol'« (*Rossijskaja obščina Sevastopolja*). Diese bekam wiederum Konkurrenz von der »Russischen Gemeinde Sevastopol'« (*Russkaja obščina Sevastopolja*) der extremen Nationalistin Tat'jana Ermakova. Auch hinter der »All-Krym-Bewegung der Wähler« (*Vse-krymskoe dviženie izbiratelej*) verbarg sich eine russisch-nationalistische Gruppierung, die mit den anderen pro-russländischen Organisationen zusammenarbeitete. In einem Wahlbündnis mit dem

144 Beschluss der *Narodnoe Veče* der Bewohner von Sevastopol' vom 6.8.1993. GA RF, f. 10026, op. 4, d. 3520, l. 56.

unmissverständlichen Namen »Sevastopol' – Russland« trat sie gemeinsam mit der Russischen Partei der Krim (von Sergej Šuvajnikov) und einer Vereinigung von Offizieren der Schwarzmeerflotte 1994 zur Wahl zum Stadtsovjet an.¹⁴⁵

1992 gründeten Kader und Aktivisten einiger der genannten Organisationen eine lokale Abteilung der RDK. Angesichts der vielfältigen Konfliktlinien in Sevastopol' konnte sich die Republikanische Bewegung nicht in demselben Maße wie in den anderen Städten der Krim als Sammelbewegung der pro-russländischen Kräfte durchsetzen. Die Gruppe kam in ihrer zweijährigen Existenz nicht über eine zweistellige Mitgliederzahl hinaus. Auch in dieser Organisation hatte nicht zuletzt der politische Unternehmer Aleksandr Kruglov das Sagen. Allerdings waren nicht alle Mitglieder in den Organisationen der RDK mit den extrem nationalistischen Tönen Kruglovs einverstanden. In der Phase der Unterschriftenkampagne zum Referendum kritisierten im Februar 1992 RDK-Mitglieder die Arbeitsmethoden des Präsidiums und insbesondere den »öffentlichen Nationalismus« Kruglovs und forderten seinen Rücktritt als Vorsitzender. In einem Schreiben an die Führung in Simferopol' beschwerte sich diese Gruppe über Kruglovs wiederholte Aussagen, die Unabhängigkeit der Krim sei nur ein Zwischenschritt auf dem Weg zum Anschluss an Russland und die Abkürzung »RDK« bedeute »Russländische Bewegung der Krim« (statt der korrekten Bezeichnung Republikanische Bewegung der Krim).¹⁴⁶ Diese interne Opposition schaffte es aber nicht, die Machtverhältnisse in der RDK und in der pro-russländischen Bewegung in Sevastopol' in Frage zu stellen.

Wie in Simferopol' zerbrach auch die RDK in Sevastopol' nach den Siegen bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 1994 an seiner inneren Zerrissenheit. Während die Clique um Kruglov weiter als RPK/RDK firmierte, schieden die Anhänger des Krim-Präsidenten Meškov aus. Im Oktober 1994 kam es am Rande einer Kundgebung von Kruglov-Anhängern

145 Petition von Genij Georgievič Kruglov an Boris El'cin (9.7.1990). GA RF, f. 10026, op. 4, d. 758, l. 91; Flag Rodiny, 24.5.1994, S. 3; Flag Rodiny, 25.5.1994, S. 1.

146 »[N]eodnokratnye publičnye vyskazyvanija Kruglova o tom, čto nezavisimost' Kryma – èto tol'ko lovkij manevr dlja uchoda v Rossiju, čto RDK – èto Rossijskoe Dviženie Kryma.« Die Unterzeichner des Protestschreibens begründeten ihre Kritik damit, dass derart eindeutige moskaufreundliche Äußerungen die RDK in Sevastopol' politisch isolierten und eine Verbreiterung der sozialen Basis verhinderten. Im Einzelnen verwiesen die internen Kritiker darauf, dass die städtische Ortsgruppe immer noch nicht von den lokalen Behörden offiziell registriert worden war und dass politische und wirtschaftliche Eliten sich von der RDK distanzieren. (Schreiben von 16 Mitgliedern der RDK-Sevastopol' an Koordinationsrat und Exekutivkomitee des RDK in Simferopol'. RDK-Archiv bei ROK, Dok 71-72.)

sogar zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen beiden Gruppen. Mit ihren vielfältigen Spaltungen und Konflikten schaffte es die pro-russländische Bewegung auch in Sevastopol' nicht, sich als mächtige Konfliktpartei zu formieren. Trotz der Gründung einer RDK-Abteilung blieb die Bewegung in Sevastopol' selbstbezogen und abgesondert von den Organisationen der restlichen Krim.¹⁴⁷

Parallel zum Kampf auf der Straße versuchten die pro-russländischen Organisationen auch in den städtischen Machtstrukturen Einfluss zu gewinnen. Zentrale Machtpositionen in der Stadt konnte die Bewegung aber trotz der scheinbar günstigen Voraussetzungen nicht besetzen. Im Stadtsowjet erreichten die pro-russländischen Kräfte keine Mehrheit. Ein Abstimmungserfolg in der Statusfrage im Sommer 1994 blieb symbolisch. Dagegen konnte die ukrainische Staatsführung erfolgreich in das politische Szenario in Sevastopol' intervenieren.

Die ukrainische Staatsführung ergriff Maßnahmen, um ihre Macht in der Stadt sicherzustellen und Separationsbestrebungen zu behindern. Per Verfügung unterstellte Leonid Kravčuk im April 1992 die Stadtverwaltung direkt seiner Präsidialadministration. Auf der Grundlage des vorherigen Exekutivkomitees (*ispolkom*) des Stadtsowjets führte der Präsident eine von ihm zu besetzende »städtische Staatsverwaltung« (*gorodskaja gosadministracija*) ein. Auch auf der Ebene der Stadtteile (Rayon) wurden den jeweiligen Bezirksowjets Exekutivorgane vorgesetzt, die ausschließlich Kiew verpflichtet waren.¹⁴⁸

Bei der Rekrutierung für die neue Administration setzte die ukrainische Regierung nicht auf Kader aus anderen Teilen der Ukraine, sondern auf in Sevastopol' sozialisierte Eliten. Erster Chef der Stadtverwaltung wurde im April 1992 Ivan Ermakov. Dieser war langjähriges KPSS-Mitglied, Oberst der Schwarzmeerflotte und Generaldirektor eines flotteneigenen Rüstungsbetriebs und 1990 bereits zum Doppel-Vorsitzenden von Stadtsowjet und Exekutivkomitee gewählt worden – eigentlich ein prädestinierter Vertreter eines pro-russländischen Separatismus. Dieses Mitglied der sowjetkonservativen Stadtelite machte die ukrainische Präsidialadministration zum »Vertreter des Präsidenten« – also zum Chef der neuen Stadtverwaltung.¹⁴⁹ Auch

147 Mal'gin, Krymskij uzel, S. 38; Krymskaja Pravda, 5.10.1994, S. 1.

148 Doživëm do mérii? In: Krymskaja Pravda, 15.12.1992, S. 2; Sevastopol' – Ėnciklopedičeskij spravočnik, S. 735.

149 Die *Krymskaja Pravda* kommentierte die Wahl Ermakovs so: »Zum ersten Mal ist ein Vertreter der Schwarzmeerflotte, ein Direktor eines Flotten-Betriebs, Bürgermeister von Sevastopol' geworden.« (»Vpervye mërom Sevastopolja stal predstavitel' KČF, direktor flotskogo predprijatija.« Staroverov, G.: Novyj mër Sevastopolja – polkovnik, in: Krymskaja Pravda, 9.2.1991, S. 1) Zu Ermakovs Herkunft

die weiteren höhergestellten Funktionäre dieser Stadtadministration kamen aus alteingesessenen Eliten der Hafenstadt.¹⁵⁰ Dementsprechend waren diese Vertreter Kiews auch nicht von einem ukrainischen Nationalismus geprägt oder scharfe Verfechter einer ukrainischen Staatlichkeit. Vielmehr verbanden sich in ihren Argumentationen die in der »Stadt des russischen Ruhms« dominanten pro-russländischen, imperialen Ideen mit einer pragmatischen Akzeptanz der neuen Verhältnisse. Ermakov bezeichnete in einem Zeitungsinterview in deutlich großrussisch-panslawistischem Ton Russland und die Ukraine als »zwei Arme eines Organismus«¹⁵¹, sah aber darin keinen Hinderungsgrund als Vertreter des ukrainischen Staates in Sevastopol' zu fungieren.

In den hegemonialen Block der Stadt unter Ermakov waren neue und alte Unternehmer und ihre Verbände eingebunden. Der Chef der Stadtadministration nahm im Frühjahr 1991 die Gründung des »Rates der Direktoren« (*Sovet direktorov*) unter seine Obhut und berief 1992, angesichts der Krise, mehrfach Versammlungen von Verwaltung, Sowjetspitze, Betriebsdirektoren und neuen Unternehmern ein, um diese auf seinen Kurs der politischen und sozialen Stabilität einzuschwören. In öffentlichen Äußerungen reagierten die Betriebsleiter und Geschäftsleute durchweg positiv. Die »Union der Unternehmer« (*Sojuz predprinimatelej i promyslennikov*) lobte Ermakov für sein entgegenkommendes Engagement und beteuerte die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit der städtischen Eliten.¹⁵²

Zur Sicherung dieser Loyalitäten konnte die Stadtregierung materielle Anreize einsetzen – die ukrainische Regierung überwies mehrfach außerplanmäßig Mittel in Milliardenhöhe (in Rubel) für Sozialfonds, Eigentums- und Wirtschaftsinvestitionen. Die Stadtführung verwaltete diese Summen und schaffte es, sich die Zustimmung eines bedeutenden Teils der Unternehmerschaft und letztendlich auch des Stadtsowjets zu sichern.

Auf die Transformationskrise, die Sevastopol' in ganz besonderer Schärfe getroffen hatte, antwortete die Stadtverwaltung mit Unterstützung der ukra-

außerdem: Ermakov, I.: K rukovodstvu dolžny priiti novye ljudi, in: Krymskaja Pravda, 4.1.1994, S. 2.

150 Liste von Stellvertretern, Bezirksvorstehern und des Sekretärs der »städtischen Staatsverwaltung« in: Slava Sevastopolja, 19.11.1992, S. 2.

151 »[K]ak dva pleča odnogo organizma«, Interview mit Ivan Ermakov, Slava Sevastopolja, 30.6.1992, S. 2.

152 Sovet direktorov sozdan, in: Slava Sevastopolja, 19.3.1991, S. 1; Sovet direktorov sozdan, in: Slava Sevastopolja, 16.5.1991, S. 1; Obrašćenie učastnikov vstreči predstavitelja Prezidenta Ukrainy Ermakova s rukovoditeljami predprijatij, predprinimateljami i predstaviteljami flotov k žiteljam g. Sevastopolja, in: Slava Sevastopolja, 15.10.1992, S. 2; Slava Sevastopolja, 20.5.1992, S. 1.

inischen Regierung mit immer neuen Sozialprogrammen und Fonds. Diese waren nicht als stabile Sozialleistungen dauerhaft angelegt, sondern sollten ad hoc Missstände beheben. Dabei konnte das Steueraufkommen in der Stadt selbst nur einen Bruchteil des Budgets decken. Sevastopol' war in hohem Maße abhängig von Zahlungen aus Kiew. Schnell steigende Preise, versteckte Arbeitslosigkeit (die Betriebe zögerten bei Entlassungen, hatten aber keine Aufträge und kein Geld, um Löhne zu bezahlen) und das Ausbleiben von Löhnen und Renten waren Folgen der Transformationskrise.¹⁵³

Die politische Führung in Sevastopol' erklärte die Konversion der Rüstungsindustrie, welcher durch den Zerfall der UdSSR die Nachfrage weggebrochen war, die Reorganisationen der Schwarzmeerflotte und die Stabilisierung der sozialen Situation zur Hauptaufgabe in dem lokalen Veränderungsprozess. Eine Option für einen Weg aus der Wirtschaftskrise sahen die Stadeliten in einer Freien Wirtschaftszone. Zu hohe Zölle (vor allem bei Export und Import in die Länder der ehemaligen Sowjetunion) und Steuern galten als eines der zentralen Probleme der von Rüstungs- auf zivile Produktion umzustellenden Betriebe. Von diesen sollten die Unternehmen in der Sonderwirtschaftszone befreit und damit auch internationale Investoren angelockt werden.¹⁵⁴

Auch wenn der ukrainische Präsident sie mit Vertretern einer »autochthonen« Elite besetzt hatte, standen die Stadtverwaltungsstrukturen mit dem gewählten Stadtsowjet (und auch mit den Bezirkssowjets in den Stadtvierteln) in einem dauerhaften Konflikt. Die Sowjet-Vertreter kritisierten den Zustand, dass die Exekutive ihnen gegenüber nicht verpflichtet war und sie als gewählte Organe keinen Einfluss auf die Stadtregierung hatten. Ein weiterer Streitpunkt war die Kontrolle des städtischen Eigentums: Die Führung des Stadtparlaments pochte darauf, dass staatliche Unternehmen, Grundstücke der Schwarzmeerflotte und Immobilien auf dem Territorium der Stadt nach dem »Gesetz über die lokale Selbstverwaltung« der Ukraine dem lokalen Sowjet zur Verwaltung oblägen. In dem frühen »wilden« Privatisierungs-

153 Dass Sevastopol' besonders schwer von der Krise betroffen war, wurde im öffentlichen Diskurs der Stadt immer wieder thematisiert, z. B. durch den Stadtsowjetvorsitzenden Semënov bei einem Treffen regionaler Verwaltungsleiter mit dem ukrainischen Präsidenten: V. Semënov: Stabil'nost' gosudarstva – v stabil'nosti regiona, in: Slava Sevastopolja, 22.9.1992, S. 2.

154 Erklärung der Teilnehmer des Treffens des Vertreters des Präsidenten der Ukraine Ivan Ermakov mit Betriebsleitern, Unternehmern und Vertretern der Schwarzmeerflotte an die Bewohner von Sevastopol', abgedruckt in: Slava Sevastopol', 15.10.1992, S. 2; Schreiben der Stadtverwaltung Sevastopol' an den Präsident der RK Jurij Meškov »Über die Schaffung einer Sonderwirtschaftszone in der Stadt Sevastopol'« (5.3.1994). GA ARK, f. R-4915, op. 1, d. 29, l. 79-81.

prozess hatten bereits viele Unternehmen, Grundstücke und Immobilien ohne öffentliche Kontrolle einen privaten Eigentümer oder Pächter (der später zum Eigentümer wurde) gefunden. Das Stadtparlament wollte das gesamte Kapital in einem »Fonds kommunalen Eigentums« zusammenfassen. Die Stadtadministration dagegen beanspruchte ihrerseits Kontrollmöglichkeiten und schlug vor, den umstrittenen Staatsbesitz bis zu einer Lösung selbst zu verwalten.¹⁵⁵

Gegenüber der ukrainischen Regierung einerseits und gegenüber der pro-russländischen Opposition andererseits traten die untereinander im Dauerstreit stehenden Institutionen aber relativ einig auf. In gemeinsamen Erklärungen kritisierten die städtischen Machthaber die finanziellen Hilfen aus Kiew als unzureichend und forderten Nachbesserungen. Als Argument mit Drohpotential führten sie an, dass die Bevölkerung im Falle einer Verschärfung der wirtschaftlichen Lage einen Anschluss der Stadt an die RF fordern würde. Gegenüber Initiativen mit Forderungen dieser Art von Seiten der pro-russländischen Organisationen waren sich Stadtparlament und -verwaltung aber in ihrer Ablehnung ebenfalls einig.¹⁵⁶

So konnten die pro-russländischen Kräfte in den latenten Konflikt der städtischen Institutionen nicht entscheidend eingreifen. Die von Kiew bestellte Stadtverwaltung erschien ihnen per definitionem als Feind, aber auch im Stadtsovjat setzten sie sich nicht mit ihren Versuchen durch, den Konflikt um Macht und Eigentum auf die Frage nach der Zugehörigkeit zu Moskau oder Kiew zuzuspitzen. Eine Mehrheit der Deputierten lehnte es mehrfach ab, das Thema des »Status von Sevastopol'« auf die Tagesordnung zu nehmen.¹⁵⁷ Das Präsidium des Parlaments um Viktor Semënov (1992-1994) stellte die Zugehörigkeit von Sevastopol' zur Ukraine nicht in Frage, griff in dem Konflikt nicht auf die russisch-nationalistische Karte zurück, sondern

155 Zavtra sessija. Budut sporit' po-krupnomu, in: Slava Sevastopolja, 21.10.1992, S. 1; XIII Sessija Sevastopol'skogo gorodskogo Soveta nar. deputatov XXI Sozyva, in: Slava Sevastopolja, 30.10.1992, S. 1; Doživëm do mèrii? In: Krymskaja Pravda, 15.12.1992, S. 2; Staroverov, G.: Status goroda – u vsech na ustach, in: Krymskaja Pravda, 5.1.1993, S. 2. Kritiker sahen in dem »Fonds für kommunales Eigentum« ein »neues Monster« (*novyj monst'r*), das nur der Sowjetvorsitzende Semënov kontrollieren könne. (Interview mit Viktor Semënov, in: Slava Sevastopolja, 11.1.1993, S. 2)

156 O skladyvajuščejseja v gorode političeskoj i èkonomičeskoj obstanovke na tekuščij moment i merach po eë stabilizacii. Gemeinsamer Beschluss des Kollegiums der Vorsitzenden der ständigen Kommissionen des Stadtsovjats und das städtische Kollegium beim Vertreter des Präsidenten vom 11.1.1993, in: Slava Sevastopolja, 15.1.1993, S. 1; V. Semënov: Stabil'nost' gosudarstva – v stabil'nosti regiona, in: Slava Sevastopolja, 22.9.1992, S. 2.

157 XIII Sessija gorodskogo Soveta narodnych deputatov XXI sozyva, in: Slava Sevastopolja, 23.10.1992, S. 1.

blieb bei einer technokratisch-demokratischen Rhetorik. Semënov äußerte sich negativ über die nationalistischen Standpunkte der pro-russländischen Fraktion und erteilte Debatten über eine Unabhängigkeit der Krim eine klare Absage.¹⁵⁸ Im Gegenzug beklagten die pro-russländischen Organisationen eine »pro-ukrainische nationalistische Mehrheit«¹⁵⁹ im Stadtsowjet und protestierten auf Kundgebungen gegen Semënov.¹⁶⁰

Neben der Mobilisierung zu Kundgebungen und Demonstrationen versuchten die pro-russländischen Organisationen auch über den Stadtsowjet politischen Einfluss zu gewinnen. Kruglov und weitere pro-russländisch gesinnte Abgeordnete hatten seit den Lokalwahlen im Frühjahr 1990 Mandate im Stadtparlament inne. Dort versuchten sie ihren Standpunkt in die Debatte einzubringen und einen Anschluss an die RF auf die Tagesordnung zu setzen. Eine Machtbasis bauten sie in der Kommission für »Bürgerpetitionen, Transparenz und Massenmedien« des Stadtsowjets auf, zu deren Vorsitzenden das Stadtparlament 1990 Kruglov wählte.¹⁶¹ Im Namen dieser Kommission schrieb der Vorsitzende beständig Eingaben und Erklärungen, die für einen Übergang von Sevastopol' in das Territorium der RF und für einen Verbleib der Schwarzmeerflotte warben. Phasenweise konnten die pro-russländischen Organisationen eine Institution des Sowjets also zur Propagierung ihrer Ideen nutzen.¹⁶²

Die zentralen Positionen im städtischen Machtgefüge blieben für die RDK und ähnlich gesinnte Organisationen aber unerreichbar. Im Mai 1992 stellte sich Kruglov im Stadtsowjet als Vorsitzender zur Wahl und blieb mit 20 Ja-Stimmen bei 122 Gegenstimmen chancenlos.¹⁶³ Im Juni 1994 versuchte dann das RDK-Führungsmitglied Aleksej Mel'nikov, zu diesem Zeitpunkt als stellvertretender Vorsitzender des Krim-Sowjets ein Spitzenpolitiker auf der Halbinsel, den Vorsitz des Stadtparlaments zu gewinnen. Den Wahlkampf für das inzwischen per Direktwahl zu bestimmende Amt führte er mit kaum mehr als dem Slogan, dass Sevastopol' und die Schwarzmeerflotte

158 Interview mit Viktor Semënov, in: Slava Sevastopolja, 19.6.1992, S. 2.

159 »Proukrainskomu nacionalističeskomu bol'sinstvu nynešnego gorodoskogo Soveta«, Schreiben der Ständigen Kommission des Stadtsowjets für Massenmedien, Transparenz und Bürgerpetitionen (20.10.1992). GA RF, f. 10026, op. 1, d. 2767, l. 222.

160 Beschluss der *Narodnoe Veče* der Bewohner der Stadt Sevastopol' vom 6.8.1993. GA RF, f. 10026, op. 4, d. 3520, l. 56.

161 Slava Sevastopolja, 13.4.1990, S. 1.

162 So führte Kruglov mit der Rechtsabteilung des Obersten Sowjets der RF eine Korrespondenz mit dem Bestreben, Sevastopol' rechtlich Russland zuzuschlagen, offiziell als Vorsitzender der Kommission. (GA RF, f. 10026, op.1, d. 2767, l. 217; l. 222.)

163 Slava Sevastopolja, 30.5.1992, S. 1.

zu Russland gehörten. Den Wahlsieg machten aber der »zentristische« Amtsinhaber Viktor Semënov und sein Vorgänger Ivan Ermakov unter sich aus.¹⁶⁴

Das erneuerte Amt des Sowjetvorsitzenden sollte einen Teil der Exekutivkompetenzen von der präsidentialen Stadtadministration übernehmen. Semënov war mit diesem Mandat vorübergehend deutlich unabhängiger von Kiew geworden. Vor dem Hintergrund der RDK-Siege bei den Wahlen zu Parlament und Präsidentschaft hatten pro-russländische Ideen auch in Sevastopol' Hochkonjunktur. So gelang es den RDK-Abgeordneten erstmals, eine Mehrheit im Stadtsowjet für ihr Anliegen zu organisieren: Das Stadtparlament erklärte Sevastopol' am 23. August 1994 zur russländischen Stadt und der »Bürgermeister« Semënov unterzeichnete den Beschluss.¹⁶⁵ Juristisch hatte diese Entscheidung aber keine Konsequenzen, für die Klärung des Status von Sevastopol' waren übergeordnete Instanzen zuständig. Ein Kommentator der krimautonomistischen Zeitung »Tavričeskie Vedomosti« kritisierte die symbolische Entschließung als Anerkennung des 1954 erfolgten Transfers der Krim an die Ukraine und als Abtrennung von Sevastopol' vom Rest der Halbinsel.¹⁶⁶ Da die Initiative keine äußeren Unterstützer fand, vor allem auch nicht bei der Regierung Russlands, verpuffte auch sie wirkungslos.

Als die ukrainische Regierung im März 1995 den Konflikt mit Simferopol' durch eine rechtliche Klarstellung des Status der Krim beendete, trennte sie auch endgültig Sevastopol' von der Autonomen Republik ab. Gegen diesen Schritt gab es keinen organisierten Widerstand von der pro-russländischen Bewegung mehr, und der Bürgermeister Semënov unterstützte den ukrainischen Präsidenten Leonid Kučma dabei, die städtischen Behörden von Sevastopol' wieder unter direktere Kontrolle zu bringen. Im Gegenzug ernannte Kučma den Sowjetvorsitzenden zum Chef der erneuerten »städtischen Staatsverwaltung«, der Exekutive von Sevastopol'. Vor dem Besuch des ukrainischen Präsidenten im August 1995 in der Hafenstadt einigten sich die Abgeordneten des Stadtsowjets nach erbitterter Debatte darauf, die Flagge der Krim auf dem Gebäude des Parlaments abzziehen. Auch symbolisch war damit die direkte rechtliche und politische Kontrolle Kiews

164 Mel'nikov landete unter »ferner liefern« noch deutlich hinter dem Drittplatzierten A. Penkin, einem Assistenten des Kommandeurs der Schwarzmeerflotte. (Darkin, V.: 26. ijunja – Krymčane sdělali svoj vybor, in: Krymskaja Pravda, in: 28.06.1994, S. 1; Staroverov, G.: Pervye šagi mēra, in: Krymskaja Pravda, 5.7.1994, S. 1)

165 Mal'gin, Krymskij uzal, S. 38.

166 Bebutov, K.: Sevastopol' otplыvaet v Rossiju. Otplыtie Kryma otkladyvaetsja, in: Tavričeskie Vedomosti, 2.9.1994, S. 2.

über Sevastopol' und die Nicht-Zugehörigkeit der Hafenstadt zur Krim besiegelt.¹⁶⁷

Die pro-russländischen Kräfte schafften es in Sevastopol' nicht, Mobilisierungsereignisse mit politischen Konsequenzen zu organisieren und organisatorische Strukturen aufzubauen, die den politischen und territorialen Status quo ernsthaft hätten in Frage stellen können. Kiew hatte mit seiner Interventionspolitik Erfolg und »kaufte« quasi einen Teil der Eliten von Sevastopol' »heraus«. Dieser Verlauf der Ereignisse in Sevastopol' macht deutlich, dass günstige Voraussetzungen nicht per se zu separatistischen Mobilisierungen führen, sondern dass der Erfolg eines solchen Projekts von konkreten Machtkonstellationen abhängt, also davon welche Akteure aus welchen sozialen Positionen sich an der Koalition beteiligen. Die Besonderheiten der Stadt Sevastopol', die »Reichsunmittelbarkeit«, die stark sowjet-konservative politische Landschaft, könnten als Faktoren gelten, die zu einem starken pro-sowjetischen Separatismus in der Stadt beitragen – in der konkreten Konstellation hatten sie aber gleichzeitig einen gegenteiligen Effekt. Konservative Eliten mit einer eingeübten sowjetisch-imperial-russländischen Rhetorik fungierten nicht als die Anführer der russisch-nationalistischen Bewegung, sondern erwiesen sich als die Funktionsträger, die fähig waren, die politische Stabilität beim Transfer von Sevastopol' in den neuen ukrainischen Staat zu organisieren. Der ukrainischen Regierung gelang es, die sowjetische administrative Struktur zu übernehmen und zu ihren Gunsten zu wenden.¹⁶⁸

167 Mal'gin, Krymskij uzel, S. 38.

168 2014 ist der ukrainischen Regierung dieses System der direkten präsidialen Kontrolle allerdings auf die Füße gefallen. Nach dem Umsturz in Kiew und einigen Demonstrationen in Sevastopol' erklärte der noch von Janukovič eingesetzte Chef der Stadtverwaltung Vladimir Jacuba seinen Rücktritt, weil die Regierung, die ihn eingesetzt habe, nicht mehr vorhanden sei. Die ukrainische Regierung verlor mit einem Schlag den Zugriff auf die Stadt. Pro-russländische Kräfte kürteten Aleksej Čalyj zum »Volksbürgermeister« und dieser unterzeichnete am 18. März 2014 im Kreml' die Urkunde über den Beitritt der Stadt Sevastopol' zur RF. (Meldung auf Online-Portal der Zeitung Kommersant, 24.2.2014: Měr Sevastopolja poddal v otstavku, unter: <http://www.kommersant.ru/doc/2415533?isSearch=True> [zuletzt geprüft am 25.2.2015]); Meldung auf Online-Portal der Zeitung Kommersant, 24.2.2014: Aleksej Čalyj vozglavil upravlenie po obespečeniju žiznedejatel'nost'ju Sevastopolja, unter: <http://www.kommersant.ru/doc/2415882?isSearch=True> [zuletzt geprüft am 25.2.2015])

6. Die Chemie-Industrieregion Krasnoperekopsk als »Dnjestr-Tal« der Krim

In den Städten im Rayon Krasnoperekopsk positionierten sich die dominanten Eliten als klare Gegner des pro-russländischen Separatismus. Die post-sowjetischen Eliten aus Betrieben und Lokalinstitutionen, vergleichbar mit denjenigen, die im Dnjestr-Tal den pro-russländischen Separatismus vorantrieben, stellten sich einer solchen Bewegung in Krasnoperekopsk entgegen. An der Geschichte dieses chemieindustriellen Zentrums der Krim zeigt sich, dass die Konfliktlinien nicht zwischen einer einheitlichen Region Krim und dem Zentralstaat Ukraine liefen, sondern wesentlich fragmentierter waren. Die Parteinahmen von konkreten Akteuren müssen nachvollzogen und in ihrem konkreten institutionellen, sozialen und ökonomischen Kontext betrachtet werden.

Mit 31 000 bzw. 27 000 Einwohnern sind die beiden Städte des Rayons, Krasnoperekopsk und Armjansk, eher Kleinstädte als Mittelstädte. Aufgrund der Industriezusammenballung lassen sie sich aber soziostrukturell keineswegs dem ländlichen Raum zuordnen, sondern stellen urbane Konglomerate dar. Sie liegen an der Landenge, die die Halbinsel mit dem ukrainischen Festland verbindet. Der Name der Hauptstadt des Rayons erinnert an die an derselben Stelle gelegene Stadt Perekop, die im Bürgerkrieg 1920 zerstört wurde. Erst 1932 begann die Geschichte des heutigen Krasnoperekopsk: Sowjetische Ingenieure wählten den Standort aufgrund des nahe gelegenen bromhaltigen Sees für den Aufbau mehrerer Chemie-Werke. Innerhalb weniger Jahre war die Industrieansiedlung zu einer Stadt geworden, die sich um die Betriebe herum gruppierte. Eine Brom- und eine Sodafabrik sind heute noch die wichtigsten Betriebe der Stadt. Geprägt ist die Stadt außerdem bis heute vom Bau des Nord-Krim-Kanals in den 1970ern, der die Bewässerung großer Teile der Halbinsel möglich gemacht hat. Die großen Wohnanlagen für die Arbeitskräfte stehen noch, zahlreiche Arbeiter und Ingenieure blieben in der Stadt und mehrere große Bauindustriebetriebe, die aus dem Kanalbauprojekt hervorgegangen waren, sind weiterhin dort angesiedelt. Die lokalen politischen Strukturen sind immer noch im sowjettypischen Stil eng mit den Industriebetrieben verzahnt: Vertreter der Sodafabrik dominieren den Stadtrat, und der inzwischen abgetretene Bürgermeister Taras Filipčuk war in seiner Karriere, die er bei dem Kanalbauunternehmen *Kanalkrymstroj* begann, zwischen städtischen Komsomol-Organen und Leitungspositionen in den Chemiebetrieben hin und her gewechselt.¹⁶⁹

169 Für eine Übersicht über Geschichte, Wirtschaftsbetriebe und die Zusammensetzung der politischen Organe der Stadt, siehe die Internetseite des Stadtrats

Mit der gesamten (post-)sowjetischen Wirtschaft geriet auch der »Industrieknoten« (*promyšlennaja uzla*) Krasnoperekopsk in eine schwere Krise. Nachfrage und Produktion gingen Anfang der 1990er Jahre stark zurück und die Betriebe hatten Schwierigkeiten sich über Kredite ausreichend mit Finanzmitteln zu versorgen. Der Lebensstandard der Arbeiter sank damit rapide: Die Hyper-Inflation übertraf alle Lohnsteigerungen bei Weitem, sofern die Löhne überhaupt gezahlt wurden, die Betriebsleitungen entließen Beschäftigte oder schickten sie in den Zwangsurlaub.¹⁷⁰

Diese typisch sowjetische Industrie-Kleinstadt in der Krise entwickelte sich zwischen 1992 und 1995 keineswegs zu einem Zentrum des Krim-Separatismus. Vielmehr formierte sich hier eine Gegenbewegung. Die Verwaltungen des Rayons und seiner Städte Armjansk und Krasnoperekopsk bildeten gemeinsam mit einem Teil des Leitungspersonals der Industriebetriebe einen politischen Block, der sich gegen die Abspaltung von der Ukraine wandte und stattdessen auf ein Arrangement mit Kiew setzte.

Im Oktober 1991, als in Simferopol' die Debatten über einen Ausbau des Autonomiestatus der Krim zu einer Eigenstaatlichkeit lauter wurden, riefen Lokalpolitiker und Ingenieure der großen Chemiebetriebe sowie Angestellte weiterer Unternehmen zur Gründung einer Bewegung auf, die sich wiederum für eine Eigenständigkeit des Rayons von der Halbinsel einsetzen sollte. »Dem Perekop – Autonomie«¹⁷¹ war die Erklärung überschrieben. Die Verfasser zeichneten ein Katastrophenszenario für den Fall einer Abspaltung der Krim von der Ukraine. Sie warnten vor einer bewachten Grenze auf der Landenge und äußerten die Befürchtung, ein Unabhängigkeitsreferendum würde Hass zwischen Befürwortern und Gegnern erzeugen. Um ihr Ansinnen historisch zu untermauern, schrieben die Aufrufenden, Teile des Rayons Krasnoperekopsk seien bis 1968 Teil des südukrainischen Oblast Cherson gewesen, und verwiesen auf das Vorbild autonomer Gebiete auf der Krim vor dem Zweiten Weltkrieg.¹⁷² Im typischen Stil von Abspaltungs-

von Krasnoperekopsk: <http://www.krp-rada.gov.ua/> [25.2.2015]. Einwohnerzahlen nach Drzymalla, Krim, S. 33.

170 Darkin, V.: I vsě-taki est' nadežda, in: Krymskaja Pravda, 8.6.1994, S. 2.

171 »Perekopu – Avtonomiju!« Erklärung der Initiativgruppe zur Schaffung einer Bewegung für eine föderative Krim – Bewegung für einen Autonomen Rayon, in: Frunzevec, 19.10.1991, S. 1-2.

172 In der lokalen Presse bestritten Vertreter der pro-russländischen Seite diese Punkte: Die »autonomen Gebiete« auf der Krim in den 1930er Jahren seien nur »nationale« Bezirke und Sowjets gewesen und keine »Autonomien«. Auch dass ein Teil des Rayon Krasnoperekopsk zum Oblast von Cherson gehört habe, verneinten die pro-russländischen Kräfte: Die Grenzen der Krim seien von 1920 bis 1991 nicht verändert worden. (Kružko, L.: Komu èto nado? In: Frunzevec, 1.2.1992, S. 1)

bewegungen konzedierten sie dem eigenen Gebiet die Fähigkeit zur Selbstversorgung, vorausgesetzt das Gros der landwirtschaftlichen Güter würde nicht an die Großstädte im Süden der Krim abgeführt. Der Landbevölkerung im Norden legt der Aufruf die Frage in den Mund: »Und was sehen wir von Simferopol' außer ewig kaputtgehender Fernseher?«¹⁷³ Außer zum Anwalt des landwirtschaftlichen Sektors gegen die Konsumgüterindustrie in Simferopol' machten sich die Perekop-Autonomisten auch zum Verteidiger der Chemieindustrie gegen den Tourismussektor:

Die Extremisten¹⁷⁴ wollen umgehend mit dem Chemiekomplex Schluss machen, der nicht in ihr Schema von der Umwandlung der Halbinsel in eine Kurort-Spelunke für ausländische Geldsäcke passt.¹⁷⁵

Diese Äußerungen verweisen darauf, dass die Verfechter unterschiedlicher Territorialkonzepte diese auch mit unterschiedlichen Vorstellungen von ökonomischen Entwicklungsmodellen und der Priorität für den einen oder anderen Industriezweig verknüpften. Als Lösung der regionalen wirtschaftlichen Probleme präsentierten die Perekop-Autonomisten einen autonomen Rayon »republikanisch-republikanischer Zuordnung«, der also zugleich der Ukraine als auch der Krim zugehörig wäre. Für den Fall einer Unabhängigkeit der Krim forderten sie die Angliederung des Rayons an den Oblast Cherson. Unterzeichner waren der Vorsitzende der pro-ukrainischen Bewegung *Ruch* in Krasnoperekopsk, Deputierte des Stadtsovjets sowie leitende Angestellte und Ingenieure der großen Chemie-Betriebe.¹⁷⁶ Die Position

173 »Ljudi spravedljivo sprašivajut: a čto my vidim ot Simferopolja, krome večno lomajuščichsja televizorov?« »Perekopu – Avtonomiju!« Erklärung der Initiativgruppe zur Schaffung einer Bewegung für eine föderative Krim – Bewegung für einen Autonomen Rayon, in: Frunzevec, 19.10.1991, S. 1-2, S. 2.

174 Gemeint sind Befürworter der Unabhängigkeit der Krim; der Aufruf nennt die Bewegung 20. Januar und die RDK.

175 »Ėkstremitisty chotjat razom pokončit' i s chimičeskim kompleksom, kotoryj ne ukladyvaetsja v ich schemy prevraščeniya poluostrova v kurortnyj priton dlja inostrannyh tolstosumov.« »Perekopu – Avtonomiju!« Erklärung der Initiativgruppe zur Schaffung einer Bewegung für eine föderative Krim – Bewegung für einen Autonomen Rayon, in: Frunzevec, 19.10.1991, S. 1-2.

176 Unter den Unterzeichnenden findet sich neben dem lokalen *Ruch*-Chef V. Mireev, seines Zeichens Ingenieur bei einem Chemiebetrieb, auch Taras Filipčuk, der spätere »Bürgermeister« von Krasnoperekopsk, damals Deputierter des Stadtsovjets. (Ebd., S. 1) Bezeichnenderweise nahm der damalige Gegner der pro-russländischen Bewegung das städtische Spitzenamt später als Vertreter der Partei der Regionen, in die auch zahlreiche ehemalige oder aktuelle Anhänger der pro-russländischen Bewegung gefunden haben, ein. Seitenwechsel und wechselnde Koalitionen sind für die post-sovjetschen Territorialkonflikte im Allgemeinen charakteristisch.

dieses Aufrufs ging in ihrer Radikalität über den politischen Konsens in Krasnoperekopsk hinaus und wurde kritisch diskutiert. Nichtsdestotrotz zeigt sich darin deutlich das für die pro-russländische Bewegung im Vergleich mit der restlichen Krim ungünstigere politische Klima in diesem nördlichen Rayon.

Die politischen und wirtschaftlichen Eliten der Stadt stellten sich klar gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen der pro-russländischen Bewegung. Die Deputierten des Stadtsowjets von Krasnoperekopsk riefen Ende 1991 dazu auf, für die Unabhängigkeit der Ukraine zu stimmen, und wandten sich in mehreren Erklärungen gegen das Krim-Referendum, für das die RDK Unterschriften gesammelt hatte.¹⁷⁷ Gegen die drohende Volksabstimmung mobilisierten pro-ukrainische und liberal-demokratische Kräfte im April 1992 auch zu einer großen Kundgebung. Vor den mehreren Tausend Teilnehmern, die zum Teil aus anderen Teilen der Ukraine angereist waren, sprach neben dem lokalen Vorsitzenden der pro-ukrainischen *Ruch* auch der Vorsitzende des Stadtsowjets Sergej Kunicyn. Vergleichbare Kundgebungen mit Beteiligung der *Ruch* fanden in den anderen Städten der Krim nicht statt. Auch hier zeigten sich die besonderen politischen Kräfteverhältnisse im nördlichsten Rayon der Krim.¹⁷⁸

Die lokale politische Administration im Bezirk und in den Städten war Teil des politischen Blocks, der sich gegen den pro-russländischen Separatismus stellte. Als prominenteste Führungspersonlichkeit der Gegenbestrebungen profilierte sich in der Öffentlichkeit der Chef des städtischen Exekutivkomitees der Rayon-Hauptstadt Krasnoperekopsk – Sergej Kunicyn.¹⁷⁹ Der 1960 in Turkmenistan geborene Politiker war aber alles andere als ein ukrainischer Nationalist. Er bezeichnete Russland als seine »historische Heimat«¹⁸⁰, bekannte sich zu seiner russischen Nationalität und fügte in einem Interview hinzu: »Ich war es nicht, der die Sowjetunion zerstört hat.«¹⁸¹ Politisches Kapital schlug und schlägt der Träger des Ordens »Vom

177 Obrašćenie deputatov gorodskogo Soveta narodnych deputatov ko vsem izbirateljam g. Krasnoperekopska i p. Armjanska, in: Frunzevec, 30.11.1991, S. 1; Obrašćenie Deputatov gorodskogo Soveta narodnych deputatov k graždanam Krasnoperekopska i Armjanska k žiteljam rajona, in: Frunzevec, 31.3.1992, S. 1.

178 Kaštja, V.: Miting! Miting? In: Perekop, 11.4.1992, S. 1; Saraeva, Z.: »Daj bog ne vljapat'sja vo vlast'«, in: Perekop, 11.4.1992, S. 1.

179 Zur Frage einer Autonomie der Krim hatte sich Kunicyn schon im Wahlkampf 1990 skeptisch geäußert. (Sdelat' možno mnogo. Predvybornye dialogi, Krymskaja Pravda, 3.2.1990, S. 2)

180 Kunicyn, S.: Každyj narod zasluživaet togo pravitelja, kotorogo on zaslužil, in: Frunzevec, 22.2.1992, S. 1-2.

181 »Sovetskij Sojuz ne ja razvalival.« Interview mit Sergej Kunicyn, in: Frunzevec, 11.8.1992, S. 1.

dankbaren afghanischen Volk« auch aus seinem fünfzehnmonatigen Einsatz bei der Afghanistan-Intervention der UdSSR.¹⁸² Dementsprechend war er kein *Ruch*-Anhänger, sondern Vorsitzender der sich als »zentristisch« (also weder russisch- noch ukrainisch-nationalistisch) verstehenden Partei »Union zur Unterstützung der Republik Krim« (*Sojuz v podderžku Respubliki Krym* – SPRK). Diese war eine Interessensorganisation von Unternehmern und Industriestrukturen, mit einem regionalen Schwerpunkt in Krasnoperekopsk und der maritimen Industriestadt Kerč'. Vorher hatte sich Kunicyn am Aufbau der regionalen Organisation der ebenfalls »zentristischen« und wirtschaftsnahen Partei der ökonomischen Wiedergeburt der Krim (*Partija ekonomičeskogo vozvroždenija Kryma* – PĖVK) beteiligt. Diese war mit der »Union der Unternehmer und Industriellen« eng verbunden und organisierte auch die Betriebsleitungen der Chemie-Betriebe in Krasnoperekopsk.¹⁸³ Beide Parteien vertraten Konzepte einer Stärkung regionaler Kompetenzen in der Wirtschaftspolitik und des Aufbaus Freier Wirtschaftszonen auf der Krim. Sie hatten keine separatistische Agenda, sondern arbeiteten an einem Arrangement mit Kiew.¹⁸⁴

Kunicyn kam aus dem industriellen Milieu in Krasnoperekopsk. Sein sozialer Aufstieg hatte in den Bauindustriebetrieben der Region begonnen: Nach einer Ausbildung zum Bauingenieur in Dnepropetrovsk in der Zentralukraine und einer Tätigkeit bei der auf die Chemieindustrie spezia-

182 2004 wurde er Vorsitzender der Krim-Abteilung der »Ukrainischen Union der Afghanistan-Veteranen« und 2012 gründete er die »Partei der Afghanistan-Veteranen der Ukraine«. Biographie Kunicyns in: *Kto est' kto v Krymu 2001-2002: Al'manach*, S. 111-112; *Kto est' kto v Krymu*, S. 28-29.

183 Bei der Gründungsveranstaltung der Union der Unternehmer in Krasnoperekopsk lud der versammlungsleitende Verbandsvorsitzende die Anwesenden auch zum Beitritt in die PĖVK ein. Die Generaldirektoren der großen Chemiebetriebe des Rayons traten sowohl der Union als auch der Partei bei. In der Krim-Öffentlichkeit wurde die PĖVK oft als »Partei der Direktoren« oder »Partei der fetten Katzen« (*Partija žirnych kotov*) bezeichnet. (Derjabin, V.: *Predprimateli vsego Kryma, ob'edinjajtes'!* In: *Frunzevec*, 15.10.1992, S. 1, 4; *Donskoj, V.: S'ezd pervyj – načalo bol'sogo puti*, in: *Frunzevec*, 25.3.1993, S. 1; Kunicyn, S.: *Udači vam i sem' futov pod kilem*, in: *Frunzevec*, 25.3.1993, S. 1)

184 Bei den Präsidentschaftswahlen 1994 in der Ukraine und auf der Krim unterstützte die SPRK Leonid Kučma bzw. Ivan Ermakov. Die PĖVK favorisierte bei der Krim-Wahl Nikolaj Bagrov. (SPRK kak Ėlement političeskoj kar'ery L. Kučmy, in: *Tavričeskie Vedomosti*, 8.7.1994, S. 1; *Vybory pozadi, vybor vpered*, in: *Tavričeskie Vedomosti*, 21.1.1994, S. 1.; *Zarečnyj, V.; Orechov, V.: Krymskij centrizm. Fragment preodolenija utopii?* In: *Tavričeskie Vedomosti*, 29.7.1994, S. 2; *Michajlov, V.: S'ezd partii, kotoraja delaet v Krymu chorošuju pogodu*, in: *Svobodnyj Krym*, 25.2.1995, S. 3; *Mal'gin, Krymskij uzal*)

lisierten Bauverwaltung (*Perechimstroj*) in Krasnoperekopsk, stieg er in der Stahlbetonfabrik der Stadt zum Oberingenieur auf. Von dieser Position aus begann er seine politische Karriere und brachte es bis zum Instrukteur des städtischen Parteikomitees. 1990 gewann er im Wahlkreis Krasnoperekopsk ein Mandat für den Obersten Sowjet der Ukraine. Als Kandidaten hatten ihn das städtische Komitee des Komsomol und der Rayon-Sowjet der Afghanistan-Veteranen nominiert – daran zeigt sich die Unterstützung für seine Karriere durch die lokalen Apparate der sowjetischen Massenorganisationen. Im April 1990 wählte ihn dann das Stadtparlament von Krasnoperekopsk zu seinem Vorsitzenden und zum Chef des städtischen Exekutivkomitees.¹⁸⁵

Kunicyn war also ein Zögling des industrienahen sowjetischen (wenn auch regionalen) Machtapparats und ein bekennender Russe, Afghanistan-Veteran und Anhänger der Sowjetunion. Diese Sozialisation stellte für ihn aber keineswegs einen Grund dar, sich dem pro-russländischen Separatismus auf der Krim anzuschließen: Zur Bekämpfung der Krise der Chemie-Industrie des Rayons suchte Kunicyn stattdessen die Zusammenarbeit mit Kiew. Kunicyn selbst machte Karriere auf dem Ticket der Kooperation mit Kiew. In seiner Doppelfunktion als Deputierter des Parlaments der Ukraine und als Chef der Stadtverwaltung von Krasnoperekopsk konnte er auf gute Beziehungen zum zuständigen Ministerium in Kiew bauen, um Unterstützung für die Industriebetriebe der Stadt zu erhalten. Die guten Beziehungen zum Präsidenten der Ukraine verschafften ihm auch eine politische Karriere auf Republik-Ebene.¹⁸⁶

185 Sdelat' možno mnogo. Predvybornye dialogi, Krymskaja Pravda, 3.2.1990, S. 2; Darkin, V.: Naša pozicija vydeljalas', in: Krymskaja Pravda, 12.8.1990, S. 2. In dem im Internet zugänglichen Lebenslauf Kunicyns auf der Seite des Nachrichtenportals »Sevastopol'skie novosti« taucht seine Tätigkeit als Mitarbeiter im städtischen Parteiapparat nicht mehr auf. (Kunicyn Sergej Vladimirovič. Biographie, unter: <http://www.sevastopol.su/person.php?id=9> [zuletzt geprüft am 25.2.2015])

186 In verschiedenen Positionen fungierte Kunicyn als Berater des ukrainischen Präsidenten. Im Mai 1998 wurde er Vorsitzender des Ministerrates – sprich Regierungschef – der Autonomen Republik Krim. Nach 2001 amtierte er als stellvertretender Vorsitzender dieses Gremiums. 2006 machte ihn der damalige ukrainische Präsident Juščenko zu seinem Bevollmächtigten in der Stadt Sevastopol' (also zum Chef der Stadtverwaltung) und drei Jahre später wurde Kunicyn auf demselben Weg Präsidentenvertreter in der Autonomen Republik Krim. (Kto est' kto v Krymu 2001-2002: Al'manach, S. 111-112; Kto est' kto v Krymu, Kiew 2002, S. 28-29; Kunicyn Sergej Vladimirovič. Biographie, unter: <http://www.sevastopol.su/person.php?id=9> [zuletzt geprüft am 25.2.2015]) In der unklaren Situation nach dem Umsturz in Kiew im Februar 2014 machte Interimspräsident Oleksandr Turčynov Kunicyn, der inzwischen für Vladimir Kličkos Partei »Udar« im ukrainischen Parlament saß, erneut zu seinem Vertreter auf der Krim. Mit dem Vorwurf an die

Auch die Sonderwirtschaftszone »Sivaš« war ein Projekt zwischen Kunicyn und Kiew. Die Betriebe der Region litten unter den 1992 eingeführten Ausfuhrzöllen der neuen ukrainischen Republik (von 30 Prozent), insbesondere nach Russland, wohin der Großteil der Chemieprodukte exportiert wurde. Die Lösung fand die regionale Elite im Aufbau einer Sonderwirtschaftszone, die die Export- und Produktionsbedingungen für die örtliche Industrie erleichtern sollte. Der ukrainische Präsident ernannte in seinem Erlass Kunicyn persönlich zum Vorsitzenden der Verwaltung der Sonderwirtschaftszone. In Kiew war es die Exekutive, die das Projekt vorantrieb. Präsident und Regierung in Kiew realisierten das Projekt in enger Kooperation mit der regionalen Elite von Krasnoperekopsk, während das ukrainische Parlament sich eher gegen die Subventionierung der Industrie der nördlichen Krim stellte. Drei zentrale Vergünstigungen verbesserten die Bedingungen der Unternehmen in der Sonderwirtschaftszone: Die Aufhebung von Einfuhrzöllen erlaubte der Chemieindustrie den billigeren Import benötigter Produktionsgüter, durch den Export aus der Freihandelszone gemachte Devisengewinne mussten nicht beim Außenwirtschaftsministerium eingetauscht werden und die Betriebe wurden von der Exportbegrenzung befreit. So konnte die regionale Industrie die durch den Zerfall des sowjetischen Wirtschaftsraumes entstandenen Nachteile partiell wettmachen. Für die lokalen Eliten lohnten sich hiermit die besonderen Beziehungen nach Kiew.¹⁸⁷

Das Projekt der Freihandelszone in Krasnoperekopsk stand in scharfer Konkurrenz zu den Vorhaben anderer Städte. In Simferopol' arbeitete man an einer Sonderwirtschaftszone für die gesamte Krim, die Stadtverwaltung von Kerč' hoffte auf einen zollfreien Austausch der zweitgrößten Hafenstadt der Krim mit Russland, Sevastopol' strebte lokale Zoll- und Steuerfreiheit an und potentielle Investoren machten ihre Präferenz für die Einrichtung einer Sonderwirtschaftszone an der Südküste der Krim deutlich.¹⁸⁸ Die Tatsache, dass einzig das Projekt im Norden der Krim realisiert wurde, ist von den guten Beziehungen der örtlichen Eliten mit Kiew und dem politischen Interesse der ukrainischen Regierung an der Stärkung loyaler politischer Kräfte auf der Krim nicht zu trennen.

Kiewer Regierung, zu wenig gegen die russische Machtübernahme zu unternehmen, trat Kunicyn aber nach wenigen Wochen wieder zurück. (Zofka, Jan: Zurück zum Mutterland, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.4.2014, S. 6)

187 Erlass des Präsidenten der Ukraine über die experimentelle Wirtschaftszone in der nördlichen Krim »Sivaš«, in: Frunzevec, 4.7.1995, S. 1. Die pro-russländischen Kräfte kritisierten die Sonderwirtschaftszone allgemein und Kunicyns Vorteilnahme dabei: Ne dat' sebja obmanut', in: Svobodnyj Krym, 17.6.1995, S. 3.

188 Zur Sonderwirtschaftszone siehe Drzymalla, Krim, S. 32-37.

Die separatistische Bewegung war im Rayon Krasnoperekopsk schwach und konnte sich erst im Laufe des Jahres 1993 in Organisationen formieren. Die RPK/RDK-Ortsgruppen hatten nur eine niedrige zweistellige Zahl an Mitgliedern. Versammlungen der pro-russländischen Organisationen fanden mehrfach unter erschwerten Bedingungen statt. Verbote durch die Behörden und Störungen durch politische Gegner waren an der Tagesordnung. In Krasnoperekopsk konnte die RDK beispielsweise nur magere 334 Unterschriften für das Krim-Referendum im Frühjahr 1992 sammeln – deutlich weniger als in anderen, auch kleineren Städten. Die Unterschriftensammler beklagten Behinderungen durch die Behörden und durch Betriebsleitungen, welche wiederum ihr Vorgehen mit einem Verbot der Aktion durch den Stadtsowjet von Krasnoperekopsk begründeten.¹⁸⁹

Die organisatorische Konsolidierung der RPK 1993 und insbesondere der Sieg bei den Wahlen 1994 führten dazu, dass die pro-russländische Bewegung sich zunehmend auch in Krasnoperekopsk als Akteur sichtbar machen konnte. Bei den Präsidentschafts- und Sowjetwahlen schnitten Meškov und der *Blok Rossija* zwar im Vergleich mit der Krim im Rayon unterdurchschnittlich ab, gewannen aber dennoch große Mehrheiten für sich. In der Stadt Krasnoperekopsk errang Meškov im zweiten Wahlgang immerhin 72,5 Prozent der Stimmen und lag damit nur knapp unter seinem Gesamtergebnis (72,9 Prozent).¹⁹⁰ Eine große Mehrheit der Bewohner von Krasnoperekopsk konnte sich offensichtlich auch eine russländische Option für die Region vorstellen.

Die pro-russländischen Organisationen besaßen aber nicht die organisatorische Basis, solch einen Wahlerfolg zu wiederholen und in den lokalen Gremien die Macht zu erobern. Die Stadtparlamente wurden im Frühsommer 1995 gewählt. *Russkaja obščina*, der Verband der Soldatenmütter, die Umweltgruppe *Ekologija Prisivaš'ja* und RPK/RDK stellten in Krasnoperekopsk einen gemeinsamen Kandidaten auf. Der Lehrer und Mitarbeiter des örtlichen Heimatkundemuseums Lev Kružko profilierte sich als Gegner der »Alleinherrschaft« Kunicyns und stritt gegen die Sonderwirtschaftszone. Seine Umwelt-Argumente im Wahlkampf griffen das wirtschaftliche Entwicklungsmodell des hegemonialen Blocks der Region an: Die Sonder-

189 Matveeva, A. u. Chomjakov, V.: Vpered i referendum: sbor podpisov prohodit v naprjažennoj obstanovke, in: Svobodnyj Krym, März 1992, S. 2; Podvedeny itogi. Raboty iniciativnych grupp po sboru podpisov pod trebovanijem o provedenii obščekrymskogo referendumu v podderžku nezavisimosti Kryma. Štab po podgotovke i provedeniju obščekrymskogo referendumu, in: Svobodnyj Krym, April 1992, S. 1; Liste der Mitglieder der RDK-Organisation Armjanska. RDK-Archiv bei ROK, Dok. 39.

190 Wilson, Presidential and Parliamentary Elections, S. 114.

zone sei darauf angelegt, die Chemieindustrie zu fördern und das fördere die ökologische Katastrophe im Norden der Krim. Vor dem Hintergrund, dass die RDK-Regierung auf Replikenebene schon wieder zusammengebrochen und dadurch deutlich geworden war, dass auch die pro-russländische Bewegung keine Perspektive für einen Weg aus der wirtschaftlichen Misere anzubieten hatten, konnte Kunicyn mit Hilfe der Betriebsleitungen der Region seine Mehrheit verteidigen, während Kružko abgeschlagen auf dem dritten Platz landete.¹⁹¹

Der erste und einzige Krim-Präsident versuchte auch, die lokale Macht der RDK-Gegner mit präsidialer Gewalt zu brechen. Auf dem Höhepunkt des Konflikts von Meškov mit dem (von seinen eigenen Anhängern dominierten) Republik-Sowjet wollte er per Erlass nicht nur das Parlament der Autonomen Republik, sondern auch die lokalen Stadt- und Rayonsowjets auflösen. Gegen diesen widerrechtlichen Schritt protestierten die lokalen Parlamentarier in Krasnoperekopsk heftig. Der Stadtsowjet bezeichnete in einer offiziellen Erklärung das Vorgehen Meškova als Staatsstreich, warf ihm vor, eine Diktatur zu errichten, und erklärte die Auflösung der lokalen Machtorgane für verfassungswidrig.¹⁹² Stadtverwaltung und -sowjet funktionierten einfach weiter. Die präsidiale Verfügung wurde wie an anderen Orten nicht ernst genommen und Meškov verlor seinen Machtkampf mit dem Obersten Sowjet der Krim, während der dominante politische Block in Krasnoperekopsk die kurze Präsidentschaft des RPK/RDK-Chefs überlebte.

Die Chemie-Region im Norden der Krim war ein Paradebeispiel für den »*Matrěška*«-Separatismus während des Zerfalls der Sowjetunion: Das Projekt der Eliten von Krasnoperekopsk war die Separation von einer übergeordneten Instanz, die sich von der Republik abspalten wollte, die im Begriff war aus der UdSSR auszutreten. Soziostrukturell ähnelte diese Koalition, die das Arrangement mit Kiew suchte, der transnistrischen Bewegung. Betriebsleiter und Stadtverwaltungschefs bauten auf der Zusammenarbeit mit der höheren Instanz (in diesem Fall die Republik Ukraine) eine lokale Macht auf, mit der sie sich den direkt übergeordneten Behörden (in Simferopol') widersetzen. Die Eliten von Krasnoperekopsk setzten auf das Arrangement mit Kiew, obwohl der Hauptabsatzmarkt der lokalen Chemieindustrie im Rest der

191 Predstavljajem kandidatov na dolžnost' predsedatelja Krasnoperekopskopskogo gor. Soveta, in: Frunzevec, 10.6.1995, S. 1-2; »Čestoljubiem ja nikogda ne bolel«. Kandidat v měry goroda Kružko Lev Petrovič, in: Svobodnyj Krym, 17.6.1995, S. 3.; Soobščenie gorodskoj izbiratel'noj komissii po vyboram deputatov i predsedatelja Krasnoperekopskogo gorsoveta, in: Frunzevec, 1.7.1995, S. 2.

192 Erklärung des Stadtsowjets von Krasnoperekopsk, in: Krymskaja Pravda, 14.9.1994, S. 1.

Sowjetunion lag und die neuen Exportzölle den Absatz der Unternehmen extrem schwächten. Für diese Probleme fanden die Betriebsleitungen Lösungen in Kooperation mit der ukrainischen Regierung. Die Richtung der politischen Entwicklung im Rayon hing nicht davon ab, ob einzelne Akteure russischer Nationalität waren oder sich Mehrheiten für die pro-russländische Bewegung aussprachen. Vielmehr entschieden sich die Akteure angesichts der normativen Kraft der faktisch existierenden institutionellen Hierarchien für eine Zusammenarbeit mit der neuen Staatsregierung in Kiew.

7. Kollektivbiographie der Bewegungseliten:
Netzwerke einer politischen Bewegung

Das folgende Kapitel beleuchtet nicht nur die soziale Zusammensetzung der Führung des pro-russländischen Separatismus auf der Krim, sondern versucht auch einen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und der Aufnahme eines politischen Handelns, der »Rekrutierung«, herzustellen. Der erste Teil dieser Kollektivbiographie stellt dar, woher die Beteiligten – sozial, politisch, geographisch – kamen. Im zweiten Teil wird, eingeteilt nach den sozialen Positionen/Gruppen, aus denen heraus die Beteiligten ihr politisches Engagement aufnahmen, der jeweilige soziale Kontext anhand beispielhafter Biographien einzelner Beteiligter beschrieben. Die nähere Betrachtung der »Wege in die Bewegung« soll nachvollziehbar machen, wie Sozialisation und politisches Handeln zusammenhängen.

Die Identifizierung einer »Führung« oder der »Eliten« der Bewegung ist mit Problemen behaftet, es handelt sich nicht um einen eindeutig abgrenzbaren Personenkreis. In den Blick zu nehmen sind Mitglieder von Entscheidungsgremien unterschiedlicher, oft verfeindeter Organisationen. Gleichzeitig änderten sich die personelle Zusammensetzung, die Namen und die Funktionen der Spitzengremien der einzelnen Organisationen häufig und schnell. Ganze Organisationen lösten sich auf und gründeten sich mit leicht veränderter Zusammensetzung des Führungspersonals unter anderem Namen neu. Zudem ist fraglich, welche Macht einzelne Führungsgremien tatsächlich hatten. Die Grenzen zwischen Führung, aktiver »Belegschaft« und Anhängerschaft sind fließend, nicht zuletzt wegen des begrenzten Formalisierungsgrades der Organisationen. Aus der Gesamtanschauung lässt sich aber dennoch eine Art Führung oder auch ein sozialer Kern herauschälen. Die Organisationen erkannten sich trotz aller Rivalität gegenseitig als Teil einer »patriotischen« oder »pro-russländischen« Bewegung an und arbeiteten immer wieder zusammen. Außerdem gab es über die Volatilität der Organisationsstrukturen und Führungsgremien hinweg

eine personelle Kontinuität von Kadern, die offensichtlich bei diesen Spaltungen und Neugründungen die zentralen Akteure waren und eine Art Führung oder Elite darstellten. Für diese Kollektivbiographie wurden also die Lebensdaten von Mitgliedern von drei Führungsgremien von Organisationen der pro-russländischen Bewegung zusammengetragen: vom Koordinationssowjet des *Blok Rossija*, vom Koordinationssowjet der RPK/RDK, sowie vom Präsidium und der vorgeschlagenen Wahl-Kommission der »Initiativgruppe für ein Unabhängigkeitsreferendum auf der Krim«.193

- 193 Die Initiativgruppe für ein Unabhängigkeitsreferendum wurde im Dezember 1991 mit dem Zweck gegründet, Unterschriften für ein Unabhängigkeitsreferendum auf der Krim zu sammeln. (Zur Unterschriftensammlung siehe Kapitel IV.2.: Mobilisierungsereignisse) Führende RDK-Mitglieder waren an dieser Initiierung ebenso beteiligt wie Aktivisten weiterer pro-russländischer autonomistischer Gruppierungen. Die Mitglieder der Initiativgruppe bilden so den sozialen Kern der pro-russländischen Bewegung in ihrer Frühphase ab. Sieben der im Protokoll genannten 32 Personen sind nicht in die Kollektivbiographie aufgenommen worden, weil über sie keinerlei weitere Daten vorliegen bzw. weil sie Aktivisten von Organisationen waren, die nicht zum pro-russländischen Spektrum gehörten. (Protokoll der Versammlung zur Gründung einer Initiativgruppe für ein Referendum (22.12.1991). RDK-Archiv bei ROK, Dok. XI) Vom Koordinationssowjet der RPK (Satzung der RPK (RDK) (24.10.1992). GA RF, f. 10026, op. 4, d. 3514, l. 1) wurden die im Protokoll des Gründungsparteitags der RPK vermerkten 12 Kandidaten sowie fünf weitere Personen, deren Zugehörigkeit zum Koordinationssowjet der RPK/RDK in anderen Quellen zu einem späteren Zeitpunkt vermerkt wurde, übernommen. (Protokoll vom Gründungsparteitag der RPK (24.10.1992). RDK-Archiv bei ROK, Dok. 35-36; Predstavljajem kandidatov v narodnye deputaty: »Naš put' – stanovlenie samostojatel'nosti respubliki Krym«. Interview mit Aleksej Mel'nikov, in: Flag Rodiny, 11.3.1994, S. 3; Sostojalsja rassirennij koordinacionnyj sovet, in: Svobodnyj Krym, 4.2.1995, Nr. 4, S. 2) Im Koordinationssowjet des *Blok Rossija* saßen jeweils vier Vertreter von RPK und der *Narodnaja partija Kryma*. (Komedej, V.: Kuda podevalas' Narodnaja partija Kryma, in: Svobodnyj Krym, 18.2.1995, S. 2) Zwischen den drei Gremien gibt es zahlreiche personelle Überschneidungen. Zudem wurde der Vorsitzende der *Russkaja partija Kryma* Sergej Šuvajnikov in die Auswertung eingeschlossen. Nicht in die Kollektivbiographie aufgenommen werden konnten die Gesamtzusammensetzungen zentraler Gremien weiterer Organisationen wie der *Narodnaja partija Kryma* oder der *Russkaja obščina*, von denen keine kompletten Verzeichnisse vorliegen. Die Zusammensetzungen überschneiden sich jedoch stark mit den genannten Gremien. Die biographischen Daten der 38 identifizierten Mitglieder dieser Gremien wurden aus einer Vielzahl unterschiedlicher Quellen gewonnen. In der zusammenfassenden Kollektivbiographie, in der in einzelnen Textstellen die Erkenntnisse aus einer größeren Zahl von Quellen einfließen, werden diese nicht angeführt. Die Daten stammen aus in Zeitungen veröffentlichten Listen der Abgeordneten des Krim-Parlaments (z. B. Soobščenie oblastnoj izbiratel'noj komissii, in: Krymskaja Pravda, 21.3.90, S. 1-2,

Die soziale Zusammensetzung der Führungsgremien

Die Führung der pro-russländischen Bewegung auf der Krim rekrutierte sich vornehmlich aus Intellektuellen, neuen Unternehmern und Afghanistan-Veteranen, die sich während der Perestrojka politisierten. Die Netzwerke, auf denen die pro-russländische Bewegung basierte, entstanden vorrangig in den politischen Gruppierungen der informellen Bewegung in Simferopol' und damit weitgehend außerhalb der sowjetischen Machtstrukturen.

Die führenden Aktivisten der pro-russländischen Bewegung kamen aus gehobenen gesellschaftlichen Positionen, waren aber nicht Vertreter einer im engeren Sinne herrschenden Elite oder Klasse. Es handelte sich nicht um vormalige Regierungsmitglieder, hohe Parteifunktionäre, Betriebsleiter der großen Fabriken oder Generäle der Armee. Mit Ärzten, Journalisten, Universitätsdozenten, Geschichtslehrern und wissenschaftlichen Forschern waren es Beschäftigte aus akademischen Berufen, die die Bewegung dominierten. Die Führungspersonen befanden sich also in sozialen Funktionen, die Meinungsmacht mit sich brachten. In ihrem beruflichen Alltag fungierten sie als Multiplikatoren von Informationen und Werten.

Einige der Beteiligten waren Kleinunternehmer. Sie brachten finanzielle Ressourcen in die Bewegung mit. Anders als bei der separatistischen Bewegung im Dnjestr-Tal handelte es sich aber nicht um Leiter von Großbetrieben, die in den lokalen und regionalen politischen Herrschaftsstrukturen verankert waren und Betriebsstrukturen und damit auch die Masse der Beschäftigten mobilisieren konnten. Vielmehr arbeiteten diese meist neuen Kleinunternehmer im Rahmen der pro-russländischen Bewegung erst noch

S. 2; Spisok deputatov Verchnogo Soveta Kryma izbrannyh 27 marta i 10 aprelja 1994 goda, in: Krymskaja Pravda, 19.04.1994, S. 2), aus Protokollen von Sitzungen der Organisationen aus dem Russischen Staatsarchiv bzw. aus dem bei der *Russkaja obščina* lagernden Dokumentenbestand der RDK (z. B. Bericht Koordinationssowjet RDK – Ausschluss Krivcov. RDK-Archiv bei ROK, 49-51; Beschluss über Koordinationsowjet RPK(RDK) (13.4.1993). RDK-Archiv bei ROK, Dok. 33-34), aus zahlreichen Zeitungsartikeln und Interviews, in denen über Neubesetzungen in Führungsgremien berichtet wird oder Kandidaten für Wahlen vorgestellt werden (z. B. Sostojalsja rassirennyj koordinacionnyj sovet, in: Svobodnyj Krym, 4.2.1995, S. 2; Kto predal »Rossiju«! In: Svobodnyj Krym, 27.5.1995, S. 1; Kandidatenvorstellung für Wahl zum Stadtsowjet Simferopol' und Bezirkssowjet Saki, in: Svobodnyj Krym, 17.06.1995, S. 6), aus Personenlexika für die Krim (z. B. Kto est' kto v Krymu; Kto est' kto v Krymu 2001-2002: Al'manach), sowie aus einigen wenigen veröffentlichten Autobiographien und Fachbüchern zur damaligen politischen Situation auf der Krim von Beteiligten (Kruglov, Kljanus'; Suprunjuk, Chronika drejfuščego poluostrova). Einige Informationen zu Arbeitsverhältnissen und politischer Sozialisation sind den Interviews mit den betreffenden Personen entnommen worden.

daran, sich eine politische Hausmacht in Regional- und Lokalpolitik aufzubauen. Einige wenige Leiter landwirtschaftlicher Betriebe finden sich unter den Angehörigen der untersuchten Führungsgremien, darunter zwei neue Agrarunternehmer und ein Leiter einer Sowchose, des sowjetischen staatlichen Landwirtschaftsbetriebs.

Auch einige »Ingenieure« waren in der Führung der Bewegung vertreten. Leitende technische Angestellte des regionalen Energie-Versorgers, der Direktion für Straßenbau und eines Herstellers medizinisch-technischer Apparate gehörten zum engsten Führungszirkel. Auch sie standen beruflich in einer gehobenen Position mit Weisungsbefugnissen gegenüber Dritten. Wie die Betriebsleiter jedoch unterschieden sich auch diese Ingenieure von ihrem Pendant in der PMR-Bewegung: Sie kamen nicht aus den Betriebsstrukturen, quasi als Vertreter der Betriebsleitung, in die Bewegung, sondern über politische Sozialisationen (meist über die informelle Bewegung der Perestrojka-Epoche), die mit ihrem Berufsleben und den Machtverhältnissen in den Betrieben höchstens indirekt zu tun hatten.

Nur zwei der knapp 40 identifizierten Führungsmitglieder¹⁹⁴ waren Soldaten und hatten eine höhere militärische Ausbildung. In einem der beiden Fälle lässt sich nachvollziehen, dass die Militäruzugehörigkeit tatsächlich auch die Grundlage der politischen Aktivität war. Das sowjetische Militär spielte ansonsten aber in unterschiedlichen Formen auch in den Biographien anderer Beteiligter eine Rolle. Neben den zwei aktuellen Offizieren waren einige Veteranen in dem Führungskreis vertreten. Der einzige Teilnehmer des Zweiten Weltkriegs, Aleksandr Kruglov, zog aus seinem Veteranen-Status moralische Ressourcen und soziales Kapital für seine Führungsrolle in der pro-russländischen Bewegung. Ein Karriere-Katalysator in den Lebenswegen einiger Krim-Separatisten war die Afghanistan-Intervention der UdSSR. Die Afghanistan-Veteranen organisierten sich nach dem Krieg in Verbänden und diese, sowie aus dem Krieg mitgebrachte persönliche Bindungen, bildeten eine Basis von wirtschaftlichen wie politischen Aktivitäten. Der Verband der Afghanistan-Veteranen war ein wichtiger Rekrutierungsort für die pro-russländische Bewegung der Krim. Die Führung dieses Verbands und einige weitere *Afgancy* gehörten zu den zentralen Figuren der Bewegung. Im Hinblick auf ihre soziale Position, Berufsfeld und Bildung stellten sie aber keine einheitliche Gruppe dar. In einigen Fällen stand die erworbene soziale Position mit der Mitgliedschaft in dem Verband oder den im Kriegsdienst

194 Die Quantifizierungen dienen nur als grober Maßstab für Größenverhältnisse und sind nicht absolut zu sehen – für einige der Beteiligten fehlen für bestimmte Aussagen die Daten und bei einer anderen Auswahl der Führungsgremien könnten sich die Zahlen/Anteile verändern.

aufgebauten Netzwerken und erworbenen Fertigkeiten in engem Zusammenhang: Der Verband war nicht nur Sozialverband und kulturpolitische Interessenvertretung, sondern unterhielt auch »kommerzielle Strukturen«.

Klassische Industriearbeiterbiographien finden sich unter den Lebensgeschichten der Kader nicht. Das mag nicht überraschend sein, auch die sowjetische Gesellschaft war von Hierarchien durchzogen, die einfachen Fabrikarbeitern die Übernahme politischer Ämter erschwerten und den im öffentlichen Sprechen geübten Akademikern und Funktionären ein Übergewicht gaben. Die Mehrheit der Führungsmitglieder hat allerdings auf verschiedene Weisen Erfahrungen in der Lebenswelt des Industrieproletariats gemacht: Mindestens eine Person kommt aus einer Arbeiterfamilie, ein aus akademischem Hintergrund stammender Aktivist arbeitete bis 1990 (bis zum Beginn seiner politischen Karriere) als Bauarbeiter und einige weitere hatten vor dem Studium bereits eine Ausbildung und mehrjährige Erwerbstätigkeit in industriellen Berufen hinter sich. Das Erlernen mehrerer Berufe, der schnelle Wechsel von Arbeitsplätzen und die soziale Mobilität vom Facharbeiter zum Hochschulabsolvent ist für weiterführende Erwerbs- und Ausbildungsbiographien in der Sowjetunion nicht untypisch. Die dortigen Bildungskarrieren verliefen nicht geradlinig von der Schule über eine Universität in den akademischen Beruf, sondern waren von einem Wechsel zwischen Arbeits- und Bildungsphasen geprägt.¹⁹⁵ So sind die Industriearbeitererfahrungen der später als Akademiker tätigen Personen Teil der Ausbildungs- und Berufsnormalität in der UdSSR. Für eine eigenständige Formulierung spezifischer Interessen einfacher Industriearbeiter gab es jedoch auch in der pro-russländischen Bewegung der Krim keinen Platz. Anders als die Bewegung im Dnjestr-Tal formulierte sie das aber auch gar nicht als Anspruch.

Die gehobene gesellschaftliche Position der Akteure spiegelt sich auch im Bildungsstand der Beteiligten. Fast alle Führungsgremien-Mitglieder, deren Bildungsstand identifiziert werden konnte, verfügten über einen Hochschulabschluss. Nur zwei Personen waren nicht über eine mittlere-technische Ausbildung hinausgekommen. Die genaue Art der höheren Bildungsabschlüsse konnte nicht für alle Fälle verifiziert werden. Eine Minderheit hatte höhere Abschlüsse aus dem technischen Bereich, etwa des Instituts für Gerätebau

195 Dieses Muster schneller Wechsel und mehrerer Ausbildungen prägt auch die Biographien der Dnjestr-Separatisten. Dazu auch z. B.: Aitov, Nariman: *The Dynamics of Social Mobility in the USSR*, in: Yanowitch, Murray (Hg.), *The Social Structure of the USSR. Recent Soviet Studies*, New York 1986, S. 254-270; Lane, David: *Soviet Society under Perestrojka*, New York 1992, S. 159-169; Wiles, Peter: *Wage and Income*, in: Schapiro, Leonard; Godson, Joseph (Hg.), *The Soviet Worker. From Lenin to Andropov*, New York 1984, S. 15-38.

in Sevastopol'. Mediziner und Mitarbeiter des Instituts für Medizinwesen in Simferopol' machen eine relevante Minderheit aus. Ebenso bedeutend sind Geistes- und sozialwissenschaftliche Abschlüsse: Mehrere Geschichtslehrer und einige Juristen finden sich unter den Aktivisten. Dazu kommen einige naturwissenschaftlich ausgebildete Beteiligte und ein Abgänger der Militär-Akademie. Die geistes- und lebenswissenschaftlichen Abschlüsse dominierten deutlich gegenüber den produktionsnahen Ingenieursstudiengängen, anders als das bei der separatistischen Bewegung im Dnjestr-Tal der Fall war.

Geographisch kam die große Mehrheit der Elite der pro-russländischen Bewegung von der Krim. Die Aktivisten hatten auf der Krim den größten Teil ihres Lebenswegs beschritten und auch ihre politische Sozialisation erfahren. Einige der Beteiligten wurden in der RSFSR, der Ukraine oder in anderen Sowjetrepubliken (Lettland) geboren, aber auch diese Minderheit ging bereits auf der Krim zur Schule oder kam zur Ausbildung oder zum Universitätsstudium auf die Halbinsel. Anders als der Dnjestr-Separatismus inkorporierte die Bewegung auf der Krim im Zuge der Eroberung der Staatsmacht keine unlängst zugezogenen Nomenklatura-Angehörigen aus anderen Teilen der Sowjetunion. Diese regional beschränkte Geographie der Akteursbiographien korrespondiert mit dem Umstand, dass die Beteiligten nicht aus der ranghöchsten Elite stammten. Für den Aufstieg in solche Machtpositionen mussten Anwärter mindestens phasenweise nach Moskau oder in andere Republiken der Sowjetunion gehen. Keines der Führungsglieder in der Krim-Bewegung hatte eine solche Nomenklatura-Karriere absolviert. Nur für den Armeedienst, für ein Hochschulstudium oder für ein- oder mehrjährige berufliche Interimsphasen gingen einige der Aktivisten in andere Teile der Sowjetunion. Ihre hauptsächliche Sozialisation erfuhren die Führer der Krim-Bewegung aber auf der Halbinsel, für deren Selbstständigkeit sie kämpften. Eine Ausnahme bildet auch hier der Weltkriegsveteran und Autor aus Sevastopol' Aleksandr Kruglov, der erst nach dem Zweiten Weltkrieg in die Hafenstadt auf der Krim kam und auch nach dem in Sevastopol' nachgeholt Schulabschluss als Journalist in mehreren verschiedenen Orten der Sowjetunion arbeitete, bevor er nach Sevastopol' zurückkehrte. Eine Nomenklatura-Karriere hatte aber auch er nicht gemacht. Für Vertreter sowjetischer Sicherheitsorgane und anderer Funktionseleiten, die (1989-)1991 wegen des Wandels in Schwierigkeiten geraten waren und deshalb beispielsweise in die PMR gingen, wurde die Krim nicht zu einer vergleichbaren Alternative.

Von den Herkunftsorten innerhalb der Krim dominierte in der Zusammensetzung der untersuchten Gremien die Hauptstadt Simferopol'. Ca. zwei Drittel der Führungsglieder waren dort ansässig. Einige der Akti-

visten, die vorher noch nicht in Simferopol gewohnt hatten, zogen im Zuge ihres Engagements in der pro-russländischen Bewegung dorthin. Neben der Attraktivität von Simferopol' als politischem und ökonomischem Zentrum der Halbinsel waren auch die Machtverhältnisse in der Bewegung Grund für den Überhang an Hauptstädtern in der Führung. Die lokalen Organisationen von RDK, RPK und der »Volkspartei der Krim« (*Narodnaja partija Kryma*) in den Klein- und Mittelstädten waren schwach, bestanden aus einer ein- oder zweistelligen Zahl von aktiven Mitgliedern und hatten wenig Einfluss auf die Politik der Gesamtorganisation. Der beinahe ausschließlich mit Hauptstädtern besetzte Koordinationssozjet von RPK bzw. RDK schloss mehrere Ortsvereinsvorsitzende unter dem Vorwurf der Zusammenarbeit mit politischen Konkurrenten aus.¹⁹⁶ Diesen Machtverhältnissen entsprechend waren die Vertreter der kleineren Städte und ländlichen Gegenden auch nur marginal in den Führungsgremien der Bewegungsorganisationen vertreten. Aus ländlichen Orten kamen nur drei Vertreter, aus den weiteren Städten der Krim fünf Vertreter.¹⁹⁷ Eine Ausnahme war die administrativ von der Krim unabhängige Hafenmetropole Sevastopol'. Auch die zweitgrößte Stadt der Krim stellte mit vier Beteiligten deutlich weniger Führungsmitglieder als Simferopol', aber die pro-russländische Polit-Szene in Sevastopol' war weitgehend eigenständig. Über den lokalen Rahmen hinaus besaßen aber die Sevastopoler mit der Ausnahme Aleksandr Kruglovs wenig Einfluss auf die Politik des RDK und anderer pro-russländischer Organisationen.¹⁹⁸

Ihre politische Sozialisation erfuhr die Mehrheit der Führungskader der pro-russländischen Krim-Bewegung in den Gruppierungen der informellen Bewegung der Perestrojka-Zeit. Die erinnerungspolitisch-antistalinistische Organisation *Memorial*, die Bewegung gegen den Bau des Atomkraftwerks in Lenino und andere Umweltorganisationen, die autonomistische *Demokratičeskaja Tavrida* und der »Klub der Wähler der Krim« (*Klub izbiratelej Kryma*) waren die Gruppen, in denen die Führenden der Krim-Bewegung

196 Bericht Koordinationssozjet RDK – Ausschluss Krivcov. RDK-Archiv bei ROK, Dok. 49-51; Liste Mitglieder RDK Kerč'. RDK-Archiv bei ROK, Dok. 60; Liste Mitglieder RDK Staryj Krym. RDK-Archiv bei ROK, Dok. 61; Protokoll Parteiversammlung RPK-RDK Feodosija (17.7.1994). RDK-Archiv bei ROK, Dok. 56; Liste der Mitglieder der RDK-Organisation Armjanska. RDK-Archiv bei ROK, Dok. 39.

197 Drei von diesen kamen aus Evpatorija, die anderen beiden aus Saki und Jalta. Von vier Personen konnte die Herkunft nicht rekonstruiert werden.

198 Zu den Kadern und den Eigenheiten der pro-russländischen Bewegung in Sevastopol': Kapitel IV.5.: Sonderfall Sevastopol'.

ihre ersten politischen Schritte taten. Ein Teil der Aktivisten kam aus einer lokalen Vereinigung von Afghanistan-Veteranen in Simferopol'.

Typisch für diese Organisationen ist ein flaches politisch-inhaltliches Profil, die meisten waren Ein-Punkt-Bewegungen. Themen waren Umwelt, Demokratie, Geschichtspolitik, Autonomie für die Krim, Ausbildung politischer Kader für den neuen Parlamentarismus bzw. die soziale Versorgung der Afghanistan-Veteranen. Nur einige der Gruppierungen waren der Kommunistischen Partei gegenüber »oppositionell« – andere hatten widersprüchliche Verbindungen zum bürokratischen Machtapparat KPdSU. »Dissidenten«, die vor der Perestrojka gegen die Herrschaft der KPdSU eingetreten waren, finden sich nur vereinzelt unter den Führungsmitgliedern der pro-russländischen Bewegung.¹⁹⁹

Einige der Aktivisten waren bereits Parlamentsabgeordnete, als sie sich der RDK anschlossen. Zwei Deputierte der Obersten Rada der Ukrainischen Sowjetrepublik, acht des Oblast-Sowjet der Krim und mehrere Abgeordnete aus Stadtparlamenten wurden Mitglieder in den Führungsgremien der pro-russländischen Bewegung. So beteiligten sich beispielsweise Jurij Meškov und Boris Kizilov als bereits profilierte Abgeordnete des Obersten Sowjets der Krim an der Gründung der RDK. Sie gehörten von Beginn an zum Führungszirkel. 1990 waren diese Parlamentarier bei den ersten demokratischen Wahlen gewählt worden. Einige Führungskräfte hatten ihre Mandate als Kandidaten der Informellen gewonnen, einige wenige als Kandidaten der KPdSU.²⁰⁰

In welchem Ausmaß speiste sich die Elite der pro-russländischen Bewegung aus den Strukturen der KPdSU und ihrer Massenorganisationen? Die Frage nach der einfachen Mitgliedschaft in der KPdSU kann nur für einen kleinen Teil der Akteure beantwortet werden. Nach 1991 verschwand die Rubrik »Mitglied der KPdSU« bzw. »parteilos« aus veröffentlichten Biographien, sodass die meisten schriftlichen Quellen aus späterer Zeit keine Auskunft über die Frage nach der Parteimitgliedschaft geben. Für einen kleinen Teil der führenden Aktivisten ist belegt, dass sie 1989/1990 *keine* Mitglieder der KPdSU waren. Für vier Personen der RPK-Führung kann die Parteimitgliedschaft eindeutig nachvollzogen werden (zusätzlich für zwei eine Komsomol-Zugehörigkeit)²⁰¹, was sicherlich nur einen kleinen Ausschnitt

199 Zwei der Führungsmitglieder führen den Beginn ihres politischen Handelns selbst auf eine »Dissidenz« in der Brežnev-Ära zurück. (Interview mit K. E., Simferopol', 11.7.2008; Interview mit V. N., Simferopol', 4.7.2008)

200 Soobščenie oblastnoj izbiratel'noj komissii, in: Krymskaja Pravda, 21.3.90, S. 1-2.

201 In einer Liste der Deputierten des Oblast-Sowjets der Krim, in dem acht spätere führende Aktivisten der pro-russländischen Bewegung vertreten waren, sind Partei- und Komsomolzugehörigkeit (und auch die Nicht-Zugehörigkeit) vermerkt.

darstellt. Man kann davon ausgehen, dass ein erheblicher Anteil der Führungsmitglieder der pro-russländischen Bewegung bis 1991 Mitglieder der KPdSU waren – einige auch später noch Mitglieder der KPK.²⁰² Die einfache Parteimitgliedschaft sagt aber weder etwas über politische Einstellungen noch über eine mögliche Vernetzung der Akteure aus. Die Gründe für eine Mitgliedschaft waren ebenso vielfältig, wie die Positionen innerhalb der Partei.

Höhere Vertreter des Parteiapparats waren in der Führung der pro-russländischen Bewegung nicht vertreten. Der Politikwissenschaftler Boris Zažigaev vertritt zwar die These, in einer zweiten Welle seien die Informellen in der pro-russländischen Bewegung von Vertretern der Parteienomenklatura in den Hintergrund gedrängt worden. Bei den Beispielen, die er aufzählt, handelt es sich aber nicht in allen Fällen direkt um Nomenklatura-Vertreter: Neben den Instruktoren einiger Parteikomitees von Stadtbezirken, also einer lokalen Ebene, führt er zentral den Chauffeur des Oblast-Komitees der Partei (Valerij Averkin) und den Sekretär des Parteikomitees eines Bezirkskrankenhauses und Deputierten des Obersten Sowjets (Rada) der Ukraine Sergej Cekov auf.²⁰³ Ohne Zweifel haben diese Akteure in ihren Partei-Tätigkeiten Beziehungen aufgebaut, die ihnen im Wandlungsprozess für weitere Karriereschritte und für die Aktivitäten bei der pro-russländischen Bewegung behilflich waren. Das gilt auch für mindestens einen Komsomol-Funktionär in der RDK-Führung.²⁰⁴ Ein Transfer kompletter Parteistrukturen in die pro-russländische Bewegung fand aber nicht statt. Die Bewegung war nicht von sowjetischen Nomenklatura-Strukturen dominiert.

(Soobščenie oblastnoj izbiratel'noj komissii, in: Krymskaja Pravda, 21.3.90, S. 1-2.)
Ein Führungsmitglied gab im Interview an, im Komsomol Mitglied gewesen zu sein. (Interview mit V.L., Simferopol', 18.7.2008)

202 In den Interviews bekannten sich mehrere Gesprächspartner, die nicht zu dem identifizierten engeren Führungszirkel gehörten, zu ihrer Parteimitgliedschaft in der KPdSU, in einem Fall auch in der KPK bis 1998. Ein Befragter gab an, dass zahlreiche Beteiligte der Bewegung 20. Januar KPdSU-Mitglieder gewesen seien. (Interview mit A.A., Simferopol', 2.7.2008; Interview mit A.T., Simferopol', 9.7.2008; Interview mit A.L., Sevastopol', 12.7.2008; Interview mit M.L., Simferopol', 14.7.2008; Interview mit V.D., Simferopol', 15.7.2008) Das Führungsmitglied Sergej Nikulin, der nach der Spaltung 1995 aus dem Koordinationssovet und der RPK ausgeschlossen wurde, wechselte danach zur Kommunistischen Partei der Krim. (Sostojalsja rasširennyj koordinacionnyj sovet, in: Svobodnyj Krym, 4.2.1995, S. 2; Kto predal »Rossiju«! In: Svobodnyj Krym, 27.5.1995, S. 1)

203 Zažigaev, Ėvoljucija političeskogo ustrojstva, S. 84.

204 Interview mit V.L., Simferopol', 18.7.2008.

Eine Betrachtung der generationellen Zugehörigkeit zeigt, dass die Mehrzahl der Krim-Aktivist*innen 1992, am Beginn des Mobilisierungshöhepunkts der pro-russländischen Bewegung auf der Krim, mittleren Alters waren. Der Großteil der Beteiligten war damals zwischen 37 und 52 Jahren alt. Diese Führungsmitglieder standen mitten im Leben, sie hatten ein Studium abgeschlossen, einige Jahre Berufserfahrung gesammelt und in einigen Fällen ein Deputierten-Mandat im jeweiligen Stadt- oder Oblast-Parlament erobert. Zwischen 1940 und 1955 geboren, hatten sie den Zweiten Weltkrieg nicht (bewusst) miterlebt. Die Anfänge ihrer Erwerbsbiographie hatten sie in der Regierungszeit von Leonid Brežnev absolviert. Mit der Perestrojka begann ein neues Kapitel in den noch nicht komplett festgeschriebenen Berufskarrieren. Diese relative Offenheit der Lebenssituation vor dem Hintergrund des sozialen Wandels bot Raum für Ambitionen auf weiterführende Karrieren in Politik oder Wirtschaft.

Die Jahrgänge 1956 bis 1965 stellten mit sechs Vertretern eine kleinere Minderheit. Um die dreißig Jahre alt war diese jüngste Generation der Kader der pro-russländischen Bewegung zum betreffenden Zeitpunkt. Darunter fanden sich unter anderem einige der Afghanistan-Veteranen und Führungsmitglieder aus deren Umfeld. Sie waren ganz jung in den Afghanistan-Krieg geschickt worden und begannen erst danach mit Ausbildung, Beruf oder politischem Engagement. Komplettiert wurde die junge Generation von einigen Geschichtslehrern, Universitätsmitarbeitern, Journalisten und dem stellvertretenden Direktor eines Kleinunternehmens, der mit seinen 28 Jahren bereits eine erstaunliche Karriere gemacht hatte.

Eine noch kleinere Minderheit von drei Personen stellten die älteren Semester. Während ein Ingenieur und ein Schriftsteller in den 1930er Jahren geboren wurden, hat nur ein einziges Führungsmitglied den Zweiten Weltkrieg als Akteur miterlebt. Aleksandr Kruglov war zum Zeitpunkt der Mobilisierungen ungefähr siebzig Jahre alt. Dass er trotz seines höheren Alters 1990 eine neue Karriere als Politiker gestartet hatte, zeigt eine gewisse Öffnung der politischen Szenerie durch den von der Perestrojka-Reformpolitik angestoßenen Wandlungsprozess.

Die Führung der pro-russländischen Bewegung der Krim war absolut Männer-dominiert. Nur vier Frauen finden sich unter den Mitgliedern der Führung der pro-russländischen Bewegung. Diese hatten innerhalb der Führung untergeordnete und/oder geschlechtsspezifische Rollen.²⁰⁵ Bei der Be-

205 So amtierte bspw. die Vorsitzende der »Union der Russländerinnen« (*Sojuz Rossijanok*) Valentina Strukova in zahlreichen Versammlungen als Protokollantin. Natalija Krasnovskaja, Ingenieurin beim Energieversorger *Krymenergo*, fungierte als Vorsitzende des »Verbands der Soldatenmütter«, der sich dafür einsetzte, dass junge

wegung auf der Krim fehlte ein sozialer Kontext, der Frauen in relevantem Ausmaß in Sprecherpositionen gebracht hätte, wie das für die Bewegung im Dnjestr-Tal einige der Industriebetriebe waren.²⁰⁶

Was brachte den Führungsmitgliedern ihr Engagement in der pro-russländischen Bewegung? Wie gingen die politischen Karrieren weiter? Einige der Beteiligten kamen durch ihr politisches Engagement durchaus in politische Ämter und Mandate, die in manchen Fällen bis zum Zeitpunkt der Erhebung (2008) das Zentrum ihrer Erwerbstätigkeit darstellen. Steile Karrieren in Spitzenämtern im Staatsapparat waren aber die Ausnahme. Eine Person konnte mit Hilfe der Bewegung Präsident der Autonomen Republik Krim werden – Jurij Meškov. Die anderen Führungsmitglieder im Wahlbündnis *Blok Rossija* erwarteten von Meškov eine reiche Belohnung an Ämtern in Regierung und Präsidialverwaltung. Diese blieb aber weitgehend aus. Meškov holte für die Regierung eine Riege von Wirtschaftsexperten aus Moskau um den neoklassisch-liberal orientierten Ökonomen Evgenij Saburov. Zu seinen alten Kampfgenossen im Parlament dagegen ging er auf Konfrontationskurs. Die Funktionäre der Republikanischen Partei gingen bei der Vergabe der Regierungsposten praktisch leer aus. Nur vier Mitglieder des weiteren Führungskreises der pro-russländischen Bewegung bekamen Stellen im Präsidialamt als Pressesekretär und Assistent.²⁰⁷

- Rekruten von der Krim nicht in andere Teile der Ukraine kamen, sondern den Militärdienst auf der Halbinsel verrichten konnten. Sie schaffte es immerhin, Vorsitzende des Stadtverbands Simferopol' in der RPK zu werden, jedoch zu einem Zeitpunkt, als sich die Partei längst auf dem absteigenden Ast befand. (Krasnovskaja, N.: K samoopredeleniju čerez ...silu? In: Svobodnyj Krym, 06.05.1995, S. 2)
- 206 Dort waren beteiligte textilproduzierende Unternehmen und einige öffentliche Dienstleistungsbetriebe von Frauen dominierte Räume, in denen Frauen auch die Betriebsleitung und den Sowjetvorsitz im Arbeitskollektiv innehatten.
- 207 Igor' Azarov, Mitglied des Vorstands der *Narodnaja partija* und des Koordinationssojwets des *Blok Rossija*, wurde ebenso Pressesprecher (Verfügung des Präsidenten der Republik Krim über die Zuteilung der Kompetenzen der Mitarbeiter der Präsidialadministration (2.3.1994). GA ARK, f. R-4915, op. 1, d. 2., l. 18-20) wie Vjačeslav Lebedev (vormals Mitglied des Koordinationsojwets der RDK und Vorsitzender der ethnopolitischen Vereinigung der Karaimen). Sergej Nikulin (wenige Monate später in Schimpf und Schande davongejagt) wurde zum Assistenten (*pomošnik*) des Präsidenten ernannt. (Verfügung des Präsidenten der Republik Krim über den Stellvertreter des Präsidenten (22.3.1994). GA ARK, f. R-4915, op. 1, d. 2., l. 76) 1995, als er längst auf dem absteigenden Ast war, machte Meškov Aleksandr Spachov, der sich schon vor der Wahl 1994 von der RPK etwas distanziert hatte und als unabhängiger Kandidat angetreten war (Flag Rodiny, 23.3.1994, S. 3), ebenfalls zum Pressesekretär.

Die Führungsspitze der RPK sicherte sich dagegen Posten im Parlament: Sergej Cekov, der als Neueinsteiger schnell zum Parteivorsitzenden der RPK aufgestiegen war, wurde Vorsitzender des Krim-Sowjets. Auch die Funktion eines Stellvertretenden Parlamentsvorsitzenden bekleideten mit Viktor Mežak und Aleksej Mel'nikov zwei Führungsmitglieder der Organisationen, die Meškov zur Macht verholfen hatten. Insgesamt bestand das neue Parlamentspräsidium vom Mai 1994 zu großer Mehrheit aus Abgeordneten des *Blok Rossija*.²⁰⁸ Ämter im Regierungsapparat aber erlangten (einige wenige) Mitglieder der alten RDK-Führungsriege erst nach dem Machtkampf zwischen Präsident und Parlament im Spätsommer 1994. Nach der weitgehenden Entmachtung des Präsidenten und der Ablösung der Regierung Saburov bekam unter dem neuen Premier Anatolij Frančuk eine Handvoll von Deputierten der pro-russländischen Bewegung Positionen im erweiterten Regierungsapparat.²⁰⁹ Mit dem Wahlsieg der Kommunistischen Partei der Krim 1998 und deren Machtübernahme gingen diese Regierungsämter wieder verloren.

Für eine große Mehrheit der pro-russländischen Aktivisten war das Abgeordneten-Mandat in der Legislaturperiode 1994-1998 der Höhepunkt der politischen Karriere.²¹⁰ Durch den Wahlsieg 1994 gelangte eine knappe Hälfte der Führungsriege der pro-russländischen Bewegung in den Obersten Sowjet der Krim. Ein gutes weiteres Dutzend kandidierte für das Parlament, aber schaffte den Einzug nicht.²¹¹ Im Zuge des Konflikts zwischen Präsident und Parlament zerfielen die politischen Organisationen der pro-russländischen Bewegung weitgehend und die meisten Führungsmitglieder verloren die Basis ihrer politischen Karriere. Weitgehend büßten sie die Ab-

208 Protokoll der Sitzung des Präsidiums des Obersten Sowjets der Krim am 5.9.1994. GA ARK, f. R- 4993, op. 1, d. 245, l. 1-5; Suprunjuk, *Chronika drejfujuščego poluostrova*, 190-192.

209 Mel'nikov, A.: *Idei partii aktual'ny i segodnja*, in: *Svobodnyj Krym*, 23.9.1995, S. 1.

210 Die Abgeordneten-Mandate waren lukrativ. Zum Gewinn an Status, Einfluss, Reputation und Immunität vor Strafverfolgung kam mit der Parlamentsreform nach Erlangung der Autonomie auch eine Vergütung hinzu. Das vorher periodisch arbeitende Parlament mit ehrenamtlichen Deputierten wurde durch die neue Gesetzgebung teilweise professionalisiert. (Bagrov, *Vremja nadežd i trevog*, S. 136-138)

211 Fünf Vertreter der Bewegungselite verloren als Kandidaten des *Blok Rossija* in ihrem Wahlkreis die Wahl. Sieben Personen, die bei den zahlreichen Spaltungen der Bewegungsorganisationen aus RPK und *Narodnaja partija Kryma* ausgeschieden waren, scheiterten als unabhängige Kandidaten bzw. Kandidaten der *Russkoe obščestvo Kryma* von Anatolij Los'. Einige weitere (zum Teil frühere) Führungsmitglieder traten gar nicht an.

geordneten-Mandate bei der Wahl 1998 wieder ein, eine große Mehrheit eroberte die Kommunistische Partei der Krim.²¹²

Als wichtigste Organisation blieb nach Machtkampf und Zerfall im *Blok Rossija* die »Russische Gemeinde der Krim« (*Russkaja obščina Kryma*) übrig. Einige Mitglieder dieser Organisation hatten in den folgenden Legislaturperioden weiterhin Mandate im Parlament der Krim inne. Auch die Spitzen des Verbands der Afghanistan-Veteranen um Vladimir Klyčnikov sind weiterhin im Parlament vertreten – zunächst als Vertreter der *Partija Sojuz*, später der Partei der Regionen Janukovičs und heute für die Partei Putins *Edinaja Rossija*.²¹³ Die große Mehrheit der damaligen Führungsmitglieder hat aber deutlich vor 2014 ihre politische Karriere ohne weiteren Aufstieg beendet und ist in anderen Erwerbszweigen tätig, in Rente oder verstorben. Das Karrierepotential, das ein Engagement in der pro-russländischen Bewegung mit sich brachte, war also eingeschränkt. Eine dauerhafte Einkommensquelle im gehobenen politischen Sektor ergab sich nur für eine kleine Minderheit. Staatsämter hatte die Bewegung, in Person des gewählten Präsidenten Meškov, nur für eine sehr kurze Zeit zu vergeben und von diesen blieb letztlich sogar der engere Führungszirkel ausgeschlossen. Viele Beteiligte haben aber in anderen Bereichen von ihrem Engagement profitiert. Neben direkten politischen Ämtern haben einige über die Bewegung Stellen in soziokulturellen öffentlich-rechtlichen Apparaten erlangt, anderen nutzten die ausgebildeten Netzwerke in privaten profitorientierten Unternehmungen.

Für einige Beteiligte hat sich das politische Engagement 20 Jahre später ausgezahlt. Der Übergang der Krim in die Strukturen der Russländischen Föderation schuf neue Ämter, die bevorzugt mit russlandorientierten Politikern zu besetzen waren. So vertritt der langjährige Vorsitzende der »Russischen Gemeinde der Krim« Sergej Cekov die Krim seit 2014 im Föderationsrat der RF.²¹⁴

212 Sasse, *Crimea Question*, S.196-198. Nur einzelne vormalige Aktivisten aus der zweiten Reihe konnten bei dieser Wahl Sitze erringen, als Kandidaten der Kommunistischen Partei bzw. der Russischen Gemeinde. (*Kto est' kto v Krymu*, S. 43; Interview mit M. I., Simferopol', 14.7.2008)

213 Zusammensetzung des Parlaments auf der offiziellen Seite des Krim-Parlaments, unter: <http://www.rada.crimea.ua/structure/deputies/> [zuletzt geprüft am 25.2.2015].

214 Kravcova, Anastasija: *Krim vošël v Sovet Federacii*, in: *Kommersant*, Online-Ausgabe, 1.4.2014, unter: <http://www.kommersant.ru/doc/2443149> [zuletzt geprüft: 25.2.2015].

Wege in die Bewegung: Die sozialen Gruppen im Einzelnen

Im Folgenden werden die einzelnen sozialen Gruppen bzw. Positionen betrachtet, aus denen heraus die Beteiligten ihr politisches Handeln in der pro-russländischen Bewegung aufnahmen. Sechs Gruppen sind dafür identifiziert worden: Akademiker, Afghanistan-Veteranen, Betriebsleiter/Kleinunternehmer, Ingenieure, Militärs und Politiker/Funktionäre. Für die einzelnen Gruppen/Positionen wird der jeweilige soziale Kontext beschrieben und mit beispielhaften Biographien der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und politischem Handeln beleuchtet.

Die einzelnen Biographien lassen sich dabei nicht in jedem Fall trennscharf der einen oder anderen Kategorie zuordnen – in verschiedenen Lebensphasen machten die Personen das eine oder das andere oder mehrere Dinge gleichzeitig. Trotz dieser Schwierigkeiten hilft die Unterteilung der Akteure dabei, sich den Rekrutierungskanälen und der Funktionsweise der Bewegung anzunähern. Darüber, worin der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und politischem Handeln für einzelne Beteiligte besteht, sagen schriftliche Quellen meist wenig aus. Deshalb gehen in diesen Teil des Kapitels die Ergebnisse der biographischen Interviews, die auf den Beginn der Aktivität der Befragten in der separatistischen Bewegung fokussierten, ein. Die Befragten dieser Interviews entsprechen nicht exakt dem Personenkreis, der die Führungsgremien besetzte – aber zahlreiche Überschneidungen haben Erkenntnisse über die Rekrutierungswege der Führungsglieder ergeben. Zudem erlauben die Interviews auch einen Blick über die Führungsgremien hinaus, auf Formen von Gefolgschaft in den mittleren Hierarchieebenen von Aktiven.

Die Akademiker

Dominiert wurde die Bewegung von Aktivisten mit Hochschulabschluss, die sich während der Perestrojka politisierten. Sie nahmen die Spitzenpositionen ein, schrieben die programmatischen Papiere der Bewegung, prägten die Auftritte der Organisationen in der Öffentlichkeit und traten bei Demonstrationen auf. Die »Akademiker« kamen vorrangig über zwei zentrale Kanäle in die pro-russländische Bewegung: über das politische Milieu der Perestrojka-Zeit außerhalb der Massenorganisationen der KPdSU, also der informellen Bewegung, und über die Universitäten. In die politischen Aktivitäten in der informellen Bewegung vor der Gründung der RDK im Herbst 1991 war ein relativ kleiner Personenkreis verwickelt, in dem Formen der politischen Zusammenarbeit und Kontakte entstanden. Die Netzwerke, die diesem Milieu entsprangen, wurden dann zur Grundlage der RDK-Gründung.

Die betreffenden Gruppen hatten Ende der 1980er Jahre noch keine spezifisch pro-russländische Programmatik, sondern beschäftigten sich mit den Themen Umwelt, Demokratie, regionale Autonomie und Aufarbeitung der stalinistischen Repressionen. Eine erste Welle der Politisierung für einige der späteren Krim-Aktivisten waren die Proteste gegen den Bau eines Atomkraftwerks bei Lenino im Nordwesten der Halbinsel. Umweltthemen gehörten zu den ersten außerhalb des Staatsapparates verhandelbaren Bereichen in der Sowjetunion und nach dem GAU von Tschernobyl waren viele Intellektuelle der Kernenergie gegenüber kritisch eingestellt. Mehrere eher wissenschaftliche Konferenzen fanden große mediale Aufmerksamkeit. Auf einer der Veranstaltungen wurde die Umweltorganisation *Ėkologija i Mir* (Umwelt und Frieden/Welt) gegründet. Von dieser gingen einige führende Aktivisten 1992 in die RDK und einige später auch in die *Russkaja obščina Kryma*.²¹⁵

Eine weitere Gruppe mit zweistelliger Mitgliederzahl, die Ende der 1980er Jahre aktiv wurde, nannte sich *Demokratičeskaja Tavrida*²¹⁶. Einige der Führungskräfte der RDK waren in der Organisation aktiv, bevor sie sich der RDK anschlossen. Nach der Gründung der Republikanischen Bewegung existierte sie nur noch auf dem Papier, weil mit wenigen Ausnahmen die meisten Mitglieder in die RDK übergegangen waren. Neben demokratischen und krimautonomistischen waren auch monarchistische Ideen in der *DemTavrida* vertreten.²¹⁷

Auf eine Stärkung der Krim-Autonomie zielte auch die etwas später, nach dem Putsch 1991, gegründete *Bewegung des 20. Januar*. Der Name bezieht sich auf das Datum des Autonomie-Referendums 1991. Alle Befragten, die sich als ehemalige Mitglieder dieser Gruppe betrachteten, beschrieben die Bewegung als lokalen »Intellektuellen-Klub«²¹⁸ und sind im Rahmen ihrer Tätigkeit an der Universität von Simferopol' dorthin gelangt. Auch von dieser Gruppierung, deren Führungsfiguren sich an der Initiativgruppe für ein Referendum im Dezember 1991 beteiligt hatten, gingen mehrere Kader in die RDK.²¹⁹

215 Interview mit V.V., Simferopol', 21.7.2008.

216 »Tavrida« bezieht sich auf die Benennung des Gouvernements *Tavrija* im Zarenreich und gilt als altertümlich-griechische Bezeichnung der Krim. Die Benennung durch die Administration unter Katharina der Großen folgte dem geschichtspolitischen Programm einer hellenisierenden Kodierung der neu eroberten Territorien im Süden und Westen des Zarenreiches.

217 Interview mit K.E., Simferopol', 11.7.2008.

218 »Intelligentskij klub«, Interview mit A.N., Simferopol', 8.7.2008.

219 Interview mit V.D., Simferopol', 15.7.2008; Protokoll der Versammlung zur Gründung einer Initiativgruppe für ein Referendum (22.12.1991). RDK-Archiv bei ROK, Dok. XI. Unumstrittene Referenzperson in allen Gesprächsteilen zur »Bewegung

Eine weitere wichtige »Einstiegs«-Gruppe war die Simferopoler Ortsgruppe der gesamtowjetischen, anti-stalinistischen, erinnerungspolitischen Organisation *Memorial*. Mit Boris Kizilov, Vadim Mordašov und dem späteren Krim-Präsidenten Jurij Meškov waren drei spätere Führungsmitglieder der RDK bei dieser aktiv. Einer der befragten Autonomisten, der bei der Bewegung in einer Führungsposition war, bezeichnet *Memorial* als »aufklärerische« Organisation. Diese sei zur ersten freien Sowjetwahl schon für eine Unabhängigkeit der Republik Krim eingetreten und habe keine »rein russischen Ziele« vertreten.²²⁰

Aus allen diesen zahlenmäßig schwachen Organisationen ging ein erheblicher Teil der Aktiven Ende 1991/Anfang 1992 in die »Republikanische Bewegung der Krim«.

Die RDK vereinigte damals die bürgerlichen [*graždanskich* – gemeint sind die Aktiven der informellen Gruppierungen der Perestrojka, die »Zivilgesellschaft«] Leute. Deshalb kam mir dort zu sein selbstverständlich vor.²²¹

So beschreibt ein vormaliger Aktivist der *Ėkologija i Mir* seine Sicht auf den Wechsel in die RDK.

Neben ihrer Aktivität in den neuen politischen Gruppen, hatten die Akademiker in der Führung der pro-russländischen Bewegung – per definitionem – die Hochschulbildung gemeinsam. Anfänge der Netzwerke und Zusammenhänge bildeten sich in manchen Fällen bereits während des Studiums aus. In die politischen Gruppierungen wurden einige der Akademiker direkt am Arbeitsplatz von Kollegen »eingeladen«. Geisteswissenschaftler, Schriftsteller und Journalisten stießen als Personen des öffentlichen Lebens zur pro-russländischen Bewegung bzw. deren informellen Vorgängerorganisationen.²²²

In den Interviews zeichnen einige Gesprächspartner das Bild eines Geflechts von Bekanntschaften. Simferopol' wird hier meist als kleine Stadt, in der sich alle kennen, beschrieben und so das Bild einer Art politischen »Szene« entworfen. Das Zustandekommen einzelner, konkreter Bekannt-

20. Januar« war Valerij Zagatovskij, ein Universitätsprofessor in Simferopol', von dem als Initiator und Leitendem der Gruppierung gesprochen wird, der sich aber nicht selbst der RDK anschloss.

220 Interview mit V.A., Simferopol', 22.7.2008.

221 »RDK [...] ob''edinilo graždanskich [...] ljudej. Po-étomu byt' tam okazalos' mne estestvenno.« Interview mit V.V., Simferopol', 21.7.2008.

222 Auffällig ist, dass sich einige Mediziner an der pro-russländischen Bewegung beteiligten, insbesondere Mitarbeiter des medizinischen Instituts der Universität in Simferopol'. (Krym ob''edinjaet, a ne raz''edinjaet. Interview mit V.V. Charabuga; V.N. Zagatovskij; A.V. Kubyškin, in: Krymskaja Pravda, 22.10.1991, S. 2)

schaften beschreiben diese Befragten entweder als nicht mehr im Einzelnen nachvollziehbar oder als ein Ereignis, das in der Zeit vor der politischen Aktivität stattgefunden hat (beispielsweise als Bekanntschaft aus der Universität oder der Schule). Ein Aktivist beschreibt beispielsweise, wie er zu der Initiativgruppe für ein Unabhängigkeitsreferendum auf der Krim kam:

Damals gab es die Republikanische Bewegung der Krim, wir kannten die Leute, und wir kontaktierten diese Leute, brachten Ideen ein, einer von ihnen war Meškov, Jurij, der später erster Präsident der Krim wurde, ich kenne ihn einfach persönlich.

Frage: Und woher kannten Sie diese Leute?

So aus der Stadt. Simferopol' ist keine große Stadt, kein großer Ort, wir kennen uns alle gegenseitig. Das ist unsere Gemeinsamkeit. Wir kontaktierten uns. Darunter waren Wissenschaftler, ehemalige Afghanistan-Soldaten, Juristen, also, auf dem einen oder anderen Weg kontaktierten sich die Leute. Das läuft auf der Ebene von kleinen Gruppen ab.²²³

Hochschulen, intellektuelle Zirkel und politisches Milieu waren also der Rekrutierungskanal zahlreicher führender Aktivisten der pro-russländischen Bewegung auf der Krim. In der Bewegung übernahmen diese Figuren auch zentrale Positionen. Der Simferopoler Schriftsteller Vladimir Terechov war stellvertretender Vorsitzender von RPK/RDK und Vorsitzender der *Russkaja občina Kryma*. Als Vorstandsmitglied des Schriftstellerverbands beteiligte er sich an der Initiative für das Unabhängigkeitsreferendum. Sein Engagement in der Umweltbewegungsorganisation *Ekologija i Mir* und sein Mandat als Abgeordneter des Parlaments der Ukraine waren Grundlage seines Einstiegs in die Organisationen der pro-russländischen Bewegung.²²⁴ Einen klassischen Weg in die Bewegung nahm Boris Kizilov, der in den 1980er/90er Jahren eine wechselvolle Berufslaufbahn zwischen Baugewerbe und akademischen Tätigkeiten hatte. Er war aktives Mitglied der demokratisch-autonomistischen *Demokratičeskaja Tavrida* und der geschichtspolitisch-antistalinistischen Vereinigung *Memorial*, bevor er 1991/92 in die RDK eintrat. Zudem saß er seit 1990 als Vertreter der demokratisch-autonomisti-

223 »Togda bylo Respublikanskoe dviženie Kryma, my prosto znakomy byli s ljud' mi, i mys ėtimi ljud'mi kontaktirovali, [...] i vydvigali idej tam, odin iz nich ėto byl Meškov Jurij, potom pervym prezidentom Kryma byl, ja ego znal lično prosto. [...] Nu, po gorodu. Simferopol' ne bol'šoj gorod, ne bol'šoe mesto, my vse drug druga znaem. Ėto naša občnost'. My že kontaktirovali drug s drugom. Tam byli učenyje, byvsie voiny afgancy byli, i juristy byli, to est' ljudi, kotoryje tak ili inače kontaktirovali drug s drugom. Vot, na urovne maloj grupy ėto proischodit.« Interview mit V.D., Simferopol', 15.7.2008.

224 Kto est' kto v Krymu, S. 43.

schen Gruppierungen im Krim-Parlament und die in diesen Engagements aufgebauten Netzwerke waren die Grundlage für Kizilovs führende Position in der RDK. Dort galt er als intellektueller Vordenker der Bewegung und war Mitglied des Koordinationsssowjets.²²⁵

Die bekannteste Figur unter den Akademikern der pro-russländischen Bewegung der Krim aber war Jurij Meškov als erster und einziger Präsident der Republik Krim. Er war Vorsitzender der RDK und dann der Nachfolgepartei RPK. Bereits an der Gründung der RDK war er federführend beteiligt. Bis dahin hatte sich der Jurist als Vorstandsmitglied von *Memorial* und als Vorsitzender des »Wählerklubs der Krim« einen Namen gemacht. 1990 war er als Kandidat der Informellen in das Parlament der Krim eingezogen. Dort profilierte er sich, gemeinsam mit Boris Kizilov, als Verfechter einer Krim-Autonomie und zunehmend auch einer pro-russländischen Agenda.

Über Meškovs Biographie und politische Karriere vor der Gründung der RDK bestehen in der bisherigen Forschung unterschiedliche Auffassungen. Einige Studien schreiben Meškov eine Tätigkeit als KGB-Offizier²²⁶ oder hochrangiger Funktionär der KP²²⁷ zu, ohne allerdings näher darauf einzugehen. In den für diese Arbeit genutzten Quellen haben sich keine Hinweise gefunden, dass eine solche Position Meškovs Grundlage seines politischen Handelns war. Meškov war zwar Parteimitglied, er gehörte aber nicht dem lokalen oder regionalen Parteiapparat in Simferopol' oder auf der Krim an.²²⁸ Eine Tätigkeit für den KGB lässt sich nicht ausschließen, in den neuen politischen Organisationen der Informellen, die der Geheimdienst als Konkurrenz zum bestehenden Staatsapparat, wenn nicht als Feinde der staatlichen Ordnung sah, wurden sicherlich Beobachter platziert. Zumindest leistete Meškov seinen Militärdienst beim Grenzheer, das dem KGB angegliedert war.²²⁹ Indizien dafür, dass dieser dreijährige Dienst die Grundlage dauerhafter Netzwerke war, die Meškovs politische Karriere beflügelten, sind aber nicht bekannt.

225 Soobščenie oblastnoj izbiratel'noj komissii, in: Krymskaja Pravda, 21.3.90, S. 1-2, S. 1; Spisok deputatov Verchovnogo Soveta Kryma izbrannyh 27 marta i 10 aprlja 1994 goda, in: Krymskaja Pravda, 19.04.1994, S. 2; Gespräch mit Boris Kizilov, Simferopol', 21.7.2008.

226 Tkachuk, Victor: *The Crimea. Chronicle of separatism 1992-1995*, Kiew 1996.

227 Kuzio, *Triangle of Conflict*, S. 23.

228 Im Verzeichnis der Deputierten des Krim-Sowjets von 1990 ist Meškovs Parteimitgliedschaft erwähnt, aber kein weiteres Amt in Parteiorganen. (Soobščenie oblastnoj izbiratel'noj komissii, in: Krymskaja Pravda, 21.3.1990, S. 1-2, S. 2)

229 Ju. A. Meškov: »Naša cel- sojuz s Rossiej'. Interview mit dem Präsidentschaftskandidaten, in: Krymskaja Pravda, 25.12.1993, S. 2.

Nach dem Militärdienst studierte Meškov an der Lomonossov-Universität in Moskau Rechtswissenschaft mit einer Spezialisierung auf Bürgerrecht. Danach arbeitete er zunächst als Strafverfolger der Staatsanwaltschaft der Krim, bevor er Anfang der 1990er Jahre Rechtsanwalt wurde und Unternehmen vertrat. Der politischen Arbeit wandte sich Meškov in der Zeit der Öffnung durch die Perestrojka zu und er trat in die oben genannten Organisationen der informellen Bewegung ein. Meškov war zwar nicht auf der Krim geboren worden, sondern 1947 in einem Dorf im Rayon Dnepropetrovsk, aber bereits die Mittelschule absolvierte er in Simferopol', wo er auch als Industrieschlosser in der Fabrik für Elektroeinstrumente und -geräte *Fiolent* zu arbeiten begann. Auch seine Biographie war also auf die Krim beschränkt.²³⁰

Als Vorsitzender der RPK setzte sich Meškov in einem harten Konkurrenzkampf durch, um Kandidat des *Blok Rossija* für das neu geschaffene Amt des Präsidenten der Autonomen Republik Krim zu werden. Schon in seiner eigenen Partei waren mehrere Alternativen im Gespräch und die Kandidatur des Vorsitzenden umstritten.²³¹ Nach der innerparteilichen Klärung verhandelten die pro-russländischen Organisationen länger über eine Zusammenarbeit bei den Wahlen und einigten sich schließlich auf eine gemeinsame Unterstützung Meškovs.²³² Trotz dieser Einigung im pro-russländischen Lager galt Meškov als Außenseiter, gewann aber in der Stichwahl mit einem Erdrutschsieg die Wahl, und wurde damit das erste und einzige Staatsoberhaupt der Republik Krim. Bald nach dem Erfolg geriet Meškov mit seinen politischen Weggefährten in Konflikt. Nach seiner Entmachtung als Präsident zog er nach Moskau.

Die Afghanistan-Veteranen

Zahlreiche der Mitglieder von Führungsgremien der Organisationen der pro-russländischen Bewegung kamen aus einem Verband von Afghanistan-Veteranen. Dieser war 1991 bei der Gründung der RDK als kollektives Mit-

230 Lebensdaten und Berufsbiographie Meškovs aus: Soobščenie oblastnoj izbiratel'noj komissii, in: Krymskaja Pravda, 21.3.1990, S. 1-2, S. 2; Ju. A. Meškov: »Naša cel'-sozjuz s Rossiej'. Interview mit Präsidentschaftskandidat Meškov, in: Krymskaja Pravda, 25.12.1993, S. 2.

231 Interview mit V.N., Simferopol', 4.7.2008; Interview mit B.L., Simferopol', 21.7.2008. Siehe auch die Diskussion über die Aufstellung des Betriebsdirektors Vladimir Mel'nik: Kapitel IV.4.: Geographie der Bewegung, Industriebetriebe; Anm. 124.

232 Z. B. V. P. Mežak: »Ja ostajus' so svoimi izbirateljami.« Interview mit Viktor Mežak, in: Krymskaja Pravda, 31.12.1993, S. 1.

glied beigetreten, seine Führungspersonen waren am Aufbau der Organisation federführend beteiligt. Die in und um die Führung des Verbands herum gebildeten Netzwerke erwiesen sich über die zahlreichen Spaltungen von RDK und *Blok Rossija* hinweg als stabil – die Führungsfiguren aus dem Verband der Afghanistan-Veteranen blieben jeweils in einer Fraktion. Sie traten 1992 aus der RDK aus und beteiligten sich an der Gründung der russischsprachigen Bewegung der Krim (RjaDK), dann der *Narodnaja partija* und später der *Partija Sojuz*.

Die Afghanistan-Veteranen in der pro-russländischen Bewegung werden hier gesondert aufgeführt, obwohl sie nicht aus einer »sozialen Gruppe« kamen. In dem Verband waren Menschen aus unterschiedlichen Klassen, Schichten oder Berufsgruppen aktiv, und schon die Führung bestand nicht aus einem sozial einheitlichen Block. Je nach Alter und Einsatzjahr hatte so mancher Rückkehrer bereits Ausbildung oder gar eine Erwerbsbiographie mit Vorerfahrung, während zahlreiche junge Leute direkt von der Schule in den Krieg rekrutiert wurden und somit nach dem Einsatz vor einem kompletten Neuanfang standen. Neue Kleinunternehmer, Geschichtslehrer, Berufssoldaten oder Arbeiter – außer Teil der sowjetischen Nomenklatura konnten Afghanistan-Veteranen alles sein. Die Gemeinsamkeit dieser Aktivisten bestand darin, dass sie mit dem Verband der Afghanistan-Veteranen in die pro-russländische Bewegung gelangt waren. Die Besonderheit ihrer Organisation und deren quasi kollektiven Eingang in die RDK machen eine gesonderte Darstellung sinnvoll.

Die Führungspersönlichkeiten der »Simferopoler Gesellschaft der Afghanistan-Veteranen Bagram« (*Simferopol'skoe obščestvo veteranov Afganistana – SOVA Bagram*)²³³ waren Teil des Milieus der Perestrojka-Aktivisten. Das Ladenlokal des Verbands, in dem beispielsweise auch der spätere Präsident Jurij Meškov verkehrte, war Ende der 1980er Jahre ein wichtiger Treffpunkt von Engagierten der informellen Bewegung. Gemeinsam nahmen die Afghanistan-Veteranen und andere Aktivisten an Mobilisierungsereignissen teil.²³⁴

Ein Verband von Afghanistan-Veteranen, der sich alt Teil der informellen Bewegung verstand und als soziale Organisation fungierte, war kein Einzelfall in der Phase der politischen Mobilisierungen der Perestrojka. Im Laufe der 1980er Jahre hatten sich an vielen Orten Zusammenschlüsse von Kriegsrückkehrern gebildet, die sich von der staatlichen Politik schlecht behandelt

233 Bagram war ein Luftwaffenstützpunkt der sowjetischen Armee in Afghanistan. Heute dient der Militärflugplatz auch den US-Truppen als zentraler Stützpunkt.

234 Beispielsweise beteiligten sich Aktivisten des Veteranen-Verbands an einem Hungerstreik in Zelten vor dem Obersten Sowjet der Krim für ein Gesetz über Volksabstimmungen. (Protivostojanie, in: Krymskaja Pravda, 30.10.1991, S. 1)

fühlten. Auf die Tabuisierung des sozialen (und körperlichen) Elends vieler Veteranen, auf fehlende Sozialleistungen für Hinterbliebene und unzureichende Gesundheitsversorgung reagierten einige Betroffene mit der Gründung eigener Verbände außerhalb der staatsnahen Massenorganisationen. Diese Verbände protestierten gegen die fehlende Anerkennung durch Staat und KPdSU, auf lokaler Ebene organisierten sie Protestaktionen gemeinsam mit anderen Gruppierungen der informellen Bewegung. So waren sie Teil einer sozialen Bewegung mit politisch-sozialen Forderungen. Außerdem nahmen die Verbände der Afghanistan-Veteranen aber auch soziale Aufgaben für ihre Zielgruppe wahr, sorgten für die Gesundheitsversorgung Verwundeter und den Lebensunterhalt hilfebedürftiger Hinterbliebener von Getöteten. In engem Zusammenhang mit diesen Versorgungsleistungen entstanden drittens kommerzielle Strukturen, Kleinunternehmen im Bereich Handel und Dienstleistungen.²³⁵

Der Staat reagierte auf die Proteste und versuchte Strukturen der Afghanistan-Veteranen zu inkorporieren. Einer von mehreren überregionalen Zusammenschlüssen, der Sowjet der Afghanistan-Veteranen (*Sovet veteranov Afganistana*) wurde mit öffentlichen Geldern gefördert und bekam wirtschaftsrechtliche Privilegien, wie Vorkaufsrechte für Maschinen und Rohstoffe und Freiheit im Devisenhandel, die den angegliederten kommerziellen Strukturen einen lukrativen Vorsprung vor der Konkurrenz verschafften.²³⁶

Auch bei dem Veteranen-Verband in Simferopol', der die RDK mitbegründete²³⁷, fand eine Vermengung karitativer, politischer und ökonomischer Tätigkeiten in hohem Maße statt. Der Vorsitzende listete die Tätigkeitsfelder und Ziele des Verbands in der Regionalzeitung *Krymskaja Pravda* auf: Eindeutiges Primat habe die Wirtschaftstätigkeit, die erst erlaube, die zentralen (sozialen) Probleme anzugehen. Danach führte er die Punkte

235 Zahlreiche Afghanistan-Veteranen blieben als Gewaltexperten in »ihrer« Branche und kämpften als Söldner in postsowjetischen Territorialkonflikten auf jeweils beiden Seiten, fungierten als privater Sicherheitsdienst von Unternehmen oder auch als Schlägertrupp rechter Vereinigungen. (Sapper, Manfred: Die Auswirkungen des Afghanistan-Krieges auf die Sowjetgesellschaft. Eine Studie zum Legitimitätsverlust des Militärischen in der Perestrojka, Hamburg 1994, S. 164-166; 175-181) Solche gewaltaffinen Zusammenschlüsse von Afghanistan-Veteranen waren aber tendenziell nicht dieselben, wie die, die als Teil der informellen Bewegung agierten, wobei Grauzonen und Überschneidungen keineswegs auszuschließen sind.

236 Ebd., S. 182-191.

237 Der SOVA Bagram war nicht die einzige Organisation von Afghanistan-Veteranen und hatte Konkurrenz: In Simferopol' gründete sich beispielsweise ebenfalls in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre ein weiterer Verband im Umfeld des Komsomol. (Interview mit J. M., Simferopol', 22.7.2008)

Hausbau, Gesundheitsversorgung und Arbeitsplatzsuche für die Rückkehrer sowie Ehrung der Gefallenen an.²³⁸ Eng arbeitete der Verband mit einigen Kleinunternehmern zusammen und er war Teilhaber an der Import-Export-Vereinigung *Impéks-55 Krym*, die wiederum der Hauptfinancier der Republikanischen Bewegung der Krim war.²³⁹ Die Vereinigung der Afghanistan-Veteranen brachte also nicht nur eine Masse von Mitgliedern, sondern auch finanzielle Ressourcen in die pro-russländische Bewegung mit. Dementsprechend wurden die Führungspersonen des Verbands auch zu zentralen Akteuren der RDK.

Eine der Führungspersonen des SOVA Bagram und Mitbegründer der RDK war Vladimir Klyčnikov. 1961 in einer Arbeiterfamilie in Simferopol' geboren, besuchte er nach der Mittelschule eine technische Oberschule und arbeitete vor dem Dienst in der sowjetischen Armee als Elektromonteur in Simferopol'. Nach der Rückkehr aus Afghanistan studierte er bis 1991 Geschichte an der staatlichen Universität in Simferopol'. Klyčnikov ist also ausgebildeter Geschichtslehrer, hat den Beruf aber nie praktiziert. Während des Studiums war er sowohl im Komsomol tätig und gründete und leitete den SOVA Bagram. 1991 schloss sich dieser mit anderen lokalen Verbänden zur »Republikanischen Union der Afghanistan-Veteranen der Krim« (*Krymskij respublikanskij sojuz veteranov Afganistana*) zusammen und Klyčnikov wurde Vorsitzender des krimweiten Verbands.²⁴⁰

Im Herbst 1991 begründete dieser Verband die RDK mit und Klyčnikov wurde in der neuen Organisation Vorsitzender des Exekutivkomitees. Bei der Spaltung von 1992 gründete Klyčnikov mit weiteren Führungsfiguren der Afghanistan-Veteranen und dem Financier der pro-russländischen Bewegung Valerij Averkin, selbst ein Afghanistan-Veteran, die Russischsprachige Bewegung der Krim. Auch in dieser neuen Organisation fungierte Klyčnikov als Vorsitzender, bevor aus der offiziell als Kulturvereinigung agierenden Organisation heraus die *Narodnaja partija Kryma* gegründet wurde. Klyčnikov saß auch deren Exekutivkomitee vor. Bei der »Wiedervereinigung« der Spaltprodukte der pro-russländischen Bewegung zur Wahl 1994 im *Blok Rossija* konnte sich Klyčnikov weiterhin seine Führungsposition sichern. Auch dort wurde er Vorsitzender des Führungsgremiums (Exekutivkomitee).²⁴¹ Mit der Wahl zum Obersten Sowjet der Krim 1994

238 Levčenko, Ju.: O problemach Afgancev. V partijach i obščestvennych organizacijach, in: Krymskaja Pravda, 15.6.1993, S. 2.

239 Korovko, E.: Čto že takoe »Impéks-55 Krym«? In: Krymskaja Pravda, 19.3.1992, S. 3.

240 Ot oppozicii k konstruktivnoj rabote. Interview mit Vladimir Klyčnikov, in: Krymskaja Pravda, 29.4.1994, S. 2.

241 Čto takoe RDK? In: Krymskaja Pravda, 31.7.1993, S. 3; Ot oppozicii k konstruk-

fürhte ihn seine politische Karriere erstmals über die Führungspositionen in Organisationen hinaus in Amt und Mandat. Von Platz eins der Liste des *Blok Rossija* wurde er ins Parlament gewählt und übernahm etwas später das Amt des Stellvertretenden Parlamentsvorsitzenden.²⁴²

Die in den Führungsremien vertretenen Mitglieder des Verbands der Afghanistan-Veteranen bildeten einen festen Zusammenhang der sich in den Spaltungen der pro-russländischen Bewegung jeweils auf einer Seite wiederfand. In Interviews mit Protagonisten des Verbands lässt sich nachzeichnen, dass unter diesen persönliche Bindungen aus dem vorpolitischen Raum mit einer starken Hierarchisierung im politischen Bereich einhergehen. Die Befragten richten ihre Erzählung auf den damaligen Chef des Verbands Vladimir Klyčnikov aus. Diesen hatten sie in Evpatorija, in der Universität in Simferopol' bzw. in der Vorbereitung auf den Afghanistan-Einsatz in einer Kaserne in Batumi kennengelernt. Das politische Engagement in der Republikanischen Bewegung beschreiben sie als von Klyčnikov inspirierten Schritt und bewerten ihren eigenen Beitrag als geringfügiger als den des »Patrons«. Einer der Befragten beschreibt seine Mitgliedschaft in RDK und weiteren Organisationen:

Wohin Nikolaevič [Klyčnikov] geht, dahin gehe auch ich. Ich vertraue ihm. [...] Wir sind Freunde, wir haben eine familiäre Beziehung. [...] Naja, ich nahm an Aktionen teil, aber das [politische Tätigkeit im Allgemeinen] ist einfach nicht meins. Aber Nikolaevič, das ist sein Ding.²⁴³

Hier offenbart sich eine Mischung aus persönlicher Nähe und starken Hierarchien. Zudem zeigt sich in der Selbstpositionierung der Aktivisten auch eine dünne Personaldecke der pro-russländischen Bewegung. Aktive mit

tivnoj rabote. Interview mit Vladimir Klyčnikov, in: Krymskaja Pravda, 29.4.1994, S. 2.

242 Nach dem Zerfall des *Blok Rossija* und der zugehörigen Parteien formierten Klyčnikov und sein Umfeld aus dem Verband der Afghanistan-Veteranen und der *Narodnaja partija* die *Partija Sojuz*, deren politisches Ziel weiterhin die Errichtung eines Unionsstaates (von Russland, der Ukraine und Belarus) war. Als Deputierter dieser Partei wurde Klyčnikov noch mehrmals in das Krim-Parlament gewählt. Nach dem Februar 2014 sitzt Klyčnikov, nach einem Zwischenspiel bei der ukrainischen Regierungspartei Partei der Regionen, nun als Vertreter der russischen Präsidentenpartei Edinaja Rossija im Parlament der Krim. (Suprunjuk, *Chronika drejfujučego poluostrova*, S. 190-201; Biographie Klyčnikov Vladimir Nikolaevič. Internetseite des Parlaments der Autonomen Republik Krim, unter: http://www.rada.crimea.ua/deputy_draft/951/10 [zuletzt überprüft am 25.2.2015])

243 »Da, da. Kuda Nikolaevič, tuda i ja. Emu doverie. [...] My družja, my obščaemsja v sem'e. [...] Nu kak, v akcijach učastvoval, no ne moč' èto. A Nikolaevič, vot on ... – èto ego.« Interview mit J. M., Simferopol', 22.7.2008.

großer Nähe zur Führung stellen sich als Gehilfen dar. Direkt unter der Führung beginnt eine Basis, die Aufgaben erfüllt, aber an Entscheidungsprozessen kaum beteiligt ist. Ein führender Intellektueller zeichnet folgendes Bild der Bewegung:

Die Afghanistan-Veteranen spielten keine entscheidende Rolle. Aber an der Basis waren sie die grundlegende Kraft. [...] Wer verteilte Flugblätter, wer klebte Plakate – nun, wer in Massen an der Bewegung teilnahm, das waren die Afghanistan-Veteranen. Und die Führung, [...] da waren Afghanistan-Veteranen, Abgeordnete, da waren auch Intellektuelle. Es war eine Massenbewegung. Sie erfasste alle Schichten der Bevölkerung.²⁴⁴

Die Gruppe der Afghanistan-Veteranen ging kollektiv in die RDK ein und bildete innerhalb der brüchigen Koalitionen der pro-russländischen Bewegung relativ feste Strukturen aus, die Gründung und Zerfall mehrerer politischer Organisationen überdauerten und für einige Kader in einer dauerhaften politischen Karriere mündeten. Der im Kern auf soziale Sicherung der Klientel und kommerzielle Tätigkeit gerichtete Verband verschaffte sich mit der pro-russländischen Bewegung ein politisches Standbein.

Die Unternehmer/Betriebsleiter

In den Führungsgremien der pro-russländischen Bewegung auf der Krim waren auch Leiter und Besitzer von Betrieben vertreten. Von ihren Kollegen im Dnjestr-Tal unterschieden sie sich aber in entscheidenden Punkten: Es waren nicht die Direktoren großer Industriekombinate, die in den Führungsorganen der Krim-Bewegung aktiv waren, sondern vorrangig Leiter neuer Dienstleistungsunternehmen. Diese Firmen hatten keine große Zahl an Angestellten und wurden nicht, wie die Betriebe im Dnjestr-Tal während des Streiks 1989, zum Schauplatz von Mobilisierungsereignissen. Die Betriebsleiter und Kleinunternehmer in der pro-russländischen Bewegung auf der Krim brachten zwar finanzielle Ressourcen in die Bewegung ein, aber sie konnten nicht über Betriebshierarchien eine große Zahl von Anhängern mobilisieren.

Bei der Mehrzahl der Unternehmen dieser Betriebsleiter bzw. Kleinunternehmer handelte es sich um Dienstleistungsunternehmen, die während oder

244 »Afgancy voobšče ne igrali rešajuščuju rol'. No v baze oni byli, osnovnoj siloj. [...] Kto chodil s listovkami, kto chodil s plakatami, vot èto, kto učastvoval v masse dviženija, èto byli afgancy. A verčuška, èto byli sovsem ..., tam byli afgancy, tam byli i deputaty, tam byla i intelligencija. Dviženie bylo massovoe. Vse sloi nasele-nija ochvatyvalo.« Interview mit B. L., Simferopol', 21.7.2008.

nach der Perestrojka entstanden. Drei Führungsmitglieder der pro-russländischen Bewegung leiteten oder besaßen Landwirtschaftsbetriebe – sie waren gleichzeitig die einzigen Beteiligten in den Führungsorganen mit eindeutig ruralem Berufshintergrund. Zwei davon waren Pächter von postsowjetisch kommerziellen »Agrofirmen«, der Dritte, Ivan Šiškin, stand einer Sowchose im Bezirk Krasnoperekopsk im Norden der Krim vor. Er war damit der einzige Betriebsleiter in der Führung der pro-russländischen Bewegung, der eindeutig einer lokalen sowjetischen Elite entstammte. Seine Stellung als Direktor in der Sowchose war jedoch höchst umstritten. Die Bezirksverwaltung und eine innerbetriebliche Opposition versuchten ihn von seinem Posten zu verdrängen. Innerhalb der Bewegung gehörte er auf Krim-Ebene nicht zu den entscheidenden Figuren, sein Einfluss in der RDK außerhalb des Ortsverbandes der Region Krasnoperekopsk war begrenzt.²⁴⁵

Der prominenteste Fall eines Unternehmers, der mit seinen Ressourcen als RDK-Mitbegründer und Financier auftrat, war der Valerij Averkins. Averkin war in der Anfangsphase die graue Eminenz der pro-russländischen Bewegung. Vielen galt der Import-Export-Unternehmer und Afghanistan-Veteran als Gründer und heimlicher Vorsitzender der RDK. Die von ihm geleitete Unternehmenskooperation *Impëks-55 Krym* war bis zur Spaltung der RDK 1992 die Hauptfinanzierungsquelle der Bewegung. Die finanziellen Ressourcen, die Averkin in die Bewegung mitbrachte, gaben ihm eine starke Position in der Führung, obwohl er im Gegensatz zum Gros der Aktivisten nicht über einen Hochschulabschluss, sondern nur über eine mittlere Bildung verfügte. Ende der 1980er Jahre gehörte Averkin zu dem Milieu von Aktivisten in Simferopol', das im Klub »Bagram« der Afghanistan-Veteranen verkehrte. Bei der ersten großen Spaltung der pro-russländischen Bewegung 1992 spielte er eine entscheidende Rolle und gründete mit Führungsmitgliedern des Verbands der Afghanistan-Veteranen die Russischsprachige Bewegung der Krim.²⁴⁶

Im Rahmen dieser Spaltung offenbarte sich die Bedeutung Averkins und seiner Unternehmen für die Bewegung. Der verbliebene »republikanische« Flügel bekam große finanzielle Probleme. Die beiden »RDKs« (wie die republikanische Bewegung der Krim kürzte sich auch die Russischsprachige Bewegung der Krim so ab und die Führung der »alten« RDK setzte sich gegen die Benennung der neuen Organisation heftig zur Wehr²⁴⁷) traten in

245 Zur Geschichte von Ivan Šiškin siehe Kapitel IV.4.: Geographie der Bewegung, Ländliche Regionen.

246 Čto takoe RDK? In: Krymskaja Pravda, 31.7.1993, S. 3.

247 Die Führung der verbliebenen Republikanischen Bewegung der Krim mokierte sich darüber, dass Averkin das Kürzel »RDK« als sein persönliches Eigentum und

eine scharfe Konkurrenz um erhoffte Unterstützung aus Moskau. Vertreter der Republikanischen Bewegung der Krim wandten sich mehrfach mit der Bitte um finanzielle Unterstützung an die Moskauer Duma.²⁴⁸

Averkins Geschäftsbeziehungen nach Russland gingen über einfache Bittgesuche hinaus. Sein Geschäfts- und Politikmodell basierte auf den Möglichkeiten einer Überwindung der durch den Zerfall der Sowjetunion neu entstandenen Grenzen. Abgebrochene Handelsbeziehungen und neue Zollbarrieren hatten im Kontext der stark arbeitsteiligen Sowjetwirtschaft drastische Auswirkungen in Form von regionalen Versorgungsschwierigkeiten und starken Preisunterschieden. In diesem Szenario machten Unternehmer wie Averkin große Gewinne durch Import-Export-Geschäfte. Zusätzlich hatte Averkin dank seiner Beziehungen besonderen Zugang zu Krediten von russländischen Banken. Einen Teil seiner finanziellen Ressourcen reinvestierte Averkin in die politischen Bedingungen seiner Geschäftstätigkeit und sponserte erst die Republikanische Bewegung und dann die Russischsprachige Bewegung der Krim. Durch die großrussische Ideologie gab der *Impéks*-Chef seiner Unternehmertätigkeit einen gemeinnützigen Anstrich. Regionale Medien, die mit seinem Firmenkonglomerat assoziiert waren, unterstützten die positive Außendarstellung.

Ein Beispiel für dieses Geschäftsmodell war ein Öl-Deal im Sommer 1993, bei dem Averkin in Moskau eine Lizenz für den Kauf von Öl und Ölderivaten in großen Mengen erwarb. Gleichzeitig handelte er mit hochrangigen Politikern in Moskau einen Vertrag aus, der direkte Handelsbeziehungen zwischen der Krim und der RF vereinfachen sollte. Als der Ministerrat der Krim diese private Außenpolitik verurteilte und die Unterschrift verweigerte, konnten Averkin und die ihm wohl gesinnte Presse der Regierung die Schuld dafür geben, dass die Bewohner der Krim im Winter 1993-94 nicht ausreichend Heizmittel bekamen. Als Gegenmodell zu den untätigen Politikern pries die *Krymskaja Pravda* Averkin im Wahlkampf als einen – zum Wohle der Krim – in Moskau hervorragend vernetzten Geschäftsmann.²⁴⁹

Die von Averkin geleitete Unternehmensassoziation *Impéks-55 Krym* (die Abkürzung steht für Import-Export) war ein schwer durchschaubares Konstrukt. Circa 30 Firmen sowie andere Einrichtungen waren »Mitglieder« dieser »Assoziation«. Darunter befanden sich Unternehmen wie die ehemalige

nicht das der (weiter bestehenden) Organisation RDK ansehe. (Respublika Krym – Information von RDK (1.3.1993). GA RF, f. 10026, op. 4, d. 3514, l. 55)

248 Brief RDK an E. K. Pudovkin, Oberster Sowjet Russlands (15.5.1993). GA RF, f. 10026, op. 4, d. 3514, l. 53.

249 Potapenko, G.: V. Averkin: Vše nado delat' po zakonu, in: Krymskaja Pravda, 6.4.1994, S. 2.; Mežak, V.: Družiti' s Moskvovj opasno. Dlja kogo? N. V. Bagrov otverg ékonomičeskiju pomošč Rossii, in: Krymskaja Pravda, 19.5.1993, S. 2..

Landwirtschaftsbank *Ukraina* und die größte Tageszeitung der Autonomen Republik *Krymskaja Pravda*. Auch zivilgesellschaftliche Organisationen wie lokale Vereinigungen (SOVA Bagram) von Afghanistan-Veteranen und deren Zusammenschluss auf Republik-Ebene (*Krymskij Respublikanskij Sovet Veteranov Afganistana*) sowie staatliche Institutionen wie die Verwaltungen zweier Stadtbezirke von Simferopol' und die lokale Verkehrspolizei waren Teilhaber des Konglomerats. Die Verquickung von Politik, Polizei und unternehmerischer Tätigkeit war in der Umbruchphase in der Sowjetunion nicht außergewöhnlich. Die Unterstützung der pro-russländischen Organisationen tätigte die Assoziation demonstrativ in aller Öffentlichkeit. Die Geschäftstätigkeit der Unternehmen blieb dagegen eher im Dunkeln.²⁵⁰

Für die ukrainischen Staatsorgane war die Verbindung eines undurchsichtigen Geschäftsmodells mit politischer Russland-Orientierung natürlich ein rotes Tuch. Die Staatsanwaltschaft überzog das Firmengeflecht mit zahlreichen Verfahren. Zum Presseereignis wurden die spektakuläre Verhaftung einer Bankangestellten und die Konfiszierung einer großen Geldsumme. Mitarbeiter Averkins hatten bei der mit der *Impëks-55* assoziierten Bank *Ukraina* die stattliche Summe von 1,8 Millionen Rubel abgehoben.²⁵¹ Gemeinsam mit den Rechtsbehörden spekulierte die Öffentlichkeit der Krim immer wieder über die Herkunft des Geldes der Assoziation. Letztendlich ohne endgültigen Beweis wurde in der Öffentlichkeit mehrfach der Vorwurf laut, Averkin habe sich Teile des Vermögens der KP der Krim angeeignet.²⁵²

Die 1992 von Averkin und dem Führungszirkel des Verbandes der Afghanistan-Veteranen gegründete Russischsprachige Bewegung der Krim (RjaDK) baute ebenfalls nur eine dünne kulturpolitische Fassade für die Fortsetzung desselben Geschäftsmodells an der Schnittstelle von Wirtschaft und Politik auf. Hinter dem Anspruch der Beförderung der russischen Sprache standen auch hier ökonomische Tätigkeiten. Kern dieser Sammel-»Bewegung« war die »Assoziation für den Krim-Russland-Handel« (*Associacija Krymsko-Rossijskoj Torgovli*), welcher Averkin vorstand. Der Großteil der Strukturen der *Impëks* ging auch in die RjaDK ein – zahlreiche Unternehmen, der Afghanistan-Veteranen-Verband der Krim, die *Krymskaja Pravda*, das Kulturhaus der Gewerkschaften und die orthodoxe Eparchie der Krim wurden zu Mitbegründern oder Mitgliedern der neuen kulturpolitisch-kom-

250 Korovko, E.: Čto že takoe »Impëks-55 Krym«? In: *Krymskaja Pravda*, 19.03.1992, S. 3; Medvedicev, V.: *Krymskij Berija čistit' per'ja?* In: *Krymskaja Pravda*, 21.03.1992, S. 1-2.

251 Medvedicev, V.: *Krymskij Berija čistit' per'ja?* In: *Krymskaja Pravda*, 21.03.1992, S. 1-2.

252 Korovko, E.: Čto že takoe »Impëks-55 Krym«? In: *Krymskaja Pravda*, 19.03.1992, S. 3; Nagovor i prigovor, in: *Svobodnyj Krym*, Juli 1992, Nr. 14, S. 1.

merziellen Organisation. Averkin versprach den beitretenden Organisationen und Unternehmen direkte Handelsbeziehungen nach Russland und in andere GUS-Staaten:

Wir können jedes Unternehmen der Krim, das Produkte für den Barter-Handel²⁵³ hat, in direkte effektive Beziehungen mit Produzenten in Russland bringen. Unsere Bewegung ist keine politische Organisation, sie beschäftigt sich mit vielen anderen wichtigen Fragen im sozialen und kulturellen Bereich.²⁵⁴

Für den direkten Kontakt nach Russland unterhielt die RjaDK eigens ein Büro in Moskau und plante den Aufbau einer über die Grenzen hinweg funktionierenden Krim-Russland-Bank.²⁵⁵

Teile der RjaDK, vorrangig im Umfeld des Verbands der Afghanistan-Veteranen, gründeten 1993 dann die *Narodnaja partija Kryma*, um sich an den bevorstehenden Wahlen zu beteiligen. Averkin war bei dieser Neugründung nicht mehr dabei, er ging auf Distanz zu seinen ehemaligen Mitstreitern. Zunehmend näherte er sich der Kommunistischen Partei an, in deren Programm der Wiederbelebung der Sowjetunion sich sein Anliegen enger Beziehungen zwischen Krim und Russland ebenfalls wiederfand. Vor der Präsidentschaftswahl im Januar 1994 sprach er sich gegen Jurij Meškov aus und gab eine Wahlempfehlung für den Kandidaten der Kommunistischen Partei Leonid Grač ab.²⁵⁶ Bei der Wahl zum Krim-Parlament im März 1994 trat er auf eigene Rechnung und nicht mit seinen ehemaligen Mitstreitern im *Blok Rossija* an. Als unabhängiger Kandidat in einem Wahlkreis in Simferopol' scheiterte er im zweiten Wahlgang am Kandidaten des pro-russländischen Wahlbündnisses, obwohl das wichtigste Regionalblatt der Krim

253 Barter-Handel: Gütertausch ohne monetäre Vermittlung.

254 »My možem ljuboe krymskoe predprijatie, imejuščee produkciju dlja bartera, vyvesti na prjamyje effektivnye svjazi s rossijskimi proizvoditeljami. Naše dvizenie – ne političeskaja organizacija, ono zanimaetsja drugimi mnogimi važnymi problemami v social'noj, kul'turnoj dejatel'nosti.« Averkin auf einem Treffen von Vorsitzenden politischer Organisationen der Krim mit der Führung des Gewerkschaftsverbandes, zit. nach: Milina, L.: Kogo podderžat profsojuzy? In: Krymskaja Pravda, 18.II.1993, S. 2.

255 RDK – što russkojazyčnoe obščestvo Kryma. Interview mit Valerij Averkin, in: Krymskaja Pravda, 21.IO.1992, S. 3; RDK: Pust' naverchu deljat kresla. my budem rabotat'! Interview mit Valerij Averkin, in: Krymskaja Pravda, 24.II.1992, S. 3; Čto takoe RDK? In: Krymskaja Pravda, 31.O7.1993, S. 3; Bericht der Russischsprachigen Bewegung der Krim über die Situation auf der Krim. GA RF, Nr. f. 10026, op. 4, d. 3520, l. 8-10.

256 Averkin, V.: Vižu tol'ko odin vychod – izbranie L. Grača, in: Krymskaja Pravda, 5.I.1994, S. 2.

Krymskaja Pravda für den »Gründer der RDK und langjährigen Freund unserer Zeitung«²⁵⁷ die Werbetrommel rührte. Nach dieser Niederlage und der Schwächung seiner Unternehmungen durch die Ermittlungen der Rechtsbehörden zog Averkin 1996 nach Moskau und spielte in Politik und Öffentlichkeit der Krim keine tragende Rolle mehr.

Das Beispiel Valerij Averkins ragte sicherlich an Bedeutung für die Bewegung heraus, insgesamt lässt sich aber sagen, dass die Betriebsleiter und Unternehmer in der Führung der Krim-Bewegung materielle Ressourcen in die Bewegung einbrachten. Das politische Handeln war in diesen Fällen eng verbunden mit den persönlichen ökonomischen Interessen der Akteure. Anders als die Industriekombinate im Dnjestr-Tal waren die Dienstleistungsunternehmen im Umfeld der pro-russländischen Bewegung der Krim aber nicht selbst Ort der Mobilisierung und die Betriebsleiter verfügten nicht über eine mobilisierbare Masse an (Mit-)Arbeitern.

Die Ingenieure

Zu den Spitzenvertretern in RDK und im *Blok Rossija* gehörten einige »Ingenieure« – leitende Angestellte mit technischen Berufen in verschiedenen Industriebetrieben. Darunter waren Vizedirektoren der öffentlichen Versorgungsunternehmen *Krymènergo* und *KrymVega* ebenso wie ein leitender Angestellter eines Herstellers medizinisch-technischer Apparate. Anders als die von Position und Beruf her ähnliche Gruppe unter den Aktivisten des Dnjestr-Separatismus waren die Krim-Aktivisten aber nicht im Rahmen der Betriebsstrukturen in die Bewegung rekrutiert worden. Das politische Engagement fand weitgehend außerhalb des Raums der Erwerbstätigkeit statt und die Leiter der Betriebe, in denen die Ingenieure arbeiteten, waren an den Mobilisierungen nicht beteiligt. Wie die Akademiker fanden auch die Ingenieure über ein politisches Engagement in den Gruppierungen der informellen Bewegung der Perestrojka in die Organisationen der pro-russländischen Bewegung. Der Arbeitsplatz und die Position in den Betriebsstrukturen spielten für die Rekrutierung und das politische Engagement eine untergeordnete Rolle. In Ausnahmefällen waren augenscheinlich persönliche Beziehungen unter Kollegen die Grundlage eines gemeinsamen Engagements. Aber auch in diesen Fällen waren nicht die Betriebshierarchien Motor der Rekrutierung. Die Beteiligten konnten die Ressourcen »ihrer« Unternehmen nicht im Stile der »Ingenieure« des Dnjestr-Separatismus politisch nutzen.

257 »[O]snovatel' RDK i davnij drug našej gazety«, Potapenko, G.: V. Averkin: Vsë nado delat' po zakonu, in: Krymskaja Pravda, 06.04.1994, S. 2.

Der prominenteste Ingenieur unter den Krim-Aktivisten war Vadim Mordašov, einer der Chef-Ideologen der RDK. Der gläubige orthodoxe Christ, Antikommunist und Abkömmling einer Adelsfamilie gehörte – nach eigener Darstellung – zu den wenigen RDK-Führungsmitgliedern, die bereits in der Regierungszeit Brežnevs im dissidentischen Milieu aktiv waren. Während der Perestrojka engagierte er sich in mehreren Organisationen der informellen Bewegung: bei *Memorial*, im Wählerklub der Krim (*Klub izbiratelej Kryma*), in der umweltbewegten *Ėkologija i mir* und in der demokratisch-autonomistisch orientierten Gruppe *Demokratičeskaja Tavrida*. Auf diesem Ticket konnte er bei den Lokalwahlen 1990 zum Stadtsowjet von Simferopol' ein Mandat erringen und fungierte als stellvertretender Vorsitzender des Kommunalparlaments. Das Engagement in der informellen Bewegung und seine politische Tätigkeit war auch der Ausgangspunkt für seinen Eintritt in die pro-russländische Bewegung. Nach dem August-Putsch 1991 und der Unabhängigkeit der Ukraine wechselte Mordašov, wie zahlreiche andere Aktive, aus den informellen Gruppierungen in die neu gegründete RDK. Als Mitbegründer der RDK-Nachfolgerin RPK stieg er zum stellvertretenden Vorsitzenden unter Meškov auf. Auch an der Gründung der *Russkaja obščina* war er beteiligt und saß bis 1995 in der Führung dieser kulturpolitischen Organisation. Er gehörte also zum engsten Führungszirkel der pro-russländischen Bewegung.²⁵⁸

Wie die meisten führenden Krim-Aktivisten hatte Mordašov seinen Lebensmittelpunkt vorrangig auf der Krim. Der 1955 im lettischen Liepāja geborene Russe kam als Jugendlicher mit der elterlichen Familie auf die Halbinsel, bevor er dort auch seine gesamte berufliche und politische Karriere absolvierte. Die politische Karriere von Mordašov führte jenseits der Bewegung nicht in Spitzenpositionen und -ämter, sondern nur zu einem Mandat im Obersten Sowjet der Krim zwischen 1994 und 1998 und ab 2002 zu einer Verwaltungsposition in der staatlichen Kulturpolitik.²⁵⁹ Diese letztendlich eher flache politische Karriere war vom Berufs- und Ausbildungsweg Mordašovs, der am Institut für Gerätebau in Sevastopol' begann und

258 Zu Mordašovs Lebensdaten, Organisationszugehörigkeiten und Karriere: Kto est' kto v Krymu 2001-2002: Al'manach, S. 135; Biographie Vadim Mordašov. Internetseite des Kongress Russischer Gemeinden der Krim/Slawische Partei (Kongress Russkich Obščin Kryma – Slavjanskoj Partii), unter: <http://kro-krim.narod.ru/MAIN/ruk.htm#1> [zuletzt geprüft am 25.2.2015].

259 Kto est' kto v Krymu 2001-2002: Al'manach, S. 135; Biographie Vadim Mordašov. Internetseite des Kongress Russischer Gemeinden der Krim/Slawische Partei (Kongress Russkich Obščin Kryma – Slavjanskoj Partii), unter: <http://kro-krim.narod.ru/MAIN/ruk.htm#1> [zuletzt geprüft am 25.2.2015].

der ihn von 1975 bis 1994 als Elektroingenieur zum Hersteller medizintechnischer Geräte *Medtechnika* in Simferopol' führte, weitgehend unabhängig.²⁶⁰

Nach dem Zerfall von *Blok Rossija* und der Republikanischen Bewegung wurde Mordašov aus der *Russkaja obščina* ausgeschlossen. In den Ausschlüssen von Mordašov und weiteren Führungsmitgliedern spiegeln sich die Auseinandersetzungen zwischen Führungskadern um die Deutungshoheit in der pro-russländischen Bewegung. Aus diesen Konflikten folgte auch eine Fragmentierung der Organisationen, zahlreiche Splitterorganisationen entstanden. Der ausgeschlossene Mordašov beteiligte sich in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre an mehreren panslawistischen, russisch-nationalistischen Gruppierungen.²⁶¹

Mordašovs Rekrutierungsgeschichte steht beispielhaft für die technischen leitenden Angestellten und Ingenieure in der Führung der pro-russländischen Bewegung: Die Betriebsstrukturen waren für ihn nicht der Rekrutierungskanal zum politischen Handeln für das separatistische Projekt. Die Verbindungen und Netzwerke, die ihn in die pro-russländische Bewegung führten, hatte er in der politischen Sphäre, im Rahmen der informellen Bewegung auf der Krim, aufgebaut.

Die Militärs

In den Führungsgremien der pro-russländischen Bewegung nahmen aktive Militärs keine bedeutende Rolle ein. Nur zwei Beteiligte können in diese Gruppe eingeordnet werden. Von diesen war eine Person Absolvent einer Militärakademie, aber zum betreffenden Zeitpunkt nicht mehr im Militärdienst.²⁶² Der einzige Spitzenfunktionär der pro-russländischen Bewegung, der aus der Schwarzmeerflotte kam, war Aleksej Mel'nikov aus Sevastopol'.

260 Kto est' kto v Krymu 2001-2002: Al'manach, S. 135; Sevastopol' – Ėnciklopedičeskij spravočnik, S. 763; Biographie Vadim Mordašov. Internetseite des Kongress Russischer Gemeinden der Krim/Slawische Partei (Kongress Russkich Obščin Kryma – Slavjanskoi Partii), unter: <http://kro-krim.narod.ru/MAIN/ruk.htm#1> [zuletzt geprüft am 25.2.2015].

261 Mordašov war nacheinander bzw. auch gleichzeitig Mitglied im Kongress Russischer Gemeinden (*Kongress Russkich obščin*), der *Slavjanskaja partija* und der *Slavjanskaja Edinstva Ukrainy*.

262 Der Offizier im Ruhestand Pëtr Morgunov gehörte zum engsten Führungskreis der Bewegung, war lange Vorsitzender des Exekutivkomitees der RPK und Mitbegründer der *Russkaja obščina*. (Spisok deputatov Verchovnogo Soveta Kryma, in: Krymskaja Pravda, 19.4.1994, S. 2; Sostojslja rasširenyj koordinacionnyj sovet, in: Svobodnyj Krym, 4.2.1995, S. 2)

Die Schwarzmeerflotte in Sevastopol' war für die Krim-Separatisten der große Hoffnungsträger und Anlass zahlreicher Kundgebungen, eine Projektionsfläche für in den 1990er Jahren unrealistische politische Ziele. Diese auf der Krim stationierte sowjetische Armee wurde aber nur in beschränktem Ausmaß Rekrutierungsbasis der Bewegung. Dabei waren in der Flotte pro-russländische Einstellungen unter Soldaten wie auch unter Offizieren weit verbreitet.²⁶³

Offiziell gab die Armeeführung aber die Maßgabe aus, dass Soldaten sich in politische Fragen nicht einzumischen hätten. Die einfachen Soldaten sollten sich demnach nicht an politischen Mobilisierungen beteiligen. Tatsächlich engagierten sich aber Flottenangehörige für die Sache der pro-russländischen Bewegung. Zahlreiche Offiziere vereinigten sich in der »Union der Offiziere« der Krim. Diese trat beispielsweise 1994 mit einer eigenen Liste zu den Stadtratswahlen in Sevastopol' an. Bei derselben Wahl kandidierten auch viele mittlere und höhere Offiziere für das Wahlbündnis *Sevastopol' – Rossija*, in dem sich mehrere pro-russländische, bzw. russisch-nationalistische Organisationen zusammengeschlossen hatten.²⁶⁴

In die Spitzengremien der Organisationen des Krim-Separatismus stieg aber nur ein Vertreter der Schwarzmeerflotte aus Sevastopol' auf: Aleksej Mel'nikov. Ab 1993 fungierte er als stellvertretender Vorsitzender der RPK. Nach der Parlamentswahl 1994 wurde er zum stellvertretenden Vorsitzenden des Krim-Sowjets gewählt. Mit dem Umstand, dass seine politische Aktivität mit seiner Funktion als Militär zusammenhing, ging der Offizier der Schwarzmeerflotte offen um: Mel'nikov stellte sich in der Öffentlichkeit selbst als einen Neueinsteiger in der Politik dar, der das Militär verlassen hatte, um etwas gegen den Zerfall der UdSSR zu tun. Seine enge Verbindung mit dem Flottenkommandeur Igor' Kasatonov bezeichnete er in Zeitungsinterviews als Ausgangspunkt seines politischen Engagements. Als politisches Urerlebnis beschrieb er dort die Protestaktionen gegen die Absetzung Kasatonovs im April 1992.²⁶⁵ Damals hatten RDK-Mitglieder, andere Vertreter der pro-russländischen Bewegung und Soldaten der Schwarzmeerflotte gemeinsam gegen die Versetzung des russischen und pro-russländischen Admirals nach Moskau protestiert. Als Kasatonov vom Posten des Vizekommandeurs der GUS-Streitkräfte in die russländische Politik wechselte, folgte

263 Simonsen, Black Sea Fleet. Zur internen politischen Situation in der Flotte auch: Kapitel II.5.: Input aus dem Homeland, Schwarzmeerflotte.

264 Voennye vydvigajut kandidatury v Krymskij parlament, in: Flag Rodiny, 17.2.1994, S. 1; Predstavljaem kandidatov v narodnye deputaty, in: Flag Rodiny, 18.3.1994, S. 3; Kandidaty Bloka »Sevastopol' – Rossija«, in: Flag Rodiny, 15.6.1994, S. 1.

265 Uveren' v podderžke Sevastopol'cev. Interview mit Aleksej Mel'nikov, Krymskaja Pravda, 25.6.1994, S. 3.

ihm Mel'nikov. Kasatonov wollte Gouverneur des südrussischen Gebiets von Krasnodar' werden und Mel'nikov arbeitete im Rahmen der Wahlkampagne als Berater des ehemaligen Flottenadmirals.²⁶⁶

Politische Karriere, wenn auch in beschränktem Rahmen, machte Mel'nikov dann aber auf der Krim. Die Wähler seines Wahlbezirks in Sevastopol' wählten ihn als Kandidaten des *Blok Rossija* 1994 in den Obersten Sowjet der Halbinsel. Das neu zusammentretende Parlament der Autonomen Republik machte ihn im Mai 1994 zum stellvertretenden Vorsitzenden.²⁶⁷ Im Sommer 1994 stellte er sich auch noch als »Bürgermeister« von Sevastopol' zur Wahl. Die beiden Ämter der Vorsitzenden von Exekutivkomitee und Stadtsowjet wurden zusammengelegt und zum ersten Mal per Direktwahl durch die Bürger der Stadt bestimmt. Mel'nikov verlor aber deutlich gegen den amtierenden Vorsitzenden des Exekutivkomitees Viktor Semënov.²⁶⁸

An der Vermischung von Militärfunktion und politischem Handeln, wie bei Mel'nikov, gab es in der Öffentlichkeit in Sevastopol' durchaus auch Kritik, aber zahlreiche Offiziere ließen sich nicht vom Versuch abhalten, die Stadtpolitik mitzubestimmen. Auf Stadtebene in Sevastopol' spielten sie eine starke Rolle, im RDK-Vorstand waren die Soldaten der Schwarzmeerflotte aber nur vereinzelt vertreten.

Die Politiker/Funktionäre

Politiker und Funktionäre bildeten keine starke Gruppe unter den Kadern der Krim-Bewegung. Die führenden Lokalpolitiker der Städte, die Vorsitzenden der Stadtsowjets und der Exekutivkomitees, stellten sich zwischen 1989 und 1995 nicht auf die Seite der Unabhängigkeitsbestrebungen. Die Sekretäre der bedeutenden Parteigremien der KPU auf der Krim gingen ebenfalls nicht in die von Informellen und neuem Kleinunternehmertum dominierte RDK. Aktivisten, die bereits vor dem Engagement in der RDK als politische Funktionsträger ihren Lebensunterhalt verdienten, waren eine kleine Minderheit.

Unterhalb der politischen Spitzenpositionen der regionalen Nomenklatura hatten aber zahlreiche Führungsmitglieder der pro-russländischen Bewegung politische Vorerfahrung. Mehrere Beteiligte waren 1990 bereits in

266 Ebd.

267 Diesen Posten hatte er bis zur ersten von zahlreichen Umbildungen des Parlamentspräsidiums im März 1995 inne. (Suprunjuk, *Chronika drejfujuščego poluostrova*, S. 190-192)

268 Staroverov, G.: Kto stanet mérom Sevastopolja? Krymskaja Pravda, 22.06.1994, S. 1; Staroverov, G.: Pervye šagi méra, Krymskaja Pravda, 05.07.1994, S. 1.

den Republiksowjet der Ukraine (Sergej Cekov und Vladimir Terechov), in den Oblast-Sowjet der Krim (Boris Kizilov, Jurij Meškov, Viktor Mežak) oder in den Stadtsowjet von Simferopol' bzw. Sevastopol' gewählt worden (Aleksandr Kruglov, Vadim Mordašov und einige weitere). Die Parlamente waren aber nicht professionalisiert, die Deputierten waren also nicht unbedingt hauptamtliche Politiker oder politische Funktionäre. Das Mandat war aber Ausdruck von gesellschaftlichem Status und verlieh Reputation.²⁶⁹

Daraus schlugen einige der späteren RDK/RPK-Kader Kapital und agierten als politische Unternehmer. Diese Figuren machten sich auf lokaler oder regionaler Ebene einen Namen, gründeten Parteien, die allein mit ihrem Namen verbunden wurden und ließen sich zu deren Vorsitzenden wählen. Einige der politischen Unternehmer waren gleichzeitig kommerzielle Unternehmer (z. B. Anatolij Los'). Aus einer Vorkarriere im politischen Bereich kam der Vorsitzende der »Russischen Partei der Krim« (*Russkaja Partija Kryma*) Sergej Šuvajnikov. Dieser hatte als Mitarbeiter im Obersten Sowjet der UdSSR für den Deputierten Vjačeslav Ivanov gearbeitet, bevor er die komplett auf seine Person zugeschnittene russisch-nationalistische Partei gründete. Sowohl seine kompromisslos nationalistische Rhetorik als auch seine starke Selbstinszenierung sorgten dafür, dass andere Organisationen der pro-russländischen Bewegung das Bündnis mit Šuvajnikov mieden.²⁷⁰

Der seit 1995 mächtigste Politiker der pro-russländischen Bewegung auf der Krim, Sergej Cekov, war ebenfalls als »Politiker« in die Republikanische Partei gekommen. Der Arzt aus der Provinzstadt Saki im Westen der Krim stieg in der RPK nach seinem Eintritt binnen Kurzem zum Parteivorsitzenden auf und wurde nach dem Wahlsieg 1994 Vorsitzender des Obersten Sowjets. Gründungsmitglieder von RDK und RPK interpretieren seinen schnellen Aufstieg vor allem als Folge einer engen Beziehung mit dem vorherigen Parteichef Jurij Meškov, der Präsident wurde.²⁷¹ Zudem verfügte der 1953 geborene Cekov aber bereits über einen gehobenen gesellschaftlichen und politischen Status, als er in die RPK eintrat. Er saß seit 1990 als Deputierter im Parlament der Ukraine in Kiew. Zuvor war er als Arzt des Bezirkskrankenhauses von Saki Sekretär der betrieblichen Parteiorganisation gewesen. Als Deputierter auf Replikalebene und Betriebsparteisekretär gehörte Cekov vor seiner Beteiligung an der pro-russländischen Bewegung zu

269 Bagrov, *Vremja nadežd i trevog*, S. 136-138.

270 So verweigerte Šuvajnikov als einziger pro-russländischer Kandidat bei der Präsidentschaftswahl das Bündnis mit Meškov und kandidierte selbst. (Mal'gin, *Krymskij uzel*, S. 78-80)

271 Interview mit V.N., Simferopol', 4.7.2008.

einer regionalen politischen Elite, nicht jedoch zur herrschenden Nomenklatura.²⁷²

Als Parlamentsvorsitzender wurde Cekov im Laufe des Jahres 1994 zum großen Gegenspieler von Präsident Meškov. Mit dessen politischem Ende und dem Niedergang des *Blok Rossija* 1994 konnte Cekov sich eine Führungsrolle in der pro-russländischen Bewegung erarbeiten. Seit 2003 ist er Vorsitzender der *Russkaja obščina Kryma*, die als einzige Organisation den Niedergang dauerhaft überstand und an der politischen Legitimierung der Übernahme der Krim durch Russland federführend beteiligt war. 2014 zog Cekov als Vertreter der Krim in den Föderationsrat der RF ein.²⁷³

In der pro-russländischen Bewegung der Krim waren also sowohl neue, »selbstgemachte« politische Unternehmer als auch vorherige Parlamentsabgeordnete des ukrainischen und des Krim-Parlaments vertreten. Die höhere politische Elite, die herrschende Nomenklatura der sowjetischen und postsowjetischen Krim beteiligte sich aber nicht an dem pro-russländisch-separatistischen Projekt. Auch die Lokalpolitiker und Funktionäre der Stadtverwaltungen unterstützten den Krim-Separatismus in den meisten Fällen nicht. Die Situation unterscheidet sich deutlich von der des Dnjestr-Separatismus, an dem sich führende Lokalpolitiker in den großen Städten beteiligten und der immer wieder durch Entscheidungen von Kommunalbehörden und Stadtsovjets gestärkt wurde. Eine solche politische Unterstützung konnte die pro-russländische Bewegung auf der Krim auf keiner Ebene gewinnen. In den Stadt- und Kreissowjets blieb sie eine oppositionelle Bewegung. In den Führungsgremien der pro-russländischen Bewegung waren die »Politiker/Funktionäre« dementsprechend nicht dominant vertreten.

8. Zusammenfassung

Dass die Krim 2014 von der Ukraine abgespalten wurde und unter die Kontrolle der Russländischen Föderation gekommen ist, war nicht das Werk der pro-russländischen Bewegung der 1990er Jahre. Sie war 20 Jahre nach ihrem Machthöhepunkt praktisch nicht mehr präsent. Das ist für soziale und politische Bewegungen nicht ungewöhnlich – und einer solchen ähnelte

272 Ševčenko, V.: Vopreki prognozam, in: Krymskaja Pravda, 21.2.1989, S. 1; »Bojkot – ne lučšaja forma protesta«. Interview mit S.P. Cekov, Narodnyj Deputat Ukrainy, in: Krymskaja Pravda, 29.11.1991, S. 1; Spisok deputatov Verchovnogo Soveta Kryma, in: Krymskaja Pravda, 19.4.1994, S. 2; Meškovcy stanovjatsja cekovcami, in: Tavričeskie Vedomosti, 11.02.1994, S. 1.

273 Lebenslauf Cekov auf der Webseite der *Russkaja obščina Kryma*, unter: <http://www.ruscrimea.ru/cms/?go=mon&cin=view&cid=24> [zuletzt geprüft am 25.2.2015].

der pro-russländische Krim-Separatismus deutlich mehr als die transnistrische Bewegung. Anders als diese basierte er im Kern nicht auf den sowjetischen Machtapparaten, sondern auf einem Milieu von Aktivisten, die sich in der informellen Bewegung der Perestrojka politisiert hatten. Die vorab bestehenden Strukturen kollektiven Handelns waren hier nicht hochgradig institutionalisierte Sozialisationsinstanzen wie die Industriebetriebe des Dnjestr-Tals, sondern personale Netzwerke. Die Beteiligten arbeiteten an der Universität, waren als (Klein-)Unternehmer tätig, saßen im Parlament der Krim als Abgeordnete oder kamen mit einem informellen Verband von Afghanistan-Veteranen in die Bewegung. Persönliche Kontakte und vorhergehendes Engagement in anderen politischen Gruppierungen waren die Einstiegshelfer der Beteiligten, während der Arbeitsplatz eine nachgeordnete Rolle spielte. Auch die Bedeutung der Institutionen der UdSSR für das Entstehen der Bewegung war gering. Die alte Nomenklatura – Parteiführung, die Leiter größerer Betriebe und Lokalpolitiker – beteiligte sich im Großen und Ganzen nicht an dem pro-russländischen Projekt. Einige Führungsmitglieder hatten vor dem Ende der UdSSR Positionen in Partei- oder Gewerkschaftsapparaten auf der Krim innegehabt, sie hatten aber nicht zur Parteispitze gehört. Die Strukturen der sowjetischen Massenorganisationen wurden nicht zur Rekrutierungsplattform für die pro-russländische Bewegung.

Von den in der Protestsoziologie untersuchten Neuen Sozialen Bewegungen unterschied sich die Krim-Bewegung dennoch erheblich, und zwar nicht nur durch ihre nationalistische Ideologie. Innerhalb der Bewegung gab es starke Hierarchien und Formen von Gefolgschaft in den als persönlich markierten Beziehungen zwischen den Beteiligten. Zudem verfolgten zentrale Akteure wirtschaftliche Interessen. Beteiligte Unternehmer versuchten mit der Bewegung ihr Geschäftsgebiet eines grenzüberschreitenden Handels nach Russland zu sichern und die Organisation der Afghanistan-Veteranen verband den sozialen Anspruch, Veteranen und Hinterbliebene zu unterstützen, mit kommerziellen Aktivitäten. Andere Aktivisten suchten die Möglichkeit zum sozialen Aufstieg in einer politischen Karriere. Um die politischen Ambitionen der Beteiligten zu realisieren und die 1994 auf der Krim errungene Macht zu erhalten, waren die Machtressourcen der Bewegung zu gering. In einen ernsthaften Konflikt mit Kiew zu treten oder gar eine Separation zu organisieren, lag ohne Unterstützung von außen nicht im Rahmen ihrer Möglichkeiten.

V. Fazit

Die beiden pro-russländischen, »separatistischen« Bewegungen auf der Krim und im Dnjestr-Tal unterscheiden sich fundamental in ihrer sozialen Zusammensetzung und ihren Rekrutierungsmechanismen. So ähnlich die kulturellen, politischen und ökonomischen Voraussetzungen in den Regionen und die Ideologie der Bewegungen erscheinen, so verschieden war ihr sozialer Kern. In der Führung des Dnjestr-Separatismus waren mit Betriebsleitern, Lokalpolitikern und Vertretern von Sicherheitsorganen die sowjetischen Machtapparate vertreten. Die Betriebsleitungen mobilisierten »ihre« Arbeiter 1989 für den Streik und 1992 für den Krieg, weshalb man die Bewegung als eine Art Betriebskorporatismus bezeichnen könnte. Die pro-russländische Bewegung auf der Krim dagegen war eine politische Bewegung im engeren Sinne. Vor allem Akademiker, einige (neue) Unternehmer und Afghanistan-Veteranen, die während der Perestrojka in politischen Gruppierungen außerhalb der KPdSU-Massenorganisationen aktiv waren, dominierten sie. In der informellen Bewegung der Perestrojka entstanden die *Face-to-Face*-Netzwerke, aus denen die zentrale Organisation des Krim-Separatismus, die Republikanische Bewegung der Krim (RDK), hervorging. Die Führungsmitglieder der Krim-Bewegung waren nicht über die Machtstrukturen des sowjetischen Regimes in die Bewegung gekommen. Die pro-russländische Bewegung auf der Krim verfügte nicht über die Ressourcen, einen parallelen Staatsapparat oder Gewaltmittel für einen Separationskonflikt aufzubauen. Dementsprechend unterschiedlich waren die beiden Separatismen in Bezug auf die Dauerhaftigkeit ihrer Organisationen und die Tragweite ihrer Mobilisierungsereignisse. Die Bewegung im Dnjestr-Tal konnte mit dem Anhalten der Produktion in den Betrieben, mit Gleisblockaden und nicht zuletzt einer Kriegsmobilisierung in erheblichem Maße in gesellschaftliche Prozesse eingreifen. Dagegen blieben die Demonstrationen, Kundgebungen und Unterschriftensammlungen der pro-russländischen Bewegung der Krim in den 1990er Jahren nur symbolisch.

1. Ähnlichkeiten in Ideologie und regionalem Kontext

Die qualitativen Unterschiede in der sozialen Konfiguration kontrastieren mit den scheinbar ähnlichen Voraussetzungen und Ideologien der Bewegungen. Russophone Mehrheiten, starke Abhängigkeiten vom sowjetischen Wirtschaftskreislauf, eng an die Moskauer Führung angebundene regionale Eliten und bedeutende sowjetisch-russländische Militärstationierungen hätten, wenn schon keinen ähnlichen Konfliktverlauf, so doch wenigstens ähn-

lich strukturierte sowjetisch-konservative bzw. pro-russländisch-separatistische Koalitionen erwarten lassen können.

In der Tat war die Ideologie der beiden Bewegungen sehr ähnlich. Sie vertraten konservative Werte und eine Art nationalistischen »Internationalismus«, der auf den Regimediskursen der Sowjetunion beruhte und vor allem auf der darin implizit enthaltenen (»unsichtbaren«) Norm des Russisch-Seins. Da die Bewegungen zu verschiedenen Zeitpunkten entstanden und ihren Mobilisierungshöhepunkt hatten, haben sie die Sprache der sowjetischen Bürokratie in unterschiedlichem Maße weiterentwickelt. Die Ideologie der Dnjestr-Bewegung ist deutlich stärker noch in den sowjetischen Diskursen von Internationalismus, Völkerfreundschaft und der Arbeiterklasse verankert. Hinter diesen verbarg sich die Norm des Russisch-Seins noch unausgesprochen. Der Krim-Separatismus, der sich erst nach 1991 vollständig entwickelte, baute die sowjetischen Regimediskurse zu einem offeneren Nationalismus aus. Auch die RDK auf der Krim vertrat jedoch keinen russischen Ethnonationalismus, sondern einen imperialen Nationalismus, in den nicht nur real, sondern auch diskursiv, Teilnehmer unterschiedlicher Nationalität integriert werden konnten.

Auch der politische Kontext der beiden Bewegungen wies Ähnlichkeiten auf. So gab es Parallelen in der nationalisierenden Politik der neu gegründeten Staaten Moldova und Ukraine. Im Fall des Dnjestr-Separatismus waren die in Chişinău beschlossenen Sprachgesetze der Auslöser der Mobilisierungen. Aber nicht nur die moldauische Regierung verabschiedete ein neues Sprachgesetz, das die Sprache der Titularnation zur einzigen Staatssprache erhob, sondern auch die ukrainische. Auch die Konflikte um die von den Regierungen eingeführten neuen Nationalsymbole, mit ihren Reminiszenzen an Faschismus und Zweiten Weltkrieg, ähnelten sich in beiden Regionen stark. Die Identifikation mit der sowjetischen, antifaschistischen Seite im »Großen Vaterländischen Krieg« und die Gegnerschaft zu einem (ukrainischen respektive rumänischen) Nationalismus, der sich mit der anderen Seite identifiziert wird, ist für beide Bewegungen gleichermaßen einer der zentralen Kristallisationspunkte eines »Wir«.

Nicht nur Ähnlichkeiten, sondern deutliche Überschneidungen gab es bei den Unterstützern in Moskau. Beide Bewegungen wurden von ein und demselben Personenkreis unterstützt: der sowjetkonservativen und dann russisch-nationalistischen Fraktion im sowjetischen, dann russländischen Parlament. Durchaus spielten die Strukturen des zerfallenden Staates Sowjetunion eine große Rolle für die Entstehung der Separatismen, und die Unterstützung von Organisationen durch verschiedene Organe der RF hatte ebenfalls immense Auswirkungen auf die Konjunkturen der pro-russländischen Bewegungen. Keineswegs handelt es sich bei diesen aber um aus Mos-

kau ferngesteuerte Marionetten. Vielmehr waren sie eigenständige Akteure. Der Blick auf die konkreten Konfigurationen des Separatismus hat gezeigt, dass die Vorstellung von einer durch ein *homeland* unterstützten (»ethnischen«) Gruppe zu differenzieren ist. Auf der einen Seite bestand der russländische Staat aus einer Vielzahl unterschiedlicher, widersprüchlich handelnder Akteure, die keine einheitliche Politik formulierten. Auf der anderen Seite konkurrierten verschiedene Organisationen, Netzwerke oder Unternehmen in den Regionen um Unterstützung aus Moskau. Für eine differenzierende Analyse ist die Annahme einer Diaspora als Kollektivakteur ebenso untauglich wie das Bild eines einheitlich handelnden oder gar allmächtigen Staates mit einem Zentrum Moskau.

Die ursprünglich scheinbar ähnlichen Voraussetzungen in beiden Regionen wirkten sich im Konkreten auf vielfältige und unterschiedliche Weise aus. Beispielsweise waren die Möglichkeiten, um auf die als feindlich wahrgenommene Politik des unabhängig gewordenen Zentralstaates zu reagieren, letztlich sehr unterschiedlich. Wer sich an den Mobilisierungen beteiligte, welche vorab bestehenden Netzwerke und Strukturen in die Koalition eingingen, war für diese Möglichkeiten bestimmend.

2. Soziale Zusammensetzung, Rekrutierungsorte und Funktionsweise: Ungleiche Akteure

Die soziale Zusammensetzung beider Bewegungen und die vorab bestehenden Netzwerke und Strukturen kollektiven Handelns, aus denen heraus sich die Aktivisten rekrutierten, unterscheiden sich erheblich. In der Bewegung im Dnjestr-Tal spiegeln sich die Strukturen des sowjetischen Betriebs und Staates – Betriebsleitungen mobilisierten ihre Belegschaften und bauten dabei auf die bestehenden Machtverhältnisse auf. Im Kern der Führung des Separatismus im Dnjestr-Tal stand eine Koalition von Funktionseleiten aus den Machtapparaten. Führende Beteiligte waren bereits vor 1989 in sowjetischen Strukturen in Elitenpositionen aufgestiegen, verfügten über Ressourcen und Netzwerke, die sie in Machtpositionen in der neu gegründeten Republik transferierten. Die Krim-Bewegungsaktivisten waren deutlich weiter von den Machtpositionen im sowjetischen Staatsapparat und den Betrieben entfernt. Ein Bündnis aus Perestrojka-Aktivisten, die an der Universität arbeiteten, im Verband der Afghanistan-Veteranen organisiert waren, als Unternehmer tätig waren oder im Parlament der Krim als Abgeordnete saßen, bildete den Kern der pro-russländischen Bewegung. Einige Beteiligte hatten zwar vor 1991 (niedere) Positionen in Partei- oder Gewerkschaftsorganisationen auf der Krim inne, die für die Rekrutierung entscheidend

den Netzwerke entstanden aber vorrangig in der informellen Bewegung der Perestrojka-Ära.

Entsprechend spielte beim Separatismus im Dnjestr-Tal das Arbeitsumfeld für die Rekrutierung der Aktivisten eine größere Rolle. Dort stellten der Industriebetrieb und andere Arbeitsplätze die Plattform dar, auf der Personen mit den Mobilisierungen konfrontiert wurden, zur politischen Aktivität angeregt und in die Organisationen integriert wurden. Auf der Krim waren dagegen persönliche Kontakte und vorhergehendes Engagement in anderen politischen Bewegungen die vorrangigen Einstiegshelfer der Beteiligten, während der Arbeitsplatz nur vereinzelt eine Rolle spielte.

Ähnlich waren sich beide Bewegungen jedoch in der scharfen Hierarchie, die ihren Strukturen inhärent war. Es gab ein starkes Machtgefälle zwischen den für diese Arbeit befragten mittleren und den führenden Aktivisten sowie im Verhältnis von Führung zu Anhängerschaft. Sowohl der sich als Arbeiterbewegung gerierende Dnjestr-Separatismus als auch die sich republikanisch und mit Abstrichen demokratisch gebende Krim-Bewegung boten wenig Raum für soziale Mobilität zwischen Basis und Führung, wenige Aufstiegsmöglichkeiten für untere Klassen, marginalisierte Milieus oder diskriminierte Gruppen. Der Dnjestr-Separatismus war eine konservative Bewegung des sowjetischen Facharbeiters und Ingenieurs, die pro-russländische Bewegung auf der Krim eine Bewegung gebildeter Männer im Kampf um Macht und Deutungshoheit auf der Krim.

Der Dnjestr-Separatismus als konservativer Betriebskorporatismus

Der Dnjestr-Separatismus begann mit einem Streik, und die Organisation, um die herum sich die Bewegung aufbaute, war der »Vereinigte Rat der Arbeitskollektive« (OSTK). Keineswegs handelte es sich, wie der Name suggerieren mag, um eine Organisation mit einem basisdemokratischen Delegiertenprinzip. Einfache Arbeiter waren in der Führung kaum vertreten. Stattdessen gehörten neben den leitenden Angestellten der großen Betriebe auch Lokalpolitiker und einige Akademiker den Führungsgremien des OSTK an. Im Prozess der Transformation der separatistischen Bewegung in einen Staatsapparat kamen zunehmend Vertreter sowjetischer Sicherheitsorgane hinzu. Offiziere der 14. Armee halfen beim Aufbau bewaffneter Verbände. Aus Chişinău wechselten ehemalige politische Funktionäre, z. B. des Innenministeriums, und Akademiker nach Tiraspol' und führten ihre Tätigkeit im neuen Staat fort.

Der politisch-ökonomische Kern des Dnjestr-Separatismus war eine Form von (post-)sowjetischem Betriebskorporatismus. Die Massengefolgschaft der Bewegung basierte auf einem Transfer der betrieblichen Machtstrukturen

in die politische Mobilisierung und in die folgende Staatsgründung. Betriebsdirektoren der großen Industriebetriebe initiierten die Mobilisierungen und errangen höchste Staatsämter. Weitere leitende Angestellte besetzten die Führungspositionen in der Organisation des Dnjestr-Separatismus. Diese Ingenieure stiegen in der Folgezeit im Staatsapparat des neuen Staates auf und arbeiteten nicht selten weiterhin unter denselben Vorgesetzten, die von Betriebsleitern zu Staatsmännern avanciert waren. Die Massenbasis der Bewegung stellten qualifizierte, fest angestellte Arbeiter derselben Industriebetriebe. Bei der Rekrutierung dieser Gefolgschaft spielten der Arbeitsplatz und die dort etablierten Hierarchien eine große Rolle. Nicht nur für die Streikbewegung gegen die moldauischen Sprachgesetze im Sommer 1989, sondern auch für die Kriegsmobilisierung 1992 war der Betrieb der zentrale Ort der Mobilisierung und Rekrutierung. In den Betrieben selbst wurden die größten bewaffneten Verbände zusammengestellt. Die Beteiligten zogen in Freischärler-Einheiten mit Kollegen aus derselben Fabrik in den Kampf für die Unabhängigkeit der PMR.

Dieser Transfer von betrieblichen Machtstrukturen war in den sowjetischen Betriebsstrukturen gewissermaßen angelegt. Der Direktor hatte innerhalb des Betriebs dank des Systems der »Ein-Mann-Führung« in der sowjetischen Wirtschaftslenkung eine starke Machtstellung. Die Arbeiter waren in hohem Maße ökonomisch abhängig von den Betriebsleitungen. Über den Lohn hinaus bestimmte das jeweilige Management über Ressourcenzuteilung und Daseinsvorsorge der Beschäftigten. Die großen Industriekombinate bauten in eigener Regie Wohnungen und Krankenhäuser, unterhielten Urlaubseinrichtungen und Lebensmittelläden und sicherten deren Versorgung durch eigene Landwirtschaftsbetriebe. Die Abhängigkeit der Belegschaft von diesen Ressourcen war der materielle Kern der Fähigkeit der Betriebsleitungen zur politischen und militärischen Mobilisierung ihrer Angestellten. Zudem hatten die Betriebsdirektoren die Nutzung ihrer Macht im Betrieb für politische Zwecke längst eingeübt. Im sowjetischen Regulationsmodus gehörten sie gewohnheitsrechtlich zur lokalen politischen Elite.

Die Machtposition der Direktoren resultierte zwar aus den sowjetischen Betriebsstrukturen, durch Perestrojka, marktwirtschaftliche Transformation und Krise wurde sie aber in mehrerlei Hinsicht zusätzlich gestärkt. Die (von den Perestrojka-Reformern gewollte) abnehmende Macht der Partei bei wirtschaftlichen Fragen beförderte die Konzentration der Macht bei den Betriebsleitungen. Auch der Versuch einer innerbetrieblichen Demokratisierung durch die Einführung der »Räte des Arbeitskollektivs« (STK) und der Wahl des Betriebsleiters trug zur Konzentration der Macht bei den Direktoren bei. Diese erhielten eine Legitimation »von unten« und konnten gleichzeitig die Macht in den neuen Räten monopolisieren – aus den STK

formierten die Betriebsleitungen im Dnjestr-Tal die separatistische Organisation OSTK. Zusätzlich erhöhte die Transformationskrise mit drohenden Massenentlassungen, Versorgungsdefiziten und Preissteigerungen den Druck auf die Arbeiter. Die Betriebe zogen in der Krise weitere staatsähnliche Kompetenzen an sich und formierten polizeiähnliche Verbände. Die Betriebsleitungen konnten »ihre« Belegschaften unter diesen Umständen letztendlich auch für den Krieg mobilisieren.

Obwohl der Dnjestr-Separatismus in erheblichem Maße auf sowjetischen Machtapparaten beruhte, ist das Bild von einer geschlossenen regionalen sowjetischen Elite, die aus »mächtige[n/r] Klanstrukturen aus miteinander verzickelten Partei-, Sowjet-, Verwaltungs- und Betriebsführungen«¹ bestand, als Trägerin des Dnjestr-Separatismus dennoch zu differenzieren. Die zentrale Herrschaftsinstanz in der UdSSR, die KPdSU, gehörte nicht einfach zu den zentralen Pfeilern der Bewegung. Vielmehr spalteten sich die lokalen Strukturen der Kommunistischen Partei feingliedrig über der Frage, ob sie die Autonomiebewegung unterstützen sollten oder nicht. Die städtischen Parteiführungen stellten sich gegen die separatistische Bewegung – für sie war die aus den Streikkomitees neu entstandene politische Kraft ein Konkurrent um die Macht. Die mächtigen betrieblichen Parteiorganisationen in den Industriekombinaten dagegen unterstützten »ihre« Generaldirektoren, den OSTK, den Streik und die Autonomiebestrebungen. Unterhalb der Betriebsparteikomitees stellten sich aber wiederum Basisorganisationen aus einzelnen Produktionseinheiten auf die Seite der Parteiführung.

Der Dnjestr-Separatismus war eine konservative Bewegung für den Erhalt des sozialen Status quo. Auch wenn die zentralen Instanzen der KP in der Region sich an der Mobilisierung nicht beteiligten, reproduzierten sich in der Bewegung die sozialen Hierarchien der sowjetischen Gesellschaft, insbesondere des Betriebs. Der Begriff der »Bewegung«, wie er in der Einleitung konzipiert wurde, stößt für diese mobilisierenden Machtapparate jedoch an seine Grenzen.

Der pro-russländische Separatismus auf der Krim:
Netzwerke einer politischen Bewegung

Die pro-russländische Bewegung auf der Krim entsprach in viel größerem Maß als der Dnjestr-Separatismus dem, was die Protestforschung als »neue soziale Bewegung« bezeichnet hat. Die Krim-Bewegungsaktivisten waren deutlich weiter von den (sowjetischen) Machtapparaten entfernt. Führend waren Intellektuelle bzw. Akademiker, Afghanistan-Veteranen, Ingenieure

1 Büscher, Staatlichkeit Transnistriens, S. 239.

und neue Unternehmer, die sich in den neuen politischen Gruppierungen außerhalb der KP-Massenorganisationen politisiert hatten. Einige Beteiligte hatten niedrigere Positionen in Partei- oder Gewerkschaftsapparaten auf der Krim innegehabt, die Strukturen der sowjetischen Massenorganisationen waren aber nicht zentrale Rekrutierungsbasis der Bewegung. In den Führungsgremien des Krim-Separatismus nur marginal vertreten waren Pensionäre und Soldaten, obwohl die in Sevastopol' stationierte Schwarzmeerflotte und der hohe Rentneranteil auf der Krim ein großes Potential boten. Direktoren großer Industriebetriebe und Lokalpolitiker, die im Dnjestr-Tal das dominierende Element ausmachten, beteiligten sich auf der Krim nicht maßgeblich an der pro-russländischen Bewegung. In einigen Fällen, wie im Bezirk Krasnoperekopsk, stellten sich Akteure aus diesen Strukturen gar explizit gegen den Krim-Separatismus.

Im Kern des Krim-Separatismus standen die für soziale Bewegungen typischen Netzwerkstrukturen mit geringem Formalisierungsgrad. Ende der 1980er/Anfang der 1990er bildete sich vor allem in Simferopol' ein Milieu aus Aktiven von mehr oder weniger demokratieorientierten Gruppierungen wie *Memorial*, *Demokratičeskaja Tavrida* oder *Ekologija i Mir* heraus. Ein erheblicher Teil dieser Aktivisten beteiligte sich an der Gründung der Sammelorganisation der pro-russländischen Bewegung, der RDK. Zu diesem Milieu gehörte auch ein Verband von Afghanistan-Veteranen, der kollektiv in die RDK einging. Im Ladenlokal des SOVA Bagram trafen sich Ende der 1980er Jahre die späteren Führungskader der RDK. Es handelte sich beim SOVA Bagram jedoch nicht (nur) um eine politische Organisation, sondern um einen politisch-sozialen Interessenverband, der in ein Geflecht kommerzieller Strukturen eingebunden war. Unternehmer aus dem Umfeld dieses Verbands, deren Geschäftsmodelle auf dem grenzüberschreitenden Austausch mit Russland basierten, waren ebenfalls Teil der Führung der Bewegung. Die Interessen dieser Unternehmer prägten die Bewegung mit: sie finanzierten die Organisationen, sie pflegten Geschäftsbeziehungen nach Russland und bei entsprechender Interessenlage spalteten sie die Bewegung. Insgesamt lief die Rekrutierung von Aktiven in die pro-russländische Bewegung auf der Krim nicht über dauerhaft strukturierte Sozialisierungsinstanzen wie den Betrieb oder den sowjetischen Staatsapparat, sondern über vorhergehendes politisches Engagement und persönliche Kontakte.

Die Unterschiede in der sozialen Zusammensetzung zum Dnjestr-Separatismus zeigen sich auch an der Geographie der Biographien der Führungsmitglieder und führender Aktivisten. Die Beteiligten auf der Krim wurden, wenn nicht auf der Halbinsel geboren, so doch zumindest dort beruflich und politisch sozialisiert. An diesem langjährigen Lebensmittelpunkt nahmen sie auch die politische Aktivität auf. Nomenklatura-Mitglieder mit den für hö-

here sowjetische Karrieren typischen »All-Unionsbiographien«, die auf das politische Projekt des Separatismus aus einer überregionalen Machtposition heraus zugreifen, finden sich in der Führung des Krim-Separatismus nicht.

Die Beschaffenheit der Bewegung und ihre politische Reichweite entsprachen diesem Kern. Die Organisationen waren kurzlebig und auf einzelne Führungspersonlichkeiten ausgerichtet. Diese Kader bestimmten den Rhythmus von Spaltung und Neugründung. Mit ihren Mobilisierungsereignissen konnte die pro-russländische Bewegung nicht in vergleichbarer Weise in die gesellschaftliche Entwicklung eingreifen wie die Bewegung im Dnjestr-Tal. Sie mobilisierte ihre Anhänger zu Demonstrationen (mit meist kleinerer Teilnehmerzahl), organisierte Unterschriftensammlungen mit beachtlicher Reichweite und brachte eine große Mehrheit der Wähler auf der Halbinsel hinter sich, aber Mobilisierungsereignisse, die in ähnlicher Weise wie Streik und Kriegsmobilisierung im Dnjestr-Tal in die Gesellschaft eingegriffen hätten, konnten die Strukturen, auf denen die Krim-Bewegung basierte, nicht organisieren. Letztendlich fehlten dem pro-russländischen Separatismus auf der Krim die Machtmittel, um einen Konflikt mit Kiew einzugehen. *Blok Rossija* und Jurij Meškov feierten 1994 zwar überwältigende Wahlsiege, und ihre Ideen von einer historischen *Russianness* der Krim wurden offensichtlich von einer deutlichen Mehrheit der Krim-Bewohner unterstützt, aber nachhaltige Organisationsstrukturen (von Staatsstrukturen ganz zu schweigen) konnten sie nicht aufbauen.

3. Geographie der Bewegungen:

Fragmentierte Konfliktlinien und Territorialisierung als Prozess

In beiden Fällen verliefen die Konfliktlinien nicht einfach entlang von klaren Grenzen zwischen Regionen oder Nationalitäten. Weder im Dnjestr-Tal noch auf der Krim standen die Akteurskoalition und das Territorium *a priori* fest. Sie waren Gegenstand eines Aushandlungsprozesses. Mitnichten kämpften »separatistische« oder gar »ethnische« Regionen geschlossen gegen das Zentrum. Stattdessen stellten sich dominante politische Kräfte in einzelnen Bezirken gegen die separatistischen Bestrebungen. An vielen Orten fand ein politischer Machtkampf zwischen Lokalpolitikern und den separatistischen Bewegungen statt. Auch die Formierung der agierenden Koalitionen und die Parteinahme Einzelner war nicht durch die Region/Regionsgrenzen, Nationalitäten, Kulturen oder Geschichte vorherbestimmt, sondern vielmehr umkämpft und von (oft kleinteiligen) sozialen Hierarchien und institutionellen Arrangements abhängig. Die handelnden Koalitionen waren brüchig, die Konfliktlinien fragmentiert.

So war der »Transnistrien-Konflikt« keineswegs eine Auseinandersetzung zwischen dem Dnjestr-Tal und Bessarabien. Die Parteinahmen hingen nicht davon ab, auf welcher Seite des Flusses die Beteiligten lebten (oder gar welcher Nationalität sie angehörten). Der Konflikt war überall auch eine Fortsetzung lokaler Machtkämpfe verschiedener Elitengruppen und Institutionen. In seinen Hochburgen rang der Dnjestr-Separatismus nicht vorrangig mit der moldauischen Regierung oder der Volksfront von Moldova um die Macht, sondern mit den lokalen KP-Apparaten. Nur außerhalb dieser Hochburgen des Dnjestr-Separatismus eskalierten lokale Machtkämpfe zum »Transnistrien-Konflikt«. Dort wo der Versuch der Dnjestr-Separatisten, Institutionen der staatlichen Exekutive zu übernehmen, auf Widerstand traf, wurde der Konflikt gewaltförmig ausgetragen – in Dubossary, Grigoriopol' und Bendery.

Neben den lokalen Machtkämpfen steht auch die Geographie der Lebenswege der »Separatisten« in einem Widerspruch zu den großen Konfliktlinien zwischen Region und Zentrum. Die zentralen Akteure der transnistrischen Bewegung waren Generaldirektoren mit »All-Unionsbiographien«, in deren Karriereplanung die heutige PMR-Hauptstadt Tiraspol' eigentlich nur eine Zwischenstation sein sollte. Viele führende Aktivisten kamen auch aus dem bessarabischen Teil Moldovas, nicht zuletzt aus der Hauptstadt Chişinău. Einige sind auch dorthin zurückgekehrt. Sie siedelten von Chişinău nach Tiraspol' nicht wegen ihrer Nationalität (es waren auch Moldauer darunter) über, sondern aus politischen und beruflichen Gründen. Nicht zuletzt Akademiker und Regierungsangestellte mit Sympathien für den Erhalt der UdSSR sahen in den Chişinăuer Behörden und Akademien 1990/1991 keine Perspektive mehr und suchten sich neue Arbeitsstellen in Tiraspol'.

Auch das Selbstverständnis der Bewegung deckte sich zu Beginn nicht mit der Idee von einem Konflikt zwischen Dnjestr-Tal und Bessarabien. In der Phase der Auseinandersetzung um die Sprachgesetze verstanden sich die Protestierenden als eine Bewegung der Werktätigen in der gesamten MSSR. Gestreikt wurde in Chişinău und Bălţi ebenso wie in Komrat. Die Forderungen des Protests richteten sich in dieser Anfangsphase noch an die MSSR-Führung und beinhalteten Vorschläge für Gesetzesänderungen. Sie hatten noch keine territoriale Dimension. Die Territorialisierung des Konflikts war ein Prozess, den die Führung der Bewegung erst nach der Verabschiedung der Sprachgesetze vorantrieb. Dabei griffen sie auf die im sowjetischen Administrationssystem verankerten Territorialitätskonzepte zurück. Die Beschaffenheit und die Grenzen der angestrebten neuen Verwaltungseinheit lagen für die Zeitgenossen aber ganz und gar nicht auf der Hand – die Idee einer Einheit *Pridnestrov'e* musste erst ausgearbeitet werden. Zudem musste sie den jeweiligen lokalen Realitäten angepasst werden. So lud der Stadtsowjet

von Tiraspol' in seinem ersten Aufruf zur Bildung einer Autonomie noch die Werktätigen der Stadt Bălți ein, sich dem Projekt anzuschließen. In der folgenden Entwicklung nahm die Autonome Republik am Dnjestr dann eine etwas andere Gestalt an.

Wie im Dnjestr-Tal entsprachen auch auf der Krim die Konfliktlinien nicht dem groben Bild eines Konflikts zwischen Staat und abtrünniger Region. Die Krim war alles andere als eine Einheit, die sich von der Ukraine abspalten wollte. Die Regional- und Lokalpolitiker in den Oblast- und Stadtverwaltungen verfolgten kein separatistisches Projekt. Vielmehr arrangierten sich die lokalen Machthaber in den meisten Fällen mit der ukrainischen Regierung und die pro-russländische Bewegung blieb vor Ort jeweils in der Opposition.

Im Norden der Krim stellten sich lokale Eliten beispielsweise offensiv gegen den pro-russländischen Separatismus. Es waren Lokalpolitiker und leitende Angestellte der Betriebe aus dem (chemie-)industriellen Zentrum Krasnoperekopsk, die eine Art Gegenbewegung formierten. Sie drohten im Falle einer Separation der Krim den Bezirk Krasnoperekopsk wiederum von der Halbinsel abzuspalten. Somit wandten sich hier diejenigen sozialen Gruppen, die im Dnjestr-Tal die separatistische Bewegung anführten, gegen den pro-russländischen Krim-Separatismus. Die Parteinahme dieser Eliten lässt sich weder aus ihrer ideologisch-politischen oder nationalen Zugehörigkeit noch aus ihren ökonomischen Interessen einfach ableiten. Vielmehr hatten die Chemiebetriebe dieser Region durch die neuen Grenzen zwischen Russland und der Ukraine den Verlust des größten Absatzmarktes und Engpässe bei der Zulieferung zu befürchten. Das machte die regionalen Eliten aber noch nicht zu Anhängern des separatistischen Projekts. Vielmehr handelten sie mit der ukrainischen Regierung Sonderkonditionen aus. Diese machte die nördliche Krim zur Sonderwirtschaftszone *Sivaš* mit vergünstigten Export- und Zollbedingungen, womit den Interessen der Betriebe und der Stadtverwaltung von Krasnoperekopsk gedient war. Auch waren die Stadteliten, die die Gegenbewegung zum Krim-Separatismus anführten, alles andere als ukrainische Nationalisten, Gegner der Sowjetunion oder auch nur Ukrainer von Nationalität. Sie kodierte ihre Gegnerschaft zur pro-russländischen Bewegung nicht mit Kategorien der Ethnizität, sondern stellten den Gegensatz als politisch-ökonomischen Antagonismus dar. Ein kleinteiliges institutionelles Arrangement bestimmte die Parteinahme der Akteure und nicht die großen Diskurse von Nationalität, Kultur und Geschichte.

Auch in Sevastopol', »Stadt des russischen Ruhms« und Stützpunkt der Schwarzmeerflotte, arrangierten sich die Stadteliten mit Kiew. Die Lokalpolitiker in Sevastopol', die den friedlichen Eingang der Stadt in die unabhängige Ukraine durchsetzten, waren wie diejenigen in Krasnoperekopsk

keine ukrainischen Nationalisten, sondern Vertreter der alten sowjetischen örtlichen Machtapparate. Ihre sowohl großrussisch-imperiale als auch sowjetkonservative Weltsicht stellte bei ihrer Rolle als Vertreter der ukrainischen Regierung kein Hindernis dar, sondern war notwendige Voraussetzung, um in einer Stadt wie Sevastopol' den Übergang in den neuen Staat zu moderieren. Die ukrainische Regierung konnte aus dem Sonderstatus der Stadt in der sowjetischen Verwaltungsgliederung Nutzen ziehen: Sie unterstellte die Stadtverwaltung, in der sowjetischen Tradition, unmittelbar dem ukrainischen Präsidenten. Um diese von Kiew bestellte Stadtregierung herum formierte sich in Sevastopol' der dominante politische Block, unter Einschluss der Betriebsleitungen der Großindustrie, der trotz der in Sevastopol' üblichen groß-russischen Rhetorik die neue staatliche Herrschaft vor Ort absicherte.

Die Konfliktlinien in beiden Fällen verliefen nicht entlang klarer Regionengrenzen, sie verliefen auch nicht entlang »ethnischer« Grenzen, wie das für die postsozialistischen innerstaatlichen Konflikte häufig postuliert worden ist. Keineswegs handelte eine Ethnie der Russen, eine Sprachgruppe der Russophonen oder eine Diaspora, sondern vielmehr lassen sich Organisationen identifizieren, die zu Demonstrationen, Kundgebungen Veranstaltungen, Abstimmungen und Krieg mobilisierten. Sie erreichten dabei weder ausschließlich Angehörige der oben genannten abstrakten Großgruppen noch einen erheblichen Teil davon. Der von den Akteuren erhobene Anspruch, eine Region oder eine Gruppe zu vertreten, transferiert sich keineswegs ungebrochen in eine Realität. Den Blick auf die tatsächlich handelnden Koalitionen zu werfen und diese von Region und abstrakt angenommener Großgruppe zu unterscheiden, bleibt weiterhin die zentrale Aufgabe der Forschung.

4. Plädoyer für eine akteurszentrierte Perspektive auf die innerstaatlichen Territorialkonflikte nach 1989

Was lässt sich also von den Erkenntnissen dieses Vergleichs für die Debatte um Ursachen und Charakteristika der postsozialistischen innerstaatlichen Territorialkonflikte festhalten?

Ethnische Konflikte gibt es nicht. Hinter der von der Sprache der Ethnizität zu einer Gruppe gemachten »russophonen Diaspora« kommen komplexe Kollektivakteure zum Vorschein, die sozial völlig unterschiedliche Phänomene sind. Die Formierung der Konfliktparteien und die Parteinahme Einzelner wurden von kleinteiligen sozialen Hierarchien und institutionellen Arrangements kanalisiert und nicht durch große Linien wie Nationalität,

Region, oder Sprache vorherbestimmt. Auch in Fällen, in denen die Konfliktparteien eine eindeutigeren nationalistische Rhetorik verwenden als in den hier untersuchten, kann die Sprache der Akteure nicht den Versuch ersetzen, die Ökonomie und den sozialen Hintergrund der Akteurskoalition zu entschlüsseln.

Separatismus ist ein Machtprojekt. Der Prozess der Konstituierung der Bewegung, die Frage, wer sich letztendlich an der Koalition beteiligt und wer nicht, die Haltbarkeit der Netzwerke und Strukturen, welche die separatistische Koalition tragen, bestimmen die innere Beschaffenheit und die politische Reichweite der separatistischen Bewegung. Separatismus und Sezession sind also ein Macht- und Herrschaftsprojekt. Kollektives Handeln mit dem Ziel einer territorialen Neuordnung kann zwar auch »von unten« ausgehen (also von nicht-professionellen Politikern organisiert werden, wie das partiell auf der Krim der Fall war) und womöglich von regionalen Mehrheiten in mehr oder weniger freien Willensentscheidungen unterstützt werden – der Kern der Sache ist aber die Parteinahme staatlicher Machtapparate und institutionalisierter Strukturen. An einer erfolgreichen Sezession (und schon an der Organisation von länger andauernder Gewalt) sind staatliche Institutionen bzw. Reste oder Teile von ihnen, regionale (in diesem Fall Wirtschafts-)Eliten und/oder lokale Machthaber beteiligt.

Innerstaatliche Territorialkonflikte sind ein Prozess und kein vorhersagbarer Fall. Dass die vorab bestehenden Strukturen kollektiven Handelns, auf denen die Bewegungen jeweils basierten, und die Ressourcen, die die Beteiligten in die agierende Koalition einbrachten von entscheidender Bedeutung für die Prozesse der Formierung der kollektiven Akteure waren, ist keine Antwort auf die Frage nach dem *Warum* von Konflikt, Gewalt, Separation und nationalistischer Mobilisierung. Auf die häufig gestellte Frage, warum das »Pulverfass Krim nie in die Luft ging«², warum sich keine gewalttätigen Konflikte um die Zugehörigkeit der Krim zur Ukraine entwickelten, wäre die hier herausgearbeitete Antwort: Die Separatisten waren nicht imstande dazu. Die Frage, warum – mit den PMR-Eliten vergleichbare – Akteure auf der Krim kein vergleichbares separatistisches Projekt betrieben haben, drängt sich natürlich sofort auf. Die hier gewonnenen Erkenntnisse deuten auf Arrangements einzelner Akteure mit dem ukrainischen Staat hin. Die Antwort kann für die einzelnen Akteure durchaus unterschiedlich ausfallen. Die Frage, warum es auf der Krim nicht zu einem Gewaltkonflikt oder einer Separation kam, ist bzw. war zu pauschal. Das hat die Wende von 2014 noch einmal unterstrichen – was vorher ein Grund für das Ausbleiben eines Konflikts war, wurde nun zur Hilfestellung für die Übernahme der Krim durch

2 Strazzari, Powder-Keg.

Russland (zum Beispiel die Autonomie). Konflikt, nationalistische Mobilisierung oder Sezession sind als »Fall« nicht zu begreifen, sondern nur als Prozess. Es empfiehlt sich auch, Bedingungen, Voraussetzungen oder Kontexte nicht als dem »Fall« äußerliche »Faktoren« festzuschreiben und in ein Kausalmodell einzuarbeiten, sondern sie als Teil des jeweiligen Prozesses zu betrachten. Innerstaatliche Gewaltkonflikte lassen sich nicht anhand von Faktoren vorhersagen, sondern nur im Nachhinein interpretieren.

Der Weg zu einer plausiblen Interpretation dieser Konflikte führt über die Akteure. Bei dem hier unternommenen Blick auf die handelnden Formationen ist deutlich geworden, dass die Koalitionen brüchig, die Konfliktlinien verhandelbar und die institutionellen Arrangements, die die Parteinahmen Einzelner kanalisieren, kleinteilig sind. Großflächige Antworten auf ein Warum lassen sich also nicht geben. Die Suche nach den Ursachen verspricht als Forschungsleitfaden nicht den größten Erkenntnisgewinn. Vielmehr lässt ein Blick auf die Prozesse, in denen sich die Kollektivakteure konstituieren, die Koalitionen gebildet werden, gemeinsame Interpretationsrahmen geschaffen werden und (gewalttätiges) Handeln eingeübt wird, sowie auf den jeweiligen sozialen Kontext, in dem diese Prozesse ablaufen, einen größeren Beitrag zum Verständnis der betreffenden Konflikte erwarten. Vielversprechend erscheint es, auf die Mikroebene zu gehen und in den sozialen Alltagswelten der Mobilisierten Machtverhältnisse aufzuspüren, die ökonomische Reproduktion der Bürgerkriegsformationen zu beleuchten, Versammlungen einzelner Gruppen zu rekonstruieren und dabei deren Funktionsweisen zutage zu fördern oder die Machtbeziehungen innerhalb zerfallender, aber dennoch beteiligter, staatlicher Institutionen unter die Lupe zu nehmen. Für die hier untersuchten Fälle ist in diesem Sinne eine Vielzahl an Studien vorstellbar: von einer Lokalgeschichte der umkämpften Industriestadt Bendery über ethnologische Studien in einzelnen Industriebetrieben im Dnjestr-Tal oder in Kerč' und Krasnoperekopsk bis hin zu einer Untersuchung der sich verändernden Machtverhältnisse innerhalb der sich zu Konzernen transformierenden Industrieministerien und deren Beziehungen zu den einzelnen Betrieben. Nicht zuletzt mit den Ereignissen in der Ukraine von 2014 drängen sich Studien auf, die das Verhältnis der Akteure vor Ort zu unterschiedlichen Institutionen des in den 1990er Jahren noch im Aufbau befindlichen Staatsapparates der RF unter die Lupe nehmen.

Vergleiche über die Ära nach 1989 und die postsozialistischen Länder hinaus, können eine »Soziologie des (innerstaatlichen) Krieges« möglich machen. Diese wird sicher keine Erklärung »through a single theoretical lense«³ beinhalten. Wenn aber – mit Peter Hägel gesprochen – die Theorie darin

3 Brubaker u. Laitin, *Ethnic and Nationalist Violence*, S. 447.

besteht »in einer gemeinsamen Sprache und mit übergreifenden Denkmustern eine fruchtbare Diskussion zu ermöglichen«⁴, dann ist ein Mosaik von Studien über die Akteure der geeignete Weg zu einem Verständnis der innerstaatlichen Konflikte und nationalistischen Mobilisierungen um 1989.

4 Hägel, Methoden im Wahnsinn, S. 262.

Dank

Der Abschluss dieses Forschungsprojekts und Buches, dessen Vorlage ich im Januar 2013 unter dem Titel »Akteure (post-)sowjetischer Territorialkonflikte. Die separatistischen Bewegungen im Dnjestr-Tal und auf der Krim im Vergleich (1989-1995)« an der Fakultät für Sozialwissenschaften und Philosophie der Universität Leipzig als Doktorarbeit eingereicht habe, war keineswegs geradliniger als die Geschichte, die es zu beschreiben versucht. Ohne das Zutun vieler Kolleg/innen, Freund/innen, Bekannter und Verwandter hätte ich diesen Weg nicht bewältigen können. An erster Stelle geht mein Dank an meinen Betreuer Stefan Troebst, Professor für Kulturstudien Ostmitteleuropas am Institut für Slavistik der Universität Leipzig, Co-Direktor des Global and European Studies Institute (GESI) und stellvertretender Direktor des GWZO Leipzig, der mir nicht nur inhaltlich unzählige Hinweise gegeben, meine Textproben kommentiert und Kontakte für die Forschung im Dnjestr-Tal eröffnet hat, sondern mich auch bei der Bewerbung für Stipendien und Projektgelder immer wieder unterstützt hat.

Dank ihm habe ich auch den Weg in den Promotionsstudiengang »Transnationalisierung und Regionalisierung vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart«, damals am Zentrum für Höhere Studien der Universität Leipzig, später am Graduate Centre »Humanities and Social Sciences« der Research Academy Leipzig, angesiedelt, gefunden. Die Möglichkeit, im Rahmen dieses Studiengangs Struktur und Kapitel der eigenen Arbeit vorstellen und mit Promovierenden und Professor/innen benachbarter Disziplinen diskutieren zu können, hat sich als äußerst wertvoll erwiesen. Ich danke den an den Diskussionen beteiligten Promovierenden, Professor/innen und Koordinatorinnen des Studiengangs für die hilfreichen Anregungen, konstruktiven Kommentare und kritischen Fragen, darunter nicht zuletzt dem Direktor des Graduiertenzentrums Matthias Middell, der als Zweitgutachter der Arbeit fungiert hat.

Meinen zahlreichen Interviewpartnern im Dnjestr-Tal und auf der Krim danke ich dafür, dass sie ihre Zeit für mich geopfert haben und mir Vertrauen entgegengebracht haben. Ihre Aussagen sind eine wichtige Grundlage dieses Buches. Besonderer Dank gebührt Karina Zacharyan und Jens Jordan, die mir geholfen haben, in Rybnica und Tiraspol' anzukommen, Kontakte zu knüpfen und die Situation in der Region besser nachzuvollziehen. Auch Gottfried Hanne, der mehrere Jahre für die OSZE in Tiraspol' tätig war und zum Thema des Transnistrien-Konflikts promoviert, hat mein Verständnis von dem Konflikt in längeren Gesprächen geprägt und die fertige Arbeit kommentiert. Von Herzen geht mein Dank an Manuela Bauche, die in zahlreichen Diskussionen den theoretischen Hintergrund dieser

Arbeit mitgeprägt hat und manches Wochenende opfern musste, um mich bei der Fertigstellung des Textes zu unterstützen. Dana Jirouš, die zeitgleich zu dem Konflikt um den Prigorodnyj-Rayon promoviert hat, hat mehrere meiner Kapitel eingehend mit mir diskutiert. Ich danke Zdenek Zofka, der die fertige Arbeit mehrmals gelesen und redigiert hat. Für Ideen, Gutachten, Hinweise, Hilfe bei der Interpretation von Interviewtexten, freundliche Aufnahme, das Verschaffen von Kontakten und Diskussionen in der frühen Phase der Themenfindung möchte ich zudem (in alphabetischer Reihenfolge, ohne Wertung) Matthias Bernt, Marina Dmitrieva, Rosanna Dom, Vasile Dumbrava, Christian Fröhlich, Julian Gröger, Oleg Gabrielyan, Lutz Häfner, Wolfgang Höpken, Daria Isachenko, Wilfried Jilge, Andrej Mal'gin, Dietmar Müller, Dittmar Schorkowitz, Peter Ullrich, Anna-Christine Weirich, der Familie Zacharyan und meinen Eltern danken. Ich möchte auch an meinen 2006 verstorbenen Freund Jonas Pfau erinnern, der mich, in ersten Überlegungen den Weg einer Promotion einzuschlagen, beraten hat.

Den Herausgebern der Reihe »Moderne europäische Geschichte« Hannes Siegrist und Stefan Troebst möchte ich für die Möglichkeit danken, dass das Buch in diesem ehrenvollen Rahmen erscheinen kann. Zur Erstellung meiner Doktorarbeit hat mich das SYLFF-Komitee der Universität Leipzig drei Jahre lang mit einem Stipendium unterstützt. Das DHI Moskau hat mir mit einem Stipendium einen zweimonatigen Aufenthalt in Moskau von Februar bis April 2010 ermöglicht. Weitere Forschungen für die hier dargelegten Erkenntnisse und Arbeiten an dem Buch habe ich im Rahmen des DFG-Projekts »Akteure (post-)sowjetischer Territorialkonflikte. Die separatistischen Bewegungen in Transnistrien und auf der Krim 1989-1995 im Vergleich« vom August 2010 bis zum Januar 2014 am Global and European Studies Institute der Universität Leipzig vorgenommen. Die Doktorarbeit ist mit dem Promotionspreis der Research Academy Leipzig 2013 und dem Klaus-Mehner-Preis der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde 2013 ausgezeichnet worden.

Abkürzungen

FNS	Front nacional'nogo spasenija – Front der Nationalen Rettung
MMZ	Moldavskij metallurgičeskij zavod – Moldauesches Metallwerk in Rybnica
MSSR	Moldavskaja Sovetskaja Socialističeskaja Respublika (Republica Sovietică Socialistică Moldovenscă) – Moldauesche Sozialistische Sowjetrepublik
NPK	Narodnaja partija Kryma – Volkspartei der Krim
OSTK	Ob''ediněnyj sovet trudodych kollektivov – Vereinigter Rat der Arbeitskollektive
OUN	Organizacija ukraїns'kych nacionalistiv – Organisation Ukrainischer Nationalisten
PASSR	Pridnestrovskaja Avtonomnaja Sovetskaja Socialističeskaja Respublika – Transnistrische Autonome Sozialistische Sowjetrepublik
PĖVK	Partija ēkonomičeskogo vozroždenija Kryma – Partei der Ōkonomischen Wiedergeburt der Krim
PMR	Pridnestrovskaja Moldavskaja Respublika – Transnistrische Moldauesche Republik
PMSSR	Pridnestrovskaja Moldavskaja Sovetskaja Socialističeskaja Respublika – Transnistrische Moldauesche Sozialistische Sowjetrepublik
RDK	Respublikanskoe dviženie Kryma – Republikanische Bewegung der Krim
RF	Rossijskaja Federacija – Russlāndische Fōderation
RjaDK	Russkojazyčnoe dviženie Kryma – Russischsprachige Bewegung der Krim
ROK	Russkaja obščina Kryma – Russische Gemeinde der Krim
RSFSR	Rossijskaja Sovetskaja Federativnaja Socialističeskaja Respublika – Russlāndische Fōderative Sozialistische Sowjetrepublik
SOVA Bagram	Simferopol'skoe obščestvo veteranov Afganistana »Bagram« – Simferopoler Gesellschaft der Afghanistan-Veteranen »Bagram«
SPRK	Sojuz v podderžku Respubliki Krym – Union zur Unterstōtzung der Republik Krim
STK	Sovet trudovogo kollektiva – Rat des Arbeitskollektivs
STM	Sojuz trudjaščichsja Moldovy – Union der Werktätigen Moldovas

Quellen- und Literaturverzeichnis

Archivmaterial

Archiv RDK (informelles Archiv bei der »Russischen Gemeinde der Krim« – ROK)

Protokolle, Programme, Satzungen und Briefverkehr der RDK.

Staatsarchiv der Russländischen Föderation (GA RF)

Bestand des Komitees für Fragen der Gesetzgebung und Rechtsordnung des Obersten Sowjets der UdSSR; Akte f. R-9654, op. 7, d. 136: Materialien zur Vorbereitung einer Entschließung des Obersten Sowjets »Über die Anerkennung der Krim als Erholungsgebiet unionsweiter Bedeutung« (1990).

Bestand des Komitees für Bewahrung der Gesundheit des Volkes des OS UdSSR; Akte f. R-9654, op. 7, d. 628: Protokolle, Entschließungen und Stenogramme der Sitzungen des Komitees zum »Projekt eines Gesetzes über die Krim als All-Unionssanatorium«.

Bestand der Kommission für Fragen der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in den Unionsrepubliken, autonomen Republiken sowie in den autonomen Gebieten und Kreisen des OS UdSSR; Akte f. R-9654, op. 7, d. 1128: Protokolle, Stenogramme, Sitzungen, Entscheidungen der Kommission (1989).

Bestand der Kommission für die Entwicklung der Kultur, der Sprache, der nationalen und integrativen Traditionen und der Bewahrung des historischen Erbes; Akte f. R-9654, op. 7, d. 1208: Gesetzesprojekt »Über die Sprachen der UdSSR«, Beschlüsse des Obersten Sowjets und Materialien zu ihrer Ausarbeitung.

Bestand der Kommission für die Entwicklung der Kultur, der Sprache, der nationalen und integrativen Traditionen und der Bewahrung des historischen Erbes; Akte f. R-9654, op. 7, d. 1211: Petitionen der Kollektive der Betriebe und von Vereinigungen von Bewohnern der MSSR zum Gesetzesprojekt der UdSSR »Über die Sprachen der UdSSR«.

Bestand der Abteilung für zwischennationale Fragen des Obersten Sowjets der UdSSR; Akte f. R-9654, op. 10, d. 105: Petitionen von Deputierten der UdSSR an den Kongress der Volksdeputierten im Obersten Sowjet zur Frage der gesellschaftlich-politischen Situation in der Moldauischen SSR und zum Problem des krimtatarischen Volkes (1989).

Bestand der Abteilung für zwischennationale Fragen des Obersten Sowjets der UdSSR; Akte f. R-9654, op. 10, d. 110: Petitionen von Volksdeputierten der UdSSR an den Obersten Sowjet zur Situation in NKAO, Moldawien, zu den Problemen des krimtatarischen Volkes und der meschetisch-türkischen Bevölkerung (1990).

Bestand des Sekretariats des stellvertretenden Vorsitzenden des Obersten Sowjets der RF Jurij Jarov; Akte f. 10026, op. 1, d. 2767: Dokumente über die politische, soziale und wirtschaftliche Situation auf der Krim, über den Status der Stadt Sevastopol' und die Frage der Schwarzmeerflotte (1992-1993).

Bestand des Sekretariats des stellvertretenden Vorsitzenden des Obersten Sowjets der RF Jurij Jarov, Akte f. 10026, op. 1, d. 2769: Dokumente über die wirtschaftliche und politische Situation in der Republik Moldova, der PMR der gagausischen Republik.

Bestand der Kommission für föderative und zwischennationale Beziehungen des Obers-

Quellen- und Literaturverzeichnis

- ten Sowjets der RF; Akte f. 10026, op. 4, d. 742: Dokumente über die Ereignisse in der PMR und die Lage der Russen in der Republik Moldau (1992).
- Bestand der Kommission für föderative und zwischennationale Beziehungen des Obersten Sowjets der RF; Akte f. 10026, op. 4, d. 758: Briefe von Arbeitskollektiven und Bürgern zur Frage der Selbstbestimmung des Krim-Oblast an die Kommission für zwischennationale Beziehungen des Obersten Sowjets der RF (1990-1991).
- Bestand des Sekretariats des Vorsitzenden des Obersten Sowjets der RSFSR (RF) R.I. Chasbulatov; Akte f. 10026, op. 4, d. 2721: Briefe und Petitionen von Arbeitskollektiven und Bürgern der Krim an den Obersten Sowjet der RF über die Rückkehr der Krim in den Bestand Russlands (1991-1993).
- Bestand der temporären Arbeitskommission zum Status von Sevastopol' des Obersten Sowjets der RF; Akte f. R-10026, op. 4, d. 3516: Informationsschreiben der Abgeordnetenfraktionen und Erklärungen der Teilnehmer an Demonstrationen zur Frage von Sevastopol', der Krim und der Schwarzmeerflotte (1992-1993).
- Bestand der temporären Arbeitskommission zum Status von Sevastopol' des Obersten Sowjets der RF, Akte f. R-10026, op. 4, d. 3520: Petitionen, Erklärungen, Briefe der gesellschaftlichen Organisationen der Krim (1992-1993).
- Bestand des Obersten Sowjets der RF zur sozialen und politischen Situation in den Republiken der RF; Akte f. 10026, op. 5, d. 799: Dokumente des Obersten Sowjets der PMR (1990-1992).
- Bestand des Sekretariats des stellvertretenden Vorsitzenden des Obersten Sowjets der RF; Akten f. 10026, op. 5, d. 800-802: Briefe und Petitionen von Arbeitskollektiven und Organisationen der PMR und der Republik Moldova sowie analytische Berichte und Betrachtungen der sozialen Situation und zu den Ereignissen in Pridnestrov'e (1991-1992).

Staatsarchiv beim Ministerrat der Autonomen Republik Krim (GA ARK)

- Bestand der Wahlkreis-Kommission der Krim für das Referendum der UdSSR am 17. März 1991; Akte f. R-3287, op. 1, d. 1: Mitteilungen über die Ergebnisse der Abstimmungen.
- Bestand der Präsidialverwaltung der Republik Krim; Akte f. R-4915, op. 1, d. 1: Erlasse Nr. 1-184 des Präsidenten der RK (1994).
- Bestand der Präsidialverwaltung der Republik Krim; Akte f. R-4915, op. 1, d. 2: Verfügungen Nr. 1-61 des Präsidenten der RK (1994).
- Bestand der Präsidialverwaltung der Republik Krim; Akten f. R-4915, op. 1, d. 14-15: Schriftwechsel mit den Ministerien, Stadt- und Bezirksverwaltungen, Vereinigungen und politischen Organisationen der Krim (1994).
- Bestand der Präsidialverwaltung der Republik Krim, Akte f. R-4915, op. 1, d. 28: Schriftwechsel mit Unternehmen, Einrichtungen und Organisationen der Krim über ihre Tätigkeit (1994).
- Bestand der Präsidialverwaltung der Republik Krim, Akte f. R-4915, op. 1, d. 29: Schriftwechsel mit staatlichen, politischen und gesellschaftlichen Organisationen der Krim zu den Fragen der Ökologie, der Privatisierung und der Abgrenzung des Eigentums (1994).
- Bestand der Präsidialverwaltung der Republik Krim, f. R-4915, op. 1, d. 47: Dokumente über die politische Situation auf der Krim in Verbindung mit der Auflösung des Dienstes des Präsidenten (1995).

- Bestand des Obersten Sowjets der Krim ASSR; Akte f. R-4993, op. 1, d. 155: Materialien zur Tätigkeit der »Russischen Gesellschaft der Krim« (Russkoe obščestvo Kryma) (1993).
- Bestand des Obersten Sowjets der Krim ASSR; Akte f. R-4993, op. 1, d. 158: Materialien über die sozialökonomische Lage auf der Krim (1993).
- Bestand des OS Krim; Akte f. R-4993, op. 1, d. 235: Protokolle der Sitzungen des Präsidiums des OS Krim von Januar bis Mai 1994.
- Bestand des Obersten Sowjets der Krim ASSR, Akte f. R-4993, op. 1, d. 254: Materialien über die Tätigkeit des Präsidenten der Krim Ju. Meškov (1994).

Internetquellen

- Administration des Präsidenten. (Nichtoffizielle) Internetseite des Präsidenten der PMR. Archiv, unter: <http://president-pmr.org/material/55.html> [zuletzt geprüft am 25.2.2015].
- Ausführende Gewalt – die Minister. (Nichtoffizielle) Internetseite des Präsidenten der PMR, unter: <http://president-pmr.org/category/108.html> [zuletzt geprüft am 25.2.2015].
- Biographie Anatolij Evgen'evič Ladan. Internetseite der Präsidialadministration der PMR, unter: http://president.pmr-gov.org/index.php?option=com_content&task=view&id=84&Itemid=85 [aufgrund des Machtwechsels nicht mehr verfügbar, Kopie beim Autor].
- Biographie Kiričenko Michail Fëdorovič. Freie Online-Enzyklopädie »Mir Pridnestrov'ja!«, unter: http://pmr.idknet.com/wiki/index.php/кириченко_михаил_федорович [zuletzt geprüft am 25.2.2015].
- Biographie Klyčnikov Vladimir Nikolaevič. Internetseite des Parlaments der Autonomen Republik Krim, unter: http://www.rada.crimea.ua/deputy_draft/951/10 [zuletzt geprüft am 25.2.2015].
- Biographie Kunicyn Sergej Vladimirovič. Biographie. Informationsseite über Sevastopol' unter: <http://www.sevastopol.su/person.php?id=9> [zuletzt geprüft am 25.2.2015].
- Biographie Pologov Gimn Fëdorovič. Freie Online-Enzyklopädie »Mir Pridnestrov'ja!«, unter: http://pmr.idknet.com/wiki/index.php/пологов_гимн_федорович [zuletzt geprüft am 25.2.2015].
- Biographie Vadim Mordašov. Internetseite des Kongress Russischer Gemeinden der Krim/Slawische Partei (Kongress Russkich obščin Kryma – Slavjanskoj partii), unter: <http://kro-krim.narod.ru/MAIN/ruk.htm#1> [zuletzt geprüft am 25.2.2015].
- Biographie Viktor Alksnis. Biographische Online-Enzyklopädie, unter: http://dic.academic.ru/dic.nsf/enc_biography/2649 [zuletzt geprüft am 25.2.2015].
- Biographie Vladimir Ryljakov. Freie Online-Enzyklopädie »Mir Pridnestrov'ja!«, unter: http://pmr.idknet.com/wiki/index.php/рыляков_владимир_маркович [zuletzt geprüft am 25.2.2015].
- Deputierte des Obersten Sowjets der PMR aus der Stadt Rybnica. Internetseite des Stadt-sowjets von Rybnica, unter: <http://rybnsovet.idknet.com/verhovnyj-sovet/> [zuletzt geprüft am 25.2.2015].
- Internetseite der Staatsuniversität Tiraspol', Bildungsministerium der Republik Moldova. Geschichte der Universität (Istoria universităţii), unter: <http://www.ust.md/infogen/istoria> [zuletzt geprüft am 25.2.2015].

Quellen- und Literaturverzeichnis

- Internetseite der *Russkaja obščina Kryma*, unter: <http://www.ruscrimea.ru/> [zuletzt geprüft am 25.2.2015].
- Internetseite des Parlaments der Autonomen Republik Krim, unter: <http://www.rada.crimea.ua/> [zuletzt geprüft am 25.2.2015].
- Internetseite des MMZ, unter: http://www.aommz.com/pls/web/web.main.show?main_id=10&m_id=67 [zuletzt geprüft am 25.2.2015].
- Personen der Staatsverwaltung. (Nichtoffizielle) Internetseite des Präsidenten der PMR, unter: <http://president-pmr.org/category/120.html> [zuletzt geprüft am 25.2.2015].
- Spisok pogibšich i propavšich bez vesti zaščitnikov Dubossar v 1990-1992 g. Internetseite der Stadt Dubossary, unter: <http://www.dubossary.ru/page.php?165> [zuletzt geprüft am 25.2.2015].
- Struktur der Administration des Präsidenten. Internetseite der Präsidialadministration der PMR, unter: http://president.pmr-gov.org/index.php?option=com_content&task=blogcategory&id=21&Itemid=85 [aufgrund des Machtwechsels nicht mehr verfügbar, Kopie beim Autor].
- Struktur der Präsidialadministration. (Nichtoffizielle) Internetseite des Präsidenten der PMR, unter: <http://president-pmr.org/category/30.html> [zuletzt geprüft am 25.2.2015].

Interviews

Dnjestr-Tal

- Interview mit A. Z., Rybnica, 22.3.2008.
- Interview mit I. D., Rybnica, 29.3.2008.
- Interview mit A. T., Chişinău, 23.4.2008.
- Interview mit M. T., Chişinău, 24.4.2008.
- Interview mit A. T. und G. Z., Bendery, 8.5.2008.
- Interview mit D. C., Tiraspol', 14.5.2008.
- Interview mit A. S., Tiraspol', 15.5.2008.
- Interview mit V. F., Tiraspol', 15.5.2008.
- Interview mit L. B., Tiraspol', 16.5.2008.
- Interview mit A. J., Tiraspol', 16.5.2008.
- Interview mit E. F., Tiraspol', 19.5.2008.
- Interview mit G. L., Tiraspol', 19.5.2008.
- Interview mit N. E., Tiraspol', 20.5.2008.
- Interview mit A. U., Tiraspol', 20.5.2008.
- Interview mit N. C., Tiraspol', 20.5.2008.

Krim

- Interview mit S. L., Simferopol', 17.6.2008.
- Interview mit A. A., Simferopol', 2.7.2008.
- Interview mit V. N., Simferopol', 4.7.2008.
- Interview mit V. R., Simferopol', 4.7.2008.
- Interview mit A. N., Simferopol', 8.7.2008.
- Interview mit A. T., Simferopol', 9.7.2008.
- Interview mit K. E., Simferopol', 11.7.2008.

Interview mit A. L., Sevastopol', 12.7.2008.
 Interview mit M. I., Simferopol', 14.7.2008.
 Interview mit V. D., Simferopol', 15.7.2008.
 Interview mit D. B., Simferopol', 17.7.2008.
 Interview mit S. T., Simferopol', 17.7.2008.
 Interview mit V. L., Simferopol', 18.7.2008.
 Interview mit B. L., Simferopol', 21.7.2008.
 Interview mit V. V., Simferopol', 21.7.2008.
 Interview mit J. M., Simferopol', 22.7.2008.
 Interview mit V. A., Simferopol', 22.7.2008.
 Interview mit M. G., Sevastopol', 24.7.2008.
 Interview mit T. F., Sevastopol', 24.7.2008.
 Interview mit J. C., Sevastopol', 24.7.2008.

Zeitungen

Bastujuščij Tiraspol'; (erschien nur August/September 1989; Streikzeitung aus Tiraspol')

Dnestrovskaja Pravda; Jg. 1988-1992 (Zeitung von KP und Stadtsovet Tiraspol')

Edinstvo; einzelne Ausgaben d. Jg. 1990-1991 (Informationsbulletin der Interdviženie; eingesehen im Archiv der Forschungsstelle Osteuropa Bremen)

Flag Rodiny; Jg. 1991, 1994 (Zeitung der Schwarzmeerflotte)

Frunzevec/Perekop; Jg. 1991-1995 (städtische Zeitung aus Krasnoperekopsk, ab 1992 Perekop)

Izvestija Rabočego Komiteta; einzelne Ausgaben d. Jg. 1989 (Streikzeitung aus Bendery)

Južnaja Stolica; Jg. 1992-1994 (städtische Zeitung aus Simferopol')

Kazači Vedomosti; einzelne Ausgaben d. Jg. 1992 (Zeitung der Union der Kosaken/Russland; eingesehen im Archiv der Forschungsstelle Osteuropa Bremen)

Kirovec; Jg. 1988-1992 (Betriebszeitung der Gussmaschinenfabrik Kirov)

Krymskaja Pravda; Jg. 1989-1995 (bis August 1991 Zeitung der KP und des Oblast-Sowjets der Krim)

Krymskie Izvestija; Jg. 1995 (Zeitung des Parlaments der Krim)

Leninskoe Znamja; Jg. 1989-1991/2 (Zeitung von KP und Stadtsovet Rybnica, bis August 1991)

Literatura și Arta; Jg. 1990-1992 (Zeitung des moldauischen Schriftstellerverbands)

Nezavisimaja Gazeta; Jg. 1992-1995 (unabhängige Moskauer Tageszeitung)

Nezavisimaja Moldova; Jg. 1992 (Zeitung von Regierung und Parlament der Republik Moldova)

Novosti; Jg. 1991-1992 (Zeitung des Stadtsojets Rybnica)

Pravda; Jg. 1989-1991 (Zeitung des ZK der KPdSU)

Rossijskaja Obščina Sevastopolja, Jg. 1994 (Organisationszeitung der Russländischen Gemeinde Sevastopol')

Rybnickij Metallurg; Jg. 1987-1992 (Betriebszeitung des Metallwerks MMZ)

Rybnickij Vestnik/Chronika Zabastovki; (erschien nur einige Monate 1989, Streikzeitung aus Rybnica)

Quellen- und Literaturverzeichnis

- Slava Sevastopolja; Jg. 1989-1993 (bis August 1991 Zeitung von KP und Stadtsowjet von Sevastopol')
- Sovetskaja Moldova; Jg. 1989-1991 (Zeitung von KP und Oberstem Sowjet der MSSR, bis August 1991)
- Svobodnyj Krym; Jg. 1992; 1995 (Zeitung des RDK)
- Țara; einzelne Ausgaben d. Jg. 1989-1990 (Zeitung der Volksfront von Moldova; eingesehen im Archiv der Forschungsstelle Osteuropa Bremen)
- Tavričeskie Vedomosti, Jg. 1991-1995 (autonomistische Wochenzeitung aus Simferopol')
- Trudovoj Tiraspol'; Jg. 1990-1992 (Zeitung des OSTK, Nachfolger von Bastujuščij Tiraspol')

Literatur

- Aigner, Josef Dietmar: Reformbestrebungen und Zerfall des sozio-ökonomischen Systems der Sowjetunion (1980 bis 1994). Analyse und Kritik des Transformationsprozesses unter besonderer Berücksichtigung des Sektors der Eisen- und Stahlindustrie, Linz 1999.
- Aitov, Nariman: The Dynamics of Social Mobility in the USSR, in: Yanowitch, Murray (Hg.), The Social Structure of the USSR. Recent Soviet Studies, New York 1986, S. 254-270.
- Aksënov, Vasilij: Ostrov Krym, Ann Arbor 1981.
- Alfer'eva, L. (Hg.): Slavy ne iskali. Sbornik vospominanij učastnikov sozdanija i stanovlenija PMR, Bendery 2000.
- Alfer'eva, L.: Dmitrij Feodos'evič Kondratovič: »Ne mogu stojat« zatytkom k boju.'..., in: Alfer'eva, L. (Hg.), Slavy ne iskali. Sbornik vospominanij učastnikov sozdanija i stanovlenija PMR, Bendery 2000, S. 196-199.
- Alfer'eva, L. (Hg.): On žizn' respublike otdal. Sbornik statej D. F. Kondratoviča i vospominanij o nëm, Bendery 2003.
- Altrichter, Helmut (Hg.): GegenErinnerung. Geschichte als politisches Argument im Transformationsprozeß Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas (= Kolloquien, Bd. 61), München 2006.
- Ametov, Rustam: Regional'nye osobennosti razvitija chozjajstvennogo kompleksa Kryma, Doneck 2001.
- Anderson, Benedict: Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism, London; New York 1991.
- Anderson, Benedict: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts, Frankfurt a. M. 1996.
- Andreeva, Galina: Ženščiny Pridnestrov'ja, Tiraspol' 2000.
- Arel, Dominique: Language Politics in Independent Ukraine: Towards One or Two State Languages? In: Nationalities Papers 23 (1995), Nr. 3, S. 599-615.
- Armandon, Emmanuelle: La Crimée entre Russie et Ukraine. Un conflit qui n'a pas eu lieu, Brüssel 2013.
- Aspecte ale conflictului transnistrean, Chişinău 2001.
- Atlas PMR. Istoriija, Tiraspol' 2007.
- Babenko, G.: Transformacija promyšlennosti Kryma, in: Ekonomika Ukrainy (2001), Nr. 5, S. 39-43.

- Babilunga, Nikolaj V.: Istorija PMR. V kratkom izloženii, in: Matsuzato, Kimitaka (Hg.), Pridnestrov'e v makroregional'nom kontekste černomorskogo poberež'ja. Sbornik statej, Sapporo 2008, S. 22-61.
- Babilunga, Nikolaj V. u. a.: Istorija Pridnestrovskoj Moldavskoj Respubliki. Bd. 1, Tiraspol' 2000.
- Babilunga, Nikolaj V. u. a.: Istorija Pridnestrovskoj Moldavskoj Respubliki. Bd. 2, Erster Teil, Tiraspol' 2001.
- Babilunga, Nikolaj V.; Bomeško, B. G.: Dubossary – krovotočščaja rana Pridnestrov'ja, Tiraspol' 1993.
- Baev, Pavel K.: Civil Wars in Georgia. Corruption Breeds Violence, in: Koehler, Jan; Zürcher, Christoph (Hg.), Potentials of Disorder. Explaining Conflict and Stability in the Caucasus and in the Former Yugoslavia, Manchester 2003, S. 127-144.
- Bagrov, Nikolaj V.: Krym. Vremja nadežd i trevog, o. O., o. D.
- Bagrov, Nikolaj V.: Krym. Vremja osmyslenija projdënnogo, Simferopol' 2003.
- Balmaceda, Margarita M.: Privatization and Elite Defection in De Facto States: The Case of Transnistria, 1991-2012, in: Communist and Post-Communist Studies 46 (2013), Nr. 4, S. 445-454.
- Barnes, Andrew: Owning Russia. The Struggle over Factories, Farms and Power, Ithaca; London 2006.
- Bašić, Natalija: Krieg als Abenteuer. Feindbilder und Gewalt aus der Perspektive ex-jugoslawischer Soldaten 1991-1995, Gießen 2004.
- Becker, Joachim: Akkumulation, Regulation, Territorium. Zur kritischen Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie, Marburg 2002.
- Beckherrn, Eberhard: Pulverfass Sowjetunion. Der Nationalitätenkonflikt und seine Ursachen, München 1990.
- Bekirova, Gul'nara: Krymskotatarskaja Problema v SSSR (1944-1991), Simferopol' 2004.
- Belitser, Natalia; Bodruk, Oleg: Conflicting Loyalties in the Crimea, in: Waller, Michael u. a. (Hg.), Conflicting Loyalties and the State in Post-Soviet Russia and Eurasia, London; Portland 1998, S. 53-79.
- Bergman, Michail: Na ringe epochi. Neobyčajnye priključenija polkovnika Rossijskoj Armii, rasskazannye im samim, Moskau 2001.
- Bericht des Rechtsschutzzentrums »Memorial«. Die massenhaften und schwerwiegendsten Verletzungen der Menschenrechte und die Lage in der Zone des bewaffneten Konflikts in der Stadt Bendery im Juni-Juli 1992, in: Nezavisimaja Gazeta, 22.9.1992, S. 4-5.
- Bianchini, Stefano (Hg.): From the Adriatic to the Caucasus. The Dynamics of (De-)Stabilization, Ravenna 2001.
- Blakkisrud, Helge; Kolstø, Pål: From Secessionist Conflict toward a Functioning State: Processes of State- and Nation-Building in Transnistria, in: Post-Soviet Affairs 27 (2011), Nr. 2, S. 178-210.
- Billig, Michael: Banal Nationalism, London 1995.
- Bochmann, Klaus; Dumbrava, Vasile; Müller, Dietmar u. Reinhardt, Victoria (Hg.): Die Republik Moldau – Republica Moldova. Ein Handbuch, Leipzig 2012.
- Bochmann, Klaus; Dumbrava, Vasile (Hg.): Sprachliche Individuation in mehrsprachigen Regionen Osteuropas. Bd. 1 Republik Moldova (= Veröffentlichungen des Moldova-Instituts Leipzig, Bd. 1), Leipzig 2007.

Quellen- und Literaturverzeichnis

- Bogovid, A. S.: Černomorskoe kazač'e vojsko (1991-2001 gody), Tiraspol' 2002.
- Bougarel, Xavier: Zur Ökonomie des Bosnien-Konflikts. Zwischen Raub und Produktion, in: Jean, François; Rufin, Jean-Christophe (Hg.), Ökonomie der Bürgerkriege, Hamburg 1999, S. 191-218.
- Bova, Russell: Worker Activism. The Role of the State, in: Sedaitis, Judith B.; Butterfield, Jim (Hg.), Perestroika from Below. Social Movements in the Soviet Union, Boulder 1991, S. 29-42.
- Brubaker, Rogers: Nationalism Reframed. Nationhood and the National Question in the New Europe, Cambridge 1996.
- Brubaker, Rogers: Ethnicity without Groups, Cambridge 2004.
- Brubaker, Rogers; Laitin, David: Ethnic and Nationalist Violence, in: Annual Review of Sociology 24 (1998), S. 423-452.
- Brunnbauer, Ulf; Grandits, Hannes (Hg.), The Ambiguous Nation. Case Studies from Southeastern Europe in the 20th Century (= Südosteuropäische Arbeiten, Bd. 151), München 2013.
- Brzoska, Michael: Ökonomische Kriegstheorien, in: Jäger, Thomas; Beckmann, Rasmus (Hg.), Handbuch Kriegstheorien, Wiesbaden 2012, S. 96-104.
- Bürgers, Jana: Kosakenmythos und Nationsbildung in der postsowjetischen Ukraine, Konstanz 2006.
- Burov, G. M. u. a.: Istorija Kryma. S drevnejšich vremën do naschich dnei, Simferopol' 2007.
- Büscher, Klemens: Transnationale Beziehungen der Russen in Moldova und der Ukraine. Ethnische Diaspora zwischen Residenz- und Referenzstaat, Frankfurt a. M. 2004.
- Büscher, Klemens: Die »Staatlichkeit« Transnistriens – ein Unfall der Geschichte? In: Jahn, Egbert (Hg.), Nationalismus im spät- und postkommunistischen Europa. Bd. 3 – Nationalismus in den nationalen Gebietseinheiten, Baden-Baden 2008, S. 227-252.
- Calic, Marie-Janine: Der Krieg in Bosnien-Herzegovina. Ursachen – Konfliktstrukturen – Internationale Lösungsversuche, Frankfurt a. M. 1996.
- Calic, Marie-Janine: Der Jugoslawienkrieg der 1990er Jahre. Theorie des ethnonationalistischen Krieges, in: Jäger, Thomas; Beckmann, Rasmus (Hg.), Handbuch Kriegstheorien, Wiesbaden 2012, S. 448-457.
- Cașu, Igor: Die Republik Moldau 1985-1991 – von der Perestrojka bis zur Unabhängigkeit, in: Bochmann, Klaus u. a. (Hg.), Die Republik Moldau – Republica Moldova. Ein Handbuch, Leipzig 2012, S. 109-118.
- Černevcov, Konstantin: Krym banditskij. Krymskaja bratva v bor'be za sfery vlijanija, Moskau 1998.
- Chamberlain-Creangă, Rebecca: The ›Transnistrian People‹? Citizenship and Imaginings of ›The State‹ in an Unrecognised Country, in: Heintz, Monica (Hg.), Weak State, Uncertain Citizenship: Moldova, Frankfurt a. M. 2008, S. 103-124.
- Chamberlain-Creangă, Rebecca; Allin, Lyndon, K.: Acquiring Assets, Debts and Citizens. Russia and the Micro-Foundations of Transnistria's Stalemated Conflict, in: Demokratizatsiya 18 (2010), Nr. 4, S. 329-356.
- Chase, Phillip: Conflict in the Crimea: An Examination of Ethnic Conflict under the Contemporary Model of Sovereignty, in: Columbia Journal of Transnational Law 34 (1995), Nr. 1, S. 219-225.

- Cheterian, Vicken: *War and Peace in the Caucasus. Ethnic Conflict and the New Geopolitics*, New York 2008.
- Chinn, Jeff; Kaiser, Robert J.: *Russians as the New Minority. Ethnicity and Nationalism in the Soviet Successor States*, Boulder 1996.
- Chinn, Jeff; Roper, Steven D.: *Ethnic Mobilization and Reactive Nationalism: The Case of Moldova*, in: *Nationalities Papers* 23 (1995), Nr. 2, S. 291-325.
- Chirtoagă, Ion; Dragnev, Demir: *O istorie a regiunii transnistrene din cele mai vechi timpuri până în prezent. Compendiu*, Chișinău 2007.
- Cholodjuk, Anatolij: *O generale Aleksandre Lebede i o zabytoj vojne. Zapiski polit-ëmigranta*, München 2005.
- Christensen, Paul Thomas: *Russia's Workers in Transition. Labor, Management, and the State under Gorbachev and Yeltsin*, Dekalb 1999.
- Ciobanu, Ceslav: *Moldova: The Dniester Moldovan Republic*, Center for Security and Science, 2003, unter: http://www.c4ss.net/website/Web_site/RESEARCH/DMR_by__C_Ciobanu.pdf [zuletzt geprüft am 25.2.2015].
- Ciobanu, Ceslav: *Frozen and Forgotten Conflicts in the Post-Soviet States. Genesis, Political Economy, and Prospects for Solution*, New York 2009.
- Cojocaru, Natalia; Suhan, Stela: *Transnistria. The Socio-Ideological Context of Invented Identities*, in: *Transitions: Ex-Revue des Pays de l'Est* 45 (2006), Nr. 2, S. 153-170.
- Collier, Paul; Hoefler, Anke: *Greed and Grievance in Civil War*, in: Ganguly, Rajat (Hg.), *Ethnic Conflict. Vol. 2: Causes of Ethnic Conflict*, London 2009.
- Čolović, Ivan: *Bordell der Krieger. Folklore, Politik und Krieg*, Osnabrück 1994.
- Čolović, Ivan: *Fußball, Hooligans und Krieg*, in: Bremer, Thomas u. a. (Hg.), *Serbiens Weg in den Krieg. Kollektive Erinnerung, nationale Formierung und ideologische Aufrüstung*, Berlin 1998, S. 261-276.
- Colton, Timothy J.; Tucker, Robert C. (Hg.): *Patterns in Post-Soviet Leadership*, Boulder 1995.
- Cornell, Svante E.: *The Nagorno-Karabakh Conflict*, Uppsala 1999.
- Costaș, Ion: *Transnistria 1989-1992. Cronică unui război »nedeclarat«*, Bukarest 2012.
- Covert, Kevin: *Overlapping Imagined Communities: The Black Sea Fleet Negotiations between Russia and Ukraine*, in: *Canadian Review of Studies in Nationalism* 24 (1997), Nr. 1-2, S. 21-31.
- Dailey, Erika: *Human Rights in Moldova. The Turbulent Dniester*, New York 1993.
- Dawson, Jane I.: *Eco-nationalism. Anti-Nuclear Activism and National Identity in Russia, Lithuania, and Ukraine*, Durham 1996.
- Dawson, Jane I.: *Ethnicity, Ideology and Geopolitics in Crimea*, in: *Communist and Post-Communist Studies* 30 (1998), Nr. 4, S. 427-444.
- Deletant, Dennis: *The Holocaust in Transnistria. An Overview in the Light of Recent Research*, in: Haynes, Rebecca (Hg.), *Moldova, Bessarabia, Transnistria*, London 2003, S. 143-161.
- Della Porta, Donatella u. a.: *Social movements in a globalizing world*, New York 1999.
- Della Porta, Donatella; Diani, Mario: *Social Movements. An Introduction*, Oxford 1999.
- Dembinska, M.; Danero Iglesias, J.: *The Making of an Empty Moldovan Category within a Multiethnic Transnistrian Nation*, in: *East European Politics & Societies* 27 (2013), Nr. 3, S. 413-428.
- Derluguian, Georgi M.: *Bourdieu's Secret Admirer in the Caucasus*, New York 2004.

Quellen- und Literaturverzeichnis

- Devjatkov, Andrej: *Politika Rossii v otnošenii Pridnestrovskoj Moldavskoj Respubliki (1992-2009)*. Avtoreferat Dissertacii, Nižnij Novgorod 2010.
- Devjatkov, Andrej [Devyatkov, Andrej]: Russian Policy toward Transnistria. Between Multilateralism and Marginalization, in: *Problems of post-Communism* 18 (2012) Mai/Juni, S. 53-62.
- Dima, Nicholas: *From Moldavia to Moldova. The Soviet-Romanian Territorial Dispute*, Boulder 1991.
- Djukarev, V.: Dubossary 1989-1992 gg. Za kulisami politiki, Tiraspol' 2000.
- Dobrov, Dmitrij F.: »Cel' byla odna – zaščitit' svoj dom', in: Alfer'eva, L. (Hg.), *Slavy ne iskali*. Sbornik vospominanij učastnikov sozdanija i stanovlenija PMR, Bendery 2000, S. 51-59.
- Dobrov, Fëdor A.: Edinstvennyj pravil'nyj put', in: Alfer'eva, L. (Hg.), *Slavy ne iskali*. Sbornik vospominanij učastnikov sozdanija i stanovlenija PMR, Bendery 2000, S. 60-62.
- Drohobycy, Maria (Hg.): *Crimea. Dynamics, Challenges, and Prospects*, Lanham 1995.
- Drzymalla, Jürgen: *Die Krim zwischen der Ukraine und Russland. Politische und wirtschaftliche Bestandsaufnahme*, München 1996.
- Dumbrava, Vasile; Cașu, Igor: Die Moldauische Sozialistische Sowjetrepublik (1944-1991), in: Bochmann, Klaus u. a. (Hg.), *Die Republik Moldau – Republica Moldova*. Ein Handbuch, Leipzig 2012, S. 98-108.
- Efimov, S.A.: Regional'nye osobennosti golosovanija Krymčan na referendumach 1991 goda i sbor podpisaj za provedenie obščekrymskogo referendum v 1992 godu, in: Gržibovskaja, Galina N. (Hg.), *Avtonomnaja Respublika Krym v XXI veke: Opyt', problemy, razvitie*. Materialy naučno-praktičeskoj konferencii, Simferopol' 2006, S. 232-248.
- Eichhorst, Kristina: *Ethnisch-separatistische Konflikte in Kanada, Spanien und Sri Lanka. Möglichkeiten und Grenzen institutioneller Konfliktregelungen*, Frankfurt a.M. 2005.
- Elletson, Harold: *The General against the Kremlin. Alexander Lebed': Power and Illusion*, London 1998.
- Elwert, Georg: *Gewaltmärkte. Beobachtungen zur Zweckrationalität von Gewalt*, in: Trotha, Trutz von (Hg.), *Soziologie der Gewalt*, Opladen 1997, S. 86-102.
- Emel'janov, Vladimir: Gorel, kak fabel, in: Alfer'eva, L. (Hg.), *On žizn' respublike ot dal*. Sbornik statej D.F. Kondratoviča i vospominanij o nëm, Bendery 2003, S. 5-6.
- Emel'janov, Vladimir: PMR – Primer internacional'nogo duča, in: Alfer'eva, L. (Hg.), *Slavy ne iskali*. Sbornik vospominanij učastnikov sozdanija i stanovlenija PMR, Bendery 2000, S. 5-12.
- Ežegodnyj istoričeskij al'manach Pridnestrov'ja, Tiraspol' 2005.
- Fearon, James; Laitin, David: Explaining Interethnic Cooperation, in: *American Political Science Review* 90 (1996), Nr. 4, S. 715-735.
- Fisenco, Jakov: »Po sovesti, ne za rubli ...«, in: Alfer'eva, L. (Hg.), *Slavy ne iskali*. Sbornik vospominanij učastnikov sozdanija i stanovlenija PMR, Bendery 2000, S. 110-112.
- Flick, Uwe: *Qualitative Forschung. Theorie, Methoden, Anwendung in Psychologie und Sozialwissenschaften*, Hamburg 1999.
- Formančuk, Aleksandr: *Mify Sovetskoj epochy*. Bd. 2, Simferopol' 2002.
- Fournier, Anna: Mapping Identities. Russian Resistance to Linguistic Ukrainisation in Central and Eastern Ukraine, in: *Europe-Asia Studies* 54 (2002), Nr. 3, S. 415-433.

- Frejldkin, I. A.: Trudnij put' k veršinam – 20 let Moldavskij metallurgičeskij zavod, Kiew 2004.
- Gabrieljan, Oleg A.: Političeskie processy v Krymu. Poslednee desjatiletie XX veka, Simferopol' 2000.
- Gagnon, Valère P.: The Myth of Ethnic War. Serbia and Croatia in the 1990s, Ithaca 2004.
- Gasimov, Zaur (Hg.): Kampf um Wort und Schrift. Russifizierung in Osteuropa im 19.-20. Jahrhundert, Göttingen 2012.
- Gellner, Ernest: Nationalismus. Kultur und Macht, Berlin 1999.
- Gerber, Jürgen: Dokumente zum georgisch-abchasischen Konflikt, in: Osteuropa 43 (1993), S. A 317-A 325.
- Geroi našego vremeni, Tiraspol' 2006.
- Geukjian, Ohannes: Ethnicity, Nationalism and Conflict in the South Caucasus. Nagorno-Karabakh and the Legacy of Soviet Nationalities Policy, Ashgate 2012.
- Geukjian, Ohannes: Negotiating Armenian-Azerbaijani Peace. Opportunities, Obstacles, Prospects, Farnham 2014.
- Godson, Joseph: The Role of the Trade Unions, in: Schapiro, Leonard; Godson, Joseph (Hg.), The Soviet Worker. From Lenin to Andropov, New York 1984, S. 108-134.
- Gohr, Antonia: Die Lega Nord – eine Herausforderung für Italien. Zwischen Föderalismus und Separatismus, Frankfurt a. M. 2001.
- Gräber, Gerhard; Spindler, Matthias: Die Pfalzbefreier. Volkes Zorn und Staatsgewalt im bewaffneten Kampf gegen den pfälzischen Separatismus 1923/24, Ludwigshafen 2005.
- Graf, Kilian: Der Transnistrien-Konflikt. Produkt spätsowjetischer Verteilungskämpfe und Zerfallskonflikt der implodierten Sowjetunion, Hamburg 2010.
- Grandits, Hannes: Wie die Gewalt der Jugoslawienkriege konzeptionalisieren? Wissenschaftliche Ansätze seit den 1990er Jahren, in: Südosteuropa 61 (2013), Nr. 4, S. 578-594.
- Grecu, Mihai; Țăranu, Anatol: Trupele ruse în Republica Moldova, Chișinău 2004.
- Gregory, Paul R.: Restructuring the Soviet Economic Bureaucracy, Cambridge 1990.
- Gribnicea, Mihai: Die russische Militärpräsenz – ein historischer Abriss, in: Bochmann, Klaus u. a. (Hg.), Die Republik Moldau – Republica Moldova. Ein Handbuch, Leipzig 2012, S. 422-429.
- Gromov, A.; Kuzin, O.: Neformaly. Kto est' kto? Moskau 1990.
- Grossman, Gregory: The Party as Manager and Entrepreneur, in: Guroff, Gregory; Carstensen, Fred V. (Hg.), Entrepreneurship in Imperial Russia and the Soviet Union, Princeton, N.J. 1983, S. 284-305.
- Grosul, V. Ja.; Guzenkova, T. S.: Pridnestrov'e, in: Kožokina, E. M. (Hg.), Moldavija: so-vremennye tendecii razvitija, Moskau 2004, S. 365-448.
- Grüner, Frank: Der jüdische Traum von einer Republik auf der Krim. Juden und jüdisches Selbstbewusstsein in der spätstalinistischen Sowjetunion, in: Gassenschmidt, Christoph; Tuchtenhagen, Ralph; Löwe, Heinz-Dietrich (Hg.), Ethnische und soziale Konflikte im neuzeitlichen Osteuropa. Festschrift für Heinz-Dietrich Löwe zum 60. Geburtstag, Hamburg 2004, S. 61-112.
- Gudym, Anatolij: Evolution of the Transnistrian Economy: Critical Appraisal, unter: <http://www.cisr-md.org/reports/cont-transn.html> [zuletzt geprüft am 25.2.2015].
- Gurr, Ted Robert; Harff, Barbara: Ethnic Conflict in World Politics, Boulder 1994.

Quellen- und Literaturverzeichnis

- Gržibovskaja, Galina N.: Avtonomnaja Respublika Krym v XXI veke: Opyt', problemy, razvitie. Materialy naučno-praktičeskoj konferencii, Simferopol' 2006.
- Hägel, Peter: »Methoden im Wahnsinn?« Sozialwissenschaftliche Erklärungsansätze zu Nationalitätenkonflikten, in: Ther, Philipp; Sundhaussen, Holm (Hg.), Nationalitätenkonflikte im 20. Jahrhundert. Ursachen von inter-ethnischer Gewalt im Vergleich, Wiesbaden 2001, S. 247-264.
- Hanne, Gottfried: Der Transnistrien-Konflikt. Ursachen, Entwicklungsbedingungen und Perspektiven einer Regulierung, Köln 1998.
- Haynes, Rebecca (Hg.): Moldova, Bessarabia, Transnistria, London 2003.
- Heintz, Monica (Hg.): Weak State, Uncertain Citizenship: Moldova, Frankfurt a. M. 2008.
- Hellmann, Kai-Uwe: Paradigmen der Bewegungsforschung. Forschungs- und Erklärungsansätze – ein Überblick, in: Hellmann, Kai-Uwe (Hg.), Paradigmen der Bewegungsforschung. Entstehung und Entwicklung von neuen sozialen Bewegungen und Rechtsextremismus, Opladen 1998, S. 9-32.
- Hero City of Sevastopol. Interview mit Viktor Makarenko (1. Sekretär des Stadtparteikomitees von Sevastopol' der KP der USSR), in: Soviet Military Review (1976), Nr. 10, S. 7-9.
- Herrera, Yoshiko M.: Imagined Economies. The Sources of Russian Regionalism, Cambridge 2005.
- Hildermeier, Manfred: Geschichte der Sowjetunion, 1917-1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates, München 1998.
- Hill, Ronald J.: Soviet Political Elites. The Case of Tiraspol, London 1977.
- Hill, Ronald J.: The Moldovan Economy. From »Model« to »Crash«, in: Haynes, Rebecca (Hg.), Moldova, Bessarabia, Transnistria, London 2003, S. 163-181.
- Hirsch, Francine: Empire of Nations. Ethnographic Knowledge and the Making of the Soviet Union, Ithaca 2005.
- Hirsch, Joachim: Herrschaft, Hegemonie und politische Alternativen, Frankfurt a. M. 2002.
- Hobsbawm, Eric: Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780, Frankfurt a. M. 1990.
- Höpken, Wolfgang: Das Dickicht der Kriege. Ethnischer Konflikt und militärische Gewalt im früheren Jugoslawien 1991-1995, in: Wegner, Bernd (Hg.), Wie Kriege entstehen. Zum historischen Hintergrund von Staatenkonflikten, Paderborn 2000, S. 319-367.
- Horowitz, Donald L.: Ethnic Groups in Conflict, Berkeley 1985.
- Hough, Jerry: Soviet Leadership in Transition, Washington D.C. 1980.
- Hough, Jerry: Democratization and Revolution in the USSR 1985-1991, Washington D.C. 1997.
- Hughes, James; Sasse, Gwendolyn (Hg.): Ethnicity and Territory in the Former Soviet Union. Regions in Conflict (= The Cass series in regional and federal studies), London; Portland 2002.
- Isachenko, Daria: The Making of Informal States. Statebuilding in Northern Cyprus and Transdnistria, Basingstoke [u. a.] 2012.
- Istorija MSSR, Bd. 1, Chişinău 1965.
- Jäger, Thomas; Beckmann, Rasmus (Hg.): Handbuch Kriegstheorien, Wiesbaden 2012.

- Jahn, Egbert (Hg.): Nationalismus im spät- und postkommunistischen Europa. Bd. 3 – Nationalismus in den nationalen Gebietseinheiten, Baden-Baden 2008.
- Jean, François; Rufin, Jean-Christophe (Hg.): Ökonomie der Bürgerkriege, Hamburg 1999.
- Jilge, Wilfried: Staatssymbolik und Nationsbildung in der Ukraine (1991-2001), in: Ost-West. Europäische Perspektiven (2001), Nr. 2.
- Jilge, Wilfried: The Politics of History and the Second World War in Post-Communist Ukraine (1986/91-2004/05), in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 54 (2006), Nr. 1, S. 50-81.
- Jobst, Kerstin: Die Perle des Imperiums. Der russische Krim-Diskurs im Zarenreich vom Ende des 18. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg, Konstanz 2007.
- Jomir, Eugen: Implicații economice în Transnistria, in: Constelații ieșene 2 (2007), Nr. 6, S. 12-13.
- Juščenkov, Sergej: Neformaly. Social'nye iniciativy, Moskau 1990.
- Kaldor, Mary: New and Old Wars. Organized Violence in a Global Era, Stanford 1999.
- Kaminsky, Anna; Müller, Dietmar; Troebst, Stefan (Hg.): Der Hitler-Stalin-Pakt 1939 in den Erinnerungskulturen der Europäer, Göttingen 2011.
- Kaplan, Robert D.: Balkan Ghosts. A Journey Through History, New York 1993.
- Kaufman, Stuart J.: Spiraling to Ethnic War: Elites, Masses, and Moscow in Moldova's Civil War, in: International Security 21 (1996), Nr. 2, S. 108-138.
- Kaufman, Stuart J.; Bowers, Stephen R.: Transnational Dimensions of the Transnistrian Conflict, in: Nationalities Papers 26 (1998), Nr. 1, S. 129-146.
- Kaufman, Stuart J.: Modern Hatreds. The Symbolic Politics of Ethnic War, Ithaca, NY, London 2001.
- Keghel, Isabelle de: Die Staatssymbolik des neuen Russland. Traditionen – Integrationsstrategien – Identitätsdiskurse, Hamburg; Münster 2008.
- Kemp, Walter A.: The Business of Ethnic Conflict, in: Security Dialogue 35 (2004), Nr. 1, S. 43-59.
- Kılavuz, İdil Tunçer: The Role of Networks in Tajikistan's Civil War: Network Activation and Violence Specialists, in: Nationalities Papers 37 (2009), Nr. 5, S. 693-717.
- King, Charles: Minorities Policy in the Post-Soviet Republics: the Case of the Gagauzi, in: Ethnic and Racial Studies 20 (1997), Nr. 4, S. 738-756.
- King, Charles: The Ambivalence of Authenticity, or How the Moldovan Language was Made, in: Slavic Review 58 (1999), Nr. 1, S. 117-142.
- King, Charles: The Moldovans. Romania, Russia, and the Politics of Culture, Stanford 2000.
- King, Charles: The Benefits of Ethnic War. Understanding Eurasia's Unrecognized States, in: World Politics 53 (2001), Nr. 4, S. 524-552.
- King, Charles: Extreme Politics. Nationalism, Violence, and the End of Eastern Europe, New York 2010.
- Kipke, Rüdiger: Das armenisch-aserbaidchanische Verhältnis und der Konflikt um Berg-Karabach, Wiesbaden 2012.
- Kirchner, Olaf: Soziale Bewegungen und politische Parteien in der ehemaligen Sowjetunion. 1985-1991. Chancen der Demokratie in Eurasien, Leipzig 1993.
- Kizilov, Boris V.: Vossozdanie avtonomii v Krymu. Kak èto bylo, in: Gržibovskaja, Galina, N. (Hg.), Avtonomnaja Respublika Krym v XXI veke: Opyt', problemy, razvitie. Materialy naučno-praktičeskoj konferencii, Simferopol' 2006, S. 71-75.

Quellen- und Literaturverzeichnis

- Kniga pamjati zaščitnikov Pridnestrov'ja, Tiraspol' 1995.
- Kodrjanu, Gennadij: Dnestrovskij razlom. Pridnestrovskij krizis i roždenie PMR: rol' i mesto specslužb, Tiraspol' 2002.
- Koehler, Jan; Zürcher, Christoph (Hg.): Potentials of Disorder. Explaining Conflict and Stability in the Caucasus and in the Former Yugoslavia (= New approaches to conflict analysis), Manchester 2003.
- Koehler, Jan: Die Zeit der Jungs. Zur Organisation von Gewalt und der Austragung von Konflikten in Georgien, Münster 2000.
- Kohlschütter, Andreas: Möglichkeiten und Grenzen der Präventivdiplomatie. Das Beispiel der OSZE-Mission in der Ukraine, in: Theorie und Praxis ziviler Konfliktbearbeitung. 1. Jahrbuch für Konfliktlösung. Ergebnisse der Internationalen State-of-Peace-Konferenz 1995, Chur; Zürich 1996, S. 125-149.
- Kolossov, Vladimir: SSSR, Rossijskaja Federacija i pridnestrovskij konflikt. Avtoreferat Dissertacii, Rostov-na-Donu 2007.
- Kolossov, Vladimir: A Small State vs. a Self-Proclaimed Republic: Nation-Building, Territorial Identities and Prospects of Conflict Resolution (The Case of Moldova-Transdnestria), in: Bianchini, Stefano (Hg.), From the Adriatic to the Caucasus. The Dynamics of (De)Stabilization, Ravenna 2001, S. 87-114.
- Kolstø, Pål: Russians in the Former Soviet Republics, London 1995.
- Kolstø, Pål: Conclusion, in: Kolstø, Pål (Hg.), National Integration and Violent Conflict in Post-Soviet Societies. The Cases of Estonia and Moldova, Lanham; Boulder 2002, S. 249-273.
- Kolstø, Pål (Hg.): National Integration and Violent Conflict in Post-Soviet Societies. The Cases of Estonia and Moldova, Lanham; Boulder 2002.
- Kolstø, Pål; Mal'gin, Andrej: The Transnistrian Republic: A Case of Politicized Regionalism, in: Nationalities Papers 26 (1998), Nr. 1, S. 103-127.
- Komarnickij, Georgij B.: Mina zamedlennogo dejstvija. Rumynskij nacionalizm: včera, segodnja ...zavtra? Zametki neravnodušnogo, Tiraspol' 2006.
- Korostelina, Carina: The Multiethnic State-Building Dilemma: National and Ethnic Minorities' Identities in the Crimea, in: National Identities 5 (2003), Nr. 2, S. 141-159.
- Kožokina, E. M. (Hg.): Moldavija: sovremennye tendecii razvitija, Moskau 2004.
- Krivenko, A. V; Simačenko, R. V.: Kirovskij rajon Tiraspolja: Istoriko-geografičeskij očerk, in: Ežegodnyj istoričeskij al'manach Pridnestrov'ja, Bd. 9, 2005, S. 117-127.
- Kruglov, Aleksandr: Kljanus'! [Erschienen im Selbstverlag, ohne Orts- u. Jahresangabe]. Kto est' kto v Krymu. Vypusk III, Kiew 2002.
- Kto est' kto v Krymu 2001-2002: Al'manach, Simferopol' 2002.
- Kto est' kto v ekonomike, nauke, kul'ture Kryma. Vypusk IV, Kiew 2003.
- Kubicek, Paul: Unbroken ties. The State, Interest Associations, and Corporatism in Post-Soviet Ukraine, Ann Arbor 2000.
- Kuzio, Taras: Russia, Crimea, Ukraine. Triangle of Conflict, London 1994.
- Kuzio, Taras: Contemporary Ukraine: Dynamics of Post-Soviet Transformation, London 1998.
- Kuzio, Taras: Ukraine: State and Nation-Building, London 1998.
- Kuzio, Taras: Centre-Periphery Relations in Ukraine: Regionalism, Federalism and National Integration, in: Rose, Jürgen; Traut, Jürgen (Hg.), Federalism and Decentralization in Eastern and Central Europe, Münster u. a. 2001, S. 329-348.

- Laitin, David D.: *Secessionist Rebellion in the Former Soviet Union*, in: *Comparative Political Studies* 34 (2001), S. 839-861.
- Laitin, David D.: *National Revivals and Violence*, in: *Archives européennes de sociologie* 36 (1995), S. 3-43.
- Laitin, David D.: *Identity in Formation. The Russian-Speaking Populations in the Near Abroad*, London 1998.
- Lake, David A.; Rothchild, Donald S. (Hg.): *The International Spread of Ethnic Conflict. Fear, Diffusion, and Escalation*, Princeton, N.J. 1998.
- Lake, David A.; Rothchild, Donald S.: *Spreading Fear: The Genesis of Transnational Ethnic Conflict*, in: Lake, David A.; Rothchild, Donald S. (Hg.), *The International Spread of Ethnic Conflict. Fear, Diffusion, and Escalation*, Princeton, N.J. 1998, S. 3-23.
- Lane, David: *Soviet Society under Perestrojka*, New York 1992.
- Lawrence, Paul R.; Vlachoutsicos, Charalambos A.: *Behind the Factory Walls. Decision Making in Soviet and US Enterprises*, Boston 1990.
- Lebed', Aleksandr: *Spektakl' nazyvalsja PUTČ. Neizvestnoe ob izvestnom. Vozpomina-nija Generala vozdušno-desantnyh vojsk, Tiraspol'* 1993.
- Lebed', Aleksandr: *Za deržavu obidno ...*, Krasnojarsk 2004.
- Lesničenko, Valentin: *Étich dneĭ ne smolknet slava*, in: Alfer'eva, L. (Hg.), *Slavy ne iskali. Sbornik vospominanij učastnikov sozdanija i stanovlenija PMR*, Bendery 2000, S. 20-23.
- Lewikow, Alexander: *Wer leitet den Betrieb in der UdSSR?* Moskau 1981.
- Lipinskij, Sergej: *Brat'ja-Gagauzy poprosili nas o pomošči*, in: Alfer'eva, L. (Hg.), *Slavy ne iskali. Sbornik vospominanij učastnikov sozdanija i stanovlenija PMR*, Bendery 2000, S. 79-80.
- Magocsi, Paul R.: *This blessed land Crimea and the Crimean Tatars*, Toronto 2014.
- Mal'gin, Andrej: *Krymskij uzel. Očerki političeskoj istorii Krymskogo poluostrova, Simferopol'* 2000.
- Mal'gin, Andrej: *Russkaja Riv'era. Kurorty, turizm i otdych v Krymu v épochu Imperii; konec XVIII – načalo XX v., Simferopol'* 2006.
- Malanchuk, Oksana: *Social Identification vs. Regionalism in Contemporary Ukraine*, in: *Nationalities Papers* 33 (2005), Nr. 3, S. 345-368.
- Malyarenko, Tetyana; Galbreath, David J.: *Crimea: Competing Self-Determination Movements and the Politics at the Centre*, in: *Europe-Asia Studies* 65 (2013), Nr. 5, S. 912-928.
- Marples, David R.; Duke, David F.: *Ukraine, Russia, and the Question of Crimea*, in: *Nationalities Papers* 23 (1995), Nr. 2, S. 261-289.
- Martin, Terry: *The Affirmative Action Empire. Nations and Nationalism in the Soviet Union, 1923-1939*, Ithaca; London 2001.
- Mason, John A.: *Internationalist Mobilization during the Collapse of the Soviet Union: The Moldovan Elections of 1990*, in: *Nationalities Papers* 37 (2009), Nr. 2, S. 159-176.
- Matsuzato, Kimitaka: *Mežpravoslavnye otnošenija i transgraničnye narodnosti vo-krug nepriznannyh gosudarstv. Sravnenie Pridnestrov'ja i Abchazii, S.*, in: Matsuzato, Kimitaka (Hg.), *Pridnestrov'e v makroregional'nom kontekste černomorskogo poberež'ja. Sbornik statej*, Sapporo 2008, S. 192-224.

Quellen- und Literaturverzeichnis

- Matsuzato, Kimitaka (Hg.): Pridnestrov'e v makroregional'nom kontekste černomorskogo poberež'ja. Sbornik statej, Sapporo 2008.
- McAdam, Doug u. a.: Introduction: Opportunities, Mobilizing Structures, and Framing Processes. Towards a Synthetic, Comparative Perspective on Social Movements, in: McAdam, Doug (Hg.), *Comparative Perspectives on Social Movements. Political Opportunities, Mobilizing Structures, and Cultural Framings*, Cambridge 1996.
- McCarthy, John D.; Zald, Mayer N.: Resource Mobilization and Social Movement. A Partial Theory, in: *American Journal of Sociology* 82 (1977), Nr. 6, S. 1212-1241.
- Meinicke, Britta: Nahrungsmittelversorgung und Lage in der Landwirtschaft, in: Simon, Gerhard (Hg.), *Sowjetunion 1990/91. Krise, Zerfall, Neuorientierung*, München 1991, S. 196-203.
- Melvin, Neil J.: *Russians Beyond Russia. The Politics of National Identity*, London 1995.
- Messmer, Heinz: *Der soziale Konflikt. Kommunikative Emergenz und systemische Reproduktion*, Stuttgart 2003.
- Meyer, David J.: Why Have Donbass Russians not Ethnically Mobilized like Crimeans Have? An Institutional Demographic Approach, in: Micgiel, John S. (Hg.), *State and nation building in East Central Europe. Contemporary perspectives*, New York 1996, S. 317-331.
- Mojzes, Paul: *Balkan Genocides. Holocaust and Ethnic Cleansing in the Twentieth Century*, Lanham 2011.
- Moşneaga, Valeriu; Tulbure, Alexei: Some Aspects of the Trans-Dniestrian Problem, in: Erhart, Hans-Georg; Oliver Thränert (Hg.), *European Conflicts and International Institutions: Cooperating with Ukraine*, Baden-Baden 1998, S. 135-144.
- Motyl, Alexander J.: The Conceptual President: Leonid Kravchuk and the Politics of Surrealism, in: Colton, Timothy J.; Tucker, Robert C. (Hg.), *Patterns in Post-Soviet Leadership*, Boulder 1995, S. 103-121.
- Mulaosmanović, Admir: The Identity Factory. Agrokomerc and the Population of the Bihaćka Krajina, in: Brunnbauer, Ulf; Grandits, Hannes (Hg.), *The Ambiguous Nation. Case Studies from Southeastern Europe in the 20th century*, München 2013, S. 77-102.
- Muntean, Anatolie; Ciubotaru, Nicolae: *Români de la Est. Războiul de pe Nistru (1990-1992)*, Bukarest 2004.
- Murinson, Alexander: The Secessions of Abkhazia and Nagorny Karabagh. The Roots and Patterns of Development of Post-Soviet Micro-Secessions in Transcaucasia, in: *Central Asian Survey* 23 (2004), Nr. 1, S. 5-26.
- Mutsushika, Shigeo: Evrosojuz i Rossija o probleme Pridnestrov'ja, in: Matsuzato, Kimitaka (Hg.), *Pridnestrov'e v makroregional'nom kontekste černomorskogo poberež'ja. Sbornik statej*, Sapporo 2008, S. 138-159.
- Negură, Petru: Die Moldauische Autonome Sozialistische Sowjetrepublik (1924-1945), in: Bochmann, Klaus u. a. (Hg.), *Die Republik Moldau – Republica Moldova. Ein Handbuch*, Leipzig 2012, S. 78-86.
- Nepriznannaja Respublika. Očerki. Dokumenty. Chronika, Bd. 5, Moskau 1999.
- O'Loughlin, John; Kolossov, Vladimir; Tchepalyga, Andrei: National Construction, Territorial Separatism, and Post-Soviet Geopolitics in the Transdniester Moldovan Republic, in: *Post-Soviet Geography and Economics* 39 (1998), Nr. 6, 332-358.
- O'Shea, Brendan: *Crisis at Bihać: Bosnia's Bloody Battlefield*, Stroud 1998.

- Ostrogorski, Wladimir: Alexander Iwanowitsch Lebed. Der Weg zur Macht, Berlin 1996.
- Oswald, Ingrid: Die Nachfahren des »Homo Sovieticus«. Ethnische Orientierung nach dem Zerfall der Sowjetunion, Münster u. a. 2000.
- Pântea, Iurie: Aspectul militar în soluționarea conflictului din zona de est a republicii Moldova, in: Aspecte ale conflictului transnistrean, Chișinău 2001, S. 94-122.
- Pikhovshchek, Viacheslav: Will the Crimean Crisis Explode? In: Drohobycky, Maria (Hg.), Crimea. Dynamics, Challenges, and Prospects, Lanham 1995, S. 39-65.
- Plokhyy, Serhii: The City of Glory: Sevastopol in Russian Historical Mythology, in: Journal of Contemporary History 35 (2000), Nr. 3, S. 369-383.
- Polušin, Vladimir: Bitvy Generala Lebedja. Zapiski soratnika. V dvuch knigach, kniga pervaja, Moskau 2005.
- Popescu, Nicu: Democracy in Secessionism: Transnistria and Abkhazia's Domestic Politics. Research Paper CEU – Center for Policy Studies, Budapest 2006.
- Popescu, Nicu: EU Foreign Policy and Post-Soviet Conflicts. Stealth Intervention, London, New York 2011.
- Potašev, V. Ja: Ostalsja čistym, čestnym, in: Alfer'eva, L. (Hg.), On žizn' respublike ot dal. Sbornik statej D. F. Kondratoviča i vospominanij o nĕm, Bendery 2003, S. 555-558.
- Prohnițchi, Valeriu: Wirtschaft – Industrie, in: Bochmann, Klaus u. a. (Hg.), Die Republik Moldau – Republica Moldova. Ein Handbuch, Leipzig 2012, S. 437-442.
- Prohnițchi, Valeriu: Wirtschaft in Transnistrien, in: Bochmann, Klaus u. a. (Hg.), Die Republik Moldau – Republica Moldova. Ein Handbuch, Leipzig 2012, S. 509-513.
- Protsyk, Oleh: Secession and Hybrid Regime Politics in Transnistria, in: Communist and Post-Communist Studies 45 (2012), Nr. 1-2, S. 175-182.
- Qualls, Karl D.: Accomodation and Agitation in Sevastopol. Redefining Socialist Space in the Postwar City of Glory, in: Crowley, David; Reid, Susan (Hg.), Socialist spaces. Sites of everyday life in the Eastern Bloc, Oxford 2002, S. S. 23-46.
- Qualls, Karl D.: From Ruins to Reconstruction. Urban Identity in Soviet Sevastopol after World War II, Ithaca; London 2009.
- Ramet, Sabrina P.: Thinking about Yugoslavia. Scholarly Debates about the Yugoslav Brakeup and the Wars in Bosnia and Kosovo, Cambridge 2005.
- Raschke, Joachim: Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß, Frankfurt a. M. 1985.
- Roß, Sabine: Politische Partizipation und nationaler Räteparlamentarismus. Determinanten des politischen Handelns der Delegierten zu den Reichsrätekongressen 1918/1919 – eine Kollektivbiographie, Köln 1999.
- Rothschild, Joseph: Ethnopolitics. A Conceptual Framework, New York 1981.
- Rudenko, N. P.: Dubossary – gorod zaščitnikov PMR, Dubossary 1995.
- Rüesch, Andreas: Staatsbetrieb, Wirtschaftsreform, Kampf der Interessen. Die Bedeutung der Unternehmensdirektoren und der Industrielobby in der Sowjetunion und in Russland nach der Wende, Sinsheim 1996.
- Rybnitsa/Rybnica, Chișinău 1986.
- Saburov, Jevgenij: The Socioeconomic Situation in Crimea, in: Drohobycky, Maria (Hg.), Crimea. Dynamics, Challenges, and Prospects, Lanham 1995, S. 15-37.
- Safonov, Andrej V.: V parlamente Moldovy i za ego stenami (1988-1992). Zapiski deputata, Bendery 2010.
- Saideman, Stephen M.: Is Pandora's Box Half Empty or Half Full? The Limited Viru-

Quellen- und Literaturverzeichnis

- lence of Secessionism and the Domestic Sources of Disintegration, in: Lake, David A.; Rothchild, Donald S. (Hg.), *The International Spread of Ethnic Conflict. Fear, Diffusion, and Escalation*, Princeton, N.J. 1998, S. 127-150.
- Sapper, Manfred: *Die Auswirkungen des Afghanistan-Krieges auf die Sowjetgesellschaft. Eine Studie zum Legitimitätsverlust des Militärischen in der Perestrojka*, Hamburg 1994.
- Šargorodskaja, G.: Glavnoe – služenie pravda, in: Alfer'eva, L. (Hg.), *On žizn' respublike otdal. Sbornik statej D. F. Kondratoviča i vospominanij o nĕm*, Bendery 2003, S. 565-569.
- Sasse, Gwendolyn: Die Autonome Republik Krim zwischen Separatismus und Einheitsstaat, in: Simon, Gerhard (Hg.), *Die neue Ukraine. Gesellschaft – Wirtschaft – Politik (1991-2001)*, Köln 2002, S. 127-147.
- Sasse, Gwendolyn: The »New« Ukraine: A State of Regions, in: Hughes, James; Sasse, Gwendolyn (Hg.), *Ethnicity and Territory in the Former Soviet Union. Regions in Conflict*, London; Portland 2002, S. 69-100.
- Sasse, Gwendolyn: Conflict-Prevention in a Transition State. The Crimean Issue in Post-Soviet Ukraine, in: *Nationalism and Ethnic Politics* 8 (2002), Nr. 2, S. 1-26.
- Sasse, Gwendolyn: *The Crimea Question. Identity, Transition and Conflict*, Cambridge 2007.
- Sato, Keiji: Die Molotow-Ribbentrop-Kommission 1989 und die Souveränitätsansprüche post-sowjetischer sezessionistischer Territorien, in: Kaminsky, Anna u. a. (Hg.), *Der Hitler-Stalin-Pakt 1939 in den Erinnerungskulturen der Europäer*, Göttingen 2011, S. 199-215.
- Schapiro, Leonard; Godson, Joseph (Hg.): *The Soviet Worker. From Lenin to Andropov*, New York 1984.
- Schlichte, Klaus: *In the Shadow of Violence. The Politics of Armed Groups*, Frankfurt a. M.; New York 2009.
- Schlichte, Klaus: Schlussbericht über die Forschung der Nachwuchsforscherguppe »Mikropolitik bewaffneter Gruppen« an die Volkswagen-Stiftung, unter: http://www.ipw.ovgu.de/inipw_media/schlichte/mikropolitik/NWGSchlussbericht.pdf [nicht mehr verfügbar, Kopie beim Autor].
- Schorkowitz, Dittmar: *Postkommunismus und verordneter Nationalismus. Gedächtnis, Gewalt und Geschichtspolitik im nördlichen Schwarzmeergebiet*, Frankfurt a. M. 2008.
- Schröder, Wilhelm H. (Hg.): *Lebenslauf und Gesellschaft. Zum Einsatz von kollektiven Biographien in der historischen Sozialforschung (= Historisch-sozialwissenschaftliche Forschungen, Bd. 18)*, Stuttgart 1985.
- Schröder, Wilhelm H.: *Kollektivbiographie als interdisziplinäre Methode in der historischen Sozialforschung. Eine persönliche Retrospektive*, Köln 2011.
- Sedaitis, Judith B.: *Worker Activism. Politics at the Grass Roots*, in: Sedaitis, Judith B.; Butterfield, Jim (Hg.), *Perestroika from Below. Social Movements in the Soviet Union*, Boulder 1991, S. 13-28.
- Sedaitis, Judith B.; Butterfield, Jim (Hg.): *Perestroika from Below. Social Movements in the Soviet Union*, Boulder 1991.
- Semenjuk, V.A.: »Dima byl neordinarnoj ličnost'ju«, in: Alfer'eva, L. (Hg.), *On žizn' respublike otdal. Sbornik statej D. F. Kondratoviča i vospominanij o nĕm*, Bendery 2003, S. 558-559.

- Senn, Alfred Erich: Post-Soviet Political Leadership in Lithuania, in: Colton, Timothy J.; Tucker, Robert C. (Hg.), *Patterns in Post-Soviet Leadership*, Boulder 1995, S. 123-140.
- Šeršněv, L. I. (Hg.): *Krym – Sevastopol' – Rossija. Istorija. Geopolitika. Buduščee*, Moskau 2006.
- Sevastopol' – Ėnciklopedičeskij spravocnik, Sevastopol' 2008.
- Shaw, Denis J.: Crimea: Background and Aftermath of its 1994 Election, in: *Post-Soviet Geography* 35 (1994), Nr. 4, S. 221-234.
- Simon, Gerhard: *Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion. Von der totalitären Diktatur zur nachstalinischen Gesellschaft*, Baden-Baden 1986.
- Simon, Gerhard (Hg.): *Die neue Ukraine. Gesellschaft – Wirtschaft – Politik* (1991-2001), Köln 2002.
- Simonsen, Gunnar: »You take your oath only once«. Crimea, the Black Sea Fleet, and National Identity among Russian Officers, in: *Nationalities Papers* 28 (2000), Nr. 2, S. 289-316.
- Slezkine, Yuri: The USSR as a Communal Apartment. Or How a Socialist State Promoted Ethnic Particularism, in: *Slavic Review* 53 (1994), Nr. 2, S. 414-452.
- Smirnov, Igor': *Žit' na našej zemle*, Moskau 2001.
- Smith, Graham (Hg.): *The Nationalities Question in the Post-Soviet States*, London 1996.
- Smith, Graham; Wilson, Andrew: Rethinking Russia's Post-Soviet Diaspora: The Potential for Mobilisation in Eastern Ukraine and North-East Estonia, in: *Europe-Asia Studies* 49 (1997), Nr. 5, S. 845-864.
- Sneider, Daniel; Torbakov, Igor: Crimea – the Next Bosnia? In: *National Review* 45 (1993), Nr. 15, S. 26-28.
- Snow, David A. u.a.: Frame Alignment Processes, Micromobilization and Movements Participation, in: *American Sociological Review* 51 (1986), S. 464-481.
- Socialističeskoe narodnoe chozjajstvo Krymskoj oblasti (1945-1970 gg). *Sbornik dokumentov i materialov*, Simferopol' 1980.
- Solonari, Vladimir: Creating »a People«: A Case Study in Post-Soviet History-Writing, in: *Kritika: Explorations in Russian and Eurasian History* 4 (2003), Nr. 2, S. 411-448.
- Šornikov, Pëtr: Pokušenje na status. Ėtnopolitičeskije processy v Moldavii v gody krizisa 1988-1996, Chišinău 1997.
- Šornikov, Pëtr: Dnestrovskaja vojna v istoriografii Respubliki Moldova, in: Matsu-zato, Kimitaka (Hg.), *Pridnestrov'e v makroregional'nom kontekste černomorskogo poberež'ja*. *Sbornik statej*, Sapporo 2008, S. 62-78.
- Souleimanov, Emil: *Understanding Ethnopolitical Conflict. Karabakh, South Ossetia, and Abkhazia Wars Reconsidered*, New York [u.a.] 2013.
- Štefan, Boris: Zabastovka – škola raščego dviženija, in: Alfer'eva, L. (Hg.), *Slavy ne iskali*. *Sbornik vospominanij učastnikov sozdanija i stanovlenija PMR*, Bendery 2000, S. 45-47.
- Stefanov, Nenad; Werz, Michael: *Bosnien und Europa. Die Ethnisierung der Gesellschaft*, Frankfurt a. M. 1994.
- Steinsdorff, Silvia von (Hg.): *In Search of Legitimacy: Post-Soviet de-facto States between Institutional Stabilization and Political Transformation*. *Themenheft der Zeitschrift Communist and Post-Communist Studies* 45 (2012), Nr. 1-2.

- Stepanenko, Viktor: Identities and Language Politics in Ukraine: The Challenges of Nation-State Building, in: Daftary, Farimah; Grin, François (Hg.), *Nation-building, Ethnicity and Language Politics in Transition Countries*, Budapest 2003, S. 107-135.
- Stewart, Susan: Autonomy as a Mechanism for Conflict Regulation: The Case of Crimea, in: *Nationalism and Ethnic Politics* 7 (2001), Nr. 4, S. 113-141.
- Stewart, Susan: Explaining the Low Intensity of Ethnopolitical Conflict in Ukraine, Münster 2005.
- Stiglmayer, Alexandra (Hg.): *Massengewaltigung. Krieg gegen die Frauen*, Frankfurt a. M. 1993.
- Strazzari, Francesco: The Powder-Keg that Never Went up. The Parable of the Autonomous Crimean Republic, in: Bianchini, Stefano (Hg.), *From the Adriatic to the Caucasus. The Dynamics of (De)Stabilization*, Ravenna 2001, S. 63-85.
- Suny, Ronald Grigor: Elite Transformation in Late-Soviet and Post-Soviet Transcaucasia, or What Happens When the Ruling Class Can't Rule? In: Colton, Timothy J.; Tucker, Robert C. (Hg.), *Patterns in Post-Soviet Leadership*, Boulder 1995, S. 141-167.
- Suny, Ronald Grigor: *The Revenge of the Past. Nationalism, Revolution, and the Collapse of the Soviet Union*, Stanford 1995.
- Suny, Ronald Grigor; Martin, Terry: *A State of Nations. Empire and Nation-Making in the Age of Lenin and Stalin*, Oxford; New York 2001.
- Suprunjuk, Evgenij: *Chronika drejfujuščego poluostrova i istorija moego pochiščenija, Simferopol'* 1998.
- Šveč, Ala: Explaining Economy in the Transnistrian Regional Identity Project. A Case Study, in: Brunnbauer, Ulf; Grandits, Hannes (Hg.), *The Ambiguous Nation. Case Studies from Southeastern Europe in the 20th century*, München 2013, S. 103-130.
- Šveč, Ala: Staging the Transnistrian Identity within the Heritage of Soviet Holidays, in: *History and Anthropology* 24 (2013), Nr. 1, S. 98-116.
- Tarrow, Sidney: *Power in Movement. Social Movements and Contentious Politics*, Cambridge 1998.
- Tiškov, Valerij [Tishkov, Valery]: *Nationalities and Conflicting Ethnicity in post-Communist Russia*, Cambridge 1993, S. 60.
- Tiškov, Valerij: »Don't Kill Me, I'm a Kyrgyz!« An Anthropological Analysis of Violence in the Osh Ethnic Conflict, in: *Journal of Peace Research* 32 (1995), Nr. 2, S. 133-149.
- Tiškov, Valerij: *Ethnicity, Nationalism and Conflict in and after the Soviet Union. The Mind Aflame*, London 1997.
- Tkachuk, Victor: *The Crimea. Chronicle of separatism 1992-1995*, Kiew 1996.
- Tofan, Alina: Sprachbiographien im beruflichen Kontext. Zum Spracherwerb und Sprachgebrauch im Handel, in: Bochmann, Klaus; Dumbrava, Vasile (Hg.), *Sprachliche Individuation in mehrsprachigen Regionen Osteuropas. Bd. 1 Republik Moldova*, Leipzig 2007, S. 213-250.
- Tofan, Alina: *Mehrsprachigkeit im großstädtischen Handel in der Republik Moldova aus autobiographischer Perspektive. Subjektive Theorien über soziolinguistische Individuation*, Leipzig 2011.
- Toft, Monica Duffy: *The Geography of Ethnic Violence. Identity, Interests and the Indivisibility of Territory*, Princeton, N.J. 2003.
- Treisman, Daniel S.: Russia's »Ethnic Revival«. The Separatist Activism of Regional Leaders in a Post-Communist Order, in: *World Politics* 49 (1997), Nr. 1, S. 212-249.

- Troebst, Stefan: Von »Gagauz Halkı« zu »Gagauz Yeri«. Die Autonomiebewegung der Gagausen in Moldova von 1988 bis 1998, in: *Ethnos-Nation* 7 (1999), S. 41-54.
- Troebst, Stefan: The »Transnistrian Moldovan Republic«. From Conflict-driven State-Building to State-driven Nation Building, in: *European Yearbook of Minority Issues* 2 (2002-2003), S. 5-30.
- Troebst, Stefan: Separatistischer Regionalismus als Besitzstandswahrungsstrategie (post-) sowjetischer Eliten. Transnistrien 1989-2002, in: Ther, Philipp; Sundhaussen, Holm (Hg.), *Regionale Bewegungen und Regionalismen in europäischen Zwischenräumen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts*, Marburg 2003, S. 185-214.
- Troebst, Stefan: Staatlichkeitskult im Pseudo-Staat. Identitätsmanagement in Transnistrien, in: *Osteuropa* 53 (2003), Nr. 7, S. 963-983.
- Troebst, Stefan: »Wir sind Transnistrier!« Geschichtspolitik im Ostteil Moldovas, in: Alt-richter, Helmut (Hg.), *GegenErinnerung. Geschichte als politisches Argument im Transformationsprozeß Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas*, München 2006, S. 277-302.
- Trotha, Trutz von: Zur Soziologie der Gewalt, in: Trotha, Trutz von (Hg.), *Soziologie der Gewalt*, Opladen 1997, S. 9-56.
- Trotha, Trutz von (Hg.): *Soziologie der Gewalt*, Opladen 1997.
- Uehling, Greta: Squatting, Self-Immolation, and the Repatriation of Crimean Tatars, in: *Nationalities Papers* 28 (2000), Nr. 2, S. 317-341.
- Ul'janova, Julija S.: Sociologičeskij analiz massovykh neformal'nykh dvizenij, iniciirovannykh perestrojkoj. SSSR – Rossija – SNG: 1987-2000, Moskau 2002.
- Urse, Cristian: *Transnistria. Prospects for a Solution*, Garmisch-Partenkirchen 2007.
- Vissar, Reidar: *Basra, the Failed Gulf State: Separatism and Nationalism in Southern Iraq*, Münster 2005.
- Vneshtorgizdat Moskau: *Wirtschaftshandbuch der UdSSR*, Moskau 1989.
- Volkova, Anna Z.: *Lider, Tiraspol'* 2001.
- Volkova, Anna Z.: *Gorjačee leto 1989, Tiraspol'* 2004.
- Volovoj, Grigorij P.: *Krovavoe leto v Benderach. Chronika pridnestrovskoj tragedii*, Bendery 1993.
- Wegren, Stephen K.: *Agriculture and the State in Soviet and Post-Soviet Russia*, Pittsburgh 1998.
- Weirich, Anna-Christine: *Ausbau Events and the Linguist's Role in the Dynamics of Minorization in Northern Moldova*, in: *Slovo* 25 (2013), Nr. 1, S. 65-82.
- Weirich, Anna-Christine: *Majorized Linguistic Repertoires in a Nationalizing State*, in: Horner, Kristine u. a. (Hg.), *Multilingualism and Mobility in Europe. Policies and Practices*, Frankfurt 2014, S. 149-170.
- White, Stephen; Krishtanovskaia, Olga: *From Nomenklatura to New Elite*, in: Slapentokh, Vladimir (Hg.), *The New Elite in Post-Communist Europe*, College Station, Texas 1999, S. 27-52.
- Wieland, Carsten: *Nationalstaat wider Willen. Politisierung von Ethnien und Ethnisierung der Politik: Bosnien, Indien, Pakistan*, Frankfurt a. M. 2000.
- Wiles, Peter: *Wage and Income*, in: Schapiro, Leonard; Godson, Joseph (Hg.), *The Soviet Worker. From Lenin to Andropov*, New York 1984, S. 15-38.
- Wilson, Andrew: *Presidential and Parliamentary Elections in Ukraine. The Issue of Crimea*, in: Drohobycky, Maria (Hg.), *Crimea. Dynamics, Challenges, and Prospects*, Lanham 1995, S. 107-131.

Quellen- und Literaturverzeichnis

- Wilson, Andrew: *Ukrainian Nationalism in the 1990s. A Minority Faith*, Cambridge 1997.
- Wilson, Andrew: *Redefining Ethnic and Linguistic Boundaries in Ukraine: Indigenous, Settlers and Russophone Ukrainians*, in: Smith, Graham; Law, Vivien; Wilson, Andrew (Hg.): *Nation-Building in the Post-Soviet Borderlands. The Politics of National Identities*, Cambridge 1998, S. 119-138.
- Wittkowsky, Andreas: *Fünf Jahre ohne Plan: Die Ukraine 1991-1996. Nationalstaatsbildung, Wirtschaft und Eliten*, Hamburg 1998.
- Witzel, Andreas: *Das problemzentrierte Interview*, unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fq50001228> [zuletzt geprüft am 25.2.2015].
- Wohlrab-Sahr, Monika: *Prozessstrukturen, Lebenskonstruktionen, biographische Diskurse. Positionen im Feld soziologischer Biographieforschung und mögliche Anschlüsse nach außen*, in: BIOS. Zeitschrift für Biographieforschung, Oral History und Lebensverlaufsanalysen (2002), Nr. 1, S. 3-23.
- Wydra, Doris: *The Crimea Conundrum. The Tug of War between Russia and Ukraine on the Questions of Autonomy and Self-Determination*, in: *International Journal on Minority and Group Rights* 10 (2004), S. 111-130.
- Wydra, Doris: *Autonomie auf der Halbinsel Krim. Eine völker- und verfassungsrechtliche Analyse*, Wien 2008.
- Zabarah, Darg A.: *Nation- and Statehood in Moldova. Ideological and Political Dynamics since the 1980s*, Wiesbaden 2011.
- Zabarah, Darg A.: *Opportunity Structures and Group Building Processes: An Institutional Analysis of the Secession Processes in Pridnestrovie and Gagauzia between 1989 and 1991*, in: *Communist and Post-Communist Studies* 45 (2012), Nr. 1-2, S. 183-192.
- Zarubin, V.G.: *Vossozdanie krymskoj avtonomii. Problemy razvitija Respubliki Krym v 1991-1993 godach*, in: Gržibovskaja, Galina N. (Hg.), *Avtonomnaja Respublika Krym v XXI veke: Opyt', problemy, razvitie. Materialy naučno-praktičeskoj konferencii, Simferopol' 2006*, S. 116-142.
- Zažigajev, Boris: *Ėvoljucija političeskogo ustrojstva v Respublike Krym v period 1989-1998*, Moskau 2003.
- Zgureanu-Guragata, Catalina: *What Kind of Nationalism for the Republic of Moldova?* In: Heintz, Monica (Hg.), *Weak State, Uncertain Citizenship: Moldova*, Frankfurt a. M. 2008, S. 35-56.
- Žitarenko, Vladimir: *Podvig i Podlost'*, Moskau 1993.
- Zofka, Jan: *Politische Unternehmer. Fabrikdirektoren als Akteure postsowjetischer Bürgerkriege*, in: Adam Skordos; Dietmar Müller: *Leipziger Zugänge zur rechtlichen, politischen und kulturellen Verflechtungsgeschichte Ostmitteleuropas*, Leipzig 2015, S. 313-331.
- Zofka, Jan: *Konservative Frauenbewegung. Das »Frauenstreikkomitee« des postsowjetischen Separatismus im moldauischen Dnjestr-Tal*, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung*, Berlin 2015, S. 123-136.
- Zofka, Jan: *Kik voltak a szeparatisták? A krími és a dnyeszter-völgyi oroszbarát mozgalmak összehasonlítása (1989-1995)* [Wer waren die Separatisten? Ein Vergleich zwischen den pro-russländischen Bewegungen auf der Krim und im Dnjestr-Tal (1989-1995)]. In: Kovács, Bálint, Hakob Matevosyan (Hrsg.): *Politikai krízisek Európa peremén. A*

- Kaukázustól a Brit-szigetekig [Political Crises on the Outskirts of Europe: From the Caucasus to the British Isles]. Budapest 2014, S. 309-326.
- Zofka, Jan: Die »Transnistrische Moldauische Republik« (PMR), in: Klaus Bochmann /Vasile Dumbrava /Dietmar Müller /Victoria Reinhardt (Hrsg.): Republik Moldova. Ein Handbuch, Leipzig 2012, S. 118-128.
- Zofka, Jan: Russianess als unsichtbare Norm. Mobilisierungsdiskurse des pro-russländischen Separatismus in Transnistrien, in: Zaur Gasimov: Kampf um Wort und Schrift. Russifizierung in Osteuropa, im Kaukasus und in Sibirien im 19. bis 21. Jahrhundert, Mainz 2012, S. 113-129.
- Zofka, Jan: »Blinded by Ethnicity«? Osteuropaforschung und die Territorialkonflikte im Zerfall der Sowjetunion, in: Osteuropaforschung – 15 Jahre »danach«. Beiträge für die 14. Tagung junger Osteuropaexperten, Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa, Bremen, 2006, S. 18-22.
- Zürcher, Christoph: The Post-Soviet Wars. Rebellion, Ethnic conflict, and Nationhood in the Caucasus, New York 2007.

Moderne europäische Geschichte

Herausgegeben von Hannes Siegrist und Stefan Troebst

Der Hitler-Stalin-Pakt 1939
in den Erinnerungskulturen der Europäer
Hg. von Anna Kaminsky, Dietmar Müller und Stefan Troebst
566 S., 48 Abb., geb., Schutzumschlag
ISBN 978-3-8353-0937-1

Adamantios Skordos
Griechenlands Makedonische Frage
Bürgerkrieg und Geschichtspolitik im Südosten Europas, 1945-1992
440 S., 37 Abb., geb., Schutzumschlag
ISBN 978-3-8353-0936-4

Geschichtspolitik in Europa seit 1989
Deutschland, Frankreich und Polen im internationalen Vergleich
Hg. von Étienne François, Kornelia Konczal,
Robert Traba und Stefan Troebst
560 S., 3 Abb., geb., Schutzumschlag
ISBN 978-3-8353-1068-1

Dorothea Trebesius
Komponieren als Beruf
Frankreich und die DDR im Vergleich 1950-1980
367 S., 2 Abb., geb., Schutzumschlag
ISBN 978-3-8353-1067-4



WALLSTEIN VERLAG

Moderne europäische Geschichte

Herausgegeben von Hannes Siegrist und Stefan Troebst

Sabine Mangold-Will

Begrenzte Freundschaft

Deutschland und die Türkei 1918-1933

539 S., geb., Schutzumschlag

ISBN 978-3-8353-1351-4

Jerzy Kochanowski

Jenseits der Planwirtschaft

Der »Schwarzmarkt« in Polen 1944-1989

Aus dem Polnischen übersetzt von Pierre-Frédéric Weber

475 S., 39 Abb., geb., Schutzumschlag

ISBN 978-3-8353-1307-1

Post-Panslavismus

Slavizität, Slavische Idee und Antislavismus im 20. und 21. Jahrhundert

Hg. von Agnieszka Gašior, Lars Karl und Stefan Troebst

unter Mitarbeit von Wiebke Helm

487 S., 37 Abb., geb., Schutzumschlag

ISBN 978-3-8353-1410-8

Professionen, Eigentum und Staat

Europäische Entwicklungen im Vergleich – 19. und 20. Jahrhundert

Hg. von Dietmar Müller und Hannes Siegrist

333 S., geb., Schutzumschlag

ISBN 978-3-8353-1462-7



WALLSTEIN VERLAG

Moderne europäische Geschichte

Herausgegeben von Hannes Siegrist und Stefan Troebst

Jan Zofka

Postsowjetischer Separatismus
Die pro-russländischen Bewegungen
im moldauischen Dnjestr-Tal und auf der Krim 1989-1995
437 S., geb., Schutzumschlag
ISBN 978-3-8353-1634-8

Małgorzata Ruchniewicz

Das Ende der Bauernwelt
Die Sowjetisierung des westweißrussischen Dorfes 1944-1953
Aus dem Polnischen übersetzt von Sabine Stekel und Markus Krzoska
504 S., geb., Schutzumschlag
ISBN 978-3-8353-1403-0



WALLSTEIN VERLAG